Redebuch

2013

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

406. 407. 408. 409.

410. 411. 412. 413.

414. 415. 416. 417.

418. 419. 420. 421.

422. 423. 424.

425. 426. 427. 428.

429. 430. 431. 432. 433.

434. 435. 436. 437.

438. 439. 440. 441. 442.

443. 444. 445. 446.

447. 448. 449. 450.

451. 452. 453.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

406. Bremer Montagsdemo am 07. 01. 2013

Kehrmüll & Vollerschleim: „Mein Regelschatz wird das neue Praxisgeschwür!“ *(Bremer Montagsdemo)*

Die **Bremer Montagsdemo** wünscht einen guten Rutsch: Wir sehen uns im neuen Jahr erstmals am **7. Januar 2013** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** wieder.

Empörend, was propagiert wird, um Erwerbslose weiter zu demütigen!

1. Ein frohes neues, glückliches Jahr 2013! Hoppla, war da nicht noch etwas Besonderes? Genau: die **Bundestagswahl** – deswegen scheinen Politiker jeder Couleur plötzlich Mitgefühl mit Erwerbslosen und finanziell Schwachen zu entwickeln. Weil *vor* der Wahl ja nicht *nach* der Wahl ist, fordert der EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU), die „Höhe“ der Sozialleistung Hartz IV an die Preisentwicklung bei Strom und Gas zu koppeln. Der Kommissar erinnert daran, dass Deutschland hinter Japan und Dänemark den höchsten Strompreis der Welt habe. Er postuliert, Sozialhilfe müsse ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, und verdeutlicht: „Licht im Wohnzimmer und ein Kühlschrank für gesunde Lebensmittel gehören eindeutig dazu.“

Was für hehre Worte, dazu von einem Politiker der dem Namen nach so überaus christlichen Partei! Bisher sieht die Wirklichkeit anders aus, und so möchte ich mir nicht vorstellen, wie vielen Menschen, die zu Weihnachten unfreiwillig und deswegen unromantisch im Dunkeln und nur bei Kerzenlicht vor dem – womöglich nur imaginären – Tannenbaum saßen, weil ihnen der Strom abgestellt worden war. Im Land Bremen waren dies bis Oktober gut 3.700 Menschen. Die Linkspartei forderte deswegen, Stromsperren wenigstens über Weihnachten zu verbieten. Doch ließ sich das leider nicht umsetzen, weil die Zulässigkeit von Stromabschaltungen schließlich bundesrechtlich geregelt ist.

Weil gerade Hartz-IV-Bezieher sich keine neuen Geräte leisten können, stehen in ihrer Wohnung oft richtige Stromfresser wie uralte Kühlschränke. So kommt manch ein Alleinstehender leicht auf über 70 Euro Stromkosten im Monat. Deswegen fordern der „Deutsche Mieterbund“ und der „Paritätische Wohlfahrtsverband“, dass der Stromverbrauch von Leistungsbeziehern in tatsächlicher Höhe übernommen wird. Bislang muss Strom aus dem normalen Regelsatz bezahlt werden, und der wird an die explodierenden Strompreise eben nicht angepasst.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück dagegen kündigt für den Fall seines Wahlsieges die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns als ein zentrales Projekt an. Dieser werde insbesondere Frauen und Männern im Osten Deutschlands helfen, die derzeit weit unter 8,50 Euro pro Stunde verdienten. Steinbrück tönt vollmundig, diese „grotesken Verhältnisse“ müssten „ein Ende

haben“, und betont, es gehöre zum „Zusammenhalt der Gesellschaft“, dass „niemand, egal wo er wohnt oder wie alt er ist, für weniger als 8,50 Euro Stundenlohn arbeiten gehen muss“. Jetzt will er uns weismachen, dass mit einem solch kargen Stundenlohn wirklich Probleme gelöst werden könnten! Dann sollte er gleich noch eine entsprechende Mindestrente ankündigen, da er mit Stundenlöhnen unter 14,50 Euro nur die Altersarmut zementiert.

2. Die Propagandamaschinerie läuft wie geschmiert: Allerorten wird uns die frohe Botschaft verkündet, dass im abgelaufenen Jahr so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig waren wie noch nie zuvor. Im Jahresdurchschnitt 2012 registrierte das Statistische Bundesamt 41,5 Millionen **Beschäftigte** mit einem Wohnort in Deutschland. Sagenhafte 416.000 Menschen oder ein Prozent mehr als im Jahr zuvor seien das gewesen. Zudem habe die Zahl der Erwerbslosen um 2,23 Millionen abgenommen und sich damit nahezu halbiert.

Passend dazu zeigt das ARD-„Morgenmagazin“ ein Video vom 3. Januar 2012 und sagt immer dasselbe. Eva Völpel von der „Tageszeitung“ muss wohl mal klarstellen, dass, wenn 41,6 Millionen Menschen Arbeit haben, dies noch lange nicht bedeutet, dass sie auch davon leben können! Deshalb weiß auch niemand, *wie* die Menschen arbeiten: ob sie mit ihrem täglichen Tun zufrieden sind, dem Erhalt der Stelle vertrauen, ausreichend für die Rente vorsorgen können. In Deutschland ist nämlich nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen gewachsen, sondern auch die der „atypisch“ Beschäftigten. Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeit, befristete Stellen und 400-Euro-Jobs sind für immer mehr Menschen bittere Realität geworden. Ihr Lohn reicht nicht zum Leben aus.

3. Immer wieder kündigen Politiker vollmundig neue „Förderprogramme gegen Arbeitslosigkeit“ an und offerieren doch wieder nur alten Wein in neuen Schläuchen. Auch die Berliner SPD-Arbeitssenatorin Dilek Kolat will neue „**Förderprogramme**“ auflegen lassen, „um Hartz IV-Beziehern eine Perspektive zu geben“. Eine solche „Perspektive“ wird von den meisten Menschen als *Arbeitsplatz*-Perspektive verstanden. Doch uneigentlich ist es gar nicht Ziel des Programms „Förderung von Arbeitsverhältnissen“, Hartz-IV-Beziehern eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern sie zu „qualifizieren“. Das wäre zwar wünschenswert, ist aber leider nicht realisierbar, wie Erfahrungen aus der Vergangenheit mit ähnlichen Arbeitsmarktinstrumenten vermuten lassen.

Frau Kolat will Erwerbslose durch „persönliche Betreuer“ bei der Suche nach neuen Stellen unterstützen. Wachsen die dadurch nach? Jeder Arbeitslose soll einen „Coach“ bekommen, der ihn „in allen Fragen begleitet“. Ob er wohl auch eine Antwort auf die Frage parat halten kann, wo sich in Berlin eine neue anständig bezahlte Arbeitsstelle befindet? Wohin um alles in der Welt soll denn ein „Coach“ seine 40 Schützlinge begleiten? Sollen die „Coaches“ also weiterhin in Sinnlosmaßnahmen begleiten, damit die Erwerbslosen so lange aus der Statistik entfernt werden können? Schließlich gehen diesbezügliche Erfolgmeldungen über alles!

Oder soll die Vorladung zum Jobcenter in „Coaching“ umbenannt werden? Ob diese „Coaches“ dann noch, rein zufällig, einen richtig guten Draht zu Leiharbeitsfirmen und ähnlichen Dumpinglohnanbietern haben? Ich finde es empörend, was alles propagiert wird, um Erwerbslose weiterhin zu demütigen. Gäbe es diese Arbeitsplätze, stünden die Hartz-IV-Bezieher dort schon längst Schlange, weil sich niemand dieser Dauerbeschämung, permanent von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu sein und dafür auch noch unablässig diffamiert zu werden, freiwillig aussetzt!

4. Nach Gewerkschaftsangaben werden Hartz-IV-Bezieher 2013 trotz einer „Erhöhung“ der **Regelsätze** aufgrund der Inflation faktisch weniger Geld zum „Leben“ haben als vor acht Jahren: Seit Einführung des menschenverachtenden Hartz IV stiegen die Verbraucherpreise um 14,5 Prozent, die Regelsätze für alleinstehende Erwachsene aber lediglich um 10,7 Prozent. Damit verschärft die Bundesregierung glasklar die Armut im Land, die offenkundig politisch so gewollt ist. So wird die „Erhöhung“ um sagenhafte acht Euro sofort wieder von den steigenden Lebenshaltungskosten aufgefressen.

5. Nach Ansicht des Kandidaten der Sozialdemokraten Peer Steinbrück sind Bundeskanzler „unterbezahlt“, weil „jeder Sparkassendirektor in Nordrhein-Westfalen“ mehr verdiene. Ein Kanzler verdiene, gemessen an der Leistung, zu wenig im Vergleich zu anderen Tätigkeiten mit viel weniger Verantwortung und viel größerem Gehalt. Es geht ja auch nicht, dass das **Kanzlergehalt** von Frau Merkel in diesem Jahr auf nur 17.016 Euro erhöht wird, plus der eigentlich nicht erwähnenswerten „Dienstaufwandsentschädigung“ von gut 1.000 Euro im Monat!

6. Immer mehr ältere Arbeitslose finden keine neue Stelle und müssen von Hartz IV vegetieren. Im November 2012 waren rund 291.000 arbeitslose Hartz-IV-Bezieher über 55 Jahre registriert, was einem Zuwachs von 16 Prozent seit 2010 entspricht. Die Linkspartei hält die Statistik sogar noch für geschönt, weil das tatsächliche Ausmaß der **Arbeitslosigkeit** von Älteren durch die gesetzlichen Vorgaben kaschiert werde. Praktischerweise würden fast 118.000 arbeitslose Hartz-IV-Bezieher im Alter von über 58 Jahren einfach nicht mehr mitgezählt, weil sie von den Jobcentern ein Jahr lang kein Arbeitsangebot bekommen haben. Da erscheint die Rente mit 67 oder noch älter doch wirklich immer sinnvoller! Weil es noch immer keinen Mindestlohn gibt, wurden seit 2005 mehr als 70 Milliarden Euro scheinbar für Aufstocker ausgegeben. Dabei wurde das Geld den Unternehmern geschenkt, die ihre Beschäftigten mit Dumpinglöhnen nach Hause schicken dürfen, von denen diese Arbeitskräfte weder sich, geschweige denn ihre Familie ernähren können.

7. Der CDU-Wirtschaftsflügel fordert die Abschaffung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze von sieben Prozent, was viele Lebensmittel erheblich verteuern wür-

de. Dass „zum Ausgleich“ der allgemeine Satz von derzeit 19 auf 17 Prozent gesenkt werden solle, kann nur als blanker Hohn verstanden werden! Unterm Strich würden damit die Grundnahrungsmittel erheblich verteuert, worunter in erster Linie wieder die finanziell Ärmsten zu leiden hätten. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) lehnt eine Reform der **Mehrwertsteuer** vor der Bundestagswahl ab, weil gute Ernährung nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden dürfe. Dabei ist das längst der Fall, es würde sich nur noch weiter drastisch verschärfen. Mit 4,40 Euro täglich, die im Regelsatz vorgesehen sind, jeden Tag eines Monats, zwölf im Jahr, lässt sich doch nicht gesund für Essen und Trinken sorgen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Airport des Grauens: „Wo du 2034 nicht starten wirst“ *(„Spiegel-Online“)*

Eine Aktionskonferenz, die von den Ursachen der „Misere“ ablenkt?

1. Erst bekam ich eine Mail, dann konnte es auf „Scharf links“ gelesen werden: Die „Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg“ („Also“) und „Tacheles“ wollen eine gemeinsame „Schlecker-Kampagne“ beraten! Da dachte ich mir, geh von „Tacheles reden“ aus: Das heißt umgangssprachlich, (jemandem gegenüber) ganz offen und freimütig seine Meinung zu äußern. Erstaunlich ist aber, wie der „Hintergrund“ beschrieben wird: Da wird kräftig von den Ursachen der „Misere“ abgelenkt.

Nicht der Kapitalismus mit seiner Konkurrenz, nicht der Profit, die Überproduktion sowie die „Macht im Staate“, nein: Es ist „Schlecker“, es sind auch lediglich „Frauen“. Hier würde die Analyse, *weshalb* es in überwiegender Zahl Frauen sind, schon deutlich machen, worum es geht. Wenn es so einfach wäre, dass die „Misere“ an einem Kapitalisten läge, könnte doch die Forderung nach 80 Euro mehr für Lebensmittel im Hartz-IV-Regelsatz erhoben werden, damit noch mehr Zeugs zusammengekauft wird. Zumindest wäre dann dem Unterkonsum entgegengewirkt. Auf der anderen Seite könnte die Forderung erhoben werden, Schlecker zu subventionieren, damit er weiterhin seine „Frauen“ ausbeuten kann. Dann wären sie auch den Fängen der Lohnempfänger in den Arbeitsagenturen entrissen, die die staatlichen Verordnungen – bei Strafe der Kündigung – durchsetzen sollen.

Es bleibt weiterhin zu debattieren, was mit den Männern und Frauen passieren soll, deren **Arbeitskraft** von anderen Kapitalisten nicht mehr gekauft wird. Sollen die Kapitalisten noch mehr als in „Nebensache Mensch“ beschrieben subventioniert werden, damit sie die Arbeitskräfte behalten? Es wird bei der Denkungsart der „Also“- und „Tacheles“-Oberen wohl noch geraume Zeit ins Land gehen, bevor politisches Organisieren Fuß fasst. So zumindest wird alles im Katzenjammer enden. Vielleicht sollte man Nokia in Bochum auch noch in die Konferenz mit einbeziehen oder andere nicht mehr existierende Unternehmen? „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ Mit sozialistischen Grüßen.

2. Hallo, Bernd Riexinger! Immer mehr Interessierte machen sich endlich daran, die tatsächliche Situation auf dem Arbeitsmarkt zu analysieren. Dass man bei einer gerechten Verteilung der noch bezahlten Lohnarbeit auf eine tägliche Lohnarbeitszeit von ungefähr 3,5 Stunden kommen dürfte, muss dir bekannt sein. Dass die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, immer noch nicht auf jedem zweiten Wahlplakat radikale Verkürzungen der Lohnarbeitszeiten fordert, ist daher mehr als verwunderlich.

Wenn eure Partei an ihrer derzeitigen Mindestlohnforderung festhalten will, wird es ohne ein vorgeschaltetes **Grundeinkommen** niemals funktionieren. Wie sollen denn die möglichen Erwerbsfähigen nach den Vollzeitbeschäftigten, denen nur noch durchschnittlich 25,25 Stunden im Monat von den Unternehmen bezahlt werden, allein mit einem Mindestlohn auskommen? Es sind nur noch durchschnittlich 25,25 Stunden, die *für 34 Millionen mögliche erwerbsfähige Menschen* im Monat von den Unternehmen bezahlt werden. Wann will eure Partei eigentlich endlich einmal hierzu mit der Wahrheit herauskommen? Mit freundlichen Grüßen.

3. Hier die Erfolgsmeldung einer jungen alleinerziehenden Mutter aus unserer „Facebook“-Gruppe! Nach dem dritten einstweiligen Anordnungsverfahren, einer Hauptklage und einer Verfassungsbeschwerde wegen der Nichtzahlung ihres **Alleinerziehendenzuschlag**es lenkte jetzt im dritten einstweiligen Anordnungsverfahren das Jobcenter Oldenburg ein und versprach die Nachzahlung für den letzten Halbjahreszeitraum und die zukünftige Zahlung. Ob sie jetzt auch für die noch nachzuzahlenden Zeiträume, die mit dem Hauptverfahren geltend gemacht wurden, ist der alleinerziehenden Mutter allerdings noch nicht bekannt. Sie hofft jetzt auf die Vernunft der zuständigen Mitarbeiterin aus der Rechtsabteilung des Jobcenters. Dem zuständigen Richter des Hauptverfahrens wurde dies auch so mitgeteilt.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links“

Mein Gott, Christian: Job weg, Frau weg, Haus weg *(„Bild“-Zeitung)*

Verse, die ich mir auf Steinbrück mache

Steinbrück und Hartz

Als es damals um Hartz IV ging,
schien ihm das Wenige noch um vieles zu viel.
Heute, da er sich
für das Amt des Kanzlers bewirbt,
ist ihm das Viele noch immer zu wenig.

Der Kanzlerkandidat I

Wenn einer kandidiert,
um deutscher Kanzler zu werden,
und der Kandidat klagt darüber,
sein künftiges Gehalt
sei zu niedrig,
dann verfällt seine Kandidatur,
noch bevor man ihn wählt,
wegen Unterbezahlung im Amt.

Der Kanzlerkandidat II

Wenn einer kandidiert,
um deutscher Kanzler zu werden,
und der Kandidat klagt darüber,
sein künftiges Gehalt
sei zu niedrig,
dann ist er für die Wahl
ungeeignet.
[Rechtzeitig noch
lässt er es uns wissen.]

Steinbrück-Distychon

Einer, der kandidiert für den Posten des Kanzlers der Deutschen,
sei ein Vertreter des Volks, keiner, der geifert nach Geld.

Rudolph Bauer

Wirtschaftskriminelle treiben mithilfe von Computern zehn Euro ein

Wir alle freuen uns sehr darüber, dass wir seit Anfang dieses Jahres nicht mehr die sogenannte Praxisgebühr für die Krankenkassen zahlen müssen. Sie ist endlich, nach vielen Diskussionen, per Gesetz abgeschafft worden. Die FDP hat versucht, damit Lorbeer zu ernten. Selbst der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse, Jens Baas, hat sich für die Abschaffung ausgesprochen und sah in der Gebühr keinen Sinn mehr.

Nun haben wir auf der Montagsdemo ein Thema weniger. Doch für mich und wahrscheinlich noch viele andere Bundesbürger beginnt jetzt ein kleines Nachspiel. Ich habe im letzten Jahr einige Male keine Praxisgebühr bezahlt, wobei mir die Ärzte keine Probleme mehr gemacht haben. Letzte Woche bekam ich aber einen Brief, in dem ich gebeten wurde, meine Praxisgebühren vom dritten Quartal 2012 zu bezahlen – nicht wie üblich von der Kassenärztlichen Vereinigung oder einer von ihr beauftragten Anwaltskanzlei, sondern von meiner Krankenkasse selbst.

Jemand hatte tatsächlich festgestellt, dass ihm laut Gesetz noch zehn Euro fehlen. Doch ich glaube, es war kein Mensch, der das gemerkt hat. Das ist wohl nicht möglich bei sechs Millionen Mitgliedern. Es war sicher ein Computer. Das Schreiben hat weder einen konkreten Absender noch eine Unterschrift. Das kann ich nicht akzeptieren. Ich möchte mit Menschen kommunizieren, denn nur denkende Menschen können eventuell erkennen, was Unsinn ist. Ich werde deshalb das Schreiben zurückschicken. Doch warum erzähle ich Ihnen ein solch abgedroschenes Thema noch hier auf dem Bremer Marktplatz?

Vielleicht, damit es etwas zum Lachen gibt, wenn es nicht so absurd wäre. Die Erde wird auf alle möglichen Arten „wirtschaftlich“ vernichtet und verseucht, von Atomkatastrophen und der Chemieindustrie – und hier versuchen ein paar *Wirtschaftskriminelle*, mithilfe von Computern zehn Euro einzutreiben. Der größte Teil der Menschheit hängt am Tropf der Armut und wird um seine Grundbedürfnisse betrogen, doch die Betreiber einer milliardenschweren Profitmaschinerie kommen auf die Idee, ihnen gesetzlich zustehenden zehn Euro nachjagen zu müssen. Es fällt mir schwer, solche Perversionen zu akzeptieren.

Wir wollen Atomkraftwerke abschaffen, wir wollen keinen Genfraß als Grundnahrungsmittel haben, wir wollen Volksverdummung verhindern, Behördenwillkür abschaffen, Politik machen und keinen Zwergenaufstand wegen zehn Euro veranstalten. Doch es ist wichtig, das bekannt zu machen, denn an solchen Beispielen kann jeder erkennen, wie unmenschlich und dumm manche Gesetze in un-

seren demokratischen Systemen sind. Jetzt, da die Gebühren abgeschafft sind, fangen die Kassierer selbst an, „ihre Gelder“ einzutreiben. Das werde ich nicht dulden! Wenn Sie selbst aktiv werden, können auch Sie etwas Interessantes erleben und werden sich nicht so leicht von jedem Betrüger abkassieren lassen.

Helmut Minkus (parteilos)

Japan macht den Anfang beim Ausstieg aus dem „Atom-Ausstieg“

Der neue japanische Premierminister Abe hat der Bevölkerung zu Weihnachten ein besonderes Geschenk gemacht: Er war erst einen Tag offiziell im Amt, als er angekündigt hat, bald eine Reihe der abgeschalteten Atomkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Auch der Neubau von Reaktoren soll nach „eingehender Sicherheitsprüfung“ wieder aufgenommen werden. Die Vorgänger-Regierung unter Noda hatte aufgrund der Massenproteste in Japan den längerfristigen „Ausstieg“ aus der Atomkraft verkündet und bisher erst sechs der insgesamt 54 AKWs wieder in Betrieb genommen.

Die verbrecherische Argumentation von Abe ist, es gebe ja auch AKWs, die Erdbeben und Tsunami überstanden haben. Angesichts der großen Erdbebengefahr in ganz Japan bedeutet das, „Russisch Roulette“ zu spielen. Dass die meisten Reaktoren in Japan inzwischen als marode gelten und einem starken Beben nicht standhalten werden, ignoriert die neue Regierung einfach. Dazu kommt die Mahnung vieler Wissenschaftler, dass das alle 70 Jahre stattfindende „große“ Erdbeben erst noch bevorsteht und die Millionenstädte Tokio, Osaka und Kioto bedroht sind. Die großen Stromkonzerne in Japan reiben sich angesichts der zu erwartenden neuen Milliardengewinne bereits die Hände. Die Aktien des Fukushima-Betreibers Tepco schossen direkt nach der Wahl sofort in die Höhe.

Wie wenig überzeugend Abes Argumente sind, zeigt das rigorose Vorgehen der Regierung mit Kundgebungsbehinderungen und Repressionen gegen Anti-AKW-Demonstranten. So wurden vor wenigen Tagen mehrere Demonstranten festgenommen, die gegen die Verbrennung von kontaminiertem Schutt aus der Region Fukushima in der Müllverbrennungsanlage am Rand von Osaka protestiert haben. Unterstützt die Petition zu ihrer Freilassung! Trotzdem lassen sich die Freitagsdemonstrationen der japanischen Atomkraftgegner nicht einschüchtern und werden fortgesetzt. Die Mehrheit der japanischen Bevölkerung ist gegen die

Atomanlagen. Über sieben Millionen Japaner(innen) haben das Manifest für die weltweite Stilllegung aller Atomanlagen unterschrieben.

EU-Energiekommissar Oettinger (CDU) kann sich durchaus neue Atomkraftwerke in Deutschland vorstellen, wenn die Technologie Fortschritte mache: „Es gibt in Europa immer noch 140 Atomkraftwerke. Die meisten Regierungen denken gar nicht daran, sie abzuschalten. Wir werden auch in 40 Jahren noch Atomstrom im deutschen Netz haben."

In Deutschland kommen die großen Atomkonzerne mit dreisten Forderungen an die Öffentlichkeit: RWE fordert vom Bund mindestens zwei Milliarden Euro „Entschädigung" für den „Atomausstieg", Vattenfall 3,5 Milliarden, Eon acht Milliarden! Der Kampf für die sofortige und weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke – und zwar auf Kosten der Betreiber – muss unbedingt weitergehen!

Der Versuch einer Renaissance der Atomkraft, das Festhalten an fossilen Energien und das Hintertreiben einer wirklichen Energiewende – das alles sind triftige Gründe, sich in der Initiative für eine Umweltgewerkschaft zu engagieren. Dazu hat ein erstes Treffen von rund 90 Initiatoren aus ganz Deutschland am 9. Dezember 2012 einen wichtigen Schritt gemacht.

Harald Braun

Ein Konversionsprogramm für die Bremer Rüstungsindustrie!

Die Lürssen-Werft hat eine wenig rühmliche Vergangenheit. Das Bremer Unternehmen fertigte bereits für die kaiserliche Marine Kriegsschiffe. Später wurden auch für Hitlers Wehrmacht weit über 200 Schnellboote gebaut. Mit der Übernahme der Peene-Werft in Wolgast wäre die Firma nach etlichen vorherigen Fusionen mit anderen Werften dann der größte Kriegsschiffsproduzent auf dem europäischen Kontinent.

Friedrich Lürßen ist Schatzmeister des 2010 gegründeten „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie", eines der stärksten Verbände der deutschen Rüstungslobby. Außerdem gehört er zum Präsidium der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik". Für das „Bremer Friedensforum" ist dies alles kein Grund zur Freude.

Dabei hatte die Lürssen-Werft unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal Konversion praktiziert, als die westlichen Besatzungsmächte der deutschen Industrie untersagt hatten, Rüstungsgüter zu produzieren. Damals stell-

te die Firma Haushaltsgegenstände, wenig später Fischkutter und Handelsschiffe her. Rüstungskonversion war also bei Lürssen durchaus möglich und anscheinend auch erfolgreich.

In der Bremer Rüstungsindustrie hatte es bereits in den 1990er Jahren erfolgversprechende Bestrebungen für Rüstungskonversion gegeben. Hieran sollte angeknüpft werden, und die Firma Lürssen könnte da mit gutem Beispiel vorangehen. Senat und Landesregierung sollten solche Ansätze unterstützen und gemeinsam mit der IG Metall ein neues Konversionsprogramm auflegen! Dies wäre zukunftsfähig, und damit könnten sie wirklich für den Frieden punkten.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am Unisee herrscht Gleichberechtigung von Mensch und Hund

Gerolf: Den Fußweg rund um den Stadtwaldsee haben die Hundehalter als Freilaufgelände in Beschlag genommen. Nachmittags rennen hier große Hunde im Dutzend frei umher. Für Jogger ist es kaum möglich, eine Runde um den See zu laufen, ohne von Hunden angesprungen zu werden. Im Sommer sind die kleinen Kinder gefährdet, die am Badestrand spielen. In Wien gibt es umzäunte Freilaufgelände für Hunde und Verbote an allen anderen Orten. So etwas braucht Bremen auch.

Harald Schmid: Hunde müssen auch freilaufen können, aber die Hunde gehen überall ins Schilf und stöbern Vögel und Fische auf. Freilaufende Hunde haben im Schilf nichts zu suchen. Wenn sie in Reichweite der Besitzer bleiben und niemanden extrem belästigen, sollen sie ruhig freilaufen. Ich denke da insbesondere an die alten Hunde, die nur noch hinter ihrem Besitzer hinterherdackeln.

Gerolf: Außerdem, vom Aufscheuchen von Tier und Mensch einmal abgesehen: Die Verkotung des Ufergeländes einschließlich der Liegewiesen ist nur noch widerlich. Aber „wir zahlen schließlich Steuern, da dürfen wir auch das Naherholungsgebiet zum Hundeklo machen. Es ist schließlich *sooo* weit bis zur Uni-Wildnis, und die Wege sind da *sooo* matschig, und im Sommer fallen da die Mücken über eine(n) her!“

OJ: Moin, ich laufe seit mehreren Jahren circa zwei- bis drei Mal die Woche um den Unisee. Anzahl der Hunde, die mich in der Zeit angesprungen haben: Null! Klar, äußerst selten gibt es eine Situation, in der man mal etwas abbremst, um den

Hund nicht umzulaufen. Vor allem die kleinen Exemplare, die man versehentlich flach treten könnte. Viel häufiger bremsen aber speziell in den wärmeren Monaten die Familien und älteren Menschen, die auch auf dem Weg laufen. Sollen die Ihrer Meinung nach auch weg? Eine wenig Toleranz hilft.

Gerolf: Zu Ihrer Frage: Natürlich nicht. Vermutlich verfügen Sie – anders als ich – über das notwendige Wissen im Umgang mit Hunden, um bei Begegnungen mit fremden Tieren nicht in Gefahr zu geraten. Von der massiven Präsenz freilaufender Hunde am Unisee kann sich ansonsten jede(r) leicht überzeugen. „Toleranz" sollte stets zuerst von den „Stärkeren" gefordert werden. Das sind in diesem Fall die mit einem Hund „Bewaffneten".

Rad- und Autofahrer: Ich wundere mich gerade, was das hier mit dem Verkehrskonzept zu tun hat. Aber es ist wohl so, dass „Hunde" nebst Radfahrern das beliebteste Feindbild von Bloggern und Leserbriefschreibern sind. Daher konnte das Thema hier anscheinend nicht ausbleiben, so sehr *off topic* es auch sein mag. Aber Gemach: Die Stadtbürgerschaft hat doch beschlossen, dass es künftig in Bremen in jedem Stadtteil offizielle Freilaufgebiete geben soll. Sofern die Beiräte sich nicht querstellen, darf man bis zum Ende des Jahrhunderts zuversichtlich mit der Umsetzung rechnen.

So lange kann man sich an der Verwaltungsvorschrift zu § 28 StVO (Tiere) Absatz 1 (Punkt II) orientieren: „Wenn Hunde auf Straßen mit mäßigem Verkehr nicht an der Leine, sondern durch Zuruf und Zeichen geführt werden, so ist das in der Regel nicht zu beanstanden". Sprich: Am Hochschulring gehört der Hund an die Leine, auf dem Fußweg darf er frei laufen. Laut Tierhalterhaftung muss der Hundebesitzer natürlich auch dafür sorgen, dass sein Tier nicht die Klamotten anderer Passanten mit seinen Dreckpfoten bestempelt oder Radfahrer zu Fall bringt.

Für die Unsicherheit mancher Menschen bei der Begegnung mit Hunden ist aber weder das BGB noch die StVO zuständig. Würden derlei diffuse Ängste als Grundlage für gesetzgeberisches Handeln genügen, käme man aus dem Verbieten und Reglementieren so schnell nicht wieder heraus. Wer damit ein echtes Problem hat, sollte im Zweifel ein Seminar gegen Hundeangst besuchen. Denn auch wer Hunde partout nicht leiden mag, wird bis auf Weiteres damit leben müssen, dass sie bei uns gehalten werden und in der Öffentlichkeit frei laufen (was übrigens tierschutzrechtlich vorgeschrieben ist). Und Sie wissen schließlich nie, ob nicht Ihr nächster Chef oder Ihre Freundin einen Hund hat. Da wäre es doch peinlich, wenn Sie den Abend zitternd auf dem Schrank verbringen müssten.

Gerolf: Auch hier wieder die Denke: „Erst mein Hund, dann mein Nachbar. Und wenn mein Nachbar mit meinem Hund nicht klarkommt, sollte er sich vielleicht mal einen guten Psychiater suchen." (Der Nachbar, wohlgemerkt. Mittlerweile müssen zwar immerhin „Kampfhunde" zum Un- „Wesenstest", während ihre Halter von der Frage verschont bleiben, weshalb sie ein Haustier brauchen, das ein Kleinkind töten könnte.) „Oder einfach wegbleiben vom Unisee, wenn er solche Angst hat, und schon ist das Problem gelöst."

Gestern war wieder so eine Situation: Herrchen, Frauchen, Frauchen, Dobermann, Rottweiler und Schäferhund stellen den an dieser Stelle schmalen Weg komplett zu. Herrchen sagt: „Oh, Entschuldigung“, als er sieht, dass ich mit halbiertem Tempo und sicherheitshalber abgewandtem Blick im Bogen durchs matschige Gras trabe (wobei ich mir prompt nasse Füße hole), ist aber zu höflich, das Gespräch von Frauchen und Frauchen zu unterbrechen. Deshalb tritt niemand einen Schritt zur Seite oder ruft auch nur die unangeleinten Hunde zurück – auch nicht, als der gelangweilte Dobermann auf mich zukommt um abzuchecken, ob nicht vielleicht wenigstens ich ein bisschen „spielen“ will.

Ich empfinde das als Rücksichtslosigkeit und Einschüchterung. Was die Nutzung des Naherholungsgebietes betrifft, wird hier tatsächlich eine Gleichberechtigung von Hund und Mensch eingefordert: „Warum denn auch nicht? Steht doch sogar im Grundgesetz, dass niemand wegen seiner Rasse benachteiligt werden darf! Und ist etwa was passiert? Na, sehn Sie!“

Doch, ich bin hier schon mehrmals von Hunden angesprungen worden. Das ist besonders „lustig“, wenn man im Sommer nur eine kurze Hose trägt. Zum Glück waren es bisher eher kleinere Hunde. Die sind ja *sooo* süß beim Rumtollen! Die dürfen sich alles erlauben. Die kümmern sich einen Scheißdreck um Herrchens oder Frauchens Gezeter. Auch das finde ich regelmäßig zu beanstanden.

DJ: Erst neulich ist mir ein Radfahrer fast über die Füße gefahren, letzte Woche habe ich beinahe einen Lenkdrachen an den Kopf bekommen, und gestern hat ein Jogger fast mein Kind über den Haufen gerannt, weil er partout nicht sein Lauftempo reduzieren wollte. Und vor Autos hatte ich schon immer Angst. Daher fordere ich Verbote für Radfahrer, Drachenfreunde, Jogger und Autofahrer.

Nein, im Ernst: Es gibt überall rücksichtslose Leute, unter Hundebesitzern genauso wie unter Freizeitsportlern, Radfahrern oder Autofahrern. Und es gibt noch mehr Leute, die es für rücksichtslos halten, wenn sich nicht die ganze Welt um sie und ihre Bedürfnisse dreht. Deshalb gleich nach der Verbotskeule zu rufen, ist einfach Blödsinn. Ansonsten müsste man das ganze Land mit Verboten überziehen – wollen wir das?

Verärgerter Bürger: Was haben die Hunde am Unisee mit dem Verkehrsentwicklungsplan zu tun? Es ist bestimmt eine ärgerliche Sache, wenn man als Hobbysportler sein Tempo halbieren und sogar ins matschige Gras ausweichen muss, weil irgendwelche dösigen Spaziergänger klönend im Weg stehen und nicht daran denken, ihre Hunde oder Kinder rechtzeitig beiseite zu nehmen. Der Verkehrsentwicklungsplan wird aber derartige zwischenmenschliche Probleme nicht lösen und ist dazu auch nicht gedacht. Bitte an die Redaktion: Derart sinnfreie oder offensichtlich nicht zum Thema gehörige Einträge großzügiger löschen, da die Seite hierdurch inzwischen sehr unübersichtlich geworden ist.

Gerolf: Diese Rubrik heißt „Sonstiges“. Auf der Website „Hundesport Bremen“ lässt sich nachlesen, wie der Rundweg um den Unisee als Freilaufgelände beworben wird: „Ich-treffe-andere-Hunde-Faktor: 90 Prozent“.

Verärgerter Bürger: Die Kategorie „Sonstiges“ ist meines Erachtens für Themen gedacht, die mit dem Verkehrsentwicklungsplan zu tun haben, und nicht als beliebiger Wunschzettel an Vater Staat. Mit Ihrem Thema sind Sie möglicherweise besser im Forum zum Flächennutzungsplan Bremen aufgehoben. Da könnten Sie zum Beispiel vorschlagen, wo die von Ihnen angeregten Freilaufgebiete konkret eingerichtet werden könnten.

Guinefort: Nur ein Problem von Hundebesitzern? Wohl kaum! Viel öfter beobachte ich, dass Jogger und auch manche sportlichen Radfahrer (keine Alltagsradler!) es an Kinderstube vermissen lassen, wenn man ihnen nicht umgehend den Weg freimacht. Dass es dann manchmal so aus dem Wald zurückschallt, wie hineingerufen wurde, muss nicht weiter verwundern. Freizeitsportler sollten zur Kenntnis nehmen, dass sie auf öffentlichen Wegen allenfalls ein gleichberechtigtes Nutzungsrecht in Anspruch nehmen können, aber keine wie auch immer gearteten Vorrechte gegenüber anderen Nutzern. Wer ein Problem damit hat, sollte seinen sportlichen Ambitionen besser auf der Finnbahn oder in einem der zahlreichen Sportvereine nachgehen.

Juri: Nach dem Erlegen durch einen kunstvollen Blattschuss muss das Tier vor der Zubereitung fachgerecht enthäutet und die Innereien entnommen werden. Ratschläge aus dem Metzger- oder Schlachtergewerbe können hier wertvoll sein. Sich des Kopfes als Jagdtrophäe zu erfreuen, trifft nicht jedermanns Geschmack und sollte vor allen Dingen vor Tierschützern und Hundefreunden nicht allzu offen präsentiert werden. Während für die kleineren Rassen ein Römertopf vollkommen ausreicht, können die großen Rassen am Spieß zubereitet werden – ein nettes Barbecue-Ereignis im Sommer auf Parzelle mit Freunden. Wer sich eine neue Freundin sucht, sollte sich eher an Pferdeliebhaberinnen halten. Ein Pferd kommt nicht sabbernd ins Bett gesprungen und steht auch beim Bespringen von Frauchen außer Konkurrenz.

Gegen Trolle: Ist jetzt hier die Trollwiese eröffnet?

Don’t feed the Troll: Bei Foren wie diesem hier handelt es sich um nur eingeschränkt kontrollierte Wildgehege. Immer wieder verirren sich einzelne Trolle hierher. Diese Tierchen sind recht niedlich, richten keinen Schaden an und verziehen sich schnell wieder, wenn man sie in Ruhe lässt. Wenn man diese Schädlinge jedoch aus Unkenntnis oder gar aus (durchaus nachvollziehbarem) Mitleid füttert, bekommen sie schnell Durchfall, kacken alles voll und sorgen dafür, dass die Foren unbenutzbar werden. Auch wenn man sich manchmal fragt, wie diese wenig intelligenten Tiere ohne Hilfe in der Realität überleben können, gilt für sie doch, was auch für Kakerlaken, Ratten und Maden gilt: Wo’s Futter gibt, sind viele davon. Das muss nicht sein. Im Interesse ökologisch gesunder Foren bitte daher folgenden Hinweis beachten: Auch wenn sie noch so putzig sind und *sooo* süß sabbern: Füttert keine Trolle!

Troll: Danke für den Zuspruch.

Anja B.: Ich kann den Sarkasmus, der aus Juris Beitrag hervorgeht, sehr gut nachvollziehen. Gerade große freilaufende Hunde flößen mir Angst ein. Umzäun-

te Freilaufflächen für Hunde wären eine gute Lösung, wenn deren Besitzer denn keine geeignet großen Grundstücke haben.

Gerolf: Ich werde hier „verärgert“ weggebellt. Nicht nur von diesem Portal, das doch die Bremer Bürger dazu einlädt mitzuteilen, wo es denn (sonst noch so) „verkehrt läuft“, nein: Realiter wird mir die Finnbahn als „Freilaufgelände“ zugewiesen, damit ich die „Hundesportler“ am Unisee nicht aufscheuche. Nun ist die mit dankenswertem Aufwand eingerichtete und abends sogar beleuchtete Finnbahn zwar eine hübsche Sache, zum einen für Menschen mit Gelenkbeschwerden, zum anderen für ambitionierte Sportler, die auf einer Strecke mit präzise definierter Länge ihre Laufzeiten stoppen wollen. Mir allerdings ist der Boden dort zu weich.

Vor allem empfinde ich es aber als nicht „artgerecht“, stumpf meine fünf oder zehn Runden auf einer ziemlich öden Bahn von 1.667 Metern Länge drehen zu sollen, bis ich mein gewohntes Pensum erreicht habe. Das befriedigt einfach meine geistigen Bedürfnisse nicht. Mir sind nämlich meine Laufzeiten völlig schnurz – deshalb renne ich auch keine Kinder über den Haufen –, wohl aber möchte ich mich stressfrei an abwechslungsreicher, naturnaher, schöner Umgebung erfreuen dürfen. Und was die Radfahrer angeht, so sind sie auf dem schmalen, ufernahen Rundweg um den Unisee tatsächlich so gut wie nie anzutreffen. Die wollen ja von A nach B, dafür gibt es bessere Streckenführungen.

Hier wird schlicht der Sachverhalt geleugnet: die massive Präsenz freilaufender, großer Hunde, das „rege Hundetreiben“, mit dem die Hundesportvereine für den Unisee als Freilaufgelände sogar Werbung machen, einschließlich Wegbeschreibung für die Anfahrt aus dem Umland via Autobahn, ohne die Warnung vor Polizeikontrollen am Badesee zu vergessen – ganz so, wie sich „sportliche“ Autofahrer gegenseitig vor der nächsten Radarfalle warnen. Auch aufgrund solcher augenzwinkernden Einladungen an „vertriebene Hundebesitzer“ sind, anders als die erwähnte Begebenheit mit dem Lenkdrachen, gefährliche (Beinahe-)Zusammenstöße mit Hunden am Unisee nicht zufällig, sondern geradezu zwangsläufig.

Das „rege Hundetreiben“, so die Werbeschrift, werde am Unisee „geduldet“ – richtiger wäre das Wort „*er*duldet“. Mit stolzem Pfotenabdruck auf der Kartenskizze werden der nördliche Stadtwald, die Uni-Wildnis und der Rundweg um den Unisee, ausgehend vom Badestrand, zum „Gassigehen“ empfohlen. Dieses „Revier“ wird jetzt natürlich verteidigt, nachdem ich mit meiner Eingangsfeststellung oben auf dieser Seite offenbar voll ins Wespennest, äh: ins Hundekörbchen gestochen habe.

Da ich hier nach meinen Vorschlägen gefragt werde: Ich hätte persönlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die nur ein kleines Stück abseits gelegene Uni-Wildnis offiziell zum Hunde-Freilaufgelände erklärt würde, zumindest außerhalb gewisser Schutzzeiten für die dort lebenden Tiere. Aber dass mit dem Unisee ein komplettes Naherholungsgebiet für den „Hundesport“ in Beschlag genommen wird, finde ich dreist. Das Seeufer mit dem schmalen Rundweg ist als

Hunde-Freilaufgelände schlicht ungeeignet. Das kollidiert einfach viel zu sehr mit den vollauf berechtigten Erholungsbedürfnissen anderer Bürger.

Zu Neujahr habe ich am späten Vormittag auf meiner Runde um den See 30 unangeleinte Hunde vom Kaliber Schäferhund gezählt. Es war nicht weniger als eine Mutprobe, dort lang zu laufen. Es waren auch kaum Spaziergänger *ohne* Hund unterwegs – nicht einmal solche mit *kleinem* Hund. Verständlich, denn Herrchen und Frauchen wollen doch nicht, dass ihr kleiner Liebling beim Gassigehen einen Herzinfarkt erleidet. Natürlich sind die Verhältnisse an regnerischen Tagen unter der Woche nicht ganz so schlimm.

Ich sehe mich selbst übrigens durchaus nicht als „Hundehasser“. Vor einigen Wochen habe ich zu meiner eigenen Überraschung festgestellt, dass ich spontane Sympathie für einen sogar größeren Hund empfand, dessen Herrchen mit dem Fahrrad auf dem viel befahrenen Osterfeuerberger Ring unterwegs war. Der Hund lief frei voraus, wandte aber alle paar Sekunden den Kopf zurück, um zu sehen, was Herrchen tat, und um sich zu vergewissern, dass der Abstand gering blieb.

Ich beobachtete einigermaßen fasziniert, wie der Radfahrer sein Tier am Verteilerkreis Utbremen bei brausendem Verkehr über vier Ampeln hinweg lotste, ohne auch nur ein einziges Kommando zu rufen. Ich kann nachvollziehen, dass einem solch ein Begleiter ans Herz wächst. Aber längst nicht alle Hunde sind so wohlerzogen. Als Fremder, der selbst nie einen Hund gehalten hat, weiß man nie, in welcher Gemütsverfassung sich das Tier befindet, das einem gleich begegnen wird, oder welche Launen es plötzlich zu entwickeln vermag. Mit sportlichen Grüßen.

Guinefort: Ihre Ausführungen hat wohl jeder verstanden, auch ohne dass Sie sie mit immer neuen persönlichen Erlebnissen unterfüttern. Mir ging es aber nicht nur um das Verhältnis von Joggern zu Hundebesitzern, sondern um eine allgemeine Anspruchshaltung, die aus dem Verhalten einiger Freizeitsportler spricht. Leider zeigt sich dies nicht nur gegenüber Hundebesitzern, sondern gegenüber allen, die den Fehler begehen, dem schnellen Fortkommen im Weg zu stehen, wie zum Beispiel Familien mit kleinen Kindern oder älteren Menschen. Meinen Sie nicht, dass *jeder* das gleiche Recht hat, sich stressfrei an abwechslungsreicher, naturnaher, schöner Umgebung erfreuen zu dürfen?

Anja B.: Es wird hier von einigen die Tatsache schlichtweg ignoriert, dass Familien mit Kindern sich nicht in die Naherholungsgebiete oder Parkanlagen trauen, weil freilaufende Hunde dort in Rudeln die Wiesen verkoten, in die sich niemand mehr hineinlegen möchte, ganz zu schweigen von der kläffenden Belästigung. Das betrifft nicht nur den Unisee. Die Parkanlagen in Walle sind im Sommer als Liege- oder Spielwiesen nicht nutzbar. Ebenso um den Werdersee herum.

Kerberos: Hunde brauchen Auslauf. Das ist richtig. Das ist ja auch der Grund, sich in der Großstadt einen zuzulegen. Einen möglichst großen Hund, der den ganzen Tag in der Wohnung verweilt und, wenn Herrchen oder Frauchen von der Arbeit kommt, in öffentlichen Parkanlagen oder Naherholungsgebieten seinen

Auslauf bekommt. Warum die Zahl der Hundehalter(innen) in Großstädten zunimmt, kann vielerlei Ursachen haben, die im Psychosozialen liegen mögen und zweifelsohne ein soziologisches Phänomen darstellen. Seien wir froh, dass sich eine derartige Massentierliebe nicht auf Pferde bezieht. Das Pferd steht in der Großstadt den ganzen Tag in der Garage und wird zu seinem artgerechten Auslauf zu den Parkwiesen zum Grasen und Pferdeäpfellegen laufengelassen. Seien wir froh, dass Pferdehalter für den nötigen Stall und die notwendige Pferdekoppel sorgen, statt in Großstädten die Nicht-Pferdehalter aus den öffentlichen Anlagen zu vergraulen.

Janina: Ich bin keine Hundebesitzerin, aber diese Herumhackerei auf Hunden und Haltern geht mir gehörig gegen den Strich. Ich kenne den Unisee von Kindheit an (das heißt fast seit seiner Entstehung) und habe dort noch nie Probleme mit Hunden gehabt. Eher erlebe ich Hundebesitzer als rücksichtsvoller und kommunikativer als den Durchschnitt des sonstigen Publikums dort, und viele von ihnen haben selber Kinder dabei. Und die Bemerkung mit den verschmutzten Liegewiesen ist ja wohl lächerlich: Im Sommer traut sich wegen der Glasscherben und der Grillabfälle doch sowieso kaum noch ein Hundebesitzer an Uni- oder Werdersee.

Leider scheint die ganze Diskussion symptomatisch für die egoistische Einstellung vieler unserer Mitbürger zu sein: Empört den Vorschlag zurückweisen, Sport auf den dafür vorgesehenen Sportanlagen zu treiben, aber mit der größten Selbstverständlichkeit von anderen verlangen, sich auf zugewiesene Areale zu beschränken. Nichts gegen die eigene Hundephobie unternehmen, aber vom Steuerzahler erwarten, dass er die Einrichtung eingezäunter Hundewiesen finanziert. Es als Verletzung des Menschenrechtes der freien Fahrt für freie Bürger betrachten, an einer Fußgängerampel anhalten zu müssen, aber selbstverständlich erwarten, dass sich Alte und Behinderte eine steile Fußgängerbrücke hochquälen. Noch mehr Beispiele gefällig? Eine ganz schön miese Welt haben wir uns da geschaffen, und das ärgert mich weit mehr als ein paar unerzogene Hunde.

Anja B.: Ich denke, dass Hunde in der Öffentlichkeit grundsätzlich angeleint sein sollten und Menschen wegen Hunden nicht auszuweichen brauchen.

Juri: Zur Hundelage in Walle: Bei dem Sauwetter scheint das Auslaufbedürfnis kläffender Vierbeiner in Waller Parkanlagen eher gemäßigt zu sein. Erst im Sommer brauchen die Viecher wieder rudelweise ihren Auslauf. Das hängt aber wohl eher mit der Wetterfestigkeit ihrer Halter(innen) zusammen als mit der artgerechten Haltung.

Anja B.: Janina, ich bin auf dem Lande mit einem Hund und vielen anderen Tieren groß geworden. Ich erwarte nicht, dass Steuerzahler für umzäunte Flächen aufkommen. Dazu können sich die Hundehalter in Vereinen zusammenschließen, aber wie der Kerberos angedeutet hat, ist die Großstadt kein geeigneter Ort für die Haltung großer Hunde. Mir tun die Tiere leid, die in Großstadtwohnungen gehalten werden und unter diesen unsäglichen Bedingungen große Verhaltensstörungen aufweisen.

Guinefort: Eigentlich wollte ich mich zu diesem Faden nicht mehr äußern, da er mit dem Verkehrsentwicklungsplan nicht mal ansatzweise etwas zu tun hat und daher an dieser Stelle so überflüssig wie ein Kropf ist. Aber einige Anmerkungen können meiner Ansicht nach nicht unkommentiert stehen bleiben.

Zu Kerberos: „Warum die Zahl der Hundehalter(innen) in Großstädten zunimmt, kann vielerlei Ursachen haben, die im Psychosozialen liegen mögen und zweifelsohne ein soziologisches Phänomen darstellen." – Über die Gründe, wie der Mensch auf den Hund kam, gibt es eine reichhaltige Literatur, die eigentlich keine Frage offen lässt. Einige Stichworte für die Suche: Konrad Lorenz, Erik Zimen, Dorit Feddersen-Petersen. Die Zahl der Hunde in Deutschland nimmt übrigens nicht zu, sondern ist seit vielen Jahren konstant bis leicht sinkend, was vor allem an den gestiegenen Anforderungen an die berufliche und räumliche Flexibilität der Menschen liegt.

Ein interessantes Sujet für eine soziologische Studie (zum Beispiel unter Kommunalpolitikern) wäre vielmehr die Frage, warum Hundehalter wie kaum eine andere Gruppe gesetzlichen Restriktionen ausgesetzt sind, obwohl der soziale Nutzen der Hundehaltung ihre Nachteile bei Weitem überwiegt und auch der ökonomische Nutzen für Länder und Kommunen weit über den damit verbundenen Aufwendungen liegt (vergleiche unter anderem „Ökonomische Gesamtbetrachtung der Hundehaltung in Deutschland"; Ohr, Renate; Zeddies, Götz; Universität Göttingen, 2006). Auch die Zahl der Nutzungskonflikte liegt nach Aussagen mir bekannter Polizeimenschen unter derjenigen anderer Nutzungsarten und rechtfertigt nicht den Grad der Einschränkungen.

Zu Anja B: „Ich denke, dass Hunde in der Öffentlichkeit grundsätzlich angeleint sein sollten" – Tierschutzrechtlich unzulässig. Nach Tierschutz-Hundeverordnung von 2001 ist jedem Hund ausreichend Auslauf im Freien außerhalb eines Zwingers oder einer Anbindehaltung zu gewähren; nach der amtlichen Begründung der Bundesregierung darf der Auslauf eine Zeitdauer von einer Stunde täglich nicht unterschreiten. Ein allgemeiner Leinenzwang wird auch von den Verwaltungsgerichten überwiegend als unzulässig beurteilt, vergleiche unter anderem OVG Niedersachsen, Aktenzeichen 11 KN 38/04.

Weiter Anja B: „...und Menschen wegen Hunden nicht auszuweichen brauchen." – Ich habe studien- und berufsbedingt mehr als zwei Jahrzehnte ohne Hund gelebt, und in der Zeit hat nie ein Hundebesitzer von mir verlangt, ihm auszuweichen. Seit meine Tätigkeit es mir erlaubt, einen Hund zu haben, habe ich selbiges auch noch nie von jemand anderem verlangt. Wenn es mal eng wird (zum Beispiel auf einem zugeparkten Gehweg, wo Hund/Haltergespann einerseits und Kinderwagen andererseits beim besten Willen nicht aneinander vorbeipassen), war es noch nie ein Problem, sich darüber zu verständigen, wer von beiden die Seite wechselt – meistens derjenige, der sich noch nicht im „Engpass" zwischen Autotüren und Hauswand befindet. Sie werden sich wundern, wie viel ein freundlicher Blickkontakt und ein „Dankeschön" oder auch nur ein freundliches Kopfnicken ausmachen, um mit Ihrer Nachbarschaft gut auszukommen.

Die Zahl der Menschen, die mir und meinem Hund ohne Notwendigkeit und aus erkennbarer Angst ausgewichen sind, kann ich in zehn Jahren an den Fingern einer Hand abzählen – viel größer ist die Zahl der freundlichen Kontakte, die sich ohne Hund nie ergeben hätten, und (für alle Befürworter von „Hunde an die Leine“ sicher erstaunlich zu hören) die Zahl der vorwurfsvollen Bemerkungen gerade von hundelosen älteren Menschen, wenn die Hündin mal wegen Läufigkeit oder einer Verletzung an der Leine bleiben muss. Wenn Sie also mit dem Schutz hundeängstlicher Menschen argumentieren, begeben Sie sich auf recht dünnes Eis – erstens ist dies wirklich nur eine kleine Minderheit, wogegen die weitaus meisten Menschen Hunden gegenüber positiv eingestellt sind und das auch zum Ausdruck bringen. Und die Angstpotenziale gegenüber einer Vielzahl anderer Dinge (unter anderem Autos oder Radfahrer, wie wir hier an zahlreichen Diskussionen sehen) dürften erheblich höher sein, ohne dass hier jemand ernsthaft ein Verbot fordert.

Zu Anja B: „Mir tun die Tiere leid, die in Großstadtwohnungen gehalten werden und unter diesen unsäglichen Bedingungen große Verhaltensstörungen aufweisen.“ – Ich finde es immer wieder erstaunlich, wie manche Menschen offenkundig ganz genaue Kenntnis von dem besitzen, was in den Wohnungen ihrer Nachbarn passiert und daraus messerscharfe Schlüsse auf die Allgemeinheit ziehen. Ich habe (übrigens über einen Hundesportverein) Kontakt zu zahlreichen Hundebesitzern mit ihren Tieren, und ich stelle immer wieder fest, dass gerade diejenigen Hunde das problematischste Verhalten aufweisen, die den überwiegenden Teil ihrer Zeit unter vermeintlich „paradiesischen“ Bedingungen auf einem großen Grundstück in ländlicher Umgebung verbringen, wo sie aber weder mental gefordert sind noch die Chance haben, im Kontakt mit Menschen und Artgenossen ein vernünftiges Sozialverhalten zu erlernen. Wenn der Hund ausreichend Bewegung hat und eine Aufgabe bekommt, ist es hingegen ziemlich egal, ob seine „Wohnhöhle“ in einer 30-Quadratmeter-Etagenwohnung oder einem hübsch restaurierten Bauernhaus besteht.

Gerolf: Danke für die Buchtipps. Ich begrüße es, dass Sie sich jetzt versachlichend äußern. Ich kann sogar verstehen, dass Sie sich als „verfolgte Unschuld“ (Ihr Pseudonym) betrachten, nachdem nun das Gelände für den Hundesportplatz am Wetterungsweg gekündigt worden ist, zumal der Verein schon bei der Anlage des Sees Flächen abgeben musste. Aber daraus lässt sich doch kein Gewohnheitsrecht oder -anspruch auf das Gesamtgelände ableiten und nun mit Gewalt durchsetzen, indem die Hunde von der Leine gelassen werden, wozu noch alle Halter von großen Hunden aus der Umgebung eingeladen werden. Auf dem teilweise schneisenartig engen Rundweg um den Stadtwaldsee ist, beispielsweise nahe der Gaststätte „Oliver’s“, nicht mal ein Ausweichen möglich. Da muss dicht an der Hundeschnauze vorbei, wer einmal diesen Weg eingeschlagen hat. Das Freilaufenlassen von Hunden am Seeufer ist deshalb eine Zumutung für die Allgemeinheit, und es ist richtig und wichtig, auf diesem Portal die Notwendigkeit besserer Lösungen zu diskutieren.

Guinefort: Ich gehöre weder dem Schäferhundeverein am Stadtwald an, noch habe ich jemals gehört, dass dieser (oder jemand anderes) einen exklusiven Anspruch auf den Unisee erhoben hätte. Wahrscheinlich gibt es etliche Seiten im Internet, auf denen der See und das umgebende Gelände als ideal zum Joggen, Schwimmen, Tauchen, Windsurfen, Drachensteigen, Grillen, BMX-Rad fahren oder für Kohlfahrten angepriesen werden. Befürchten Sie da auch Besitzansprüche, oder finden Sie das irgendwie verwerflich?

Ich stimme Ihnen zu, dass gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich ist, wenn es einmal eng wird. Dies fordert schließlich schon § 1 StVO. Sie werden aber auch einsehen, dass es für das gegenseitige Verständnis nicht sehr hilfreich ist, wenn eine Seite von vornherein mit der Haltung „hoppla, ich habe hier alle Rechte und ihr gar keine“ durch die Gegend läuft. Dies habe ich bei Hundebesitzern noch nie, bei Hobbysportlern dagegen schon häufig erlebt (zugegeben: nicht bei allen. Die meisten sind freundlich oder neutral, und manche Jogger haben selber einen Hund. Aber negative Erlebnisse prägen sich eben mehr ein. Was wohl für alle Seiten gelten dürfte).

Vor allem aber scheint mir die Grundlage für eine derartige Anspruchshaltung doch sehr dürftig zu sein: Das bremische Ortsgesetz fordert das Anleinen von Hunden in eingefriedeten Grünanlagen (wo ist am Rundweg die Einfriedung?), während die berühmt-berüchtigte „Brut- und Setzzeit“ (übrigens eine bremisch-niedersächsische Spezialität) entgegen landläufiger Annahme nur für Feld und Flur gilt. Die StVO (Bundesrecht) lässt das Freilaufen von Hunden hingegen auf Straßen und Wegen mit mäßigem Verkehr ausdrücklich zu, und das Tierschutzrecht fordert dies sogar.

Ich denke, der Verkehrsentwicklungsplan wird für dieses Problem genauso wenig eine Lösung enthalten wie für allfällige Klagen über das rücksichtslose Verhalten von bestimmten Radfahrern, Autofahrern et cetera. Dafür ist das hier die falsche Baustelle. Ich fände es aber durchaus erfreulich, wenn Bürger ihr Miteinander auch einmal regeln könnten, ohne gleich nach der ordnenden Hand von Vater Staat zu rufen. Das oben schon einmal erwähnte Stichwort „Toleranz“ wäre dafür gar kein so völlig falscher Ansatz.

Gerolf: Ich sehe nicht, weshalb am Stadtwaldsee andere Regeln gelten, andere Verhältnisse herrschen sollten als im Stadtwald und im Bürgerpark, der auch nur durch Baumreihen eingefriedet ist. Dort gilt für Hunde selbstverständlich die Leinenpflicht. An der Kreuzung Fürther Straße/Hemmstraße, wo gegenüber der Martin-Luther-Kirche die Jan-Reiners-Dampflok aufgestellt ist, steht am Eingang der schmalen Parkanlage auf der ehemaligen Kleinbahnstrecke außer dem Hinweis „Radfahren erlaubt“ ein Schild: „Hunde sind an der Leine zu führen. Eine Grünanlage für alle Bürger“. Solange solche Schilder am Unisee-Ufer fehlen, ist das dortige Areal eben gerade *keine* „Grünanlage für alle Bürger“. Ihnen, Guinefort, ist es sehr unangenehm, dass es über diese Frage zu einer öffentlichen Debatte kommen könnte, wie sie hier begonnen wurde, und an deren Ende selbstver-

ständlich eine demokratische Entscheidung der Bürgerschaft stehen sollte, wozu selbstverständlich auch eine Ausweisung von Freilaufflächen für Hunde gehört.

Fischers Fritze: Ich will auch, dass alle Sachen verboten werden, über die ich mich ärgere. Oder geht das nur, wenn ich anfange zu joggen?

Anja B.: Autos brauchen nun mal Straßen und Hunde eben Auslauf. Das ist die gottgewollte Ordnung. Wer dagegen aufbegehrt, wird mit überkommenen NS-Verhaltenslehren à la Konrad Lorenz, tendenziösen Statistiken und Vorschriftenwust weggebellt. Das Ende der Weisheit wird mit der Beamtendirektive „Ich bin nicht zuständig" besiegelt.

Stiller Mitleser: Ich glaube, ihr solltet mal alle ins Bett gehen. Das bringt doch hier nichts mehr. Es ist alles gesagt, und bevor ihr euch anpöbelt und Nazivergleiche an den Kopf werft, weil euch die Argumente ausgehen, solltet ihr besser die Klappe halten. Sonst macht ihr euch nämlich unglaubwürdig.

Juri: An Fischers Fritze: Nein. Ich muss mir einen Hund zulegen.

Kerberos: An den stillen Mitleser: Nein, ich gehe jetzt nicht schlafen. Es raubt mir vielmehr den Schlaf, wenn ich daran denke, dass als allgemein bekannt vorauszusetzen ist, dass Konrad Lorenz NS-Wissenschaftler war, der die Rassenideologien der NS-Zeit pseudowissenschaftlich untermauert hat.

Anderer stiller Mitleser: Der Diskussionsverlauf macht an einigen Stellen deutlich, dass hier noch gelernt werden muss, dass heutige Netzbürger(innen) sich nicht von Beschwichtigungsfloskeln oder scheinautoritärem Getue abwimmeln lassen.

Kerberos: Von den Ursprüngen des Hundes als Jagd- oder Weidehund ist die heutige großstädtische Hundehaltung doch weit entfernt. Soziologen wie Jens Lönneker nennen es eher ein „Symptom der Dekultivierung", wenn Menschen sich einen Ersatz für den Kameraden, das Kind oder die Partnerschaft durch die Anschaffung eines Hundes käuflich erwerben wollen und das zur Vermenschlichung des Tieres führt:

„Bernhard Dieckmann hat in seiner soziologischen Untersuchung der Berliner Hundehalter die Ambivalenz der modernen Mensch-Hund-Beziehung herausgestellt: Der Hund löst im Menschen romantische Naturgefühle aus, aber er ist nur scheinbar ein Naturgeschöpf. Menschen können Hunde überhaupt nur halten, weil sie sie durch Züchtung nach menschlichen Bedürfnissen ‚hergestellt' haben. Hunde sind also Geschöpfe des Menschen und völlig abhängig von ihm: Wie Alan Weisman in seinem aktuellen Was-wäre-wenn-Bestseller ‚Die Welt ohne uns' schreibt, würden die Hunde ohne ihre Herrchen und Frauchen bald aussterben, im Gegensatz zu Katzen. Kritiker an der angeblich nicht artgerechten Haltung mancher Schoßhündchen sollten das immer bedenken. ‚Herrn Mooshammers Daisy wurde auf dessen Arm sicher artgerecht gehalten', schreibt Dieckmann."

Das führt hin bis zu den bekannten und nicht mehr lebensfähigen Qualzuchten. Hunde sind ein Wirtschaftsfaktor: Alle Ausgaben, die direkt oder indirekt mit der Hundehaltung zusammenhängen, summieren sich auf rund fünf Milliarden

Euro im Jahr. Die Einnahmen der Kommunen belaufen sich bundesweit jährlich auf rund 250 Millionen Euro.

An dieser „Dekultivierung“ wird also eine Menge Geld verdient. Da müssen Jogger schon mal ausweichen und öffentliche Parkanlagen, Spielplätze und Naherholungsgebiete zu Hundefreiwildgehegen und Hundeklos zweckentfremdet werden. Die Mehrheit muss der Affektiertheit weniger weichen, der Umsätze und der Arbeitsplätze wegen. Da wir ja einem wirtschaftlichen Wachstumsparadigma folgen, ist es notwendig, dass immer mehr Hunde produziert werden, die dann ihren artgerechten Auslauf brauchen.

Guinefort: Gerolf, wie kommen Sie darauf, dass ich irgendetwas gegen eine öffentliche Debatte zu diesem Thema habe? Wäre dem so, hätte ich mir wohl kaum die Mühe gemacht, auf Ihre Beiträge zu antworten. Den von Ihnen erwünschten Bürgerschaftsbeschluss gibt es längst, und der Ball liegt jetzt bei den Beiräten. Sollte dort jemand von diesem Faden Kenntnis nehmen, ist das sicher ganz hilfreich. Denn der Diskussionsverlauf macht deutlich, dass nicht nur Hundebesitzer Probleme machen, sondern dass auch manche Kritiker wenig Kompromissbereitschaft zeigen, einschließlich des unverhohlenen Bestehens auf vermeintlichen Vorrechten und der Bereitschaft, zu persönlichen Beleidigungen (bis hin zum NS-Vergleich) zu greifen, wenn die Argumente ausgehen. Von Letzterem nehme ich Sie ausdrücklich aus, da Sie trotz aller erkennbaren Emotionen immer sachlich geblieben sind, was Ihnen hoch anzurechnen ist. Die nächste tierische Debatte scheint übrigens eröffnet: „Im Gebiet um Kuhsiel (Kreuzdeich, Lehester Deich, Kuhgrabenweg, Oberblockland) liegt immer wieder Pferdemist auf der Straße.“

Bernd das Brot: Mann oh Mann! Merkt ihr eigentlich, was ihr hier für eine peinliche Vorstellung bietet? Ganz schön traurig, dass intelligente Leute mit anscheinend sogar akademischem Hintergrund nicht dazu in der Lage sind, über ein so banales Thema zu diskutieren, ohne dass es gleich unter die Gürtellinie geht. Alle Jogger sind Rüpel mit Hang zum Größenwahn, und sämtliche Hundebesitzer sind gewalttätige Egoisten mit psychischen Problemen und rassistischer Einstellung. Ja, geht’s noch?!

Fehlt bloß noch, dass Hundebesitzern pauschal eine verkappte sexuelle Beziehung zu ihren Tieren unterstellt wird und dass im Gegenzug irgendjemand alle Sportler wegen der Verstrickung führender deutscher Sportfunktionäre mit dem NS-Regime und der Olympiade 1936 in die braune Ecke rückt. Und wegen der immensen Profite der Sportartikelindustrie und der miesen Arbeitsbedingungen in chinesischen Sweatshops könnte man doch ein Joggingverbot fordern. Ich glaub echt, es hackt! Warum könnt ihr nicht einfach mal locker bleiben?

Juri: Stimmt. Wegen der übermäßigen Haltung von Sportlern müssen Halter von Sportlern ja auch die Fäkalien beseitigen, die Sportler so auf den Gehwegen hinterlassen.

Ich: Hassthreads sind scheinbar nicht totzukriegen. Irgendein Troll legt immer noch einen nach.

Troll: Ich hab doch gar nichts gemacht.

Gerolf: Der tut nix, ich weiß.

Ich: Beißreflex.

Juri: Der will nur spielen.

Ich hab immer recht: Gestern hat mich schon wieder ein Fahrradfahrer böse angeguckt. Bitte strengere Gesetze.

Radfahrer: Guter Versuch, aber nicht glaubwürdig. Das Wort „Bitte“ kommt im Wortschatz von Leuten, die am jeder Ecke ein Verbotsschild aufstellen wollen, doch gar nicht vor. Kasernenhofton ist angesagt: „Nehmen Sie gefälligst den Hund an die Leine!“, „Fahr gefälligst auf dem Radweg!“, „Der Hof hier ist kein Spielplatz!“, „Machst du zu Hause die Türen auch mit dem Fuß auf? Guck dir mal die Kratzspuren an!“

Diskussion von Gerolf D. Brettschneider (parteilos) und anderen mit Hundefreunden auf „Bremen bewegen“ (Rubrik „Sonstiges“)

Schabenaufruhr am Dschungeltümpel: Wer nimmt Helmut Berger an die Leine? *(RTL, ab Freitag, 21:15 Uhr)*

Unzuverlässige Briefkästen: Im Jobcenter Bremen verschwinden immer wieder Unterlagen *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

407. Bremer Montagsdemo am 14. 01. 2013

Bis zu 30 Prozent der Briefe ans Jobcenter gehen verloren

1. Der gelernte Koch Bert Neumann (Name geändert) aus Forst ist empört: Seit mehreren Jahren ist er erwerbslos und muss von Hartz IV vegetieren. Nun schreibt ihm sein zuständiges Mob-Center, er werde von 1. Januar bis zum 31. März dieses Jahres keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen, das ohnehin karge ALG II zu 100 Prozent gekürzt. Als Grund wird angeben, Neumann sei einem PC-Grundkurs des „Bildungswerkes Futura“ unentschuldigt ferngeblieben. Neumann begründet sein Fernbleiben damit, dass er *zum dritten Mal in den gleichen Computerkurs geschickt* wurde, den immer andere, unterschiedliche Träger veranstalten.

Dort seien den Kursteilnehmern die „Grundlagen der Internetnutzung“ beigebracht worden, damit diese im Netz nach Stellenangeboten suchen könnten. Da er selbst schon lange mit dem Computer arbeite, war das für ihn überhaupt nichts Neues. Seine Sachbearbeiterin kümmerte dies nicht, und sie schickte ihn mit der „Begründung“ erneut in diese sinnlose Maßnahme, auf einer seiner Bewerbungen, die er zu dem Termin habe mitbringen müssen, sei „ein Fleck“ gewesen. Um dringend notwendige Lebensmittel zu kaufen, wurde ihm vom Amt ein Gutschein im Wert von 176 Euro ausgehändigt. Den darf er nur für bestimmte Waren eintauschen und muss den Betrag bei einem einzigen Einkauf ausgeben, weil er kein Wechselgeld zurück erhalten darf.

Neumann befürchtet nun natürlich, seine Wohnung zu verlieren, weil er seine Miete nicht bezahlen kann. Mithilfe eines Anwalts reichte er eine Klage gegen den Totalentzug von Hartz IV ein. Seine Erfolgsaussichten scheinen nicht schlecht zu sein, weil laut Harald Thomé, Referent für Arbeitslosenrecht, eine 100-prozentige **Sanktion** zwar generell gesetzmäßig, im Detail aber an sehr vielen Punkten angreifbar sei. Wünschen wir ihm Erfolg! Diese Sanktionspraxis gehört

sofort abgeschafft, weil ein Existenzminimum nicht unterschritten werden darf. Die Schikane der Verfolgungsbetreuung dient nur der Abschreckung und dem Einsparen von Transferleistungen, so wie die sinnlosen Maßnahmen lediglich die Arbeitslosenstatistik aufhübschen sollen!

2. Eine Bremer ALG-II-Bezieherin wird eines Abends von einem Unbekannten angerufen, der ihr sagt, er wisse, dass sie allein wohne und was sie in den letzten Monaten verdient habe. Überhaupt kennt der Unbekannte am anderen Ende des Telefons zahlreiche Details aus Anna Schmidts (Name geändert) Leben – alles eben, was aus ihrem Antrag auf Arbeitslosengeld hervorgeht, den sie ein paar Stunden zuvor persönlich in den Briefkasten in der Wartehalle des Jobcenters Bremen-Mitte geworfen hatte und den der Anrufer nun draußen im Gebüsch gefunden hatte.

Hingewiesen auf die Probleme der unsicheren Briefkästen beim Jobcenter Bremen hatte schon vor über einem Jahr der Bundesdatenschutzbeauftragte. Der Finder wollte Anna Schmidt mit seinem Anruf warnen, da die Kontoauszüge der letzten drei Monate offen herumlagen, ebenso ihre Krankenkassenbescheinigung, der Mietvertrag und frühere Gehaltsabrechnungen. Dass im Jobcenter Bremen immer wieder Unterlagen verschwinden, ob aus dem Briefkasten oder auf anderem Weg, ist nicht neu: Die Zweigstelle in Gröpelingen verfügte im Jahr 2005 über einen Außenbriefkasten mit so breitem Einwurfschlitz, dass selbst große Männerhände ohne Probleme gänzlich hineinfassen konnten.

Es besteht auch nicht nur das Problem eines möglichen Datenklaus, sondern auch eines Versäumens von Fristen. Schon immer war es weitaus vernünftiger, sich den Eingang jedes einzelnen Briefes quittieren zu lassen. In Bremen-Nord sollen die Jobcenter-Mitarbeiter(innen) einen **Eingangsstempel** jedoch generell verweigern. Laut Harald Thomé vom Wuppertaler Selbsthilfeverein „Tacheles“ sind verloren gegangene Unterlagen bei Jobcentern bundesweit ein Problem. Ob es sich bei der Ursache der Verlustrate von schätzungsweise 30 Prozent wirklich um eine „katastrophalen Unterbesetzung“ handelt oder ob systematisch Geld eingespart werden soll, sei dahingestellt.

3. Wie ein Déjà-vu erscheint eine Unverschämtheit der Sozialbehörden einer nordrhein-westfälischen Kreisstadt, nachdem kürzlich die Berliner Arbeitssenatorin Dilek Kolat erneut einen Plan vorgelegt hat, Erwerbslose zu drangsalieren und zu demütigen. Völlig zu Recht antworten Langzeiterwerbslose, dass sie keine Maßnahme, sondern einen Job bräuchten, wenn ihnen ihre Fallmanager Angebote zur

„Qualifizierung“, „Aktivierung“ oder „Stabilisierung“ unterbreiten. Doch das Vierer-Team vom (No-)Job-Center in Warendorf will angeblich Langzeitarbeitslosen eine dauerhafte Perspektive vermitteln.

Schon wieder sollen Betroffenen im Kreisgebiet für die Dauer von sechs Monaten zwei Coaches zur Seite gestellt werden, ein „Sozial-Coach“ und ein „**Job-Coach**“ (aber keine Coach-Potatoes). Über allem schwebt die Super-Nanny. Jubel, für sechs Monate werden die Delinquenten in keiner Arbeitslosenstatistik auftauchen – das kommt gut vor der Bundestagswahl! Im Prinzip nichts anderes als das, was es bisher auch schon gab: Betreuung, Betreuung und noch mal Betreuung. Dafür werden dann vor lauter beaufsichtigender Behütung und Kompetenzerweiterung plötzlich überall neue Arbeitsstellen umso nachhaltiger dem Frühling entgegen sprießen!

4. Das Verwaltungsgericht Leipzig hat entschieden, dass Flop-Center die **Durchwahlnummern** von Sachbearbeitern herausgeben müssen (Aktenzeichen 5K 981/11). Damit wurde einer auf Sozialangelegenheiten spezialisierten Anwaltskanzlei recht gegeben. Diese hatte moniert, dass das Leipziger Jobcenter nur über eine zentrale Servicenummer erreichbar und eine telefonische Durchwahl zu den Sachbearbeitern nicht vorgesehen sei. Das Informationsfreiheitsgesetz sieht jedoch den umfassenden Zugang zu amtlichen Informationen vor, sofern nicht Sicherheits- und Datenschutzgründe dagegen sprächen. Die Telefonnummern von Behördenmitarbeitern unterlägen nach diesem Gesetz nicht dem persönlichen Datenschutz. Leider kann gegen diese Entscheidung noch Berufung eingelegt werden.

5. Im niedersächsischen Himmelsthür sollen sich behinderte Bewohner einer Einrichtung der Diakonie prostituiert haben, um ihr knappes Taschengeld aufzubessern. Für die sexuellen Handlungen sollen sie teilweise auch nur mit Zigaretten entlohnt worden sein. Dem Bericht zufolge sollen Bewohner der Behindertenеinrichtung von „schwarzen Zuhälterlimousinen“ abgeholt worden sein, die vor den Wohnanlagen in Sorsum vorfuhren und bis zu vier Frauen auf einmal mitnahmen. Das soll laut Zeugenaussagen ein offenes Geheimnis gewesen sein. Wenn sich die Fälle bewahrheiten, ginge es um den Straftatbestand des sexuellen **Missbrauch**s Widerstandsunfähiger.

6. Die Bundesregierung verbietet Arbeitgebern die heimliche **Videoüberwachung** am Arbeitsplatz – das offene Filmen soll aber weiter ausgeweitet werden. Leider muss der Bundesrat nicht zustimmen. Während so getan wird, als ob sich das schwarz-gelbe Gruselkabinett gegen eine Bespitzelung von Beschäftigten engagiere, findet eigentlich nur eine Verschlimmbesserung statt, indem sich fortan noch viel ungenierter der erlaubten offenen Videoüberwachung am Arbeitsplatz bedient werden dürfte. Dort sind dann nur noch in Umkleiden, Schlafräumen oder im Sanitärbereich Kameras untersagt. Es ist völlig klar, dass sie natürlich nicht

zur Verhaltens- oder Leistungskontrolle eingesetzt werden dürfen, was so ja auch überhaupt nicht passieren kann oder sollte. Sogar die Gewerkschaft protestiert!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Unter Polizeischutz: Grüne Bremer Senatoren schieben Parzellen-Bewohner mitten im Winter in eine Baracke ohne Heizung und Waschbecken ab *(„Bild“)*

Kein Wechsel des Energieanbieters für Oldenburger GSG-Mieter?

1. Sehr geehrter Herr Wege, in der Einwohnerfragestunde des Rates am 26. November 2012 habe ich auf Ihre Fragen unter anderem geantwortet, dass die Stadtverwaltung bei Empfängern von SGB-II-oder SGB-XII-Leistungen bei der Auswahl von Energieanbietern keine Vorgaben oder Einschränkungen mache. Daher gebe es das Recht jedes Oldenburger Bürgers, seinen **Energieanbieter** grundsätzlich frei zu wählen.

Ob und inwieweit diese freie Anbieterwahl in jedem Einzelfall realisierbar ist, lässt sich selbstverständlich so allgemein nicht beantworten, sondern hängt von den konkreten Rahmenbedingungen im Einzelfall ab. Aufgrund Ihrer Schilderung vermute ich, dass Sie mit Ihrem Vermieter, der GSG, vertraglich eine Wärmelieferung vereinbart haben. Die Frage, ob dies unabhängig vom sonstigen Mietverhältnis gekündigt werden kann, klären Sie doch bitte direkt mit Ihrem Vermieter. Mit freundlichem Gruß, Prof. Dr. Gerd Schwandner, Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg.

2. Bricht jetzt das EWE/GSG-Recht das EU-Recht? Kann es sich die Stadt erlauben, aufgrund solcher Verträge mehr für die Heizkosten auszugeben als notwendig? Wird nicht die EWE sogar durch die Stadt begünstigt, wenn alle Mieter(innen) der GSG geknebelt werden? In meinem Mietsvertrag steht *nicht*, dass ich verpflichtet sei, meinen Strom oder Gas bei der EWE zu beziehen. Meine Wohnung hat auch eigene Zähler, allerdings keine Messinstrumente zur Berechnung von Wärme. Dass die EWE anscheinend mit der GSG eine Vereinbarung hierzu getroffen hat, als sie von der EWE neue Heizungsanlagen einbauen ließ, kann man doch den Mietern nicht anlasten!

Ist es nicht so, dass eine Wohnungsbaugesellschaft den Einbau erforderlicher Anlagen steuerlich abschreiben kann, oder überträgt man so diese Abschreibemöglichkeiten auf die EWE? Entspräche so eine Möglichkeit eigentlich den Gesetzen? Da die Stadt Oldenburg an beiden Unternehmen beteiligt ist, werden wohl die Vertreter(innen) der Stadt Oldenburg hierzu informiert worden sein. Müsste es nicht das Finanzamt interessieren, wenn da anscheinend Abschreibungsmöglichkeiten übertragen werden? Dass der Oberbürgermeister jetzt versucht, dies alles auf die „privatrechtliche Schiene“ zu schieben, ist in meinen Augen „ein Ding“!

3. Bei der Landtagswahl in **Niedersachsen** am 20. Januar 2013 werde ich keinem der Kandidaten meine Stimme geben und meine Zweitstimme schon gar nicht einer dieser Parteien. Selbst die Parole „Löhne retten“ gefällt mir so überhaupt nicht: Will nicht, wer die Löhne „retten“ will, auch die Lohnarbeit retten? Wird nicht gerade die Lohnarbeit, die darauf ausgerichtet ist, für Unternehmen Profite zu erwirtschaften, zum Nachteil der meisten Lebewesen, des Klimas und der Natur missbraucht?

Leider konnte ich auf keinem Plakat ein „Nieder mit der Lohnarbeit! Jetzt sofort die Eigentumsfrage stellen!“ lesen. Das wäre aber für mich eine Kernforderung, um eine parlamentarische linke Partei zu wählen. So werde ich wohl zum Wahllokal gehen müssen, um meinen Wahlzettel mit einem großen Nein zu versehen, denn ich will hierbei so nicht mehr mitmachen! Mit sozialistischen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Dieses System braucht Bestechung, um am Leben zu bleiben

Von der Leyen tritt für Leistungskürzung ein: „Wer Angebote wiederholt nicht annimmt, braucht offenbar keine Unterstützung, weil er andere Einkommensquellen hat.“ Damit unterstellt sie Schwarzarbeit oder sonstige betrügerische Einkommensquellen, vielleicht sogar Diebstahl, statt das Nächstliegende anzunehmen, nämlich unzumutbare Angebote, zum Beispiel sinnloses Bewerbungstraining zum wiederholten Mal, unzumutbare Arbeitsbedingungen, ja: Sklavenarbeit, also Arbeit, von der man nicht leben kann. Weg mit den Hartz-Gesetzen und der damit verbundenen Diskriminierung, Schikanierung und Demütigung!

An den Luxusreisen des Betriebsrats von Thyssen-Krupp nach Südamerika, Kuba und Asien hat unter anderem auch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und IG-Metall-Vorstand Bertin Eichler, teilgenommen. Er wurde zur Formel 1 nach Schanghai in die Luxusloge eingeladen. Eichler ist erster Klasse geflogen und will nun die Differenz zur zweiten Klasse zurückzahlen, auch nicht mehr für den Aufsichtsrat kandidieren. Das ist ja wohl das Mindeste! Die Geschichte erinnert fatal an die Luxusreisen des Peter Hartz mit dem Volkswagen-Betriebsrat zu Bordellbesuchen nach Brasilien! Je mehr den Arbeitern abgepresst wird und die Arbeitslosen in die Armut getrieben werden, umso mehr braucht dieses System offenbar Bestechung, um am Leben zu bleiben.

Am vergangenen Sonntag hat in Berlin die traditionelle „LLL-Demo“ stattgefunden. Zehntausende gedachten nicht nur der Ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und des genialen Revolutionsführers Lenin, sondern forderten auch die Abschaffung des nur auf Profitmaximierung gerichteten kapitalistischen Systems und stattdessen ein System ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in dem der Mensch zählt, nicht der Profit: den weltweiten Sozialismus. Derweil erfolgen französische Angriffe auf „Rebellen“ in Mali: Es geht wieder einmal um Rohstoffe. Mali hat strategische Bedeutung für die ganze Sahelzone, und es wurde dort Uran entdeckt.

Für die Energiewende werden neue Stromtrassen benötigt, sonst müsse deutscher Ökostrom nach Holland verschenkt oder durch das polnische Netz umgeleitet werden, vermelden die Medien. Jetzt wurde bekannt, dass ein riesiges Ostseestromkabel von Lubmin nach Kaliningrad verlegt werden soll, um das deutsche Stromnetz an das dortige neue, noch im Bau befindliche Atomkraftwerk anzuschließen. Das ist die Energiewende à la Merkel und Althaus! Der Widerstand gegen alle Atomanlagen muss weitergehen! Weltweite Abschaltung aller AKWs!

Beim Flughafen Berlin steigen die Kosten von 2,8 auf 4,3 Milliarden Euro, nicht anders als bei „Stuttgart 21“. Am Werk sind elende Abzocker und ihre willfährigen Politiker. Es sind nicht einfach „Stümper“ in der Politik, sondern sie machen in aller Regel genau das, was den Konzernherren Milliardengewinne beschert, ohne jeden Nutzen für die Bevölkerung. Ob die Kosten ins Unendliche steigen oder nicht, die großen Konzerne machen immer Kasse. Denen haben sich die Politiker von CDU, SPD, FDP und auch von den Grünen mit Haut und Haaren verschrieben. Oft sitzen sie in den Aufsichtsräten, mischen selbst in den Monopolen mit. Wir müssen daher den Kampf gegen die ganze Regierung und ihre Politik richten, nicht auf „weniger unfähige“ Politiker hoffen!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Gegen Antibiotika resistent“: „Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schweinemett ist einer Stichprobe zufolge oft mit Keimen belastet“ *(ZDF)*

400 Watt pro Quadratmeter: Statt einen Räumdienst zu beauftragen, lassen

Boutiquenbesitzer den Kurfürstendamm elektrisch beheizen *(„Tagesspiegel“)*

Sklaven auf dem Weihnachtsmarkt: Jobcenter in Rheinland-Pfalz macht sich zur Lottobude *(„Spiegel-Online“)*

Keine „Anschlussverwendung“ für „Schlecker-Frauen“: Sprachforscher-Jury macht sich durch die Kür eines irrelevanten „Unwortes“ lächerlich *(„Bild“)*

„Opfer-Abo“: Warum muss Georgina immer wieder zur Dschungel-Prüfung? *(„Bild“-Zeitung)*

Raus aus dem Landtag: 36.000 frühere „Linken“-Anhänger gehen nicht mehr zur Niedersachsen-Wahl *(„Spiegel-Online“)*

Journaille beglückt: Leihstimmen-Kampagne zugunsten der FDP bringt 101.000-fachen Erfolg *(„Bild“-Zeitung)*

Weil wir uns an den Fall Simonis’ erinnern: Steht noch nicht fest, dass eine Stimme Vorsprung für Rot-Grün reicht *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

408. Bremer Montagsdemo am 21. 01. 2013

Langzeitarbeitslose brauchen keine „Betreuung“, sondern einen vernünftig bezahlten Arbeitsplatz!

1. Letzte Woche berichtete ich von einem Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig. Es hatte entschieden, dass *Flop*-Center die **Durchwahlnummern** der Sachbearbeiter(innen) herausgeben müssen. Das Jobcenter Leipzig wehrt sich gegen dieses Urteil als nicht praktikabel, weil es in „krassem Gegensatz“ zum dortigen Arbeitsalltag stehe. Die Berater hätten nämlich gar keine Zeit für Telefonate, weil sie oft Gespräche mit Erwerbslosen führten und es aus Datenschutzgründen unmöglich sei, mit einem Arbeitssuchenden zu telefonieren, während ein anderer Proband im Büro sei. Oh, dass der Datenschutz dort *eingehalten* wird, ist für mich ganz neu! Schließlich kann ein zuhörender Erwerbsloser dem Telefonat keineswegs entnehmen, mit wem der Angestellte der Agentur gerade spricht, und der Anrufer auch nicht über „Skype“ sehen, wer dort vorgeladen wurde!

2. Etwa 15.000 Bremer(innen) verdienen so wenig, dass sie ihren **Dumpinglohn** vom Jobcenter mit „ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt“ aufstocken müssen. Die heute 51-jährige Marita Schuster (Name geändert), alleinerziehende Mutter zweier Töchter, machte vor drei Jahren eine Umschulung zur Arzthelferin, da sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ihrem Beruf als Altenpflegerin arbeiten kann. Ihre ehemalige Sachbearbeiterin ermöglichte ihr die Umschulung, nachdem sie jahrelang auf Sozialhilfe und Hartz IV angewiesen war. Obwohl Frau Schuster anschließend in der Praxis übernommen wurde, wo sie ihre Umschulung absolvierte, hängt sie weiterhin am ALG-II-Tropf, weil sie für ihre 33-Stunden-Stelle nur magere 900 Euro im Monat bekommt.

Dies wurde vom Jobcenter erst dann anerkannt, als Schuster drohte, an die Öffentlichkeit zu gehen. Zuvor sollte die ergänzende Leistung in Höhe von 145 Euro eingestellt werden. Es wurde von ihr verlangt, Wohngeld und Kindergeldzuschlag zu beantragen, obwohl ihr Letzteres wegen des Einkommens ihrer Tochter gar nicht zustand. Auch wenn Kristina Bumb, Sprecherin des Jobcenters und der Familienkasse, widerspricht und behauptet, es gebe keine „systematischen Probleme“ bei der Prüfung der in Frage kommenden Leistungen, sagt Inge Gräfe-Heigl von der Bremer Erwerbslosen- und Sozialberatung „Solidarische Hilfe“, dass immer wieder Menschen bei ihnen Rat suchen, die wegen eines vermeintlichen Anspruchs auf Kinderzuschlag Ärger mit dem Jobcenter hätten.

Obwohl diese Leistung bereits 2005 eingeführt wurde, hätten viele Jobcenter-Mitarbeiter(innen) bis heute keine Ahnung davon, weil sie zu schlecht qualifiziert seien. Darüber hinaus würden sie angehalten, ständig die Fallzahlen zu „korrigieren“ und bekämen entsprechenden Druck „von oben“. Dabei dürfe das Jobcenter die Leistungen gar nicht einstellen, sondern müsse sie überbrückungshalber weiterzahlen. Viele Betroffene können dies per Eilantrag vor Gericht durchsetzen – wenn sie um ihre Rechte wissen und sich diese zu „holen“ getrauen. Viele Leistungsberechtigte verzichteten aber lieber auf ihre Ansprüche.

3. Ein Jahr nach der Firmenpleite beschreibt Heide Oestreich in der „Tageszeitung“ anhand dreier Fallbeispiele die Lage der rund 23.000 „**Schlecker-Frauen**“, von denen bisher nur 9.800 wieder eine Arbeit fanden:

- Die 45-jährige Claudia Jacobs ist eine Ausnahmeerscheinung, die zu einer Minderheit der „Schlecker-Frauen“ gehört: Sie betreibt nun zusammen mit ihrem Mann einen „Kiezladen“. Das gefällt ihr viel besser als ihre frühere Arbeitsstelle, denn dort hätte sie zum Beispiel niemals mit einer Journalistin in der Café-Ecke sitzen und über ihre Arbeit plaudern können. Auch könne sie das Sortiment genau an ihre Kund(inn)en anpassen und müsse nicht immer zur Tür gucken, ob die gefürchteten unangemeldeten Schlecker-Kontrolleure reinkommen. Frau Jacobs und ihr Mann hatten das nötige Startkapital, um sich selbständig zu machen, weil sie in den Jahren zuvor an Wochenenden Haushalte auflösten, Restposten per „Ebay“ ersteigerten und alles auf dem Flohmarkt verkauften. Dadurch konnten sie knapp 80.000 Euro auf die „hohe Kante“ legen. Der Laden ernährt die beiden Besitzer, weil pro Tag zwischen 500 und 1.000 Euro Umsatz zusammenkommen.
- Die 38-Jährige Yvonne Bruder ist eine „Schlecker-Frau“, die Erzieherin wird, mithin eine echte Rarität. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hatte diese Idee im Sommer nach der Pleite verkündet, aber leider wollte die Arbeitsagentur die drei- bis vierjährige Ausbildung nicht bezahlen. Nach der Wende wollte die aus dem Vogtland stammende Abiturientin eigentlich Lehrerin werden. Sie verwarf sie ihre Pläne jedoch, als ihr bei der Berufsberatung eine „Lehrerschwemme“ vorausgesagt wurde, und wurde Trainee bei Schlecker. 19 Jahre war sie gerne dabei. Frau Bruder wollte nach von der Leyens An-

kündigung nun doch „etwas Pädagogisches“ machen. Diesmal ließ sie nicht locker, als die Arbeitsagentur ihr „diesen Zahn“ gleich wieder ziehen wollte, schrieb Briefe an die Arbeitsministerin und den bayerischen Staat und „belagerte“ ihre Arbeitsagentur. Die Mails von ganz oben zeigten Wirkung: Sie bekam den entsprechenden Bildungsgutschein und besucht nun seit September eine Fachschule für Pädagogik.

- Die 36-jährige Eileen Steiner, ausgebildete Kauffrau für Bürokommunikation und Mutter dreier Kinder, meldete sich arbeitslos und bewarb sich bei Rossmann, DM, Aldi, Lidl und bei Bioläden, bekam aber lauter Absagen. Eine Fortbildung zur Kommunikationsassistentin für Hörgeschädigte kam nicht zustande. Nach der Kita-Idee Ursula von der Leyens zog sie zur Arbeitsagentur und sagte, sie sei bereit für die Ausbildung, aber dort wurde ihr nur lapidar mitgeteilt, für sie gebe es keinen Bildungsgutschein. Als sie ihr Hobby, das Nähen, ausbaute, legte das Arbeitsamt gegen ihre Idee, sich damit selbständig zu machen, sein Veto ein. Wenn in einem halben Jahr ihr ALG I ausläuft, wird sie wegen des „zu hohen“ Verdienstes ihres Mannes kein ALG II bekommen. Die Idee mit der Erzieherinnenausbildung hat sie nicht losgelassen, und sie fand heraus, dass an einer Kita auch eine Lehre gemacht werden kann. Nun sucht sie Kitas heraus, die Azubis nehmen. (Ob damit die berufsbegleitende Ausbildung gemeint ist?) Vor einem Jahr erfuhren die „Schlecker-Frauen“ aus den Medien, dass ihre Firma insolvent ist. Die vielen offenen Stellen, von denen FDP-Wirtschaftsminister Rösler tönte, lösten sich natürlich in Luft auf, und die Umschulung zur Erzieherin, die CDU-Arbeitsministerin von der Leyen versprach, gibt es immer noch nicht – nur leere Versprechungen, geblubberte Worthülsen!

4. Auf einem Weihnachtsmarkt verloste ein privater Bildungsträger in Rheinland-Pfalz bei einer Tombola Dienstleistungen älterer Langzeitarbeitsloser an Firmen, was Gewerkschaften entsetzte. Dieser private Dienstleister arbeitet mit dem Jobcenter bei der „Integration“ älterer Langzeitarbeitsloser im Rahmen des Programms „Perspektive 50 plus“ zusammen. Dabei sei nach Ideen gesucht worden, wie die betreuten Langzeitarbeitslosen mit den regionalen Unternehmen in Kontakt kommen könnten. „Betreute“ **Langzeitarbeitslose**? Die sind doch erwachsen, brauchen keine Betreuung, sondern einen vernünftig bezahlten Arbeitsplatz! Als Resultat trat das besagte Tombola-Event auf dem Weihnachtsmarkt auf den Plan.

Die Unternehmen konnten neben einem Workshop oder Büroartikeln auch Dienste der Arbeitslosen gewinnen, etwa die Reinigung von Fenstern und Fußböden oder die Gestaltung einer Firmen-Website. Weil das offenbar noch nicht kreativ genug war, durften einige der Arbeitslosen die Ziehung der Lose zusätzlich mit einer weihnachtlichen Aufführung untermalen. Anders als bei einer normalen Tombola mussten die Firmen nicht für ihr Los zahlen, und gab es auch keine „Nieten“. Hier sollte „soziales Firmenengagement“ belohnt werden, womit die Bereit-

stellung unbezahlter Arbeitsplätze für eine kurze Zeit gemeint war. Selbstredend kann gar nicht oft genug betont werden, wie unglaublich freiwillig die Langzeitarbeitslosen ihre angebotenen Dienste „ausdrücklich selbst ausgesucht und angeboten“ haben und völlig frei entscheiden konnten, ob sie überhaupt teilnehmen!

Wir wissen doch alle, dass jeder Erwerbslose vor Beantragung des Arbeitslosengeldes unterschreiben muss, *alles* zu unternehmen, um aus der Hilfsbedürftigkeit herauszukommen. Es bleibt nur eine menschenverachtende und entwürdigende Aktion, bei der nur die Firmen Gewinne machen konnten. Langzeiterwerbslose wurden wie Sklaven feilgeboten und hatten selbst nichts davon, außer wahrscheinlich dem versteckten Zwang Genüge zu tun. Gerne wüsste ich, wie sich durch Putzen die beruflichen Qualitäten der Erwerbslosen zeigen sollen, außer als Ausbeutbare! Am Sonntag stand im „Weser-Kurier“ ein Zitat von Voltaire: „Die Arbeit hält drei große Übel fern: die Langeweile, das Laster und die Not.“ Ja, sofern sich von der Hände Arbeit leben, nicht nur vegetieren lässt!

5. Wenn Kanzlerin Merkel die Tarifautonomie in Deutschland und die **Gewerkschaften** als „starke Säulen“ lobt und den Missbrauch von Werkverträgen unter die Lupe nehmen lassen will; wenn DGB-Chef Michael Sommer seinerseits positiv anmerkt, die Kanzlerin verschließe sich beim Streitthema Arbeitnehmer-Datenschutz nicht der massiven Gewerkschaftskritik, dass es dank ihrer „keine gravierenden Angriffe auf Arbeitnehmerrechte“ gegeben habe, dann verspüre ich einen gewissen Brechreiz. Ein richtiges *Kotzgefühl* kommt mir jedoch, wenn ich lese, dass Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt „Moral“ fordert, genauer: „Defizite bei Moral und Anstand“ diagnostiziert und verlangt, die Tarifverträge konsequent flächendeckend anzuwenden und die Löhne von Zeitarbeitern wie vereinbart „anzugleichen“. Läuft hier nicht in der Rollenverteilung etwas falsch? Wie glaubhaft ist dieses Gekuschel unmittelbar vor der Niedersachsen-Wahl? Einheitssoßenbrei! Wer vertrat ursprünglich einmal wen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der 23. Januar ist internationaler Aktionstag der GM-Belegschaften

Am Mittwoch, dem 16. Januar 2013, haben die Kollegen bei PSA Peugeot-Citroën in Aulnay bei Paris den unbefristeten Streik gegen die für 2014 geplante Schließung ihres Werks aufgenommen. Sie haben das Werk besetzt und blockieren die Tore. Die Produktion steht vollständig. PSA hat eine „strategische Allianz“ mit GM-Opel. Deshalb steht der Kampf von vornherein in enger Verbindung zum Kampf

gegen die geplante Werksschließung bei Opel in Bochum. Mehrfach schon besuchten sich die Kollegen gegenseitig bei Demonstrationen und Aktionstagen.

Der zweite große französische Autokonzern Renault hat ebenfalls die Vernichtung jedes zehnten Arbeitsplatzes in seinen französischen Werken angekündigt. In diesem Zusammenhang sollen die Kollegen künftig gezwungen werden, jeweils in dem Werk zu arbeiten, in dem der Konzern die Produktion auslasten will. Wie sollen die Arbeiter und ihre Familien einen solchen Versetzungsterror durchstehen? Wer soll sich in dieser Zeit um die Kinder kümmern? In dieser Situation kann der Streik der Arbeiter von PSA in Aulnay auch für die Arbeiter in den Renault-Werken ein ermutigendes Signal sein.

Bei GM im brasilianischen Sao Jose dos Campos fand letzte Woche ebenfalls eine Streikversammlung vor den Toren gegen die seit Monaten geplante Entlassung von 1.800 Kollegen statt. Bei Ford im belgischen Genk blockieren Arbeiter trotz des brutalen Polizeieinsatzes weiterhin die Tore, die Arbeiter der Zulieferindustrie setzen ihren Streik fort. Jetzt verschärfen Ford und der Staat die Repressalien, drohen den Arbeitern mit Kriminalisierung und hohen Strafen. Die Solidarität in Belgien und darüber hinaus wächst: Bereits im letzten Jahr hatten Kollegen von Ford in Köln und Genk sich gegenseitig besucht und den Kontakt hergestellt.

Diesen Dienstag findet bei Opel in Bochum um 14 Uhr die nächste „Informationsveranstaltung“ des Betriebsrats statt, diesmal mit Delegationen aus den anderen deutschen Opel-Werken. Nach dem selbständigen Warnstreik vom 12. Dezember 2012 beraten die Bochumer intensiv, wie gegen die angekündigte Schließung des Werkes und um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden muss.

Am **Mittwoch**, dem **23. Januar 2013**, findet auf Initiative kämpferischer Gewerkschafter von GM aus Brasilien, Kolumbien, Spanien und Deutschland ein internationaler **Aktionstag** statt. Ein solcher Schritt zur internationalen **Koordinierung der Kämpfe gegen die Pläne von GM** ist genau richtig! Im Zuge der sich verschärfenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise sind dies wichtige Impulse und Schritte in der Arbeiterbewegung.

Im Aufruf dazu heißt es: „Angesichts dieser Versuche, unsere Klasse zu spalten, rufen wir die Arbeiter und Gewerkschaften aller GM-Werke auf der Welt auf, sich zusammenzuschließen und sich gegenseitig zu unterstützen, um unsere Klasseninteressen zu verteidigen. Unsere Organisationen rufen euch auf, euch am 23. Januar an unserem Kampf gegen die Angriffe von GM zu beteiligen. Wir möchten an diesem Tag einen internationalen Kampf- und Aktionstag in unseren jeweiligen Ländern machen, um die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken, was mit den Arbeitern bei GM passiert. Wir fordern: Keine Werksschließungen bei GM, Opel oder PSA! Keine Entlassungen! Wiedereinstellung der verletzten Arbeiter bei GM Kolumbien und Unterstützung unserer Kollegen von Asotrecol.“

Der Streik und der Aktionstag bestärken uns darin, dass wir mit dem Automobilarbeiterratschlag und der Vorbereitung der 1. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz zur verbindlicheren Zusammenarbeit genau richtig liegen und diese Arbeit intensivieren wollen!

Harald Braun

Wasser soll privatisiert werden: Kennt die EU nicht die negativen Erfahrungen mit Strom? *(„Stern“)*

Landeswahlleiterin zeigt roten Bildschirm: Das Ungeheuer von Loch Ness hat ganz verheulte Augen *(„Die Welt“)*

Schade

1. Die Wahl in Niedersachsen ist ja nun gelaufen. Hut ab vor den Taktikern der CDU: Die Leihstimmenidee war genial gedacht. Umso mehr freut es mich, dass diese Taktik nicht aufgegangen ist – was in mir die Hoffnung auf die Piraten geweckt hatte, da durch sie deutlich wird, dass wir eine Politik mit Taktierungsmanövern nicht mehr wollen. Ich finde es sehr schade, dass es „Die Linke“ und die Piraten nicht in das niedersächsische Landesparlament geschafft haben. Beiden wäre es vergönnt gewesen, denn wir alle haben kritische Stimmen abseits vom politisch-neoliberalen Mainstream in den Parlamenten bitter nötig.

Mein Eindruck ist, dass beide bisher noch keine Stammwählerschaft für sich gewinnen konnten, sondern bisher ausschließlich Protestwähler(innen) angezogen haben. Allein hier sieht es beim Ergebnis der **Landtagswahl in Niedersachsen** so aus, als ob die Piraten der „Linken“ die Protestwähler(innen) abgerungen haben könnten. Für beide dürfte es in Zukunft bitter nötig sein, gegen vorurteilsbehaftete Klischees anzukämpfen und durch solide und qualifizierte Basisarbeit eine Stammwählerschaft unter den kritisch denkenden Bürger(inne)n zu gewinnen. Die bisherige „Linksfolklore“ oder das interne Verfransen in digitalen Demokratiemodellen werden keine Stammwählerschaften auf breiter Basis hervorbringen.

Die Probleme von Wohnungsnot, Energieverteuerung, weiterer zunehmender Prekarisierung der Arbeit, Rohstoffplünderung, Privatisierung von Sozialleistun-

gen und Bildung und weiter zunehmender immenser Geldvermehrung zugunsten weniger werden nicht auf Fahnenritualen angegangen, mit denen sich nur ein Häuflein von Linksexoten identifizieren kann, die als Wähler(innen)potenzial wohl kaum ausreichen. Ebenso wenig in Diskussionen um Amateur-Programmierbasteleien von eher durchschnittlichen Webdesigner(inne)n, die von professioneller Softwareentwicklung, Netzplanungstechniken, Datenbankstrukturen et cetera nicht den leisesten Schimmer haben. Projektplanungs- oder Entscheidungsfindungssoftware gibt es schon lange und wird in Unternehmen längst global vernetzt angewandt. Es bedarf hier eigentlich auf politischer Ebene nur der Fachleute, die damit umgehen können und in der Lage sind, professionelle Vernetzungsstrukturen damit aufzubauen, was an sich eine gute Idee ist. Nichts gegen Rechte für „digitale Bürger(innen)“, aber diese digitalen Rechte nützen niemandem, dem der Strom abgestellt wurde, dem die Mittel durch Sanktionen, Mieterhöhungen und geringe Löhne so knapp gehalten werden, dass er sich weder Computer noch Netzanschluss leisten kann. Reelle Ansätze an den Bedürfnissen der Menschen sind hier gefragt.

2. Bei der Gelegenheit habe ich mir die Ansprache von Heike Hey zur Gedenkfeier „90 Jahre Bremer Räterepublik“ noch mal angeschaut: „Es wird berichtet, dass auch Frauen Waffen forderten, um die Räterepublik zu verteidigen.“ Da wird sich Frau Hey sicherlich über die aktuelle Nachricht freuen, dass nach Plänen des amerikanischen Verteidigungsministeriums US-Soldatinnen bald an die vorderste Front dürfen. Zu kritisieren finde ich auch, dass unter den Teilnehmer(inne)n dieses Räterepublik-Gedenkens einige Aktivist(inn)en des sich als pazifistisch gebenden „Bremer Friedensforums“ zu erkennen sind. Viele, die dort auftraten, sind Universitätsabsolvent(inn)en. Unreflektierte Märtyrerverehrung mit Kranzniederlegungsritualen an Heldendenkmälern sollte meiner Ansicht nach der „anderen Feldpostnummer“ vorbehalten bleiben.

Linke beziehungsweise linksintellektuelle Kreise sollten sich andere Möglichkeiten ersinnen, historische Ereignisse mit der Fragestellung der Möglichkeiten des friedlichen Aufbaus und der Entwicklung einer neuen Gesellschaft und des Sinnes und der Notwendigkeit ihrer Verteidigung zu bewerten. *Meine* Bewertung ist, dass der **Bremer Räterepublik** vor dem Hintergrund des verlorenen Weltkrieges des Kaiserreichs und der Reparationsbedingungen des Versailler Vertrages von vornherein der Erfolg nicht einmal ansatzweise beschieden war. Daher denke ich aus rückwirkender Betrachtung, dass die Opfer sinnlos erbracht wurden.

Damit will ich den damaligen Zeitgenossen, die den Versuch einer neuen Gesellschaft gewagt haben, keinesfalls unterstellen, sehenden Auges auf einen Untergang zugesteuert zu haben. Mir läuft nur die Galle hoch, wenn in der Rückschau intellektuelle Theoretiker(innen), die noch nie ein Sturmgewehr abgefeuert und nicht die leiseste Ahnung von Waffenwirkungen haben, leichtfertig den Waffengebrauch postulieren. Diejenigen, die Waffenwirkungen kennen, sollten das erst recht nicht tun. Wenn ich als Nicht-Pazifist über dieses historische Er-

eignis im Nachhinein und in aller Kürze resümieren darf: Kämpfen um zu leben – aber nicht, um einen sinnlosen Märtyrertod zu sterben!

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Massive Schäden an Nachbarhäusern befürchtet: Keine Bunkersprengung in der Braunschweiger Straße! *(Bremische Bürgerschaft)*

Einmal nur mit Pobereit: Regierender Partymeister leitet rechtliche Schritte gegen amtierende Dschungelkönigsmutter ein *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

409. Bremer Montagsdemo am 28. 01. 2013

Wir gedenken der Niederschlagung der Bremer Räterepublik

Am 4. Februar 2013 jährt sich zum 94. Mal die Niederschlagung der Bremer Räterepublik. Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in der Revolution von 1918/19 und die Existenz der „Sozialistischen Republik Bremen“ vom 10. Januar bis zum 4. Februar 1919 gehören zur demokratischen Tradition unserer Stadt. Der Kieler Matrosenaufstand, der die deutsche Revolution im November 1918 einleitete, bildete auch in Bremen den Auslöser für den Sturz der alten Ordnung. Am 6. November gab der Unabhängige Sozialdemokrat Adam Frasunkiewicz vom Balkon des Rathauses bekannt, dass ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wird. Doch anders als in Bremen, wo die Linke die Mehrheit in der Arbeiterbewegung hatte, kam die Revolution in Berlin und im Reich bald ins Stocken.

Die Führung der Mehrheitssozialdemokratie unter Ebert und Scheidemann und die Spitzen der Gewerkschaften wollten eine Entwicklung wie nach der russischen Oktoberrevolution verhindern und orientierten auf die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Republik. Sie setzten statt der Errichtung einer Räteherrschaft der Arbeiterschaft die Wahlen zu einer Nationalversammlung durch, ließen den alten Gewalten in der Wirtschaft, dem Staatsapparat und der Justiz und Armee ihre Macht und bekämpften eine weitere Umwälzung auch mit Waffengewalt, indem sie mit Freikorps unter kaiserlichen Offizieren gegen USPD und Spartakus vorgingen.

Den von Noske geführten konterrevolutionären Truppen fielen im Januar 1919 Hunderte von Sozialisten zum Opfer, unter ihnen auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Um diese Entwicklung in Bremen zu verhindern und die angestrebte sozialistische Demokratie zu erreichen, proklamierte der Aktionsausschuss nach einer großen De-

monstration der Bremer Arbeiter und Arbeiterinnen am 10. Januar 1919 die „Sozialistische Republik Bremen“. Ein Rat von Volksbeauftragten aus USPD- und KPD-Mitgliedern (unter anderem Dannat, Henke, Knief) übernahm die Verwaltung der Stadt. Die Räteregierung nahm eine Reihe sozialer Reformen in Angriff.

Die Banken weigerten sich, der neuen Regierung Geld für Löhne und Gehälter auszuzahlen. Vor allem aber hatte die Ebert-Regierung in Berlin – auch auf Bitten der Abgesandten der Bremer Kaufmannschaft – beschlossen, in Bremen wieder „Ruhe und Ordnung“ herzustellen. Am 25. Januar befahl Noske der Freiwilligen-Division Gerstenberg, der sich ein aus bremischen Bürgersöhnen gebildetes Freikorps unter Oberst Caspari anschloss, den Angriff auf Bremen. Dieser begann am 4. Februar mit über 3.000 Soldaten, Kanonen und Panzerautos. Nach heftiger Gegenwehr mussten die Arbeiter den Kampf einstellen. 29 Verteidiger der Räterepublik waren gefallen. So endete auch in Bremen der Versuch, Demokratie und Sozialismus durchzusetzen.

Wir gedenken der gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik und fragen nach der Aktualität ihrer Ideen für uns heute. Denn wir sehen, dass heute wie damals der Kapitalismus nicht in der Lage ist, eine gerechte Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten; dass heute wie damals die Militarisierung sowohl im Innern als auch nach außen intensiviert wird; dass heute wie damals der Sicherheits- und Polizeistaat ausgebaut wird; dass heute wie damals soziale Rechte abgebaut werden; dass die Arbeitskraft der Menschen immer stärker ausgebeutet wird.

Unsere Lehren daraus sind, uns mit den Forderungen der Rätebewegung und ihren Gedanken auseinanderzusetzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Statt Einschränkung der demokratischen Rechte treten wir ein für ihre radikale Ausweitung bei voller sozialer Absicherung für alle Menschen! Milliarden für die Menschen statt für Banken und Konzerne! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Hier noch das „Sozialpolitische Programm des Ausschusses für Fabrikwesen“ vom 11. November 1918 mit „Richtlinien für alle in den Betrieben der Industrie, des Handels, Gewerbes und Verkehrs, einschließlich der Staats- und Kommunalbetriebe gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden.
2. Arbeitswechsel darf nur dann erfolgen, wenn von dem Ausscheidenden der Nachweis erbracht wird, sofort in eine anderweitige Beschäftigung treten zu können.
3. Alle vom Heeresdienst Entlassenen sind, soweit sie nicht vom Soldatenrat angefordert werden, auf die von ihnen vor der Einberufung verlassenen Arbeitsplätze zu stellen.
4. Zum Zwecke der Arbeitsvermittlung ist der Paritätische Arbeitsnachweis – Kleine Helle 1 – zu benutzen.
5. Die Leitung des Arbeitsnachweises untersteht dem Arbeiterrat, Abteilung für das Fabrikwesen.

6. Zur Führung der Arbeitsnachweisgeschäfte bestimmen die Unternehmer und Arbeiter je drei Personen.
7. Jeder Arbeitslose hat sich sofort beim Arbeitsnachweis – Kleine Helle 1 – in die Liste eintragen zu lassen.
8. Die Unternehmer sind verpflichtet, alle zu besetzenden Stellen dort zu melden. Bestehende Tarifverträge bleiben bezüglich der Entlohnung in Kraft.
9. Die Lohn- oder Gehaltssumme der in den Betrieben beschäftigten Personen müssen bei eintretender Verkürzung der Arbeitszeit die gleichen bleiben, wie sie bei normaler Arbeitszeit erreicht wurden.
10. Eingereichte Forderungen, soweit über dieselben noch nicht verhandelt wurde, sind zurückzuziehen und dem Arbeiterrat – Abteilung für das Fabrikwesen – zu unterbreiten.
11. Jede im Betrieb beschäftigte Person ist verpflichtet, ordnungsgemäß ihre Arbeiten in der bisherigen Weise zu verrichten und ergangenen Anweisungen Folge zu leisten.
12. Aufgabe des Arbeiterrats des einzelnen Betriebes ist es, dafür zu sorgen, dass pflichtgemäß die vorhandenen Arbeitsmittel verwendet werden.
13. Die bestehenden Arbeitsordnungen sind mit dem Arbeiterrat des Betriebes einer Revision zu unterziehen.

Zweck der vorstehenden Richtlinien ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, dessen möglichst ruhige Entwicklung gegenwärtig mehr als je im Interesse aller Bevölkerungskreise liegt. Bremen, den 11. November 1918. Aktionsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats, Abteilung für Fabrikwesen.“

Wir laden ein zur **Veranstaltung** zu Ehren der Verteidiger der **Bremer Räterepublik** am **Sonntag**, dem **3. Februar 2013**, ab **11 Uhr** auf dem **Waller Friedhof**. Es sprechen: Manuel Kellner, Vorstand „Salz“. Musik: Michael Henk, Buchtstraßen-Chor. Anschließend beginnt ab **12 Uhr** ein **Kulturprogramm** im „**Westend**“: „Wenn du, mein Liebster, doch nur nicht gefallen wärest“, eine Polit-Revue von „Wort Art“, Michael Henk und Susanne Plückebaum.

Bildungsgemeinschaft „Salz“; Bremer Antikapitalistische Linke; DGB Bremen-Elbe-Weser; „Die Linke“ Landesverband Bremen und Fraktion; Deutsche Kommunistische Partei Bremen und Bremen-Nord; Initiative Bremer Montagsdemo; Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg; GEW Landesverband Bremen; Marxistische Abendschule Bremen; Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Bremen; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen; Rote Hilfe Ortsgruppe Bremen.

Wir spielen arbeiten: Berliner Erwerbslose sollen sechs Monate lang eine „geregelte Tätigkeit“ üben *(„Neues Deutschland“)*

Nur jeder sechste, der seinen Hartz-IV-Bezug beendet, hat auch einen neuen Job gefunden

1. Die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) fordert härtere **Sanktionen** bei Hartz IV, weil es nach ihrer Ansicht noch „zu wenig Leidensdruck“ für Erwerbslose gebe. Als ob nicht bereits als Sanktion eine kaum steigerungsfähigere Kürzung der Sozialleistungen auf Null praktiziert würde, fantasiert Haderthauer von einer „hohen sozialen Absicherung bei uns“. In bekannter Stammtischmanier posaunt sie, dass sich „die Gesellschaft das Motto ‚wer arbeitet ist doof‘ nicht gefallen lassen“ könne. Auch wenn bei der bayerischen Arbeits- und Sozialministerin angekommen ist, dass die ALG II Leistungen vollständig gestrichen werden können, wenn ein Jobangebot „ohne hinreichende Gründe abgelehnt“ werde, geht ihr das noch nicht weit genug: Sie verlangt nun von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, den Strafkatalog deutlich zu verschärfen.

Als überhebliche Unverschämtheit betrachte ich ihr Ansinnen, dass Jobcenter-Mitarbeiter neben der Jobsuche „Langzeitarbeitslosen eine Art Lebenskompetenz beibringen“ sollen, beispielsweise den „Umgang mit Haushaltsgeld“. Wie soll das denn funktionieren? Nicht vorhandene Arbeitsstellen können ebenso wenig „vermittelt“ wie ein nicht ausreichendes ALG II „bedarfsgerecht aufgeteilt“ werden, als dass sich davon eine kostendeckende Haushaltsführung ermöglichen würde! Sebastian Bertram von der Initiative „Gegen Hartz“ findet, dass die „Äußerungen der CSU Arbeitsministerin nicht mehr an Dummheit zu toppen“ sind. Sie zeige, „wie hoch ihre Stammtischkompetenz ist und wie wenig sie von Arbeitsmarktpolitik versteht“.

Unter vielen Politikern scheint es *en vogue* zu sein, die Erwerbslosen mit großer Lust an der Abwertung derart zu degradieren, als ob diese mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gleichzeitig eine irreparable Hirnschädigung erlitten hätten. Hartz-IV-Bezieher brauchen keine Hilfe beim Einteilen des Haushaltsgeldes, sondern einen armutsfesten Regelsatz! Die Statistiken belegen, dass immer mehr Menschen Hartz IV beziehen, obwohl sie einen Arbeitsplatz haben und trotzdem so wenig verdienen, dass sie aufstocken müssen. Statt wiederholt die Bevölkerung mit vollmundigem Gehetze gegen Erwerbslose auf die Bundestagswahlen

einzustimmen, sollte endlich ein flächendeckender, auch das Alter vor Armut absichernder Mindestlohn geschaffen werden!

2. Zeitarbeit gibt es bei deutschen Unternehmen viel zu oft. Sie wird von den Gewerkschaften zu Recht als prekäre Beschäftigung mit zu wenig Sicherheit und meist schlechter Bezahlung scharf kritisiert. Doch nun stellt sich heraus, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund in dem Geschäft munter mit einer eigenen Firma mitmischt und allen Ernstes Löhne zahlt, die unter dem von DGB- Chef Sommer geforderten Mindestlohn liegen. Ganz nach dem Geschmack der Arbeitgeber wirbt die Tochterfirma „Weitblick“ des Berufsfortbildungswerkes des Deutschen Gewerkschaftsbundes damit, dass sie die benötigten Mitarbeiter(innen) kurzfristig, auf Zeit oder auf Dauer und ohne Risiko zu den Arbeitgebern bringt. Ich persönlich finde, dass der Name „Weitblick“ wirklich und wahrhaftig gut gewählt ist, denn es lässt in der Tat weit blicken, wie es um das Selbstverständnis des Gewerkschaftsbundes steht und für wen genau er eigentlich arbeitet!

Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass der DGB „keinen Widerspruch“ zwischen den gewerkschaftlichen Positionen und der Beteiligung an einer Firma sieht, die Zeitarbeiter vermittelt. Der „Weitblick“ gründet nämlich vor allem in Transfergesellschaften für von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte, so wie ja im Allgemeinen die Zeitarbeitsfirmen nur im Sinne der sonst von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer wie Pilze aus dem Boden sprießen. Warum wundert es mich nicht, dass auch der DGB an Leiharbeit verdient? Ich vergesse halt nicht, dass die menschenverachtenden Hartz-Gesetze nicht nur von einem Konglomerat aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen verabschiedet, sondern auch vom DGB abgenickt wurden! Schließlich dienen die Hartz-Gesetze dem gravierenden Abbau von Arbeitnehmerrechten und einem kolossalen Lohndumping in den unteren Lohnschichten!

3. Wenn vom deutschen „Jobwunder“ die Rede ist, wird auch auf die sinkenden Zahlen Hartz-IV-Betroffener verwiesen. Eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag brachte nun jedoch ans Licht, dass lediglich 16,4 Prozent aller erwerbslosen Hartz-IV-Bezieher, die 2012 ihre **Arbeitslosigkeit** beendeten, tatsächlich einen neuen Job fanden, wohingegen 2007 noch 19,6 Prozent der Betroffenen der Wechsel auf den ersten Arbeitsmarkt gelang. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, weiß, dass die Lage am Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose nach wie vor höchst dramatisch aussieht, wenn nur bei rund jedem sechstem Hartz-IV-Bezieher eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt der Grund für die Beendigung seiner Arbeitslosigkeit ist.

Die weitaus größte Abgängergruppe stellten mit knapp 30 Prozent jene, die mindestens temporär arbeitsunfähig geworden waren. Von den Erwerbslosen, die ALG I beziehen, schaffen es 45 Prozent, wieder in Arbeit zu kommen. Zimmermann kritisiert, dass die Bundesregierung die arbeitsmarktpolitischen Mittel für Unterstützungsleistungen im Bereich Hartz IV weiter kürzt. Schwarz-Gelb

dürfe die Situation am Arbeitsmarkt für Hartz-IV-Empfänger zudem nicht länger schönreden. Eine Konzentration nur auf leicht Vermittelbare und den Rest seinem Schicksal zu überlassen, sei mehr als unsozial.

4. Laut aktuellem „AWO-Sozialbarometer“ überwiegt bei den Bürgern, wenn sie nach ihren persönlichen Zukunftssorgen gefragt werden, die Sorge vor finanzieller und sozialer Not im Alter. 58 Prozent haben Angst, dass sie von ihrer **Rente** in Zukunft nicht den Lebensunterhalt bestreiten können. Beinahe zwei Drittel befürchten, sich später bei Pflegebedürftigkeit keine angemessene Versorgung leisten zu können. Es ist an der Zeit, dass die Politik beginnt, in Rentenfragen radikal umzudenken: Gefordert wird ein Konzept, das auch zukünftigen Rentnern eine armutsfeste Rente garantiert. Das kann nur dann gelingen, wenn alle Berufstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und es keine Sonderwege mehr für Beamte und einzelne Berufsgruppen gibt.

85 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass die Armut in Deutschland in den letzten fünf Jahren „eher zugenommen“ hat. Fast eben so viele glauben, dass die Situation sich in den kommenden Jahren „eher noch verschlechtern“ werde. 68 Prozent machen in erster Linie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür verantwortlich. Nur knapp 18 Prozent sehen die Schuld dafür bei den Betroffenen selbst. Schön, dass das Gerücht nicht festsetzt, dass arme Menschen an ihrer Situation selber schuld seien und sich gefälligst selbst aus der Armutsfalle befreien sollten! Drei Viertel der Deutschen sehen als wichtigste staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut den Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt sowie staatliches Engagement zur angemessenen Versorgung von Pflegebedürftigen an, unabhängig von der finanziellen Situation des Einzelnen. Eine Politik, die dauerhaft an den Menschen vorbeigeht, führt langfristig zu einer Gefahr für das demokratische Miteinander in Deutschland.

5. Letzten Herbst bastelte der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ mit dem FDP-Abgeordneten Pascal Kober ein neues Beschäftigungsmodell für Langzeitarbeitslose. Inzwischen haben SPD und Grüne in enger Kooperation mit Beschäftigungsfirmen und Verbänden ein ähnliches Konzept für 200.000 Langzeitarbeitslose entwickelt, einen angeblich echten „sozialen Arbeitsmarkt“. In aller Harmlosigkeit soll scheinbar ganz freiwillig, existenzsichernd bezahlt und möglichst langfristig, Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt verschafft werden. Für die Vermittlung in die Jobs sollen aber die Kriterien der **Zusätzlichkeit** zum ersten Arbeitsmarkt und der Gemeinnützigkeit wegfallen, die als Voraussetzungen die bisherige Förderpolitik von ABM bis zu Ein-Euro-Jobs und „Bürgerarbeit“ prägten. Die Ein-Euro-Jobber wurden bereits dazu missbraucht, das abgebaute Personal bei öffentlichen und sozialen Dienstleistungen zu ersetzen.

Es ist zwar richtig, die Auswüchse der Beschäftigungsförderung zu kritisieren, doch sollte die Lösung des Problems die entrechtete Position der Hartz-

IV-Bezieher berücksichtigen und dem massiven Stellenabbau im ersten Arbeitsmarkt etwas entgegensetzen. Der geplanten Förderung geht deshalb die Entwertung, äh: *Be*wertung der Arbeitslosen voraus, genauer: ihres Grades als „Minderleister“. Was für ein herabwürdigendes Unwort! Ein anderes Wort für „behindert“, woraus sich die „Rechtfertigung“ für mindere Bezahlung ableitet? Die Zielgruppe muss mindestens 24 Monate Arbeitslosigkeit vorweisen und zwei Vermittlungshemmnisse wie Alter, Familienbindung oder Migrationshintergrund haben, was über ihre Leistungsfähigkeit ebenfalls nichts aussagen muss. Wenn dann noch durch ein psychologisches Gutachten etwa ein Mangel an Frustrationstoleranz oder Anpassungsfähigkeit attestiert wird, darf schon der Stempel „Minderleister“ draufgesetzt werden!

Für Behörden, Gutachter, Verbände und Arbeitgeber mag das eine „Win-Win-Situation“ ergeben, kaum aber für den Erwerbslosen, der davon mehr profitieren sollte, als nur keine sinnlosen Bewerbungen mehr schreiben und entwürdigende Vorladungen befolgen zu müssen. Die Freiwilligkeit wird zwar nach außen hin propagiert, aber nach innen wird es wohl Sanktionen hageln, wenn die so gepriesene „Förderung“ nicht dankend angenommen wird! Es soll zwar einen Lohn von annähernd 8,50 Euro geben, aber ohne Rechtsanspruch darauf ist klar, dass er nicht gezahlt werden wird. Ich finde nicht, dass „zusätzliche“ Stellen auf den ersten Arbeitsmarkt notwendig sind, sondern vielmehr die Wiederbeschaffung der ursprünglichen Stellen erforderlich ist, deren Bezahlung noch nicht runtergedrückt wurde! Sonst gibt es wieder nur alten Wein in neuen Schläuchen, in Prinzip dieselben rechtlosen Ein-Euro-Jobs, nur ohne Einschränkung der Ausnutzbarkeit der Probanden und der Tätigkeiten, außerdem quasi unbefristet und in aller Hoffnungslosigkeit zu ertragen.

Ein Kommentar von Helga Spindler erinnerte mich an einen Artikel vom Oktober letzten Jahres in der „Tageszeitung“. Damals wollte Uwe Mühlmeyer, Geschäftsführer des Bremer Beschäftigungsträgers „Bras“ dasselbe Modell von Professor Stefan Sell als „sozialen Arbeitsmarkt“ verkaufen, wofür Mühlmeyer auch bei der Veranstaltung „Die Unmenschlichkeitskatastrophe“ der Linkspartei Kritik erntete, insbesondere von Claudia Bernhard. Mühlmeyer besaß die Frechheit zu behaupten, dass viele Erwerbslose nicht in der Lage seien, die Anforderungen des regulären Arbeitsalltags zu bewältigen: „Wenn sich jemand ganz normal in einer Firma bewerben könnte, würde er das ja tun und nicht in einem Ein-Euro-Job landen“.

Es wird immer so getan, als seien Erwerbslose entweder zu faul, mindestens aber dumm, ungebildet und unfähig, oder sie werden mal eben schnell dazu gemacht! Dazu werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit Vorsatz vernichtet, in Minijobs und Ähnliches umgewandelt, die nicht zum Leben ausreichen. Auf diese unterbezahlten Jobs können aufstockende ALG- II-Bezieher gezwungen werden und sind dann eine Portion rechtloser. Ein wehrloses, abgehängtes Prekariat der aus der Statistik Verschwundenen soll für die Arbeitslosenindustrie

geschaffen werden, damit die Arbeitnehmer aus Angst vor dem Absturz in Hartz IV jede Kröte schlucken!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Für eine Neuverteilung der bezahlten Lohnarbeit!

„7,4 Millionen Beschäftigte hatten 2012 einen 400-Euro-Job. Das ist in etwa jeder fünfte Arbeitnehmer! Die große Mehrheit muss dabei für weniger als 8,50 Euro pro Stunde schuften. Mehr als 17 Prozent der Minijobber mussten staatliche Unterstützung beantragen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Hinzu kommt, dass Minijobs reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen und zu Altersarmut führen. Wir brauchen keine Ausweitung der Minijobs durch das Anheben der Zuverdienstgrenze auf 450 Euro. ‚Die Linke‘ will sozialversicherungspflichtige Arbeit und Löhne, von denen man leben kann!“ – Das schreibt Klaus Ernst am 28. Januar 2013 auf seiner „Facebook“-Seite.

Diese Zahlen machen mich wirklich stutzig. Wenn nur noch 20 Millionen Menschen über einen Vollzeitarbeitsplatz verfügen und damit vier Fünftel aller bezahlter Stunden eines Jahres erledigen und man hier 7,4 Millionen hinzurechnet, dann wären das doch 27, 4 Millionen Beschäftigte. Wenn es dann heißt, es wären 41,8 Millionen Menschen in Beschäftigung, müssten demnach 14,4 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit beschäftigt sein. Demnach teilen sich alle diese Beschäftigten ein Fünftel aller bezahlter Lohnarbeit eines Jahres.

Hierzu würden aber noch zwölf Millionen *mögliche* Erwerbsfähige kommen, wenn sie alle einen Arbeitsplatz beanspruchten. Wieso wird da eigentlich nicht von allen Parteien eine Neuverteilung der bezahlten Lohnarbeit gefordert? Wie kann eigentlich ein Bündnis von „Um*fair* teilen“ reden, ohne dass diese Forderung auch für die Umverteilung der bezahlten Arbeit erhoben wird? Vielleicht um von den wahren Problemen abzulenken und weiterhin für die Ausbeutung durch Lohnarbeit einzutreten?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Brüderle verfällt Journalistin: Herrenwitz erst nach einem Jahr kapiert *(„Stern“)*

Nur für Blondinen: „Der Mensch und die anderen Lebewesen können nicht das Werk eines Zufalls sein“ *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

410. Bremer Montagsdemo am 04. 02. 2013

Nicht mal der Bürgermeister will glauben, dass das Jobcenter den jungen Mann einfach wegschickt

1. Dass das Bremer Park-Hotel mit seinen fünf Sternen nun pleite geht, konnte niemanden überraschen, weil die dortigen Arbeitsbedingungen bereits seit Langem auf eine finanzielle Schieflage hindeuteten. So sei 2011 der kompletten Belegschaft bereits das Weihnachtsgeld verweigert worden. Die 160 Angestellten und 35 Auszubildenden hätten „für zwei schuften“ müssen, wobei 60 bis 80 Stunden Arbeit pro Woche die Regel waren, aber die massenhaften Überstunden nicht abgegolten wurden. Das Problem sei, dass die meisten Angestellten „nichts sagen, weil sie befürchten, dass jedem gekündigt würde, der seinen Mund aufmacht und tarifliche Leistungen einfordert“.

Da durfte jemand von seinem Jahresurlaub 2012 noch keinen einzigen Tag nehmen, von Überstunden ganz zu schweigen. Wer krank sei, werde nicht in Ruhe gelassen, weil es zu viel zu tun gebe. Hotelfach- Azubis würden entgegen der tariflichen Bestimmungen als vollwertige Arbeitskräfte für einen **Hungerlohn** eingesetzt – im ersten Lehrjahr als für 515 Euro brutto, wovon auch noch die Arbeitskleidung bezahlt werden muss. Der Service, den das Hotel bietet, sei auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen worden. Dabei ist es nicht so, dass niemand von den unwürdigen Arbeitsbedingungen gewusst hätte.

Einen Hoffnungsschimmer gab es mal, als eine ehemalige Angestellte vor Gericht durchsetzte, dass sie fast vier Monate lang frei machen konnte, weil sie so viele Überstunden hatte. Es ist immer wieder das Gleiche: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Die Hartz-Gesetze tragen gezielt und gewollt ihren abschreckenden

Teil dazu bei, weil niemand im ausgegrenzten Hartz-IV-Abgrund landen möchte und deswegen „lieber“ jede Kröte schluckt, bis er daran erstickt.

2. Mein lieber Herr Gesangsverein, was geht denn hier ab: Die „Tageszeitung“ meldete, die Frauenbeauftragte wolle beim 469. „**Schaffermahl**“ am **Freitag**, dem **8. Februar 2013**, mittags auf dem **Marktplatz** „Krawall schlagen“! Und das hätte vorher nicht öffentlich werden dürfen? Klar musste das die Kriminalpolizei auf den Plan bringen, wenn da etwa Ulrike Hauffe mit ihren Mitstreiterinnen den Schaffermahlzeit-Männerclub durch Spalierstehen stören will. Das muss auf der Prioritätenliste natürlich an erste Stelle genommen werden. Männer unter sich, also wirklich: Diese altehrwürdige Traditionsveranstaltung darf niemand stören, schon gar keine Frauen!

Als ob die Männer hier nur äßen – nein, sie machen ausschließlich unter ihresgleichen Karriereunterstützung, Einfluss und Macht aus, wollen Frauen keinen Zutritt gewähren. Leider halten sich gerade in Bremen alte **Männerbünde** und Traditionen so hartnäckig, weil die Werften- und die Stahlindustrie das Berufsleben männlich dominierter Arbeitsplätze bestimmen, was sich auch an der in Bremen besonders ausgeprägten Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zeigt. Ich finde die Frage berechtigt, warum nicht schon vor zehn Jahren ein Spalier zwischen Handelskammer und Rathaus gebildet werden ist („Weser-Kurier“, 1. Februar 2013).

Ulrike Hauffe will auf Schildern zeigen, dass es in der Geschichte schon immer wichtige Frauen gab, die längst hätten eingeladen werden können – nicht mit Eiern und Tomaten, sondern edel und stilsicher. Schließlich bedeutet „Krawall“ nicht mehr als Krach oder Lärm – der unangenehm, aber nicht strafbar ist. Auch „stören“ heißt laut Grimm’schem Wörterbuch nur „einen aus seiner Ruhe aufscheuchen“. Die Resonanz sei riesig, es hätten sich schon viele Frauen zum Mitmachen angemeldet. Ich baue mit Ulrike Hauffe darauf, dass 2014 endlich auch Frauen zum Schaffermahl eingeladen werden! Es wäre schön, wenn die Kriminalpolizei bis dahin ihren Riesenschreck über diese Aktion verwunden hätte und noch genauer Gefahren realistisch einzuschätzen bereit ist.

3. Immer mehr Senioren werden kriminell. Der Vorsitzende des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“ sagte, Kriminalität von älteren Menschen werde kontinuierlich weiter zunehmen und deutliche Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Schon jetzt seien sechs Prozent der Tatverdächtigen älter als 60 Jahre, 70 Prozent davon seien Ersttäter. Für den Kriminalbeamten sei das ein „Indikator für steigende **Altersarmut**“, wobei die Senioren die meisten Straftaten im Bereich der Eigentumskriminalität begingen.

Soll die Formulierung „Eigentumskriminalität“ verschweigen, dass die vielen, immer mehr werdenden Älteren – nachdem sie offenbar umsonst in die Rentenkasse eingezahlt haben – vor lauter Hunger Lebensmittel stehlen und es körperlich nicht schaffen, stundenlang bei den „Tafeln“ anzustehen? Oder werden die

armen Rentner nicht vom Hunger angetrieben, sondern vielmehr vom Ausschluss aus dem öffentlichern Leben, weil Theater, Oper, Museen, Bibliotheken und Geld für Fahrkarten, um sich mit Freunden zu treffen, für Arztbesuche, Medikamente, Zuzahlungen für Zahnersatz und Brillen, von Urlaub ganz zu schweigen – wie bei den ALG-II-Beziehern, die von einer Pseudo-Grundsicherung vegetieren – nicht mehr „drin“ sind?

Oder bekommen wir durch die zunehmend unzureichenden Renten so viele kriminelle Rentner, die nur klauen, weil der Strom abgestellt, der Ofen kalt und der Kühlschrank leer ist, die sich gerne erwischen lassen, um im Winter eine warme Unterkunft mit einem warmen Essen zu haben? Werden in Zukunft immer mehr Rentner mit Mini-Renten auf Pseudo-Grundsicherungsniveau im Seniorenknast untergebracht, den es bis dahin einzurichten gilt? Oder wird es nicht Zeit, den am 1. Juli 1975 abgeschafften Paragraphen zu Mundraub als eigenständigem Delikt wieder einzuführen, weil er zur staatlich verordneten Armut praktisch dazu gehört?

4. Der Walsumer Bezirksbürgermeister Heinz Plückelmann wollte einem jungen Mann helfen, der seit sechs Monaten praktisch mittellos ist. Selbst einen SPD-Politiker erschreckte die Art, wie der 18-jährige Frank (Name geändert) vom Duisburger **Jobcenter** behandelt und abgefertigt wurde. Frank wurde von seiner Mutter, die bis heute nichts mehr mit ihrem Sohn zu tun haben will, zu Hause rausgeworfen, weil er mit seinem Stiefvater nicht klar kam. Der 18-Jährige hat einen Hauptschulabschluss und engagiert sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, ist auch Mitglied eines Spielmanns-Orchesters. Obwohl er seit dem vierten Oktober 2012 einen Bewilligungsbescheid der Arge für eine Wohnung hat, bezahlte das *Mob*-Center bisher keine einzige Miete, weswegen ihm jetzt der Rauswurf droht!

Frank erzählt, dass er seit Oktober jeden Tag zum Hamborner Jobcenter gegangen sei. Wenn er überhaupt an die Reihe käme, werde er mit Terminen in 14 Tagen oder drei Wochen abgespeist, die dann wieder verschoben würden. Mit seinen 184 Euro Kindergeld kann er natürlich auch nicht überleben. Weil der Bezirksbürgermeister nicht glauben wollte, dass Frank dort einfach weggeschickt wird, begleitete er den jungen Mann zum (No-)Job-Center. Schließlich gehe es bei Frank ums Überleben. Doch seien sie nicht mal an der Pforte vorbeigekommen, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass sie am 6. Februar wiederkommen sollten. Das Argument, der Junge habe aber nichts zu essen und sei ein Härtefall, sei einfach „überhört“ worden.

Bürgermeister Plückelmann findet es beschämend, dass jene, die Frank von Amts wegen helfen müssten, das offensichtlich gar nicht tun. Er will dies nun selbst machen. (Da hat wohl jemand nicht den Sinn der menschenverachtenden Hartz-Gesetze verstanden, die seine *Spezialdemokraten* mit den Grünen eingeführt haben!) Nach der öffentlichen Jobcenter-Kritik bekommt der Duisburger Frank nun endlich die ihm zustehenden Sozialleistungen und darf sich auch noch über einen Ausbildungsplatz freuen.

Jobcenter-Chef Norbert Maul bestätigt, dass Frank ein Härtefall gewesen sei und Anspruch auf Sozialleistungen habe. Doch er behauptet auch, Frank habe seit August 2012 insgesamt vier Termine im Jobcenter nicht wahrgenommen. Die SPD im Norden wolle den Vorstoß von Heinz Plückelmann nutzen, um sich über Hilfsinstrumente für Menschen wie Frank Gedanken zu machen. Denn wenn jemand – aus welchen Gründen auch immer – es nicht schaffe, seine Ansprüche beim Jobcenter geltend zu machen, dann müssten Instrumente greifen, die diese Menschen unterstützen. Glücklicherweise sei Frank durch das Angebot einer Ausbildung zum Koch nicht mehr darauf angewiesen.

Dann hoffe ich mal, dass Frank noch Berufsausbildungsbeihilfe bekommt, weil ich nicht glaube, dass er von seiner Ausbildungsvergütung in „Höhe“ von 491 Euro leben kann. Dass es solche „Instrumente“, die greifen müssten, nicht gibt, liegt an den in meinen Augen verbrecherischen, menschenverachtenden Hartz-Gesetzen, die gerade bei jungen Menschen unter 25 Jahren gnadenlos durchgreifen, um abzuschrecken und willfährig zu machen. Was sind das für Gesetze, die wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten einem Erwerbslosen das Geld verweigern, das als Grundsicherung dienen soll (und es nicht kann)? Schade, dass Frank nicht von Anfang an Mitstreiter hatte, die ihn begleiteten und mit ihm zum Sozialgericht gegangen wären, um seine Unterhaltsleistungen zu erstreiten!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Keinen Cent für Erpresser und Arbeitsplatzvernichter!“

Das war die Antwort der Opel-Belegschaft in Bochum auf die Provokation des neuen Chefs Girsky. Er hatte in einem Brief an die Belegschaften in Deutschland verlangt, dass alle Kolleginnen und Kollegen auf 30 Prozent ihres Lohn verzichten sollen, „solange Opel rote Zahlen schreibt“. Dreist wurde damit gedroht, sonst das Werk in Bochum statt 2016 bereits 2014 zu schließen. Diese Erpressung soll ein Exempel für alle Auto- Belegschaften in Europa werden. Kommen die Konzernherren damit durch, droht auch in Deutschland die offene und massive Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, wie wir es in Südeuropa bereits erleben.

Die Belegschaften haben in den letzten zehn Jahren gemerkt, dass durch Verzicht kein einziger Arbeitsplatz gerettet wurde, im Gegenteil: General Motors hat durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen, Lohnabbau und Leiharbeit riesige Pro-

fite gemacht. GM steht auch deshalb wieder an der Weltspitze mit einer Umsatzsteigerung um 50 Prozent gegenüber 2009, weil Profite aus der Opel-Produktion in die Konzernzentrale verschoben wurden. Immer weniger Beschäftigte und Arbeitslose sind bereit, die Zeche für die Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft zu bezahlen. Immer mehr Menschen wünschen sich eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen und der Natur beseitigt ist.

Bis heute haben die Konzernspitzen die Werkschließungen bei Opel in Bochum, bei Ford in Genc und bei PSA in Paris nicht vollziehen können: Streiks, Betriebsbesetzung, kämpferische Belegschaftsversammlungen und breite Solidarität aus der Bevölkerung durchkreuzen ihre Pläne. Die internationale Zusammenarbeit macht große Fortschritte, zuletzt beim weltweiten Aktionstag von GM am 14. Januar. Am 2. Februar 2013 wurde von der Früh- und Spätschicht bei Opel Bochum eine neue Resolution verabschiedet:

„Der Erpressungsversuch von Steve Girsky ist eine Kampfansage an die ganze Opel-Belegschaft. Unser Werk soll als erstes geschlossen werden; aber gelingt die Schließung von Bochum, kann sich kein Werk mehr sicher fühlen. Auch der Verzicht auf die Lohnerhöhung trifft alle Werke. Der Ausstieg aus der Tarifstruktur der Automobil- und Elektroindustrie wäre ein Dammbruch für die gesamte Metallindustrie. Es würde unsere gewerkschaftlichen Grundsätze mit Füßen treten, wenn IG-Metall-Vorstand und Gesamtbetriebsrat einknicken und die Bochumer Werksschließung und den Bruch des Tarifvertrags tatsächlich hinnehmen würden.

Das kann kein Gewerkschafter akzeptieren! Durch die tausendfache Solidarität von allen Seiten fühlen wir uns darin bestätigt. Das macht stark! Die Bochumer Opel-Belegschaft, davon 86 Prozent IG-Metall-Mitglieder, wird nicht ihre eigene Beerdigung finanzieren und bekräftigt ihre Forderungen: Die offene Tariferhöhung muss sofort gezahlt und tabellenwirksam werden! Keine Unterschreitung des Flächentarifvertrags! Fortsetzung der Fahrzeugproduktion nach 2016! Kampf um jeden Arbeitsplatz und unbefristete Übernahme der Jungfacharbeiter! Wir setzen dem Opel-Vorstand eine Frist, bis zur Betriebsversammlung am 25. Februar unseren Forderungen nachzukommen.“ – Die Montagsdemo erklärt sich solidarisch mit den kämpfenden Opelanern!

Harald Braun

Freigabe der Gelder für die Palästinenser!

Stopp des illegalen israelischen Siedlungsbaus auf palästinensischem Gebiet! Die Palästinenser haben auf ganz legalem Weg einen großen politischen Erfolg

errungen: Die Uno-Vollversammlung hat ihnen mit 138 Stimmen bei 41 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen den Beobachterstatus verliehen. Was bedeutet, dass Palästina noch kein Vollmitglied der Uno ist, aber als Quasi-Staat anerkannt wird, das heißt, es hat Rederecht in der Uno-Vollversammlung, kann internationale Verträge abschließen und die internationale Gerichtsbarkeit anrufen.

Das ist ein großer Fortschritt auf dem Weg zur Selbstbestimmung für die Palästinenser, die unter israelischer Besatzung leben müssen wie im Westjordanland oder unter totaler Belagerung und Blockade wie im Gazastreifen. Es ist auch ein Schritt hin zum Frieden im Nahen Osten. Die israelische Regierung hatte auf den Beschluss der Uno, der von der großen Mehrheit der Völkergemeinschaft getragen wird, nur eine Antwort: den Bau neuer Siedlungen und die Sperrung aller den Palästinensern vertraglich zustehenden Steuergelder.

Die angekündigte Errichtung einer neuen Siedlung zwischen Jerusalem und der schon bestehenden Siedlung Ma'ale Adumim im Westjordanland würde dieses den Palästinensern gehörende Gebiet in zwei Teile teilen und damit die Schaffung eines palästinensischen Staates endgültig unmöglich machen. Dieser Schritt der israelischen Regierung macht der ganzen Welt klar: Israel will das Land, aber keinen Frieden! Dabei besitzt Israel heute bereits 78 Prozent des historischen Palästina. Ein palästinensischer Staat, der aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen bestehen würde, müsste sich mit 28 Prozent seines ursprünglichen Landes begnügen. Die Palästinenser sind dazu bereit, deshalb können sie keinen weiteren territorialen Kompromiss eingehen.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat nach dem Uno-Beschluss deutlich gesagt, dass Israel ein natürliches und juristisches Recht auf das Westjordanland als „Heimstatt des jüdischen Volkes" habe. Mit anderen Worten: Die israelische Regierung betrachtet dieses Gebiet bereits als Teil des Staates Israel und denkt nicht daran, es den Palästinensern als den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben. Diese Aussage und die dahinter stehende Politik verstoßen eindeutig gegen das Völkerrecht, die Haager Konvention, die Uno-Charta und mehrere Uno-Resolutionen.

Wir fordern, dass Israel das internationale Recht akzeptiert und der Selbstbestimmung sowie der Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates zustimmt! Israel kann nicht in Frieden leben, solange den Palästinensern keine Gerechtigkeit widerfährt! Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, zusammen mit den anderen EU-Staaten Druck auf Israel auszuüben, dass ein Frieden in diesem Sinne realisiert wird!

Arn Strohmeyer („Bremer Friedensforum")

Das Bündnis „Umfairteilen" lädt ein zum **Vortrag** „Arm im Alter? Schritte zu einer armutsfesten **Rente**" mit Professor G. Baecker am **Donnerstag**, dem **7. Februar 2013**, um **18 Uhr** im **DGB-Haus**.

Die Partei „Die Linke“ ist nur noch eine leere Hülle!

An den Vorstand der Partei „Die Linke“! Sehr geehrte Damen und Herren, leider ist das „linke Projekt“ der Partei „Die Linke“ mit dem Zusammenschluss von PDS (im Osten) und der WSAG (Wahlalternative im Westen) gescheitert. Es ist nur noch eine Partei des Ostens mit ihrem bürokratischen Apparat übrig geblieben. Der Antisemitismus wird als Herrschaftsinstrument missbraucht, und obwohl sich das Parteiprogramm eindeutig gegen Rassismus ausspricht, wird in Israel eine zionistische Regierung unterstützt. Von uns wird die Linke in Israel und Palästina im Stich gelassen und sich ihr gegenüber unsolidarisch verhalten! Die Tatsache wird unter den Teppich gekehrt, dass die USA eine imperialistische Weltmacht darstellen, ohne die Israel nicht existieren kann. Israel ist eine gefährliche Atommacht im Nahen Osten, von der ein Atomkrieg ausgehen könnte.

Der Parteivorstand rief bei Andreas Hein in Bremen an und forderte, die Buchbesprechung von Rudolph Bauer zum Israel-Buch von Arn Strohmeyer von der Homepage zu nehmen. Das ist Zensur! Die Partei weigert sich, sich vom Hetzartikel der „Bild“-Zeitung zu distanzieren. Sie weigert sich, eine Solidaritätserklärung für Rudolf Bauer und Am Strohmeyer herauszugeben und sich bei ihnen zu entschuldigen! Mit innerparteilicher Demokratie und Pluralismus hat das alles nichts mehr zu tun. Die Partei konzentriert sich nur noch darauf, Mehrheiten in den Parlamenten zum Mitregieren zu erhalten. Die außerparlamentarische Arbeit bleibt dabei auf der Strecke oder findet gar nicht mehr statt. „Die Linke“ verliert mit dieser Politik an Glaubwürdigkeit – nicht nur bei ihrer Wählerschaft, sondern auch bei ihren Mitgliedern: Entweder ziehen sich die Menschen, die linke Positionen vertreten, resigniert zurück und werden zu Parteileichen, oder sie treten aus.

Es bleiben nur noch „Linke“ dem Namen nach übrig, nicht nach politischen Inhalten. Die Partei „Die Linke“ ist nur noch eine leere Hülle! Ich sehe keinen Sinn, in einer Partei, die keine linken Inhalte und Ziele mehr vertritt und ihren ursprünglichen Zielen zuwiderhandelt, weiter mitzuwirken. Wenn sich daran nicht bald etwas ändert, ziehe ich die Konsequenzen und trete aus! – Rosa Luxemburg schrieb 1906 in „Was wollen wir?“ Folgendes: „Die Arbeiterklasse soll nicht danach streben, neue bürgerliche Staaten und Regierungen aufzubauen, sondern danach, sie abzuschaffen, vor allem aber danach, die politischen Freiheiten in den Staaten, in denen sie leben, möglichst auszubauen.“ – Ich bin immer bereit, in einer Partei oder Organisation mitzuarbeiten, die im internationalistischen und

sozialistischen Geiste von Rosa Luxemburg handelt. Das ist leider bei der „Linken“ in weite Ferne gerückt! Mit freundlichen Grüßen.

Bettina Fenzel („Die Linke“)

Bricht Oldenburger Recht das EU-Recht?

1. Sehr geehrte Damen und Herren der EWE, hinsichtlich Ihrer Änderungsmitteilung vom 21. Januar 2013 habe ich einige Fragen zu meinem Vertrag mit Ihnen hinsichtlich der Gas/Wärme-Lieferung. Ich habe bereits vor einigen Wochen versucht, im Rahmen des EU-Rechts meinen Anbieter zu wechseln, um Gas und Wärme preiswerter zu beziehen. Schon vor einigen Jahren hatte mir jedoch ein anderer Anbieter mitgeteilt, ich könne keinen Wechsel vornehmen, da ich mich an die EWE vertraglich gebunden hätte. Mir ist allerdings nicht bekannt, dass ich jemals mit der EWE einen Vertrag abgeschlossen hätte, mit dem ich mich auf Jahre und Jahrzehnte auf die EWE als Lieferant festgelegt haben könnte.

Da ich immer noch die Absicht habe, zu einem preiswerteren Anbieter zu wechseln, fordere ich Sie jetzt auf, mir bis spätestens zum 1. Februar 2013 den Vertrag mit Ihnen vorzulegen, mit dem ich mich an Sie gebunden haben sollte, zumindest in Kopie. Hierzu eine anschließende Frage: Wie wollen Sie mir denn Wärme liefern, wenn Sie gar nicht mehr über den Strom verfügen können, den ich zwischenzeitlich von einem anderen Anbieter beziehe, den Sie aber für die Heizungsanlage benötigen? Den bisher hierfür verbrauchten Strom werde ich Ihnen gegebenenfalls rückwirkend in Rechnung stellen.

Ich möchte Sie bitten, diese E-Mail auch als Widerspruch zu betrachten hinsichtlich der Weigerung, meinem beabsichtigten Anbieterwechsel zuzulassen. In meinen Augen verstoßen Sie hier fortlaufend gegen geltendes Recht! Ich bitte Sie, mir den Erhalt dieser E-Mail zu bestätigen und, sollten Sie für diesen Widerspruch noch zusätzlich zur Mail ein Schreiben brauchen, mir dieses sofort mitzuteilen. Mit freundlichen Grüßen.

2. Guten Tag, Sie können sicher sein: Wir geben unser Bestes, um Ihr Anliegen vom 22. Januar schnellstmöglich zu beantworten! Zurzeit gehen bei uns mehr Anfragen als sonst ein. Bitte haben Sie diesmal für eine längere Bearbeitung Ihres

Anliegens Verständnis. Wir melden uns bei Ihnen und bitten bis dahin um Ihre Geduld. Freundliche Grüße, Ihr EWE-Team.

3. Guten Tag Herr Wege, gerne erläutern wir Ihnen, warum Sie als Mieter der GSG einen Anbieterwechsel für Erdgas nicht vornehmen können. Zunächst möchten wir betonen, dass ein direktes Vertragsverhältnis bezüglich einer Gas- oder Wärmelieferung zwischen Ihnen und EWE nicht besteht; die Abrechnung der Kosten erfolgt hierbei auf Grundlage von abgeschlossenen Wärmelieferungsverträgen zwischen GSG und EWE im Auftrag Ihres Vermieters. Als Mieter der GSG erhalten Sie von uns im Auftrag der GSG Wärme inklusive Vollservice, beziehen jedoch kein Erdgas.

Die Ihnen gelieferte Wärme erzeugen wir mittels unserer Heizungsanlage, die wir entsprechend dem abgeschlossenen Wärmelieferungsvertrag betreiben. Diese Anlage wird durch uns regelmäßig gewartet, wodurch wir einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlage mit Erdgas erreichen. Insofern ist hier ein Anbieterwechsel für Erdgas aufgrund des bestehenden Wärmelieferungsvertrages mit dem Vermieter leider nicht möglich. Wir hoffen, Ihnen mit dieser Erläuterung helfen zu können. Freundliche Grüße, Ihr EWE-Team.

4. An die „Linke Gruppe“ im Oldenburger Stadtrat! Hier die Antwort der EWE zur Kenntnisnahme. Da die Stadt an GSG und EWE beteiligt ist, dürften wohl einige Klärungen erforderlich sein. Ich bin mit Sicherheit nicht der Einzige, der jetzt wesentlich höhere Heizkosten zahlen muss, nur weil die GSG mit der EWE solche Verträge geschlossen hat. Ob die GSG hier vielleicht tausendfach gegen das Mietrecht verstoßen hat und so die freie Netzwahl umgangen wurde, muss doch wohl geklärt werden! Oder soll Oldenburger Recht vielleicht das EU-Recht brechen?

Ich hoffe zumindest, dass ihr als „Linke Gruppe“ im Stadtrat versucht, eine Klärung herbeizuführen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Mieterinnen und Mieter der GSG aufgrund solcher internen Vereinbarungen höhere Energiepreise von mindestens 25 Prozent hinnehmen müssen. Die EWE ist übrigens auch die Antwort darauf schuldig geblieben, woher sie den nötigen Strom für den Betrieb der Heizungsanlage nehmen will, nachdem ich meinen Stromanbieter gewechselt habe.

Ich hoffe, ihr werdet hierzu aktiv! Ich werde mit Sicherheit bei diesem Thema am Ball bleiben, zumal es die Schuldenbremse eigentlich nicht zulassen dürfte, dass die Stadt für alle Mieterinnen und Mieter der GSG, die auf Hartz IV angewiesen sind, höhere Energiepreise zahlt als notwendig wäre. Alle Betroffenen werden über das zuständige Jobcenter immer zum sparsamsten Wirtschaften aufgefordert! Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Annette, mach den Schavan: Eine Plagiatorin ist als Bildungsministerin untragbar *(„Spiegel-Online“)*

„Stuttgart 21“ wird Zombie-Schlamm-Grube: Noch nicht ganz tot, aber kein Geld mehr da *(„Spiegel-Online“)*

Der Alltag im Bremer Jobcenter sieht ja mehr *so* aus ... aber es gibt Grund zur Hoffnung! *(„Weser-Kurier“)*

Etablierte Vetternwirtschaft – nicht nur bei „Stuttgart 21“

Noch immer gibt es nur wenige, die sich mal aus dem Strom der Angepassten oder Eingeordneten wagen, aber die haben schon eine Menge Wahrheit sichtbar gemacht oder einfach Recht. Der ganze Stolz des Bahnchefs gerät jetzt tatsächlich ins Wanken, und die grünen Moralisten als Mittäter nutzen das für sich aus und meinen als erstes, von 11,3 Milliarden Euro Baukosten gehört zu haben. Von neun Milliarden sprachen die Demonstranten. Wir legen uns weiter auf die Lauer: Was kommt als Nächstes? Wieder zuschütten mit Geld, damit die Vetternwirtschaftler ihre Gier befriedigen können?

Nein, mit weiterer „Wutbürger“-Tätigkeit können wir noch viel mehr erreichen, nämlich dass zumindest die veranschlagten Kosten von viereinhalb Milliarden Euro nicht überschritten werden, damit aus Volkes Hand keine Taschen mehr gefüllt werden können. Das sollte man bei den anderen Gewinnstellen auch tun. Es müsste auch noch bestraft werden, damit die Heimatgeschädigten am Bahnhof ihr Schmerzensgeld bekommen. Dort soll der einst so schöne Prachtbau bis 2024 eine „Schloss“-Ruine bleiben.

Die ganzen Genehmigungsverfahren müssten gläsern werden, dann fiele endlich mal ein grelles Licht auf diese Landeschefs, sodass diese nicht weiter so willkürlich mit den Investoren zum eigenen Geldvorteil kommen. In Oldenburg wird zugunsten der Gewinnwirtschaft großer Discounter ein schönes Busmuseum zerstört, wo ein Arbeiter von Pekol 25 Jahre lang alte Busse pflegte und Kultur erhielt. Das war Allgemeineigentum und brachte keinen Gewinn, aber der Mehrheit Freude. Es ging zum Bürgermeister, und solche Leute bekommen immer gut was ab, wenn es Gewinnwirtschaft am Volk vorbei gibt. Das Museum wird aufgelöst, und damit gibt es wieder weniger Gemeinwerte.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

411. Bremer Montagsdemo am 11. 02. 2013

Eine Viertelmillion Jugendliche ohne Lehrstelle wird nicht mitgezählt

1. Beim sogenannten Ausbildungspakt scheint es sich um eine Mogelpackung zu handeln. Sollten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, drei Bundesministerien, die Agentur für Arbeit und die Kultusminister der Länder tatsächlich 250.000 Jugendliche ignorieren, die, ohne eine Lehrstelle zu haben, dennoch als versorgt gelten? Das offizielle Ziel sei angeblich, „allen ausbildungsreifen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot auf **Ausbildung** zu unterbreiten“. Wer nach dieser Wischiwaschi-Formulierung keine Ausbildung ergattert, ist dann wahrscheinlich weder ausbildungswillig noch ausbildungsreif!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert die Bilanz des Pakts als geschönt, weil kleingerechnet. Vor der Ausbildungsbilanz des Pakts werden rund 250.000 Jugendliche quasi versteckt, indem sich 167.772 davon im sogenannten Übergangssystem tummeln. Sie dümpeln in einem Bündel von Warteschleifen, schulischen Nachqualifizierungen und Weiterbildungen vor sich hin, ohne dabei einen Abschluss zu erwerben oder wenigstens Geld zu verdienen. Fast 90.000 Jugendliche sind einfach aus der Statistik verschwunden. Darunter befinden sich viele Zuwandererkinder oder schlicht junge Menschen, die davon *angeödet* sind, eine staatliche Ehrenrunde, eine sinnlose Maßnahme nach der anderen zu drehen.

Indem in gewohnter Manier – wie bei den Langzeitarbeitslosen auch schon – bestimmte Gruppierungen einfach nicht mehr mitgezählt werden, lässt sich natürlich leicht die wohlklingende Behauptung aufstellen, dass es in Deutschland mehr offene Ausbildungsplätze als Bewerber gebe. Offensichtlich soll vertuscht werden, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im vergangenen Jahr mit 551.000 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren war. Wenn die Wirtschaft in ihren wichtigsten Sektoren immer weniger Lehrstellen anbietet, besonders in der Metall- und Elektroindustrie sowie in kaufmännischen und pflegerischen Berufen, dann züchtet sie sich sehenden Auges einen Fachkräftemangel heran, den sie schon jetzt

beklagt. Es ist natürlich einfacher, dann Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, die für noch weniger Lohn arbeiten und deren Ausbildung Deutschland zudem nichts kostete.

2. In Augsburg wollte eine Jugendliche ihren Augen nicht trauen, als sie Post von der dortigen Arbeitsagentur öffnete, denn die Behörde schlug ihr einen Arbeitsplatz im Bordell vor, eine Stelle als „Servicekraft". Als ob dies auch nur einen Deut besser wäre, sagte der Geschäftsführer, dass das Angebot per Brief ein Versehen gewesen sei, weil bei einer Stelle im Rotlichtmilieu die Frau eigentlich vor dem Schreiben hätte gefragt werden müssen, ob sie „interessiert" sei. Hier sei ein Fehler unterlaufen. Die Voraussetzung, um den Bordellgästen an der Theke Getränke auszuschenken, sei ein „ansprechendes Auftreten". Meine Güte, es geht ja wohl kaum darum, ob hier „ungefiltert Vermittlungsvorschläge rausgehauen" werden, sondern darum, dass überhaupt solche widerlichen Arbeitsangebote im Rotlichtmilieu zugemutet werden sollen!

Auch wenn Prostituierte seit 2002 offiziell als „Sexarbeiter(innen)" gelten und dieser Beruf nicht mehr als sittenwidrig gilt, ist es in meinen Augen eine widerliche Tätigkeit, die keiner Frau und keinem Mann zugemutet werden darf! Mir kann niemand erzählen, dass **Prostitution** eine „Arbeit wie jede andere" sei. Kann Prostitution wirklich freiwillig sein? Schließlich wird in ganz Westeuropa Prostitution als Verstoß gegen Menschenrechte und Menschenwürde diskutiert. In immer mehr Ländern wird der Kauf sexueller Dienstleistungen bestraft, nur in Deutschland gilt Prostitution immer noch als „Beruf wie jeder andere". Prostitution zerstört nicht nur Körper und Seele der sich prostituierenden Frauen (die nicht selten Hausfrauen sind, die heimlich dazu verdienen), sondern macht alle Frauen zum käuflichen Geschlecht. 80 Prozent aller Prostituierten sollen sexuell missbraucht worden sein!

3. Die Bundesagentur für Arbeit will Zehntausende Hartz-IV-Bezieher zwischen 25 und 34 Jahren noch einmal in die Lehre schicken, damit sie einen Ausbildungsabschluss erwerben. Rund ein Sechstel der Angehörigen dieser Altersgruppe habe keinen **Berufsabschluss**, gehe nicht zur Schule, absolviere kein Studium und keine Berufsausbildung. Um den Erfolg der Initiative sicherzustellen, geht es nach Einschätzung der Bundesagentur jetzt darum, Betriebe dazu zu bewegen, auch „reiferen jungen Menschen" und nicht nur Schulabgängern eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Noch einmal wird die Lüge aufgetischt, dass viele Unternehmen derzeit Probleme hätten, freie Lehrstellen zu besetzen.

Ich finde die Altersgrenze von 34 Jahren völlig daneben! Dass sich auch noch mit Ende 40 eine Ausbildung beginnen und mit über 50 Jahren erfolgreich abschließen lässt, habe ich am eigenen Leibe erlebt. Ich habe heute eine unbefristete Vollzeitstelle. Ich bin mir meines Glückes bewusst und frage mich gleichzeitig, wo die vielen Umgeschulten hinterher einen real existierenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz finden sollen, der anständig bezahlt wird, wenn

gleichzeitig immer mehr Stellen abgebaut werden. Die ganze Mühe lohnt sich doch sonst nicht – oder soll etwa bloß damit Vorlieb genommen werden, zwei bis drei Jahre davor verschont zu bleiben, in regelmäßigen Abständen sinnlose Bewerbungen produzieren zu müssen?

Jetzt wird der Fokus wieder auf die Erwerbslosen gelenkt, die keine Ausbildung abgeschlossen haben. Niemand guckt auf die vielen älteren Erwerbslosen, die trotz mehrerer Ausbildungen keine Stelle finden und mit 45 oder 50 als „zu alt“ für den Arbeitsmarkt gelten – obwohl bis zum Alter von 67 Jahren gearbeitet werden soll. Schade, dass nur Lehrstellen angeboten werden, denn alle von Arbeitslosigkeit Betroffenen würden es sicher begrüßen, wenn einige von ihnen zu Sozialanwälten ausgebildet würden, weil die wirklich dringend gebraucht werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Unerhörtes vom Ex-Papst: „Ich bitte euch um Verzeihung für alle meine Fehler“ *(„Spiegel-Online“)*

Bremer Drohnen weltweit zur „Aufstandsbekämpfung“ eingesetzt

Der Papst tritt zurück! Das ist kein Karnevalsscherz. Wann tritt endlich auch Merkel zurück – nach zwei Bundespräsidenten, zwei Verteidigungsministern und, erst am vergangenen Samstag, Annette Schavan, der Bildungsministerin, die abgeschrieben hat? Für Schavan gibt es sofort Ersatz: Johanna Wanka, die sich in letzter Zeit als rigorose Verfechterin von Elitenförderung und Studiengebühren hervorgetan hat. Auch ihre Doktorarbeit wird nun auf Plagiate untersucht.

Die Bundeswehr fordert die Aufrüstung mit Drohnen. Es ist offensichtlich nicht so bekannt, dass sie schon seit 30 Jahren welche hat. In Bremen werden seit 2001 bei Rheinmetall Drohnen gebaut; bis 2008 waren es 60 Stück. Sie sind seit 2009 im afghanischen Kunduz stationiert. Seit 2012 baut Rheinmetall solche Drohen zusammen mit EADS. Jetzt soll eine neue Generation namens „Talarion“ gebaut werden.

Die USA und Israel setzen immer mehr Drohnen ein. In Somalia wurden damit schon Tausende getötet, vorwiegend Zivilisten, in Pakistan ebenso. Obama trifft sich jede Woche mit einem kleinen Killerkreis, der festlegt, wer – ohne Gerichtsurteil – per Drohnenangriff „liquidiert“ wird. Am Dienstag dieser Woche

wird John O. Brennan, bekennender Folterknecht und Verantwortlicher für das „ Waterboarding“, zum CIA-Direktor ernannt.

Dass Drohnen im In- und Ausland besonders zur „Aufstandsbekämpfung“ eingesetzt werden, hängt mit der tiefen Wirtschaftskrise zusammen, in deren Folge das Potential einer revolutionären Weltkrise heranreift. Die Weltwirtschaftskrise führt zu einem Aufschwung der Kämpfe: Die Herrschenden haben Angst, dass die Massen sich nicht ewig in Schach halten lassen. Auch die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen werden sie nicht länger dulden.

Nun werden wieder Massenentlassungen geplant, auch in Deutschland: bei RWE 10.000, bei Eon und der Commerzbank jeweils 6.000, bei Thyssen-Krupp 3.800, mehrere Hundert auch bei Daimler und Hochtief. Dass das Bochumer Opel-Werk stillgelegt werden soll, stößt auf heftigen Widerstand. Seit vier Wochen streiken die Kollegen von Peugeot-Citroën in Aulny bei Paris gegen die Stilllegung „ihres“ Werkes. Schon seit dem 1. November 2012, also seit über einem Vierteljahr, streiken die Kollegen von Neupack in Hamburg und Rotenburg für einen Tarifvertrag.

In Polen wurden Streikbrecher angeheuert, als Leiharbeiter und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. Die Streikposten müssen ihnen eine Gasse lassen, das wird per Polizeieinsatz brutal durchgesetzt. Deshalb muss ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht her! Diese mutigen Kollegen kämpfen nicht nur für sich und nicht nur gegen „ihren“ Kapitalisten, sondern für *alle* Arbeiterinnen und Arbeiter. Ihr Gegner ist die ganze Kapitalistenklasse und deren Regierung. Sie haben unsere Solidarität verdient! Lasst uns überlegen, ob nicht eine Delegation der Montagsdemo nach Rotenburg fahren kann, denn wir kämpfen gegen denselben Gegner!

Wolfgang Lange (MLPD)

Dazu schweigen Senat und Regierung: Bremer Lürssen-Werft liefert Kriegsschiffe an Saudi-Arabien *(„Weser-Kurier“)*

Alle 30 Jahre müssen wir mit einer Atomkatastrophe rechnen

Sie haben sicherlich schon mal etwas von IT-Sicherheit oder von Cyber-Angriffen gehört. Vielleicht waren Sie beziehungsweise Ihr Computer bereits selbst betroffen. Die meisten Menschen wissen heutzutage, dass es ein weltweites Datennetz gibt, aus dem jeder etwas herausholen kann, wenn er eine Zugangsgebühr zahlt. Einer der großen Unterschiede zum Wasserleitungsnetz ist dabei: Ohne weitere Gebühren darf er auch jeden Dreck ins Datennetz einspeisen. In der Folge ist das

gesamte Netz mit so viel Datenmüll belastet, dass ehrliche Nutzer Mühe haben, noch etwas Vernünftiges aus der Datenbrühe herauszufinden.

Dazu gibt es Such-, Schutz-, Abwehrprogramme, „Firewalls“ und so weiter. Es werden Spezialisten gebraucht, die sich damit auskennen und immer bessere Programme entwickeln können. Das ist ein echter Beruf: IT-Techniker, Spezialist für Information und Telekommunikation. Er soll verhindern, dass es zu Cyberangriffen auf die Computer anderer Internet-Nutzer kommt. Hacker können ihre dreckigen Programme nämlich nicht nur in Bankcomputer einbauen, sondern, was viel katastrophaler werden kann, zum Beispiel auch in Sicherheitssysteme und Kraftwerkssteuerungen. Davon haben wir alle schon mal gehört, seit es vernetzte Computer gibt.

Ich habe mich darüber mit einem professionellen IT-Mitarbeiter unterhalten. Seine schlichte Antwort für eine Lösung dieses Problems lautete: „Man muss versuchen, seine Rechner dicht zu bekommen“. Dieser Spruch ist für jeden verständlich: Das hört sich an wie beim Klempner. Diese haben es jedoch ziemlich einfach, denn entweder kommt etwas aus der Leitung heraus oder nicht. Der Klempner weiß dann genau, was er tun kann. IT-Spezialisten dagegen haben ein echtes Problem: Von ihnen wird verlangt, Leitungen „dicht“ zu machen, wo gleichzeitig größtmögliche Datenströme fließen sollen. Das ist ein Widerspruch in sich und nicht lösbar. Es wird immer ein fauler Kompromiss bleiben und niemals eine brauchbare Lösung geben, geschweige denn eine sichere.

So gab es am 7. Februar 2013 in der Sendung „NDR aktuell“ einen Beitrag über Hacker-Angriffe auf Atomkraftwerke. Hier sagte ein Sicherheitsexperte, er halte es für wahrscheinlich, dass in etwa 30 Jahren wieder eine atomare Katastrophe geschehen wird. Diese Aussage kam mir sehr bekannt vor, denn ich habe dazu bereits einen Beitrag auf der Webseite der 344. Montagsdemo. Eine der Kernaussagen war damals, dass das Eintreten eines AKW-GAUs in 25 Jahren ein nachgewiesener Trend ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent. Jetzt wurde das von einem Experten ähnlich bestätigt. Die ernüchternde Erkenntnis für mich ist, dass dazu weder ein abstürzender Jumbo-Jet noch ein Brand noch ein Erdbeben oder gar ein Tsunami gebraucht wird, sondern nur ein Verrückter mit Computer.

Es sind leider bittere Tatsachen, die wir zu akzeptieren gezwungen sind. Das können auch die bekannten Sprüche von Atomstromern nicht verhindern, zum Beispiel „Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt“ oder gar „Die Sicherheit entspricht den gesetzlichen Vorschriften“. Wer mir gegenüber künftig noch ernsthaft solchen Unsinn vertritt, muss aufpassen, dass ich ihm nicht vielleicht ins Gesicht spucke! Für mich sind solche Lügen so brisant geworden, dass ich sie nicht mehr einfach nur hinnehmen kann. Ich bin damit nicht einver-

standen und werde mich weiterhin noch stärker dafür einsetzen, dass Atomkraftwerke möglichst bald von unserem einzigen Planeten Erde verschwinden.

Helmut Minkus (parteilos)

437. Montagsdemo in Hamburg: Hartz IV macht arm und krank *(„Die Welt“)*

Pferd wird Rind: Die ganze „Rückverfolgbarkeit“ ist eine Farce *(„Die Welt“)*

Die wahren Plagiate: Gesetzentwürfe werden oft eins zu eins von Lobbypapieren abgeschrieben *(„Die Zeit“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

412. Bremer Montagsdemo
am 18. 02. 2013

Erfolgreicher Überprüfungsantrag zu den Heizkosten

Vor ein paar Tagen habe ich einen Bescheid vom Jobcenter erhalten mit der Mitteilung über eine Nachzahlung und der zukünftigen Berücksichtigung der Stromkosten für den Heiz- und Warmwasserkessel im Rahmen der Kosten der Unterkunft. Immerhin fünf Prozent der anfallenden Heizkosten werden so von unseren Stromkosten pauschal abgezogen, da kein eigener Stromzähler für die Heizungsanlage vorhanden ist.

Das dürfte für alle Hartz-IV-Betroffenen interessant sein, die ihre Wohnungen über eigene Heizanlagen wie Kessel oder Thermen mit ihrem eigenen Strom betreiben, wenn sie ihn noch nicht pauschal abgezogen bekommen und auch keinen Zwischenzähler haben.

Wie ich von einem Mitglied der Partei „Die Linke“ in Oldenburg erfahren habe, wird sich die „Linke Gruppe“ im Stadtrat jetzt mit dem Thema freie Netzwahl zur Energie und mit der Knebelung von Mieterinnen und Mietern durch den Grundversorger und ein Wohnungsbauunternehmen, an denen in beiden Fällen die Stadt beteiligt ist, beschäftigen.

Es kann doch nicht sein, dass das „Oldenburger Recht“ auf lange Sicht das EU-Recht hierzu bricht und viele Oldenburgerinnen und Oldenburger so gezwungen werden, um 25 Prozent höhere Ausgaben für die Haushaltsenergie zahlen zu müssen, als bei einem Wechsel zu einem anderen Anbieter möglich wären!

Da muss ich wohl noch nicht den Versuch starten, hierzu eine Bürgerinitiative zu gründen, sondern kann erst einmal abwarten. Ich werde diese Geschichte aber mit Sicherheit genau im Auge behalten, zumal mir keine der bürgerlichen Parteien auf meine diesbezüglichen Nachfragen eine Antwort schickte.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Parlamentspräsident lobt blutige Geschäfte mit Islamistenregime

Kürzlich hat die Friedrich-Lürssen-Werft in Bremen ein Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien abgeschlossen: Das menschenverachtende Feudalregime wird für rund 1,5 Milliarden Euro Patrouillenboote von der Werftengruppe bauen lassen. Innerhalb von zwei Jahren nach Vertragsunterzeichnung sollen die Boote zum Stückpreis von 10 und 25 Millionen Euro übergeben werden. Das „Bremer Friedensforum“ verurteilte bereits das Rüstungsgeschäft.

Saudi-Arabien war 2011 an der blutigen Niederschlagung von Protesten im Nachbarland Bahrain beteiligt. In Saudi-Arabien werden Menschenrechte, die Gleichstellung der Frau und die Rechte von Minderheiten von den islamistischen Herrschern systematisch gebrochen. Das Auswärtige Amt schreibt dazu auf seiner Webseite: „Die Todesstrafe wurde 2011 mindestens 73 Mal vollstreckt, Körperstrafen wie zum Beispiel das Auspeitschen werden regelmäßig vollzogen, Dissidenten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen, Frauen werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten, minderjährige Mädchen zwangsverheiratet, freie Meinungsäußerung ist nur teilweise möglich“.

Auf Empörung beim „Bremer Friedensforum“ stößt in diesem Zusammenhang auch das Interview von Christian Weber, Präsident der Bremischen Bürgerschaft, in einer Boulevardzeitung. Weber äußerte sich darin explizit zugunsten des schmutzigen Waffendeals, Patrouillenboote nach Saudi-Arabien zu liefern. Der Parlamentspräsident schwadroniert lobend über das Milliardengeschäft, noch bevor das Parlament darüber beraten hat: „Es ist nun mal ein Geschäft, das wir in Aussicht haben“. Politische Grundsätze interessieren nicht: „Saudi-Arabien ist keine parlamentarische Demokratie, wie wir das in Bremen gewohnt sind“.

Das skandalöse Interview macht sichtbar, wer für den Bürgerschaftspräsidenten Priorität genießt: nicht die Abgeordneten, sondern die Friedrich-Lürssen-Werft. Das „Bremer Friedensforum“ sieht in den Äußerungen Webers einen Akt der sträflichen Verletzung demokratischer Kultur und der Missachtung des Parlaments als Souverän. Nach Artikel 92 der bremischen Landesverfassung sollte es nicht die Aufgabe des Bürgerschaftspräsidenten sein, sich in dezidierter Weise zu äußern und einseitig Partei zu ergreifen.

Das „Bremer Friedensforum“ erwartet, dass die Bürgerschaft von ihrem Präsidenten Rechenschaft für sein Interview fordert und sich darüber Gedanken macht, wie die Stadt Bremen sich von dem blutigen Makel als führender Rüstungsstandort in Deutschland befreien kann. Zum Hintergrund: Im vergangenen Jahr war Saudi-Arabien zum größten Importeur deutscher Rüstungsgüter aufgestiegen. Bis zum Dezember wurden Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 1,335 Milliarden Euro erteilt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Von grôzer arebeit: Uns ist in alten mæren wunders vil geseit
von helden lobebæren *(„Spiegel-Online“)*

Im Kampf gegen die Hartz-Gesetze positive Forderungen propagieren!

Lieber Gerolf, vielen Dank für deine neuerlichen Zuschriften an die MLPD, auf die ich dir antworten möchte. Du hattest in deinem Brief vom 19. Oktober 2012 Überlegungen und Vorschläge zum Protest gegen die Hartz-Gesetze gemacht. Es ist auch unsere Erfahrung, dass einige jüngere Leute, die die Forderung der Montagsdemonstrationen nach „Weg mit Hartz IV!“ hören und die damaligen Massenproteste nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen, tatsächlich denken, man wolle den Betroffenen das Geld wegnehmen. Deshalb macht es unbedingt Sinn, positive Forderungen zu propagieren und auch deutlich zu machen, dass es um den Kampf gegen die Hartz-Gesetze geht – und nicht darum, den Betroffenen das Hartz-IV-Geld zu nehmen. Darauf werden wir verstärkt achten, und ich denke, dass dies auch eine Aufgabe der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung ist.

Die Forderung *„ALG I statt Hartz IV“* würde den differenzierten Forderungen der MLPD im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit einschließlich der Perspektive des echten Sozialismus nicht gerecht. Selbstverständlich ist es gewissermaßen der kleinste gemeinsame Nenner innerhalb der Montagsdemonstrationsbewegung, dass die Verschlechterung gegenüber früher durch die Hartz-Gesetze abgelehnt wird. Doch die MLPD hatte auch schon vor den Hartz-Gesetzen viel weitergehende Forderungen und bekämpfte auch den Zustand davor. So hat ja

auch unser Parteiprogramm, wie es Anfang 2000 vor den Hartz-Gesetzen herauskam, die Forderung nach der Erhöhung des Arbeitslosengeldes und die unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer des Arbeitslosigkeit aufgestellt.

Wir werden deine Hinweise beachten für eine noch massenwirksamere Darstellung unserer Forderungen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und uns auch was einfallen lassen, in der Offensive für den echten Sozialismus die Lebenslügen vom angeblichen „Sozialstaat“ zu entlarven und die Kräfte zu stärken im Kampf gegen die volksfeindliche Politik von Monopolen und Regierung. Danke für deine Hinweise dazu.

Du sprichst in deinem Brief vom 17. Dezember 2012 an die „Rote-Fahne“-Redaktion die Schlussresolution unseres Stuttgarter Parteitags an, der 2012 sehr erfolgreich durchgeführt wurde. Auf dem Stuttgarter Parteitag hat sich die MLPD umfassend auch zur Sozialpolitik und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf dem Rücken der Massen positioniert und den Kampf darum ausgewertet. In der Schlussresolution werden wesentliche Ergebnisse des Parteitags selbst zusammengefasst und auch auf die soziale(n) Lage/Kämpfe eingegangen.

So heißt es im 2. Punkt: *„Die MLPD ist ... die Partei der Befreiung aller vom Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten“.* Und unter Punkt 4 wird auf die Entwicklung der sozialen Kämpfe eingegangen: *„Ökonomische und politische Massenstreiks insbesondere in den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas, die demokratische Aufstandsbewegung 2010/2011 in den arabischen Ländern, aber auch die Bergarbeiterkämpfe von Südafrika bis Spanien zeugen von einem Aufschwung des Klassenkampfs im internationalen Maßstab“.*

Zugleich war die Diskussion um die sozialpolitischen Forderungen selbst kein besonderer Schwerpunkt der Diskussion auf dem Parteitag, zumal die MLPD hier über klare und vereinheitlichte Positionen verfügt. Zur von dir weiter angerissenen Frage der Existenzsicherung haben wir uns, denke ich, schon wiederholt brieflich geäußert. Alles Gute und herzliche Grüße.

Zuschrift von Sabine Leopold, Mitglied im ZK der MLPD

Mehr Geld für Folterinstrumente?

Mit Erstaunen haben wir die Berichterstattung zur Rückgabe von nicht verbrauchten Geldern aus den Eingliederungsmitteln der bremischen Jobcenter an die Bundeskasse gelesen. Sogar eine aktuelle Stunde in der Bürgerschaft zu diesem Thema, beantragt von der Bürgerschaftsfraktion der „Linken“, wurde angesetzt. Worum geht es eigentlich?

Einige Hinweise: Bei den nicht verbrauchten Mitteln der Jobcenter handelt es sich überwiegend um Gelder für sogenannte „Ein-Euro-Jobs“ und mehrwöchige bis sechsmonatige Maßnahmen, zum Teil mit erheblichem Praktikaanteilen, Be-

werbungstraining und disziplinierendem Absitzen von Zeit. Letzteres sei an einem Beispiel verdeutlicht.

Ein 28-jähriger Mann wurde in einer Maßnahme genötigt, mit fünf anderen Teilnehmer(inne)n über einen Zeitraum von zwei Wochen in einem Unterrichtsraum täglich sieben Stunden kopierte Ausmalbilder mit Buntstiften auszumalen. Exakt die gleichen Bilder, die auch seine fünfjährige Tochter aus dem Kindergarten stolz mitbrachte. Ist das Qualifizierung? Nein, das ist Disziplinierung!

Bei zahlreichen Maßnahmeträgern ist es üblich, dass der größere Teil der Maßnahme in betrieblichen Praktika verbracht wird. Hier soll „arbeiten“ gelernt werden. Was passiert tatsächlich? Einige Baumärkte, Umzugsunternehmen oder auch der größte Müllentsorger Bremens sind darauf ausgerichtet, bei diesen Maßnahmeträgern systematisch „Praktikanten“ anzuwerben. Kaum jemand hat die Chance, in diesem Unternehmen einen festen Job zu bekommen, denn die Praktikanten drücken sich das Staffelholz in die Hand: Der eine geht, der andere kommt.

Die Unternehmen bekommen diese Arbeitskraft umsonst, sie müssen keinen einzigen müden Euro drauflegen. Den Erlös fürs Möbeltragen oder Regalauffüllen streichen die Unternehmen ein. Außerdem können sie damit noch bezahltes Personal einsparen, also Erwerbslosigkeit herbeiführen, denn so oder so: die Regale müssen gefüllt, der Müll muss sortiert werden. Wenn Unternehmen für Praktikanten nichts bezahlen müssen, wozu dann noch Leute einstellen und nach Tarif bezahlen?

Mit den allseits bekannten „Ein-Euro-Jobs“ ist es nicht anders. Die meisten Maßnahmeträger sind darauf spezialisiert, mit dieser Umsonstarbeitskraft gewerbliche Tätigkeiten abzuwickeln: in privaten Gärten Hecken schneiden und Bäume fällen, Holzbauten herstellen, Putzlappen zuschneiden –der größte Teil der Bremer Altkleidersammelbehälter wird von „Ein-Euro- Jobber(inne)n“ sortiert –, alles gegen Rechnung. Dies ist die übliche Praxis.

Gemeinsam ist allen diesen „Eingliederungsmaßnahmen“, dass Teilnehmer(inne)n, die aufmucken, auf diesen Wahnsinn keine Lust haben oder sich schlicht diesem Demütigungsapparat entziehen wollen, mit Sanktionen bestraft werden. Mehr als einen Million gab es davon im letzten Jahr. Hat jemand einmal eine Fragestunde in der Bürgerschaft beantragt, um zu ermitteln, wie viele junge Menschen unter 25 Jahren nach der zweiten Sanktion, wenn dann auch die Miete für drei Monate gestrichen wird, obdachlos geworden sind?

Kurzum: Hartz IV und, darin eingebettet, die oben erläuterten Maßnahmen, hatten einen politischen Sinn. Ex-Bundeskanzler Schröder hat diesen Sinn im Januar 2005 auf dem Gipfel der Staatsmänner und Konzernlenker in Davos erklärt: „Wir haben den besten Niedriglohnsektor aufgebaut, den es in Europa gibt“. Bei Strafe der Sanktion, sogar bis auf Null, muss auch für 4,50 Euro pro Stunde gearbeitet werden. Schröder hatte Recht, und die Unternehmen haben gewonnen: Die Bundesrepublik ist Europameister im Niedriglohnsektor.

Aber ein bloßes Gesetz wie Hartz IV (SGB II) bleibt ein leeres Versprechen, wenn es nicht mit Leben gefüllt wird. Was ist schon ein Folterer ohne glühende

Kohle, Wasserbecken und Streckbank – ein Nichts, der keines seiner Opfer mit einem grimmigen Blick erschrecken kann! So auch Hartz IV: Allein mit Auflagen wie fünf oder zehn monatlich beim Jobcenter abzuliefernden Bewerbungen oder mit der bloßen Androhung von Sanktionen geht wenig.

Wo circa fünf Millionen Jobs nicht vorhanden sind, um damit alle arbeitsfähigen Erwerbslosen zu beglücken, geht symbolischer Aufbau von Druck ins Leere. Mittels heutiger Technik ist eine Bewerbung mit wenigen Mausklicks zu machen. Wer geht schon freiwillig für sechs Euro die Stunde arbeiten, um sich dann donnerstagnachmittags den Rest zum Überleben beim Jobcenter abzuholen? Somit brauchte der Staat ein Druckmittel, das tatsächliche nachhaltige Wirkung erzielt. Gefunden wurden „Maßnahmen“.

Sie ermöglichen vieles in einem: Einüben in Arbeiten für nichts (oder sind 1,20 Euro pro Stunde ein menschenwürdiger Lohn?) oder als Praktikant, Unterwerfung in einen rechtlosen Zustand (kein Kündigungsschutz, keine Lohnfortzahlung, keine Arbeitsrechtstandards, kein Betriebsrat), gruppendynamische Prozesse zum Anbeten des Götzen Arbeit, Einüben von sinnentleerten Tätigkeiten, Erfahrungen mit Sanktionen sammeln, denn wer nicht gehorcht (arbeitet), bekommt nichts zu essen.

Genauso wenig wie ein Kind das Fahren eines Fahrrades aus einem Buch erlernt oder ein Mensch die Schmerzen glühender Kohle im Video empfinden kann, so wenig sind Paragraphen in einem Gesetzbuch Erfahrungswissen, das Grundeinstellungen prägt. In Ermangelung von realen Lohnarbeitsjobs sind die Maßnahmen ein Übungsfeld, in dem große Teile der Lohnabhängigen, insbesondere jüngere, auf Niedriglohn getrimmt werden. Maßnahmen sind die moderne Schule der Nation.

Sie sind die Folterwerkzeuge des modernen Staates zur Beförderung des Konkurrenzvorteils des Standorts Deutschland. Und die Fraktion der „Linken“ in der Bürgerschaft beklagt sich, dass der Staat, genauer gesagt seine Unterabteilung Jobcenter, nicht alle geplanten Foltermittel zur Erziehung zu Demut und Niedriglohn zum Einsatz gebracht hat. „Hartz IV muss weg!“ steht auf den Plakaten der Linkspartei, aber deren massenhafte Umsetzung fordert sie. Die konkrete Forderung der Bürgerschaftsfraktion ist: „Mehr Geld für Folterinstrumente!“

Pressemitteilung von Herbert Thomsen (Bremer Erwerbslosen-Verband)

95. Schwabenstreich in Bremen: Wir gedenken des Baummassakers im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart am 15. bis 18. Februar 2012 *(„Google“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

413. Bremer Montagsdemo am 25. 02. 2013

Hartz IV, eine „Diät des Maßhaltens“

1. Nach den ARD-Vorwürfen forderte die Bundesarbeitsministerin Aufklärung über die Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitern bei dem Internet-Versandhändler Amazon. Ursula von der Leyen warnte die Leiharbeitsfirma, die mit Amazon zusammenarbeitet, vor einem Lizenzentzug. Die Gewerkschaft Verdi wirft dem Konzern schon seit Längerem vor, gerade Saisonkräfte schlecht zu bezahlen und etwa mit strengen Kontrollen und Überwachung zu gängeln. Schon ein paar Tage später lobte von der Leyen den Versandhändler für seine Reaktion auf die Vorwürfe und begrüßte, dass Amazon nun aktiv zur „Aufklärung“ beitrage und sogar Betriebsräte fördern wolle. Natürlich ist sie auch weiterhin voller Verständnis für **Leiharbeit**, die ihrer Meinung nach bei Auftragsspitzen wie vor Weihnachten ihre „Berechtigung“ habe.

Die Arbeitsministerin verlangt, dass es jedoch immer „fair und gerecht“ zugehen müsse. Ich glaube, wir sollen hier alle aufs Angenehmste eingelullt und verschaukelt werden, damit das Thema dann einfach wieder im Sande verläuft und vom Tisch ist. Von der Leyens Worte sollen uns glauben machen, dass Leiharbeit an sich völlig in Ordnung sei und somit einen Anspruch auf Legalität besitze. Schade jedoch finde ich, dass niemand auf die Verflechtungen der Bundesagentur und der Jobcenter mit Amazon einging: Vielerorts ist bekannt, dass ganze Batterien von Erwerbslosen unter Sanktionsandrohung zum mehrwöchigen „ Probearbeiten“ bei Amazon abkommandiert werden.

2. Der Industrie- und Handelskammertag rechnet offenbar mit der Schaffung von 150.000 angeblich neuen Arbeitsplätzen in Deutschland. Demnach entstünden allein in den Bereichen Gesundheit, Gastgewerbe und Tourismus 65.000 neue Jobs. Der Handel wolle 15.000 neue Arbeitskräfte beschäftigen, der Bau 5.000. „Jobs“ eben – also soll eher der **Niedriglohnsektor** um weitere Stellen ausgebaut werden. Das ist Verarschung hoch drei! Da glaube ich tatsächlich nur, dass viele

deutsche Unternehmen zuversichtlich sein sollen – die Arbeitnehmer haben nicht den mindesten Grund dafür.

3. Das Bundessozialgericht in Kassel hat am 14. Februar 2013 entschieden, dass das Jobcenter einen Hartz-IV-Bezieher, der eine „**Eingliederungsvereinbarung**“ ablehnt, nicht ohne ein Gespräch durch einseitigen Verwaltungsakt, also per Bescheid zu Maßnahmen zur „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ zwingen dürfe – was bis dato gängige Praxis der Leistungsträger ist (Aktenzeichen B14 AS 195/11R). Ein studierter Agrarwissenschaftler, der die vorformulierte „Eingliederungsvereinbarung“ des Jobcenters Landkreis Sigmaringen nicht unterschreiben wollte, war daraufhin vom Leistungsträger per Bescheid zur Maßnahme verdonnert worden. Weil dieser die gleichen Angaben wie die zuvor abgelehnte „Eingliederungsvereinbarung“ enthielt und nur festlegte, dass die Maßnahme zehn Monate dauern solle, setzte sich der Leistungsbezieher zur Wehr.

Er argumentierte, dass sich das Jobcenter nicht genügend mit seinem Bewerberprofil auseinandergesetzt habe und die Maßnahme aus der „Eingliederungsvereinbarung“ zu ungenau beschrieben sei. Laut Gericht sei der Bescheid des Jobcenters schon allein wegen der Dauer der Maßnahme von zehn Monaten rechtswidrig. Das BSG stellte klar, dass Gespräche zwischen Jobcenter und Hartz-IV- Bezieher zwingend geführt werden müssten und nicht einfach über den Kopf des Leistungsbeziehers hinweg per Bescheid entschieden werden dürfe. So zeigt sich mal wieder, dass wer sich wehrt, zwar verlieren kann, doch wer sich gar nicht erst zur Wehr setzt, dadurch schon verloren hat!

4. Brigitte und Manfred Decker bestritten 310 Tage lang ihre Ausgaben für Lebensmittel und Getränke mit 239,70 Euro – eben so viel, wie der **Regelsatz** für Hartz-IV-Bezieher für zwei Personen vorsieht. Sie hätten wissen wollen, ob es „geht“. Brigitte Decker fotografierte alles und erstellte daraus ein Kochbuch. Mit 240 Euro auskommen zu müssen, bedeute „einige Einschränkungen“ beim Einkauf: Es gebe Fleisch „nur am Rande“, Bio-Produkte gar nicht, und mit Fertiggerichten sei das Budget schnell überschritten. Ich danke Frau Decker auch für die originelle und ungewöhnliche Entscheidung, wenn die günstigsten Spaghetti im Supermarkt 49 Cent kosteten, dann eben nicht die für 1,49 Euro zu kaufen. Ohne ihren weisen Zeigefinger würden ALG-II-Bezieher darauf bestimmt nicht selbst kommen!

Brigitte Decker stellte schnell für sich fest, dass Leben mit Hartz-IV-Budget „Planung“ erfordere, ja: dass Hartz IV eine „Diät des Maßhaltens“ erfordere – wozu Hartz-IV-Bezieher von sich aus nie in der Lage wären. Ach, wenn wir Frau Decker nicht hätten! Wie gut, dass das Ehepaar in der „Versuchszeit“ selbstredend keine Waschmaschinenreparatur begleichen, keine neuen Winterstiefel aus dem Ärmel „zaubern“ musste. Wer zu Hause alles neu beziehungsweise repariert rumstehen hat, kann sich gar nicht vorstellen, wie es ist, wenn am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist! In diesem „Selbstversuch“ wird leider gar nicht be-

rücksichtigt, welcher Anteil des Regelsatzes für ganz andere Posten verwendet werden muss, weil die „errechneten“ Eckdaten nun mal völlig lebensfern sind!

Ich würde mich auch weigern, Marmeladenbrote als Frühstück, Weißmehlprodukte als Bestandteil meiner Mahlzeiten zu akzeptieren. Völlig klar, dass so *gar* kein bisschen hetzerisch am Ende des Lobliedes auf das sagenumwoben tolle Hartz IV mit seinem „ausreichenden“ Regelsatz noch eben mal erwähnt werden muss, wenn alle „an einem Strang“ zögen, auch „ein Kasten Bier“ oder einige Süßigkeiten drin seien. Klar, das Bier mal wieder, ohne das ja Hartz-IV-Bezieher gar nicht können! Nein, natürlich habe ich dieses phänomenale Kochbuch gar nicht erst gelesen, weil ich über Jahre hin am eigenen Leibe verspürte, was es heißt, für drei Menschen sparsam zu kochen, und wie schlecht das geht. Nicht weil ich zu dumm und zu chaotisch wäre oder so schlecht gewirtschaftet hätte, sondern weil dieser Regelsatz rein gar nichts mit dem wirklichen Leben und seinen Erfordernissen zu tun hat, egal, was einige uns da immer wieder vorzumachen versuchen!

5. Einer schwangeren Alleinerziehenden und ihrem achtjährigen Kind strich das Jobcenter Essen die Hartz-IV-Leistungen vollständig „von jetzt auf gleich“ auf Null. Stattdessen soll der künftige Vater zahlen, ohne Ermittlung der Leistungsfähigkeit und Leistungspflicht. Die studierende Mutter, die auf Leistungen des Jobcenters für den Sohn angewiesen ist, mit dem sie zusammenlebt, wollte von der Behörde den Mehrbedarf für werdende Mütter und die Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt erhalten. Statt der ihr zustehenden Leistungen bekam die junge Mutter sogar noch die vollständige vorläufige **Leistungseinstellung** ab Ende Januar.

Am Bankautomaten musste sie feststellen, dass ihr die Existenzsicherung fehlt, wofür sie erst Tage später die schriftliche „Begründung“ bekam. Als sie persönlich beim Jobcenter erschien, wurde ihr weder am Empfang Hilfe angeboten, noch gab es einen Termin beim Sachbearbeiter. Was auch immer der Sachbearbeiter dachte oder auch nicht dachte: Unterhaltspflicht besteht erst einmal nur gegenüber dem ungeborenen Kind und der werdenden Mutter. Glücklicherweise wusste die Studentin, wo sie Hilfe bekommen konnte, und durch ein gerichtliches Eilverfahren ließ sich schnell Abhilfe schaffen. Doch auch wenn das Jobcenter zahlen muss, ergaben sich leider keine Konsequenzen für den Sachbearbeiter, der diesen Rechtsbruch zu verantworten hat.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

In die Grube, Milliarden: Vor der Bundestagswahl macht Schäuble noch mal ordentlich Kohle für „Stuttgart 21“ locker *(„Spiegel-Online“)*

Demo vor dem Jobcenter: „Wir sind überrascht, wie viele unsere Beratungsstellen nicht kennen“ *(„Weser-Kurier“)*

Die MLPD meint: Hartz IV muss bleiben!

Die Informationen, die ich jetzt vom Zentralkomitee der MLPD erhalten habe, laufen darauf hinaus, dass Hartz IV *bleiben* muss. Sonst würden die Langzeitarbeitslosen, wie uns die Jugendlichen zu Recht vorhalten und wie es auch ZK-Mitglied Sabine Leopold aufgefallen ist, ja kein Geld mehr bekommen. Jegliche Fortentwicklung außer der sozialistischen Revolution, die dann irgendwann Arbeit für alle schafft, wird nun aber von der MLPD abgelehnt. Ob wir von einem Grundeinkommen leben könnten, sei fraglich, außerdem schaffe dieses Konzept ohnehin nur eine neue Niedriglohnsubvention, so Parteichef Stefan Engel.

Die mir später vom Landesleiter Nord-West, Joachim Griesbaum, und auch von Susanne Wagner genannte Lösung („Wir fordern für *alle* Arbeitslosen die Zahlung von Arbeitslosengeld I einschließlich der Erhöhung und dauerhaften Zahlung: für die jetzigen Hartz-IV-Betroffenen, für arbeitslose Jugendliche, die noch nie die Gelegenheit hatten, in Arbeit zu kommen, für Asylbewerber, die keine Arbeitserlaubnis haben usw.“) wurde anschließend von Susanne widerrufen.

Bei Sabine hieß es dann wieder: „Unsere Forderung im Kampfprogramm der MLPD nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzter Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit bezieht sich auf *alle* Arbeitslosen. Da gibt es von unserer Seite aus keine Unterscheidung“ zwischen ALG I und ALG II. Auf meine Nachfrage, ob diese Aussage in dem Sinne belastbar sei, dass die MLPD im Wahlkampf „ALG I statt Hartz IV“ plakatieren werde, schreibt sie nun aber, dies „würde den differenzierten Forderungen der MLPD im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit einschließlich der Perspektive des echten Sozialismus nicht gerecht“.

Fazit: Hartz IV muss bleiben! Und weil dieses Eingeständnis natürlich ein bisschen peinlich wäre, ist von den Genossen seit Jahren öffentlich nichts zum Thema zu hören. Wie sagte Wolfgang Lange auf der Silvesterfeier 2011/2012 achselzuckend zu mir: „Da gibt es wohl keine Lösung“. Die Forderung „Weg mit Hartz IV“ ist der MLPD zum Lippenbekenntnis geronnen. Deshalb soll es auf der Montagsdemo statt um Hartz IV nun verstärkt um die Umweltfrage gehen. Der Parteitag hat sich gegen jede Geringschätzung dieses Themas ausgesprochen.

Es geht der MLPD um die „Schule des Klassenkampfes“, das konkrete Thema ist egal. Die Botschaft an die Montagsdemonstranten lautet: „Kümmert euch nicht um *eure* Probleme, kümmert euch um *unsere* Probleme, denn *unsere* Probleme

sind auch *eure* Probleme“. Das ist nicht ganz falsch, und überhaupt finde ich eigentlich fast alles richtig, was die MLPD macht. Mein Problem ist, was die MLPD *nicht* macht – und das ist die ernsthafte Befassung mit der Frage der Arbeitslosen und ihrer Existenzsicherung, also gerade mit dem Thema, dessentwegen ich zur Montagsdemo komme. Muss ich noch ergänzen, dass ich stocksauer bin?

Diese Auseinandersetzungen mit der MLPD rauben mir den letzten Nerv. Sabine Leopold schließt mit dem Satz: „Zur von dir weiter angerissenen Frage der Existenzsicherung haben wir uns, denke ich, schon wiederholt brieflich geäußert“. Ich werde die MLPD künftig sehr danach beurteilen, ob sie dies auch *öffentlich* tut, inwiefern sie also ihre Haltung zur Montagsdemo-Forderung „Weg mit Hartz IV“ konkretisiert und der Allgemeinheit verständlich macht. Private Briefe genügen mir da nicht mehr. Und die richtige positive Forderung lautet: Her mit dem Grundeinkommen! Denn das Existenzrecht des Menschen darf nicht an Bedingungen geknüpft werden.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) –
siehe auch „Scharf links“

Gefährliches Spiel mit Koalitionsüberlegungen: Wird Hartz IV von der „Linken“ akzeptiert? *(„Scharf links“)*

Wenn Kommunismus die Kommunalisierung, also quasi Vergesellschaftlichung von Produktionsmitteln bedeutet, sehe ich keinerlei logischen oder kausalen Zusammenhang damit, dass dies zwangsläufig zu „Arbeit für alle“ führen muss. So sind in modernen Industriegesellschaften mittlerweile lediglich vier bis 4,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt: „Ursachen hierfür sind vor allem der technische und züchterische Fortschritt“ (vergleiche „Landwirtschaft in Deutschland und der EU 2009“, Statistisches Bundesamt).

Ich halte es auch für überaus fraglich, den Begriff „Arbeit“ als Produktionsfaktor weiterhin zu verwenden und würde bei stetig wachsender Rationalisierung den Begriff „Energie“ bei gleichzeitiger Abkehr vom Wachstumsparadigma vorschlagen. Dazu findet sich eine Menge Literatur oder Informationen im Internet, die ich hier an dieser Stelle nicht näher erörtern kann. Begriffe wie „Graue Energie“ oder „Ökologischer Rucksack“ können bei näherer Beschäftigung mit der Thematik hilfreich sein. Deshalb halte ich es für notwendig, dass die Aussage, die sozialistische Revolution schaffe irgendwann Arbeit für alle, differenzierter betrachtet wird.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Ich sehe es allerdings eher und schneller als in diesem System: Die Umverteilung muss auch *alle* Arbeit mit einbeziehen, nicht nur die derzeitige bezahlte Lohnarbeit. Zur Technisierung ein kleines Beispiel: Sollte der Baggerfahrer, der vielleicht die Arbeit von 200 Menschen ersetzt oder übernimmt, vielleicht noch 200 Tage baggern, und 199 Menschen bleiben auf dem Sofa? Oder sollte man diese 200 Tage auch auf 200 Menschen aufteilen, und der Baggerfahrer könnte, rein rechnerisch, an 199 Tagen etwas anderes arbeiten?

Vielleicht eine Arbeit, die heute kein Unternehmen bezahlen will, weil sie keinen oder nur zu geringen Profit abwirft? Wenn man die „Umfairteilung“ fordert, muss sie auch *alle* Arbeiten mit einbeziehen, einschließlich der Umverteilung der erzielten Gewinne von Unternehmen auf alle Arbeitnehmer(innen). Hierzu muss man sich die Frage stellen, ob man Gewinne überhaupt erzielen muss oder darf, wenn sie nicht zulasten von Mensch und Natur gehen sollen. – Das ist meine Meinung, sie muss aber nicht unbedingt die richtige sein.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Das sind wohl die Fragen, die uns alle quälen. Letzten Endes wäre es aber kein Grund, 200 Leuten eine Schaufel in die Hand zu drücken, damit sie Arbeit haben. Letzten Endes sind wir ja alle faul. Deshalb habe ich unter anderem einen PC, mit dem ich meine Texte verarbeite. Dies erspart die Schreibkraft, die mir mein Handgeschreibsel in die Maschine hauen würde. Die sitzt jetzt den ganzen Tag auf dem Sofa und zieht sich Talkshows auf RTL und Pro7 rein – Sender, die nur aufgrund von Werbeeinnahmen existieren und durch Werbeblöcke Bedürfnisse erzeugen, die die arbeitslose Schreibkraft sonst nicht hätte.

Für den Begriff „Arbeit“ gibt es auf unterschiedlichen Gebieten unterschiedliche Definitionen: im Marxismus, in Volks- oder Betriebswirtschaft, Arbeitsrecht, Physik et cetera. Ich würde mich davon gänzlich lösen wollen und hielte den Begriff „Energie“ im physikalischen Sinne für den geeignetsten. So kriegen wir Objektivität in die Geschichte. Wir wollen ja nicht Kita-Plätze bereitstellen, damit Eltern arbeiten können und es Arbeitsplätze für Erzieher(innen) gibt, sondern weil wir es erzieherisch für die soziale Entwicklung eines Kindes für richtig halten, wenn Kinder für ein paar Stunden am Tag mit Gleichaltrigen interagieren, Gemeinsamkeiten erleben und Konflikte lösen.

Frank Kleinschmidt

Mit Sicherheit sollte man sich darüber freuen, dass beispielsweise ein Bagger 200 Menschen ersetzt, doch Arbeit ist es trotzdem noch. Der Bagger kann seine Energie ja nicht allein freisetzen, das muss immer noch der Mensch übernehmen. Allerdings braucht der Bagger keinen Urlaub, wird wohl niemals arbeitsunfähig geschrieben und beansprucht auch keine Rente, wenn er alt ist. Heimplätze für unsere Alten wollen wir nicht, damit Altenpfleger(innen) einen Job bekommen, sondern weil viele Menschen mit der Pflege älterer Menschen aus den verschiedensten Gründen überfordert sind. Diese Aufgaben werden kaum Bagger oder andere Geräte übernehmen können – höchstens dabei helfen, die Beschäftigten zu entlasten.

In diesem System muss zwar Energie bezahlt werden, bestimmt auch ganz kräftig, aber nicht die Energie, die der Einzelne in seine Arbeit steckt. Hier würden die Unternehmer(innen) am liebsten kaum noch den Lohn für eine erfolgreiche Reproduktion des Einzelnen und somit für die Reproduktion der gesamten Gesellschaft zahlen. Keine Gesellschaft wird ohne Arbeit bestehen können, besser allerdings mit einer gut aufgeteilten, die möglichst viele Personen insgesamt entlastet, sodass diese schonender mit ihrer Gesundheit umgehen können und wesentlich an Zeit für sich selbst und ihre Familien gewinnen. Arbeit und Energie haben wohl in diesem Staat nur eines wirklich gemeinsam: Man muss seine Kraft verkaufen können. Genau das macht die Geschichte schwieriger, als es sein dürfte. Zum Thema Wachstum bin ich insgesamt deiner Meinung. Noch mehr Fetische braucht kein Mensch. Sie glauben nur der Werbung, das ist mit am traurigsten.

Hans-Dieter Wege

Es gibt Tätigkeiten, die getan werden müssen, damit eine Gesellschaft funktioniert, zum Beispiel, dass der Müll pünktlich abgeholt wird. Man könnte sicherlich unter den entsprechenden Bedingungen Menschen dazu bewegen, dies zu tun. Bei entsprechender Entlohnung könnte jemand, solange er körperlich dazu fit genug ist, das in einer Zehn- oder 20-Stunden-Woche für ein oder zwei Jahre machen. Ich würde mir dabei unter den entsprechenden Bedingungen keine Zacken aus der Krone reißen. Dass Menschen jedoch dazu gezwungen sind, ihr Überleben zu sichern, indem sie eine solche Tätigkeit 40 Jahre lang in einer 40-Stunden-Woche tun, halte ich für menschenunwürdig.

Nun haben wir ja – ich brauche es in diesem Kreis nicht sonderlich zu erwähnen – die Schieflage, dass ein Herr Ackermann das 480-Fache einer Reinigungskraft bekommt und niemand plausibel machen kann, dass er auch das 480-Fache leistet. An anderer Stelle haben wir Automobilbauer, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen – aber um was dort zu tun? Mehr Ressourcen und Energie zu verbrauchen, um mehr Autos zu produzieren? Als Produktionsfaktor sollte der Begriff „Arbeit“ unter einem Wachstumsparadigma daher der Geschichte angehören.

Frank Kleinschmidt

Gegen alles Gequake von wegen „Arbeit hat keine Zukunft“!

„Die Thesen des gescheiterten Philosophen Karl Marx“, schreibt Redakteur Peter Schulz vom „Weser Kurier“ an diesem Montag, „werden mittlerweile sogar von strammen Linken-Wählern mit Kopfschütteln quittiert“. Ich weiß jetzt zwar nicht, was genau ein „strammer Linken-Wähler“ ist, aber ich weiß eines genau: Karl Marx hatte verdammt recht! Das geben inzwischen selbst die bürgerlichsten Ökonomen zu. Vielleicht ist Herr Peter Schulz selbst ein bisschen „stramm“ gewesen, als er das schrieb?

Karl Marx hat den Verlauf der Weltwirtschafts- und Finanzkrise genau vorhergesagt und ihre Gesetzmäßigkeiten aufgedeckt. Die Ursache der Krise liegt in der Überakkumulation von Kapital: Da sich die Kapitalisten den Mehrwert vollständig aneignen, steigt ihr Kapital ständig – und es profitbringend wieder zu investieren, wird immer schwieriger. Die Folge ist Spekulation, sind Spekulationsblasen – was wiederum zum Auslöser der Krise wird. Mit internationalem „Krisenmanagement“, massenhafter Staatsverschuldung, künstlichen Märkten et cetera ließ sich die Krise nur zeitweilig dämpfen – um den Preis, dass die Druckwelle noch viel höher stieg.

Auch in Deutschland ist die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen geplant: Im Bergbau sollen bis 2018 die Lichter ausgehen. Bei Thyssen-Krupp sollen 3.800 Stellen gestrichen werden, bei der Commerzbank 6.000. Opel will das Werk in Bochum stilllegen, dort findet am kommenden Samstag ein Solidaritätsfest statt. Auch bei Hochtief, Eon und RWE sollen Tausende entlassen werden. Immer wieder stehen sich zwei Richtungen gegenüber: der Kampf um jeden Arbeitsplatz – oder das Aufgeben des Standorts und der Arbeitsplätze für das vage Versprechen, „Ersatzarbeitsplätze“ zu schaffen. Mit diesem windigen Angebot gehen die IG-Metall-Führer in die Verhandlungen – nicht aber die Kollegen und nicht der Betriebsrat!

In eine neue Phase getreten ist inzwischen der Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie wurde kürzlich von hundert Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Politikern in einem Offenen Brief gefordert, weil ein „Überangebot an den Arbeitsmärkten“ zu schrumpfenden Gehältern führe. Das hat auch große Bedeutung für alle Arbeitslosen: Es geht darum, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen. Gegen alles Gequake von wegen „Arbeit hat keine Zukunft“ bin ich der Meinung: Jeder hat das Recht auf Arbeit! Und zwar auf Arbeit, von der er auch leben kann. Auch das ist für mich ein Grund, gegen die Hartz-Gesetze zu kämpfen!

Durch eine 30-Stunden-Woche können Arbeitsplätze für Millionen geschaffen werden. Wer dennoch arbeitslos wird, muss für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld erhalten – und wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht arbeiten kann, muss eine Sozialunterstützung bekommen, die eine Teilhabe am ganzen Leben beinhaltet, einschließlich des ganzen kulturellen Lebens! Die Kämpfe, die jetzt bei Opel oder auch im Bergbau geführt werden, haben große Bedeutung auch für alle Arbeitslosen und Hartz-IV-Geschädigten: Für uns alle ist es von größter Bedeutung, ob die kämpfenden Kollegen siegen oder die Monopole. Nur gemeinsam kriegen wir dieses System weg, in dem nur der Profit zählt, die Menschen und die Natur aber nichts.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Sozialunterstützung“ ist das Wort aus dem Parteiprogramm der MLPD vom Dezember 1999, das ihr nun als Oberbegriff für Hartz IV und Sozialhilfe dient. Wer nie Anspruch auf ALG I erlangt hat, kommt nicht in den Genuss der von der MLPD geforderten „immerwährenden“ ALG-I-Fortzahlung. Die Hartz-IV-Betroffenen, die solche Formeln beklatschen, werden an der Nase herumgeführt. Die Zwei-Klassen-Spaltung der Arbeitslosen, die ich beklagt habe, wird von der MLPD nicht infrage gestellt: „ALG I statt Hartz IV“ soll es nicht geben. Die MLPD fordert lediglich eine Regelsatzerhöhung, meidet aber sogar diesen Begriff und redet vom notwendigen Ende der Sanktionierungen überhaupt nicht.

Formal widerspricht mir Wolfgang, inhaltlich bestätigt er mich: Hartz IV muss bleiben! Man dreht sich im Kreis. Die 30-Stunden-Woche mag leichter als ein Wechsel des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems herbeizuführen und zeitlich dennoch in einem fernen Jahrzehnt verortet sein. Auch dieses Konzept verheißt jenen Menschen keinen Trost, denen man heute vergiftetes Pferdefleisch „auftafeln“ will. Mit der Forderung nach einem Grundeinkommen wird endlich die existenzielle Notlage dieser Menschen als eigenständiges skandalöses Gegenwartsproblem anerkannt und nicht mehr als bloße Nebensächlichkeit abgehandelt, die sich irgendwann von selbst erledigt.

Gerolf D. Brettschneider

Um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen: Es ging mir nicht um das Ende der „Arbeit“, wie immer sie definiert sein mag. Es ging mir auch nicht um das bedingungslose Grundeinkommen, das ja auch nicht zwangsläufig ein Ende der „Arbeit“ wäre, was auch immer darunter verstanden wird. Es ging mir darum, den Begriff „Arbeit“ als Produktionsfaktor durch „Energie“ abzulösen und sich dabei vom Wachstumsparadigma zu verabschieden. Eine Erzieherin leistet ja keine „Arbeit“ in diesem volkswirtschaftlichen Sinne. Ebenso produziert kein Arzt Gesunde oder Lehrer Abiturienten.

Es ist doch einleuchtend, dass wir in einem Wirtschaftswachstum, das uns als positiv dargestellt wird, nicht grenzenlos immer mehr Autos, Handys und Jeans-Hosen produzieren können. Das ist aber genau, was passiert: Wir produzieren heute mehr Autos als jemals zuvor. Die damit zusammenhängenden Probleme wird eine 30-Stunden-Woche nicht lösen können. Deswegen bin ich jedoch kein Gegner der 30-Stunden-Woche. Schließlich bedeutet weniger Arbeitszeit die Aufteilung von weniger vorhandener Erwerbsarbeit, denn um die geht es ja hier, auf viele. Dies allein bedeutet schon das Zugeständnis, dass weniger Erwerbsarbeit vorhanden ist.

Eine marktkonforme Verknappung durch Verkürzung soll dabei die Nachfrage verringern – Adam Smith in Reinstform –, wobei der Effekt des vollen Lohnausgleichs durch Verteuerung innerhalb kurzer Zeit aufgehoben sein dürfte, wegen der Lohn-Preis-Spirale, wie gehabt. Aber all dies meinte ich nicht. Ich wollte einfach nur das wachstumsbedingte Verpulvern von Rohstoffen und Energie beenden. Einer Mitarbeiterin im Callcenter sei es vergönnt, wenn sie diesen Blödsinn nicht mehr 40, sondern nur noch 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich abzuziehen braucht. Die „Arbeit“ scheint wirklich eine „Heilige Kuh“ zu sein, der wir eine Menge Opfer bringen. Ich scheue es aber auch nicht, hier und da mal ein bisschen Blasphemie zu betreiben.

Frank Kleinschmidt

Meine Meinung zu der Sache: Hartz IV werden wir – wenn überhaupt – nur wegbekommen, wenn die Gewerkschaften im Rahmen der Wirtschaftskämpfe der Tarifbewegungen „Weg mit Hartz IV“ als politische Forderung, die sich gegen die Regierung richtet, aufs Schild heben. Arbeitslose selbst haben keine wirtschaftliche Macht. Daher können Arbeitslose alleine alle möglichen Forderungen aufstellen; sie können sie ohne die Gewerkschaften, also ohne den Schulterschluss mit den Belegschaften nicht durchsetzen. Durchsetzungskraft haben nur die von Hartz IV betroffenen Aufstocker zusammen mit den Stammbelegschaften. Arbeitslose können die Streiks aber unterstützen.

Ob die Losung „Weg mit Hartz IV“ Eingang in die Streiks der Gewerkschaften findet und welche Alternative die Belegschaften dann als Forderung aufstellen, ist eine Sache gewerkschaftlicher Basisarbeit kämpferischer Gewerkschafter, vor allem in den Vertrauenskörpern der Großbetriebe. Arbeitslose haben leider nur indirekt Aktien darin. Gerade wenn ich mir die letzten Meldungen über ALG-I-Empfänger anschaue, die aufstocken müssen, dann denke ich, die Forderung nach einem existenzsichernden Arbeitslosengeld von (derzeit) 1.000 Euro, das für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit als Versicherungsleistung ausgezahlt wird, ergibt auch für die Belegschaften Sinn.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist – in welcher Version auch immer – eine Schimäre von Leuten, die vor den Kapitalisten und der Eigentumsfrage kapituliert haben und sich ein schönes Leben mit leistungslosem Einkommen sichern

wollen – nur die Rente ist halt niedriger als die der Großverdiener. Das Schlimme am BGE ist aber: Wir werden alle zu passiven Versorgungsempfängern (Staatsrentnern). Macht und Einfluss der Staatsbürokratie werden steigen (wenn die Bürokratie nicht sogar die Verteilung der Lebensmittelproduktion übernehmen muss; ein entsprechendes Szenario hat Wal Buchenberg mal entworfen), und die kollektive Kampfposition der Gewerkschaften geht vollends den Bach hinunter.

Der Streik beim DGB-Rechtsschutz ist eine harte Nummer. Wie kommt ein gewerkschaftseigenes Unternehmen auf die Idee, der eigenen Belegschaft nur 0,9 Prozent Lohnerhöhung anzubieten? Da muss man sich schon fragen, ob der Herr Sommer seinen Laden wirklich optimal führt.

Montagsdemonstrant aus Nürnberg

Du gehörst also auch zu den 80 Prozent der Leute, die glauben, es würde niemand mehr „arbeiten“ gehen außer ihnen selbst? Wieso ist der DGB „Herrn Sommers Laden?“ Das wusste ich noch gar nicht. Wann besinnen sich die Gewerkschaften wieder auf ihre Bestimmung? Bei einigen gewinnt man den Eindruck, dass es auch dort nur um die eigenen Pfründen geht.

Brigitte Schilling

Ob bedingungsloses Grundeinkommen oder ALG I für alle – all dies wird nichts daran ändern, dass die Erwerbslosen die Reservearmee des Kapitals bleiben werden. Es ändert sich doch an den Ausbeutungsmechanismen selbst überhaupt nichts. Ein Kommunist, der sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen als Generallösung des Problems zufrieden gibt, muss sich die Kritik gefallen lassen, ein Sozialdemokrat zu sein.

El Mocho

Im Falle des Grundeinkommens werden die einen auf die anderen gehetzt, indem gesagt wird, dass das Grundeinkommen den Staat pleite macht. Das Kapital wird das nicht zulassen, bei der Kraft, die das Grundeinkommen kosten würde – da kann das Kapital doch gleich in die Nordsee geschoben werden! Ich glaube, Marx wäre dagegen gewesen. Die Menschen verzichten nie auf das, was sie gewonnen haben – aber das bedeutet nicht, dass sie nie auf die Gesellschaftsform verzichten, in der sie bestimmte Produktivkräfte erworben haben. Im Gegenteil: Um das erzielte Resultat nicht zu verlieren und die Früchte der Zivilisation nicht zu verlieren, sind die Menschen gezwungen, ihre überkommene Gesellschaftsform zu ändern, sobald die Art und Weise ihrer Wirtschaftsweise den erworbenen Produktivkräften nicht mehr entspricht (Karl Marx, Werke, 4, 549).

Wenn es ein Grundeinkommen gibt, bist du noch immer als Bittsteller aus der Gesellschaft ausgeschlossen und kannst keinen Stolz entwickeln, zu ihrem Fort-

schritt beigetragen zu haben. Es ist schwierig, Menschen für eine andere Gesellschaft zu gewinnen, wenn es sich nicht um die Produktionssphäre handelt. So würden einfach bloß mehr Menschen verlumpen. Es kommen immer nur moralische Appelle aus dem Bereich der Prekarität, das meist von Kleinbürgern angeführt wird, die nichts ändern wollen, sondern es gemein finden, dass Bio-Eier nicht „bio“ sind, weil im Stall 50 Tiere mehr gehalten wurden. Was für ein Kampf!

„In der fortgeschrittenen Gesellschaft und durch den Zwang seiner Lage wird der Kleinbürger einerseits Sozialist, andererseits Ökonom, das heißt er ist geblendet von der Herrlichkeit der großen Bourgeoisie und hat Mitgefühl für die Leiden des Volkes. Er ist Bourgeois und Volk zugleich. Im Innersten seines Gewissens schmeichelt er sich, unparteiisch zu sein, das rechte Gleichgewicht gefunden zu haben... Ein solcher Kleinbürger vergöttlicht den Widerspruch, weil der Widerspruch der Kern seines Wesens ist. Er selbst ist bloß der soziale Widerspruch in Aktion.“ (Karl Marx an Annenkov, Werke, 4, 557)

Engels hat in „Zur Wohnungsfrage“ entwickelt, wer Proletarier ist. Es wird (zu Recht) gesagt, der heutige „Proletarier“ habe etwas zu verlieren, denn er hat Haus oder Auto. Das ist in einer Warengesellschaft so: Wer Waren hat, ist nicht eigentumslos. Marxisten sollte die Herkunft des Mehrwerts nicht unbekannt sein. Die Sozialdemokraten hatten einmal ein Programm, das Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ verarbeitet hat. Dort geht es auch darum, was mit dem Mehrwert zu passieren hat, um weiterexistieren zu können. Unabhängig von der Spaltung der Lohnabhängigen kann und wird das Kapital ein Grundeinkommen nicht zulassen, vor allem, wenn es darum geht, dass es auch die Reproduktion sichert und nicht auf Hartz-IV-Niveau herabsinkt oder dort angesiedelt wird. Es wird eine erhebliche Kraftanstrengung kosten und die Menschen nicht politisch organisieren.

Selbst wenn es durchgesetzt werden sollte, bleibt, was Marx hier sagt: „In einem grundsätzlichen Sinn sind alle Lohnarbeiter arm, ganz gleich, welches aktuelle Lohneinkommen sie gerade beziehen, weil ihr Lebensunterhalt von einem fremden Willen und fremden Interessen abhängt. Ihr Einkommen hängt davon ab, dass ein Kapitalist ihre Arbeitskraft kauft und ihnen so den Lebensunterhalt zahlt. Es ist jedoch falsch, alle Lohnarbeiter für arm im gewöhnlichen Wortsinn (arm gleich mittellos) zu halten. Die Lohnarbeiter besitzen vielleicht ein paar Konsumtionsmittel. Ihre Existenz können sie damit auf Dauer nicht bestreiten.“ – Was ändert ein Grundeinkommen daran?

Bei den Forderungen, die die MLPD aufstellt oder unterstützt, tut sie alles, um das System zu stabilisieren. Das ist erst einmal nicht so schlimm, denn für Marxisten ist es nur nötig, vor allem zu sagen, dass die Forderungen zwar Linderung verschaffen, die Systematik (das Privateigentum an Produktionsmitteln) aber nicht angetastet wird. Selbst bei Durchsetzung aller Forderungen wird der bürgerliche Staat als ausführendes Organ des Kapitals immer wieder die „Errungenschaften“ zerschlagen. Was wir früher an sozialer Sicherheit gekannt haben, war fast wie ein Schlaraffenland gegen die heutigen Zustände: Ob zweiter Bildungs-

weg, Schlechtwettergeld, Zuschläge bei Überstunden oder Kündigungsschutz, alles ist weg.

Die politischen Paragrafen werden heute genutzt, um Streiks und andere Versammlungen zu zerschlagen. Wichtig ist immer, dass die Lohnabhängigen sich als Klasse organisieren. Erst dann kann sich wirklich etwas ändern. Wo du heute stehst, bist du, weil die Menschen den Sozialdemokraten geglaubt haben und wählen gegangen sind, statt ihrer eigenen Kraft zu vertrauen. Wie die kapitalistische Gesellschaft auf Konkurrenz beruht, so unterliegt auch der Arbeitskraftverkäufer mit seiner Ware Arbeitskraft der Konkurrenz. Da ist Solidarität schwierig. Es ist notwendiger denn je, um die Fragen der Zeit zu streiten, damit wir der sozialen Emanzipation bei uns Lohnabhängigen näher kommen.

Peter aus Oldenburg

In meinen Augen sollte ein Grundeinkommen auch in einer sozialistischen Gesellschaft gezahlt werden, denn es wäre nicht von einem bestimmten Gesellschaftssystem abhängig. Es kommt doch ganz darauf an, wie man es ausgestalten will. Dass ein Grundeinkommen allein niemals für ein neues und besseres Gesellschaftssystem ausreichend sein kann, dürfte unbestritten richtig sein. Aber ein gleiches Grundeinkommen wäre eine solidarische Forderung für alle Menschen.

Wieso sollte es zum Beispiel für eine alleinerziehende Mutter schlecht sein, wenn sie für sich und ihre zwei Kinder 3.000 Euro im Monat als Grundeinkommen erhielte, ohne jede Bedürftigkeitsprüfung? Wieso sollte es für Familien schlecht sein, von denen der alleinverdienende Elternteil oder die beiden schlecht verdienenden Teile von Erwerbslosigkeit bedroht sind? Im Gegenteil, ein solidarisches Grundeinkommen würde von Anfang an die Lebenslage der Menschen verbessern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Kommunisten dies nicht wollen. Nein, es dürften die Besitzstandswahrer und Lebenshaltungssicherer innerhalb dieses Systems sein, die es mit allen Mitteln verweigern wollen!

Dass die Theorien von Marx richtig sind, dürfte unbestritten sein. Es sind oftmals gerade die Ökonomen, die sich mit seinem Hauptwerk, dem „Kapital“, beschäftigen. Marx hätte bestimmt nicht behauptet, Lehrer(innen), Erzieher(innen) oder Ärzt(inn)e(n) würden „nicht arbeiten“! Selbstverständlich arbeiten sie, indem sie eine Dienstleistung erbringen – aber diese können sie nur aus der Produktion heraus erbringen. Es sind die Lohnarbeiter, die alle Kosten hierfür erarbeiten, sei es über die Sozialversicherung oder die Steuern. Ohne das Gebäude für eine Kindertagesstätte, ohne Bestuhlung, Tafeln und technische Geräte könnten die obigen Berufsgruppen ihre Dienstleistungen nicht erbringen. Deshalb ist für mich unvorstellbar, dass Karl Marx gegen ein solidarisches Grundeinkommen wäre, wenn er heute noch lebte.

Hans-Dieter Wege

Das für mich wesentliche ökonomische Merkmal des Kommunismus nach Vollbringung der sozialistischen Revolution ist die Vergesellschaftlichung von Produktionsmitteln. Wenn die Fabrik vorher dem Unternehmer Maier gehörte und 20 Beschäftigte hatte, sind durch die Vergesellschaftung dieser Fabrik aber nicht zwangsläufig mehr Beschäftigte im Betrieb: Das es sich bei dem vergesellschaftlichten Betrieb um ein Produktionsmittel (Schulen, Kitas, Krankenhäuser sind keine) handelt, das heißt um Landwirtschaft oder Industrie, und in diesen Wirtschaftssektoren generell sinnvollerweise laufend Rationalisierung stattfindet, bietet die sozialistische Revolution keine Gewähr für mehr Arbeitsplätze. Stellen in Schulen, Kitas, Krankenhäusern et cetera würden – sofern in einer solchen Gesellschaft überhaupt noch von Erwerbsarbeit die Rede wäre – zur Vermeidung von Verschwendung sicherlich auch nach ökonomischen Kriterien bewertet, wären aber eher gesellschaftlicher Natur. Natürlich gäbe es für alle etwas zu tun.

Mancher Gewerkschaftsfunktionär scheint sein Pöstchen behalten zu wollen, indem er die letzten Edelfacharbeiter, die in den immer leerer werdenden Werkshallen noch Automatisierungsprozesse überwachen dürfen, für die vertretungswürdigste Klientel hält: Alle Arbeitslosen schauen gebannt auf den heroischen Schicksalskampf der Automobilbauer um ihre Arbeitsplätze! Tun sie nicht: Sie schauen heute gebannt auf den Kontoauszug, ob das Jobcenter überwiesen hat, anschließend auf den heroischen Schicksalskampf im RTL-„Dschungelcamp“, morgen auf den Sanktionsbescheid, und dann schlagen sich im heroischen Schicksalskampf drei Monate lang bei der „Tafel“ durch. Revolutionär ist das nicht.

Die Existenzsicherung betrifft volkswirtschaftlich die ausreichende Produktion von sinnvollen Gütern, marxistisch von Waren, betriebswirtschaftlich von Produkten. Die Währung ist das Tauschmittel, über das ich an den Verteilungsknotenpunkten von Waren – bei Karstadt oder Aldi – an diese herankomme. Durch ausreichende Zuteilung des Tauschmittels kann ich kriegen, was ich zum Leben und kulturell brauche. Auch hier würde eine verantwortungsvolle Zuteilung des Tauschmittels und eine an energie- und rohstofforientierte Produktion gebundene Währungsmenge Verschwendung vermeiden.

Realpolitisch wäre ich aber schon froh, wenn wir den Sanktionsparagraphen wegkriegen würden und eine höhere Regelleistung durchsetzen könnten. Für ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Grundrente von 1.100 Euro wäre das ein realistischer Anfang, auch einhergehend mit Einführung der 30-Stunden-Woche, mit Rekommunalisierung von Energie, Transport, und Wohnungsbau. So könnte es Schritt für Schritt weitergehen. Würde das aber ein Kollabieren des Systems aufhalten oder hinausgezögern?

Meine Aussage zur Definition der Arbeit bezieht sich auf die ersten beiden Wirtschaftssektoren, die Nahrungsmittelproduktion und die industrielle Fertigung. Diese Produktionsmittel sollen im Kommunismus vergesellschaftlicht werden. Nur in diesem Sinne arbeiten Lehrer, Ärzte oder Erzieher nicht. Der dritte Wirtschaftssektor, die Dienstleistungen, bleibt bei Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, also des ersten und zweiten Wirtschaftssektors, außen vor. Laut dieser öko-

nomischen Definition arbeitet ein Violinenbauer – jemand, der Violine spielt, jedoch nicht, obwohl es eine enorme geistige und fingerfertige Arbeit erfordert, sich im Geigenspielen zu üben und zu vervollkommnen. Eine solche Arbeit ist im weitläufigen Sinne auch ökonomisch nicht quantifizierbar.

Frank Kleinschmidt

Ja, stimmt, es ist sehr interessant, und wenn ich sieben Leben hätte, würde ich an einem Theaterstück zu solchen Diskussionen arbeiten. Mit nur einem Leben, das nicht mehr sehr lange ist, beschränke ich mich jetzt auf ein Buch mit dem Thema „Die Tragödie der Arbeit“ – auch gut, oder? Herzlich.

Frigga Haug

Die Lust am solidarischen Streiten wecken und Neues bewegen!

Der 8. März, der Internationale Frauentag, steht traditionell immer in Zusammenhang mit der Forderung nach Freiheit, selbstbestimmtem Leben, Gleichwertigkeit, sozialen Rechten, Gerechtigkeit, Demokratie und internationaler Zusammenarbeit der Frauen. 2011 kamen in Venezuela Frauen aus der ganzen Welt zusammen, um einen wunderbaren Prozess voranzutreiben – die weltweite Vernetzung und Zusammenarbeit der kämpferischen Frauenbewegung. Überall auf der Welt ist es am härtesten, als Frau oder Mädchen zu leben. Wir haben in der Gesellschaft den Hauptanteil zu erledigen: für den Haushalt, die Kindererziehung und die Pflege. Zugleich sind wir am meisten, spätestens bei der Rente, von Armut bedroht. Ohne all das könnte diese Gesellschaft, dieses kapitalistische System, das auf der Ausbeutung und Unterdrückung so vieler Menschen beruht, gar nicht funktionieren.

Frauen wehren sich weltweit, so in den Massenprotesten gegen die Vergewaltigungen in Indien. Auch Angriffe und Morde – wie die drei Morde in Paris an den kurdischen Frauenaktivistinnen Sakine, Fidan und Leyla – können uns nicht abschrecken, an unserem Ziel festzuhalten: ein freies selbstbestimmtes Leben in einer Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg! Wir kämpfen für unsere Vision von einem gleichberechtigten Miteinander zu Hause und im Beruf und von einem respektvollen Umgang mit unserer bedrohten Erde und unseren tierischen Verwandten. Wir tun das nicht allein, sondern bündeln unsere Kräfte und unseren Mut.

Die Frauenbewegung kann zurückblicken auf ein reiches Erbe, auf Siege und Niederlagen, Konflikte und Konsens, Irrtümer und Klarsicht, Solidarität und Iso-

lation sowie auf gemeinsame Wurzeln. Hier treffen sich Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln aus verschiedenen Ländern. Schreibt eure Forderungen auf Schilder, Pappen, Transparente! Überlegt, was ihr sagen wollt, und kommt mit euren Freundinnen zur **Demonstration** zum Internationalen **Frauentag** am **Freitag**, dem **8. März 2013**, ab **16 Uhr** am Roland auf dem **Marktplatz**: Wir haben viele Gesichter und ein gemeinsames Ziel!

Die „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ lädt außerdem ein zum „**Frauenpolitischen Brunch**“ am **Samstag**, dem **9. März 2013**, von **11** bis **15 Uhr** im „Kulturzentrum **Lagerhaus**“, Schildstraße 12-19, dritter Stock. Der Spendenbeitrag für die Leckereien beträgt drei Euro. Eingeladen ist natürlich jede Frau – und Männer auch! Wir möchten uns gemeinsam über verschiedene Aspekte der internationalen Frauenbewegung austauschen, Bilanz ziehen und die Weltfrauenkonferenz 2016 vorbereiten. Wir laden euch – Organisationen und Einzelpersonen – herzlich ein, die Lust am solidarischen Streiten zu wecken und Neues zu bewegen. Wir pflanzen die Sonne in den dunklen Wald und lassen ein prächtiges Farbenspiel erblühen!

„Stadtfrauenkonferenz Bremen“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

414. Bremer Montagsdemo
am 04. 03. 2013

Wer weniger als 1.600 Euro brutto verdient hat, muss sein ALG I auf Hartz IV aufstocken lassen

1. Letzte Woche versammelten sich rund 200 Menschen in Reinickendorf, um die **Zwangsräumung** der schwerbehinderten, 67-jährigen Rosemarie F. zu verhindern. Das Gericht hatte in allerletzter Sekunde die Räumung untersagt, um Räumungsschutzanträge zu prüfen. Die Miete für Rosemarie F. sei zwar regelmäßig von der Sozialbehörde bezahlt worden, doch hätten Adressänderungen Mietschulden verursacht, die letztlich zum Räumungstitel führten. Trotz der Zusicherung, dass das Amt regelmäßig die Miete zahlt und auch alle Mietschulden übernimmt, hätten sich die neuen Vermieter nicht nur stur gestellt, sondern Rosemarie F. sogar zynisch dazu aufgefordert, in den „Dschungel“ zu ziehen.

Widersprechen moralische Bedenken, eine 67-jährige Schwerbehinderte zu räumen, sogar dem neoliberalen Zeitgeist, dem Eigentum das höchste schützenswerte Gut zu sein scheint? Es ist natürlich immer leichter, die Mieterin für die Situation verantwortlich zu machen, um sie dann am liebsten in die Obdachlosigkeit zu schicken. Mir gefällt es gut, wenn nun der öffentliche Druck dazu führt, dass Räumungen nicht mehr still und leise stattfinden. Die Verdrängung einkommensschwacher Mieter scheint erklärtes Ziel dieser Politik zu sein, die sich auch sonst nur einen Dreck um die zunehmende Wohnungsnot in Deutschland kümmert!

2. Laut einer internen Auswertung der Techniker Krankenkasse sind Leiharbeiter häufiger krankgeschrieben als Arbeitnehmer in regulärer Beschäftigung. Während andere Sozialversicherungspflichtige durchschnittlich 13,3 Tage krank seien, brächten es Leiharbeiter auf etwa 17,8 Wochentage. Bei näherer Betrachtung

der Daten fällt auf, dass **Zeitarbeitnehmer** insbesondere an Kreuz- oder Rückenschmerzen oder Erkrankungen des Muskel-Skelett-Bereichs leiden. Dass Zeitarbeit so viel anstrengender ist, liegt wohl vor allem daran, dass die „Arbeitsplatzunsicherheit, die Einkommenssituation sowie die Diskrepanz zwischen der Tätigkeit in der Leiharbeit und der eigentlichen Qualifikation belasten“ und dass viele Leiharbeiter in ihrem Job körperlich anstrengende Arbeiten verrichten müssten, mehr als die Festangestellten.

3. Aus Daten der Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass 2011 über 1,2 Millionen abhängig Beschäftigte in Deutschland trotz Arbeit aufstockende Hartz-IV-Leistungen bezogen. Obwohl 46 Prozent davon voll- oder teilzeitbeschäftigt waren, erreichten sie dennoch kein Gehalt, das den Lebensunterhalt abdecken konnte. Diese Subventionierung von Niedriglöhnen kostet den Staat, beziehungsweise die Steuerzahler insgesamt 8,7 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr sei die Summe der ALG-II-Zahlungen an Arbeitnehmer um 500 Millionen Euro zurückgegangen, doch habe die Jahressumme im Vergleich mit 2008 und 2007 merklich zugelegt.

In der Reinigungsbranche, der Zeitarbeit und dem Gastgewerbe beziehen überdurchschnittlich viele Arbeitnehmer Hartz-IV-Leistungen. 14 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Reinigungsbetrieben, in der Zeitarbeit rund zehn Prozent und im Gastgewerbe rund neun Prozent stockten im März 2012 ihren Lohn mit ALG II auf. Bei den geringfügig Beschäftigten liegt der Anteil der „**Aufstocker**“ jeweils deutlich höher und ist zudem in den Branchen Verkehr, Lagerei und Bau deutlich überhöht. In den neuen Bundesländern erhielten bereits rund fünf Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Leistungen aus der sogenannten Grundsicherung (die leider auch nicht zum Leben ausreicht), während es in den alten Bundesländern „nur“ rund zwei Prozent sind.

Bei den geringfügig Beschäftigten wird das Ost-West-Gefälle noch deutlicher. 31 Prozent der geringfügig Beschäftigten erhielten Hartz-IV-Leistungen, ihr Anteil ist damit fast dreimal so hoch wie im Westen mit elf Prozent. Mit der umfangreichen Subventionierung von Niedriglohnbranchen in Deutschland auf Kosten des Steuerzahlers entwickelte sich Hartz IV somit zu einem großen Kombilohnprogramm, das mich ganz fatal an das „Modell Wisconsin“ erinnert, das ja bekanntermaßen ein Auslaufmodell ist, seit es damit keinesfalls gelungen ist, die Sozialausgaben insgesamt deutlich zu senken.

Jedenfalls können derart subventionierte Arbeitgeber einen Teil der eigentlich bei ihnen anfallenden Lohnkosten auf die steuerzahlenden Bürger abwälzen, sodass in meinen Augen Staat und Unternehmer eine unglückselige Allianz bilden, die nicht im Sinne ihrer Bürger sein kann! Die Unternehmen, die staatlich subventioniert werden, bekommen beim härter werdenden Preiswettbewerb einen Vorteil gegenüber den sich anständig verhaltenden Unternehmern, die dann aber im zunehmenden Lohdumping nicht mehr „wettbewerbsfähig“ sind. Wieder bestätigt

sich, dass Hartz IV staatlich geförderte Armut ist, die den „Tatbestand des Lohndumpings beschleunigt und den Niedriglohnsektor zementiert“.

4. Letzte Woche erschien in der „Tageszeitung Nord“ ein Interview mit Herbert Thomsen, Mitbegründer des „Bremer Erwerbslosenverbandes“ und früherer Beschäftigter der AG Weser, der ähnlich wie einzelne Teilnehmer der Montagsdemo eine Begleitung zum Jobcenter anbietet. Thomsen beschreibt das Jobcenter als eine Repressionsbehörde, die mit Androhung von **Sanktionen** hohen Druck ausübe, in Leiharbeit und niedrig bezahlte Jobs einzusteigen, was viele Betroffene nicht mehr aushielten. Jeder habe aber das Recht, einen Beistand mitzunehmen und werde mit diesem Zeugen „beinahe automatisch“ netter behandelt, überflüssige Schikanen nähmen ab. Leider stehen die Sachbearbeiter ja unter der Vorgabe, ihre „Fallzahlen“ zu senken, obwohl es nicht mehr Jobs gibt – eine Situation, die nicht immer mit ganz legalen Mitteln gehandhabt wird.

Es stimme nicht, dass für Umzüge die Zustimmung des Jobcenters benötigt werde (doch wer ohne Zustimmung umzieht, bekommt nicht unbedingt Unterstützung bei den damit einhergehenden Kosten oder eine höhere Miete finanziert). 400-Euro-Jobber müssten ihren Job nicht hinschmeißen, um sich als Leiharbeiter benutzen zu lassen, und Heiz- und Betriebskosten-Nachzahlungen müssen – trotz oft gegenteiliger Auskunft – fast immer ganz übernommen werden. In Bremen seien etwa 46 Sachbearbeiter für eine „Joboffensive“ eingestellt worden, um Hartz-IV-Bezieher mindestens 14-tägig zum Gespräch ein- (beziehungsweise weniger euphemistisch: vor-)zuladen. Es ist also eher eine Druck- denn eine Job-Offensive, weil die Jobs kaum mehr, sondern höchstens schlechter bezahlt werden. Nicht umsonst nennen viele Hartz-IV-Bezieher die Arbeitsbehörde auch gern Mob-, Flop- oder No-Job-Center.

5. Sogar etwa jeder zehnte Bezieher vom **Arbeitslosengeld I** muss wegen seines vormals geringen Lohns zusätzlich mit Hartz IV aufstocken. Obwohl der Niedriglohnbereich beständig und gezielt ausgebaut wird, sei angeblich unklar, ob es sich hierbei um einen langfristigen Trend handele oder nicht. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag der komplette Hartz-IV-Bedarf einschließlich Miete und Heizung für einen Alleinstehenden ohne Kind im August des Vorjahres bei durchschnittlich 668 Euro.

Um auf einen Arbeitslosengeldanspruch in gleicher „Höhe“ zu kommen, musste ein Alleinstehender nach Berechnungen der „Linken“ einen monatlichen Bruttoverdienst von etwa 1.600 Euro gehabt haben. Es kann doch wohl nicht ernst gemeint sein, dass sich knapp acht Jahre nach Einführung der Hartz-Gesetze darüber gewundert wird, dass ein Niedriglohnsektor außer niedrigem Einkommen auf Dauer auch einen geringen Anspruch auf ALG I erzeugt, das durch ALG II aufgestockt werden muss!

6. Obwohl die neue Oppositionsmehrheit in der Länderkammer nur für einen derart geringen flächendeckenden **Mindestlohn** in Höhe von 8,50 Euro votierte, will die schwarz-gelbe Koalition den Gesetzentwurf im Bundestag stoppen, da er angeblich Arbeitsplätze gefährde. Schwarz-Gelb ist dagegen „offen“ für nach Branchen und Regionen differenzierte Lohnuntergrenzen, die schön einzeln und unterschiedlich erstritten werden müssten.

Wenn selbst nach Ansicht des Vizechefs der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, ein Mindestlohn von 8,50 Euro nicht die Zahl der Menschen verringern würde, die zusätzlich zu ihrem Einkommen noch staatliche Leistungen benötigen, dann wird hier in meinen Augen ein unglaubliches Affentheater veranstaltet und absichtlich dran vorbeigeschaut, dass es unter einem Lohn von 16 Euro brutto keinen armuts-, auch keinen *alters*armutsfesten Mindestlohn geben kann. Alles andere ist bloße Augenwischerei!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wenn Antideutsche und Antilinke die Aussicht schildern

Ich habe Kritikpunkte an den Darlegungen von Professor Doktor Kurt Pätzold aus Berlin in Bezug auf die Veranstaltung der „Marxistischen Abendschule“ zum Thema „Antisemitismus und Endlösung – die Frage nach dem Warum“. Diese Veranstaltung fand am 19. Februar 2013 in der Villa Ichon statt. Was er inhaltlich zum Zionismus erklärte, war meines Erachtens falsch. Der Referent äußerte Verständnis dafür, dass die Zionisten mit den Faschisten zusammengearbeitet hatten. Ihre Politik sei angeblich richtig gewesen. Ich frage mich, ob er Angst vor einer Auseinandersetzung mit der anwesenden Vertreterin der Jüdischen Gemeinde über Antisemitismus als Herrschaftsinstrument der israelischen Regierung hatte. Er behauptete, dass es keine Definition für Antisemitismus gebe und man diesen nicht erklären könne. Hatte er Angst davor, den Begriff „Antisemitismus“ zu erläutern, weil er antideutsche und antilinke Reaktionen befürchtete?

Robert Lynd stellt fest: „Es ist leichter, eine schon hundert Mal gehörte Lüge zu glauben als eine zum ersten Mal gehörte Wahrheit“. Von Volker Erhard stammt der Satz: „Man kann nicht alle Berge selbst besteigen, man muss aber wissen, von wem man sich die Aussicht schildern lässt.“ Hat der Referent den „hundert

Mal gehörten Lügen“ eher geglaubt als der „zum ersten Mal gehörten Wahrheit“? Hat er nicht darauf geachtet, von wem er sich „die Aussicht schildern“ lässt? Hat er sich die Aussicht von Antideutschen und Antilinken schildern lassen?

Lenni Brenner lässt in seinen Buch „Zionismus und Faschismus - Über die unheimliche Zusammenarbeit von Faschisten und Zionisten“ (Verlag Zeitgeschichte, Band 21, Kai-Homilius-Verlag 2007) einige Fragen offen. Er stellt aber fest, dass die Zionisten nicht gegen Antisemitismus waren. Sie hätten schon vor der Gründung des Staates Israel eine Ideologie des Rassismus und Kolonialismus besessen. – Ein Teilnehmer der Veranstaltung erklärte, dass der Gründer des Zionismus, Herzel, einst mit Kaiser Wilhelm ein Gespräch geführt habe, worin dieser behauptete, dass es um die Integration der Juden nicht so gut gestanden habe. Die Zionisten hatten mit verschiedenen imperialistischen Weltmächten wie England verhandelt, um ihr koloniales Projekt eines Staates Israel durchzusetzen.

Aus besagtem Buch von Lenni Brenner ist in Kapitel 9 Folgendes zu erfahren: „Die Gründung des Jüdischen Weltkongresses fand schließlich im August 1936 in Genf statt. In der Hoffnung, in letzter Minute doch noch aufgenommen zu werden, war auch die pro- kommunistische amerikanische Delegation angereist, jedoch vergebens. Die Versammlung verabschiedete eine Boykott-Resolution gegen die Nazis, aber es gab nie ernsthafte Bemühungen, sie umzusetzen. Dies war hauptsächlich ein Konklave professioneller Führer. Und sie waren kaum die Leute, die einen ernsthaften Boykott organisiert oder ernsthaft irgendetwas gegen Hitler unternommen hätten. Je mehr sich die Zionisten für das ferne Palästina engagierten, desto weniger beschäftigten sie sich mit den wirklichen Problemen der jüdischen Massen. Ob eine solche Koalition etwas bewirkt hätte, sei dahingestellt, doch die Weigerung des WJC, die Kommunistische Partei aufzunehmen, hat den jüdischen Kampf gegen Hitler stark geschwächt. Und so wurde die dringend benötigte geeinigte Front ein weiteres tragisches Opfer des Zionismus.“

Die Zionisten hatten also Sympathie für den Faschismus, der ebenso wie sie selbst rassistisch war und ist. Sie waren froh über die Nürnberger Rassengesetze. Sie hatten keinerlei Interesse, eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu erkämpfen. Sie haben nur zum Schein einem Boykott gegen Nazideutschland zugestimmt. Heimlich arbeiteten sie mit den Faschisten zusammen – nicht um das Leben der jüdischen Massen zu retten, sondern wegen einiger weniger Zionist(inn)en.

Weiter ist bei Brenner zu lesen: „Natürlich war die Zionistische Weltorganisation bereit zu versuchen, die Nazis für ihre eigenen Zwecke zu benutzen, doch im Jahre 1933 entschloss sich Cohen, ihm den Vorschlag noch einmal zu unterbreiten. Die Nazis waren bereits in großer Sorge wegen den Auswirkungen, die selbst der spontane und schlecht organisierte Boykott auf ihre Handelsbilanz hatte, und Wolff, der deutsche Konsul in Jerusalem, begriff schnell, wie nützlich der Vorschlag von Cohen sein könnte. So schrieb er an sein Ministerium: ‚Auf diese Weise wäre es eventuell möglich, sich erfolgreich gegen den jüdischen Boykott zu wehren. Es wäre eventuell möglich die Mauer einzureißen.‘

Anfang Mai 1933 unterzeichnete das Reichswirtschaftsministerium der Nazis ein Abkommen mit Cohen über eine Million Reichsmark jüdischen Kapitals, das in Form von Landwirtschaftsmaschinen nach Palästina verschifft werden sollte. Die Depression hatte einen verheerenden Einfluss auf die Spendenaufkommen gehabt, und im März 1933 hatte man verzweifelt nach Amerika telegrafiert, dass, wenn nicht sofort neue finanzielle Mittel kämen, Palästina vor dem finanziellen Kollaps stünde. Völlig überrascht von der feindseligen Opposition versuchten sie daher, sich durch eindeutige Lügen zu rechtfertigen. Doch niemand schenkte diesen dreisten Lügen Glauben."

Die Zionisten arbeiteten mit den Faschisten zusammen. Sie bereicherten sich indirekt an den Vermögen derjenigen Juden und Jüdinnen, die durch bürgerliche Scheinformalitäten zwangsweise ihrer Vermögen enteignet waren. Davon profitierten hauptsächlich die deutsche kapitalistische Klasse und die Zionisten. Die Zionisten logen und verhinderten mit allen Mitteln, dass es gegen Nazideutschland zu einem weltweiten Boykott kam. Sie halfen zu verhindern, dass es zu einer Einheitsfront gegen die Faschisten kam.

Weiteres Buchzitat: „Rabbi Hillel Silver aus Cleveland war in August 1933 einer der ersten, die protestierten. Schon die bloße Vorstellung, dass die Juden in Palästina mit Hilfe über Geschäftsbeziehungen verhandeln, statt Gerechtigkeit für die verfolgten Juden in Deutschland zu fordern, ist unvorstellbar. Man könnte meinen, das Ganze sei eine Art Ausverkauf, und die Juden in Palästina seien bemüht, ein paar günstige Angebote für sich herauszuschlagen." – Die Aussagen treffen ins Schwarze: Die Zionisten taktierten mit den deutschen und italienischen Faschisten und den englischen Kolonialisten, um einen Staat Israel zu erhalten, den sie schon zuvor wollten, aber nur vordergründig, um jüdische Menschen vor der Vernichtung zu schützen!

Zitat Brenner: „Die Nazis waren stets weit weniger daran interessiert, mit den Zionisten ins Geschäft zu kommen als andersherum. Sie hatten erreicht, was sie wollten: Die Zionisten hatten den Boykott gebrochen, und es gab keinerlei Anzeichen für einen Widerstand ihrerseits gegen die Nazis, das war vorerst ausreichend. Überhaupt standen ihr gesamtes Denken und ihre Politik in jeder Hinsicht im Widerspruch zur Meinung der übergroßen Mehrheit der Juden weltweit... Die Nürnberger Gesetze erfüllen auch die zionistischen Forderungen."

Das sagt einiges über die Zionisten aus, welche die Nürnberger Gesetze für gut befanden, und legt ihren Rassismus offen. Sie waren dagegen, dass es „Mischehen" gab, da diese ein „rassistisches" Judentum verhinderten. Die Zionisten waren den Faschisten dankbar für ihren rassistischen Judenhass und ihren Antisemitismus, denn die jüdischen Menschen in Deutschland hatten in ihrer Mehrheit kein Interesse daran, nach Palästina auszuwandern, um ein zionistisches Israel zu gründen. Erst durch den Antisemitismus der Nazis war die Mehrheit der jüdischen Menschen gezwungen, eventuell nach Palästina auszuwandern. Die Zionisten hatten deshalb kein Interesse daran, die Mehrheit der Juden und Jüdinnen in der Welt vor den deutschen Faschismus zu retten!

„Ich glaube, dass Rudolf Kasztner Tausende oder Hunderttausende von seinem Blut geopfert hätte, um sein politisches Ziel zu erreichen. Er interessierte sich nicht für die alten Juden oder für die, die sich in der ungarischen Gesellschaft assimiliert hatten. Aber er versuchte unglaublich hartnäckig, biologisch wertvolles Blut zu retten – das heißt, menschliches Material, das zur harter Arbeit und zur Fortpflanzung geeignet war. So sagte er: ‚Sie können die anderen haben, aber geben sie mir diese Gruppe.' Und da Kasztner uns einen großen Dienst erwiesen hatte, indem er uns half, die Deportationslager ruhig zu halten, ließ ich diese Gruppe entkommen. Schließlich gab ich mich nicht mit kleinen Gruppen von eintausend Juden ab."

Andreas Biss, Joel Brands Cousin, der in Budapest mit Kasztner zusammenarbeitet hatte und seine Politik unterstützte, betätigte in seinem Buch „Der Stop der Endlösung" teilweise die Aussage Eichmanns, als er beschrieb, wer den berühmten Zug bestieg, der am 6. Dezember 1944 die Schweiz erreichte; „Dann kam die zahlenmäßig bei Weitem größte Gruppe, Kasztners Stolz: die zionistische Jugend, Angehörige der verschieden Organisationen, die landwirtschaftlich ausgebildet waren; dann die extrem rechtsgerichteten Revisionisten und andere Zionisten, die bereits Palästina-Einwanderungszertifikate besaßen, dann jüdische Waisenkinder – und schließlich diejenigen, die gegen Bezahlung an den Transport teilnehmen durften, denn irgendwie musste die für diesen Zweck geforderte Summe ja aufgebraucht werden.

Von den 1.684 Reiseteilnehmern waren jedoch nur etwa mehr als 300 zahlende Mitglieder. Auch Kasztners Mutter, seine Geschwister und andere Familienmitglieder, die aus Klausenburg (Kluj) nach Budapest gekommen waren, befanden sich im Zug... Bei den Familienmitgliedern der am Zustandekommen des Zuges aktiv Beteiligten handelte es sich insgesamt um höchstens vierzig bis fünfzig Personen... In dem... einsetzenden Chaos gelang es etwa 380 nicht für den Transport vorgesehenen Personen, sich diesen anzuschließen, sodass der Zug mit rund 1.700 anstelle der vereinbarten 1.300 Transportteilnehmer völlig überfüllt aus Budapest abfuhr. Die israelische Arbeiterpartei erlebte ihr blaues Wunder, als sie sich entschloss, Kasztner zu verteidigen..."

Es ist nun einmal Tatsache, dass der Zionismus von Anfang an rassistisches Gedankengut vertrat, mit einigen wenigen Ausnahmen. Die Zionisten begrüßten den Antisemitismus in Deutschland und die Nürnberger Rassengesetze, da diese ihre Ziele beinhalten. Die Zionisten arbeiteten mit den Faschisten zusammen, um eine Minderheit von „rassisch reinen" Juden und Jüdinnen, ja „Menschenmaterial" zu bekommen. Dabei gingen sie über Millionen von Leichen. Sie diskriminierten die Kommunist(inn)en und die wenigen Zionist(inn)en, die an einem Widerstand mit Boykott gegenüber Nazideutschland interessiert waren. Der Mehrheit der zionistischen Führung war die Mehrheit der jüdischen Menschen egal.

Kritisch gegenüber dem Zionismus zu sein hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Antisemitismus ist definierbar und bedeutet grundsätzlichen Hass gegen Juden, nur weil sie Juden sind, und nicht, weil sie reich oder schön sind. Für Men-

schen, die dem Rassismus kritisch gegenüberstehen, ist es wichtig, die Lügenpropaganda zu erkennen und nicht auf sie hereinzufallen. Der jüdische Verleger Abraham Melzer sagte am 17. November 2009 in einem Interview mit der „Linkszeitung“: „Antizionismus ist nicht Antisemitismus. Zionismus ist eine Ideologie, zuletzt sogar eine sehr militante und rassische Ideologie“. Im Parteiprogramm verschreibt sich „Die Linke“ „gelebtem Antifaschismus, verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus“. Hoffen wir, dass sie sich daran hält! Als Mitglied der Partei bekenne ich mich jedenfalls dazu.

Bettina Fenzel („Die Linke“)

„Wer die Lebensmittel kontrolliert, der kontrolliert das Volk“

Zweck der Entwicklung gentechnisch veränderter Tieren, Pflanzen oder Saatgüter ist es offensichtlich, einen möglichst hohen Gewinn für seine Hersteller zu erzielen – am besten auf allen Märkten der Welt. Damit das lange so bleibt und kein anderer Hersteller ein Produkt mit ähnlichen Eigenschaften anbietet, werden die gentechnisch veränderten Saatgüter und Organismen – Obst, Gemüse, Bäume, Fische, Säugetiere –, die es heute schon gibt, als Erfindungen zum Patent angemeldet. Es wird mit Slogans wie „Wir bekämpfen den Hunger auf der Welt“ versucht, humanitäre Gründe vorzutäuschen, die es rechtfertigen sollen, an allen möglichen Tieren und Pflanzen durch Genmanipulation Eigenschaften zu erzeugen, die sie von Natur aus nicht haben.

Das sind aber nur nebensächliche Gründe zur Entwicklung von Agrartechnologie, auch irreführend „Grüne Gentechnik“ genannt. Geplant ist in der Landwirtschaft etwas, das in den meisten Bereichen der Konsumgüterindustrie bereits weltweit geschehen ist: Rationalisierung, Verdrängung, Massenproduktion, Fusionen und Bildung von Monopolen zugunsten von Wirtschaftswachstum und Profit. Der Aufbau einer globalen Agrartechnologie mit weltweiter Kontrolle über den gesamten Bereich der Lebensmittelproduktion und der Grundnahrungsmittel liegt in den Händen der vier größten Agrochemie-Konzerne der Welt: Monsanto, Syngenta, Bayer und Du Pont. Hier musste das Monopol nicht erst in jahrzehntelangen Wirtschaftskämpfen erobert werden wie zum Beispiel in der Auto- oder Flugzeugindustrie.

Bei der Entwicklung der Agrartechnologie gab es von Beginn an – in den 1990er Jahren – in den USA nur die Firma Monsanto, die sich mithilfe ihrer Hintermänner in wenigen Jahren ohne Konkurrenz entwickeln konnte. Sie haben bewiesen, dass sie so mächtig sind, sogar amerikanische Regierungsbehörden und -politiker für ihre Zwecke benutzen zu können. So haben sie es geschafft, in den USA neutrale Bewertungs- und Zulassungsverfahren im Bereich der Gentechnik zu verhindern und Bürgerinformationen oder eine Kennzeichnung zu verbieten. 2003 ist es Monsanto gelungen, die EU-Kommission wegen ihrer „zögerlichen“ Genpolitik vor der Welthandelsorganisation auf „Geschäftsschädigung“ zu verklagen.

Seitdem versuchen sie, alle möglichen Arten gentechnisch veränderter Organismen illegal einzuführen – auch in EU-Länder, in denen diese bisher verboten sind, zum Beispiel in Polen. Helfer hierbei ist das 150-jährige familiengeprägte Traditionsunternehmen KWS Saat AG aus Einbeck, das für Monsanto den gentechnisch veränderten Mais „Mon 810“ unter dem Namen „Yield Gard“ an polnische Bauern verkauft. Die Firma KWS benutzte hierbei zur Irreführung der Kunden das Kürzel „GV“ für „gentechnisch verbessert“.

Ein weiteres Beispiel für die menschenverachtende Geschäftspolitik ist der „Allestöter“, vornehmer: das Totalherbizid Glyphosat, vom Weltverbrecher Monsanto „Roundup“ genannt, das Missbildungen auslöst und zusammen mit Monsantos Gen-Mais schon viele Landwirte auf der ganzen Welt in den Ruin oder Selbstmord getrieben hat. Trotzdem soll von der EU der Anbau von Monsantos Gen-Soja „Roundup Ready“ genehmigt werden. Es ist resistent gegen Glyphosat. In den USA werden bereits Farmen aufgegeben, weil sie von Glyphosatresistent gewordenen Unkräutern nicht mehr befreit werden können.

Die Landwirtschaft soll weltweit zu Agrarfabriken umgebaut werden, in denen ein Landwirt nichts mehr mit Pflanzen oder Tierzucht zu tun hat, sondern nur noch ein Chemiefacharbeiter mit Trecker ist, der zum Versprühen von Unkrautvernichtungsmitteln benötigt wird. Dies zeigt ebenfalls die Tatsache, dass als wichtigste Eigenschaft jedem gentechnisch veränderten Saatgut eingebaut wird, nicht mehr keimfähig zu sein. Daher muss der Landwirt jedes Jahr neues Saatgut kaufen und wird abhängig von den patentierten Produkten seiner Lieferanten. Es ist Landwirten heute sogar schon verboten, Pflanzen oder Tiere zu züchten, die Eigenschaften besitzen, wie sie patentierte gentechnisch veränderte Organismen bereits haben.

So wird es bald nicht mehr möglich sein, dass Landwirte eigene Züchtungen betreiben, was besonders für Entwicklungsländer eine Katastrophe ist. Die Grundlagen für diese Entwicklungen wurden – unbemerkt von der Weltöffentlichkeit – bereits 1975 in den USA gelegt: Die Stiftung von John D. Rockefeller III wurde von US-Präsident Richard Nixon beauftragt, eine Studie zum Thema „Auswirkung des weltweiten Bevölkerungswachstums auf die US-Sicherheit“ durchzuführen. Dieses damals streng geheime Dokument mit dem Namen „National Security Study Memorandum“ wurde von Gerald Ford unterzeichnet und zur Grundlage der offi-

ziellen Außenpolitik erklärt. Es wurde mit einem Vorwort von US-Außenminister Henry Kissinger versehen, von ihm selbst verteilt und politisch umgesetzt nach seinem Motto „Wer die Lebensmittel kontrolliert, der kontrolliert das Volk“.

Helmut Minkus (parteilos)

Kommt mit euren Freundinnen zur **Demonstration** zum Internationalen **Frauentag** am **Freitag**, dem **8. März 2013**, ab **16 Uhr** am Roland auf dem **Marktplatz**: Wir haben viele Gesichter und ein gemeinsames Ziel! – Die „Stadtfrauenkonferenz Bremen“ lädt außerdem ein zum „**Frauenpolitischen Brunch**“ am **Samstag**, dem **9. März 2013**, von **11** bis **15 Uhr** im „Kulturzentrum **Lagerhaus**“, Schildstraße 12-19, dritter Stock. Der Spendenbeitrag für die Leckereien beträgt drei Euro. Eingeladen ist natürlich jede Frau – und Männer auch! Wir möchten uns gemeinsam über verschiedene Aspekte der internationalen Frauenbewegung austauschen, Bilanz ziehen und die Weltfrauenkonferenz 2016 vorbereiten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

415. Bremer Montagsdemo am 11. 03. 2013

Die Bremer Hemmnisse des Berliner Vermittlungsmodells

1. Erneut haben Aktive den erwerbslosen Menschen vor dem Jobcenter ihre Unterstützung angeboten und die Beteiligung eingeworben. Am Dienstag dieser Woche hat im „Paradox“ auch ein Vorbereitungstreffen für die nächste Jobcenter-Aktion stattgefunden. Begleitung erspart Streit und anderes! Ich habe für die 194. Bremer Montagsdemo ausführlicher zur **Begleitung** geschrieben. Hinzufügen möchte ich: Es muss im Amt keine Unterschrift geleistet werden. Es kann alles mitgenommen werden. Ein(e) Begleiter(in) sollte Block und Stift mitnehmen und Notizen über das Gespräch machen. Es reichen wenige Stichpunkte.

Die Jobcenter in Bremen haben eine Personalaufstockung erhalten. Die Stellen wurden bundesweit ausgeschrieben. Durch eine intensivere Betreuung von Erwerbslosen *ohne* „Vermittlungshemmnisse“ soll die Zahl der Erwerbslosen kurzfristig gesenkt werden. Bremen hat das Angebot der Bundesagentur über die Umsetzung des „Berliner Modells“ in Bremen akzeptiert.

In der „Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 26. September 2012“ heißt es auf Seite 2: „Dem Jobcenter Bremen wurde von der Bundesagentur für Arbeit im Frühjahr 2012 angeboten, eine Joboffensive in Bremen einzuführen. Inzwischen wurde das Angebot konkretisiert. Für die Dauer von zwei Jahren können 41 zusätzliche Arbeitsvermittler(innen) eingestellt werden. In gemischten Teams mit 36 bereits im Jobcenter arbeitenden Vermittlerinnen und Vermittlern sollen sie vorrangig die SGB-II-Kundinnen und -Kunden mit sogenannten marktnahen Profillagen intensiv betreuen.“

Die Freie Hansestadt Bremen zahlt dafür 882.000 Euro an die Bundesagentur (jährlich 441.000 Euro). Außerdem stehen für die Eingliederung der Erwerbslosen in Arbeit circa 4,9 Millionen Euro *weniger* zur Verfügung, weil die Bundesagentur die Zustimmung zur Umwidmung dieser Gelder erwartet. Auf Seite 3 heißt es zur „Projektfinanzierung“:

„Die Projektkosten belaufen sich nach Berechnungen des Jobcenters Bremen auf insgesamt 5,8 Millionen Euro, darin sind die Personalkosten für die neu einzustellenden 41 Mitarbeiter sowie die Sachkosten (Arbeitsplatzausstattungs- und Qualifizierungskosten) enthalten.

Pro Jahr entstehen also 2,9 Millionen Euro Projektkosten, die im Verwaltungskostenbudget des Jobcenters dargestellt werden müssen. Die Finanzierung entfällt zu 84,8 Prozent auf die Agentur für Arbeit, die hierzu jährlich durch Beschluss der Trägerversammlung Umwidmungen aus dem Eingliederungsbudget in das Verwaltungskostenbudget des Jobcenters Bremen vornehmen möchte.

Die Kommune ist am Verwaltungskostenbudget des Jobcenters mit 15,2 Prozent beteiligt. Damit ergibt sich ein zusätzlicher Mittelbedarf auf der kommunalen Seite nach derzeitiger Berechnung von circa 882.000 Euro für den Zweijahreszeitraum. Pro Jahr müsste die Kommune damit rund 441.000 Euro für die Finanzierung des erhöhten kommunalen Finanzierungsanteils bereitstellen. Hierzu muss die Kommune nach der erfolgten Deputationsbefassung die entsprechenden Gremien befassen (Senat, Haushalts- und Finanzausschüsse).“

Es geht in dieser Deputationsvorlage weiter mit der rechnerischen Einsparung – gerechnet von 2013 bis Ende 2015. Natürlich kommt bei dieser Rechnung eine Einsparung heraus. Die Berechnung des Jobcenters liegt dieser Vorlage jedoch nicht bei. Unter „Risiken“ steht auf Seite 5: „Die durch die geplante Joboffensive erwarteten Effekte können sich nur realisieren, wenn der Arbeitsmarkt die zu vermittelnden ‚marktnahen‘ Kundinnen und Kunden aufnimmt. Bei abflachender konjunktureller Entwicklung kann es zu einer geringeren Zahl von realisierten Vermittlungen kommen. Auch kann es zu geringeren Einspareffekt kommen, wenn beispielsweise vermehrt in Bereiche vermittelt werden muss, in denen die Gehälter nicht existenzdeckend sind oder nur Teilzeitbeschäftigung aufgenommen werden kann.“

Unter Punkt D steht, aus welchem Haushaltsansatz die 882.000 Euro genommen werden sollen: „Bei Durchführung des Projektes entstehen Mehrausgaben in Höhe von 0,882 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014 zulasten der Stadtgemeinde Bremen als kommunaler Finanzierungsanteil für das Jobcenter Bremen. Im Gegenzug sind Minderausgaben in Höhe von 3,472 Mio. Euro bei den Kosten der Unterkunft und Heizung möglich. Die Minderausgaben entstehen in der Produktgruppe 41.05.04 (kommunale Leistungen zur Existenzsicherung) nach dem SGB II. Daher ist die Projektfinanzierung auch dort im Wege der Deckungsfähigkeit zu verorten. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen werden mittels eines Antrags auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2013 und 2014 geschaffen.“

Die Finanzierung soll durch ersparte Ausgaben für die Kosten der Unterkunft erfolgen. Bis 2015 soll die Minderausgabe 3,47 Millionen Euro betragen. Gegenläufig sind aber auch die Aufwendungen für die Heizkosten. Diese Erhöhungen

sind sehr wahrscheinlich. Es geht dabei nicht nur um die Preisentwicklung am Markt, sondern auch um die Beseitigung der ungerechtfertigten Kürzung der Heizkostenabrechnungen durch das Jobcenter.

Gegenläufig sind auch die Mieten. Deren Erhöhungen sind nicht nur durch die Preissteigerungen am Markt verursacht, sondern auch durch die Anhebung der Mietobergrenze auf eine angemessene Höhe (Berücksichtigung von zehn Prozent Zuschlag auf den Wert des Wohnbaugesetzes plus Akzeptanz auch noch höherer Mieten als angemessene Kosten der Unterkunft). Entsprechende Verfahren sind bereits vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen anhängig. Diese Risiken sind dem Senat bekannt – wurden sie auch berücksichtigt? Vorstehend wird diese Einsparung *ohne* Anmerkung für das zusätzliche Jahr angegeben.

Fazit: Wenn die Vermittlung nicht klappt, geht die Finanzierung baden! Wenn es nicht klappt, die Kürzungen für Heizkosten und Mieten aufrecht zu erhalten, geht die Finanzierung baden! Und selbst wenn die Vermittlungsquoten erreicht werden – vom „Drehtüreffekt“ steht nichts in der Vorlage! Diesen „Drehtüreffekt“ bei Hartz IV beklagt Ulrich Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“. Er sagt, jeder dritte, der vermittelt werde, falle nach nur einem Jahr wieder in Hartz IV zurück. In Bremen ist diese Verweildauer in Arbeit wesentlich kürzer, weil Bremen führend bei der Leiharbeit ist. Bremen hat einen sehr starken Drehtüreffekt!

Die Bundesagentur selbst spricht bereits bei sechs Monaten von einem Dauerarbeitsverhältnis, dann erhält der externe Arbeitsvermittler seine *volle* Vermittlungsprovision! Die mit der Bundesagentur vereinbarten besonderen Controllingmaßnahmen bieten keine echten Reaktionsmöglichkeiten. Die neuen Mitarbeiter sind befristet auf zwei Jahre eingestellt. Sie vorher zu verabschieden, geht wohl nicht. Aber das Ziel muss nachjustiert werden! Arbeitsplätze sind in Bremen Mangelware. Das „Berliner Modell“ der Bundesagentur für Arbeit wird aus Arbeitgebersicht in der „Welt“ gelobt. Weniger öffentlichwirksam ist die Einschätzung der Leistungsberechtigten in den Foren. Das „Berliner Modell“ verdankt seinen Erfolg zum Teil dem „Wegbleiben“ der Anspruchsberechtigten: Wer wegbleibt, gilt als erfolgreich in Arbeit vermittelt.

Wie wirkt sich dies bei den Besuchen im Jobcenter aus? Die „Neuen“ sind mit der Situation in Bremen nicht vertraut. Die Arbeitsvermittler haben teilweise lückenhafte Informationen über die Erwerbslose. Diese Situation kann bei der nächsten Einladung von Ihnen genutzt werden: Sie können Wünsche äußern und gemeinsam sehen, dass es diese Arbeit nicht gibt. Dies als Vorbereitung für eine gewünschte Weiterbildung. Wichtig ist es, diese Wünsche in die Eingliederungsvereinbarung aufnehmen lassen. Falls die Wünsche dort nicht vermerkt werden: Einfach schriftlich den Wunsch wiederholen mit der Bitte, die Eingliederungsvereinbarung wunschgemäß abzuändern. Damit ist Ihr Wunsch nachlesbar, und die „Vereinbarung“ kann auch nicht mehr einfach als Verwaltungsakt erlassen werden. Wer in eine Arbeit gedrängt wird, die unterbezahlt ist, kann einfach hingehen und sie machen, denn falls es kein Kleinbetrieb ist besteht nach sechs

Monaten Kündigungsschutz. Dann ist die Zeit gekommen, die Minderleistungen einzufordern.

Begleiten kann jede(r), Kenntnisse im SGB II sind nicht nötig. Es geht um den Zeugen und darum, eine sachliche Gesprächsführung zu erreichen. Die eigene Aufregung wird reduziert. Es ist eigentlich ganz einfach. Gemeinsam ist das Ziel! Wer kurzfristig keine Einladung erhält, kann sich in Erinnerung bringen und klar zum Ausdruck bringen: Ich will möglichst umfassend bei der Arbeitssuche unterstützt werden!

2. Die **Managergehälter** sollten sich an den Löhnen und Gehältern des Unternehmens messen lassen, ihre Obergrenze sollte ein bestimmtes Vielfaches des durchschnittlichen Lohns betragen. Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit nicht reagiert. Der Bund ist Eigentümer der Deutschen Bahn AG und hätte die Explosion bei den Vorstandsgehältern verhindern können. Der zuständige Minister hat sich auch noch einen Maulkorb verpassen lassen.

Die Begrenzung auf das eigene laufende Monatsgehalt wurde auch kürzlich ad absurdum geführt: Der Vorstandschef der Commerzbank hat sein Gehalt verdoppelt. Die Commerzbank wurde mit Steuergeld gerettet, ein Teil davon zurückgezahlt, die Deckelung des Jahresgehalts auf 500.000 Euro daraufhin aufgehoben. Zinsen für das erhaltene Steuergeld hat die Commerzbank bisher nicht gezahlt! Was für Verträge und Rahmenbedingungen wurden mit dem Gesetzgeber ausgehandelt?

Axel Weber war Präsident der Deutschen Bundesbank. Er ist in den Verwaltungsrat der UBS gewechselt. Er hat ein Begrüßungsgeld von mehr als einer Million Euro verlangt und erhalten. UBS ist die Schweizer Großbank mit den vielen Fragezeichen! Besonders negativ ist mir noch die Affäre Zumwinkel im Sinn, die Vorwürfe der Steuerhinterziehung, die Verjährung und die Auszahlung seiner „Alterssicherung“. Die Staatsanwältin hat aufgegeben.

Fazit: Es hilft nur die Begrenzung auf die im Unternehmen übliche Vergütung multipliziert mit X. Wegen der vielen bereits bekannten Tricks ist noch hinzuzufügen: im *gesamten* Unternehmen. Sonst sind die Vorstände alle in der Holding und dem Verwaltungsrat tätig, bei entsprechender Durchschnittsvergütung. Die anderen Rahmenbedingungen müssen ebenfalls gedeckelt werden. Im Netz steht viel über die Unverschämtheiten der Führungsebene – eigentlich sollten sie Vorbilder sein!

3. Zur **Bankenrettung** hat die Bundesregierung geantwortet. „Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung und der angeschlossene Bankenrettungsfonds Soffin haben seit ihrem Bestehen rund 100 Millionen Euro für externe Beratungsaufträge ausgegeben. Unter den beauftragten Dienstleistern finden sich insgesamt 75 namhafte Banken und Wirtschaftskanzleien wie Freshfields, Deutsche Bank, McKinsey, JP Morgan oder Goldman Sachs. Der Bankenrettungsfonds sei keine dauerhafte Einrichtung und deshalb auf die Hilfe externer Berater angewie-

sen. Vor allem aber würden 89 Prozent der Beraterkosten an die Institute weitergeleitet, die Hilfen von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung bekommen haben. Für die Beraterleistungen seien keine Mittel aus dem Bundeshaushalt geflossen, sagte eine Sprecherin.“

Zumindest haben einige Banken gut verdient und nebenbei Interna der Mitbewerber erfahren. Die Belastung der Banken in Schieflage schlägt nur nicht auf den Bundeshaushalt durch, wenn am Ende des Tages die geretteten Banken auch zahlen! Zu diesen Summen passt der Reichtumsbericht. Er zeigt viel Armut in der Bundesregierung: die verzögerte Veröffentlichung, die Vertuschung, die Ignoranz der Tatsachen – einfach arm! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Schweigen vom Reichtum

1. Nach der Trennung vom Freund zieht eine 28-jährige Frau mit ihrer neunjährigen Tochter und dem Hund aus der bis dahin gemeinsamen **Wohnung** aus und begibt sich auf die Suche nach einer neuen Bleibe. Die alleinerziehende Mutter schildert, dass sie sich seit Oktober vorigen Jahres rund 40 bis 50 Wohnungen angesehen habe. Allerdings duldeten viele Vermieter keine Hundehalter, selbst Kinder seien nicht überall willkommen. Daher ist die Freude groß, als sie eine passende, 74 Quadratmeter große Wohnung für 350 Euro Kaltmiete findet. Pech nur, dass das Jobcenter Warendorf nicht mitspielt und sich weigert, die Miete zu übernehmen, da diese um 25 Euro über dem zu billigenden Satz von 325 Euro für eine entsprechende Hartz-IV-Unterkunft liegen würde!

Margit-Marion Mädel vom „Sozialzentrum Höxter“ empört sich darüber, dass das Jobcenter durchaus die Möglichkeit gehabt hätte, einen Ermessensspielraum zu nutzen, sich aber offenkundig dagegen entschieden und billigend in Kauf genommen, dass eine junge, alleinerziehende Mutter in die Obdachlosigkeit abrutscht. Dass die Warendorferin letztlich nicht auf der Straße gelandet ist, verdankt sie ihrem sozialen Umfeld: Sie wurde von ihrer Mutter aufgenommen, die Tochter konnte vorübergehend bei einer Freundin unterschlüpfen, die Möbel wurden bei einer Spedition eingelagert.

Es ist eine Schweinerei, dass Hartz-IV-Bezieher immer häufiger Probleme haben, eine passende Wohnung zu finden, wenn der Wohnraum ständig knapper wird und die Mieten weiter steigen. Wie gut, dass es Menschen wie Thomas Cillessen und Margit-Marion Mädel gibt, die sich für Betroffene einsetzen! Es wundert mich gar nicht, dass das Jobcenter in Warendorf die Kritik zurückweist, weil ihm nicht das von der alleinerziehenden jungen Mutter erwähnte, sondern nur ein anderes Mietangebot vorliege, das „deutlich oberhalb der von der Klientin beschriebenen Größenordnung“ liege, sodass eine Übernahme der Kosten für das vorgelegte Mietangebot „aufgrund fehlender Angemessenheit nicht möglich“ gewesen sei.

2. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ in Nürnberg frohlockt, dass erstmals seit dem Jahr 2007 die Zahl der **Krankmeldungen** in deutschen Unternehmen gesunken ist. 2012 seien 3,5 Prozent der Beschäftigten wegen einer Erkrankung nicht zur Arbeit gekommen. 2011 seien es noch 3,7 Prozent gewesen, gigantische 0,2 Punkte mehr! Die Beschäftigten hätten im Schnitt auch weniger Tage gefehlt: 2011 blieben sie noch neuneinhalb Tage ihrer Arbeit fern, 2012 nur noch neun Krankheitstage. Ich glaube, dass sich heutzutage aus Angst vor einem Arbeitsplatzverlust nur immer öfter krank zur Arbeit geschleppt wird!

3. Ulrike Herrmann beschreibt in der „Tageszeitung“ vortrefflich, dass der eigentliche Skandal beim vierten **Armutsbericht** der Bundesregierung nicht das Getrickse und Herumredigieren der FDP am Text sei, sondern dass sich Deutschland einen Armuts- und Reichtumsbericht leiste, der über Reichtum nichts zu sagen wisse. Klar, das hat System und ist politisch so gewollt: Die finanziell Armen werden praktisch durchleuchtet und sozial geröntgt, jegliche Einnahme wird akribisch kontrolliert, kopiert und virtuell abgeheftet, wohingegen es keinerlei aussagekräftigen Daten über die Vermögenden gibt – wie viel Geld sie gescheffelt oder, ohne dafür zu arbeiten oder eine noch so kleine Steuer zu zahlen, geerbt haben. In den Statistiken klaffen Löcher, die so groß sind, dass Billionen von Euro „verschwinden“ und niemand weiß, wer dieses Geld besitzt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich driftet exorbitant auseinander – unabhängig davon, dass die FDP zensiert, indem sie Sätze herausstreicht, die zu den Lobeshymnen auf die eigene Politik nicht passen. Seriöse Schätzungen, so Herrmann, gingen davon aus, dass das reichste Prozent der Bürger bereits ein Drittel des Volksvermögens besitzen könnte. In Deutschland herrscht ein Daten-Nirwana, weil es keine Vermögensteuer gibt und damit keine Vollerhebung des individuellen Besitzes. Die Reichen haben viel Lobbyarbeit investiert, um eine verlässliche Statistik zu verhindern! Schon Kurt Tucholsky schrieb: „Ein Loch ist da, wo etwas nicht ist. Das Loch ist ein ewiger Kompagnon des Nicht-Lochs: Loch allein kommt nicht vor, so leid es mir tut.“

4. Wenn jetzt – zehn Jahre nach Ankündigung der umstrittenen Sozialreform „**Agenda 2010**“ – im Bundestag Rufe nach einer „Fortentwicklung“ laut werden, dann bekomme ich eine Gänsehaut! Das Märchen vom Fachkräftemangel wird ordentlich aufgeschäumt und dabei so getan, als ob nicht nur Vollbeschäftigung, sondern sogar Arbeitskräftemangel herrsche. Deutlicher lässt sich kaum behaupten und vorwerfen, dass jeder Erwerbslose an seinem Zustand selber schuld sei. Dabei wird deren Zahl nur gnadenlos durch Nichtzurkenntnisnahme der aufstockenden, kranken, sich in Maßnahmen befindenden oder ab einem Alter von 58 nicht mehr mitgezählten Erwerbslosen künstlich niedrig gehalten.

Es wird in altbewährter Manier gelogen und getrickst, was das Zeug hält. Statt sich reumütig in Grund und Boden zu schämen, sich Asche auf das Haupt zu streuen und die menschenverachtenden Hartz-Gesetze mit Stumpf und Stiel in die Tonne zu treten, beweihräuchern sich die Politiker – sich gegenseitig auf die Schulter klopfend – dass die Reformschritte des damaligen SPD-Kanzlers Gerhard Schröder „im Grundsatz mutig und richtig“ gewesen seien. In neoliberaler Manier wollen sie nun den Kündigungsschutz lockern und das Renteneintrittsalter am liebsten gleich auf 70 Jahre erhöhen. Wir sollen also malochen bis zum sprichwörtlichen Umfallen.

Gebetsmühlenartig wird wiederholt, dass Hartz-IV-Bezieher kaum finanzielle „Anreize“ hätten, die Erwerbslosigkeit zu verlassen, weswegen die Grundsicherung, die noch nicht mal eine ist, weiter „reformiert“, also gekürzt werden müsse. Als ob wir durch die bescheidene Leiharbeit, die aufgestockten Dumpinglöhne nicht bereits Kombilohne auf Kosten der Steuerzahler hätten, schlagen die Ökonomen brandaktuell Kombilöhne und Lohnsubventionen vor. Gähn! Wenn laut *lovely* Zensursula von der Leyen eine „Agenda 2020“ im Zeichen von „Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung“ stehen müsse, dann bedeutet das wohl nur, dass immer mehr Menschen, gern auch zugewanderte, die „Chance“ zur Dumpinglohnarbeit bekommen sollen – also einen weiteren Ausbau des Niedriglohnbereichs, noch mehr Zeitarbeitsfirmen, keine Festanstellungen mehr, nur noch befristete Verträge.

Bevor durch die „Reformen“ eine erneute Verarmungswelle losgetreten wird, wäre es bestimmt sinnvoller, unser Geld- und Wirtschaftssystem zu reformieren! Es fällt doch wirklich auf, dass die angeblichen Erfolge der „Agenda 2010“ immer von denen in den Himmel gehoben und bejubelt werden, die davon weder betroffen sind noch deren Härte am eigenen Leibe ertragen müssen! Toll, noch nie waren so viele Menschen in Deutschland auf Dumpinglohnniveau beschäftigt! Danke, Gerhard Schröder und Konsorten! Lug und Trug wirken!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Dienstag**, dem **26. März 2013**, findet im „**Paradox**“ um **19 Uhr** das zweite **Vorbereitungstreffen** für die nächste **Jobcenter-Aktion** statt.

„Ein Sozialstaatsmodell mit weltweitem Vorbildcharakter“

1. Etwa 50 Menschen hatten sich bei stürmischem und nasskaltem Winterwetter auf dem Bremer Goetheplatz eingefunden, um des Todes von **Hugo Chávez** zu gedenken. Auch einige in der Hansestadt lebende Venezolanerinnen und Venezolaner waren an diesem 9. März darunter. Aufgerufen zu der Trauerkundgebung hatte die „Marxistische Abendschule“ in Bremen. Sehr bewegend waren die persönlichen Worte der Venezolanerin Martha Valdez, die in ihrem aufrüttelnden Redebeitrag erkennen ließ, dass sie für ihr Land auch in Bremen unermüdlich weiterkämpfen wird. Sie will auch hier ihre ganze Kraft dem Vermächtnis von Hugo Chávez widmen.

Ebenso wies Dr. Heiner Fechner von der Uni Bremen auf die großen Verdienste des Verstorbenen hin, die nicht nur das venezolanische Volk und dessen arme Menschen betreffen, sondern alle Völker Lateinamerikas und darüber hinaus. Durch sein revolutionäres Wirken habe Lateinamerika „sein Gesicht verändert wie in 200 Jahren nicht mehr“. Den Armen seines Volkes habe er nicht

nur aus dem Elend verholfen, sondern zugleich „ein Sozialstaatsmodell geschaffen, das weltweiten Vorbildcharakter hat“. Fechner verwies auf das unverwechselbare Charisma des verstorbenen Präsidenten und sagte, sein Tod hinterlasse ein großes Loch, aber auch eine große Vision für eine andere Wirtschafts- und Sozialordnung. – Mit einem stillen Gedenken unter den Klängen des russischen Trauermarsches „Unsterbliche Opfer“ endete schließlich die Kundgebung.

2. Im Rathaus waren etliche Stände von Frauen-Organisationen aufgebaut, wobei der Andrang von Besucherinnen ziemlich groß war. Auch einige Männer hatten sich darunter gemischt. Derweil tanzten sich draußen vor dem Rathaus bei Samba-Rhythmen etwa 30 Frauen warm. Später gesellte sich auch eine kleine Demonstration kurdischer Frauen dazu, die aus Anlass der kürzlichen Ermordung dreier kurdischer Aktivistinnen in Frankreich zusammengekommen waren. Sie brachten damit ihren Protest gegen die anhaltende staatsanwaltliche Verschleppung der Ermittlungen in Paris sowie eine äußerst brutale Willkür gegen alle kurdische Freiheitskämpferinnen zum Ausdruck. Mit der Aktion hatten sich auch einige Männer solidarisiert.

Im Festsaal des Rathauses wurde derweil die „Bremer Frau des Jahres“ ausgezeichnet. Die Wahl fiel auf die verdienstvolle Sozialpädagogin Christa Brämsmann. Sie ist Leiterin und Gründungsmitglied des Mütterzentrums im Bremer Stadtteil Tenever. Christa Brämsmann engagiert sich seit vielen Jahren sehr für Frauen in benachteiligten finanziellen Situationen und zerrütteten patriarchalen Familienverhältnissen. Die Besucherinnen dieser Einrichtung kommen aus vielen unterschiedlichen Kulturen, deshalb bekämpft die Ausgezeichnete mit ihrer Arbeit auch den Fremdenhass. Zu diesem multinationalen Mütterzentrum an der Peripherie der Stadt gehören unter anderem eine Second-Hand-Börse, ein Bildungszentrum und ein Café. Alle diese Projekte gehen maßgeblich auf die Initiative von Christa Brämsmann zurück. Mit ihrer Auszeichnung am Internationalen **Frauentag** wurde eine gute Wahl getroffen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Ich dulde nicht mehr, dass Verbrecher für mich entscheiden, welche Risiken ich akzeptieren muss

Es hat Machtbesessene gegeben, die mit wahnsinnigen Atombombentests bereits ganze Wüsten und Inselketten samt ihren Bewohnern und Teilen der Meere verseucht haben. Vorsicht, es gibt sie immer noch! Es hat Geisteskranke gege-

ben, die absichtlich Atombomben auf Städte anderer Menschen abgeworfen haben, um sie zu vernichten. Auch solche Verbrecher gibt es noch immer: Wir wissen, dass sich bisher im Abstand von 25 Jahren zwei ungewollte, riesige Atomkatastrophen ereignet haben.

Den letzten Satz kann ich so nicht hinnehmen, denn dass sie sich „ungewollt ereignet“ hätten, ist Unsinn, schlicht eine Falschaussage. Bomben wie Atomkraftwerke werden mit viel Aufwand und Geld gewollt, geplant und gebaut. Beide sind, wenn etwas nicht Geplantes dazwischenkommt, Menschenvernichtungsgeräte – nur wird bei der Bombe der Zeitpunkt der Zündung genau eingestellt, beim AKW nicht. Das sind alles bittere Tatsachen, die niemand mehr wegdiskutieren oder schönreden kann!

Ich sehe keinen großen Unterschied zwischen den Bombenbauern und den AKW-Bauern. Hinter beiden steckt die gleiche menschenverachtende Skrupellosigkeit, Ignoranz und Verantwortungslosigkeit. Es sind die gleichen Mächte, die Menschenleben verspielen wie Zocker das Geld. Es gibt nur eine logische Konsequenz: Unter solchen Bedingungen von solchen Leuten geschaffene AKW müssen genauso schnell abgeschafft werden wie Bomben!

Ich dulde es nicht mehr, dass Verbrecher für mich entscheiden, welche Risiken ich akzeptieren muss, nur um deren dreckige Geschäfte zu unterstützen. Überall, wo skrupellose Wirtschaftsmächte sich ungehindert entfalten können, sind Menschen und Umwelt nur noch Handelsware: Alles wird möglichst wirtschaftlich verkauft, möglichst gewinnbringend kaputtspekuliert oder vernichtet. Wahnsinnige Investmentbanker, geisteskranke Militärdiktatoren, geld- und machtgierige Wirtschaftskriminelle sind es, die Katastrophen verursachen.

Sie kennen keine Grenzen, das haben sie gemeinsam mit Atomkatastrophen. Sie arbeiten grenzenlos. Doch auch unsere Proteste werden grenzenlos. Unsere Solidarität zu Betroffenen wird weltweit anwachsen. Sie wird so lange bestehen bleiben, bis die letzte Atombombe und das letzte Atomkraftwerk von unserem Planeten verschwunden sind. Wir alle sind bedroht. Wir alle sind verantwortlich. Wir werden die atomaren Höllenfeuer der Welt austreten mit so vielen Füßen, dass sie kein Atomstromer oder Atombomber mehr stoppen kann! Atomdreck raus!

Helmut Minkus (parteilos)

Wir laden ein zum 100. Bremer **Schwabenstreich** am **25. März 2013** im **Hauptbahnhof**! In großer Zahl wollen wir der Deutschen Bahn klarmachen, dass wir hier in Bremen auch im dritten Jahr des Schwabenstreiches immer aktiv sind und uns gegen das Betrugsprojekt „Stuttgart 21“ auflehnen. Oben bleiben!

Agenda 2010 – der größte Angriff auf die Lebenslage der Bevölkerungsmehrheit seit dem II. Weltkrieg

1. Am Sonntag las ich die „Süddeutsche“. Darin erschien ein ganzseitiges Interview mit SPD-Fraktionschef Steinmeier zum Thema **Agenda 2010**, deren maßgeblicher Verfasser er bekanntlich war. Das ist ihm aber keinesfalls peinlich, im Gegenteil: „Wenn Schröder damals so mutlos reagiert hätte wie Angela Merkel heute, stünden wir jetzt in einer Reihe mit Italien, Frankreich, Spanien vor deutlich größeren Problemen inmitten der Euro-Krise“. Ausdrücklich lobt er die Hartz-Gesetze. Bedauerlich findet er auch keinesfalls die Zunahme der Leiharbeit, sondern lediglich deren „Auswüchse“.

Schauen wir uns an, was die Hartz-Gesetze wirklich gebracht haben: Steinmeier behauptet, die Arbeitslosigkeit in Deutschland sei dadurch von über fünf auf drei Millionen gesunken, die Zahl der Arbeitenden mit 41 Millionen so hoch wie nie. In Wirklichkeit ist aber die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden seit 2003 nicht gestiegen, sondern gesunken! Was gestiegen ist, ist die prekäre Beschäftigung, von der man nicht leben kann. Heute gibt es fünf Millionen hauptberufliche und fast drei Millionen nebenberufliche 400-Euro-„Minijobber“ in Deutschland.

Die Zahl der Leiharbeiter ist durch die Hartz-Gesetze zeitweilig auf weit über eine Million gestiegen. Nun ist sie wieder rückläufig, weil inzwischen die Leiharbeiter durch noch billigere „Werksverträgler“ abgelöst werden. Am Samstag war zu lesen, dass zum Beispiel in einer der größten norddeutschen Schlachtereien, in Essen bei Oldenburg, litauische Vertragsarbeiter 16 Stunden am Tag arbeiten, für fünf Euro pro Stunde. Das ist natürlich noch lukrativer als circa acht bis neun Euro pro Stunde an einen Leiharbeiter zu bezahlen, der sogar tarifliche Arbeitszeit hat!

Die Hartz-Gesetze haben Leih- und Zeitarbeit sowie Werksverträge fast ohne Einschränkung möglich gemacht. Gleichzeitig wurden alle Arbeitslosen unter Generalverdacht gestellt, die Arbeitsagenturen auf „Verfolgungsbetreuung“ umgestellt. Wer sich weigert, solch ein prekäres Arbeitsverhältnis einzugehen, bekommt keine Unterstützung mehr. Wer Hartz IV bekommt, steht am meisten unter Druck – bis zum Herumschnüffeln im Schlafzimmer, wer mit wem lebt.

Die Armut in Deutschland hat in diesen zehn Jahren extrem zugenommen – der Reichtum einiger weniger dafür ebenfalls, worüber der „Armutsbericht“ wenig zu sagen weiß. Seit 2003 hat sich die Zahl der „Tafeln“ vervielfacht. Auch wer

noch einen „normalen“ Job hat, dem geht es schlechter als vor zehn Jahren, denn durchschnittlich sank der Reallohn um fünfzehn Prozent. Arbeitslosengeld wird – bis auf Ausnahmen – nur noch zwölf Monate bezahlt. Anschließend müssen die Ersparnisse fürs Alter aufgebraucht werden, danach geht’s ab in Hartz IV – mit den entsprechenden schikanösen Behandlungen. Das alles haben wir der Agenda 2010 zu verdanken und seinen Vätern Peter Hartz, Gerhard Schröder, Walter Steinmeier und Peer Steinbrück. Pfui Teufel, ist das ein widerliches Pack!

Kein Wunder, dass Frau Merkel in Umfragen noch besser abschneidet als diese Steinsgesichter. Deren „Segnungen“ sollen nun auch den Spaniern, Griechen, Italienern und Portugiesen zuteil werden: Mittels der Troika aus EZB, IWF und EU sollen sie zu genau diesen „Reformen“ gezwungen werden, die wir schon seit zehn Jahren zu spüren bekommen. Die Agenda 2010 war und ist der größte Angriff auf die Lebenslage der breiten Mehrheit der Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg! Nach Steinmeier ist die Ursache der Weltwirtschafts- und Finanzkrise, dass nicht alle Länder Europas diesen Generalangriff („Härte muss sein“) auf ihre Bevölkerungen gefahren haben. Das verdreht alles völlig!

Die Ursache der Krise ist keineswegs, dass die Menschen über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Die Ursache liegt in der Überakkumulation von Kapital – und das ist eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Anders ausgedrückt: Die menschliche Arbeitskraft hat die Eigenschaft, mehr an Werten zu schaffen, als für die Wiederherstellung notwendig ist. Diesen Mehrwert eignen sich die Kapitalisten an. Mit jedem Fortschritt in der Produktion wächst der Unterschied zwischen dem, was zur Wiederherstellung der Arbeitskraft an Lohn bezahlt wird, und dem, was an Mehrwert geschaffen wird.

Heute stellt ein Arbeiter – wobei es natürlich große Unterschiede gibt – in circa einer Stunde am Tag das her, was er bezahlt bekommt, den Rest streicht der Unternehmer ein. Aber was macht er damit? Es wird immer schwieriger für ihn, das ständig wachsende Kapital so zu reinvestieren, dass es Profit bringt. Deshalb nimmt die Spekulation immer größeren Raum ein. All das hat Marx wissenschaftlich schon vor über 150 Jahren nachgewiesen – und dass es dadurch zu den Wirtschaftskrisen kommt, die nur abgeschafft werden können, wenn der Kapitalismus abgeschafft wird.

Das war bis zum ErstenWeltkrieg auch die Auffassung der SPD. Davon ist sie heute aber Lichtjahre entfernt, sie ist nun genauso eine Partei des Großkapitals wie die CDU oder die FDP. Wenn in Griechenland und in Portugal zurzeit Millionen auf die Straße gehen – gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken, gegen EZB, IWF und EU –, dann kämpfen sie auch gegen den Import der deutschen Agenda 2010 in ihre Länder. Deswegen europaweiter Kampf gegen die Krisenprogramme! Weg mit den Hartz-Gesetzen, weg mit der Agenda 2010!

2. Vor zwei Jahren flogen vier Atomkraftwerksblöcke in Fukushima der Reihe nach in die Luft. Es setzte die Kernschmelze ein, ein vierfacher Super-GAU, dessen Auswirkungen, die sich erst im Lauf der nächsten Jahre in ihrem ganzen brutalen

Umfang zeigen werden, in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet werden. Laut seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“ gab es durch den Super-GAU in Fukushima bis jetzt 40.000 bis 80.000 zusätzliche Krebsfälle sowie 37.000 zusätzliche Krebsfälle durch verseuchte Lebensmittel. Bei über 35 Prozent der Kinder in der Präfektur Fukushima wurden Schilddrüsenzysten beziehungsweise -knoten festgestellt – eine Vorform des Schilddrüsenkrebses, der verstärkt ab 2014/15 auftreten wird. Leukämie wird noch etwa ein Jahr später auftreten. Die Geburtenrate ging bereits zurück, die Säuglingssterblichkeit ist hoch.

Der Super-GAU vor 27 Jahren in Tschernobyl, bei dem gegenüber Fukushima „nur“ ein Bruchteil an Radioaktivität frei wurde, lässt Schlimmes erwarten: Insgesamt starben nach Berechnung der „Internationalen Ärzte“ 1,6 Millionen Menschen an den Folgen. Von den 800.000 sogenannten „Liquidatoren“, die dort aufräumen mussten, starben inzwischen 125.000; weitere Hunderttausende sind schwer erkrankt. Fehlgeburten und Missbildungen nehmen von Generation zu Generation zu. Noch ist völlig unklar, welche globalen Auswirkungen die extreme radioaktive Verseuchung des Pazifiks durch die massenhafte Einleitung hochradioaktiv verseuchten Löschwassers in Fukushima für die gesamte Weltnahrungskette nach sich ziehen wird.

In den meisten Artikeln zum zweiten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima ist zu lesen, sie sei Folge des Tsunamis gewesen, also einer Naturkatastrophe. Das ist so nicht richtig: Auf „3-Sat“ wurde in einem Film dokumentiert, dass bereits durch das Erdbeben – also *vor* dem Tsunami – das Abklingbecken von Block 4 einen Riss bekommen hatte, sodass durch das Ablaufen des Kühlwassers die Brennstäbe frei lagen und es zur Kettenreaktion kam. Auch in den anderen Blöcken entstanden bereits durch das Beben die größten Schäden. Aber auch das Erdbeben ist nicht die eigentliche Ursache.

Diese liegt nicht in der Natur, sondern in der verbrecherischen Handlungsweise der Betreibergesellschaft Tepco und der japanischen Regierung: Niemals hätte in einem so extrem erdbebengefährdeten Gebiet ein **Atomkraftwerk** überhaupt erst gebaut werden dürfen! Aber Profit geht über Leichen. So werden in Japan schon wieder AKWs angefahren, denn die Regierung setzt auch in Zukunft auf diese nicht beherrschbare menschenfeindliche Technologie. Atomkraftwerke stilllegen, sofort, weltweit, für alle Zeit!

In Deutschland hat der Anti-Atom-Widerstand bewirkt, dass acht alte AKWs sofort vom Netz mussten. Jetzt geht es darum, dass auch die verbliebenen neun sofort und für immer abgeschaltet werden. Am Samstag demonstrierten über 20.000 Menschen in einer Kette um das AKW Grohnde. Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Bei uns muss er sich vor allem gegen die Merkel-Regierung mit Umweltminister Altmeier richten, die den Umstieg zu erneuerbaren Energien systematisch torpedieren. Auch das Argument der teuren „Stromautobahnen“ als Ursache der Strompreiserhöhungen ist völlig daneben.

Die richtige Alternative wären massenhafte regionale Energiespeicher – zum Beispiel Umwandlung in Wasserstoff oder Pumpspeicherwerke –, um die Sonnen- und Windenergie wetterunabhängig zu machen. Dafür gibt es genügend Möglichkeiten, was aber den Profitinteressen der großen Stromkonzerne und Netzbetreiber widerspräche. Deren Interessen aber dient die Bundesregierung! Der Kampf gegen den Untergang in einer globalen Umweltkatastrophe ist immer mehr also zu einem Teil des allgemeinen Kampfes für ein Gesellschaftssystems geworden, wo nicht der Profit, sondern die Bedürfnis der Menschen die Grundlage bilden. Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft!

Ich möchte alle Teilnehmer der Montagsdemo herzlich zur „**Wählerinitiative Wolfgang Lange** einladen. Wie ihr wisst, bin ich Direktkandidat der „MLPD/Offenen Liste“ für den Wahlkreis Bremen 1. In der Wählerinitiative haben wir immer ein besonderes Thema. Beim nächsten Treffen am **Freitag**, dem **15. März 2013** lautet es „Gemeinsam aktiv für die Befreiung der Frau“. Wir treffen uns um **17:30 Uhr** im „Gem ’s mug “ in der Langemarckstraße 82-86. Ich freu mich auf euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

416. Bremer Montagsdemo
am 18. 03. 2013

Kaum eine Frau schafft den Aufstieg aus einem Minijob

1. Der „Weser-Kurier“ schrieb vergangenen Donnerstag, die Weltgesundheitsorganisation warne davor, dass die **Lebenserwartung** der Europäer als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sinken könne. Wenn „wirtschaftliche oder soziale Krisen zu einer Kürzung der Gesundheitsausgaben führten“, seien „die stetigen Fortschritte bei der Lebenserwartung in Europa“ gefährdet. So wird ein 2010 geborenes Kind durchschnittlich 76 Jahre alt werden, ein 1980 geborener Europäer hingegen nur etwa 71 Jahre. Diese Entwicklung wird auf den Rückgang bestimmter Erkrankungen sowie eine Verbesserung der Lebensumstände zurückgeführt. Die Lebenserwartung schwankt in den einzelnen Ländern deutlich, zwischen 68,7 Jahren in Kasachstan und 82,2 Jahren in Spanien.

Auch die Gesundheitsausgaben unterscheiden sich: Sie betragen in Frankreich 11,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Turkmenistan lediglich 2,5 Prozent. Eigentlich steht nur in der Überschrift des Artikels etwas dazu, dass die Finanzkrise die Lebenserwartung verkürzen könne. Uneigentlich müsste da stehen, wie die neoliberalen Politiker mit der Wirtschaftskrise umgehen: Wie seit den Hartz- Gesetzen immer mehr Eigenzuzahlungen von den Patienten geleistet werden müssten, wer sich das finanziell nicht ermöglichen könne, dann eben Pech habe und früher sterben „dürfe“. Im Durchschnitt müssen Kassenversicherte 380 Euro jährlich aus eigener Tasche zahlen. Die privaten Zuzahlungen seien demnach in den letzten fünf Jahren deutlich angestiegen.

2. Natürlich dürfen wir auch nicht außer Acht lassen, dass die Chefs der gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr teils deutlich mehr verdienten als noch 2011, der Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK zum Beispiel rund 15.000 Eu-

ro mehr erhielt und der Leiter der Pronova BKK gut 10.000 Euro. Um sich die Größenordnung einmal vorstellen zu können: Der Vorsitzende der DAK Gesundheit verzeichnete ein Gehalt in Höhe von 242.540 Euro, der Chef der Pronova BKK wurde mit 244.218 Euro vergütet. Es geht hier nicht um eine „Neiddebatte“, sondern um eine schlichte Verständnisfrage, denn wer diese Zahlen liest, rätselt doch, für welche Gegenleistung solche unglaublichen **Gehälter** gezahlt werden, wohingegen die Kassen angeblich zu leer seien, um die 90 Prozent Kassenpatienten optimal zu behandeln, weshalb es kein Geld für Brillen und fast keines für Zahnersatz gibt.

Meiner Meinung nach leisten Ärzte, Krankenpfleger, Lehrer und Erzieherinnen durch anspruchsvolle Arbeit mit und am Menschen, aber auch Straßenbauer, Ingeniere und die Männer der Müllabfuhr wirklich etwas für diese Gesellschaft. – Nun will die SPD eine eigene Gesetzesinitiative zur Begrenzung überhöhter Managergehälter einbringen, um die steuerliche Absetzbarkeit von Vergütungen, Boni und Abfindungen einzuschränken: Der Teil, der 500.000 Euro im Jahr übersteige, solle nur noch zur Hälfte steuerlich absetzbar sein.

Es soll auch eine Anregung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bezüglich der Gehaltsobergrenzen überprüft werden, wonach eine bestimmte Relation zu den Durchschnittsgehältern im Betrieb nicht überschritten werden dürfe. Immer noch wird so getan, als ob mit einer äußerst maßvollen Deckelung der Managergehälter deren exzessives Ansteigen in unermessliche Höhe mit den im krassen Gegensatz dazu seit Jahren schrumpfenden Gehältern der unteren Schichten irgendwie in Einklang zu bringen sei. Nein, das ist mitnichten so in Ordnung!

3. Die Enquete-Kommission des Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ plädiert für die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters auf 69 Jahre bis zum Jahr 2060. Ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren trauen sie sich hingegen wohl noch nicht kackfrech und dreist zu fordern. Diese Art der **Rentenkürzung** verdeutlicht, dass wir alle bis zum Umfallen arbeiten sollen.

Die „Besserverdienenden“ werden ein paar Jahre früher mit kleinen Abzügen in Rente gehen, wohingegen die anderen auch mit 69 Jahren nicht wissen, wie sie mit dann bestimmt noch weniger als 40 Prozent ihres Dumpinglohnes über die Runden kommen sollen. Wie „gut“, wenn die Lebenserwartung sinkt und kaum einer erleben wird, dass er in Wirklichkeit gar keine Rente mehr bekommt, weil in Deutschland immer mehr die asozialen amerikanischen Verhältnisse einziehen.

Die Enquete-Kommission möchte außerdem mehr Väter „an den Wickeltisch“ locken, weil durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen „eine Verhaltensänderung von Männern“ unverzichtbar sei. Sehr löblich, doch wie sollen Männer vermehrt zu Hause bleiben, wenn doch auf ihr noch immer etwa 23 Prozent höheres Gehalt gar nicht verzichtet werden kann?

4. Der Wirtschaftsweise Lars Feld warnt vor einer Zunahme der Arbeitslosenzahlen durch **Mindestlöhne**, weil die Politik so mit der Gefahr spielte, den „Erfolg“ ih-

rer eigenen Reformen zunichte zu machen: „Uns geht es viel zu gut, deshalb fangen wir wieder an, Unsinn zu machen“. Wer redet hier eigentlich Unsinn? Welche Erfolge für wen – das ist doch vielmehr die entscheidende Frage! „Uns geht es zu gut“? Wer ist „wir“? Sicherlich sind es kaum die finanziell herumkrebsenden Erwerbslosen, Minijobber, Aufstocker, Dumpinglohn-Beziehenden! Es ist leicht, mit zweierlei Maß zu messen, Wasser zu predigen und selbst Wein zu schlürfen. Die Folgen solches – nennen wir es höflichkeitshalber: Geredes – kriegen nie die Verursacher selbst zu spüren.

5. Obwohl die **Callcenter**-Branche mit mieser Bezahlung, starker Fluktuation und loser Tarifbindung eines der schlechtesten Images in der deutschen Arbeitswelt hat, wächst sie dank großzügiger Subventionen der Bundesregierung Jahr für Jahr weiter. Inzwischen arbeiten rund eine halbe Million Menschen in dem Sektor. Laut Regierungsangaben fließt der größte Anteil der staatlichen Gelder an Callcenter-Beschäftigte, deren Lohn nicht zum Leben reicht. Selbst Vollzeitbeschäftigte erhielten durchschnittlich 461 Euro pro Monat.

Mehr als 68 Prozent bezogen 2010 (neuere Daten liegen nicht vor) ein Entgelt unterhalb der offiziellen Niedriglohnschwelle von 10,36 Euro brutto in der Stunde. Die Callcenter kosten den Staat jährlich 36 Millionen Euro und Tausende Mitarbeiter die Gesundheit! Wenn die meisten Leute gar nicht dort arbeiten und noch weniger durch Anrufe von dort belästigt werden wollen, dann frage ich mich wirklich, wieso die Callcenter überhaupt so viel Unterstützung bekommen.

6. Nach einer neuen Studie des Bundesfamilienministeriums zeigt sich, dass Frauen kaum den Wechsel aus einem **Minijob** in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen. Dieser Übertritt gelinge umso unwahrscheinlicher, wenn Frauen mehrere Minijobs haben, oder auch je länger der Minijob währt. Nur 14 Prozent der Frauen, die früher einen Minijob als Hauptbeschäftigung ausübten, hätten heute eine Vollzeitstelle, 26 Prozent eine Teilzeitstelle mit mindestens 20 Stunden pro Woche. Mehr als die Hälfte sei nicht mehr am Arbeitsmarkt tätig.

Damit tritt klar zutage, dass Minijobs keinesfalls als „Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ wirken, sondern vielmehr ein „Programm zur Erzeugung lebenslanger ökonomischer Ohnmacht und Abhängigkeit von Frauen“ darstellen! Obwohl Minijobber arbeitsrechtlich allen anderen Beschäftigten gleichgestellt sind, werden sie von einer Vielzahl von Arbeitgebern als billige Arbeitskräfte zweiter Klasse behandelt. Zwei Drittel der Minijobber haben der Studie zufolge noch nie den ihnen gesetzlich zustehenden bezahlten Urlaub genommen. 41 Prozent wird bezahlter Urlaub generell verwehrt, 39 Prozent erhalten keine Fortzahlung im Krankheitsfall.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Dienstag**, dem **26. März 2013**, findet im „**Paradox**“ um **19 Uhr** das zweite **Vorbereitungstreffen** für die nächste **Jobcenter-Aktion** statt.

Keine Scheindebatte um „Vollbeschäftigung durch Lohnarbeit“!

Es wäre schön, könnte man Arbeit erwerben wie eine Tüte Brötchen beim Bäcker. Sie wird aber nicht millionenfach gekauft von den Arbeitnehmer(inne)n, sondern diese müssen ihre Arbeitskraft verkaufen. Deshalb wäre es wichtig und richtig, dass Mitglieder einer linken Partei diesbezüglich eine deutliche Sprache sprechen. Von der Lohnarbeit muss die Rede sein: Sie ist es, mit der eine große Mehrheit der Bevölkerung ihre derzeitige und zukünftige Reproduktion absichern soll. Ein solidarisches Grundeinkommen mit der dazu gehörigen Verkürzung und Umverteilung der Lohnarbeit ist mittlerweile ein notwendiger und richtiger Schritt. Warum?

Wenn man aus den Angaben des Bundesamtes für Statistik alle geleisteten Stunden der Selbständigen und Staatsbediensteten sowie alle Lohnarbeitsstunden der circa 20 Millionen Vollzeitbeschäftigten herausrechnet, dann wird man feststellen, dass für 34 Millionen mögliche Erwerbsfähige nach Abzug der Vollzeitarbeit nur noch durchschnittlich 25,25 Stunden im Monat an bezahlter Lohnarbeit von den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden!

Heute müssen sich also 34 Millionen mögliche Erwerbsfähige nach den sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten das letzte Fünftel der von den Unternehmen bezahlten Lohnarbeit untereinander teilen. Das wären für jede(n) Lohnarbeiter(in) ungefähr 25,25 Stunden im Monat. Sollten diese Erwerbstätigen ihre Reproduktionskosten mit Lohnarbeit erarbeiten, wäre unter diesen Bedingungen ein Mindestlohn von ungefähr 70 Euro in der Stunde notwendig! Die Umverteilung der Lohnarbeit muss also ein Muss werden – doch selbst die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, stellt diese Forderung nicht offensiv in der Öffentlichkeit auf, sondern buhlt lieber um den Mittelstand, der um seine Privilegien fürchtet.

Ein Grundeinkommen wäre allerdings kaum solidarisch, müssten sich ausschließlich Reiche und große Unternehmen an der Finanzierung beteiligen. Ein gleiches Grundeinkommen von der Geburt bis zur Bahre darf immer nur aus dem gesamtgesellschaftlichen Ergebnis aller Güter und Dienstleistungen eines Jahres von allen arbeitsfähigen Menschen finanziert werden – selbstverständlich prozentual nach der Leistungsfähigkeit! Aber Freibeträge sollte es in einer solidarischen

Gesellschaft nicht geben. Nur so lassen sich Bedingungen schaffen für ein solidarisches und menschenwürdiges Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger! Sämtliche Scheindebatten zur „Vollbeschäftigung allein durch Lohnarbeit“ sollte man als Partei beenden und ablehnen. Für ein schönes Leben für alle!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Der Diebstahl an Kleinsparern auf Zypern ist erst ein Vorgeschmack

Das ist echt der Hammer! Wie oft haben die Regierenden schon erzählt, dass sie die Krise der EU „voll im Griff“ hätten. Auf Zypern wurden am Wochenende die Sparkonten der Bürger gesperrt und jedem Sparer mindestens 6,75 Prozent gestohlen. Die Finanzminister der EU haben diese Zwangsabgabe auf Sparbücher diktiert. Es wird so getan, als ob damit die Besitzer großer Vermögen belastet werden sollten, um Zypern zu „retten“. Aber Aktien und Investmentfonds sind von den Zwangsmaßnahmen ausgespart. Welcher Superreiche legt sein Geld auf einem Sparbuch mit Minizinsen an? Alle Guthaben der Reichen und Superreichen waren schon längst abgezogen. Diese Kreise sind immer sehr gut vernetzt und werden selbstverständlich benachrichtigt, bevor solche Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden.

Diese Enteignung trifft die kleinen Sparer. Dieser Diebstahl zeigt, dass die Krisenlasten immer rigoroser auf die Bevölkerung abgewälzt werden! „So etwas kann uns hier in Deutschland nicht passieren“, hoffen manche. Nicht heute, aber vielleicht morgen, denn vom Grundsatz her ist es natürlich immer möglich. Es war die Merkel- Regierung, die diese Enteignung vorangetrieben hat. Finanzminister Schäuble soll sogar eine Zwangsabgabe von 40 Prozent gefordert haben. O-Ton Schäuble: „Bankeinlagen sind eine sensible Sache, da muss man schnell handeln, daher macht man es am Wochenende“.

Insgesamt 5,8 Milliarden Euro sollen auf diese Weise für die „Rettung“ des zyprischen Bankensystems und des Staatshaushalts aufgebracht werden. Viele Länder in der EU stehen vor dem drohenden Staatsbankrott, weil den angeblich notleidenden Banken und Konzernen Billionen Euro aus Steuergeldern in den Rachen geschoben wurden. Die Zeche soll die Masse der Bevölkerung doppelt und dreifach bezahlen. Griechenland, Spanien und jetzt Zypern – das ist nur ein Vorgeschmack darauf, was auch in Deutschland noch auf uns zukommt! Die EU hat in ihren Beschlüssen vom Wochenende bereits drastische Kürzungen der Förder-

mittel für Bremen und Niedersachsen beschlossen: Der Europäische Sozialfonds soll halbiert werden, mit dem bisher Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit oder zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen finanziert wurden.

Die führenden EU-Länder versuchen, die Krisenlasten vor allem auf die Menschen in Südeuropa abzuwälzen, um Massenkämpfe in ihren Ländern zu vermeiden. Dabei sind sie jederzeit bereit, demokratische Rechte und die staatliche Souveränität mit Füßen zu treten. Die Enteignung der Sparkonten in Zypern wurde bereits vollzogen, obwohl noch nicht einmal das zyprische Parlament dem Diktat der EU zustimmen konnte. Die führenden EU-Länder stellten sie vor die Alternative, entweder der Einlagenenteignung zuzustimmen oder aus dem Euro auszusteigen. Das offenbart immer deutlicher, dass wir es mit einer Schein-Demokratie zu tun haben, die in Wirklichkeit eine Diktatur des allein herrschenden internationalen Finanzkapitals ist.

Wer sein Auto an die Wand fährt, muss es selbst bezahlen. Auch in Bezug auf die Weltwirtschafts- und Finanzkrise muss das Verursacherprinzip durchgesetzt werden: Das internationale Finanzkapital soll die Zeche selbst bezahlen! Schon in den letzten Jahren und Monaten hat es gegen die verschiedenen Krisenprogramme auf Zypern massenhafte Proteste und Generalstreiks gegeben. Auch gegenwärtig werden weitere Aktionen vorbereitet. Es ist wichtig, auf einen länderübergreifenden, gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten in Europa hinzuarbeiten. Die Montagsdemos haben sich schon immer dafür stark gemacht und werden es auch in Zukunft tun.

Harald Braun

Hein hat Arbeit, und das Jobcenter schmeißt mit Knüppeln

1. Warum hat sich Bremen letztes Jahr für das Berliner Modell entschieden? Weil das hiesige **Jobcenter** 2012 seine Zielvorgaben (voraussichtlich) nicht erreicht hat. Verfehlt wurden die Ziele „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“ sowie „Verbesserung der Integration in Arbeit“ und folglich auch die Vorgabe zur Reduzierung der Erwerbslosen mit Leistungsanspruch. Bremen liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Eigentlich logisch! Es fehlt der Hansestadt nicht an Arbeitsvermittlern, sondern an Arbeitsplätzen.

Bremen ist Hochburg der Leiharbeit. Hierzu und zu den Zielvorgaben der Jobcenter gab es in der ARD einen sehr treffenden Beitrag: In Leiharbeit wird vermittelt, weil dies zur Erreichung der Zielvereinbarung am einfachsten ist. Die Vermittlung zählt – auch wenn der Leiharbeiter binnen Kurzem wieder erwerbslos ist. Eine Arbeitsaufnahme muss nur sieben Tage dauern, um als erfolgreich zu gelten! – Unter diesen Rahmenbedingungen sollte der Mensch annehmen, das Jobcenter werde einen Arbeitssuchenden, der eine Arbeitsstelle gefunden hat, unterstützen. Oder?

2. Hein hat einen **Arbeitsvertrag** in der Tasche. Er kann am nächsten Ersten anfangen. Voller Stolz geht er zu seinem Fallmanager und legt ihm den Arbeitsvertrag vor. Der Fallmanager kopiert sich den Vertrag und stellt fest: „Dann bekommst du kein Geld mehr von uns.“ Hein ist entsetzt: Der Arbeitsvertrag besagt, dass der Lohn nachträglich ausgezahlt wird. Hein macht klar: „Ich kann nicht in Vorleistung treten. Ich habe kein Geld!“ Hein kann seine Miete, Strom und Telefon, die Fahrkarte zur Arbeit nicht zahlen. Er kann sich nicht ernähren.

Der Fallmanager kann die Leistungen in unveränderter Höhe weiterzahlen, unter dem Vorbehalt der Rückforderung. So sieht es das SGB II vor. Der Fallmanager handelt daher willkürlich und begeht einen Rechtsbruch! Das Zuflussprinzip wurde durch eine Gerichtsentscheidung erweitert: Jeder Zahlungseingang ist auf die Leistungsansprüche des Monats anzurechnen. Auch wenn diese Zahlung erst am 30. des Monats eingeht. Diese Entscheidung sollte der Vereinfachung dienen.

Hein muss bei einem Zahlungseingang im laufenden Monat die Leistungen des Jobcenters zurückzahlen. Dies ist ebenfalls ein Problem, weil der Arbeitslohn somit für zwei Monate reichen muss. Der Fallmanager kann Hein eine Ratenzahlung gewähren. Damit wäre Hein „aus dem Schneider“ – ebenso, wenn der Arbeitslohn am ersten Tag des Folgemonats eingeht. Zusammen mit der darlehnsweisen Weiterzahlung wäre dies die Absicherung für die Arbeitsaufnahme. Es ist irgendwie paradox: Der Mensch hat Arbeit gefunden, will arbeiten, aber das Jobcenter macht dies unmöglich! Was macht Hein nun?

Der Fallmanager bleibt dabei: „Wir stellen die Zahlung ein!“ Hein macht einen Plan und arbeitet diesen ab. Bei seinen Fallmanager reicht er einen Antrag auf notwendige Anschaffungen für die Beschäftigungsaufnahme ein, außerdem einen Widerspruch gegen die angekündigte Zahlungseinstellung. Hein kann auch beides gegen Stempel am Empfangstresen abgeben oder einfach in den Briefkasten werfen – je nachdem, wie weit der Monatswechsel noch entfernt ist. Danach geht Hein zum Sozialgericht. Ausweis und Kontoauszug sowie den aktuellen Leistungsbescheid und den Widerspruch nimmt er mit.

Hein beschreibt bei der Rechtsantragsstelle seinen Geldmangel und beantragt einstweiligen Rechtschutz. Das Sozialgericht muss wissen, wie eilig es ist, und wird sofort tätig. Hein muss seinen Vermieter, die Telefongesellschaft und den Energieversorger informieren. Eventuell räumt seine Bank ihm eine befris-

tete Überziehungsmöglichkeit ein. Die Förderung der Arbeitsaufnahme ist durch die Weiterzahlung der Leistung als Darlehn und die Rückzahlung in Raten machbar und vom SGB II so vorgesehen! Der Rechtsverstoß des Fallmanager bleibt für diesen ohne Folgen: Das Sozialgericht ordnet die Zahlung an, nicht die Bestrafung des Verursachers.

Einem Fallmanager muss eigentlich die gelungene Arbeitsaufnahme ein Anliegen sein! Solch ein Fallmager kann beim Gespräch abklären, welche Widrigkeiten noch zu beheben sind, und gemeinsam kann der Bedarf festgestellt werden. Es besteht die Möglichkeit, anlässlich der Arbeitsaufnahme zusätzliches Geld zu bezahlen, circa 300 Euro. Damit kann Hein sich regenfeste Kleidung für den Weg zur Arbeit kaufen und eventuelle weitere notwendige Anschaffungen tätigen. Doch das Abenteuer geht weiter: Hein hat Arbeit, und das Jobcenter schmeißt mit Knüppeln!

Hein hat vom Jobcenter ein Darlehn für die Bezahlung der Mietkaution oder für andere dringende Ausgaben erhalten. Die Darlehnsverträge haben die Klausel, dass mit Beendigung des Leistungsanspruchs der Restbetrag sofort fällig ist. Dies kann der Fallmanager ändern. Das bedeutet schon wieder einen Antrag, diesmal auf Rückzahlung des Restbetrages in monatlichen Raten, beginnend beispielsweise zwei Monate in der Zukunft.

Ohne Änderung gibt das Jobcenter die Darlehnsforderung an das Hauptzollamt zum Einzug oder zur „Beitreibung“ ab. Es kommt eine Aufforderung, innerhalb von 14 Tagen zu zahlen, sonst werde „vollstreckt“: So oder ähnlich schaurig klingt der Text. Hein kann jetzt Widerspruch beim Jobcenter einlegen, zur Begründung auf den Antrag auf Teilzahlung verweisen und eine Kopie an das Hauptzollamt schicken. Notfalls braucht er wieder die eilige Unterstützung des Sozialgerichts.

Der Fallmanager hat auch noch Möglichkeiten darüber hinaus: Im Lexikon des Jobcenters ist das Einstiegsgeld aufgeführt. Damit kann er notwendige Unterstützung leisten. Außerdem kann er auf die Rückzahlung der restlichen Darlehnsbeträge verzichten. Der Verzicht (die „Niederschlagung“ der Forderung) ist geboten, wenn Hein die Schulden so belasten, dass er seine Motivation zur Arbeit verliert. Diese Möglichkeit steht nicht im Lexikon. – Warum merkt der Arbeitssuchende so wenig von diesen positiven Möglichkeiten? Der Fallmanager handelt weisungsgebunden!

Der „Drehtüreffekt“ der Leiharbeit ergibt sich auch aus einer Studie des IAB für den Arbeitsmarkt in Bremen. Auf Seite 3 ist nachzulesen, dass 166.000 Einstellungen zahlreiche „Integrationschancen“ für die Erwerbslosen darstellten. Die geringe Verweildauer in den Leiharbeitsfirmen wird nicht negativ bewertet: Den Einstellungen stehen 170.500 Personal*abgänge* gegenüber! Die Zahlen stammen von 2002 bis 2007. Die Drehtüren haben sich inzwischen sicher beschleunigt!

Die sofortige Zahlungseinstellung bei Arbeitsaufnahme wird nicht von allen Fallmanagern vollzogen, ist aber kein Anfängerfehler: Gerade langjährige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen praktizieren sie. Gegenwehr ist möglich und nötig! Diese durch das Jobcenter verursachten Vermittlungshemmnisse haben schon

manches Arbeitsverhältnis zerstört und damit auch die Chance zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit zerschlagen.

3. Ein Darlehn für die Mietkaution ist sei der Änderung des SGB II sofort zu tilgen. Dies hat das Sozialgericht Berlin nicht akzeptiert. Wie Harald Thomé informiert, sei für Kautionstilgung in der Regelleistung kein Spielraum. Das Gericht habe die Kautionsgewährung auf Zuschussbass angeordnet, dem Jobcenter allerdings die Möglichkeit eingeräumt, sich vom Hilfeempfänger eine Abtretungserklärung geben zu lassen, damit die Kaution nach Rückzahlung direkt dem Jobcenter zufließt. Diese Entscheidung ist richtungweisend.

In der Beratungspraxis sollte darauf Bezug genommen werden unter dem Motto: Keine Tilgung von Kautionsforderungen im laufenden Leistungsbezug! Mit dieser Begründung kann gegen einen die Kautionsdarlehensaufrechnung bestimmenden Bescheid Widerspruch oder Überprüfungsantrag eingelegt werden. Wenn eine Aufrechnung durch Vertrag oder Erklärung des Betroffenen durchgeführt wird, kann diese jederzeit mit Bezugnahme auf § 46 SGB I, Absatz 1, Teilsatz 2 zurückgenommen werden. Es sollte auf Basis dieses Urteils bundesweit gegen Kautionstilgungen aus der Regelleistung vorgegangen werden.

Ebenfalls von Harald Thomé stammt die nachfolgende Information: Berlin hat per kommunaler Satzung **Mietobergrenzen** festgesetzt, die das dortige Sozialgericht in einer aktuellen Entscheidung als unzulässig angesehen hat. Einem klagenden Hartz-IV-Empfänger wurden deutlich höhere Unterkunftskosten zuerkannt. Anzuerkennen sind die Werte nach § 12 Wohngeldgesetz mit zehnprozentigem Sicherheitszuschlag, für eine Person demnach 393,80 Euro zuzüglich Heizkosten von 45 Euro, also 438,80 Euro „warm“. Damit hat das Sozialgericht eine „neue Runde“ eröffnet. Berliner sollten darauf aufbauend handeln: Widersprüche einlegen und Überprüfungsanträge stellen.

Bei den vorstehenden Kosten der Unterkunft ist etwas unklar: Steht diese Heizkostenpauschale auch in der kommunalen Satzung zu den Unterkunftskosten? Eine Heizkostenpauschale ist genauso zu hinterfragen wie eine Mietobergrenze. Bremen bewilligt Heizungskosten nach dem „Heizspiegel Bremen 2010“ in Anlage 5 der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ Eventuelle Kürzungen der tatsächlichen Heizkosten sind angreifbar. Es gibt dafür viele gute Gründe: Bei den in der bremischen Verwaltungsanweisung genannten Mietobergrenzen fehlt nicht nur der Zuschlag von zehn Prozent, obwohl die Gerichte diesen Zuschlag teilweise bewilligt haben, sondern schon die Grundbeträge sind falsch.

Auch über den Zehn-Prozent-Zuschlag sowie eine weitere Überschreitung denken die Richter am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen nach. Die „Solidarische Hilfe“ nennt auf einer Infoseite noch die etwas niedrigeren Mietobergrenzen gemäß § 10 Wohngeldgesetz ohne den Zuschlag von zehn Prozent „plus X“. Ein Eigenanteil bei der Miete ist angreifbar und mit Erfolg änderbar. Hier gilt es, genauso aktiv zu werden wie bei der Mietkaution angeregt. Bremen hat in dieser Verwaltungsanweisung zugestanden, dass in den Vorjahren falsche Mie-

tobergrenzen bewilligt wurden. Auch diese Jahre sind „aufzurollen“, siehe vorherige Bremer Montagsdemos!

4. Der Bund hat circa 12.000 **Wohnungen** für 471 Millionen Euro verkauft, obwohl die verkauften Immobilien Gewinne für den Bund erwirtschafteten: „Das den Angaben zufolge führende Immobilienunternehmen in Ostdeutschland hat seit 2002 durchgängig Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe erwirtschaftet. Das Finanzministerium hatte trotz der Ausschüttungen argumentiert, es bestehe kein ‚wichtiges Bundesinteresse‘ im Sinne der Haushaltsordnung. Der Bund sei verpflichtet, sich von diesen Beteiligungen zu trennen.“ Liest mensch im Bundesministerium nicht die ortsüblichen Zeitungen?

Bei der Information des Bundestags hat der Staatssekretär für Finanzen dies als „gutes Geschäft“ bezeichnet und darauf hingewiesen, dass die Mieter durch die Sozialcharta „umfassend geschützt“ seien. Diese Urkunde wurde vom Vorsitzendes des „Mieterbundes“ geprüft, der feststellte, sie sei „das Papier nicht wert“. Der Staatsrat war nicht gesprächsbereit. Es gibt unbestritten viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum, und trotzdem wird munter an „Heuschrecken“ verkauft! Einige Mieter haben bereits Mieterhöhungsforderungen im Briefkasten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir laden ein zum 100. Bremer **Schwabenstreich** am **25. März 2013** im **Hauptbahnhof**! In großer Zahl wollen wir der Deutschen Bahn klarmachen, dass wir hier in Bremen auch im dritten Jahr des Schwabenstreiches immer aktiv sind und uns gegen das Betrugsprojekt „Stuttgart 21“ auflehnen. Oben bleiben!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

417. Bremer Montagsdemo
am 25. 03. 2013

Wenn sieben Tage Arbeit bereits als „erfolgreich vermittelt“ gelten

1. Die Industriekauffrau Jana Philippi ist wieder mal auf Jobsuche. Dabei hat sie zehn Jahre Berufserfahrung und war in den letzten fünf Jahren durch die Bundesagentur für Arbeit in sechs verschiedene Leiharbeitsfirmen vermittelt worden. Wie viele Erwerbslose fragt sie sich, weshalb sie immer wieder in **Zeitarbeit** gesteckt wird, obwohl klar ist, dass die Betroffenen nach drei Monaten wieder auf der Straße stehen werden. Selbst der Blick in die „Jobbörse“ der Arbeitsagentur zeigt fast nur Angebote von Leiharbeitsfirmen. Dazu blubbert, äh: erklärt Ilona Mirtschin von der Bundesagentur, das „Potenzial“ der Zeitarbeit liege vor allem in der Dynamik, die diese angeblich dabei habe, Stellen und Arbeitssuchende zusammenzubringen.

Vor Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze wurde der Bundesagentur vorgeworfen, sie sei zu verkrustet und solle erfolgsorientierter arbeiten. Deswegen wurden 2007 Kooperationsverträge mit Leiharbeitsfirmen geschlossen. Doch mit dem von der Bundesagentur aufgelegten Leiharbeitsbranchen- Förderprogramm ist nun eine Entwicklung eingetreten, die keiner gewollt haben will: Ein internes Papier der Bundesagentur belegt, dass der „Erfolg“ der Stellenbesetzung vor allem auf das Konto der Leiharbeit geht, was in einzelnen Agenturen zu Auswüchsen von bis zu 70 Prozent ihrer „Besetzungserfolge“ über Leiharbeit führt.

Wie viele Arbeitssuchende pro Monat und Agentur vermittelt werden müssen, gebe eine inoffizielle „Integrationsquote“ vor. Auf deren Einhaltung drängten Führungskräfte, die in die Büros der Mitarbeiter gingen. Wenn sieben Tage Arbeit bereits als „erfolgreich vermittelt“ gelten, ist es für den Vermittler leichter, seine Quote zu erfüllen, wenn er einen Arbeitslosen mehrfach in Leiharbeit vermittelt statt in eine unbefristete Stelle. Nichts scheint zu schlecht, gar unzumutbar zu sein,

um die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen: Statt einer langfristigen Stelle werden mehrere kurzfristige geschaffen, und wer drei bis vier Monate arbeitet, gilt nicht mehr als „langzeitarbeitslos“.

Diejenigen, die mindestens ein Jahr durchhalten, bekommen ALG I und fallen unter eine andere Statistik. Praktischerweise ist die Bundesagentur zuständig für die „Kontrolle“ der Zeitarbeitsfirmen – und stellt für über 20.000 Zeitarbeitsfirmen mit über 900.000 Leiharbeitern gerade einmal 55 Prüfer zur Verfügung. Arbeitsmarktexperte Dieter Döring kritisiert, es sei absurd, jemanden zum Kontrolleur zu machen, der eine Branche ganz bewusst als Instrument nutzt, um bessere Ergebnisse bei der „Integration“ zu bekommen. Warum sollte die Arbeitsagentur bei der Kontrolle den besagten Erscheinungsformen entgegenwirken wollen, wenn sie umgekehrt durch Verbesserung ihrer Kennziffern profitiert?

2. Als Amazon in Deutschland noch nicht die Marktmacht von heute hatte, dürfte das Unternehmen bis zu 14 Millionen Euro von Bund und Ländern erhalten haben. Laut Regierung hätten die Gelder Arbeitsplätze schaffen sollen: Die durch die Förderung geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze müssten binnen fünf Jahren besetzt oder zumindest dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt angeboten werden. Jedoch ist Amazon beim Thema Arbeitsplätze ein spezieller Fall, da sehr viele Leih- und Saisonarbeitskräfte bei dem Unternehmen beschäftigt sind: Gewerkschaftsangaben zufolge sollen in manchen Versandzentren fast 80 Prozent aller Beschäftigten befristet arbeiten. Besonders in der Vorweihnachtszeit setzt Amazon auf Tausende Saisonkräfte, von denen einige aus Krisenländern wie Spanien kommen.

Der „Linken“-Abgeordnete Klaus Ernst spricht von „staatlich subventionierter **Lohndrückerei**“: „Während Leiharbeitsbeschäftigte drangsaliert und Stammbelegschaften untertariflich bezahlt werden, haben Bund und Länder die Geschäftspraktiken von Amazon mit Millionenbeträgen legitimiert“. Er fordert, Finanzhilfen nicht nur an Arbeitsplätze, sondern auch an Tarif- und Sozialstandards zu koppeln. Der Konzern ist mittlerweile für ein Viertel des Versandhandels in Deutschland verantwortlich und hat diesem Gewerbe wohl sein Geschäftsgebaren aufgedrückt. Zumindest in Sachsen werde Amazon nicht mehr staatlich gefördert, heißt es. Wenn Arbeiter allerdings wegen ihres Dumpinglohnes auf Steuerzahlers Kosten aufstocken müssen, wird indirekt doch weiter das Unternehmen subventioniert!

Bei Amazon eskaliert der Streit um Leiharbeiter derart, dass der Online-Versandhändler jetzt sogar seinen Betriebsrat verklagte, um 65 Leiharbeiter weiterbeschäftigen zu können. Der Grund für den Streit ist, dass die von der Firma Trenkwalder an Amazon vermittelten Leiharbeiter befristete Arbeitsverträge bis Ende Februar hatten, die Amazon bis Ende März verlängern wollte, wogegen der Betriebsrat jedoch sein Veto einlegte. Ein Gütetermin vor dem Arbeitsgericht verlief ergebnislos. Die 65 Leiharbeiter müssen oder dürfen erst mal bei Amazon

weiterarbeiten, weil der Dringlichkeitsantrag die Firma zur Weiterbeschäftigung berechtigt.

Der Rechtsanwalt des Betriebsrates schätzt den Verleiher Trenkwalder als unseriös ein, die Rechtsanwältin von Amazon hält sich bedeckt. Wenn Amazon Zeitarbeit nach eigenen Angaben vorwiegend nutzt, um Auftragsspitzen vor Ostern oder Weihnachten zu bewältigen, und wenn vor Ort nicht genügend Kräfte gefunden werden, dann frage ich mich, wieso die Verträge der Leiharbeiter nur bis zum 31. März dauern. Amazon musste vor Vertragsabschluss wissen, dass Ostern immer auf den ersten Sonntag nach dem ersten Vollmond im Frühling fällt, was auch stets im Kalender vermerkt ist. Da könnte ich doch glatt auf die Idee kommen, dass bereits vorher geplant war, die Leute länger als Leiharbeiter arbeiten zu lassen, weil dies schlicht weniger kostet!

3. Das „Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“ sieht weniger Arbeitslosigkeit, steigende Löhne und geringe Inflation voraus. Auch die Zahl der Arbeitslosen werde in diesem Jahr um 7.000 und 2014 sogar um 155.000 sinken. Wegen der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften hätten die Beschäftigten „gute Karten“ bei Lohnverhandlungen: Die **Tariflöhne** würden in diesem Jahr um sagenhafte 2,8 Prozent zulegen und 2014 noch einmal um rund 2,6 Prozent.

Ich frage mich, wie 2,8 Prozent „stark steigende Löhne“ sein sollen, während die Energiekosten um mehr als das Dreifache dessen explodieren? Das Institut erklärt uns, der private Konsum bleibe eine wichtige Konjunkturstütze, und das Bruttoinlandsprodukt werde dieses Jahr mit 0,6 Prozent doppelt so stark wachsen wie bisher erwartet. Da werden sicher alle jubeln, denn ein großer Teil der Beschäftigten verfügt heute über eine geringere Kaufkraft als vor 20 Jahren! Die Einbußen im Vergleich zu 1990 liegen bei bis zu 50 Prozent.

Mit knapp 70.000 Euro besitzt ein deutscher Durchschnittshaushalt inzwischen weniger als ein vergleichbares Pendant in südlichen Euro-Ländern, ist also um einiges kleiner als in Krisenländern wie Italien oder Spanien. Ein durchschnittlicher deutscher Haushalt kommt im Mittel nach Abzug der Schulden auf ein Vermögen von 51.400 Euro, während das mittlere Vermögen in Frankreich bei 113.500 Euro, in Spanien bei 178.300 und in Italien bei 163.900 Euro liegt. Der vergleichsweise geringere Wert in Deutschland wird mit der hierzulande niedrigen Eigenheimquote von 44,2 Prozent begründet, während es in Frankreich 57,9 Prozent, in Italien 68,4 und in Spanien sogar 82,7 Prozent sind.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Dienstag**, dem **26. März 2013**, findet im „**Paradox**“ um **19 Uhr** das zweite **Vorbereitungstreffen** für die nächste **Jobcenter-Aktion** statt.

Wegen des Osterfestes findet die nächste **Bremer Montagsdemo** erst am **8. April 2013** wieder zur gewohnten Zeit um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt.

Bildung retten oder das Universum?

1. Unser Bürgermeister will das „**Universum**“ retten. Nein, der Bürgermeister hat kein Geld „gefunden“ wie damals Herr Kastendiek, sondern er will eine mögliche Erhöhung der Neuverschuldung für die Rettung des „Universums“ einsetzen. Aus meiner Sicht wäre die Bildung in den staatlichen Schulen vordringlicher! Aus dem Schulalltag wurden und werden immer mehr Unglaublichkeiten öffentlich. Natürlich steigt damit auch der Mittelbedarf.

2. Das „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 in der Südervorstadt wurde renoviert und erstrahlt in neuem Glanz. Nach der Eintragung im Branchenbuch könnte eine „geschlossene Veranstaltung“ vermutet werden: „Hibiduri, Verein für alkoholfreie Lebenshilfe“. Doch das Gegenteil ist der Fall: Das „Hibiduri“ ist für alle offen, hat ein breites Angebot und nette Menschen. Die Getränke sind günstig, nur Alkohol gibt es nicht und wird nicht geduldet.

Wer vorbeischaut und kein Geld hat, bekommt Wasser kostenlos. Der „Weser-Kurier“ hat vor der Renovierung über den Verein berichtet. Das „Hibiduri“ hat montags ab 16 Uhr eine Rechtsberatung und dienstags eine Schuldnerberatung. Telefonische Anmeldung ist ab 15 Uhr unter Nummer 532 696 möglich, aber mensch kann auch einfach vorbeikommen. „Hier bist du richtig“: Das kann ich aus jahrelanger eigener Erfahrung bestätigen!

3. Laserdrucker sind gesundheitsgefährdend – bis das Gegenteil bewiesen ist? Nein: **Laserdrucker** sind „nicht gesundheitsgefährdend“, bis das Gegenteil erlebt wird! Die Bundesregierung soll uns vor Schaden bewahren und hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das nun Gesundheitsgefahren beim Umgang mit Laserdruckern aufzeigt. Es geht um den zellschädigenden und krebserregenden Feinstaub, der sich ausbreitet und alle Anwesenden beeinträchtigt. Die Bundesregierung war nicht zur Zusammenarbeit bereit. Der schlechteste Drucker verursachte 3,3 Milliarden ultrafeine Partikel pro Seite an Luftbelastung. Diese Studie macht doppelt sprachlos. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hartz IV reicht nicht zum Leben: Bundessozialgericht befasst sich erneut mit der Regelsatzhöhe *(„Hartz-IV-Info“)*

„Wer etwas bewirken will, muss dafür aufstehen“

100. „Schwabenstreich“: Dauerdemonstrant Gernot-Peter Schulz über seine Motivation zum Protest

Sie sind gegen Stuttgart 21 und Bahnlärm, gegen Fracking oder eine feste Fehmarnbeltquerung – eine kleine Gruppe von Demonstranten trifft sich seit geraumer Zeit montags zum öffentlichen Protest. Heute ab 18 Uhr findet dieser sogenannte Schwabenstreich auf dem Marktplatz und später vor dem Hauptbahnhof zum hundertsten Mal statt. Kristin Hermann sprach mit Initiator Gernot-Peter Schulz über seine Motivation.

Herr Schulz, gegen was demonstrieren Sie?

Gernot-Peter Schulz: Den Schwabenstreich gibt es in Bremen seit der Stuttgart-21-Bewegung. Das erste Mal haben wir im September 2010 demonstriert, damals noch auf dem Bahnhofsvorplatz. Seitdem sind wir jeden Montag kurz nach 18 Uhr nach der Montagsdemo auf dem Marktplatz zu sehen. In 15 bis 20 Minuten informieren wir über den Stand in Stuttgart und über viele andere Bereiche, die in unserer Zeit nicht in Ordnung sind, wie beispielsweise Erdgas-Fracking oder Bahnlärm. Normalerweise sind wir immer so 15 bis 20 Leute, nach der Atomkatastrophe in Fukushima waren wir aber auch schon mal 1000.

Ihre Bilanz nach 100 Schwabenstreichen?

Wir müssen definitiv noch einmal 100 dranhängen. Und auch das reicht wahrscheinlich nicht aus.

Warum ist das Demonstrieren für Sie die beste Form zum Protest?

Wenn ich etwas bewirken will, muss ich dafür auch aufstehen und etwas tun. Die meisten Menschen sitzen nur bequem vor dem Fernseher, ereifern sich für einen Moment und vergessen es anschließend wieder. Das reicht mir nicht. Für mich ist der einzig wirksame Widerstand der auf der Straße. Dort erreicht man die Leute am einfachsten.

Ist das auch mal schwierig?

Definitiv. Bei vielen Menschen stößt man auf taube Ohren. Die wollen ihre eigenen Projekte realisieren oder zeigen einfach kein Interesse. Da fühlt man sich manchmal auch ausgelaugt und braucht Abstand zu den Dingen. So habe ich im vergangenen Jahr beispielsweise eine siebenmonatige Pause gemacht. Man baut ja auch Bezug zu den einzelnen Dingen auf. Wenn man dann immer wieder Rückschläge einstecken muss, kann das mitunter auch frustrierend sein. Dann wiederum geben einzelne Dinge aber auch wieder Mut. Wir haben zum Beispiel einen Widerstandsbaum in der Grünanlage an der Gustav-Deetjen-Allee gepflanzt. Das bedeutet mir sehr viel.

Was stört Sie in Bremen?

In Bremen stört mich am meisten die Baubrache am Hauptbahnhof. Die Bebauungspläne halte ich für schwachsinnig. Genauso am Lloydhof. Anstatt neuer Einkaufszentren sollten da lieber Grünflächen für Kinder und Jugendliche entstehen. Die Bremer haben gar nicht so viel Geld für all die Einkaufszentren. Außerdem rauben diese der Fußgängerzone die Kunden. Zusätzlich sollte etwas gegen den Bahnlärm entlang des Hauptbahnhofes unternommen werden.

Wie reagieren die Menschen auf Sie?

Unter Polizisten und Behördenvertretern bin ich ziemlich bekannt. Da heißt es immer „da kommt der mit dem grünen Schal“ oder der „Berufsdemonstrant“. Da kann ich nur drüber lachen. Mein Schal ist allerdings tatsächlich immer mit dabei. Daran trage ich unsere selbst gestalteten Buttons. Gesetzesvertreter begegnen mir meistens mit Skepsis. Aber ich bin gut vorbereitet. Ich habe immer eine Tasche voller Gesetzestexte dabei. Mit Politikern liege ich übrigens auch ständig über Kreuz.

Können Sie überhaupt noch eine Partei wählen?

Nein, ich wähle nicht. Politik und Presse sind für mich nur Wendehälse. Die versprechen immer das, was ihnen gerade den größten Vorteil verspricht. Das ist überall auf der Welt gleich. Politik und Wirtschaft bestimmen etwas, und der kleine Mann leidet darunter. Ich habe ein großes Netzwerk zu Demonstranten überall auf der Welt. Die Probleme tragen dort nur einen anderen Namen, sind im Endeffekt aber ähnlich. Wir haben auch schon mal darüber nachgedacht eine Partei zu gründen. Das Konzept dafür liegt vor, leider fehlt den meisten dann aber doch der Mut, Projekte umzusetzen.

Wie wird man zu so einem Querdenker?

Ich bin schon seit meiner Kindheit ein Dickkopf. Trotzdem bin ich politisch immer inaktiv gewesen. Als dann aber in Stuttgart der Nordturm fiel, musste ich einfach anfangen, meinen Unmut gegen dieses Bauprojekt vorzutragen.

Zur Person: Gernot-Peter Schulz wurde 1961 im Saarland geboren. Er ist ausgebildeter Koch und lebte lange in München, bevor er 2008 nach Bremen zog. Derzeit bezieht er Arbeitslosengeld II und holt sein Abitur nach. Im Anschluss daran möchte er Politik studieren.

100. Schwabenstreich in Bremen: Wer etwas bewirken will, muss dafür aufstehen *(„Weser-Kurier“)*

Erpresserische Drohung mit Lohnkürzung oder Werksschließung

76 Prozent der Opel-Beschäftigten lehnen den erpresserischen „Sanierungstarifvertrag“ ab, der ihnen vorgelegt wurde, denn er verlangt Lohnverzicht und droht mit Stilllegung bereits im nächsten Jahr. Der Kampf geht jetzt in die nächste Runde! Aber nicht nur bei Opel gehen die Monopole dazu über, die Krisenlasten offen auf die Arbeiter abzuwälzen – auch hier in Bremen gibt es Erpressung, und zwar bei Lear, einem Hersteller von Autositzen für Daimler mit 800 Beschäftigten. Dort heißt es: Entweder 66 Entlassungen und 38-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich oder Verlagerung der Hälfte der Arbeitsplätze nach Braunschweig und Po-

len! Immer mehr Arbeitsplätze werden in solche Firmen ausgegliedert. Ein Streik hätte große Auswirkungen auf das Daimlerwerk.

Auch in anderen Ländern geht die Abwälzung der Krisenlasten weiter. Mit Zypern hat die „Troika“ jetzt einen brutalen „Rettungsvertrag“ abgeschlossen: In dem Land soll eine Bank sofort stillgelegt werden, in einer zweiten soll es Massenentlassungen geben. Die Bürger dürfen nur noch 100 Euro am Tag von ihrem Konto abheben. Von Vermögen über 100.000 Euro werden 30 Prozent einbehalten. Doch auch mit diesen Maßnahmen wird der Staatsbankrott nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben!

In der Berliner Regierung sitzen Fälscher und Betrüger: Was ihnen am „Armutsbericht“ zu offen erschien – zum Beispiel der Hinweis, dass die Privatvermögen „sehr ungleich verteilt“ sind –, wurde erst einfach weggelöscht und dann, nach öffentlichem Protest, verschämt in einer Tabellenfußzeile im Anhang versteckt. Nachdem die Bundesregierung nun also den „Armutsbericht“ gefälscht hat – nach jahrelangen Angriffen auf unsere soziale Lage –, erfolgt nicht nur jetzt ein neuer Angriff auf unsere demokratischen Rechte: BKA und andere Ermittlungsbehörden sollen mittels einer automatisierten Spähschnittstelle Passwörter und dynamische IP-Adressen von Providern abrufen dürfen.

Ziel ist es, Internetnutzer als gläserne Menschen zu gestalten. Den Zugangsbetreibern wird unter Strafe verboten, die Betroffenen in Kenntnis zu setzen! Nach Einführung der „Vorratsdatenspeicherung“ gab es 2008 bereits mehr als 26 Millionen Anfragen von 100 Behörden bei 120 Telefonanbietern. Jetzt erfolgt also eine krasse Verschärfung. Diesen Angriff auf unsere demokratischen Rechte gilt es gemeinsam mit der Abwälzung der Krisenlasten zu bekämpfen! Der Wind wird rauer – aber das zeigt nicht die Stärke der Herrschenden, sondern ihre Angst vorm Ende ihrer Herrschaft.

Im hessischen Rauenheim bei Frankfurt gab es derweil einen brutalen Polizeiübergriff gegen einen Sammler von Unterschriften für die Wahlzulassung der MLPD: Er wurde zu Boden geworfen und in Handschellen abgeführt. Dies geschah auf öffentlich zugängigem Gelände vor einem Supermarkt. Erst wird die MLPD gezwungen, 40.000 Unterschriften auf bürokratischen Formblättern zu sammeln – und wehe, es fehlt die Postleitzahl, oder statt „Bremen“ steht da nur „HB“: sofort wird die Unterschrift für ungültig erklärt! –, jetzt wird auch noch rabiat mit Körperverletzung gegen Sammler vorgegangen. Völlig egal, ob das Gelände vor dem Supermarkt dem Betreiber gehört oder der Stadt: Es ist öffentlicher Raum, und darauf darf gesammelt werden! Jetzt erst recht unterschreiben für die Wahlzulassung der sozialistischen Alternative MLPD!

Wolfgang Lange (MLPD)

Für den gemeinsamen Kampf von Arbeitenden und Arbeitslosen!

Lieber Gerolf, leider komme ich erst jetzt dazu, deine kritischen Anmerkungen und Nachfragen vom 14. Dezember zu beantworten. Wie du selbst weißt, gibt es sehr viele Aspekte einer richtigen Ernährung und auch verschiedene Meinungen, was das Wichtigste dabei ist. Wir wollen das in der „Roten Fahne“ weiterhin im Sinne einer streitbaren und sich ergänzenden Diskussion behandeln. Sicher ist es auch notwendig, dazu die dialektisch-materialistische Weltanschauung und Theorie weiter zu entwickeln, und wir werden deine Hinweise gerne in diesem Sinne aufgreifen. Die Ernährungsfrage wird bestimmt auch ein Thema der nächsten Ausgabe des theoretischen Organs der MLPD sein, die gegenwärtig vom Zentralkomitee der MLPD ausgearbeitet wird.

Deiner Aussage „bei der Schule des Klassenkampfs ist außer der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Umweltfrage nicht zu vernachlässigen“ können wir nur zustimmen. Die Überwindung einer bisherigen Unterschätzung dieser Frage war ja ein zentrales Thema des 9. Parteitags der MLPD, der dazu entsprechende weitgehende Beschlüsse gefasst hat. Nicht alle Resolutionen der MLPD äußern sich explizit zur Sozialpolitik. Insgesamt hat die MLPD dazu klare, allseitige Standpunkte und Forderungen, die sich auch auf die Existenzsicherung von Arbeitslosen, Rentnern und so weiter beziehen. Auch auf dem 9. Parteitag hat das eine wichtige Rolle gespielt. Ein roter Faden unserer Forderungen und Standpunkte dazu ist gerade das Eintreten für den gemeinsamen Kampf von Arbeitenden und Arbeitslosen. Das hat strategische Bedeutung für den Kampf um den Sozialismus und war einer der Hauptgründe, warum die MLPD von Beginn an die Montagsdemos gegen Hartz IV mit initiiert und unterstützt hat. Herzliche Grüße.

Zuschrift von Matthias (Redaktion „Rote Fahne“)

Sinnlosen Reichtum umverteilen!

In Deutschland gibt es 861.000 Millionäre, davon in Bremen 1.400. Das ist Rang 2 der Millionärsdichte aller Bundesländer, bezogen auf die Zahl der Einwohner. In Bremen hat sich diese Zahl zwischen 2004 und 2007 verdoppelt. Was ist ein Millionär? Wenn ein Mensch in einem Jahr eine Million Euro von irgendwoher bekommt (nicht verdient!) und sie auch noch versteuert, dann ist das ein „armer“ Millionär. Doch es entspricht einem Stundenlohn von 555 Euro bei einer 40-Stunden-Woche und 1.800 Arbeitsstunden pro Jahr.

Wenn ich höre, dass ein Herr Winterkorn, oberster VW-Chef, 17 Millionen Euro für ein Jahr bekommen hat, kann ich mir leicht ausrechnen, dass es ein Stundenlohn von rund 9.400 Euro ist: 555 Euro mal 17. Das kann niemand verdienen. Das kann sich derjenige nur von anderen nehmen, indem er sie irgendwie betrügt oder ausnutzt, denken wir. Doch es war der Aufsichtsrat von VW, der Herrn Winterkorn diese Prämie wegen seines „guten Erfolges“ anbot. Er selbst wollte „nur“ 14 Millionen annehmen.

Wer sind also die Betrogenen und Ausgenutzten? Wer würde andererseits schon freiwillig dazu beitragen, dass jemand so unvorstellbar viel Geld bekommt? Meine Antwort: Jeder Autobesitzer. Trotzdem glaube ich: Fast jeder, der so etwas weiß, wird es ungerecht finden, sich vielleicht darüber ärgern, neidisch werden oder gar wütend. Vielleicht überlegen manche Leute sogar, wie man das ändern könnte.

Edzard Reuter, Vorstandschef der Daimler-Benz AG von 1987 bis 1995, wurde in der NDR-Talksendung „3 nach 9“ am 22. Februar 2013 gefragt, wie hoch sein Gehalt war und was denn der angemessene Gehaltsrahmen für Managergehälter sei. Er selbst bekam in seiner besten Zeit zwei Millionen DM Jahresgehalt und erklärte sinngemäß weiter, diese Größenordnung sei auch heute noch ausreichend.

Ein Manager sollte sich nicht als Marktware sehen und sich aus Geldgier an den Meistbietenden verkaufen. Er wird deshalb so gut bezahlt, weil er Verantwortung tragen muss für viele Menschen. In einem Wirtschaftsunternehmen sollen die Gehälter der Manager nicht viel höher sein als etwa das 30- bis 40-Fache der Mitarbeiter dieses Unternehmens.

Da wir das jetzt wissen, bedeutet es für mich: Wir können das in der Öffentlichkeit vertreten und gegen zu hohe Gehälter genauso protestieren wie gegen zu niedrige Löhne. Wir können jetzt mitreden und von unserer Seite kundgeben, wo die Grenzen der Topgehälter deutscher Manager zu liegen haben. Es muss nur von uns, der Öffentlichkeit, massiv gefordert beziehungsweise darauf geachtet werden, dass diese Grenzen nicht überschritten werden. Wir müssen ihnen dann nicht nur sagen, dass sie sich schämen sollen.

Im „Weser-Kurier“ vom 21. März 2013 las ich, dass die Ex-Frau des italienischen Skandalpolitikers Silvio Berlusconi, die Schauspielerin Veronica Lario, pro Tag 100.000 Euro von ihm gezahlt bekommt. Das sind 36 Millionen Euro pro Jahr – eine Klasse höher als unsere „armen“ deutschen Politiker und Industriemanager. Ich denke, dass ihnen für ihre Arbeit schon ein Teil ihres Gehaltes zusteht. Sie tun ja tatsächlich etwas dafür, auch wenn manchmal nichts Vernünftiges dabei herauskommt.

Warum Frau Ex-Berlusconi so viel braucht und was sie dafür leistet, ist mir zwar nicht bekannt, doch ich meine, dass ihr – und auch sonst niemandem – solche Vermögen wirklich zustehen, in einer Höhe, wie sie niemand verdienen kann. Das Privatvermögen ihres Ex wird übrigens auf sechs Milliarden Euro geschätzt. Das hat aber nichts mehr mit Politik und Arbeit zu tun, denn es sind skrupellose Mächte, zum Beispiel private Rechtsanwälte oder Geisteskranke mit Maschinengewehren, welche die Politik in der Hand haben.

Da muss man vorsichtig sein und nicht so laut schreien! Sonst wird man von den Killern der Maffia womöglich noch auf dem Bremer Marktplatz erschossen. Was man dagegen tun kann, außer sie beim Namen zu nennen, ist mir bisher selbst noch nicht klar. Das ist ein anderes bitteres Thema. Deshalb arbeite ich lieber daran, „arme“ Millionäre auf ehrliche, demokratische Weise davon zu überzeugen, etwas von ihren „unbrauchbaren“ Überschüssen umzuverteilen. Das dürfen wir alle sicher noch laut auf dem Marktplatz herausschreien: Sinnlosen Reichtum umverteilen!

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

418. Bremer Montagsdemo am 08. 04. 2013

Gesellschaftliche Teilhabe erfordert 1.000 Euro Grundsicherung!

Lieber Gerolf, wir wollen versuchen, mit diesem Brief dazu beizutragen, wieder zu unserer gemeinsamen Basis und zur bewährten Streitkultur zurückzukehren. Die Montagsdemobewegung ist entstanden im gemeinsamen Kampf gegen die Hartz-Gesetze – insbesondere Hartz IV. Sie genießt ein hohes Ansehen und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Hartz-Gesetze bis heute von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Wir waren und sind uns darüber einig, dass mit den Hartz-Gesetzen der größte Angriff auf die soziale Lage eines Großteils der Bevölkerung in Deutschland geführt wurde und richteten daher von Anfang an unseren Kampf gegen die Bundesregierung.

Wir haben in den acht Jahren gemeinsamen Kampfes viel gelernt und sind zusammengewachsen. Für viele Mitstreiter(innen) ist die Montagsdemo ein wichtiger Treffpunkt für den gegenseitigen Austausch, für das Solidaritätsgefühl, für ein alternatives Gesellschaftsmodell... Wir haben gelernt, öffentlich zu reden, und vielen hat es geholfen, ihr Selbstwertgefühl zu behalten oder wieder zu erlangen. Und wir haben im Laufe der Jahre unsere Themen erweitert. Vor allem nach der Katastrophe in Fukushima zogen wir die Konsequenzen, den Montag zum „Widerstandstag“ zu machen – in der Erkenntnis, dass es dieselben Mächte sind, die auf Kosten der großen Mehrheit ihre Profite machen und hinter den Angriffen auf unsere soziale Lage stehen, und die, ebenfalls aus Profitgier, das Leben der Menschheit und die natürlichen Lebensgrundlagen aufs Spiel setzen.

In den acht Jahren hat sich in der Bevölkerung auch viel getan: Vor allem die heutige Jugend kennt gar nichts anderes mehr als Hartz IV. Bei ihnen löst die Forderung „Weg mit Hartz IV“ oft das Missverständnis aus, wir wollten ihnen das jetzt auch noch wegnehmen. Deswegen ist es richtig, geeignete neue Forderungen zu entwickeln. Ein Vorschlag, der von dir unterstützt wird, ist die Forderung nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“. Die MLPD unterstützt diese Forderung nicht und hat bereits mehrfach ihre Gründe öffentlich dargelegt.

Wir werden uns niemals damit abfinden, dass einem großen Teil der Bevölkerung ein befriedigender Arbeitsplatz versagt wird. Wir halten Arbeit für ein Grundbedürfnis. Alle Behauptungen, die „moderne Gesellschaft“ habe eben nicht mehr Arbeit für alle, sind falsch. Die Kapitalisten haben ein Interesse, dass ein größerer Teil arbeitslos ist, da dieses Arbeitslosenheer gut zur Lohndrückerei eingesetzt werden kann. Die Arbeiter und Angestellten aber können daran kein Interesse haben, sondern vielmehr, dass die Arbeit auf Kosten der Profite gleichmäßiger verteilt wird – zum Beispiel durch die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die Quelle allen Reichtums ist die Natur und die Arbeit. Auch alle „Sozialleistungen“, Arbeitslosengeld et cetera entstehen so. Die MLPD fordert deshalb, dass alle Beiträge zu den Sozialversicherungen von den Kapitalisten bezahlt werden müssen – am besten in Form einer umsatzbezogenen Sozialsteuer in Höhe von circa sechs Prozent. Die MLPD fordert die unbegrenzte Zahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung des Sozialgeldes (Grundsicherung) für alle, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und nicht über ein eigenes Einkommen verfügen. Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass diese Grundsicherung – statt Hartz IV – so hoch sein muss, dass sie eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Das sind derzeit – bei 60 Prozent vom Durchschnittsnettolohn – circa 1.000 Euro netto im Monat.

Lieber Gerolf, aus all dem Gesagten wird deutlich, dass deine Behauptung, die MLPD sei dafür, dass Hartz IV bleibe, jeder Grundlage entbehrt. Wie kommst du dazu? Du schreibst: „Es geht der MLPD um die ‚Schule des Klassenkampfs‘, das konkrete Thema ist egal“. Du weißt doch ganz genau, dass sich die MLPD schon immer mit großer Energie um die Probleme der Arbeiter, Frauen, Jugendlichen, Arbeitslosen und Rentnern kümmert – das sie uns eben nicht egal sind. Welche andere Partei hat sich denn, wie die MLPD, von Anfang an und durchgehend für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Montagsdemonstrationen engagiert?

Ja – für uns sind Reformkämpfe eine „Schule des Klassenkampfes“ – aber nicht, weil uns das konkrete Reformziel egal ist, sondern weil wir wissen, dass erst der Sturz des Kapitalismus, die Errichtung des echten Sozialismus, die dauerhafte Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung, Kriegen und Not bringt. Das Reformergebnis ist aber relativ und zeitweilig. Wer nur darauf starrt, dreht sich wie ein Hamster im Rad: Jeder Lohnerhöhung folgt die nächste Preiserhöhung, die alles wieder auffrisst. Was aber bleibt, ist der um sich greifende Zusammenschluss der Ausgebeuteten und Unterdrückten; das Sammeln von Stärke, Erfahrungen und Fähigkeiten. Das heißt „Schule des Klassenkampfs“. Warum sollen wir uns mit Brosamen, mit einzelnen Verbesserungen zufrieden geben? Wir wollen – wie viele Menschen – eine lebenswerte Zukunft, die der Kapitalismus nicht bieten kann. Der echte Sozialismus wird den Charakter der Arbeit grundlegend ändern – es wird keine Ausbeutung der Arbeitskraft mehr geben.

Lieber Gerolf, vor allem über „Scharf links“ und den Verteiler der Montagsdemo hast du die Behauptung in die Welt gesetzt, die MLPD sei zur Verteidigerin von Hartz IV mutiert. Das können wir so nicht stehen lassen. Es widerspricht den Prinzipien unserer Zusammenarbeit, die von solidarischer Streitkultur geprägt ist und gegenseitige Angriffe in der Öffentlichkeit ausschließt. Wir bitten dich daher darum, das aus der Welt zu schaffen. Auch wenn wir Meinungsverschiedenheiten haben, sollten wir doch alle zum solidarischen Umgang miteinander zurückkehren. Nur gemeinsam sind wir stark.

Seit viereinhalb Jahren haben wir es mit der tiefsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise zu tun, die der Kapitalismus je durchlaufen hat. Ein Ende ist noch nicht absehbar. Wir haben eine Umweltkrise, die existenzbedrohend für die ganze Menschheit ist. Der ganze Kapitalismus ist eine einzige Krise. Der Ausweg besteht im Sturz des Kapitalismus – in der internationalen sozialistischen Revolution. Um die Massen (besser: Bevölkerung) davon abzuhalten, wird mit Hilfe des modernen Antikommunismus versucht, einen Keil zwischen sie und die Marxisten-Leninisten zu treiben. Der Kapitalismus kann sich nicht mehr positiv darstellen – deswegen versuchen seine Verteidiger den Blick auf den revolutionären Ausweg zu verstellen, indem suggeriert wird, dass der Sozialismus/Kommunismus noch viel schlimmer sei als das, was sie täglich im Kapitalismus erleben.

Keine noch so abstruse Gräuelgeschichte, die nicht Lenin, Stalin und Mao Tsetung in die Schuhe geschoben wird. Und immer wird behauptet: Die Kommunisten setzen sich nur scheinbar für euch ein – in Wirklichkeit wollen sie nur ihr blutiges (besser: diktatorisches) Regime errichten. Anders herum wird aber ein Schuh draus: Der Antikommunismus ist die Ideologie der Unfreiheit, des Terrors gegen die Arbeiterbewegung und die Volksmassen, des reaktionären Militarismus und des Faschismus. Und der Kommunismus ist die Ideologie der Freiheit!

Mit deinen ungerechtfertigten Unterstellungen leistest du dem Antikommunismus Vorschub – vielleicht ohne es zu merken und ohne es zu wollen. Die **MLPD** ist radikal links, revolutionär und für den echten Sozialismus. Alle, die das unterstützen wollen, laden wir herzlich ein, in unserer **Wählerinitiative** mitzumachen (nächstes Treffen: **Freitag**, **12. April 2013**, **17:30 Uhr**, „**Gem’s mug**“, Langemarckstraße 82). Mit solidarischen Grüßen.

Zuschrift von Wolfgang Lange (MLPD-Ortsgruppe Bremen)

Lieber Wolfgang, „wir bitten dich, das aus der Welt zu schaffen“ – wie denn außer durch Löschung von Texten? –, ist höflich gesagt, aber ich werde mich nicht von der MLPD unter Druck setzen lassen, darum kommt dieser Brief auf die Homepage. Dass ich die MLPD kritisiere, ist noch lange kein Antikommunismus und auch kein Verstoß gegen die Streitkultur – den Maßstab setzen die Piraten mit ihren Shitstorms, und gerade die Montagsdemo-Homepage bildet dazu einen Kontrapunkt. Du kannst nicht erwarten, dass ich Kritik nur intern äußere, wenn sich un-

sere Diskussionen jahrelang bloß im Kreis drehen, bis ich das Gefühl habe, gegen eine Wand zu reden!

Von meiner Kritik habe ich nichts zurückzunehmen: Vergeblich warte ich auf einen Funken Verständnis dafür, dass ich nicht für „Sozialunterstützung (oder Grundsicherung) statt Hartz IV“ demonstriere – das ist nämlich schlicht das Gleiche, eine herabwürdigende Behandlung zweiter Klasse der Langzeiterwerbslosen. Dass sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wird von der MLPD nicht infrage gestellt. Deshalb lautet mein Kommentar: Hartz IV muss bleiben – aus Sicht der MLPD.

Was den Vorwurf des Antikommunismus betrifft, so halte ich den Gedanken für naheliegend, dass revolutionärer Druck entsteht, wenn Menschen ausgebeutet, entwürdigt, entrechtet werden. Deshalb ist das Nachdenken über eine bessere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung notwendig, und eine Umsetzung wäre genial zu nennen, aber nachzudenken ist jedenfalls auch darüber, wie die Systemänderung im konkreten Detail beschaffen sein muss. Es bleibt hier die Frage der Existenzsicherung, solange es nicht bezahlte Arbeit für alle gibt. Herzliche Grüße.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Keine Umbenennung in „Basisgeld“: Von der Leyen scheiterte 2010 mit Hartz-IV-Imagepolitur *(„Spiegel-Online“)*

Ich wundere mich am meisten darüber, dass Wolfgang hier von der Arbeit schreibt und wie notwendig sie für die Erfüllung der Menschen ist. Er redet hier nicht von der Lohnarbeit, wohl aber von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, deren Teile alle von den Arbeitnehmer(inne)n erarbeitet werden müssen. Auf ihre Arbeit, also ihre Lohnarbeit selbst, haben aber alle Arbeitnehmer(innen) überhaupt keinen Einfluss: Was und wie sie sie ausführen müssen, bestimmt der Unternehmer. Selbst wenn es dem einzelnen Beschäftigten vielleicht noch so unsinnig vorkommt, muss er die Arbeiten weitestgehend so verrichten, wie es ihm der Unternehmer vorschreibt.

Wie soll eine solche Arbeit denn zur Erfüllung des Lebens beitragen, wenn man nur das machen darf. was einem vorgeschrieben wird? Und wenn man seitens der MLPD behauptet, die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sei

ausreichend, um die Misere der Arbeit zu lösen, dann würde ich gern einmal wissen, auf welcher Analyse diese Behauptung erfolgt. Mit Sicherheit braucht man derzeit keine zusätzlichen Lohnarbeitsstunden für die Arbeit, für die der Mensch sich derzeit verkaufen muss, nämlich die Lohnarbeit.

Das darf aber auch in meinen Augen nicht bedeuten, dass man ein Grundeinkommen fordern sollte, welches bedingungslos ist, wenn schon die erste Bedingung hierzu lautet, es müsste bedingungslos sein. Aber ein solidarisches gleiches Grundeinkommen ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung, finanziert aus der Produktivität dieser Gesellschaft eines Jahres, wobei sich jeder Mensch nach seiner Eignung und Befähigung im Rahmen seiner gesundheitlichen Möglichkeiten einbringt, ist bestimmt ein richtigerer Weg, als nun auf einmal wieder auf die Bismarck'sche Sozialversicherung zu setzen, die schon oft durch den Staat zweckentfremdet wurde.

In einem kapitalistischen Staat geht es ausschließlich um die profitorientierte Produktion. Den einzelnen Unternehmen geht es um ihre Konkurrenzfähigkeit, und hier ist es überwiegend nur möglich, die Kosten der Produktion über die Löhne, über Entlassungen mit daraus resultierender Arbeitsverdichtung oder auch durch Schließung einzelner Unternehmensteile seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Weltmarkt zu erhalten.

Arbeit gibt es in Deutschland oder auch überhaupt in der kapitalistischen Welt mit Sicherheit mehr als genug, aber in diesem System muss es sich eben auch um Arbeit handeln, die die Unternehmen zu bezahlen bereit sind; ansonsten wäre die notwendige Reproduktion der Menschen nicht möglich. Genau diese notwendige Reproduktion der Menschen wird derzeit von den Unternehmen aus den oben angeführten Gründen mindestens verschlechtert, und ein Weiterso würde letztendlich zur Verelendung großer Massen der Bevölkerung in allen kapitalistischen Ländern führen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen auch auf Kosten der Profite darf also nur eine Übergangsforderung sein, hin zu einer neuen, besseren Gesellschaft, die auch im größtmöglichen Einklang mit der Natur stehen muss. Mit sozialistischen und solidarischen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links"

Langzeitarbeitslose haben deutlich geringere Lebenszufriedenheit

1. Na, wer hätte das gedacht: Schweizer Forscher widerlegen das Klischee des zufriedenen Arbeitslosen! „Glückliche Erwerbslose" seien „ein Mythos". Die meisten Medien scheuen üblicherweise nicht davor zurück, gebetsmühlenartig das Bild

von den frohgemut in der „sozialen Hängematte“ schaukelnden oder sich auf dem Sofa vor dem Flachbildschirm fläzenden, Kartoffelchips kauenden, Bier schlürfenden Menschen ohne Erwerbsarbeit wiederzukäuen. Meist wird ihnen ungeprüft noch eine Riesenportion „Bildungsferne“ attestiert und ihre schließlich staatlich produzierte finanzielle Armut zu einer „sozialen Schwäche“ verdreht. Nicht zu vergessen die angebliche Faulheit, die die freudestrahlend vor sich hin Schmarotzenden davon abhält, sich einen der angeblich derart im Überfluss vorhandenen Jobs zu angeln, dass dafür sogar Facharbeiter aus dem Ausland geholt werden müssen!

Wissenschaftler von der Universität Lausanne belegen nun, dass **Arbeitslosigkeit** eben keine Gewöhnungssache ist: Die Betroffenen arrangieren sich keinesfalls nach längerer Zeit mit ihrer Situation und erleben sie als zunehmend belastend. Daher empfehlen die Wissenschaftler eine „konsequent aktivierende Arbeitsmarktpolitik“, statt die Betroffenen mit Sanktionen zu strafen. Leider vergessen sie dabei, dass durch lauter „Coaching“ keine neuen Arbeitsplätze entstehen und viele Firmen lieber Jüngere einstellen. Auch mir selbst wurde vor Jahren von meiner Fallmanagerin vorgeworfen, ich mich hätte mit meiner Arbeitslosigkeit „bequem eingerichtet“.

Ich persönlich kenne nur Erwerbslose, die unter ihrer Situation leiden, weil sie dauerhaft perspektivlos und ausgegrenzt sind, vom Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center schikaniert und gegängelt werden, am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist. Natürlich frustriert es auch nur, permanent sinnlose Bewerbungen zu schreiben, um das Soll zu erfüllen. Wenn ich lesen muss, dass nach jeder Wirtschaftskrise, obwohl sich der Arbeitsmarkt wieder „erholt“ habe, eine steigende Zahl von Menschen dauerhaft arbeitslos bleibt, weil sie sich daran „gewöhnt“ hätten, oder dass der Leidensdruck durch die Arbeitslosigkeit mit zunehmender Dauer oder bei häufigen Jobverlusten abnehme und sich die Arbeitslosen an ihre Situation „gewöhnten“, sich scheinbar bequem im Sozialleistungsbezug einrichteten und nicht mehr nach Arbeit suchten –, dann kommt mir die Galle hoch.

In meinen Augen ist diese genannte Hysterese, das „Verbleiben“, ein aufgequirltes Geschwurbel, das nur der Hetze auf Erwerbslose dient, damit sie aus Angst vor dem Absturz jeden noch so erbärmlich niedrigen Lohn zu akzeptieren. Diese abenteuerliche Theorie ist nun endlich wissenschaftlich widerlegt: Weder Dauer noch Häufigkeit mindern den Leidensdruck der Arbeitslosen. Im Gegenteil verschlechtert sich ihr Wohlbefinden, je länger die Arbeitslosigkeit andau-

ert. Langzeitarbeitslose haben eine deutlich geringere Lebenszufriedenheit als Kurzzeitarbeitslose.

2. Der Ruf aus den Sozialverbänden nach einem verstärkten Kampf gegen die **Armut** in Deutschland wird lauter. Die VdK-Präsidentin Ulrike Mascher kritisierte, das Armutsrisiko steige bereits seit Jahren, auch immer mehr Rentner gerieten in Not. Sie warnte vor einer drohenden Altersarmut infolge von Niedriglöhnen, Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Mascher forderte außerdem bei den Mütterrenten eine verstärkte Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten für Geburten vor 1992. Der Präsident des „Sozialverbandes Deutschland", Adolf Bauer, blies ins gleiche Horn und sagte, jahrelanger Sozialabbau und fehlende Reformen für mehr Verteilungsgerechtigkeit hätten in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen.

Damit sich für die Bezieher niedriger Einkommen die steigenden Energiekosten nicht zur Kostenfalle entwickeln und ihnen gar der Strom abgestellt wird, müssten verbindliche Sozialtarife oder ein Energiekostenzuschuss eingeführt werden. Ich finde diese Forderungen richtig und wichtig, doch kann ich nicht vergessen, dass die wachsende Armut gerade durch die Hartz-Gesetze dermaßen angestiegen, also staatlich gewollt und gesteuert ist!

Nichtsdestotrotz gibt es immer wieder scheinbar Unbelehrbare, die wie der neue Chef der „Wirtschaftsweisen", Christoph Schmidt, sogar einen aberwitzig zu niedrigen Mindestlohn von 8,50 Euro für „entschieden zu hoch" halten. Dabei würde nur ein Mindestlohn von wenigstens 15,63 Euro vor echter Altersarmut schützen. Ungeachtet der steigenden Lebenshaltungskosten verlangt er einen noch niedrigeren Mindestlohn und „mahnt", jeder Arbeitsplatz müsse sich „wirtschaftlich tragen", damit er nicht wegfalle. Auch wenn in Deutschland „manche Arbeitnehmer nicht von ihrer Arbeit leben" könnten, macht Schmidt dafür keinesfalls Dumpinglöhne verantwortlich, sondern „die erhöhte Bedürftigkeit von Haushalten mit Alleinerziehenden, einem arbeitslosem Partner oder vielen Kindern".

3. Auch Großbritanniens Regierung baut den **Wohlfahrtsstaat** ab, Suppenküchen sollen offenbar die Sozialhilfe ersetzen. Kirchenleute, karitative Verbände, Gewerkschaften, Akademiker und Labour-Opposition kritisieren, dass nicht einmal Margaret Thatcher es gewagt habe, den Wohlfahrtsstaat in ähnlicher Weise auszuhöhlen. Obwohl Millionen Briten bereits jetzt am Essen und an der Heizung sparen müssen, werde die „Sparpolitik" der Regierung das ärmste Zehntel der britischen Haushalte um fast 40 Prozent seiner Einkünfte bringen und Hunderttausende von Kindern zu einem „Leben", besser: Vegetieren in Armut verdammen. Sozialhilfe, Wohngeld und Beihilfe für Invalide werden wesentlich eingeschränkt.

Familien, die über Sozialwohnungen mit einem „überschüssigen" Zimmer verfügen, büßen künftig einen Teil ihres Wohngeldes ein, wenn sie nicht in kleinere Wohnungen irgendwo anders im Lande umziehen – obwohl solche kleineren Wohnungen oft gar nicht existieren. Die Sozialhilfe wird jährlich nur noch um ein Prozent erhöht, obwohl das weit unter dem aktuellen Preisanstieg für Nahrungs-

mittel, Strom, Benzin oder Bustickets liegt. Sogar von den mehr als zwei Millionen Angehörigen der ärmsten Schichten werden Kommunalsteuern erhoben. Statt Notzahlungen sollen in „akuten Bedarfsfällen“ Essensgutscheine für karitative Suppenküchen ausgegeben werden.

Die Zahl der Essenausgaben bei diesen Suppenküchen hat sich in den letzten drei Jahren bereits verzehnfacht. Die Bevölkerung soll aber nicht nur radikal verarmt, sondern auch noch weiter entrechtet werden, denn die Rechtshilfe für Verschuldung, Sozialhilfe, Unterkunft, Ausbildung oder Arbeitsrecht wird abgeschafft, also keine Auskunft mehr bei Räumungsbescheid, Schulausschluss, Vermieterwillkür oder Lohnausfall gegeben. Ein selbstbestimmtes Leben in Würde ist wohl nur noch denen vorbehalten, die entweder über besser bezahlte Arbeit verfügen, oder jenen, die mit einem goldenen Löffel geboren wurden, nicht selbst verdientes Geld erbten. Kann eine Regierung deutlicher zeigen, wen sie vertritt und wen sie mit Füßen tritt?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Atomdreck stop, weltweit!

Um sich eine Meinung für oder gegen Atomkraftwerke zu bilden, braucht man heutzutage nicht mehr viel zu wissen. Niemand braucht ein Experte zu werden, um darüber seine Meinung zu vertreten. Wir brauchen nicht mehr über den Sinn oder gar die Sicherheit von AKWs zu diskutieren, denn wir wissen, was Atomtechnologie – außer der Erzeugung von einem bisschen Strom – bereits alles angerichtet hat. Wir Menschen haben es schon erlebt: viele sinnlose Krankheiten, Tod und Elend.

Trotzdem bauen einige Verrückte noch immer Bomben und Atomkraftwerke. Andere bezahlen sie dafür gut und werden dabei selbst Millionäre. Dann haben sie Angst um ihr Geld und erfinden böse Feinde, damit wieder andere die Bomben darauf werfen sollen. Damit das alles funktioniert, wurde getestet, die Bevölkerung der Südseeinsel Rongelap verstrahlt und dann ihrem Schicksal überlassen. Verbrecher haben Bomben geworfen und gaben dem bösen Feind die Schuld.

Andere wollten „sichere“ Atomkraftwerke bauen, und als es eine Katastrophe gab, machten sie ein Erdbeben dafür verantwortlich. Der Tsunami hat außerdem noch ihre Sicherheitsstatistik beziehungsweise Wahrscheinlichkeitstheorien durcheinander gebracht. Erdbeben und Tsunami können Menschen nicht verhin-

dern; doch wenn von ihnen gebaute Atomkraftwerke explodieren, haben skrupellose Menschen daran Schuld.

Einige haben uns erzählt, dass wir Atomkraftwerke bauen müssen, weil der Strombedarf steigen wird. Das wurde bisher von den meisten von uns akzeptiert. Es wurde erzählt, dass AKWs „sicher“ sind – bis auf ein „kleines Restrisiko“: Vielleicht gibt in ein paar Tausend Jahren mal einen Unfall, aber bis dahin sollten AKWs durch bessere Energieerzeuger ersetzt sein. Es wurde schöngeredet, und die meisten haben es geglaubt. Was dann innerhalb weniger Jahrzehnte geschehen ist, wissen wir: Skrupellose sind reicher geworden, Unschuldige dafür gestorben. Das darf so nicht weitergehen! Jetzt wollen sie uns erzählen, dass die Lichter ausgehen, wenn wir die AKWs abschalten.

Das ist nur noch ein lächerliches, verzweifeltes Argument der Atomstromer. Im Vergleich zum bisher Angerichteten habe ich deswegen keine Bedenken mehr, selbst wenn es diesmal ausnahmsweise nicht gelogen wäre. Doch bleiben wir weiterhin bei unserer Forderungen! Sagen wir nicht mehr höflich: Atomkraft, nein danke! Das wird schon seit Jahrzehnten gesagt. Schreien wir heute: Atomdreck endlich raus! Schreien wir so laut, dass es bis in den Schwarzwald gehört wird und über den Rhein hinweg bis zu unseren Nachbarn: Atomdreck raus aus Europa! Schreien wir noch lauter, sodass es bis nach China, Japan und Amerika gehört wird: Atomdreck stop, weltweit!

Helmut Minkus (parteilos)

Auf Transparenten rückt in den Vordergrund, den ganzen Kapitalismus nicht mehr zu wollen

Internationale Journalisten haben dank geheimer Dokumente, die ihnen durch „Offshore-Leaks“ zugespielt wurden, eine Steuerhinterziehung großen Stils enthüllt. Das Schwarzgeld wird dazu auf die Cook-, Cayman- oder Jungferninseln transferiert, nach Guernsey, Jersey oder Mauritius, und auch die Deutsche Bank mischt mit. Während „Troika“ und Weltbank ganze Bevölkerungen in Armut zwingen, können die raffgierigen Angehörigen der herrschenden Klasse den Hals nicht voll kriegen – und wenn ihnen ihre eigene Gesetzeslage nicht passt, dann umgehen sie sie eben. Mit dabei sind auch die Söhne des ehemalige Präsidenten aus Kolumbien, Uribe Vélez, und der stellvertretende

Gazprom-Chef. Aus der ganzen Welt sind Politiker, Manager, Anwälte und Kapitalisten verstrickt.

Uns predigen sie Wasser – sie selber trinken nicht, sie *saufen* Wein! Auch Zypern war – und ist noch – ein Steuerparadies. Wer meint, die reichen Russen würden nun zur Kasse gebeten, sieht sich getäuscht: Die haben ihr Geld längst anderswo untergebracht. Selbst während die Banken geschlossen waren, konnten sie unbegrenzt Milliarden in Ausland verschieben. Der zyprische Präsident Anastasiades leugnet zwar, seinem Schwiegersohn einen Tipp gegeben zu haben – aber seltsam ist schon, dass dieser 21 Millionen Euro in Sicherheit bringen konnte. Finanzminister Sarris war bis vor Kurzem Chef der Laiki-Bank, die jetzt zerschlagen wird.

Die Maßnahmen treffen nicht die Großen, sondern die Kleinen: Massiver Arbeitsplatzabbau, Senkung der Gehälter für Staatsangestellte um 12,5 Prozent, Senkung der Renten um weitere drei Prozent, Steuererhöhung um zehn Prozent für Tabak, Alkohol und Treibstoff, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 17 auf 19 Prozent. Hausbesitzer sollen 70 Millionen Euro zusätzlich an Immobiliensteuer aufbringen. Ein Vorgeschmack, was auf uns alle zukommt! Die Arbeitslosigkeit in Griechenland beträgt inzwischen 26,5 Prozent, unter der Jugend sogar 58,4 Prozent; auch in Spanien liegt sie bei 26,3 beziehungsweise 55,7 Prozent.

Europaweit sind 19 Millionen Menschen arbeitslos, ein Viertel der Jugendlichen unter 25! Aber die Angst der Herrschenden ist groß, denn immer mehr rückt auf den Transparenten in Griechenland, Zypern, Spanien und Italien in den Vordergrund, den ganzen Kapitalismus nicht mehr zu wollen. Die Frage der gesellschaftlichen Alternative ist eine objektive Tatsache. Das alleinherrschende internationale Finanzkapital ist nicht durch „Bankenaufsicht“ oder „Regulierung der Finanzmärkte“ zu zähmen – es muss gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden!

In Fukushima gab es an diesem Wochenende schon wieder einen schweren Störfall: Ein Kühlsystem ist zum zweiten Mal innerhalb von drei Wochen ausgefallen, es besteht die Gefahr einer erneuten Kernschmelze.6,5 Tonnen Plutonium in Form von Brennstäben lagern in Abklingbecken – wenn da die Temperatur über 65 Grad steigt, kann es schon wieder losgehen. Jetzt sind 120 Tonnen schwer radioaktiv verseuchtes Wasser ausgetreten, und es erfolgt eine Verhöhnung der Öffentlichkeit durch die Regierung. Weltweit sind Hunderte AKWs in Planung. Weil der Profit über alles geht, egal zu welchem Preis, wird kein Menschenrecht, keine Natur geachtet. Deswegen fordern wir: Atomkraftwerke weltweit sofort abschalten – und den Herrschenden die Welt aus der Hand nehmen, ehe es zu spät ist!

Am **18. Mai 2013** findet die **Auftaktdemo** zum **Pfingstjugendtreffen** in **Essen** statt. In Aufruf heißt es: „Unsere Zukunft wird auch durch die Umweltkatastrophe bedroht. Deswegen brauchen wir eine breite und internationale Front des Widerstands. Für die sofortige und weltweite Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Verbot von Fracking! Weltweiter Umstieg auf erneuerbare Energien jetzt!“ – In Rotenburg geht der Streik bei Neupack weiter, weil Inhaber Krü-

ger den Verzicht auf anschließende Maßregelungen ablehnt, zum Beispiel Kündigungen, Abmahnungen oder Schadenersatzklagen. Deshalb ist weitere Unterstützung gefragt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Dank Hartz IV schon vor der Rente altersarm

Hier meine Erfahrungen mit Hartz IV und dem sogenannten Jobcenter (das eigentlich falsch bezeichnet ist). Nach über zwölf Jahren ungerechtem, undankbarem Leiharbeiterdasein (ohne equal pay) durfte ich als 58-jähriger hoch qualifizierter Ingenieur schuldlos und unverdient auch als Bedürftiger die noch undankbarere Hartz-IV-Armutsfalle erleben, wo ich nach über 35 Berufsjahren mit allen Arbeitslosen gleichgestellt werde. Das von der Volksmehrheit abgelehnte und in den Medien berechtigte Negativ-Fazit der unrühmlichen Agenda 2010 kann ich nur voll bestätigen. Es ist wirklich ein einseitig zulasten von wehrlosen, arbeitslosen Bedürftigen und Schwachen ohne Lobby so gewolltes unwürdiges, drangsalierendes, deprimierendes, zum Teil diskriminierendes, übles, unverdientes, unfaires, leidvolles staatlich verordnetes Zwangsverelendungsprogramm mit unakzeptabel, unzumutbar überhöhtem Druck auf Arbeitnehmer.

Man wird als Bedürftiger zu einer „BG-Nummer“ und gelangt als Zweipersonen-„Bedarfsgemeinschaft“ mit zum Beispiel monatlich 570 Euro (davon circa 300 Euro für Warmmiete), weit unterhalb der Armutsgrenze, nach etwa zwei bis drei Monaten in eine finanzielle Verarmungs- und Absturzspirale, kommt in eine verzweifelte Lebenslage und regelrecht in Finanznot. Man kann vom Hartz-IV-Satz ohne Hilfe des Partners, von echten Freunden und Bekannten beziehungsweise durch Abbau von Ersparnissen, laufenden Finanzeinlagen und Einnahmen oder einem schlecht bezahlten temporären Minijob unmöglich normal überleben (es führt zu Substanzabbau).

Die Kostenkalkulation ist trotz Verfassungsgericht total unrealistisch, da viele Positionen (zum Beispiel Erhaltungskosten für Mobilität, Gesundheit, Versicherungen, Zinsen) lebensfremd, unreal oder nicht erfasst sind. Viele kommen zunehmend nur mit Hilfe der Tafel monatlich über die Runden. Das Schlimmste: Mühevolle Ersparnisse zur Absicherung sind ohne Einnahmen schnell aufgebraucht. Man muss sich durch Hartz IV immer mehr verschulden und teure Zinsen zahlen und wird schon vor der Rente altersarm (die zulässigen 150 Euro pro Lebensjahr sind Augenwischerei). Neben der unangenehmen Vermögens- und Konto-Offenbarung ist es am ungerechtesten, wenn einem zum Beispiel selbst erarbeiteter Lohn oder irgendwelches Geld zum falschen Monatszeitpunkt zugeht und

man die Hartz-IV-Leistung ans Amt zurückzahlen muss oder diese Leistung fiktiv gekürzt wird (was zu allem Übel bei mir schon circa 2.000 Euro waren).

Aus diesem Teufelskreis kommt man nur nach einem vollen Arbeitsjahr heraus, weil man nach Kurzeinsätzen immer wieder in ALG II zurückfällt. Die stupide, inkompetente Vermittlungshilfe vom Amt ist überlastet, uneffektiv, faktisch unwirksam und bezieht sich nur auf Eingliederungsvereinbarung, Vermittlungs- und mit Glück Bildungsgutschein für zum Teil teure, aber passungenaue Kurse, auf die Abschiebung ins sogenannte Team 50 plus, das zum Teil schlecht gepflegte Arbeitsagentur-Online-Portal und die bürokratische Fahrtkostenerstattung zu Vorstellungsgesprächen mit zu langen Rücklaufzeiten (trotz gesetzlicher Fahrtkostenübernahmepflicht der einladenden Firmen halten sich nur wenige dran, was geduldet wird).

Meine laufende Intensivjobsuche mit Hunderten Recherchen und Bewerbungen kann kein Amt leisten, doch sind diese durch die geringe Erfolgsquote sehr belastend und entmutigend. Man hat zu viel zu tun mit sinnloser und aufgeblähter Bürokratie, mit lästigen und absurden Anhörungsschreiben, mit der Korrektur von fehlerhaften Bescheiden, mit Anträgen und Rückzahlungen. Bei Arbeitsplatzmangel kann das Amt auch keine Vermittlungswunder vollbringen! Wie sie überleben, fragt keiner. Von „Fachkräftemangel“ für ältere Bewerber gibt es keine Spur: In Süddeutschland ist fast Vollbeschäftigung, und viele flüchten ins Ausland.

Wenn man überhaupt einen Minijob bekommt (Rentner werden wegen längerer Motivation bevorzugt), muss man drei Viertel vom Minilohn demotivierend abgeben und wird praktisch zur unsozialen illegalen Schwarzarbeit gezwungen. Hauptsache, für die Erfolgsstatistik sind weniger Menschen arbeitslos! Das soll sinnvolles „Fördern und Fordern“ sein? Es ist für unser reiches Land ein Armutszeugnis, wie mit Bedürftigen umgegangen wird, wo die Reichen bekanntlich beim Reicherwerden begünstigt werden, es weder Vermögens- oder Finanztransaktionssteuer noch Mindestlohn gibt und Milliarden falsch eingesetzt werden, zum Beispiel für die Rettung nicht haftender Banken. Das ist unfassbar, skandalös, unzumutbar, ungerecht und unakzeptabel, das führt doch zu gefährlichem Wahl-, Politik- und Demokratieverdruss und ist gesellschaftsspaltender sozialer Sprengstoff!

Ich bin deshalb von unserer Regierung, die so etwas zulässt, und von dieser gewollten, einseitigen, undifferenzierten, unfairen Sozialnetz-Auffang- und Verarmungspraxis in unserer angeblich den Wohlstand mehrenden und chancengerechten realen sozialen Marktwirtschaft bitter enttäuscht. Ein Lob den Helfern, den ständigen Protesten und Demos gegen Hartz IV, ohne sie wäre es noch viel schlimmer! Es gehen dagegen aber noch viel zu wenige auf die Barrikaden. In Frankreich wäre das sicher anders. Ich bin froh, unter diesen Umständen im eisigen Turbokapitalismus nur noch wenige Jahre Arbeitnehmer sein zu müssen. Gegen so viel Ungerechtigkeit muss man sich unbedingt zur Beseitigung erheben, um längeres Leid zu verhindern. Der Arbeitsplatzmangel muss logischerweise ganz anders (zum Beispiel durch gemeinsames Timesharing) gerechter gelöst

werden. Ohne Korrektur dieser Zustände ist sicher kein Bundestagswahlgewinn „von Rot“ erreichbar.

Nach meiner Erstrede am Offenen Mikrofon werde ich zukünftig sicher öfter Besucher der Montagsdemo in Bremen und Hamburg sein, wenn es meine Zeit zulässt und passt. Diese Ungerechtigkeiten, die keine demokratische Mehrheit im Volke haben, kann man einfach nicht mehr kampflos und inkonsequent hinnehmen. Sie müssen schnellstens beseitigt werden, damit unsere Gesellschaft im Turbokapitalismus nicht noch mehr gespalten wird. Macht weiter so mit eurer tollen Montagsdemo! Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Eberhard

Deutschland ist am radikalsten unmenschlich geworden

Wir sehen alle immer weiter zunehmende Ungleichheit und stellen dann auch die Frage: Woher kommt das? Ich sehe auch immer wieder, wer für sich entscheiden kann, sich völlig von den propagierten Leitlinien abhebt und das auch bestimmt. Einige haben wohl auch von dem oldenburgischen Polizeipräsidenten gehört, der dem niedersächsischen Landtage eben gemeldet hat: „Ich bin bald 60, habe keinen Bock mehr und will auch wie meine Kumpel noch etwas vom Leben haben“, und schon ist wieder das geschehen, worüber Arbeitnehmer schon seit Jahrzehnten fluchen: Nicht eingezahlt und sich bedienen lassen, die Herren Staatsbediensteten – und wir sollen mindestens bis 70 arbeiten!

Das ist eben auch Agenda 2010, da ist weiter die Oberschicht, bei der sich Kürzungen nur ganz kurz ausgewirkt haben, und schon haben deren Angehörige ihre Privilegien im Verhältnis zu den Arbeitslosen exponentiell erhöht. In der Besoldungswelt sitzen die Lobbyistenvertreter und erbauen die etablierte Korruption, ja: Korruption gibt es in Deutschland! Die soll man nicht sehen, aber hier ist wieder ganz klar die Ungleichheit zu erkennen, die eben verfassungswidrig ist.

Es ist faktisch wie bei Einsteins Relativitätstheorie, dass im System Kapitalismus die Arbeitslosen keine Lobby haben und keine Werte aufbauen dürfen, was zu einer unaufhaltsamen Privatisierung und dem Ergebnis führt, das wir in Europa sehen. Deutschland ist am radikalsten unmenschlich geworden. Nur wenn Arbeitslose gegen diese Tatsachen gemeinsam kämpfen, ist der Neoliberalismus noch aufzuhalten!

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Margaret Thatcher privatisiert Hölle: Tausende Dämonen bangen um ihre Jobs *(„Der Postillon“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

419. Bremer Montagsdemo am 15. 04. 2013

Wären Menschenleben so viel wert wie Mietschulden

1. Ich weiß ja nicht, ob zu Beginn des ausbrechenden *Spätlings* in der Zeitung „Die Welt“ bereits eine Art von Sommerloch ausgebrochen ist, oder warum uns jetzt eine Serie oder mindestens eine Trilogie zum Thema Hetze gegen vermeintlich arbeitsunwillige, faule **Arbeitslose** zugemutet wird. Den Auftakt gab vor einer Woche der Artikel „Warum sich jemand bewusst für Hartz IV entscheidet“. Darin lesen wir, wie und warum die jetzt 42-jährige Susanne Müller dies getan haben soll und deswegen im Oktober 2004 ihre feste, mit monatlich 2.290 Euro netto dotierte Arbeitsstelle als Betriebswirtin gekündigt hat.

Obwohl sie sich einen Pagenschnitt für 15 Euro beim Friseur leisten kann, nur im Bioladen einkauft, sich im Café ein französisches Frühstück für 3,50 Euro gönnt, ihren Freund bekocht, keine Kleidung von H&M kauft, sondern einen Shell-Parka, Doc-Martens-Schuhe und Kaschmir-Schals besitzt und teure Marken bevorzugt, schafft sie es, noch 21 Euro vom letzten Monat übrig zu haben. Susanne lacht und sagt, dass sich ihr Leben seit der Kündigung wohl verändert, aber nicht verschlechtert habe. Für 28 Pfandflaschen, die sie in den letzten Tagen gefunden und mitgenommen hat, bekommt sie bei Aldi einen Bon im Wert von 7,50 Euro, für den sie dort gleich einkauft.

Vom Gang zur Bank, zum Friseur und dem Einkauf ist Susanne so erschöpft, dass sie sich auf dem Sofa ausruhen muss. Vier Mal in Monat spendet sie Blutplasma, wofür sie 15 Euro bekommt, um sich davon ihre „Luxuswünsche“ wie teure Kleidung und zweimal jährlich eine Zahnprophylaxe leisten zu können. Im Gegensatz zu anderen Hartz-IV-Beziehern bekommt sie mit 372 Euro Arbeitslosengeld II Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts am Buchungstag des 1. März 2013 komischerweise zehn Euro weniger. Bei der Überweisung der Miete ist mal von 379 Euro und mal von 410 Euro die Rede. Sie vermisst es zwar zu reisen, will aber nicht mehr arbeiten. Das Jobcenter bekommt die verlangten Bewerbungsnachweise, denn Susanne weiß ganz genau, wie eine Bewerbung aussehen muss, die jeder Arbeitgeber ablehnt.

Spätestens nach diesem Abdruck würde Susanne Müller kein ALG II mehr bekommen, weil sie bei Beantragung der Transferleistung unterschrieben haben muss, dass sie alles tun werde, um ihre Hilfsbedürftigkeit zu beenden, sprich: zu arbeiten. Auch wenn seit Jahren weder Kosten noch Mühe gescheut werden, die schwer schuftende Volksseele durch Menschen mit ausgeprägter Arbeitsallergie zum Kochen zu bringen, existiert nur in der Fantasie der Leute, dass ein „Hartz-Leben“ erstrebenswert sein könne. In meinen Augen liegt hier ein glasklarer Fall von Hetzkampagne vor, und die beschriebene Frau ist natürlich ein Fake! Nicht arbeiten wollen ist das eine, sich aber dann der „Freiheit“ durch Verfolgungsbetreuung auszusetzen – diesen Dummfug tut sich niemand an!

An diesem Wochenende erschien dann die Fortsetzung „Sozialbetrüger genießen das wahre Leben“. In diesem Artikel erfahren wir, dass sich die Arbeitsmoral des Abendlandes mit den Jahrhunderten verändert hat und aus Almosenempfängern „Kunden“ der Jobcenter wurden. Dies sei ein materieller Fortschritt, der zugleich moralisch fragwürdig ist. Der Satz aus dem zweiten Brief des Apostels Paulus an die Thessalonicher, wer nicht arbeiten wolle, der solle auch nicht essen, sei von August Bebel als „Grundsatz des Sozialismus“ bezeichnet, von Adolf Hitler für den Nationalsozialismus beansprucht worden und unter Josef Stalin in die Verfassung der Sowjetunion gelangt.

Auch wenn Jesus es „heidnisch“ genannt haben soll, sich um materielle Dinge zu kümmern, seien seine ersten Jünger hart arbeitende Familienväter gewesen, die ihre Arbeit und ihre Familie aufgaben, um dem „Menschenfischer“ zu folgen. Auch zu Martin Luthers Zeiten habe eine Schar bettelnder Mönche und eifriger Ablassverkäufer den Zorn des hart arbeitenden Bürgertums erregt, das den Luxus der Päpste und Kardinäle ebenso verachtete wie die angebliche Faulheit der Mönche und Nonnen.

Nach einem Exkurs durch die Jahrhunderte wird immerhin festgestellt, dass die meisten Erwerbslosen gar nicht so leben wie Susanne Müller und die allermeisten sogar unfreiwillig arbeitslos sind. Es sei ein großer zivilisatorischer Fortschritt, dass die Erwerbslosen Sozialleistungen nicht als Almosen empfinden müssten, sondern sie als ihr Recht reklamieren könnten. Mir würde es gefallen, wenn die Mitarbeiter der Jobcenter dies genauso sähen! Ein Heer von Beamten soll nun denjenigen nachschleichen, die das Arbeitslosengeld *er*schleichen.

Last not least bekommen wir drittens „Das Märchen vom faulen Hartz-IV-Empfänger“ serviert. Jeder dritte Deutsche glaube, dass sich Bezieher von Hartz IV vor der Arbeit drücken würden. Heinrich Alt von der Bundesagentur sagt zwar, hier werde über ein Randphänomen geredet, denn es gebe nur wenige Menschen, denen es ohne Arbeit gut gehe. Dagegen, dass sie alle nur Einzelfälle seien, spreche aber die hohe Zahl von Sanktionen, die die Jobcenter gegen unwillige Hartz-IV-Bezieher verhängten.

Nach einer Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung“ seien zwei Drittel der Hartz-IV-Bezieher gar nicht untätig, denn 30 Prozent arbeiteten zumeist als Minijobber, jeweils zehn Prozent machten eine Ausbildung, ab-

solvierten eine Maßnahme des Jobcenters oder kümmerten sich um ihre kleinen Kinder, und weitere fünf Prozent pflegten Familienangehörige. Der überwiegende Teil der Hartz-IV-Bezieher sei daher gar nicht zur Arbeitssuche verpflichtet. Die Arbeitsmotivation unter den Leistungsbeziehern sei sogar höher als in der übrigen Bevölkerung.

Obwohl gerade noch gesagt wurde, dass der überwiegende Teil der Transferleistungsbezieher gar nicht zur Arbeitssuche verpflichtet sei, wird nun angeprangert, dass nur knapp zwei Drittel in den letzten vier Wochen nach Arbeit gesucht hätten. Aber die rund 350.000 Hartz-IV-Bezieher, die dies nicht tun, seien keinesfalls als der „harte Kern der notorischen Arbeitsverweigerer“ zu bezeichnen, die es sich in der „sozialen Hängematte“ bequem gemacht hätten, sondern es handle sich um ältere und kranke, chancenlose Arbeitslose, die resigniert auf die Rente warteten. Natürlich ist dauerhafter Transferbezug entwürdigend, und umso klarer tritt Susanne Müller als Fake hervor! Gibt es in der „Welt“-Redaktion vielleicht ein Kompetenzgerangel?

2. Vor fünf Wochen berichtete ich von der erfolgreichen Verhinderung der **Zwangsräumung** der 67-jährigen Rosemarie F. in Berlin. Nun ist die schwerbehinderte Frau nur zwei Tage nach der dann doch erfolgten Zwangsräumung ihrer Wohnung gestorben. Wie konnte es zur Räumung kommen? Warum hat ihr keine Behörde geholfen? Das Sozialamt, von dem Rosemarie F. eine Grundsicherung erhielt, beendete die Mietzahlungen, nachdem die Rentnerin den Kontakt zur Behörde eingestellt habe. Zum Gerichtstermin erschien Rosemarie F. nicht, schickte auch keine Entschuldigung. Sicherlich wusste sie nicht, dass die Zivilprozessordnung vorschreibt, dass den Prozess automatisch verliert, wer vor Gericht nicht erscheint.

Allerdings hatte Rosemarie F. von dem Verfahren gar nichts gewusst, weil sie ihre Post nicht mehr öffnete, was bei Personen, die überfordert sind und den Überblick verlieren, häufiger vorkommt. Leider interessiert das juristisch offenbar niemanden. Obwohl sich im Februar Mitglieder des Bündnisses „Zwangsräumung verhindern“ darum gekümmert haben, dass das Sozialamt die Mietschulden übernimmt, bestand die Vermieterin weiterhin auf der Räumung der Wohnung.

Das Attest ihres Hausarztes, wonach durch die Räumung eine konkrete Verschlechterung ihrer Gesundheit drohe, reichte nicht aus, weil es kein fachärztliches Attest ist. Dabei wurde ihr auch im Krankenhaus bescheinigt, dass die Wohnungsräumung aus medizinischer Sicht nicht zumutbar sei. Aber dann findet die Zwangsräumung doch statt, kommen 150 Polizisten, eine Gerichtsvollzieherin, sind nach 20 Minuten sind die Schlösser ausgetauscht, Rosemarie kommt in eine Obdachlosenunterkunft, wo sie dann stirbt. Wenn Menschenleben auch juristisch so viel wert wären wie Mietschulden und Geld, dann hätte dieser Tod verhindert werden können!

Das soziale Bündnis „Zwangsräumung verhindern“ schrieb in einer Pressemitteilung, man sei fassungslos, dass der Tod von Rosemarie F. von den Behör-

den und Vermietern „zumindest billigend in Kauf genommen“ wurde. Angeblich seien es nicht nur die Schulden, weswegen die Vermieter die 67-Jährige aus der Wohnung werfen wollten, sondern sie soll ihre Nachbarn „tyrannisiert“ haben und durch „aggressives Verhalten“ aufgefallen sein. Die Wohnung der 67-Jährigen sei „völlig zugemüllt“ gewesen und habe „bestialisch gestunken“. Aber wer alt und krank ist, bewältigt möglicherweise nicht mehr alles allein und lässt aus unguter Erfahrung auch kein Amt mehr herein.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Meine Meinung hierzu, auch wenn sie nicht so nett rüberkommt, aber es muss sich endlich mal was ändern: „Und wenn in mir die Wut aufsteigt, dann setze ich mich ganz schnell wieder hin“, nachdem Tausende von Kerzen entzündet wurden. Das wäre dann die x-te Wiederholung des moralischen kleinbürgerlichen Protestes innerhalb dieses abzulehnenden Systems. Was sind wir nur alle für gute Menschen, wir sind ja alle so traurig!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Die „schönste“ Blüte im Sumpf der „Aufklärung“ der „Welt“ über „Sozialbetrüger, die das wahre Leben genießen“ – womit natürlich nicht jene gemeint sind, die mit Koffern voller Schwarzgeld zur Steueroase reisen – ist wohl diese hier: „Vielen macht ihre Arbeit Spaß, ist sie sogar ein ‚Lebensbedürfnis‘. Anders als die Sklaverei, der Feudalismus oder der Sozialismus braucht die kapitalistische Konsumgesellschaft keinen Zwang, um die Leute zum Arbeiten zu bringen. Auch deshalb ist er“ – gemeint ist: *sie* – „diesen Gesellschaftsformen überlegen“.

„Genießen“ wir demzufolge – angesichts millionenfach verhängter Sanktionen gegen „Drückeberger“, die nicht pünktlich zur Vermittlung von *keiner* Arbeit antreten – mit Hartz IV bereits die „materielle Vorbereitung des Sozialismus“, da doch schon im „Kommunistischen Manifest“ ein „gleicher Arbeitszwang für alle“ gefordert wurde? – Karl Marx hatte darin allerdings die reichen Erben und Ausbeuter im Blick, die sich den Mehrwert aneignen, den andere schaffen.

Schlimm, dass nun ausgerechnet die heutigen Verfechter des echten Sozialismus – ohne es zu wollen, aber weil sie sich eben nicht ernsthaft mit diesem Problem befassen – die neoliberal-spätkapitalistische Umwendung des Arbeitszwanges gegen die Habenichtse mitmachen, wenn sie zwar „Weg mit Hartz IV!“ rufen, aber auf wiederholte Nachfrage damit herausrücken, dass sie keineswegs das spalterische Gegeneinanderausspielen von Kurz- und Langzeiterwerbslosen

beenden wollen, das dadurch entsteht, dass die einen Arbeitslosengeld, die anderen bloß eine Sozialunterstützung beziehen. Dafür sind ja nicht die Genossen verantwortlich. Verkehrte „Welt“!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Na ja. Es ist die „Welt“, und die wird nicht gerade von Friseuren oder Penny-Markt-Kassiererinnen gelesen. Es ist keine Kunst, bei der Zielgruppe der eigenen Weltanschauung ohnehin schon offene Türen einzurennen. Saublöd ist immer diese fabulöse Vermenschlichung von Tieren: Ein männlicher Löwe ist kein Pascha – ein Pascha ist ein männlicher Homo sapiens in einer Machtposition. Und zu der überkommenen Vorstellung des 19. Jahrhunderts, der Mensch unterscheide sich vom Affen durch „Arbeit“, lässt sich sagen, dass spätere Forschungen an den „höheren Primaten“, unter anderem durch Dian Fossey oder Jane Goodall, ein ganz anderes, viel ausdifferenzierteres Bild ergeben haben. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass der genetische Unterschied nicht allzu groß ist.

Es kommt natürlich immer darauf an, welcher Definition von „Arbeit“ gefolgt wird. Klettert ein Affe auf einen Baum, pflückt eine Banane und kommt wieder herunter, wird physikalisch dieselbe Arbeit verrichtet, als wenn ein Mensch das tun würde. Im Arbeitsrecht ist Arbeit als wertschöpfende, fremdnützige Tätigkeit definiert – abhängige Erwerbsarbeit also. Da käme ein Affe niemals auf die blöde Idee, seinem Oberaffen von zehn gepflückten Bananen neun abzugeben, damit dieser die Wertschöpfung einheimst.

Wenn wir Arbeit jedoch als schöpferische Tätigkeit definieren, hat Marx natürlich absolut recht. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass die schöpferische Tätigkeit, aus einem Stapel Holz einen Stuhl herzustellen, ökonomisch quantifizierbar ist – das Geigenspielen jedoch nicht. Es sei denn, das Geigenspielen wird im Sinne des Arbeitsrechtes vermarktet, also im Dienste eines Konzertveranstalters, der den Gewinn einheimst.

Letztendlich denke ich jedoch, dass mit dieser „Welt“-Kampagne der Schuss nach hinten losging, denn gut 90 Prozent der 90 Kommentare zu diesem Artikel lauten ungefähr so oder ähnlich: „Das ‚Einkommen ohne Leistung‘ betrifft nicht nur die Sozialhilfeempfänger, sondern in viel größerem Maße diejenigen, die ohne Wertschöpfung enorme Summen kassieren. Wer gibt Menschen das Recht, ein leistungsloses Einkommen von Hunderttausenden oder Millionen im Jahr einzustreichen? Zu diesen Leuten zähle ich nicht nur Spekulanten und Bankster, sondern auch Labertaschen, die solche Investitionsruinen wie den Berliner Großflughafen fabrizieren.“

Solche Kampagnen zünden nicht mehr im digitalen Zeitalter. Wenn dadurch ein paar CDU-Wähler(innen) bei der Stange gehalten werden, ist das nicht weiter schlimm. Wir kriegen eh die Regierung, die wir verdienen.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Die Regeln zur Arbeitsunfähigkeit von Erwerbslosen im ALG-II-Bezug wurden verschärft

Die gute Nachricht zuerst: Die Bundesagentur für Arbeit kann einen „gelben Schein“, also eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung genauso wie ein Arbeitgeber überprüfen lassen. Damit sind die Sonderwünsche „Liegendbescheinigung“ als Ergänzung und die Einschaltung des hauseigenen Medizinischen Dienstes der Bundesagentur für Arbeit endgültig vom Tisch (siehe auch meinen Beitrag zur 308. Bremer Montagsdemo, Abschnitt 2). Negativ verändert wurden aber die Maßstäbe für eine Arbeitsunfähigkeit von Erwerbslosen, insbesondere für Kranke im ALG-II-Bezug.

Erst einmal der normale Ablauf: Der Kranke muss der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter oder dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung innerhalb von drei Tagen vorlegen, auf Verlangen auch schneller. Weitere Nebenpflichten können im Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung. stehen. Es ist nur das kleinere Blatt zu übersenden. Das größere Blatt mit der Diagnose soll die Krankenkasse erhalten.

Der „gelbe Schein“ kann der Briefpost anvertraut werden, weil ein Verlust durch Vorlage einer Bescheinigung der Krankenkasse „geheilt“ werden kann. Sollte auch der Brief an die Krankenkasse verlorengegangen sein, so bestätigt die Arztpraxis der Krankenkasse die Arbeitsunfähigkeit. Die dann nachträgliche Vorlage „heilt“ die Fristversäumnis. Eine Kündigung oder Sanktion wegen unentschuldigter Arbeitsversäumnis ist zurückzunehmen, doch natürlich ist entsprechende Gegenwehr nötig.

Die Bundesagentur für Arbeit, das Jobcenter oder der Arbeitgeber können bei berechtigten Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit bei der Krankenkasse die Einschaltung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung beantragen. Die Zweifel sind zu benennen. Die Krankenkasse prüft diesen Antrag aufgrund der

bekannten vorliegenden Diagnose und eventuell weiterer Unterlagen. Falls die Krankenkasse die Zweifel nicht ausräumen kann, wird der Medizinische Dienst von der Krankenkasse beauftragt, den Kranken zu begutachten.

Der Kranke erhält eine schriftliche Einladung zum Untersuchungstermin beim Medizinischen Dienst, meistens mit der Anmerkung, dass der Begutachtungstermin entfällt, wenn die Arbeitsunfähigkeit beendet wurde. In diesem Fall reicht ein Anruf beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen durch den Genesenden. Ein Nichterscheinen zum Untersuchungstermin möchte die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter sanktionieren, so schreibt zum Beispiel die „Welt“. Eine Grundlage dafür ist mir nicht bekannt, aber ausprobieren sollte dies niemand. Falls es doch ein Kranker aus einem wichtigen Grund nicht schafft, zum Termin zu kommen, gibt es für eine Sanktionierung meines Erachtens keinen Grund.

Das Gutachten des Medizinischen Dienstes erhält die Krankenkasse. Falls darin die Arbeitsunfähigkeit bestätigt wurde, teilt der Krankenkasse dies der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter oder dem Arbeitgeber mit. Das Gutachten wird nicht weitergegeben, auch die Diagnose nicht. Die Diagnose darf nur weitergegeben werden, wenn der Versicherte dies erlaubt. Falls der Medizinische Dienst der Krankenversicherung die Arbeitsunfähigkeit nicht mehr feststellt, wird der betroffene Mensch zur sofortigen Arbeitsaufnahme aufgefordert. Die gleiche Aufforderung erhält er auch schriftlich von seiner Krankenkasse. So weit wie schon immer – für Arbeitnehmer!

Geändert wurden die Rahmenbedingungen für die Krankschreibung der Erwerbslosen. Die neue Regelung für ALG-II-Berechtigte vom 21. Juni 2012 lautet: „Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende – „Hartz IV“) beantragt haben oder beziehen, sind arbeitsunfähig, wenn sie krankheitsbedingt nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten oder an einer Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen.“

Die Regelung für ALG-I-Berechtigte lautet nun: „Bezieher von Arbeitslosengeld sind arbeitsunfähig, wenn sie krankheitsbedingt nicht mehr in der Lage sind, leichte Arbeiten in einem zeitlichen Umfang zu verrichten, für den sie sich bei der Agentur für Arbeit zur Verfügung gestellt haben.“ Dies ist die Änderung. Die Unterteilung der Erwerbslosen ist die wesentliche Verschärfung.

Für die Menschen in Lohn und Brot sieht die Regelung von Arbeitsunfähigkeit wie gewohnt aus: „§ 2 Definition und Bewertungsmaßstäbe. (1) Arbeitsunfähigkeit liegt vor, wenn der Versicherte aufgrund von Krankheit seine zuletzt vor der Arbeitsunfähigkeit ausgeübte Tätigkeit nicht mehr oder nur unter der Gefahr der Verschlimmerung der Erkrankung ausführen kann. Bei der Beurteilung ist darauf abzustellen, welche Bedingungen die bisherige Tätigkeit konkret geprägt haben. Arbeitsunfähigkeit liegt auch vor, wenn aufgrund eines bestimmten Krankheitszustandes, der für sich allein noch keine Arbeitsunfähigkeit bedingt, absehbar ist, dass aus der Ausübung der Tätigkeit für die Gesundheit oder die Gesundung abträgliche Folgen erwachsen, die Arbeitsunfähigkeit unmittelbar hervorrufen“

Dies ist mit dem Arzt zu besprechen und die eigene Lage schonungslos zu beschreiben. Bei Erwerbslosen kommt zum körperlichen Krankheitsbild fast immer der Druck hinzu, sich zu bewerben und Termine einzuhalten, für die es keine „zweite Chance“ gibt, von den besonderen Belastungen eines Termins beim Fallmanager ganz zu schweigen. Mit dem Arzt das „Leben“ während der Arbeitsunfähigkeit zu besprechen (Besorgungen, Spazierengehen, Auflagen der „Eingliederungsvereinbarung“, Termine, Ansteckungsgefahr et cetera) ist eigentlich etwas Normales, aber für eine eventuelle Überprüfung der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters oder des Arbeitgeber etwas Klarstellendes.

Zusammenfassend heißt das: Der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter oder dem Arbeitgeber den „gelben Schein“ übersenden und in Ruhe gesund werden. Falls noch etwas unklar ist, hilft die Bremer Montagsdemo. Wir gehen mit! In der Zeitung „Die Welt“ ist auch von möglichen Hausbesuchen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkasse die Rede. Dafür muss es zwingende Gründe geben. Der Kranke muss unangemeldeten Besuch nicht in die Wohnung lassen. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen muss sich anmelden. Es ist somit immer ein anderer Ort für die Untersuchung vereinbar, weil es auf das häusliche Umfeld nicht ankommt.

Es gibt aber noch eine weitere Besonderheit: Die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter müssen den Krankenkassen die Kosten der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen bezahlen, die Arbeitgeber hingegen nicht. Warum diese Unterscheidung? „Bild“ weiß: Es wird kontrolliert! Wird durch die Kostenbelastung der Bundesagentur für Arbeit die Überprüfung als Regelfall verhindert?

Das Gespräch mit den „persönlichen Ansprechpartnern“ ist leider oftmals sehr banal, was die Perspektive auf dem Arbeitsmarkt angeht. Es ist aber oftmals sehr belastend durch die „persönliche Ansprache“ des Amtsinhabers. Selbst ein Anschreien des Erwerbslosen wird als „Aktivierung“ von den Mitarbeitern des Jobcenter praktiziert. Über 700.000 Mal haben die Jobcenter allein im Jahr 2012 Erwerbslose sanktioniert, weil diese zu einem solchen Termin nicht erscheinen sind.

Solche Sanktionen sind per Widerspruch anfechtbar. Notfalls muss die Hilfe des Gerichts erbeten werden. Auch eine zehnprozentige Kürzung und das Fehlen von Rücklagen rechtfertigen eine Eilbedürftigkeit des Gerichtsverfahrens. Im März 2013 waren über 60.000 Erwerbslose krank.An den Zähltagen liebt jeder Fallmanager die „Gelben Scheine“, denn diese Erwerbslosen gelten nach den Rahmenbedingungen der Statistik nicht als erwerbslos. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Falscher Kommunismus

Es ist wieder fürchterlich zu sehen, wie Behördenvertreter nicht genug kriegen können. So wie zwei aus Wildeshausen, wo der eine meint: „Das habe ich alles erarbeitet“. Ex-Ordnungsamtsleiter Herbert Weitz, der sich den Neubau einer Villa an der Hunte genehmigen ließ, hat aber nur über diese unsozialen Gesetze seinen Wohlstand gemacht. Arbeitnehmer im System Leiharbeit machen die Dicken immer reicher! Dieser Herr hat durch den Fleiß von Arbeitermassen seinen Luxus erreicht. Das riecht doch nach NS-Partei-Bonzentum!

Was in den Behörden läuft, kann man als falschen Kommunismus bezeichnen. Dazu gehört eine etablierte Korruption. Es gibt Tausende Posten im Amt, die wir eigentlich gar nicht brauchen, und Arbeit, die unnötig ist, aber einen Riesenteil der Steuern wegnimmt, die für richtige Arbeit für Arbeiter da sein müssten. Es gibt fast unverändert seit Jahrzehnten über drei Millionen Beamte, und das Amt wird von ihnen selbst gemacht, ohne Rationalisierung – was Arbeiter schon lange gar nicht dürfen. Wir dürfen nur billig sein, um das Amt auch noch reich zu machen!

Es steckt immer beides drin in Behörden: ein Stück private Bankfinanzen und Unternehmen, die Hand in Hand ihren Reichtum machen. So läuft das schon seit Jahren, und mit Hartz IV wird uns immer das Geld und die Lobby gestohlen. In dem Artikel „Zwei streiten um eine Villa“ in der „Nordwestzeitung“ können Sie sehen, wie das jetzt ausartet. Das ist die tatsächliche Dekadenz aus der Römerzeit! Im Gegensatz meinen diese Amtsunternehmer jetzt: „Ich habe mir das alles ehrlich erarbeitet“. Es wird Zeit, dass alle mal mit Kampfdemos diesen Rotztypen den Wind von links geben!

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Wie sicher ist ein Atomkraftwerk?

Mit der Beantwortung dieser Frage haben sich schon viele Leute beschäftigt. Auch ich habe sie in meinen Beiträgen zur 343., 411. und 415. Montagsdemo behandelt. Einige Antworten habe ich dort mitgeteilt, die ich für mich gefunden habe, sodass ich damit klar Stellung beziehen kann. Eine Antwort von mir lautet: Ein AKW ist so sicher, wie Sie selbst es machen. Ich könnte auch sagen: wie wir alle es machen.

Nach allem, was die Menschheit bisher mit Atomkraft erlebt hat, kann eine simple Folgerung gezogen werden: Das beste und sicherste Atomkraftwerk ist jenes, welches es gar nicht gibt. Wer das erkennt, wird persönliche Konsequenzen ziehen und aktiv werden. Jeder kann seinen persönlichen Beitrag leisten, und

wenn man sich einig ist, werden auch die Atomkraftwerke bald sicher sein – durch Verschwinden.

Das ist die einzige wirkliche Lösung, denn es ist normal, dass immer nur das zur Katastrophe führt, womit niemand rechnet: etwas Unglaubliches wie ein Tsunami, Terroranschlag, Flugzeugabsturz. Oder etwas Alltägliches, mit dem heute jeden Tag gerechnet werden muss: menschliches oder technisches Versagen, Softwarestörungen, Hackerangriffe, dass jemand einfach hineinspaziert in ein Atomkraftwerk und einen Anschlag durchführt.

Wie leicht zum Beispiel das Hineinspazieren überall und zu jeder Zeit möglich ist, hat „Greenpeace“ mehrere Male gezeigt: Im Februar 2000 kletterten 14 Aktivisten auf den Kühlturm des AKW Philippsburg. Es gehört dem Groß-Stromer EnBW, für dessen Tochterunternehmen der Billigstrom „Yellow“ erzeugt wird.

Am 26. April 2002 besetzte „Greenpeace“ zum Tschernobyl-Jahrestag den Atommeiler im südspanischen Zorita, den ältesten in Spanien. Im Oktober 2002 trafen 140 Aktivisten, verkleidet als „Homer Simpson“, nur auf geringe Sicherheitsschranken: Sie brachen lediglich die Grenzumzäunung auf und besetzten die Dachspitze des AKW Sizewill B in England.

Am 13. Januar 2003 stürmten 19 „Greenpeace“- Aktivisten das Atomkraftwerk Sizewell B ein zweites Mal. Die Umweltschützer wollten mit der Aktion auf die gravierenden Sicherheitsmängel im angeblich „sichersten Atomkraftwerk Großbritanniens“ hinweisen. Ohne größere Probleme gelang es ihnen, in das Atomkraftwerk hineinzuspazieren und sogar Zugang zum Kontrollraum und zum Reaktorblock des Meilers zu erlangen.

Am 22. Juni 2009 schafften es gleich 22 Kletterer, die 60 Meter hohe Kuppel des Eon-Atomkraftwerkes Unterweser in Rodenkirchen/Esenshamm zu besetzen. Am 15. Februar 2011 besetzten „Greenpeace“-Aktivisten den Kühlturm des 29 Jahre alten Atomkraftwerkes Cofrentes in der spanischen Provinz Valencia.

Am 28. Februar 2011 besetzten 28 Frauen und Männer von „Greenpeace“ vorübergehend den Kühlturm des zweitältesten deutschen AKW von 1976, Neckarwestheim, und entrollten mehrere Transparente. Auch im Atomstaat Frankreich gelang es sechs „Greenpeacern“ am 5. Dezember 2012, die Atomanlage Nogent-sur-Seine hundert Kilometer südöstlich von Paris zu besetzen.

In Schweden gibt es drei AKW-Standorte mit insgesamt zehn Atomreaktoren. In ihrer Aktion „Stresstest“ drangen Aktivisten am 10. Oktober 2012 in das Reaktorgelände Forsmark von Eon ein und blieben dort unbemerkt für 38 Stunden, bis sie sich selbst stellten. Im schwedischen Atomkraftwerk Ringhals von Vattenfall fuhren sie mehrere Stunden ungestört mit Fahrrädern auf dem Gelände herum.

Am 11. März 2013, dem zweiten Jahrestag von Fukushima, besetzten 40 „Greenpeace“-Aktivisten das Atomkraftwerk Embalse in Argentinien. Wenn es al-

les tatsächlich Sicherheitslücken waren, die das ermöglichten, dann brauche ich dazu keinen weiteren Kommentar zu geben. Wenn es nur geduldete Aktionen gewesen sein sollten, wie manche vielleicht glauben, dann kann ich für die Zukunft nur hoffen, dass niemals ein echter Terrorist mit einem braven „Greenpeacer“ verwechselt wird.

Helmut Minkus (parteilos)

Am **Mittwoch**, dem **17. April 2013**, von **15** bis **22 Uhr** freut sich das „**Via-Campesina-Infofestival**“ darauf, euch auf dem **Ulrichsplatz** im Ostertorviertel zu begrüßen. Das Motto lautet: „**Stoppt die Agrarindustrie!** Gegen Landraub, Nahrungsmittelspekulation und Gentechnik, für Ernährungssouveränität und ein gutes Leben für alle – weltweit!“ Euch erwartet ein buntes Programm mit Infoständen, Redebeiträgen, Live-Musik, Kurzfilmen, veganem Kuchen, Volxküche, Getränken, Offenem Mikrofon und der „eierlegenden Wollmilchsau“.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

420. Bremer Montagsdemo am 22. 04. 2013

Ein bisschen Krankheit und Herzklopfen ist bei der Arbeit zumutbar

1. Das Sozialgericht Mainz urteilte in einer aktuellen Entscheidung, dass einer Frau der nächtliche **Heimweg** durch ein Bad Kreuznacher Industriegebiet zuzumuten sei. Das Jobcenter hatte der Klägerin eine Stelle in einer dortigen Wäscherei angeboten, die auch eine um 22 Uhr endende Nachtschicht vorsieht. Die Frau nahm die Tätigkeit nicht auf, weil sie sich nicht traue, nachts den Weg von der Arbeitsstelle zu ihrer etwa 2,7 Kilometer entfernt liegenden Wohnung zu Fuß zurückzulegen. Sie besitzt weder Auto noch Fahrrad. Um diese Uhrzeit fahren auch keine Busse mehr. Das Gericht bestätigte das Jobcenter in der Ansicht, keinen wichtigen Grund anzuerkennen, um die Arbeitsaufnahme zu verweigern, und deswegen die Leistungen der Frau zu kürzen. Es sei ihr zuzumuten, die Tätigkeit aufzunehmen, um ihre Hilfebedürftigkeit zu verringern, weil der Fußweg weder von der Länge noch von der Gefährlichkeit her unzumutbar sei. Sie hätte sich um eine Fahrgemeinschaft bemühen können.

Was für ein bescheidenes Urteil! Haben hier nur männliche Richter geurteilt, die die berechtigte Angst vieler Frauen vor menschenleeren, einsamen nächtlichen Wegen nicht kennen (wollen), die sich jederzeit ein eigenes Auto, mit Sicherheit auch nach Belieben ein Taxi leisten können, um sich selbst solche Wege zu ersparen? Wir dürfen auch nicht vergessen, dass dieser fast drei Kilometer lange Weg zur Arbeit am entlegenen Ort bei jedem Wetter zu bewältigen ist, auch bei vereistem, schneebedecktem Boden, wenn natürlich nicht gestreut wurde. Das Gelingen einer Fahrgemeinschaft darf meiner Meinung nach nicht vorausgesetzt werden, sondern es müsste der Nahverkehr entsprechend ausgebaut sein! Der zu erwartende Dumpinglohn wird sicher nicht dafür ausreichen, dass die Klägerin ein eigenes Auto kaufen und unterhalten kann.

2. Obdachlosigkeit war über Jahrzehnte vor allem ein Problem von Männern. Doch in den letzten Jahren landen wegen steigender Mieten und prekärer Arbeitsverhältnisse immer mehr Frauen in der Obdachlosigkeit, worauf die Heime nicht

vorbereitet sind. Heutzutage kann der Abstieg ganz schnell kommen, weil die Löcher im ehemals sozialen Netz immer größer werden. Da kann es dann ausreichen, dass der Ehemann abhaut, der Job weg ist, gleichzeitig die Miete ansteigt, und *peng!* sitzen die Frauen „einfach“ auf der Straße. Immer häufiger sind auch Frauen aus der Mittelschicht betroffen. Ich glaube nicht, dass in Deutschland „nur“ 250.000 Menschen wohnungslos sein sollen, worunter 65.000 Frauen sind – Tendenz steigend.

Durch die steigende Wohnungsnot erscheint die Suche nach einer bezahlbaren Zweizimmerwohnung gerade auch für alleinerziehende Arbeitslose mit der Adresse eines Wohnheimes für Obdachlose immer aussichtsloser. Viele schämen sich derart für ihre Situation als wohnungslose Menschen, haben so viele Demütigungen erlebt, dass sie sich gar nicht getrauen, überhaupt noch nach Hilfe zu fragen. Wahrscheinlich seien viel mehr Frauen verdeckt obdachlos, die bei „Suppenfreiern“ unterkommen, für Kost und Logis Dienstleistungen im Haushalt oder im Bett erbringen müssen. Wohnungslose Frauen brauchen einen geschützten Raum für sich, wo sie keine Angst haben müssen, als „wertloses Freiwild“ vergewaltigt zu werden, und wohin sie ihre Kinder mitnehmen können.

3. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) wird einem Zeitungsbericht zufolge unabhängig vom Wahlausgang nicht mehr dem Kabinett der nächsten Bundesregierung angehören, weil sie sich verstärkt um ihre **Familie** kümmern möchte. Schröder ist die erste Bundesministerin, die im Amt Mutter wurde; ihre kleine Tochter wird bald zwei Jahre alt. Wenn es schon für eine finanziell betuchte Ministerin sehr hart sei, den Spagat zwischen Arbeit und Mutterschaft zu meistern, wie mag es sich in Deutschland für normal bis bescheiden verdienende Frauen anfühlen?

Der deutsche Staat lässt sich eine Hetero-Zweielternfamilie so einiges kosten. Anders sieht es aus, wenn die Eltern schwul, lesbisch oder alleinerziehend sind. Das Ehegattensplitting sollte in ein Familiensplitting umgewandelt werden, damit es gerechterweise auch von Alleinerziehenden für sich und ihre Kinder genutzt werden kann! Ich persönlich kann mir gut vorstellen, dass Kristina Schröder zu Hause, vielleicht noch mit einem zweiten Kind, unabkömmlicher sein wird als im Ministerium. Stets wunderte ich mich, warum diesen Posten keine verdiente, ältere Frau übernahm. Aber die könnte ja mit ihrer Erfahrung Haare auf den Zähnen besitzen, auf jeden Fall mehr Biss und eigene Ideen entwickelt haben!

4. Als „völlig krank“ bezeichnete der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, Martin Behrsing, die jüngste Weisung der Bundesagentur für Arbeit, wonach Hartz-IV-Beziehende bei **Krankheit** schärfer kontrolliert werden sollen, um „bei Verdacht“ den medizinischen Dienst einzuschalten. Dieser soll pro Überprüfung zwischen 130 und 260 Euro erhalten. Offenbar sei es an der Zeit, mit der „Bild“-Zeitung als Veröffentlichungsmedium eine neue Hetzkampagne gegen Hartz-IV-Beziehende zu starten. Es besteht nicht der geringste Anlass, gegen-

über kranken Menschen einen solchen Druck und noch mehr Misstrauen als ohnehin schon üblich aufzubauen, denn gerade Menschen in Armut sind signifikant häufiger krank. Sollten die hoch qualifizierten Sachbearbeiter der Flop-, Mob-, oder (No-)Job-Center tatsächlich mit ihrem profunden Wissen und Können besser als die behandelnden Ärzte beurteilen können, ob jemand nun wirklich krank ist oder es „nur vorspielt“?

Auch Psychologin Britta Littke-Skiera bezeichnete es in ihrem Leserbrief an den „Weser-Kurier“ als Ungeheuerlichkeit, wie hier im Zuge einer Generaldiffamierung zur Hetzjagd geblasen wird. Kein einziger Erwerbsloser wird in Arbeit vermittelt, indem er eingeschüchtert, drangsaliert und gezwungen wird, bei Durchfallerkrankung oder Grippe mit hohem Fieber sofort den Besuch beim Arzt nachzuweisen, auch wenn er sich dazu körperlich nicht in der Lage ist und ärztliche Hausbesuche kaum noch praktiziert werden. Im Gegenteil: Arbeitslose, die jetzt auch noch in Angst leben müssen, dass ihnen ihre Erkrankung vom MDK nicht „geglaubt“ wird, genesen schlechter!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Jobcenter-Mitarbeiter können kein Unrechtsbewusstsein entwickeln

Was Krankheit und den „gelben Schein“ betrifft, möchte natürlich jeder Arbeitgeber und auch die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter gern wissen: „Was hast du eigentlich?“ Die Auskunft ist dem Menschen freigestellt: „Mich hat es erwischt, aber jetzt ist es vorbei“, wäre eine mögliche Antwortfloskel. Die ärztliche Diagnose erhält der Arbeitgeber, die Bundesagentur für Arbeit oder das Jobcenter nur mit schriftlicher Zustimmung des Kranken. Das Jobcenter in Bremen betreut nach eigenen Angaben circa 80 Prozent aller Erwerbslosen. Hinzu kommen die ALG-I-Berechtigten, die mit ALG II aufstocken müssen. Es gibt keine Zahl, die den Kaufkraftschwund drastischer dokumentiert!

Die Leiharbeitsfirmen leiden nicht darunter: Sie erhalten fast immer Lohnkostenzuschüsse für jede noch so kurze Einstellung. Dabei hat die Leiharbeitsfirma überhaupt keine Auswahlmöglichkeit mehr. Die Leiharbeit in heutiger Form wurde mit den Hartz-Gesetzen ermöglicht und ist eine Goldgrube für die Unternehmer. Lohnkostenzuschüsse an Leiharbeitsfirmen waren nicht vorgesehen, aber die Löhne sind so niedrig, dass immer mehr Menschen selbst bei Vollzeit-

arbeit ergänzendes ALG II beantragen müssen. Diese Aufstockung kostet den Staat Millionen, Tendenz steigend. Vermeidbar ist dies mit einem auskömmlichen Mindestlohn!

Im Jobcenter arbeiten auch vernünftige Menschen, aber die Mitarbeiter des Jobcenter gehen oftmals zu weit: Der Erwerbslose wird nicht als gleichberechtigter Gesprächspartner behandelt, sondern als Befehlsempfänger angesehen. Oftmals sieht sich der Fallmanager in der Rolle des Arbeitgebers und nimmt sich weitreichende Direktionsrechte. Es wird einfach gesagt: „Solange ich Ihr Arbeitgeber bin, machen Sie, was ich sage!“ Die Handlungsweise der Mitarbeiter hinter den Schreibtischen lässt sich mit dem Stück „Die Welle“ erahnen, aber natürlich liegen die Einzelheiten anders.

Erlebnisschilderungen von Betroffenen machen betroffen. Die Umgangsart im Jobcenter ist geprägt durch die Zielvorgaben. Dazu gehören auch Kürzungen der Regelleistung, Sanktionen genannt. Deren Steigerung wird per Zielvorgabe festgelegt. Sanktionsmöglichkeiten ergeben sich und werden genutzt. Die Mitarbeiter des Jobcenters können kein Unrechtsbewusstsein entwickeln, weil von ihnen ein rechtswidriges Verhalten erwartet wird. Die quotierte Ablehnung der Widersprüche per Arbeitsanweisung ist so ein Negativbeispiel: 70 Prozent aller Widersprüche sind abzulehnen, egal was darin steht!

Über den Erfolg der quotierten Ablehnung von Widersprüchen wurde dem Deutschen Bundestag berichtet. Das Ziel – der Abbau unerledigter Widersprüche und die Bearbeitung neuer Widersprüche in vorgegebener Zeitspanne – wurde erreicht. Die Erwerbslosen haben sich leider nur teilweise gewehrt. Bei den Gerichten kam keine entsprechende Klageflut an. Einige Kläger wurden sofort nach der Klageerhebung klaglos gestellt, das heißt ihren Antrag wurde entsprochen: Das Jobcenter bewilligte ihn und zahlte umgehend. Ein Gerichtsverfahren war nicht mehr nötig.

Die Mitarbeiter des Jobcenter werden auch für erkennbar vorsätzliche Fehlentscheidungen und das Ausnutzen ihrer Macht nicht zur Rechenschaft gezogen. Ist dies wirklich der politische Wille? Wie sehen die Folgen aus? Wann schlägt die Ohmacht um in Wut und Hass – erst gegen sich selbst und dann? Gegen diese Zustände zeigen wir **Protest** vor dem **Jobcenter** Doventorsteinweg am **Dienstag**, dem **30. April**, sowie am **Donnerstag**, dem **2. Mai 2013**. Ab **11 Uhr** gibt es dort ein **Offenes Mikrofon**. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir zeigen **Protest** vor dem **Jobcenter** Mitte, Doventorsteinweg, am **Dienstag**, dem **30. April**, sowie am **Donnerstag**, dem **2. Mai 2013**. Beginn ist um 7:45 Uhr. Die Aktion dauert jeweils bis zum Ende der Öffnungszeiten des Jobcenters (Dienstag circa 12 Uhr, Donnerstag ca 17:30 Uhr). Ab **11 Uhr** gibt es dort ein **Offenes Mikrofon**.

Der Reichtum der einen ist Ursache für die Armut der anderen

Herzlich Willkommen zur Montagsdemo! Sehe ich hier bald auch Uli Hoeneß stehen? Dem geht's ja so schlecht: Sechs Millionen Euro soll er bereits „freiwillig" bezahlt haben – von den mehreren Hundert seines Schweizer Nummernkontos. Der Mann ist doch so fleißig! Warum gönnt man ihm denn sein sauer Erspartes nicht? Er muss doch auch – so wie wir – etwas fürs Alter zurücklegen! Selbstanzeige ist doch eine feine Sache. Wenn ein Hartz-IV-Bezieher nicht zum Termin seines Fallmanagers antanzt, kriegt er gleich das eh schon viel zu niedrige ALG II gekürzt und im Widerholungsfall ganz gestrichen. Mein Vorschlag: Ich zeige mich an, bin halt nicht gekommen wegen „ist nicht", und schon tritt Straffreiheit ein!

Wisst ihr noch, was mit Klaus Esser war? Der hat 50 Millionen kassiert für seine Zustimmung zur feindlichen Übernahme von Mannesmann durch Vodafone – wo sind heute die Arbeitsplätze von Mannesmann? Und Josef Ackermann mit seinem widerlichen Grinsen, sitzt der im Knast? Oder Klaus Zumwinkel von der Post: Sitzt heute auf seiner Burg am Gardasee und lässt sich die Sonne auf den Bauch scheinen. So sieht das in unserer feinen Gesellschaft aus! Die Gesetze werden für die Superreichen gemacht, und wenn der Appetit gerade noch ein bisschen größer ist, dann pfeift man auf die Gesetze. Der Reichtum der einen ist die Ursache für die Armut der anderen: Das ist ein Kern der kapitalistischen Gesellschaft.

Bei Opel Bochum steht die Entscheidungsschlacht bevor: Der Aufsichtsrat hat jetzt beschlossen, das Werk bis Ende nächsten Jahres stillzulegen. Direkt betroffen sind 3.400 Beschäftigte, und noch zehn Mal so viele Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben fielen dann weg. Bereits Ende dieses Jahres sollen der Getriebebau sowie eine Schicht gestrichen werden – Massenentlassungen stehen also unmittelbar bevor. Noch am 28. Juni 2012 hatte der Aufsichtsrat die Produktion des „Zafira" bis Ende 2016 für Bochum zugesagt. Die soll jetzt nach Rüsselsheim verlegt werden. Vier Milliarden Euro will General Motors investieren. Die Opel-Kollegen mobilisieren die ganze Stadt, unter anderem auch die Montagsdemo. Dieser Kampf geht uns alle an! Die oder wir: Es ist kein Zufall, dass gerade die Bochumer so hart angegriffen werden.

Der PKW-Absatz ist in Europa im März um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, in Deutschland sogar um über 17 Prozent diese Krise ist nicht zu Ende, das wissen auch die Herrschenden. Nun ereignete sich ein schrecklicher Anschlag auf den Marathon in Boston. Es ist eine faschistische Me-

thode, gegen eine Menschenmenge Bomben einzusetzen. Was jetzt seitens der US-Behörden passiert, ist aber ebenfalls schrecklich: Eine riesige Bürgerkriegsübung findet statt, und dem überlebenden Verdächtigten werden alle Rechte aberkannt. Als „feindlicher Kombattant“ hat er keinen Rechtsanwalt, genau wie die Eingesperrten in Guantánamo. Das Vorgehen spottet jeder „Rechtsstaatlichkeit“ Hohn!

Schon fordern führende Politiker die breite Einschränkung bürgerlicher demokratischer Rechte und Freiheiten, zum Beispiel des Einwanderungsrechts. Allein mit Suche nach Verdächtigten ist dieser Einsatz nicht zu erklären: Es ist die Vorbereitung auf Unterdrückung von Massenaufständen. Die Herrschenden rechnen mit einer Revolutionierung der Massen infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Vielleicht waren die verdächtigen Brüder auch nur das Instrument dazu? Es wäre nicht das erste Mal, dass seitens des Staates und seiner Geheimdienste Anschläge inszeniert werden, um schärfere Gesetze gegen das Volk auf den Weg zu bringen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Österreichische Widerständler vertreiben Erdgas-Fracking-Konzern

Heute möchte ich des Moskauer Journalisten Mikhail Beketovs gedenken, der 2008 wegen seiner sehr kritischen Berichterstattung über den Bau der Autobahn von Moskau nach Sankt Petersburg durch den Wald von Chimiki von Schlägertrupps übelste Verletzungen zugefügt bekommen hatte. Er ist am 8. April 2013 angeblich beim Essen erstickt und daran verstorben, doch die Todesursache ist wohl eher in seinen damals erlittenen Kopf- und Hirnverletzungen zu sehen. Ich fühle mich persönlich getroffen von seinem Tod, da der Schwabenstreich Bremen/Oldenburg sehr enge Kontakte zu den Umweltschützern von Chimki pflegt.

In Wien sollte am 13. April 2013 eigentlich eine Informations- und Demonstrationsveranstaltung gegen den Bau des Semmering-Basistunnels stattfinden. Leider hatte niemand von 500 eingeladenen Österreichern Interesse an dieser Veranstaltung, und mir wurde noch vorgeworfen, ich könne „keine 25 Leute dafür organisieren“. Erfolgreicher war eine Baumpflanzaktion gegen das Erdgasfracking an fünf verschiedenen Orten im Weinviertel: Daran nahmen insgesamt

200 bis 250 Menschen teil. Neben fünf Obstbäume wurden auch fünf Bremer Widerstandskastanien gepflanzt.

Parallel fand eine mit Denise Deane (Tamsworth, New South Wales) via „Facebook“ organisierte Solidarveranstaltung statt, bei der in drei Ländern (Australien, England, Irland) über 100 Bäume gegen das Fracking gepflanzt wurden. Insgesamt nahmen von 1.400 eingeladenen Leuten über 80 Personen teil. So lässt sich Widerstand konsequent durchführen und über Kontinente koordinieren. Leider hat keine deutsche Bürgerinitiative daran teilgenommen.

Wer nur das schöne Sonntagswetter bei Kaffee und Kuchen genießen will, kann keinen zielgerichteten und erfolgreichen Widerstand führen! Dagegen haben die österreichischen Widerständler mit ihrer beständigen Arbeit erreicht, dass sich der Energiekonzern OMV aus dem Erdgas-Fracking komplett zurückgezogen hat und die vorhandene Bohrstelle in Poysbrunn zurückbaut. Aus Australien ist ein ähnlicher Erfolg zu berichten.

Sybill DeBuer (Freie Bürger Deutschland)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

421. Bremer Montagsdemo am 29. 04. 2013

Zahnersatz ist für viele purer Luxus

1. Eigentlich sollten wir davon ausgehen können, dass wir in Deutschland medizinisch gut versorgt sind, zahlen wir doch jeden Monat einen stattlichen Betrag in unsere Krankenkasse ein. Uneigentlich sorgt jedoch ein beständig steigender sogenannter Eigenanteil dafür, dass sich immer mehr Menschen kaum noch einen **Zahnersatz** leisten können, weil ihnen dafür schlicht das Geld fehlt. Rein rechnerisch zahlt jeder Deutsche monatlich im Schnitt über 60 Euro für Zahnersatz, Tendenz steigend.

Nach dem „Zahnreport“ der Barmer GEK mussten die Versicherungsnehmer für Kronen, Brücken oder Implantate etwa 776 Euro aus der eigenen Tasche bezahlen. Ich frage mich immer öfter, wieso wir eigentlich in eine Krankenkasse einzahlen, wenn Versicherte inzwischen mehr als die Hälfte draufzahlen müssen, nämlich 56 Prozent der durchschnittlichen Gesamtleistungen in Höhe von 1.382 Euro. Zwischen 2005 und 2009 stiegen die Eigenleistungen für Zahnersatz um 18 Prozent. Unverkennbar ist ein schleichender Trend zu höheren Privatkosten, der die Basisversorgung durch die Kassen langsam, aber sicher aushöhlen soll.

Die Hartz-Gesetze bestrafen und verarmen nicht nur Erwerbslose, sondern fast alle Bürger, die nicht vermögend und privat versichert sind, also nicht in die Kasse einzahlen müssen und trotzdem eine erheblich bessere medizinische Behandlung bekommen! Mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen wurde 2005 das bescheidene sogenannte Festkostenzuschusssystem eingeführt, wonach die Versicherung bei Zahnersatz nur noch eine bestimmte Summe zuzahlt, während der Rest vom Versicherten getragen werden muss. Ich sehe immer öfter Menschen mit Zahnlücken beziehungsweise ganz ohne Zähne, weil Zahnersatz für immer mehr Menschen in diesem eigentlich reichen Deutschland den puren, schlicht nicht bezahlbaren Luxus bedeutet!

2. In keinem Land der Europäischen Union sind die Arbeitslosen so arm wie in Deutschland. Ich verstehe nicht, warum nach einer Studie des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts“ der Gewerkschaften von 2010 nur 67,7 Prozent der Arbeitslosen von **Armut** bedroht sein sollen. Es betrifft doch hundert

Prozent, weil sich die Grundsicherung nur in der blühenden Fantasie zu vieler Einheitssoßen-Politiker im neoliberalen Elfenbeinturm zur einer realen Existenzsicherung euphemisieren lässt. Aber selbst diese Quote von 67 Prozent liegt weit über dem EU- Durchschnitt von rund 46 Prozent, was natürlich auch wieder den Hartz-Gesetzen zu verdanken ist.

Während in der Schweiz Arbeitslosen 80 Wochen lang, in Frankreich und Dänemark zwei Jahre und in Belgien sogar unbefristet ein einkommensabhängiges Arbeitslosengeld gezahlt wird, stürzen in Deutschland Erwerbslose meist schon nach einem Jahr in das viel zu niedrige, einkommensunabhängige Hartz IV ab. Klar, dass vom „Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit“ in Bonn vor einer Verlängerung der Anspruchsdauer „gewarnt“ wird, „weil Arbeitslose bei längerer Zahldauer des Arbeitslosengeldes auch länger arbeitslos bleiben“. Angeblich verliere ein Erwerbsloser nach einem Jahr Arbeitslosigkeit deutlich an Qualifikationen, und seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zurückzukehren, sänken erheblich. Danach schlage die lange Zahldauer in ein „Hemmnis“ um.

Genau, da macht es dann plötzlich *piff!*, und auf einmal ist plötzlich jeder zu blöd, sich auch nur die Schuhe eigenhändig zuzubinden. Auch soll ja nach zwölf Monaten Erwerbslosigkeit automatisch ein unbändig starkes Verlangen nach Alkohol und Tabak entstehen. Was für ein Konstrukt! Wir wissen doch, dass es die Flop-, Mob- und (No-)Job-Center sind, die den Erwerbslosen nach einem Jahr die erworbenen Qualifikationen absprechen. Dann lässt sich wieder so wunderbar von „Bildungsferne“ und mangelnder Ausbildung der Erwerbslosen labern und schwafeln und dass bei uns der „Fachkräftemangel“ herrsche. Tja, Fachkräfte müssen auch als solche bezahlt werden, was unbedingt vermieden werden soll.

3. Auf den Fähnchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am ersten Mai wieder zahlreich flattern werden, steht „Gute Arbeit für alle“. Sollte der DGB da nicht mindestens mit gutem Beispiel vorangehen? Wie kann es sein, dass **Gefangene** der Justizvollzugsanstalt Willich in Nordrhein-Westfalen jene Fähnchen mit einem Tagespensum von 1.600 Stück für einen Tages-„Lohn“ von ungeheuerlichen 11,16 Euro zusammenkleben? Direkter Auftraggeber ist die Firma Suthor Papierverarbeitung GmbH & Co KG in Nettetal, die mit einer vom DGB beauftragten Werbeagentur zusammenarbeitet.

Der Pressesprecher des DGB wusste natürlich gar nicht, dass diese Winkefähnchen im Gefängnis produziert werden. Was Gewerkschaften in freier Wildbahn als grob sittenwidrig ansehen würden, ist in Haftanstalten schlicht „im Rahmen der Gesetze“, da die „Vergütung“ der Gefangenen sich bundesweit nach dem § 43 Strafvollzugsgesetz richtet, wonach den Gefangenen nur satte neun Prozent des deutschen Durchschnittslohns im vorvergangenen Kalenderjahr zustehen. Verarschung ist ja wohl nichts dagegen!

4. Künftig sollen finanziell schwache **Autofahrer** eine höhere Kfz-Versicherung zahlen. Bis Ende des Jahres sollen entsprechende Tarife eingeführt werden. Die

Anbieter „rechtfertigen“ diesen Schritt damit, Menschen mit einer schlechten Bonität bauten häufiger Unfälle, ohne dass sie diese diskriminierende Behauptung begründen würden. Die meisten Versicherer hätten bisher vor Spezialtarifen für Kunden mit schlechten Bonitätswerten zurückgeschreckt, weil sie Ärger mit der Finanzaufsicht Bafin wegen des Vorwurfs der Diskriminierung befürchteten.

Der Direktversicherer Admiral Direkt etwa arbeitet mit dem Bonitätsprüfer Arvato Infoscore zusammen, der die Zahlungsmoral in drei Kategorien einteilt. Wenn jemand eine eidesstattliche Versicherung in Bezug auf eine Vermögensauskunft abgegeben hat, wird er wohl der schlechtesten Klasse angehören, wo der teurere Tarif fällig werden soll. Ich wüsste gern mal, wie und wodurch eine eindeutig belegbare Korrelation zwischen der Bonität eines Kunden und dessen Schadensaufwänden kreiert wurde. Die einfache Behauptung darf doch wohl nicht ausreichen!

5. Die Bundestagswahlen rücken näher, und so muss die Bundesarbeitsministerin *lovely* Zensursula von der Leyen wieder einmal mehr so tun, als ob die Politik des schwarz-gelben Horrorkabinetts christlich und sozial sei. Deswegen feiert sie das „**Bildungspaket**“ als Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht urteilte 2010, dass Armut der Eltern nicht zu Bildungsarmut bei Kindern führen dürfe. Statt demzufolge logischerweise wenigstens den Regelsatz für Kinder angemessen zu erhöhen, wurde das unsägliche „Bildungspaket“ eingeführt, das mit monströsem bürokratischen Aufwand unter zusätzlicher Diskriminierung gesondert beantragt werden muss.

Lachhafte zehn Euro sollen monatlich für den Besuch eines Kindes im Sportverein, für Musikunterricht, für Nachhilfe ausreichen. Ich freue mich, dass sich die Sozialverbände und Gewerkschaften mit scharfer Kritik zur Bilanz der Arbeitsministerin äußern. „Pädagogischer Unsinn“, „Bürokratiemonster“, „Flop“ und „fern der Lebenswirklichkeit der betroffenen Kinder“, lauteten einige Formulierungen der Kritiker. Das Bildungspaket bleibe eine „soziale Mogelpackung und bürokratische Stümperei“, erklärte beispielsweise das „Deutsche Kinderhilfswerk“. Der katholische „Caritasverband“ beklagt, dass Familien für jeden Schulausflug oder Vereinsbeitrag erneut zum Jobcenter gehen müssten.

Auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ kritisierte, mit methodischen Tricks werde in der Bilanz kaschiert, dass das „Bildungs- und Teilhabepaket“ gescheitert sei, wenn nicht einmal jedes fünfte Kind im Hartz-IV-Bezug die von Frau von der Leyen hoch gelobten Zehn-Euro-Gutscheine für Sportverein oder Musikschule in Anspruch nimmt. Wenn von der Leyen behaupte, dass insgesamt drei Viertel der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen Leistungen aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ nutzen, dann zählt sie einfach Leistungen für den persönlichen Schulbedarf hinzu, die ohne gesonderten Antrag automatisch an die Familien überwiesen werden. Nach Ansicht des Verbandes ist das gesamte „Bildungs- und Teilhabepaket“ zu bürokratisch, zu kleinteilig und letztlich zu kleinlich.

Ich teile die Meinung von Ulrich Schneider, dass hier der „unredliche Versuch unternommen wird, den Menschen statistischen Sand in die Augen zu streuen“.

Wenn jeder *Mückenpups* gesondert beantragt werden muss, dann wird dieser irrsinnige Aufwand, der zudem begleitend diskriminierend wirkt, von immer weniger Menschen betrieben, und das Konzept, weiter Geld bei den Ärmsten einzusparen, geht ganz wunderbar auf. Ich höre immer mehr Menschen, die die Bundesarbeitsministerin nur noch „Frau von der Lügen“ nennen. Woher kommt das wohl?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bremer Rechnungshof rügt Finanzamt und Jobcenter

Hurra! Es gibt endlich eine sachgerechte Rezension für das Buch mit dem „klappernden Briefkasten“, herausgegeben von Achim Rogoss: „Wir sind empört! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“. – Und jetzt geht es um viel Geld:

1. Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen hat seinen Jahresbericht 2013 vorgestellt. Ergebnis: Es gibt noch viel einzusparen! In der Personalsachbearbeitung 43 Stellen gleich 2,4 Millionen Euro. Eine bessere Bearbeitungsqualität in den Behörden würde weitere 1,5 Millionen Euro einsparen. Im Finanzamt wurden stichprobenweise Steuererklärungen durchgesehen und für zu niedrig empfunden. Hochgerechnet ergibt dieser **Steuerausfall** eine Million Euro. Die „Aktionswochen“ – in denen Steuererklärungen grundsätzlich nicht geprüft wurden, siehe Position 305 („Land“) – wurden auch festgestellt, aber nicht bepreist. Am fehlenden Personal soll es nicht gelegen haben.

Dazu möchte ich anmerken, dass die fehlerhaften Bearbeitungen des Jobcenters in den 1,5 Millionen Euro wahrscheinlich *nicht* enthalten sind. Dieser Wert wäre höher, weil die Fehler des Jobcenters teilweise vorgegeben sind. Geprüft wurden die Sozialzentren. Unter Position 80 („Stadt“) steht: „Die durchschnittliche Fehlerquote in den Sozialzentren lag bei über 23 Prozent (Spannbreite zwischen fünf und 50 Prozent) der untersuchten Fälle.“

Unter Position 81 ist die Fehlerhäufigkeit nach Sozialzentren aufgelistet. Die dort ermittelte Fehlerquote ist aber nicht gleichbedeutend mit falschen Bescheiden. Ab Seite 41 stehen Haushaltsrisiken aufgrund von Bearbeitungsrückständen – für den Teilbereich „Hilfe zur Erziehung“. Viel Geld! Die Bildungsbehörde

kommt ebenfalls nicht gut dabei weg. Die ungleiche Behandlung von Schulen war ja schon lange ein Rätsel, nachzulesen ab Position 41.

2. Über die Auswirkung der angekauften Steuer-CDs habe ich im Prüfbericht nichts gelesen. Vor einiger Zeit hat der „Weser-Kurier“ über diese unerwartete positive Steuereinnahme berichtet. Die Zahl der Millionen habe ich mir nicht gemerkt. Über die Entstehungsmöglichkeit dieser **Steuerhinterziehung** wurde nicht eingegangen. Die Steuerprüfer waren doch bei dem einen oder anderen Steuerpflichtigen, der jetzt als Steuerhinterzieher festgestellt wurde.

Die Ausbildung der Steuerprüfer war in Bremen vom CDU-Senator eingestellt worden. Finanzsenatorin Linnert von den Grünen hat diese Ausbildung reaktiviert und die Planstellen der Steuerprüfung wieder mit Steuerprüfern besetzt. Die Steuerhinterziehung wurde massiv durch einige Banken gefördert. Es wird Zeit für die Abschaffung der Straffreiheit durch Selbstanzeige! Es wird Zeit für die Aufklärung der Rolle jeder Bank beim Geldtransfer ins Ausland!

Bei der aktuell ausgewerteten CD mit Steuerbetrügern ist auch ersichtlich, dass die ausländische Bank jeweils zwei Konten geführt hat: eines fürs Finanzamt und eines fürs Schwarzgeld. Klarer geht’s nicht! Der Staat muss endlich bekannte Schlupflöcher schließen! Es gibt auch alte Sünden: „Kommen Sie mit Ihrer Zentrale nach Bayern. Sie werden keine Steuerprüfer sehen“ – so oder ähnlich soll Franz Josef Strauß Unternehmen angeworben haben.

Bei der Umsatzsteuer hat Deutschland eine Sonderregelung erreicht. Die Folge ist Steuerbetrug in Millionenhöhe, nachzulesen bei der 80. Bremer Montagsdemo unter Position 3 meines Beitrags. Die Behandlung der Steuerprüfer durch den Arbeitgeber führt zu weiteren Steuerausfällen. In Norwegen kann dagegen jede(r) das steuerpflichtige Einkommen der Nachbarn sehen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Unmoralischer Reichtum“: „Wer Steuern hinterzieht, verhält sich asozial“ *(„Stern“)*

Wir zeigen **Protest** vor dem **Jobcenter** Mitte, Doventorsteinweg, am **Dienstag**, dem **30. April**, sowie am **Donnerstag**, dem **2. Mai 2013**. Beginn ist um 7:45 Uhr. Die Aktion dauert jeweils bis zum Ende der Öffnungszeiten des Jobcenters (Dienstag circa 12 Uhr, Donnerstag ca 17:30 Uhr). Ab **11 Uhr** gibt es dort ein **Offenes Mikrofon**.

„Spirale nach unten"

AKTIONSTAGE Das Blockupy Bündnis prangert Missstände an. Ob mit oder ohne Arbeit

taz: Herr Bornemann, was hat sich getan, seitdem die Blockupy-Bewegung im Oktober die ersten Aktionstage vor dem Jobcenter veranstaltet hat?

Alexander Bornemann: Politisch rein gar nichts. Aber das Bündnis wächst und wird breiter wahrgenommen. Wir bauen weiter darauf, dass sich auch Menschen, die nicht erwerbslos sind, solidarisch zeigen. Das Thema betrifft die ganze Gesellschaft.

Alexander Bornemann

■ 43, ist Mitglied im Blockupy Bremen Bündnis.

Was passiert heute und am Donnerstag vor dem Jobcenter?

Wir bieten an, die Bremer Hartz-IV-EmpfängerInnen zu unterstützen, sie zum Beispiel zu ihren Terminen im Jobcenter zu begleiten oder sie bei Sanktionen zu beraten. Auf der anderen Seite wollen wir anlässlich des 1. Mai auf das riesige Problem prekärer Arbeit in Bremen durch Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhne aufmerksam machen.

Ist schlecht bezahlte denn nicht besser als gar keine Arbeit?

Für die ArbeitnehmerInnen ist die Arbeit nicht existenzsichernd. Ihnen kann jederzeit gekündigt werden, sie müssen aufstocken und erreichen nur minimale Rentenansprüche. Eine Armutsspirale zieht sie immer weiter nach unten, während die Unternehmen von der Misere profitieren – nicht zuletzt die Leiharbeitsfirmen selbst.

Sehen Sie die Schuld auch beim Jobcenter?

Ja, auf jeden Fall. Das Jobcenter ist der verlängerte Arm der Politik und setzt deren Vorgaben um. Es vollstreckt Sanktionen, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind und schickt die Menschen häufig in Leiharbeit. In Bremen hat dies inzwischen exzessive Züge angenommen.

Wieso?

In Bremen gibt es mehr als hundert Leiharbeitsfirmen. Wenn man die Angestellten alle zusammen zählen würde, wären es mehr als die gesamte Belegschaft bei Daimler.

INTERVIEW: BRUNO STEINMANN

Heute und Donnerstag ab 8 Uhr vor dem Jobcenter im Doventorsteinweg 48, ab 11 Uhr offenes Mikro

Interview in der „Tageszeitung Bremen" vom 30. April 2013

422. Bremer Montagsdemo am 06. 05. 2013

Drei Jahre Lohnkostenübernahme mit dem Ziel der Frühverrentung

1. Mehr als jedes dritte Bremer Kind muss in einer Familie aufwachsen, die auf Sozialleistungen angewiesen ist. Während in ganz Deutschland der Anteil der **Hartz-IV-Kinder** mit 14,8 Prozent nicht einmal halb so hoch ist, liegt er in Bremen bei 30,8 und in Berlin sogar bei 33,6 Prozent. Der Sprecher der Bremer Sozialbehörde, Bernd Schneider, hält die Untersuchungsergebnisse des „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ (BIAJ) für ein „klassisches Großstadtproblem“, das vor allem kleine Kinder von jungen Müttern betreffe. Er glaubt, dass dieses Problem durch die Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren gelöst werden kann.

Paul Schröder vom BIAJ glaubt nicht, dass die Sozialstruktur in Städten automatisch mehr Hartz-IV-Bezieher aufweisen müsse, da etliche Landkreise ähnlich hohe Hartz-IV-Quoten wie Städte hätten („Weser-Kurier“ am 2. Mai 2013: „Jedes dritte Kind lebt von Hartz IV“). Was nützt den Eltern eine weiter ausgebaute Kinderbetreuung, wenn sie im Niedriglohnsektor arbeiten müssen und dabei so erbärmlich wenig verdienen, dass sie trotzdem auf zusätzliche staatliche Zuwendungen angewiesen sind?

Die Bremer Linksfraktion stellte eine Anfrage an den Senat zum Thema Kinderarmut und wollte erstens wissen, wie sich die Zahl der Kinder in Hartz-IV-Familien zwischen den Jahren 2006 und 2012 entwickelt habe, und zweitens, wie hoch die Anzahl der Kinder ist, die zwar kein Hartz IV beziehen, aber dennoch über kein wesentlich höheres Familieneinkommen verfügen. Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der Linkspartei, Cindi Tuncel, nimmt an, dass die Gesamtzahl von Kindern, die in Familien mit einem sehr niedrigen Einkommen ansässig sind, sogar gestiegen ist, weil der Anteil von Kindern, die in Hartz-IV-Familien vegetieren, heute in Bremen genauso hoch wie 2008 sei.

Auch Institutsleiter Paul Schröder bestätigt, dass sich der Niedriglohnsektor kontinuierlich ausgeweitet habe. Weil es in Bremen nicht nur eine hohe Erwerbslosigkeit, sondern leider auch einen großen Niedriglohnsektor gibt, müssten damit

vermehrt Kinder in Familien groß werden, deren Gesamteinkommen nur knapp oberhalb der Höhe des Hartz IV-Satzes liege.

Dass der Ausbau des Niedriglohnsektors die Armutsentwicklung vorantreibt, dürfte bekannt sein: Es ist und war das erklärte Ziel der Agenda 2010, mit der Einführung von Hartz IV und der Liberalisierung der Leiharbeit einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa zu schaffen. Alt-Kanzler Gerhard Schröder wies darauf in seiner Rede auf dem „Weltwirtschaftsforum“ in Davos im Jahr 2005 hin: Bei der Unterstützungszahlung würden nun „Anreize“ dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. Arbeit, Arbeit über alles! Aber arme Kinder haben eben auch arme Eltern. Das ist alles hausgemacht und gewollt!

2. Die Bundesagentur für Arbeit will zum Abbau der **Langzeitarbeitslosigkeit** ein neues Pilotprojekt starten und für maximal drei Jahre die Lohnkosten für die Betroffenen voll übernehmen. Ziel der Aktion unter dem Motto „Perspektiven in Betrieben“ sei eine dauerhafte Anstellung. Prädestiniert dafür sind nun schätzungsweise 50.000 Erwerbslose, die zwei Jahre und länger ohne Beschäftigung sind, keinen Berufsabschluss und gesundheitliche Einschränkungen haben und älter als 35 Jahre sind.

Der „Morgenpost“ zufolge soll dieses Projekt „einfache, aber sinnvolle Tätigkeiten“ vermitteln und die Bundesagentur maximal drei Jahre „nur“ bis zu 75 Prozent des Gehalts übernehmen. Es wird wirklich nichts unversucht gelassen, um die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen! Habe ich richtig verstanden: Die Bundesagentur für Armut, äh: Arbeit will einem Unternehmer den kompletten Lohn für einen Langzeiterwerbslosen-Sklaven zahlen und ihn hinterher in die Armutsrente entsorgen, wenn ihn der Unternehmer nicht mehr will, weil er ihm dann selbst den Lohn bezahlen müsste?

Natürlich wird *niemand* nach drei Jahren übernommen, weil ein Arbeitgeber doch keine solche Kostensteigerung hinnimmt. Aber die Schuld für die Nichtübernahme wird selbstredend dem Erwerbslosen gegeben – und dann gleich nach dem nächsten Kandidaten gefragt. Das Ziel kann nur die Frühverrentung sein! Allerdings muss, wer dann schließlich verrentet wird, sich auf happige Abschläge bei der Höhe der Rente einstellen! Wer ist nun eigentlich der Arbeitgeber, wenn die vollen Lohnkosten von der Bundesagentur übernommen werden: die Firma oder das Job-Center?

So kann diese Maßnahme für die Bundesagentur nur zum Erfolg führen, da zu hundert Prozent gewährleistet zu sein scheint, dass der Erwerbslose nach drei Jahren dauerhaft aus der Statistik verschwunden sein wird, theoretisch vielleicht schon mit 38 Jahren! Abgesehen von den enormen Kosten wurde die Wirtschaft gesponsert, das Lohndumping weiter vorangetrieben und die Arbeitslosenstatistik bereinigt. Was wollen wir mehr?

Wahrscheinlich wird sich der Lohn nur knapp über der Grenze zur Sittenwidrigkeit befinden, damit noch aufgestockt werden muss. Es sollte doch unbedingt sichergestellt bleiben, dass die ehemaligen Erwerbslosen auch weiterhin unter

der Knute der Verfolgungsbetreuung sanktioniert werden können! Leider gelten bei der Sozialhilfe und Pseudo-Grundsicherung viel geringere Vermögensfreibeträge als im ALG-II-Bezug. Wer sich etwas auf die Seite gelegt hat, was selbst im bescheidenen ALG II noch geschützt war, wird dann gleich noch mal geschröpft.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

422. Bremer Montagsdemo

„Verfassungsschutz“ auflösen!

An diesem Montag ist Prozessbeginn gegen die NSU. Das Gehakel um Presseplätze lässt nichts Gutes ahnen. Die Opferanwälte – seltsamerweise heißen sie nur „Nebenkläger“ – forderten bei der Pressekonferenz am vergangenen Sonntag völlig richtig eine tatsächliche Aufklärung, was die Rolle der V-Leute betrifft. Es gab nachweislich 24 bezahlte Verfassungsschutz-Spitzel im NSU-Umfeld, das 129 Personen zählte. Bewiesenermaßen waren Geheimdienstagenten seit den 1970-er Jahren bei Anschlägen beteiligt, so in Bologna und beim Münchener Oktoberfest. Die CIA-Geheimarmee Gladio hatte ein Waffenlager in der Lüneburger Heide. Alles wurde vertuscht, jetzt gibt es einen Prozess in Luxemburg. Die-

se Geheimdienstoperationen sollten den Boden bereiten für eine rigorose Einschränkung von Rechten und Freiheiten, im Falle der NSU also nicht zum ersten Mal! Wir fordern hierüber völlige Aufklärung, die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen und Geheimarmeen wie Gladio und die Auflösung des „Verfassungsschutzes“!

Um „Familienpolitik“ kümmerten sich im bayerischen Landtag zuerst nur 17 Abgeordnete der CSU. Jetzt kommen immer mehr auch von SPD, Grünen und Freien Wählern dazu, die Familienangehörige gegen teils fürstliche Gehälter anstellten – bei sich selbst, auf Kosten der Steuerzahler. Die Ehefrau von CSU-Fraktionschef Georg Schmid kassierte 23 Jahre lang ab, zuletzt 5.500 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer. Dafür war sie in seinem „Schreibdienst“ tätig. Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter – ja, der versteht was vom Haushalt! – beschäftigte nicht nur seine Ehefrau, sondern auch gleich zwei Söhne für gutes Gehalt. Diese waren bei Vertragsbeginn 13 und 14 Jahre alt! Da war bei Winters vermutlich immer Sommer.

Nicht ganz so gut geht es den meisten Kindern und Jugendlichen in Bremen: Ein Drittel lebt inzwischen von Hartz IV. Nicht gezählte weitere Tausende leben auf dem gleich niedrigen Armutsniveau, nur bekommen sie kein Hartz IV, weil die Eltern oder ein Elternteil für Minimallohn arbeiten geht. Aber auch den meisten Kindern in Bayern geht es nicht so gut wie den Sprösslingen von Georg Winter.

Öffentlich Wasser predigen, aber heimlich Wein saufen, das ist nichts Neues. Darüber empören sich auch zu Recht die Bremer Lehrer. Der Großteil der über 4.000 beamteten Lehrer soll keine Gehalterhöhung bekommen, laut Senat sei dafür kein Geld da. Am 30. April 2013 beschlossen die anwesenden 3.000 Lehrer auf ihrer Personalversammlung deswegen, am 15. und 16. Mai zu streiken. Senatorin Quante-Brandt droht mit Verbot, denn Beamte dürften das nicht. Die Lehrer kontern: „Streik ist demokratisches Grundrecht“. Recht haben sie! Wir fordern auch das Recht auf Generalstreik!

Ein weiteres Beispiel der Fürsorglichkeit bürgerlicher Politiker liefert Bundesminister Dirk Niebel. Der hat das mit der Entwicklungshilfe auch ein bisschen anders verstanden: Wie entwickle ich am besten meine Parteifreunde? 40 Posten und Pöstchen hat er seit Amtsantritt an FDP- Parteifreunde verschoben! Egal welche der bürgerlichen Parteien – ob CDU, CSU, SPD oder Grüne –, alle predigen sie den Verzicht für die breite Bevölkerung, selber jedoch bereichern sie sich, nehmen Vorteile an und sind alles andere als wirkliche Volksvertreter.

Deswegen ist es auch zwecklos zu hoffen, wenn Rot-Grün wieder regiere, werde alles besser: Die machen ganz genau dieselbe Politik, jedenfalls in den Grundzügen, nämlich die des alleinherrschenden internationalen Finanzkapitals. Dagegen haben die 7.000 Schüler, Lehrer und Eltern in Bremerhaven auf ihrer

Demonstration am 2. Mai gegen Lehrerabbau und ständigen Unterrichtsausfall ihre Sache in die eigene Hand genommen!

Am vergangenen Wochenende gab es sieben US-Tote und einen toten Deutschen in Afghanistan. Was haben die dort überhaupt verloren? Was ist seit Kriegsbeginn vor zwölf Jahren dort besser geworden? Mehr Schulen? Fehlanzeige! Mehr Frauenrechte? Fehlanzeige! Es gibt völliges Chaos und Zehntausende an Leichen. Wie im Irak hinterlassen die US- Imperialisten und ihre Verbündeten nach ihrem Abzug ein kaputtes Land. Aber sie bereiten immer neue Kriege vor – und umso mehr, je weiter sich die Weltwirtschafts- und Finanzkrise vertieft.

Israel flog Bombenangriffe auf Damaskus – und die Regierung macht das nicht ohne Zustimmung der USA und Verbündeter wie Deutschland! Slowenien droht die Pleite, die Krise verschärft sich. Die Autoindustrie bricht immer weiter ein. Die ungleichmäßige Entwicklung verschärft die Kriegsgefahr, ein dritter Weltkrieg droht. Das alleinherrschende internationale Finanzkapital geht über Leichen! Umweltzerstörung, Kriege anzetteln: Sie machen das nicht aus Versehen. Es ist Zeit, ihnen die Welt aus der Hand zu nehmen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Für bedingtes Grundeinkommen?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Die Montagsdemo ist nicht in der Lage zu sagen, wie die Existenzsicherung der Erwerbslosen erfolgen soll. Das macht die Forderung „Weg mit Hartz IV“ unglaubwürdig.

Frank Kleinschmidt (parteilos): Das sehe ich als schwierig. Wir sind keine Partei. Darum können wir auch kein Parteiprogramm aufstellen. Gemeinsamkeiten sehe ich folgende: Armutsfestigkeit (sozioökonomisches Existenzminimum) und Repressionsfreiheit (ohne Sanktionen). Bei dem Wort „bedingungslos“ scheiden sich die Geister. Daran gibt es sicherlich berechtigte Kritik, dennoch würde ich gern erfahren, unter welche konkreten Bedingungen ein armutsfestes, repressionsfreies Einkommen für „Erwerbslose“ gestellt werden soll. Bis heute besteht die Bedingung als „Obliegenheitspflicht, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen“. Wer meinetwegen auf dem zweiten Bildungsweg Abitur nachholt, stellt sich nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Wer auf einer Uni studiert, auch nicht. Wer im-

mer etwas anderes tut, als sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, ist nicht leistungsberechtigt. Der bekäme dann eben Bafög oder etwas anderes. Um uns hier zu einigen, müssten wir mal einiges konkret machen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“): „Weg mit Hartz IV“ ist eine berechtigte Forderung. Tagtäglich hören wir die Nebenwirkungen. Nur ein Teil davon wird durch die Höhe des Geldes verursacht. Was ich will? Eine lebenswerte Zukunft! Wie die geht? Vielschichtig. Frank hat recht: Wir sind keine Partei. Insofern reicht eine treffende Umschreibung: „Für eine lebenswerte Zukunft“. Hartz IV ist nicht lebenswert, atomare Verstrahlung auch nicht. Insofern bringt „für eine lebenswerte Zukunft“ die Verbindung. Natürlich laufen noch andere Planungen mit Auswirkungen gegen diese „lebenswerte Zukunft“. Gebündelt wird all dies in der Lissabonner Strategie, hinsichtlich der Bildung abgezweigt nach Bologna. Damals, in den Jahren 2004 und 2005, hatte ich von dieser globalen Verflechtung keine Ahnung.

Zu dieser Frage wäre die Nachbesprechung wieder zu aktivieren. Das Grundeinkommen sollte aus meiner Sicht bedingungslos sein, um niemanden von dieser Absicherung des Lebens auszuschließen. Niemand wird so erpressbar! Die vielen Leistungsbehörden wären überflüssig, wenn diese Zahlung dem Finanzamt übertragen würde. Das Finanzamt schöpft auch die Vermögen et cetera ab. Das sind eigentlich schon zu viele Details – und nur Vorschläge. Die Welt ändert sich. 2005 lautete die Forderung: „Weiterzahlung des ALG I während der gesamten Erwerbslosigkeit“. Das ist eine gute Forderung. Auch die Weiterzahlung von Arbeitslosenhilfe. Sie lag bis zu 1.000 Euro über dem ALG II. Heute erhalten nur noch circa 20 Prozent aller Erwerbslosen ALG I. Nicht alle können davon leben und stocken mit ALG II auf. Über 50 Prozent der Erwerbslosen fallen bereits am ersten Tag der Erwerbslosigkeit in ALG II. Daher Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik): Auch ich bin für ein Grundeinkommen, und zwar auch ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung. Von der Forderung, es müsste bedingungslos sein, habe ich mich allerdings verabschiedet, weil mir klar geworden ist, dass es ohne Bedingungen nichts auf dieser Erde gibt. Zusätzlich finde ich es heute falsch, wenn man zu einer Forderung als erste Bedingung aufstellt, etwas müsste bedingungslos sein. Das ist dann doch schon seltsam! Ich bin daher zu der Meinung gekommen, dass gerade die Forderung nach Bedingungslosigkeit die Gegner und Befürworter eines Grund-

einkommens und selbst die Grundeinkommensbefürworter der unterschiedlichsten Modelle nur spaltet.

Hans-Dieter Binder: Die Bedingung für das bedingungslose Grundeinkommen lautet aus jetziger Sicht: Der Mensch muss geboren und noch nicht gestorben sein.

Hans-Dieter Wege: Dann übersiehst du leider, dass in Deutschland der Einsatz für prekäres Leben derzeit spätestens dann endet, wenn ein Frühchen von der Neugeborenenstation das Krankenhaus verlässt. In diesem Moment spielen nur noch die Bedingungen, die das Leben vorgibt, eine Rolle, und nur die Solidarität der Menschen untereinander könnte daran etwas ändern. Aber die Bedingungen werden von diesem Staat vorgegeben und leider nicht von einer staatenlosen demokratischen Gesellschaft. Vielleicht liegt hierdrin der größte Fehler?

Hier noch ein weiterer Einwand gegen die Bedingungslosigkeit: Ameisen sind realistischer als Menschen, und sie verhalten sich auch solidarischer – sie glauben nicht, dass ihre Nahrung bedingungslos vom Himmel fällt wie die Sterntaler. Für ein gleiches solidarisches Grundeinkommen ohne die Bedingung, vorher seine Bedürftigkeit nachweisen zu müssen, aber mit dem Recht eines jeden Menschen, an jeder Art von Arbeit zu gleichen Teilen mitwirken zu dürfen, allerdings ohne jeden Zwang! Rüstungsproduktion sowie Rüstungsexporte gehören gleichzeitig verboten!

Frank Kleinschmidt: Ich finde, dass das jetzt ins endlos Utopische zerfließt. Die Ausgangsfrage war: „Weg mit Hartz IV – was stattdessen?“ Ich denke, wir sollten hier im realpolitisch Machbaren und für jeden Otto Normalo Nachvollziehbaren bleiben. Das Frühchen-Beispiel finde ich auch ziemlich weit hergeholt: Ach, wenn wir doch eine solidarische, staatenlose Gesellschaft wären, dann hätten wir den „edlen Menschen“ und bräuchten kein BGE mehr und auch kein Hartz IV!

Hans-Dieter Wege: Nein, das finde ich absolut nicht, und für utopisch halte ich das von mir Geschriebene auch nicht. Es ist ja richtig, die Frage aufzuwerfen, was nach Hartz IV kommen soll. Das ist für mich zweifellos ein Grundeinkommen. Allerdings muss man die Menschen schon ehrlich darauf hinweisen, dass ein solches nur aus der Arbeit finanziert werden kann und durch nichts anderes. Genau das wären schon einmal Bedingungen, ohne die ein Grundeinkommen nicht funktionieren könnte. Die Hauptfrage hierzu müsste lauten, ob ein solches Einkommen zwangsläufig aus der Lohnarbeit finanziert werden muss.

Anfangs mit Sicherheit – solange sich Menschen bei Wahlen noch für diese parlamentarische Demokratie und damit für den Kapitalismus entscheiden, würde wohl nur diese Form in Frage kommen. Aber genau die profitorientierte Lohnarbeit mit all ihren Auswirkungen auf jedes Lebewesen, die Natur und das Klima sowie für den Frieden auf der Erde muss man so schnell wie möglich überwinden und dies auch gemeinsam anstreben. Ein solidarisches Grundeinkommen muss man auch in einem demokratischen und internationalen ökologischen Sozialismus überhaupt nicht ausschließen.

Frank Kleinschmidt: Ich finde, dass du bei all diesen Fragestellungen, die ich teile, wieder auf dem Boden bist. Gegen das Wachstumsparadigma mit seinen zusammenhängenden Umwelt- und Ressourcenproblemen habe ich mich in vergangenen Beiträgen deutlich genug ausgesprochen und eine ressourcenbasierte Wirtschaftsordnung vorgeschlagen. In den vergangenen zwei Jahren habe ich mich ziemlich intensiv mit dem Thema bedingungsloses Grundeinkommen beschäftigt, Veranstaltungen besucht, viel gelesen und eine Menge schlauer Leute gesprochen.

Niemand gibt sich der Illusion hin, dass ein BGE von heute auf morgen einführbar wäre und darauf das Glück auf Erden geschaffen wäre. Stichhaltige Kritik daran wird in diesen Kreisen ernst genommen und diskutiert, insbesondere die Möglichkeit, dass neuer sozialer Zündstoff und eine neue soziale Ausgrenzung entstünde. Das klischeebehaftete „Hängemattenproblem“ wird ernst genommen, obwohl ein konkreter Versuch in Namibia das Gegenteil gezeigt hat: Die Leute, die ihr BGE bekamen, wurden wirtschaftlich aktiv, statt sich in die Hängematte zu legen. Es ist in diesen Gebieten viel Kleingewerbe entstanden, und aus Slums wurden bewohnbare Siedlungen.

Eine Gesellschaft ist eine sehr komplexe Sache und kein Versuchslabor. Daher war (nicht nur) mein erster realistischer Ansatz, zunächst eine auskömmliche Rentengrundsicherung einzuführen und dann schrittweise weiterzugehen. Daher bleibt es bei meiner Fragestellung unter den jetzigen konkreten politischen Gegebenheiten: Wenn nicht „bedingungslos“, welche konkrete Bedingung? Seit jeher galt in der Bundesrepublik die Bedingung, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Mit Hartz IV ist neu hinzugekommen, dass dies mit einer „Eingliederungsvereinbarung“ in konkrete Verpflichtungen gemeißelt wird: Bei Verstoß gegen diese Verpflichtungen folgt die Sanktion.

Ich möchte noch betonen, dass ich den Wunsch nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nur bezüglich der von Gerolf gestellten Eingangsfrage nach einer alternativen Erwerbslosen-Grundsicherung für abschweifend gesehen habe. Wir haben ja das alte Problem, auf dem Marktplatz Antworten zu geben. Generell lässt sich solch ein Wunsch in anderen Zusammenhängen natürlich jederzeit äußern.

E-Mail-Diskussion von Unterstützern der Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

423. Bremer Montagsdemo am 13. 05. 2013

Innenminister sichert den „sozial Schwachen“ die Medienvielfalt

1. Die „Nationale Armutskonferenz“ hat den unsäglichen Begriff „sozial Schwache“ zum Unwort gekürt. Endlich einmal! Das spricht mir förmlich aus der Seele, denn mit dieser Umschreibung werden Menschen, die nur über wenige materielle Mittel verfügten und dadurch weitgehend von der kulturellen **Teilhabe** ausgeschlossen sind, zu Personen herabgewürdigt, die deswegen auch automatisch „nicht zu sozialem Verhalten fähig“ seien.

Diese pauschale Stigmatisierung, die gerade Erwerbslosen allzu gern übergestülpt und von allen Medien völlig gedankenlos nachgeplappert wird, führt nur zu einer weiteren Abwertung und Demütigung von *finanziell* Schwachen. Natürlich könnte noch weiter fortgefahren werden, indem dem abgehängten Prekariat noch eine ordentliche Portion „Bildungsferne“ attestiert, „Vollkasko-Mentalität“ angedichtet und „Sozialschmarotzertum“ vorgeworfen wird, wie es oft genug geschieht. Armutskonferenz-Sprecher Thomas Beyer fordert, die Verbreitung von Klischees über arme Menschen zu vermeiden.

2. Auch die „Tageszeitung“ schrieb am vergangenen Wochenende, dass die Bürgerzeitung „Die Aufmacher“ Menschen aus „sozial schwachen“ Vierteln eine Stimme geben wolle. Die 56-jährige Frührentnerin Christa Hess engagiert sich in ihrem Kiez hinter dem Stadtkern von Hagenow bei Schwerin für diese Zeitung, in der „Bürger berichten, was vor Ort bewegt“. In dem abgelegenen Viertel leben in erster Linie Hartz-IV-Bezieher oder prekär Beschäftigte, also eher „Menschen ohne Stimme“, die nahezu unsichtbar sind und von den Leuten aus den anderen Vierteln von Hagenow „die Asis“ genannt werden.

In Mecklenburg löst sich die **Medienvielfalt** auf: Es gibt gerade mal im Norden die „Ostseezeitung“, im Osten den „Nordkurier“, im Westen des Landes erscheint einzig die „Schweriner Volkszeitung“. „Die Aufmacher“ sind Teil eines Modellprojekts, mit dem die Medienvielfalt in solchen Regionen verbessert werden soll. Die Bürgerzeitung wird vom Bundesinnenministerium finanziert. Eigentlich

sollten Staat und Presse getrennte Bereiche sein, damit die journalistische Unabhängigkeit gesichert ist. Aber uneigentlich gehe es jetzt darum, demokratische Kultur und Teilhabe zu stärken. Das könne durch Medienvielfalt erreicht werden, denn durch die Anzeigenblätter oder – noch viel schlimmer – die Postillen der Nazis, die vorgeben, die Belange der Anwohner zur Sprache zu bringen, können sich die Menschen hier kaum vertreten fühlen.

Anfangs habe es den mitarbeitenden Erwerbslosen noch an Selbstwertgefühl gefehlt, doch dann hätten sie sich enorm verändert und sich eigene Projekte ausgedacht. Es habe sich so etwas wie zivilgesellschaftliches Engagement entwickelt. Nun können Einfälle umgesetzt werden, damit die Dinge etwas besser laufen, wie das Schulgelände mit Blumen zu bepflanzen, ein Frauencafé für alleinerziehende Mütter organisieren, um dann über die Treffen in der Bürgerzeitung zu berichten. So wird die Diskrepanz zwischen den Medien und dem Leben der jüngsten Mitarbeiterin der „Aufmacher“, einer 17-jährigen Gymnasiastin, abgebaut. Die Mitarbeiter wachsen an ihren Aufgaben, dürfen sich so als aktiv Handelnde in ihrer Gemeinschaft fühlen. Da das Blatt finanziert wird, kann dieses Engagement nicht am fehlenden Geld scheitern, was ja sonst immer zu einem Problem von Erwerbslosen werden muss.

3. Der „Weser-Kurier“ berichtet über die **Familienfreundlichkeit** in Bremen, die wiederum vom jeweiligen Blickwinkel abhängt. Untersucht wurde, was wichtig ist. Ich beschränke mich hier auf die Zahlen für die Stadt, lasse die Landkreise weg. Der Ausbau der Kinderbetreuung liegt mit 82 Prozent an der Spitze der Bewertung, die Sicherung oder Verbesserung der Angebote der Schulbildung und beruflicher Ausbildung schafft es auf 50 Prozent, die gezielte Förderung von finanziell armen Familien, die hier auch wieder zu „sozial schwachen“ degradiert werden, liegt bei 47 Prozent. Integration und Chancenförderung für Familien mit Migrationshintergrund wird mit 46 Prozent, die Förderung familiengerechter Arbeitsbedingungen in Unternehmen bei 21 Prozent, die Verbesserung der Wohnraumsituation für Familien mit 17 Prozent und als Schlusslicht die Verbesserung des Freizeit- und Kulturangebotes für Familien mit neun Prozent bewertet.

Die Bewertungen wurden durch Verwaltungsleitungen geleistet. Eine Findorffer Familie, die Eltern Lehrerin und Rechtsanwalt mit 17-jährigem Sohn, geben Bremen eine zwei minus, bemängeln das Freizeitangebot für Jugendliche. Einem Ehepaar, das mit dem zweijährigen Sohn im Eigenheim in Borgfeld lebt, gefällt das Wohnumfeld gut, hält aber die Kinderbetreuung für ungenügend.

Wenn ich daran denke, dass in Bremen mehr als jedes dritte Kind mit Hartz IV vegetieren muss, dann sehe ich, dass diese doch recht große Bevölkerungsgruppe offenbar nicht befragt wurde: Wer mit so dermaßen zu wenig Geld auskommen soll, bräuchte doch erst mal mehr Geld für die eigenen Familie! Traurig finde ich, dass die sehr schlechte Wohnsituation, die immer mehr Familien betrifft, die sich Stadtteile wie Findorff oder Borgfeld eher nicht leisten können, fast gar nicht berücksichtigt wird. Erstaunlicherweise schneidet Bremen noch relativ

gut ab. Es ist eben immer die Frage, wessen Meinung bei solchen Bewertungen überhaupt gehört, gar berücksichtigt wird!

4. Nach den neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist jene der Menschen, die trotz Vollzeitarbeit zusätzlich Hartz IV beziehen, auch in Bremen und Niedersachsen gestiegen. Bis Ende 2012 mussten knapp 4.200 Menschen in der Hansestadt ihren Dumpinglohn trotz Vollzeitarbeit zusätzlich mit dem ALG II aufbessern, damit sie wenigstens vegetieren können. Das sind 130 Menschen mehr als im Vorjahr. Die Tendenz ist seit Jahren steigend. Natürlich liegt die Ursache im gezielt ausgebauten **Niedriglohnsektor**, den Ex-Bundeskanzler Schröder und Konsorten so eifrig propagiert und betrieben haben. Fast rührselig klingt es dann, wenn der DGB einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde fordert, als ob durch einen derart minimalistischen Mindestlohn das bestehende Problem aus der Welt geschaffen werden könnte!

5. In Bremen sollen Frauen, die in besonders schwieriger sozialer Lage sind, Mittel zur **Empfängnisverhütung** bekommen. Im nächsten Jahr soll sich das Angebot zunächst an ehemalige Drogenabhängige und Wohnungslose richten. Ab 2015 werde die Empfängnisverhütung auch für Frauen bezahlt, die beispielsweise drogenkrank, psychisch krank oder geistig behinderte sind. Nein, *finanziell* schwachen Frauen, die zum Beispiel mit dem ALG II auskommen können sollen, wird hier nicht geholfen.

Hier wird sich an den formalen, nicht-bremischen Gründen ausgetobt, dass sich Krankenkassen nicht an den Kosten beteiligen dürften, wenn die Frauen über 20 Jahre sind. Aber es kann in der Tat nicht garantiert werden, dass Frauen ab 21 Jahren vom ALG II den Kauf ärztlich verordneter Mittel zur Empfängnisverhütung bestreiten können. Natürlich will sich der Staat auch aussuchen, welche Frau sich lieber nicht fortpflanzen soll! Doch sehe ich auch das Leid der Frauen, die jetzt selbst definitiv kein Kind wollen. Für sie ist es doch besser, zu verhüten als abzutreiben!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Wir sind hier, und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“

Das war einer der Sprechchöre, die am 2.Mai 2013 auf der seit 15 Jahren größten Demonstration in Bremerhaven zu hören waren. Über 6.000 Menschen – Schüler, Eltern und Lehrer – protestierten gemeinsam gegen die Streichung weiterer Lehrerstellen und für eine Erhöhung der Bildungsausgaben. Ende dieses Schuljahrs

gehen 60 Lehrer in den Ruhestand, aber nur 40 Stellen werden wieder besetzt. Der Bedarf liegt nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei mindestens 170 Lehrerinnen und Lehrer. Die Schulen in Bremerhaven und Bremen leiden besonders stark unter Unterrichtsausfall, Lehrermangel und verfallenden Schulgebäuden.

Jetzt droht auch der Jugendsozialarbeit in Bremen das Aus. Anfang 2012 wurden 50 Sozialarbeiter an Bremer Schulen eingestellt, deren Hauptaufgabe die Beratung von Schülern und Lehrern in schwierigen Situationen ist – ein damals wie heute sehr sinnvolles Projekt angesichts wachsender Probleme in der Umsetzung der Inklusion aufgrund zunehmender Armut in der Gesellschaft und um sich greifender Perspektivlosigkeit unter der Jugend. Aber dieses Projekt soll Ende des Jahres auslaufen, „weil Bremen kein Geld hat“. Diese immer wiederkehrende Begründung für Kürzungen kommt dieses Mal von der neuen SPD-Bildungssenatorin Quante-Brandt.

Solange die bisherige Haushaltspolitik einfach fortgesetzt wird, wird immer versucht, die Lasten der Krise auf die breite Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen. Dabei gibt es ganz andere Möglichkeiten – sie verlangen aber eine Wende in der Haushaltspolitik und viel Rückgrat: Jedes Jahr werden vom Bremer Senat an die Banken Zinsen in Höhe von 700 Millionen Euro überwiesen. Wieso wird dies nicht sofort gestoppt und ein Zinsmoratorium in die Wege geleitet? Die Lasten der Weltwirtschafts-und Finanzkrise sollen die Verantwortlichen in den Chefetagen der Banken und Konzerne bezahlen!

Die Rebellion der Jugend belebt sich und braucht die Unterstützung und Erfahrung der älteren Generation. Allein in den letzten zwei Wochen waren Jugendliche die stärkste Kraft bei den Anti-AKW-Aktionen in Grohnde und Brokdorf. Sie standen in der ersten Reihe am 1. Mai gegen faschistische Provokationen, und es waren vor allem jugendliche Migrant(inn)en, die lückenlose Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes bei den NSU-Morden forderten. Dies sollte für uns als Montagsdemonstration ein Ansporn sein, uns stärker direkt an Jugendliche zu wenden, ihre Anliegen aufzugreifen und sie für die Mitarbeit in der Montagsdemonstration zu gewinnen.

Eine Welt ohne Arbeitslosigkeit und Armut – diese Vision wird auf dem **16. Internationalen Pfingstjugendtreffen** am **18.** und **19. Mai 2013** in Gelsenkirchen lebendig. Jugendliche aus ganz Deutschland und Gäste aus vielen Ländern diskutieren und feiern dort gemeinsam und haben schon ein volles buntes Programm für zwei Tage vorbereitet. Auf dem Festival für die Zukunft der Jugend spielt dieses Jahr die Rettung der Umwelt vor der drohenden Klimakatastrophe eine besondere Rolle. Demo, Open-Air-Fest, Fußball- Turnier, Workshops, Diskussions- und Bildungsveranstaltungen, Zeltcamp, neue Freunde kennen lernen – all das kann

man dort erleben und mitgestalten. Wer mitfahren möchte: **Abfahrt Samstag**, **18. Mai 2013**, **7 Uhr** am **Parkplatz Südbad**.

Harald Braun

Wegen des Pfingstfestes findet die nächste **Bremer Montagsdemo**
erst am **27. Mai 2013** wieder zur gewohnten Zeit, also
um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** statt.

Angriff auf die MLPD

Liebe Redaktion „Scharf links“, in einem Beitrag vom 26. Februar 2013 unter der Überschrift „Die MLPD meint: Hartz IV muss bleiben!“ werden verleumderische Aussagen zur Politik der MLPD gemacht. Bereits die Abbildung eines Wahlplakats der MLPD mit der Losung „Weg mit Hartz IV“ belegt, dass der Redaktion von „Scharf links“ bekannt ist, wie unsinnig die Behauptung in der Überschrift ist. Es wird keinerlei Beleg angeführt, dass die MLPD jemals eine solche Position vertreten hätte. Wer sich die Mühe macht, an einer der bis zu 100 Montagsdemonstrationen in der Republik teilzunehmen, an denen sich Mitglieder der MLPD beteiligen, wird feststellen, dass die MLPD nach wie vor, und zwar in aller Konsequenz, die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 bekämpft.

Auch in ihren theoretischen Grundlagen ist das eindeutig geklärt. Der Bedeutung solcher Kämpfe wird zum Beispiel im Buch „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ ein ganzer Abschnitt unter der Überschrift „Kampf um soziale Errungenschaften“ gewidmet:

> „Jahrzehntelang wurde den Massen mit dem Trugbild der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ relative soziale Sicherheit versprochen. 2003 nahm die damalige SPD/Grünen-Regierung mit der ‚Agenda 2010‘ Kurs auf die schrittweise Zerschlagung der bisherigen Sozialversicherungssysteme. Die breiten Massen reagierten mit Protesten. ... Da die Krisenprogramme der EU-Länder einheitlich ausgerichtet sind, alle die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abwälzen sollen, bilden sie einen wichtigen Bezugspunkt, um die Kämpfe europaweit zu koordinieren. Die MLPD verankert in diesen Kämpfen Forderungen, die geeignet sind, den aktiven Volkswiderstand im Zusammenhang mit dem Übergang zur Arbeiteroffensive höherzuentwickeln:
>
> Weg mit den Hartz-Gesetzen! Für die Erhöhung des Arbeitslosengelds und die unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung der Sozialunterstützung! Für einen gesetzlichen Mindestlohn von (derzeit) zehn Euro die Stunde! Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen bei vollem Rentenaus-

gleich! Festsetzung einer staatlichen Mindestrente unabhängig von der persönlichen Berufstätigkeit! Schaffung von ausreichendem und preisgünstigem Wohnraum! Gründliche und kostenlose medizinische Vorsorge, Betreuung und Behandlung! Einbeziehung der alten, kranken und behinderten Menschen in das gesellschaftliche Leben und volle Übernahme ihrer Pflegekosten durch Monopole und Staat! Senkung der Massensteuern, Abschaffung der indirekten Steuern und progressive Besteuerung der Großverdiener!“ (Stefan Engel, „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ (März 2011), Seite 371f.)

Während andere Parteien wie die Grünen nur oder „Die Linke“ vor allem Erhöhungen der ALG-II-Sätze fordern und die unsäglichen Gesetze damit letztlich akzeptieren, tritt die MLPD weiter dafür ein, alle Hartz-Gesetze vollständig abzuschaffen! Im Artikel von Hans-Dieter Wege (Bremer Montagsdemo), der offensichtlich auch Texte anderer Autoren enthält, ist nicht eindeutig erkennbar, welche Passagen welchem Autor zuzuordnen sind. Klar ist jedoch, dass eine antikommunistische Stimmungsmache gegen die MLPD bedient wird.

Innerhalb der Montagsdemo-Bewegung gibt es zum bedingungslosen Grundeinkommen verschiedene Meinungen, was völlig normal ist und die Vielfalt und Überparteilichkeit dieser Bewegung ausdrückt. Die MLPD lehnt diese Forderung ab, wozu wir in den letzten Jahren unter anderem in der Montagsdemobewegung eine sachliche Auseinandersetzung führen. So haben wir vertreten, dass alle bisherigen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse mit dem kapitalistischen System auszusöhnen. Stattdessen fördern wir, dass die Arbeiterklasse dieses System in Frage stellt und es mit der Losung von Karl Marx: „Nieder mit dem Lohnsystem!“ angreift.

Solange solche Differenzen sachlich ausgetragen werden, ist es eine fruchtbare Debatte. Wenn aber zu öffentlichen verleumderischen Angriffen auf beteiligte Kräfte übergegangen wird, um die eigene Meinung durchzusetzen, dann verletzt das die Prinzipien der Montagsdemobewegung und schwächt die ganze Bewegung. Hier ist die Montagsdemobewegung herausgefordert, ihre Prinzipien aktiv zu verteidigen und Angriffe auf aktive Träger der Montagsdemobewegung offensiv zurückzuweisen. Immerhin ist es diesen Prinzipien zu verdanken, dass sie, wie keine Massenbewegung in Deutschland bisher, eine einzigartige Ausdauer und Stabilität bewiesen hat.

In dem Artikel von Hans-Dieter Wege wird die Politik der MLPD bewusst verfälscht dargestellt, um dann darüber herziehen zu können. So heißt es: „Jegliche Fortentwicklung außer der sozialistischen Revolution, die dann irgendwann Arbeit für alle schafft, wird nun aber von der MLPD abgelehnt.“ Oder: „Es geht der MLPD um die ‚Schule des Klassenkampfes‘, das konkrete Thema ist egal.“ Es ist eine bewusste Verleumdung, dass die MLPD sich nicht für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Rahmen des Kapitalismus interessieren würde.

In der Programmatik sowie in der Praxis der MLPD ist die Ausrichtung auf die Förderung und Unterstützung des Kampfs der Massen um Verbesserungen so-

wohl bei den Montagsdemos, in Betrieben und Gewerkschaften, in Wohngebieten wie in der Kommunalpolitik und der Umweltarbeit das tägliche Geschäft aller unserer Genossinnen und Genossen. Was Hans-Dieter Wege hier in der Konsequenz vertritt, ist die reformistische Ansicht zum Kampf um Reformen, die sich mit einzelnen Verbesserungen im Kapitalismus zufrieden gibt.

Als Kommunisten vertreten wir die revolutionäre Ansicht zum Kampf um Reformen. In der ideologisch-politischen Linie der MLPD heißt es dazu: „Wir treten ... für jede Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ein, erklären aber, dass zur Lösung des Problems der Befreiung der Arbeiterklasse das kapitalistische Lohn- und Ausbeutungssystem aufgehoben werden muss“. („Revolutionärer Weg“ 12, „Gewerkschaften und Klassenkampf“, Seite 6). Das ist mit *Schule des Klassenkampfes* gemeint: Kampf um Reformen nicht, um die Menschen durch kleine Verbesserungen mit ihren Ausbeutern und Unterdrückern zu versöhnen, Illusionen zu schaffen, sondern um sie für den Kampf um eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative, den echten Sozialismus zusammenzuschließen.

Wir fordern Hans-Dieter Wege auf, seine öffentlichen Angriffe auf die MLPD einzustellen und bitten die Redaktion „Scharf links“, den verleumderischen Beitrag aus dem Netz zu nehmen. Für weitere sachliche Diskussionen steht die MLPD immer gern zu Verfügung. Mit solidarischen Grüßen.

Zuschrift von Jakobus Fröhlich (Zentralkomitee der MLPD)

Lieber Jakobus, du schießt auf die Falschen, der Artikel ist von mir. Er wurde euch von mir zur Kenntnisnahme zugesandt und von Hans-Dieter Wege mit meiner Zustimmung an „Scharf links“ zur Veröffentlichung weitergeleitet.

Ich verüble es der MLPD – wohlgemerkt nach jahrelanger guter Zusammenarbeit und einigem Bemühen meinerseits, eure Parteilinie kennenzulernen! –, dass sie sich nicht ernsthaft mit der Frage „Hartz IV – wie weiter?“ befasst, gleichzeitig aber mit ihrer Ablehnung jeglicher Grundeinkommenskonzepte einen ansonsten konsensfähigen Ausweg versperrt, mithin eine Weiterentwicklung der von ihr selbst ins Leben gerufenen Montagsdemonstrationsbewegung vereitelt. Darüber kann ich nach all den Briefen, die ich euch geschrieben und von euch erhalten habe, nicht mehr nach dem Motto „Schön, dass wir darüber geredet haben“ hinwegsehen.

Dass du versuchst, eine Kritik zu ersticken, statt mit ihr konstruktiv umzugehen, hat mit Dialektik und Streitkultur nichts zu tun. Das ist einfach nur ganz furchtbar schwach. Herzliche Grüße. – PS an „Scharf links“: Bitte keine Artikel löschen. Und bitte auch meine Anmerkung veröffentlichen, wenn ihr das mit der

Zuschrift von Jakobus macht. – PPS: Eine „erhöhte Sozialunterstützung“, wie von der MLPD gefordert, ist nichts anderes als ein erhöhtes Hartz IV. Ergo: Hartz IV muss bleiben!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Ich hatte überhaupt nicht die Absicht, die Montagsdemobewegung zu kritisieren oder infrage zu stellen. Was aber unbedingt sein muss, wenn man Menschen überzeugen will, einen anderen und besseren Weg zu gehen, ist ein Angebot, das besser ist als Hartz IV und eine Arbeitslosenversicherung wie in diesem System. Ich begreife in diesem Zusammenhang nicht, weshalb sich die MLPD für eine Arbeitslosenversicherung stark macht, die ausschließlich von den Arbeitnehmer(inne)n finanziert wird, und deren Höhe sich dann auch noch prozentual nach den „Verdiensten“ richtet.

Ein gleiches solidarisches Grundeinkommen von der Geburt bis zur Bahre für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, das aus der jährlichen Produktivität getragen werden könnte – zum Beispiel anfangs aus einer Arbeitskraftabgabe für jede von den Unternehmen in Anspruch genommene Lohnarbeitsstunde, mit der man mindestens die Hälfte eines Grundeinkommen in Höhe von 1.000 Euro monatlich pro Mensch finanzieren könnte –, halte ich durchaus für einen friedlichen revolutionären Einstieg zur Überwindung der Lohnarbeit insgesamt.

Unsere spontane Abstimmung hierzu während der 256. Montagsdemo in Bremen am 23. November 2009 verkündete doch auch ein ganz eindeutiges Ergebnis: Bis auf einen Mitkämpfer, der sich der Stimme enthielt, waren alle anderen Anwesenden dafür, auch die Mitstreiter(innen) der MLPD. Die Menschen mitzunehmen hin zu einem internationalen demokratischen freiheitlichen und ökologischen Sozialismus, und zwar mit einem schnellstmöglichen Angebot, sollte das gemeinsame Ziel aller Montagsdemonstranten werden! Nur so lassen sich in meinen Augen neue Mehrheiten gewinnen – bestimmt auch ohne die Vorstellungen nach Vorgaben des Zentralkomitees einer Partei.

Ganz bestimmt wird es dann den Menschen dämmern, und zwar auch ohne Götter oder menschenfeindliche Vorstellungen von Entartung, die jeder Mensch besser ablehnen sollte, als solchen Vorstellungen hinterherzulaufen. Personen, die meine Ausführungen jetzt als Kommunismuskeule werten, scheinen nicht begreifen zu wollen, worauf es für die Menschen ankommt. Auf eine solidarische und kritische Zusammenarbeit im demokratischen Sinne! Mit freundlichen und sozialistischen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Hallo Leute, nein. So geht das ja nun wirklich nicht. Das ist doch alles spitzfindiger Kleinkram. Jetzt müssen wir mal vorwärts gehen! Ich schlage vor, Heike Hey bewaffnet alle Frauen, führt diese in die Morgenröte der Weltrevolution und begründet damit eine auf Nudelhölzer gestützte Macht. Danach heißt es: „Arbeit für alle“. Aus den strahlenverseuchten Uranbergbau-Gebieten der DDR machen wir schöne Staudämme. Jeder bringt seine Schaufel mit, und Ursula von der Leyen verteilt gratis Mao-Bibeln. Na? Wär das was? Grüße.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

„Voller Erfolg“: 32 Prozent aller Hartz-IV-„Neukunden“ des Jobcenters in Braunschweig werden abgeschreckt *(„Die Zeit“)*

Das unflätige Wort kann befreiend wirken: Dass etwas rausmuss bei diesen Hartz-IV-Ungerechtigkeiten, ist sonnenklar *(Raimund Samson)*

Herzinfarkt durch Zwangsarbeit: Jobcenter-Fallmanagerin nötigt Schwerbehinderten zu körperlicher Tätigkeit *(„Gegen Hartz“)*

Atom-Frachter ausgebrannt: Hamburg entging am 1. Mai nur knapp einer Katastrophe *(„Hamburger Morgenpost“)*

Sprechen wir lieber über Angelina Jolies Brustamputation: Und lasset uns glauben, dass unser Verhängnis in unseren Genen steckt *(Ulrich Strunz)*

Deutschland scheitert beim Euro-Trällern: 18 Punkte für Angela Merkel *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

424. Bremer Montagsdemo
am 27. 05. 2013

Der Kampf gegen Fracking ist Teil des weltweiten Widerstands zur Rettung der Erde

Der Energiekonzern RWE/DEA beutet nahe Völkersen in Niedersachsen ein Gasvorkommen aus und setzt hierbei – neben konventionellen Methoden – auch die Fracking-Technologie ein, bei der Gestein mit hohem Druck und einem giftigen Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien aufgebrochen wird. Aus undichten Plastikrohren sickerten dort bereits krebserregendes Benzol und andere giftige Stoffe ins Grundwasser. Inzwischen sind bei Bodenproben hochgiftige Stoffe, darunter Quecksilber, gefunden worden. Besonders skandalös ist, dass der TÜV Völkersen dies schon 2011 nachgewiesen hatte. Jetzt wird zudem untersucht, ob die Gasförderung für zunehmende Erdbeben in der Region verantwortlich ist. In den USA gibt es immer mehr Hinweise auf den Zusammenhang von Erdbeben und Fracking.

Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe vermuten in Deutschland 1,3 Billionen Kubikmeter Schiefergas. Viele der Vorkommen liegen in dicht besiedeltem Raum. Die Pläne der Merkel/Rösler-Regierung, mittels einer Änderung des Bundesberggesetzes den Weg für die Schiefergasproduktion mittels Fracking zu ebnen, rufen den Widerstand der Bevölkerung hervor.

Die Energiekonzerne verlangen von der Bundesregierung, dass sie die Lizenzen für die Schiefergasförderung durchsetzt. Werner Zittel, Vorsitzender der „Ludwig-Bölkow-Stiftung“ und Mitglied der kritischen „Energy Watch Group“, ist der Auffassung, dass dies vor allem Testcharakter hat. Wenn in einem Land, das im Vergleich zu den USA strenge Umwelt- und Sicherheitsauflagen habe, Fracking-Lizenzen in größerem Umfang vergeben werden, komme dies einer Empfehlung gleich: „Damit hätte die Industrie überall auf der Welt leichteres Spiel bei Politikern, um die letzten fossilen Energiereserven aus der Erde zu saugen“ („Süddeutsche Zeitung“, 30. März 2013).

Die Energiekonzerne können sich wieder mal über die Unterstützung des EU-Kommissars Oettinger (CDU) freuen: Er kämpft schon lange für Kohle und Atomstrom und drängt jetzt die EU-Kommision zur europaweiten Genehmigung von Fracking. Deutschland solle „das Potenzial sehen, das Schiefergas hat. Zu Probebohrungen muss man dringend raten“ („Welt“).

In einer Pressemitteilung sagen 26 Bürgerinitiativen gegen Fracking, was sie davon halten: „Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach 26 Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen. Im Ergebnis wurden folgende Forderungen an den Bund, die Länder und die Europäische Union erarbeitet: Die Initiativen fordern ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger, unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.

Die Initiativen fordern ein generelles Import- und Handelsverbot von ‚gefrackten‘ fossilen Energieträgern, ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer sowie eine Novellierung des Bergrechts, bei der die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit im Fokus stehen. Begleitend fordern die Vertreter der Bürgerinitiativen ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, das heißt die Abkehr von fossilen Brennstoffen, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz.“

Darüber hinaus wurde beschlossen, am **31. August 2013** den bundesweiten **Anti-Fracking-Tag** unter dem Motto „**Keine Stimme für Fracking**“ durchzuführen. Das ist eine wichtige Initiative zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vor der Profitwirtschaft. Die Vorboten einer drohenden globalen Klimakatastrophe häufen sich. Wir brauchen eine weltweite Widerstandsfront, um unsere Mutter Erde zu retten. Diesem Ziel soll der Aufbau einer Umweltgewerkschaft dienen.

Harald Braun

Am **Freitag**, dem **31. Mai 2013**, findet auf dem **Ziegenmarkt** von **17:30** bis **19 Uhr** eine „**Blockupy**“-Soli-**Kundgebung** statt.

Millionengeschäft Fäkalienhandel: Das norddeutsche Grundwasser wird auch durch Gülle aus Massentierhaltung vergiftet *(„Die Zeit“)*

Hut ab: Grüne Senatorin Stahmann verstößt gegen Vereinbarung zur Eingliederung des Bremer Sozialamts *(„Tageszeitung“)*

Nach Sanktion verstorben: Saarbrücker Jobcenter kümmert sich nicht um das Überleben einer jungen Mutter und ihres Kleinkindes *(„Gegen Hartz“)*

De Maizière lässt Daten löschen: Und die Bundeswehr verheimlicht den Beinahe-Crash einer Drohne mit einem Verkehrsflugzeug *(„Spiegel-Online“)*

Türkischer Frühling: Vom Park-Protest zur Staatskrise *(„Handelsblatt“)*

Polizei umzingelt: Erdogan verzichtet nach Massenprotesten auf Parkabholzung in Istanbul *(„Die Welt“)*

900 eingekesselte, 200 verletzte Demonstranten: Bei so viel Aufruhr in Istanbul lässt sich’s gut über Frankfurt schweigen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

425. Bremer Montagsdemo am 03. 06. 2013

Woher nehmen Politiker das Recht, der Jugend die Zukunft zu nehmen?

1. Der Briefkasten klappert unerbittlich: Die Werbung fällt ins Private. Für Leute mit wenig Geld ist das sofortiger Abfall. Die Werbung kommt gleich ins Altpapier, um nicht unbefriedigten Bedarf zu wecken. Die „Nebenwirkungen“ des klappenden Briefkastens habe ich in meinem Beitrag zum Buch „Wir sind empört!“ beschrieben.

Der schnelle Blick auf die Umschläge kann trügerisch sein: Das **Jobcenter** frankiert die Briefe im Sichtfenster. Ansonsten sind die Umschläge ohne Absender und somit leicht als unerwünschte Werbung einzustufen. Der nicht wahrgenommene Termin im Jobcenter kann zehn Prozent Kürzung bedeuten. Die versäumte Bewerbung ist nicht nur teurer, sondern eventuell auch eine ärgerlicherweise verpasste Chance. Seid etwas vorsichtiger mit dem Altpapier! Allerdings ist das Jobcenter verpflichtet, den Zugang des Briefes nachzuweisen.

2. Bremen hat das Sparziel erreicht und weitere **Einsparungen** unterlassen. Dies geht aus dem Prüfbericht des Bremer Rechnungshofs hervor. Darin steht auch, dass das vorgegebene Haushaltsdefizit wie folgt erreicht wurde: „Die im Vergleich zwischen Haushaltsaufstellung und Haushaltsvollzug geringere Überschreitung ist nicht in erster Linie auf Sparanstrengungen zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf das niedrige Zinsniveau und auf Steuermehreinnahmen“ (Seite 9, Position 14).

Die Zinsen sind langfristig wesentlich niedriger, wenn die Freie Hansestadt sich das Geld von der EZB leihen kann – ohne Bankbeteiligung! Zurzeit nimmt

die EZB 0,5 Prozent, Bremen muss aber 2,5 Prozent zahlen. Der „normale“ Bankkunde zahlt weiterhin über zehn Prozent Dispozinsen. Die Banken nutzen das günstige Geld zum Aktienkauf und für andere Spekulationen. Sie benötigen nur eine Rendite oberhalb von 0,5 Prozent für die Rentabilität. Droht somit die nächste „Seifenblase“?

Nun zurück zu den Einsparungen in Bremen: Es fehlt an allen Ecken und Enden, Bremen spart sich kaputt! Das Grundgesetz besagt, dass überall in Deutschland gleiche Lebensbedingungen vorhanden sein müssen. Dies ist so nicht zu erreichen! Bremen hat sich zum (Kaputt-)Sparen verpflichtet und kaum Möglichkeiten, die Einnahmen zu erhöhen. Der Bereich Bildung ist total unterfinanziert. Jetzt stehen auch die rund 50 Sozialarbeiter in den Schulen vor dem Rotstift. Nur für zwei Jahre wollte der Bund zahlen; die sind jetzt um.

Bremen will rund 200 Lehrer einstellen. Fraglich ist, ob diese Lehrer *zusätzlich* eingestellt werden. Eventuell bleiben nur acht tatsächlich zusätzliche Lehrer über. Woher nehmen diese Politiker das Recht, unserer Jugend die Zukunft zu nehmen? Die Wähler können im September die Politiker „aussieben“ und wegkreuzen! Wer nicht zur Wahl geht, verpasst diese Möglichkeit. Ein Politiker fühlt sich immer rechtmäßig gewählt – egal, wie wenig Stimmen abgegeben worden!

3. Wie „Focus“ berichtet, haben 180 Wissenschaftler aus 27 Ländern etwas festgestellt, das niemand glauben kann: „Nach einer ersten Untersuchung gebe es keine direkten Gesundheitsfolgen“ durch die **Atomkatastrophe** von Fukushima. Alle gesundheitlichen Probleme seien auf „Stress“, „soziale Faktoren“ et cetera zurückzuführen. Den Bericht gibt es (leider erst) im Herbst schriftlich. Auftraggeber der Studie war das „Wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen für die Folgen von Strahlung“. Ob das Bundesamt für Strahlenschutz diesen Ausführungen glauben wird?

Diese Menschen sollten sich eigentlich mit dem Sachverhalt auskennen. Die Verfasser der Studie haben sich wie bei einer Steuerprüfung alle Hintertüren offen gelassen, also nicht alles gesehen und untersucht. Die niedrigen Strahlenwerte am explodierten Reaktor waren schon damals in den Schlagzeilen. Die Geräte waren für so hohe Strahlenwerte nicht ausgelegt und zeigten daher den Wert Null an. Einige Geräte im Einsatz waren auch einfach kaputt. Über die Höhe der Verstrahlung gab es damals keine genauen Angaben, und die mit Aufräumarbeiten beauftragten Arbeiter haben – auf Anweisung des Tepco-Führungspersonals – ihre Strahlenbelastungsmesser manipuliert.

Welche Wirtschaftsinteressen bewirken eine solche gefährdende Desinformation? Wer glaubt dies noch? Schaut ins Netz, es gibt sehr viele Berichte über Japan und Tschernobyl. Wolfgang hat auf der heutigen Montagsdemo auf die Tanks mit radioaktivem Wasser hingewiesen. Sie sind riesig und haben dennoch zu wenig Fassungsvermögen: 120 Tonnen sind im April bereits ausgelaufen. In den Siedlungen wurde der radioaktive Boden abgetragen, aber wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeiten nur auf Haufen geschüttet und abgedeckt. Soll all

dies verharmlost werden? Braucht die Politik ein Gutachten für unvernünftige Entscheidungen? Japaner wehrt euch – auch für uns! Verseuchung lässt sich nicht eingrenzen!

4. Deutschland ist Exportweltmeister für **Kriegsgerät**. Griechenland hat extrem viel davon eingekauft. Frau Merkel wurde bereits vor einiger Zeit im Rahmen der Schuldenkrise Griechenlands gefragt, ob Deutschland die Zahlung erlassen werde. Nein, war die Antwort. Auch die Bitte, die Panzer zurückzunehmen, wurde abgelehnt. Nun laufen gegen den Ex-Verteidigungsminister Griechenlands Untersuchungen, und er sitzt im Knast. Klar ist die Bestechung beim Kauf der deutschen U-Boote. Wurden die „Leos“ *ohne* „Nebenkosten“ verkauft?

Ich habe darüber nichts gelesen. Die gebrauchten Panzer hat der Minister unserer Bundesregierung abgekauft. Auch die nächste Lieferung nach Griechenland erfolgt mit Unterstützung deutscher Beamter. Der Ex-Verteidigungsminister kann hiermit seine Taschen nicht mehr füllen. Überhaupt ist die Schmiergeldaffäre aus den Schlagzeilen verschwunden. Das Waffengeschäft passt nicht zur sozialen Demontage!

5. Die Einnahmen aus der **Erbschaftsteuer** sinken. Der Finanzsenator Hamburgs kennt – wie auch die Politiker in Berlin – das entsprechende Steuervermeidungsschlupfloch. Er fordert von den Berlinern, es endlich zu schließen. Die Hamburger CDU findet die Steuervermeidung in Ordnung und fordert zur „sparsamen Haushaltspolitik“ auf, so der „Weser-Kurier“ vom 22. Mai 2013. Hamburg hatte in den Vorjahren logischerweise erhebliche Erbschaftsteuer-Einnahmen und ist daher besonders betroffen. Ein Thema, bei dem die Politik durch Handeln glaubwürdiger werden kann!

6. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Weser-Kuriers“ dürfen über ihre Probleme mit ihrem Arbeitgeber nicht berichten. Sie haben am Freitag erneut vor dem Pressehaus demonstriert, um die Öffentlichkeit zu erreichen. Erneut sollen 113 Mitarbeiter(innen) gehen. Hinzu kommen weitere **Ausgliederungen** und Lohnkürzungen. Der „Weser-Report“ hat am 2. Juni 2013 auf Seite 2 in einem kleinen Artikel darüber berichtet, Verdi etwas ausführlicher. Der „Weser-Kurier“ hat auch schon früher umfangreichen Personalabbau und Ausgliederungen vorgenommen. In einer seiner neuen Firmen war der Betriebsrat nicht hörig; die Aufgaben wurden einer anderen ausgegliederten Firma übertragen.

Den Mitarbeiter(inne)n wurde ein Wechselangebot zu schlechteren Konditionen gemacht, den Mitgliedern des Betriebsrates gar keines. Den in dieser ungeliebten Tochterfirma verbliebenen Mitarbeiter(inne)n und Betriebsratsmitgliedern wurde klargemacht, dass sie zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Auf der Internetseite dieses Betriebsrats steht: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Den Zeitungszusteller(inne)n ist es ähnlich ergangen, sie wehren sich ebenfalls.

Auch in der Geschäftsführung werden die Gerichte tätig: „Ulrich Hackmack ist ohne Rechtsgrundlage Vorstandsvorsitzender der Bremer Tageszeitungen AG. Das machte am Freitag das Oberlandesgericht Bremen in der mündlichen Verhandlung deutlich. Als Mitglied der Eigentümerfamilie hätte er laut Satzung nicht gewählt werden dürfen.“ Hackmack ist jetzt tatsächlich gegangen. Bisher hatte er allen gerichtlichen Anordnungen widerstanden. Ob die Verträge und Kündigungen, die ein unrechtmäßig Tätiger unterschrieben hat, gültig und rechtskräftig sind, wird die Gerichte wohl noch ausführlich beschäftigen. Nur im „Weser-Kurier“ wird darüber nicht berichtet. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Unfertige Schutzwand: Ein „Zuviel“ an Bürgerbeteiligung soll daran schuld sein, dass die Stadt Grimma zum zweiten Mal binnen einer Dekade von „Jahrhunderthochwasser“ überschwemmt wird *(„Spiegel-Online“)*

Wächst auch der Widerstand der Mitarbeiter in den Jobcentern gegen verfassungswidrige Sanktionen?

Woher Politiker das Recht nehmen, der Jugend die Zukunft zu nehmen? Man sollte das Kind beim Namen nennen: Es ist dieses System, welches sich das Recht nimmt, die Chancen beziehungsweise die notwendige Reproduktion zu verunmöglichen. Menschen werden da wohl zum Verbrauchsmaterial. Durch Wählen wird man nichts ändern. Nur das Karussell wird sich vielleicht drehen, und andere werden auf der Regierungsbank Platz nehmen. Sachzwänge und Finanzierungsvorbehalte bestimmen dann die Politik, nicht der Mensch.

Neulich staunte ich nicht schlecht, als mich bei meinem Einkauf eine etwas feinere Dame ansprach, um sich mit mir über die Politik in Oldenburg und im Bund zu unterhalten. Dem Gespräch entnahm ich, dass wohl auch der Mittelstand endlich bemerkt, dass durch die Politik dieser im Bundestag vertretenen Parteien keine Veränderungen mehr erfolgen werden, zumindest keine positiven.

Von der Dame erfuhr ich, dass sich immer mehr Mitarbeiter der Jobcenter stillschweigend weigern, die von der Regierung geforderten Sanktionspraktiken

umzusetzen. Woher die Dame mich kannte? Keine Ahnung. Trotzdem auch hier ein weiterer Aufruf an alle Mitarbeiter der Jobcenter: Stellt die verfassungswidrigen Sanktionen gegen Arbeitslose insgesamt ein! Mit sozialistischen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Egal, was der Arzt sagt: Das Jobcenter lässt schuften bis zum Tod

1. Obwohl Paul Metzen zu hundert Prozent schwerbehindert ist und bereits zwei Herzinfarkte erlitten hat, wurde er nach seinem Besuch im Jobcenter Essen-Nord zu einer „einfachen Tätigkeit“ vermittelt, für vier Stunden am Tag. Herr Matzen machte seiner Sachbearbeiterin Frau K. deutlich, dass er nicht dazu in der Lage sei, zwischen 8 und 12 Uhr Arbeiten wie Fegen und Unkrautzupfen auszuführen, was ihm auch von seinem Hausarzt bestätigt wurde. Die Sachbearbeiterin ließ sich davon aber nicht beeindrucken, da vorab der Ärztliche Dienst Paul Metzens Arbeitsfähigkeit für „leichte und mittelschwere Tätigkeiten“ festgestellt habe. Frau K. drohte Herrn Metzen sogar mit rechtlichen Konsequenzen – also **Sanktionen** –, wenn er der Arbeitsvermittlung nicht wenigstens versuchsweise nachkommen würde.

So wäre es beinahe zu einer Arbeitsvermittlung in den Tod gekommen, denn Herr Metzen brach bereits am zweiten Arbeitstag zusammen und hatte kurz danach einen Herzstillstand. Wie kann es angehen, dass der Ärztliche Dienst zu einer vollkommen anderen Beurteilung im Fall Paul Metzen kommt als sein behandelnder Arzt? Müssen es sich Hausärzte, die ihre Patienten doch gewöhnlich persönlich, besser und länger kennen, gefallen lassen, dass ihre Diagnosen und Behandlungsempfehlungen durch Jobcenter infrage gestellt werden?

Aus meiner persönlichen Erfahrung heraus weiß ich, dass Hausärzte ihre Diagnosen im Sinne der Gesundheit ihrer Patienten stellen. In wessen Auftrag der Ärztliche Dienst des genannten Jobcenters tätig ist, lässt sich da nur vermuten. Sollte der Ärztliche Dienst sich gar zum Erfüllungsgehilfen des Hartz-IV-Unrechtssystems missbrauchen lassen? Mir gefällt es, dass Paul Metzen seine Sachbearbeiterin wegen Körperverletzung im Amt verklagen will!

2. Mitte Mai wehrte sich eine Frau aus Menden vor dem Amtsgericht Iserlohn erfolgreich gegen ein Ordnungsgeld in Höhe von 70 Euro. Das Jobcenter hatte die Probandin beschuldigt, ihr Erwerbseinkommen verspätet mitgeteilt zu haben. Die

Frau bestritt jedoch die Vorwürfe und sagte aus, sie habe die **Nebentätigkeit** sehr wohl telefonisch angezeigt, und auch die Anrechnung sei längst erfolgt. Gleich zu Beginn stellte sich in der Verhandlung heraus, dass dem Gericht nicht einmal die vollständige Fallakte übergeben worden war.

Auch wies der Verteidiger nach, dass der Ausgangsbescheid bereits von Anfang an rechtsfehlerhaft war: Die behauptete Überzahlung von 325,46 Euro musste bisher bereits zweimal nach unten korrigiert werden, im ersten Schritt um 50, dann auf 224 Euro. Die erwerbslose Frau hatte ihre Anfang Mai 2012 aufgenommene Nebentätigkeit sogleich gemeldet und auch die Abrechnungen unverzüglich eingereicht. In der Akte war auch ein Telefonat von Ende Juni dokumentiert, doch konnte der Erstanruf angeblich nicht mehr nachgewiesen werden, da der Antwortbeantworter gelöscht war und keine Aktennotiz mehr aufgefunden wurde.

Die Vorsitzende Richterin erfuhr, dass das Jobcenter neben einer Leistungsakte eine Widerspruchsakte und eine eigene Akte für „Ordnungswidrigkeiten-Verfahren“ führt. Der Sachbearbeiter selbst war über den Sachstand – bei der zu Unrecht Beschuldigten sind bereits fünf Klagen anhängig – nur sehr unzureichend informiert. Nachdem der mehrfache Sachbearbeiterwechsel und die lückenhafte Dokumentation auf den Tisch gekommen waren, konnte der Sachbearbeiter seinen Vorwurf nicht mehr aufrecht erhalten.

Es muss ein fähiger Verteidiger sein, der den Sachbearbeiter befragt, wie das Jobcenter gegen die unbescholtene Frau den Vorwurf „grober Fahrlässigkeit“ erheben konnte, ohne Entlastendes im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes zu überprüfen. Ach so: Bei solchen Überzahlungen gehe das Jobcenter von vornherein im Zuge des Generalverdachts von grober Fahrlässigkeit aus! Das Verfahren wurde eingestellt. So kommen demnach die vielen Sanktionen zustande!

Da sich die Betroffenen aus lauter Angst vor weiteren finanziellen Kürzungen lieber nicht ihr gutes Recht einklagen, kann zu Unrecht mal wieder an den Ärmsten der Armen gespart werden. Muss hier nicht ein System vermutet werden? So weit kann es kommen, wenn immer von sich selbst und den eigenen Methoden auf andere geschlossen wird. Wiederholt wird deutlich, dass niemand allein zu einem Termin beim Jobcenter gehen sollte! Mensch wird mit Begleitung fast automatisch besser behandelt, und es gibt für alles einen Zeugen. Es empfiehlt sich auch, alles schriftlich festzuhalten.

3. Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, was eigentlich selbstverständlich sein müsste: dass nämlich dreijährige Kinder nicht in einem Gitterbettchen für Babys schlafen müssen, auch wenn ihre Eltern auf Hartz IV angewiesen sind. Dennoch hatten Behörden und Gerichte zuvor einer alleinerziehenden Mutter diese Kostenübernahme grundsätzlich verwehrt. Laut dem Urteil des BSG gehört das erste Jugendbett zur Erstausstattung und ist daher vom Jobcenter über die Regelleistungen hinaus gesondert zu bezahlen. Allerdings ließ das Gericht offen, wie teuer ein neues Jugendbett sein darf, um vollständig vom Staat bezahlt zu werden.

Als die Mutter kurz vor dem fünften Geburtstag für ihren Sohn ein Jugendbett im Wert von 272 Euro kaufte, beantragte sie die Übernahme des Geldes beim Jobcenter, das ihr jedoch nur ein Darlehn gewähren wollte. Trotz des Urteils wird die Mutter allerdings zunächst noch kein Geld erhalten, weil eben die Höhe von 272 Euro noch strittig ist (Aktenzeichen: B 4 AS 79/12 R). Jedenfalls zeigt sich wieder, dass der **Regelsatz** für Kinder eben keinesfalls ausreichend gewürfelt, äh: berechnet worden ist!

„Ich möchte, dass mit uns ordentlich umgegangen wird“, sagt die Frau. Als Empfängerin von Hartz IV fühle sie sich ausgeschlossen, von den Behörden nicht ernst genommen. Auch adäquate Arbeit werde ihr nicht angeboten. „Als Alleinerziehende hat man kaum eine Chance, aus diesem Teufelskreis von Armut und Arbeitslosigkeit herauszukommen“, sagt sie. Darauf wolle sie aufmerksam machen. Es gehe um weitaus mehr als nur um ein Kinderbett.

4. Nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ hat die Zahl der Hartz-IV-Bezieher, die auf ein **Darlehen** der Jobcenter angewiesen sind, um größere Anschaffungen für ihren Lebensunterhalt wie etwa eine Waschmaschine oder einen Kühlschank zu finanzieren, in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen: Während 2007 im Jahresdurchschnitt 12.873 Bedürftigen pro Monat ein Darlehensanspruch gewährt wurde, waren es 2012 im Schnitt bereits 16.833 Fälle.

Dabei sei der durchschnittlich beanspruchte Darlehensbetrag im gleichen Zeitraum von 216 auf 298 Euro gestiegen. Nach Einschätzung der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der „Linken“, Sabine Zimmermann, belegen die Daten der Bundesagentur, „dass die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze nicht ausreicht, um die Grundsicherung des Lebensunterhalts gewähren“. Es zeigt sich immer wieder, dass die „Höhe“ des Regelsatzes eben nicht ausreicht, um davon leben zu können!

5. „Der Postillon“ beschreibt ganz wunderbar und nur ein klitzekleines bisschen satirisch, welches Konzept die Europäische Union vorgelegt hat, um die in zahlreichen Mitgliedsstaaten grassierende **Jugendarbeitslosigkeit** einzudämmen: So lautet der äußerst raffinierte Plan der EU-Kommission, eben einfach abzuwarten, bis arbeitslose Jugendliche wie von Zauberhand aufhören, arbeitslose Jugendliche zu sein, sobald sie ihr 25. Lebensjahr abgeschlossen haben. Dazu kostet diese neue Gelassenheit keinen Cent. Eine wahrhaft grandiose Idee!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **10. Juni 2013** wieder zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** statt. Sie steht im Zeichen der **Solidarität** mit dem friedlichen **Protest** im **Stadtpark** von **Istanbul**. Wir sind gegen die brutalen Polizeieinsätze seit dem 31. Mai 2013! Wir müssen unsere Bäume und unsere Zukunft retten!

Voll bedrohnt: De Maizière gibt im Interview Informationen preis, die er erst eine Woche später erhalten haben will *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

426. Bremer Montagsdemo am 10. 06. 2013

Jobcenter klagen gegen sittenwidrige Niedriglöhne von 1,32 Euro

1. Die Arbeitsagenturen nutzen im Zuge der **Verfolgungsbetreuung** auch das Internet, um ihre (beschönigt:) „Kunden“ besser ausleuchten zu können. Der Sprecher des „Erwerbslosenforums“, Martin Behrsing, bestätigte dies und berichtete von ihm bekannten Fällen, in denen „sogar Arbeitslose von Sachbearbeitern aufgefordert wurden, bei uns im Online-Forum eingestellte Dokumente wieder zu entfernen“. Einige Erwerbslose veröffentlichten in ihrer Empörung über falsche Bescheide vom Amt diese auf der Website, um wenigstens dort die ihnen zustehende Unterstützung zu bekommen.

Auf diese Weise seien ihnen die Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center auf die Spur gekommen. Weil die Administratoren des Forums erkennen können, von welchen Servern der Zugriff erfolgt, wissen sie ihrerseits, dass die Arbeitsagenturen sehr häufige Besucher ihrer Website sind. Eigentlich sollte erwartet werden dürfen, dass besagte „Kunden“ gut beraten werden und korrekte Bescheide eine Selbstverständlichkeit sein müssten!

Uneigentlich sind leider allzu oft die Sachbearbeiter nicht entsprechend ausgebildet oder haben sogar noch die inoffizielle Order, Gelder einzusparen. Das geht natürlich mit falschen Bescheiden zu Ungunsten der Transferleistungsbezieher ganz wunderbar, weil viele Probanden dies nicht erkennen beziehungsweise sich nicht zu wehren trauen. Meiner Meinung nach sollten die Arbeitsagenturen eher Asche auf ihr Haupt streuen, als Erwerbslose damit zu tangieren, ihre eingestellten Dokumente wieder aus dem Netz zu entfernen!

2. Die „Internationale Arbeitsorganisation“ der Uno (ILO) kommt zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaftskrise in Europa die Gefahr sozialer Unruhen erhöhe. Auch habe vor allem die harte **Sparpolitik** in vielen Ländern die Lage verschlimmert. Während die Arbeitslosenquote in vielen Industriestaaten deutlich gestiegen sei, gehöre Deutschland zu den wenigen Ländern, in denen die Beschäftigungsrate höher sei als vor der Finanzkrise. Die ILO warnt davor, dass sich weltweit die Zahl

der Menschen ohne Job von jetzt 200 Millionen bis 2015 um acht Millionen erhöhen würde. Das Risiko sozialer Unruhen sei in 46 von 71 untersuchten Volkswirtschaften gewachsen.

ILO-Generaldirektor Guy Ryder sagte, dass wir einen auf Jobs und produktive Investitionen fokussierten globalen Aufschwung sowie besseren sozialen Schutz für die ärmsten und verwundbarsten Gruppen brauchen und gegen die soziale Ungleichheit vorgehen müssen, die in vielen Teilen der Welt größer wird. Maßgeblich schuld sei laut ILO die teils dramatische Sparpolitik, die nur allzu häufig zu steigender Arbeitslosigkeit führte. Rezession und Arbeitslosigkeit in Rekordhöhe von zwölf Prozent und zugleich das immer weitere Auseinanderklaffen der Einkommensschere führten zu einem fragilen Umfeld, in dem immer weniger Menschen Möglichkeiten sehen, einen guten Job zu bekommen und ihren Lebensstandard zu verbessern.

Während die Unruhegefahr in Zypern, Tschechien, Griechenland, Italien, Portugal, Slowenien und Spanien zugenommen habe, gehöre Deutschland zu den Ländern mit deutlich gesunkenem Unruherisiko. Überhaupt bekomme die Bundesrepublik im Wahljahr 2013 von der Uno-Sonderorganisation lauter „Traumnoten“: Die Beschäftigungsrate sei auf 57,1 Prozent Ende 2012 gestiegen, mehr als zwei Millionen neue „Jobs“ seien geschaffen worden, es gebe eine der geringsten Arbeitslosenraten in der EU. Nur die Defizite hinsichtlich der Qualität der Jobs werden bemängelt: Dumpinglöhne und Zeitarbeitsplätze seien nicht weiter zurückgegangen.

Nirgendwo ist zu lesen, dass die vielen schlecht bezahlten Jobs durch das Zerschlagen von sozialversicherungspflichtigen Arbeitstellen zustande gekommen sind, worauf wirklich niemand auch nur annähernd stolz sein kann! Wer hat denn etwas von einem „Job“, wenn eigentlich eine richtige Arbeitsstelle gesucht wird, von der es sich ohne Aufstockung und den Büttel bei der Verfolgungsbetreuung leben und nicht nur vegetieren lässt? In meinen Augen glänzt Deutschland mit seinen Taschenspielertricks, dem So-tun-als-ob. Wird in anderen Ländern auch so dermaßen an der Schraube der Arbeitsmarktstatistik gedreht, werden dort auch so viele spezielle Gruppen einfach gar nicht mehr mitgezählt, um dann so zu tun, als gebe es sie nicht? Praktischerweise eignen sich die vielen Erwerbslosen ganz hervorragend zum Drücken von Löhnen und Gehältern, zum Abbau der Sozialleistungen und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit!

3. Wer hätte das gedacht: Jetzt klagen in Ostdeutschland sogar schon die Jobcenter gegen sittenwidrige **Niedriglöhne**! Es begann mit dem Besitzer einer Pizzeria in Stralsund, der einer Kellnerin, zwei Küchenhelfern und zwei Pizzaboten Stundenlöhne von minimal 1,32 Euro zahlte – bis das Jobcenter den sparsamen Arbeitgeber verklagte und vor dem Arbeitsgericht Recht bekam. Der Mann muss nun der Behörde 6.600 Euro erstatten, weil sie seinen Beschäftigten wegen der niedrigen Vergütung ergänzend staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, überwiesen hatte.

Dabei dürfen wir jetzt nicht so tun, als ob eine angebliche Grundsicherung die Basis für ein normales Leben sichert und derartig wenig Lohn überhaupt als Arbeitlohn gerechtfertigt sein kann, auch wenn er damit nicht mehr sittenwidrig gering ist. Schließlich wollen wir arbeiten, um davon leben zu können, und nicht leben, um zu arbeiten! Leider gilt eine Bezahlung erst dann als sittenwidrig, wenn sie nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Region üblicherweise gezahlten Lohns erreicht. In den neuen Bundesländern verdiente 2011 jeder vierte Beschäftigte weniger als 8,50 Euro brutto.

Nach einer Studie des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ gibt es in Deutschland etwa vier Millionen Menschen, die weniger als sieben Euro brutto die Stunde verdienen, trotz Arbeit von morgens bis abends nur auf einen Nettolohn unterhalb des Existenzminimums kommen und daher zusätzlich die sogenannte Grundsicherung (Hartz IV) von der Bundesagentur für Arbeit beziehen könnten. Entweder wissen viele nicht von dieser Möglichkeit oder wollen sie wegen des vonseiten der Behörden gepflegten Umgangstons nicht wahrnehmen. Es gilt jetzt auch nicht, die ach so hohen Zuschüsse zu bejammern, die Hartz-IV-Bezieher bekommen, sofern sie diese beantragen, sondern endlich mal anständige Löhne zu fordern, von denen es sich anständig leben lässt, sodass zum Beispiel nicht jede Reparatur einer Waschmaschine einer finanziellen Katastrophe gleichkommt!

4. Am 1. April trat in Großbritannien die „Bedroom Tax“ als Teil eines 2012 von der konservativen Regierung unter David Cameron beschlossenen Gesetzes in Kraft. Es vereinheitlicht staatliche **Sozialleistungen** in *einer* Zahlung, genannt Single Credit. Für die Single Credits ist eine Höchstgrenze von 350 Pfund pro Woche und Person festgelegt, Familien bekommen höchstens 500 Pfund pro Woche. Die „Bedroom Tax“ ist eine Strafe für Haushalte, die in Sozialwohnungen leben und angeblich „zu viele Zimmer“ haben.

Wenn der Staat befindet, dass zu wenig Menschen in zu großen Sozialwohnungen leben, wird Geld vom Single Credit abgezogen: bei einem Zimmer „zu viel“ 14 Prozent, ab zwei Zimmern 25 Prozent. Leider wird nichts darüber verlautbart, ob es überhaupt eine genügende Zahl kleiner Wohnungen gibt, in die betroffene Menschen ziehen könnten! Stephanie Bottrill hatte ein Zimmer „zu viel“ in der Wohnung und verlor 20 Pfund pro Woche, 80 Pfund im Monat. Obwohl sie wegen einer Autoimmunkrankheit berufsunfähig war, wurde ihre Krankheit nicht anerkannt; sie erhielt also auch keine Berufsunfähigkeitsbeihilfe. Weil sie nicht genügend Geld hatte, um ihre Wohnung zu heizen, ernährte sich von Vanillesoße aus Dosen.

Zu ihren Nachbarn soll sie gesagt haben: „Ich kann es mir nicht mehr leisten zu leben“. Die 53-Jährige sprang am 4. Mai 2013 von einer Autobahnbrücke, weil sie nicht wusste, wie sie die sogenannte Bedroom Tax bezahlen sollte. In einem Abschiedsbrief an ihre Kinder schrieb Stephanie Bottrill: „Gebt nicht euch die Schuld dafür, dass ich mein Leben beendet habe. Die einzigen Schuldigen sitzen in der Regierung.“ In ganz Großbritannien stehen Menschen gegen die „Bedroom

Tax“ auf, beteiligen sich Zehntausende an lokalen und regionalen Demonstrationen. Die Socialist Party forderte die Stadträte dazu auf, Kürzungen und die „Bedroom Tax“ nicht umzusetzen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Fuck for Forest“: Ökoaktivist(inn)en wollen mit befreiter Sexualität den Regenwald retten *(„Tageszeitung“)*

Solidarität mit der Volkserhebung in der Türkei

Viele Menschen sind mit ihrem Herzen bei den kämpfenden Menschen in der Türkei. Auch wir bewundern ihren Mut und ihre Stärke. Auslöser für die Volkserhebung war der Widerstand einer Gruppe von Umweltaktivist(inn)en im Gezi-Park. Dieser Park ist die einzige kostenlose grüne Oase im Zentrum von Istanbul. Dort sollen ein riesiges Einkaufszentrum und teure Luxuswohnungen entstehen. Tausende haben am 30.Mai die Arbeitsmaschinen gestoppt, die unter dem Schutz der Polizei 600 Bäume fällen sollten.

Der lokale Widerstand der Bevölkerung gegen die Zerstörung ihres Lebensumfelds konnte auch durch brutale Polizeiangriffe und massiven Tränengaseinsatz nicht gebrochen werden. Aus dem Funken des Widerstands wurde ein Flächenbrand gegen das diktatorische Regime unter Recep Tayyip Erdogan. Die über Jahre angestaute Unzufriedenheit kommt jetzt in einer landesweiten Rebellion zum Ausbruch. Viele Menschen haben eine Rechnung mit der reaktionär-islamistischen Regierung offen:

- Da sind viele Frauen, die sich schon lange gegen Zwangsehen, Abtreibungsverbote und Ehrenmorde wehren und jetzt ihre Empörung zeigen, dass die Regierung Erdogan den Kaiserschnitt verbieten will und jede Frau fünf Kinder zur Welt bringen soll.
- Da beteiligt sich die Arbeiterbewegung mit einem großen Streik gegen die Zerschlagung politischer und gewerkschaftlicher Rechte und den Ausverkauf des Landes an das internationale Finanzkapital. Dieser Ausverkauf hat zu Hungerlöhnen, steigender Massenarbeitslosigkeit und zur Verelendung breiter Teile der Bevölkerung geführt.

- Da stehen kurdische und türkische Menschen Seite an Seite, wollen endlich die Unterdrückung des kurdischen Volkes beenden und einen demokratischen Neuanfang herbeiführen.
- Da beteiligen sich Friedenskämpfer, die die Kriegspolitik in Syrien verurteilen.
- Da ist auch die wachsende Umweltbewegung, die sich den gigantischen Staudammprojekten und dem Bau von AKWs in der Türkei widersetzt.
- Da sind ganz viele Menschen, die die Bevormundung und Einmischung in ihre persönlichen Angelegenheiten durch den türkischen Staat nicht mehr akzeptieren.
- Da ist der große Anteil von Jugendlichen, die ihren Wunsch nach Freiheit und Zukunft radikal zum Ausdruck bringen.
- Da sind demokratische und revolutionäre Organisationen, die den Widerstand mitorganisieren und für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung eintreten.

Der breite Widerstand lässt sich auch durch den Staatsterror nicht einschüchtern und niederknüppeln. Inzwischen gibt es weit mehr als 1.500 Verhaftungen, mehr als 2.000 Verletzte und mehrere Tote. Präsident Erdogan hält an seinem harten Kurs fest und beschimpft die Demonstranten, die angeblich „Arm in Arm mit Terroristen“ marschierten. Ist die Türkei zu einem Land mit Millionen Terroristen geworden?

Der Gipfel der Heuchelei ist es, wenn die Merkel-Regierung sich „besorgt“ zeigt und nach „Mäßigung“ ruft. Die türkische Regierung wurde jahrzehntelang mit Polizei- und Militärhilfe ausgestattet. Wir erinnern uns auch daran, wie demokratische Rechte hier in Deutschland mit Füßen getreten werden, zum Beispiel beim massiven Polizeieinsatz gegen die Gegner von „Stuttgart 21“ oder zuletzt beim „Frankfurter Kessel“ gegen die „Blockupy“-Demonstration am 1. Juni.

Die Montagsdemo Bremen schickt ihre herzliche Solidarität an das Volk in der Türkei. Wir unterstützen eure Forderungen nach sofortigem Stopp der Polizeigewalt, nach Freilassung aller Gefangenen, nach Bestrafung der Verantwortlichen für den Staatsterror und nach demokratischen Rechten und Freiheiten! Haltet fest an eurem Kampf für den Rücktritt der reaktionären Erdogan-Regierung und der Perspektive einer fortschrittlichen Gesellschaft! Taksim ist überall! Hoch lebe die internationale Solidarität!

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

427. Bremer Montagsdemo
am 17. 06. 2013

Jobcenter streicht Diabeteskrankem gerichtlich zugesprochene Leistung

1. Nach Angaben aus dem Sozialressort ist die Zahl der Räumungsklagen in Bremen innerhalb von drei Jahren um fast 50 Prozent angestiegen. Der Bedarf an kleinen, bezahlbaren **Wohnungen** ist hoch. Bremen will nun endlich mit einem Wohnungsbauförderprogramm gegensteuern und gezielt Wohnraum an Menschen vergeben, die – wie zum Beispiel Obdachlose – besondere Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben.

Vor etwa einem Monat erklärte auch das „Deutsche Studentenwerk“, es erwarte für das kommende Wintersemester einen bundesweiten Engpass an bezahlbarem Wohnraum für Studierende. Für Bremen fehlten rund 19 Millionen Euro, um genügend Unterkünfte für die Studenten zu schaffen. Durch den Wegfall des Zivil- und des Kriegsdienstes gab es noch nie so viele Studienanfänger wie jetzt. Studienplätze müssen mit dem dazu gehörenden Wohnraum für die Studenten geschaffen werden!

Nach einer Studie aus dem letzten Herbst ist die Versorgung Bremens mit Sozialwohnungen insgesamt katastrophal. Demnach hätten 80.370 Haushalte zwar einen Anspruch auf eine Sozialwohnung, doch stünde nur für zehn Prozent von ihnen eine zur Verfügung! Bremen liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt. Dass in den vergangenen Jahren in Bremen viele Sozialwohnungen vom Markt verschwanden, trifft besonders Geringverdiener, Hartz-IV-Bezieher, Alleinerziehende, Studenten und Rentner. Für Haushalte mit geringem Budget bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen.

Doch verschwanden diese Wohnungen nicht einfach schlagartig vom Erdboden, denn es war lange vorhersehbar, dass und auch wann zum Beispiel Verträge für günstige „B-Schein-Wohnungen“ auslaufen würden. Weil die Mieten derzeit geradezu explodieren, wir aber keinen vernünftigen Mindestlohn haben und die Regelsätze fürs ALG II viel zu niedrig sind, war es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Zahl der Räumungsklagen bundesweit und natürlich besonders im armen Bundesland Bremen drastisch erhöhen würde!

2. Die **Altersarmut**, die wir angeblich in Zukunft gar nicht haben werden, ist leider jetzt schon da: Nach den Zahlen der Deutschen Rentenversicherung erhielten vergangenes Jahr 48,21 Prozent der Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner weniger als die Summe, die Senioren im Schnitt als (Pseudo-)Grundsicherung im Alter inklusive Miete und Heizung zusteht. Weil die gesetzliche Rente für viele Ruheständler kaum das Nötigste zum Leben sichert, sind viele darauf angewiesen, auch im Ruhestand noch Geld zu verdienen.

So kann es niemanden verwundern, dass die Bundesagentur für Arbeit im Herbst 2012 mehr als 812.000 Minijobber zählte, die älter als 65 Jahre waren – mehr als 128.000 von ihnen sogar älter als 74. Wenn Ende 2003 lediglich 595.433 Senioren einen Minijob hatten, so bedeutet das nach Adam Riese eine Zunahme um 36,4 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil der älteren Menschen nicht aus Langeweile oder Spaß am Arbeiten nach Erreichen des Rentenalters weiter arbeitet, sondern weil es einfach hinten und vorne nicht reicht!

Schuld an der erschreckenden Situation sind Niedriglöhne, Zeitverträge sowie Arbeitslosigkeit. Bei den Frauen drücken außerdem familienbedingte Unterbrechungen der Berufstätigkeit die Altersbezüge. Wer 45 Jahre arbeiten und im Ruhestand eine Rente über Hartz-IV-Niveau erreichen will, muss monatlich mindestens 1.697 Euro verdienen – bloß schafft das inzwischen kaum noch jemand. Weil die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 um rund 20 Punkte auf 43 Prozent abgesenkt werden sollen, wird sich die Altersarmut noch deutlich verschärfen!

Reinhold Schramm beschreibt bei „Scharf links“, dass selbst bei 15 Euro Stundenlohn und einem monatlichen Durchschnittslohn von 2.500 Euro brutto nach 35 Vollzeitarbeitsjahren die gesetzliche Altersrente auf dem menschenunwürdig geringen Niveau der gesetzlichen Grundsicherung liegt – in der deutschen Reichtumsgesellschaft und sozial-ökonomischen Ungleichheitsgesellschaft. Wenn es nicht so traurig, geradezu zynisch wäre, dann müsste über die geringe „Forderung“ von nur 8,50 Euro brutto pro Stunde, wogegen viele wettern, eigentlich nur noch gelacht werden!

3. Manchmal ist es nicht zu fassen, wie brutal und menschenverachtend bis lebensbedrohend einige Mob-, Flop- und (No-)Job-Center mit den ihnen ausgelieferten „Kunden“ umgehen. So geschehen in Ennepe-Ruhr-Kreis, wo sich das besagte Center selbst nach einem **Gerichtsbeschluss** im Eilverfahren nicht an Recht und Gesetz gebunden sah, denn es verweigerte – wie bereits sechs Monate zuvor – einem an Diabetes Erkrankten weiterhin die ihm von der 33. Kammer des Sozialgerichts Dortmund zugesprochene Leistung. Der Betroffene forderte schriftlich vom Amtsleiter, die Anordnung des Sozialgerichts zu befolgen – andernfalls werde er bald Besuch vom Gerichtsvollzieher bekommen.

Die Transferleistung war bis 31. Dezember 2012 bewilligt, der Weiterbewilligungsantrag für die nächsten sechs Monate auch fristgerecht gestellt. Doch dann

ereilte den „Kunden“ kurzfristig per Adventspost vom Jobcenter ein „Versagungsbescheid“, der ihm ab 1. Dezember 2012 die Leistungen vollständig streicht: Weil er angeblich mit eine Frau zusammenlebe, die über Einkommen verfügt, bestünden nun Zweifel an seiner Hilfsbedürftigkeit. Ob dieser anonyme Hinweis nun wahr ist oder nicht, sei dahingestellt, doch ist eine unterstellte Bedarfsgemeinschaft einer der häufigsten Vorwände, um Leistungen zu streichen. Zwar lässt sich der Betroffene auf die Verfolgungsbetreuung ein und weist zweifelsfrei nach, dass diese Frau weder im selben Haus und schon gar nicht in seiner Wohnung lebt, auch dass er keine Vollmacht für ihr Bankkonto hat, doch reicht alles nicht.

Nun wird ihm eine weitere Schutzbehauptung zur Last gelegt, dass er nämlich eine Notfall-Kontovollmacht für seine 75-jährige, krebskranke Mutter besitze, obwohl er nur während mehrerer Krankenhausaufenthalte und häuslicher Rekonvaleszenz ihre Kontoangelegenheiten erledigen konnte. Unglaublicherweise meinte auch das im März dieses Jahres eingeschaltete Sozialgericht Dortmund, der Kläger lebe vom Geld seiner Mutter und habe deshalb kein Recht auf Hartz IV-Leistungen. Der Kläger wurde mehr als zwei Stunden wie ein Straftäter verhört. Wegen des Online-Bankings für seine Mutter wurde ihm eine persönliche Nutzung des Kontos unterstellt.

Wie schon oft gehört, hatte das Jobcenter dem Gericht eine derart unvollständige Akte vorgelegt, sodass unklar bleiben wird, ob es sich hier um eine Täuschung des Gerichts handelte oder bloß dem Chaos in der Hartz-IV-Behörde geschuldet war. Es scheint so zu sein, dass mit allen juristischen Finessen gegen den Kläger gearbeitet wird. So kam die Vorsitzende Richterin in einem Zwischenbericht zu der Überzeugung, dass im Eilverfahren – welches nur in Ausnahmefällen rückwirkende Leistungen zuerkennen könne – keine Entscheidung im Sinne der Nachforderung des Klägers ergehen könne, weil es für den Zeitpunkt der Klageerhebung überhaupt keinen Weiterbewilligungsantrag gebe.

Hierzu konnte der Kläger glücklicherweise den Gegenbeweis antreten. Beim Gerichtstermin hatte er nur noch für eine Woche Diabetes-Medikamente, aber zweieinhalb Wochen später verweigert das Jobcenter immer noch die gerichtlich angeordnete Zahlungsverpflichtung. Es bleibt die Frage bestehen, ob der Jobcenter-Chef dem Steuerzahler auch noch Kosten für den Gerichtsvollzieher aus der Tasche ziehen wird.

4. Unter den Hochwasseropfern sind viele Hartz-IV-Bezieher, die vor dem Nichts stehen, aber mit der Annahme von Spenden und staatlicher Nothilfe riskieren, dass diese mit dem Regelsatz verrechnet werden. Wie so oft bei Hartz IV ist die Gesetzeslage widersprüchlich, und die Betroffenen warten bisher vergeblich auf eine verbindliche Anweisung der Bundesagentur für Arbeit. Zwar haben Bundesagentur für Arbeit, Deutscher Städtetag und Landkreistag gemeinsam erklärt, dass Soforthilfen nicht anzurechnen seien, doch gelte das nicht für eine **Erstausstattung**. Während im Westen maximal 2.000 Euro gezahlt werden, geben einige Kommunen im Osten der Republik gerade mal 800 Euro.

Klar ist nur, dass mit solchen Beträgen niemand eine Wohnung neu mit Möbeln und Haushaltsgeräten ausstatten kann. Sozialwissenschaftler Harald Thomé fordert deshalb, dass Hilfsgelder oder Spenden komplett anrechnungsfrei sein sollten und Hartz-IV-Leistungen für Erstausstattung gewährt werden. Auch wenn die Bundesagentur in einer Presseerklärung erklärt, die Hochwasserhilfen seien nicht anzurechnen, ist das noch keine Garantie. Wie so oft gibt es keine Rechtssicherheit, weder für die Geschädigten noch für die Mitarbeiter in den Jobcentern.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Polizeieinsatz gegen „Blockupy“ jenseits jeder Rechtstaatlichkeit

Der Einsatz der Polizei bei der Demonstration des Krisenbündnisses „Blockupy“ am 1. Juni 2013 in Frankfurt war jenseits jeder Rechtstaatlichkeit. Die Polizei hatte ohne Rechtsgrundlage den Zug gestoppt – mit der Begründung, die Demonstranten hätten sich „passiv bewaffnet“. Die Veranstalter wurden von der Polizei erpresst, sie sollte die Demonstration abbrechen oder eine andere Route wählen, die die Polizei bestimmt. Unter „passiver Bewaffnung“ verstand die Polizei den Gebrauch von Regenschirmen, Sonnenbrillen und Fahnenstangen.

Glücklicherweise ging die Demonstrationsleitung nicht darauf ein: Sie bestand auf der Versammlungsfreiheit und der vom Oberverwaltungsgericht vorgegebenen Demonstrationsroute. Das Einkesseln eines Teils des Demonstrationszuges war eine grausame Aktion, die nicht der Verhältnismäßigkeit der Mittel entspricht. Die Eingekesselten waren keine Gewalttäter und nicht vermummt. Es waren Hausfrauen, Jugendliche und Kinder. Von ihnen ging keine Gefahr aus.

Das stundenlange Einkesseln und der rücksichtslose Einsatz von Pfefferspray führte bei vielen Demonstranten zu Augenreizungen mit kurzfristiger Blindheit und Kreislaufzusammenbrüchen. Ein Lautsprecherwagen wurde zum Lazarett umfunktioniert. Etwa zwei bis drei Demonstranten pro Minute mussten von den Demo-Sanitätern behandelt werden. Es war ein grauenhafter Anblick, ein Ausdruck sinnloser Gewalt, der eines Rechtsstaates nicht würdig ist.

Dieser Tag hat uns allen gezeigt, wo die wirklichen Feinde des Rechtstaates zu suchen sind: bei einer reaktionären Polizeiführung, die nur die Interessen des Kapital vertritt, und bei einem „Verfassungsschutz“, der zulässt, das seine V-Leute Naziorganisationen finanzieren. Ich hoffe, dass der Einsatz für den Innenminister des Landes Hessen berufliche Folgen hat und dass der Einsatzleiter der Polizeiaktion zur Rechenschaft gezogen wird!

Manfred Seitz („Die Linke“)

Trink mehr Buttermilch, Tayyip: Solche Triefaugen kriegt man gemeinhin bloß vom Alkohol *(„Focus“)*

Bremen knöllchenfrei: Weil sie keine tarifliche Lohnerhöhung bekommen, sorgen Polizisten nicht mehr für Einnahmen aus Strafmandaten *(„Bild“-Zeitung)*

Radfahrer zu Freiwild erklärt: Was keinen Helm aufhat, darf umgenietet werden *(„Stern“)*

Sex-Werbung auf der Homepage der Bremer Montagsdemo?

Harald Braun: Ich bin sehr verwundert, dass auf unserer Homepage für einen Film geworben wird: „Fuck for Forest“. „Sex haben und damit die Welt retten“? Ich bin nicht prüde, aber das ist nicht meine Vorstellung von Veränderung der Welt. So etwas hat nichts mit unseren Anliegen zu tun und nichts auf unserer Homepage zu suchen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Ich finde dein Wort von der „Sex-Werbung auf unserer Homepage“ doch etwas reflexhaft und – Jahrzehnte nach den Nackedei-Bildern aus der „Kommune I“ – auch prüde und unpolitisch. Aktuell sind noch die barbusigen Aktivistinnen der „Femen“-Proteste im Gespräch. Die Verbindung von Nacktheit, sogar Sexualität, und Politik ist nicht neu. Es gibt Gründe, sie zu kritisieren, aber der Hinweis auf Aktionsformen jenseits der Montagsdemo ist erlaubt.

Harald Braun: Meine Kritik an der Filmwerbung für „Fuck for Forest“ auf unserer Homepage hat überhaupt nichts mit Prüderie zu tun. Der Film vermittelt die Botschaft, dass der Regenwald mit Sex zu retten sei. Damit reiht er sich ein in den gut bezahlten Kreis der „Klimaskeptiker“, die permanent die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Profitwirtschaft verharmlosen und von den Hauptverursachern ablenken. Warum willst du mit der Werbung für diesen Film die Gefahr einer globalen Umweltkatastrophe herunterspielen?

Die Zerstörung des Regenwalds beschleunigt sich massiv. Zurzeit wird jährlich eine Fläche vernichtet, die dreimal so groß ist wie Österreich. Dadurch kann der Regenwald seine regulierende Funktion für das Weltklima immer weniger wahrnehmen. Und das in einer Situation, wo der Kohlendioxid-Ausstoß im Mai 2013 die „magische Grenze“ von 400 ppm übersprungen hat. Die Erde sei mit die-

sem dramatischen Anstieg der Treibhausgase „in eine neue Gefahrenzone eingetreten“, erklärte die Leiterin des UN-Klimasekretariats. Das ist die Folge der Verbrennung fossiler Energieträger.

Trotzdem wollen die Monopole weltweit 1.200 Kohlekraftwerke bauen, weil Kohle wieder billiger ist als Öl und damit maximale Profite gemacht werden können. Der Treibhauseffekt führt zu einer Häufung von extremen Wetterlagen, wie wir es gerade in der zweiten „Jahrhundertflut“ innerhalb von elf Jahren erlebt haben. Die Umweltzerstörung entfaltet eine verheerende Eigendynamik, und der lebensnotwendige Stoffwechsel von Mensch und Natur wird ernsthaft bedroht. Heute erleben wir die Wirkung der Treibhausgase, die vor 30 Jahren in die Luft geblasen wurden!

Dieser Entwicklung „mit Sex entgegenzuwirken“ ist absurd – und die Botschaft ist gefährlich. Sie entspricht nicht dem Anliegen der Montagsdemo! Und darauf sollte sich die Homepage konzentrieren. Jede Woche streiten wir in unterschiedlichen Redebeiträgen am Offenen Mikrofon auch für die Rettung der Umwelt. Wir wissen, dass die sofortige Stilllegung aller AKWs weltweit, das Verbot von Fracking, der Stopp von Großprojekten wie „Stuttgart 21“, die Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien und viele andere Dinge nur durch eine starke, länderübergreifende Widerstandsfront erkämpft werden kann. Deshalb ist die Diskussion über eine neue Qualität der Umweltbewegung und über gesellschaftliche Alternativen so wichtig.

Frank Kleinschmidt (parteilos): Ich glaube, dass es hier ein Missverständnis gibt. Bei dem eingebundenen „Youtube“-Clip auf der Seite zur 426. Montagsdemo handelt es sich um den Trailer einer Dokumentation *über* „Fuck for Forest“. Der Film ist nicht *von* „FFF“. Um die Doku *über* „FFF“ kritisieren zu können, empfiehlt es sich, den Film erst gesehen zu haben. Das soll natürlich niemanden daran hindern, „FFF“ zu kritisieren, wie es der Film *über* „FFF“ auch tun soll. Die Protestform, derer sich „FFF“ angenommen hat, scheint zwar lukrativ zu sein, ist aber dennoch durchaus Geschmackssache. Das sollten wir auf dem Marktplatz nicht machen: „Pimpern gegen Hartz“ oder „Anti-Agenda-Vögeln“. Dafür wäre ich auch zu prüde.

E-Mail-Diskussion von Unterstützern der Bremer Montagsdemo

Flut, Hitze, Obama: Piesepampel darf endlich
am Brandenburger Tor reden *(„Junge Welt“)*

Von wegen „Geld für Griechenland“: Drei Viertel der Rettungsmilliarden
bekommen Banken und Reiche *(„Bild“-Zeitung)*

Mit einer Frist von drei Jahren, vier Monaten und drei Wochen: Verfassungsgericht hat Bundesregierung beauftragt, noch vor der Wahl einen

wissenschaftlich fundierten Bericht zur Regelsatzberechnung vorzulegen
(„Gegen Hartz“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

428. Bremer Montagsdemo am 24. 06. 2013

Die „Eingliederung“ von Ein-Euro-Fluthelfern in eine Parallelwelt

1. Kaum entspannte sich die Hochwasserlage in vielen Regionen, da wurden in Sachsen-Anhalt Stimmen laut, die ältere Erwerbslose als **Billigstkräfte** zum Beseitigen der Flutschäden heranziehen wollen. Unstrittig ist, dass die bedauernswerten Menschen in den überschwemmten Gebieten auf Hilfe von außen angewiesen sind. Warum diese Arbeit aber ausgerechnet von 3.000 über 50-jährigen Hartz IV-Beziehern verrichtet und denjenigen, die sich aufgrund von Gefahren weigern, eine Sanktion aufgedrückt werden soll, das lässt sich ist mit normalen Erklärungen kaum nachvollziehen!

Warum sollen es arbeitslose Menschen über 50 Jahren sein? Weil ihr Alter als Vermittlungshemmnis gilt und sie deswegen als schwer vermittelbar? Weil wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll, weswegen Zwangsarbeit endlich wieder legitimiert werden muss? Weil ältere Erwerbslose im Laufe ihres Lebens eine gereifte Immunabwehr gegen die größten hygienischen Probleme nach dem Ende der Flut – Typhus, Paratyphus, Salmonellosen, Ruhr, Coli-Enteritis, Hepatitis A, virusbedingte Durchfallerkrankungen, Hirnhautentzündung durch Enteroviren – erworben haben und sie deswegen keinerlei Schutzkleidung oder Schutzimpfungen bedürfen? Oder weil vereinzelte Erkrankungen unter ihnen nur als Kollateralschäden – wie gewohnt – noch nicht mal in der Statistik auftauchen würden?

Natürlich will hier niemand ältere Erwerbslose als unliebsame „Kunden“ loswerden, weil gar jedes Mittel recht sein könnte, um die Statistik zu bereinigen! Hier sind die Gutmenschen der Bundesagentur für Arbeit am Werk, die für Überfünfzigjährige ein Maßnahmenpaket geschaffen haben, mit dem sie als Ein-Euro-Jobber im Rahmen des Programms „Aktiv zur Rente“ mit teilweise schwerer körperlicher Arbeit endlich wieder „eingegliedert“ werden können! Für ihren Einsatz zur Beseitigung der Flutschäden bekommen die Probanden zusätzlich zu ihrem üppigen Regelsatz einen Euro pro Arbeitsstunde beziehungsweise maximal 160 Euro pro Monat – damit sie sich eine Schippe kaufen können.

Mir ist allerdings noch nicht so recht klar geworden, *als was* die über 50-jährigen Erwerbslosen dann „eingegliedert“ worden wären, denn bereits im Jahr 2010 hat eine Untersuchung des „Zentrums für Europäische Wirtschaftsförderung“ gezeigt, dass Menschen, die einen Ein-Euro-Job annehmen, nach einem Jahr *seltener* eine sozialversicherungspflichtige Anstellung erreichen als andere Langzeitarbeitslose.

Entgegen der landläufigen Praxis kam Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, nunmehr zu der Erkenntnis, dass weder Arbeitsgelegenheiten wie Ein-Euro-Jobs noch die sogenannte Bürgerarbeit zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit dienlich seien. Er plädiert dafür, Hartz-IV-Bezieher nicht weiter „in einer Parallelwelt besonderer Betreuungsräume abzuschirmen“, sondern sie stattdessen in ausgewählten Betrieben „marktnah“ zu beschäftigen, selbstredend mit einer wohltemperierten Förderung der Betriebe. Vergessen sollten wir nicht, dass die reale Arbeit in einer Firma wieder „das Gefühl von einem echten und nachgefragten Beitrag“ gebe.

Falls auch dieser alte Wein in neuen Schläuchen scheitere, sollte tatsächlich die „ehrliche Antwort auf die Frage gegeben werden, ob jemand tatsächlich erwerbsfähig ist“. Natürlich kann es immer nur an den persönlichen Mängeln der Erwerbslosen liegen und auf keinen Fall mit den nicht vorhandenen tatsächlichen Arbeitstellen! Was mit den Betroffenen, die am deutschen „Jobwunder“ leider nicht teilhaben konnten, konkret passieren soll, ließ Alt allerdings offen.

2. Seit letztem Jahr fordert das Jobcenter Bonn unter Androhung von einer Leistungsversagung, dass Hartz IV-Bezieher(innen) peinliche **Mietbescheinigungen** vorzulegen hätten, die den Bezug von Sozialleistungen unmittelbar offenlegen. Neben Angaben zur Wohnungsfläche, Heizung und Miethöhe werden dort auch Dinge wie die Lage der Wohnung, die Gebäudegröße oder das Fertigstellungsjahr erfragt. Besonders zweifelhaft ist die Frage an den Vermieter, ob und in welcher Höhe Mietschulden bestehen. Der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, Martin Behrsing, sagte, dass es nicht nur für viele Menschen unangenehm sei, ihre schwierige wirtschaftliche Lage als Hartz-IV-Bezieher zu offenbaren, sondern dass sie Anspruch auf Wahrung des Sozialdatenschutzes hätten, soweit dies bei der gesetzlich legalisierten Durchleuchtung ihrer Lebensverhältnisse überhaupt möglich sei.

Die derzeitige Praxis des Jobcenters sei nicht nur höchst unsensibel, sondern verstoße gegen Datenschutzbestimmungen. Aus Sicht von Martin Behrsing müssen derartige Formulare im Normalfall nicht ausgefüllt werden. Das Jobcenter darf deshalb schon gar nicht mit einer Leistungskürzung drohen! Kann mit diesen Formularen der Verfolgungsbetreuung noch ein anderes Ziel angestrebt werden, als die Hartz-IV-Bezieher(innen) noch weiter zu beschämen, zu demütigen, zu diskriminieren, ihren Datenschutz grundlegend zu missachten?

3. Letzte Woche endete ein Fachtag zur Förderung Alleinerziehender, deren Zahl in Bremen besonders hoch ist. Während im Bundesdurchschnitt jede fünfte Familie mit Kindern unter 18 Jahren mit nur einem Elternteil lebt, ist es in Bremen jede dritte. 90 Prozent der 18.000 Alleinerziehenden sind Mütter, zwei Drittel sind dabei berufstätig, 30 Prozent verdienen so wenig, dass sie noch mit ALG II aufstocken müssen. Die mangelhaften Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind ein anderes Problem, das sich in Bremen durch den gestoppten Ausbau von Ganztagsgrundschulen, um Plätze für Unterdreijährige zu finanzieren, noch verschärft.

Dabei fehlen ohnehin jedes Jahr in Bremen Hunderte Plätze in Kindergarten-Horten für Grundschulkinder, wie die Fraktion der Linkspartei in den vergangenen Monaten mehrfach kritisiert hatte. Trotz des Rechtsanspruches geht es Eltern jüngerer Kinder nicht besser, weil im laufenden Kindergartenjahr nur mit sehr viel Glück ein Platz zu bekommen ist. Was nützt einer Mutter ihr Arbeitsplatz, wenn sie diesen erst Monate später antreten könne? Bei 170 im Jobcenter gemeldeten arbeitslosen Frauen steht als Vermittlungshindernis: „**Kinderbetreuung** nicht gesichert“. Dass trotz des Rechtsanspruches ab dem 1. August 2013 für Kinder ab einem Jahr nicht nur in Bremen noch etliche Plätze fehlen werden, ist nicht nur ein Problem für Alleinerziehende.

Laut Sozialbehörde seien 206 zusätzliche Plätze für Unterdreijährige geschaffen worden, auch könnten noch Tagesmütter Kinder aufnehmen. Doch sei dieser Anspruch offenbar nur dann zu verwirklichen, wenn an der Qualität der Unterbringung und der Ausbildung derjenigen, die die Kinder betreuen, gespart werde. Dann können eben nur die Eltern mit dem gut gefüllten Portemonnaie ihre jungen Kinder in kleinere Gruppen geben, in denen ihnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Dabei sollte doch gewährleistet sein, dass gute Bildung für alle gewährleistet ist.

Leider ändert sich überhaupt nichts daran, dass der Bildungserfolg von Kindern in Deutschland stark von der Herkunft abhängt, egal wie oft es gebetsmühlenartig wiederholt wird. Wenn es dabei bleibt, jedes Jahr eine Untersuchung zu starten und ansonsten nicht wirklich etwas für echte Chancengleichheit getan wird, dann darf sich niemand darüber wundern, dass ständig wiedergekäut wird, Bremen liege zwar bezüglich Integrationskraft und Schulabschlüssen im mittleren Bereich, bei zwei anderen Punkten im Ländervergleich aber weit hinten.

Ich finde es auch erschreckend, dass die Redakteure es noch immer nicht schaffen, nicht so derartig diskriminierend von Familien mit wenig Geld zu schreiben. So steht dann bei der Erhebung zur Kompetenzförderung, dass soziale Herkunft nach wie vor sehr stark den Lernerfolg beeinflusste und Bremer Grundschüler aus „sozial schwachen“ Familien bei der Lesekompetenz fast ein Jahr hinter den anderen Kindern zurück lägen. Es ist eine Frechheit, dass *finanziell* schwachen Familien ihre sozialen Fähigkeiten einfach mal so eben abgesprochen werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

429. Bremer Montagsdemo am 01. 07. 2013

Bremen streicht 50 Soziallehrerstellen, obwohl sich der Bundeszuschuss für Bildung verdreifacht

1. Dieser Monat ist wichtig für Eltern mit Kindern unter drei Jahren: Wer seinen Anspruch auf einen **Kindergartenplatz** für ein Kleinkind nicht bis zum Monatsende angemeldet hat, verliert seinen Rechtsanspruch. Die Senatorin für Soziales hat ausrichten lassen, dass mit den Eltern auf den Wartelisten Kontakt aufgenommen wurde. Wenn Sie von diesem Kontakt nichts gemerkt haben – einfach nachfassen! Wenn Sie Nachteile durch den nicht ergatterten Krippenplatz haben, sollten Sie darauf möglichst bald und eventuell auch nochmals hinweisen, und zwar nachweisbar.

Bremen hat der Deputation für Soziales die Planung für den noch notwendigen Platzausbau in der Anlage 3 aufgeschlüsselt. Schauen Sie sich die Einrichtung an, die Sie kennen: Ist der Plan für Ihre Einrichtung umsetzbar? Erfolgt die Umsetzung bis zum 1. August 2013? Wann ist Ihr Kind erstmals in der Gruppe? In der gleichen Sitzung wurden auch die Rahmenbedingungen für die Förderung der Kitas vorgestellt, den Rechtsanspruch ab 1. August fest im Blick. Es wird in jedem Fall holperig!

Auf der Strecke bleiben auch die Hortplätze. Diese Unterversorgung wird nicht geändert (Punkt B3). Davor steht auch, dass die Kindergartenkinder gut versorgt seien – Eltern machen zum Teil andere Erfahrungen. Wer für sein Kind noch keine Zusage hat, sollte den Antrag schriftlich an die Sozialsenatorin schicken und auf die Folgen hinweisen, auch auf die bisherigen Probleme. Den 1. August 2013 haben auch die Juristen fest im Blick, denn es wird viele Klagen geben.

Wer vorhat, den Rechtsanspruch durch Klage zu untermauern, sollte möglichst bald den Anwalt einschalten, allerdings vorher die Kosten abklären. Nach einer Ablehnung des Antrags steigt die Aussicht auf Absicherung des Kostenrisikos durch Prozesskostenhilfe. Aber alles vor dem ersten Beratungsgespräch mit

dem Anwalt besprechen, denn ein Anwalt muss nicht darauf hinweisen, dass seine Auskunft kostenpflichtig ist. Daher selbst die Kostenfreiheit zusichern lassen!

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Unterdreijährige ist eine Regelung der Hartz-Gesetze. Sie sollte eine frühe Rückkehr der Mütter und Väter in den Arbeitsprozess sicherstellen. Nach der damaligen Planung müssten wir bereits seit Jahren Vollbeschäftigung haben, aber auch daraus ist nichts geworden. Wer sein Kind in den ersten drei Jahren selbst betreuen möchte, kann dies weiterhin tun, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen. Welcher Elterntteil dies tut, können gemäß Grundgesetz die Eltern entscheiden. Keine Behörde kann vorschreiben, dass dies der erwerbslose Elternteil macht und der andere Elternteil weiterhin arbeiten geht. Das Jobcenter „übersieht“ diese Schutzvorschrift nach § 10 (1) 3 SGB II allerdings grundsätzlich.

In § 10 SGB II wird unterstrichen, dass ein Kind unter drei Jahren die Unterstützung eines Elternteils braucht: „Einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person ist jede Arbeit zumutbar, es sei denn, dass die Ausübung der Arbeit die Erziehung ihres Kindes oder des Kindes ihrer Partnerin oder ihres Partners gefährden würde. Die Erziehung eines Kindes, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, ist in der Regel nicht gefährdet, soweit die Betreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege im Sinne der Vorschriften des Achten Buches oder auf sonstige Weise sichergestellt ist. Die zuständigen kommunalen Träger sollen darauf hinwirken, dass erwerbsfähigen Erziehenden vorrangig ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird.“ Also einfach darauf hinweisen! Wie das geht? Zur Bremer Montagsdemo kommen – wir gehen mit!

2. Bremen hat 50 Soziallehrer von den unterschiedlichen Schulvereinen einstellen lassen. Diese Kosten werden vom Bund im Rahmen der pauschalen Einnahmen für das „**Bildungspaket**“ erstattet. Die Kostendeckung wurde jedoch bis zum 31. Dezember 2013 befristet. Bremen will diese Soziallehrer unter Hinweis auf den Wegfall der Kostenerstattung durch den Bund nicht weiterbeschäftigen.

Der Deputation für Soziales wurde der Haushaltsentwurf der Freien Hansestadt Bremen vorgelegt. Auf Seite 2 steht, dass für die Schulsozialarbeiter 6,1 Millionen Euro vom Bund erstattet wurden. Somit gibt es im Jahr 2014 6,1 Millionen Euro Mindereinnahmen. Auf Seite 2 steht aber auch, dass der Bundeszuschuss nach Kapitel 4 SGB XII von 75 auf 100 Prozent erhöht wird (insgesamt auf rund 73,6 Millionen Euro per annum). Somit gibt es 18,4 Millionen Euro *Mehreinnahmen*: Die Erstattung des Bundes erhöht sich von 6,1 auf 18,4 Millionen Euro ab 2014 jährlich! Wieso sind diese Lehrer nicht bezahlbar?

Ich habe bisher nur von Soziallehrern gehört und gelesen, aber nichts von Hortessen. In einer Senatsvorlage habe ich sie jetzt entdeckt. Es sollten 50 Schulsozialarbeiter oder Hortessen sein. 50 Lehrer verdienen allerdings keine 6,1 Millionen Euro per annum. Wenn über die Weiterbeschäftigung auch nur nachgedacht wurde – wurden dann die Kosten selektiert in tatsächliche, weiterhin an-

fallende Aufwendungen und „gewillkürte“ beziehungsweise „nicht weiterhin anfallende“ Kosten?

Von den pauschalen Einnahmen für „Bildung und Teilhabe“ wurden auch 2,5 Millionen Euro für andere Sozialleistungen abgezwackt. Auch dieser Betrag ist durch die Erhöhung des Bundeszuschusses finanziert – es sei denn, die Senatorin will nicht. Aber ist anderes wirklich wichtiger? Frankreich hat dies bereut, selbst Schweden leidet jetzt unter dem Abbau der Sozialarbeiter!

Noch weitere Bedingungen für „Bildung und Teilhabe“ ändern sich im Jahr 2014. Bemessungsgrundlage ist jetzt ein „gegriffener“ prozentaler Anteil an den Aufwendungen für die „Kosten der Unterkunft“, also für die Miete der ALG-II-Berechtigten. Für 2014 ist vorgesehen, die *tatsächlichen* Ausgaben der Länder für „Bildung und Teilhabe“ zu erstatten. Dann hört hoffentlich das Versteckspiel mit den möglichen Leistungen auf. Insbesondere die Nachhilfe wird dann hoffentlich nach dem tatsächlichen Bedarf bewilligt, und die Rahmenbedingungen einschließlich Verwaltungsanweisungen stehen dann im Internet, für alle Möglichkeiten von „Bildung und Teilhabe“. Ab 2014 wird nicht mehr der Haushalt durch Verweigerung von Leistungen gemäß „Bildung und Teilhabe“ gespeist!

3. Bremen ist „Schlusslicht“ in der Statistik der **Schulabbrecher** in Deutschland („Weser-Kurier“ vom 5. Juni 2013, Seite 9). Im Jahr 2004 hat Bremen 786 Menschen ohne Schulabschluss verzeichnet; 2012 waren es 412. Leider beginnt diese Statistik erst 2004. Bremen hat die Zahl der Schulabbrecher demnach fast halbiert, trägt aber weiterhin die „Rote Laterne der Schande“. Und der Senat will jetzt die Schulsozialarbeit als Auslaufmodell ansehen? Wurde einmal ermittelt, was duch die Ausdünnung der Erwachsenenschule in Bremen (siehe 172. Bremer Montagsdemo) eingespart wurde und wie das die Menschen getroffen hat? Es gibt sicher keine Erfolgsbilanz.

Auch im Bundestag wurden Schulabbruch und die daraus entstehenden Folgen behandelt. Die Debatte zum Thema „Analphabetismus wirksam entgegentreten, Grundbildung für alle sichern„ ist lesenswert, auch wie die Fraktionen abgestimmt haben. In der Bürgerschaft haben die Verbesserer die absolute Mehrheit. Am Sonntag war im „Weser-Kurier“ ein Cartoon anzusehen: Die Familie – Eltern, Großeltern, Kind – steht beieinander. Alle schauen auf das Zeugnis: „Was? Mit diesen Zensuren willst du uns später durchbringen?“

Eine Anstiftung zur Beendigung des Schulbesuchs erfolgt freilich auch durch die Fallmanager des Jobcenters. Eltern werden angehalten, die Zeugnisse der Kinder vorzulegen. Der Fallmanager gibt daraufhin Ratschläge für den weiteren Schulweg oder zur Beendigung desselbigen. Oftmals verfügt dieser Mensch nicht einmal über die notwendige Ausbildung. Ansprechpartner für das Jobcenter ist der Vertreter der „Bedarfsgemeinschaft“, also der Familie; trotzdem erfolgen „Einladungen“ an Jugendliche zum Termin im Jobcenter. Dieses abweichende Verfahren wird auch auf Kinder unter 18 Jahre angewandt. Wie ist die „Erfolgsquote“? Keiner muss allein zum Amt! Überzeugen Sie Ihr Kind, nicht allein zu gehen.

Lassen Sie sich schriftlich erläutern, warum Sie das Zeugnis vorlegen sollen. Gegen die Aufforderung ist Widerspruch et cetera möglich. Wie das geht? Kommen Sie zur Bremer Montagsdemo: Wir gehen mit!

4. Ist eine Ablehnungs- und Abweisungsquote von 32 Prozent ein Erfolg? Das Jobcenter Braunschweig hatte journalistischen Besuch, vier Monate Begleitung im Alltag. Der Leiter des Jobcenters freut sich über 30 Prozent nicht gestellte oder nicht angenommene Anträge auf ALG II im Jahr 2012. Dies betraf 3.900 Ratsuchende. 2013 hat sich die **Abweisung** bisher auf 32 Prozent der Antragsteller gesteigert. Fabian Rust hat in seinem Beitrag zum Buch „Wir sind empört. Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“ über die Abweisung geschrieben:

„Da werden im Empfangsbereich zwei, drei Fragen zur Einkommenshöhe gestellt. Anschließend wird durch den Empfangsmitarbeiter mitgeteilt, ein Anspruch auf Hartz IV bestehe nicht, ein Antrag brauche deswegen nicht gestellt zu werden. Die sitzen dann bei mir in der Beratung, ich solle ihnen beim Ausfüllen des Wohngeldantrags helfen. Ich stelle auch ein paar Fragen zum Einkommen und zu den Kosten der Unterkunft und sage: Ein Anspruch auf Hartz IV liegt sehr wohl vor. Sie stehen damit auch besser da als mit Wohngeld oder Kinderzuschlag.

Wir faxen einen formlosen Antrag zum Jobcenter, woraufhin die Ratsuchenden später mit dem Antragsformular – ein fünf Zentimeter dicker Papierstapel mit Laufzettel – wieder zu mir kommen und Leistungen letztlich doch bewilligt werden, weil die Einnahmen eben nicht ausreichen. Dabei stelle ich mir die Frage, was eigentlich unglaublicher ist: die Dreistigkeit des Jobcenters, die Herausgabe der Antragsformulare zu verweigern, oder die Tatsache, dass die Eltern beide arbeiten, davon ein Elternteil in Vollzeit, und das Geld trotzdem nicht reicht, um ohne Unterstützung zu leben.“ Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Der Staat spart 20 Milliarden Euro durch Diskriminierung von „sozial“ Schwachen

1. Seit Anfang Mai intensiviert das Jobcenter in Oberhausen mit 18 neuen Vermittlungsfachkräften die Beratung. Nun können sich die Vermittler mit den Langzeiterwerbslosen nicht mehr nur alle acht Wochen treffen, sondern schon alle zwei Wochen. Hierbei soll nicht nur der Arbeitsmarkt genauer unter die Lupe genom-

men werden: Es gilt auch, individuell möglichst viele Interessen und Talente branchenübergreifend auszuloten. Zur Unterstützung können Vermittler die Arbeitslosen bei einem Vorstellungsgespräch begleiten.

Ich kann mir gut vorstellen, dass das Jobcenter in der Gastronomie und der Lagerhaltung recht gute Vermittlungserfolge erzielte, wo doch die Entlohnung oft so bescheiden ist wie das Arbeitsverhältnis prekär. Das tolle Programm für 25- bis 49-jährige Delinquenten führt durch die Intensivierung der **Verfolgungsbetreuung** sicherlich automatisch zu einer wundersamen Vermehrung von Dumpinglohn-Jobs! Echte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen es sich wirklich leben und nicht nur vegetieren lässt, werden eher nicht vom Himmel fallen.

2. Heute ist Heinz Georg von Wensiersky 61 Jahre alt und erwerbslos. Vom Volksschüler stieg er über technischen Zeichner und Konstrukteur im Anlagenbau zum stellvertretenden Geschäftsführer auf und ist stolz darauf, sich alles selbst erarbeitetet zu haben. Doch als der Mutterkonzern den Betrieb 1994 in die Insolvenz schickte, stand er mit 43 Jahren auf der Straße. Anfangs machte er immer neue Anläufe und versuchte, beruflich Tritt zu fassen.

Er empfand es als sinnvoll, den kaufmännischen Bereich zur Erweiterung seiner Tätigkeit als Maschinenbautechniker und Leiter einer technischen Abteilung kennenzulernen. So machte er eine Weiterbildung zum technischen Betriebswirt, bis er dann leider merken musste, dass seine Erfahrung und seine Kenntnisse überhaupt nichts mehr zählten. Leider geriet auch sein Schritt in die Selbständigkeit als Berater mittelständischer Unternehmen im Bereich Controlling und Weiterbildung zum Fehlschlag.

Bernd Hempen zeigt auf, wie sich die jüngere Geschichte der **Arbeitsmarktpolitik** an Wensierskys Beispiel erzählen ließe, denn es folgten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Weiterbildungen, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, bis er 2005 ins Hartz-IV-System abstürzte. Es ging ans „Eingemachte“: Er musste seine Lebensversicherungen im Wert von 100.000 Euro auflösen und hatte erst nach dem Hausverkauf wieder Anspruch auf Hilfe. Mit dieser Talfahrt ging auch seine Ehe zu Bruch. Heute lebt Wensiersky allein und hält sich für einen typischen Erwerbslosen mit technischer Ausbildung, der irgendwann rausflog, „abgehängt“ wurde und nun zu lange „abgehangen“ ist.

Weil er nur vorübergehend bezahlte Beschäftigung fand, suchte er ehrenamtliche Jobs, organisierte Lebensmittelausgaben in Bad Bentheim, war ehrenamtlicher Sozialrichter, saß in Tarifkommissionen der Gewerkschaften. Arbeit hat er schon – nur eben leider keine bezahlte. Wensiersky kritisiert, dass in Deutschland Arbeitslosigkeit als individueller Fehler gesehen wird, nicht als systembedingt. Als sich Schröders *Spezialdemokraten* von ihren Wurzeln und ihrem „sozialen Ge-

wissen“ verabschiedet haben, zog er sich 2004 von ihnen zurück und fand nach einigen Jahren Politik-Pause seinen Weg in die Partei „Die Linke“.

3. Der **Regelsatz** für alleinstehende Hartz-IV-Bezieher beträgt im Moment 382 Euro monatlich. Davon sind rund 32 Euro für Strom und Wohnungsinstandhaltung vorgesehen. Berechnungen des unabhängigen Vergleichsportals Verivox ergaben jedoch, dass ein Single-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 1.500 Kilowattstunden Strom derzeit im Schnitt knapp 39 Euro pro Monat zahlen muss, also mindestens 21 Prozent mehr als in der angeblichen Grundsicherung vorgesehen. Das Geld reicht demnach weder für Strom noch für zusätzliche Reparaturarbeiten in der Wohnung. Immer wieder zeigt sich, dass die Berechnungen für den Regelsatz reiner Fantasie zur Kostenersparnis entspringen, weil sie überhaupt nichts mit der Realität zu tun haben.

Nein, liebe „Spiegel“-Redakteure, nicht die „Energiewende“ als solche wird zu einem immer größeren sozialen Problem, sondern die Art der Lastenverteilung, die ja völlig anders aussehen könnte! Die soziale Kluft war schon vorher da und wird durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze und ohne einen vernünftigen Mindestlohn, der auch einer Altersarmut vorbeugt, nur weiter kultiviert und gezüchtet. Die „Energiewende“ funktioniert nur als gesamtgesellschaftliches Projekt, wenn alle ihre Lasten tragen. Damit allen Menschen die Energienutzung möglich bleibt, müssen Sozialtransfers (ALG II, Sozialhilfe, Bafög, Grundsicherung im Alter) die steigenden Kosten berücksichtigen.

Natürlich kann es die „Energiewende“ nicht zum „Nulltarif“ geben, doch ist es überhaupt nicht einzusehen, dass der Wirtschaft kolossale Vergünstigungen eingeräumt werden und die Bürger dies zu ihren Lasten finanzieren sollen! Studien widerlegen das Märchen vom teuren Ökostrom, weil Wind, Wasser und Sonne die Energie schon heute billiger liefern als Atom- und Kohlekraftwerke. Das fällt jedoch fast niemandem auf, da die Steuerzahler die hohen Subventionen für konventionelle Erzeuger, die nicht auf der Stromrechnung erscheinen, tragen müssen.

4. Forscher der Bundesagentur für Arbeit haben errechnet, dass bis zu 44 Prozent der Berechtigten kein Hartz IV beantragen, wodurch der Staat jährlich bis zu 20 Milliarden Euro spart. Ich mag es nicht mehr lesen, dass schon wieder von „sozial schwachen“ Menschen gesprochen wird, die diese Transferleistungen nicht beanspruchen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Es ist eine Schande, wie hier immer wieder eigentlich *finanziell* schwache, arme Menschen gemeint sind, denen nun auch noch diskriminierend ihre sozialen Kompetenzen abgesprochen werden!

Die 3,1 bis 4,9 Millionen Betroffenen werden einer „verdeckten **Armut**“ zugeordnet, als ob die Hartz-IV-Bezieher nicht mehr arm wären, weil sie ja schließlich eine „Grundsicherung“ erhalten, auch wenn diese ihnen einen normalen Alltag gar nicht zu sichern vermag. Wird hier wirklich aus Scham auf die Beantra-

gung verzichtet – oder um sich nicht der Verfolgungsbetreuung unterwerfen zu müssen?

Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei „Die Linke“, spricht davon, es sei angesichts der entwürdigenden Prozeduren auf den Jobcentern kein Wunder, dass Millionen auf Leistungen verzichten und der Staat so mittels Abschreckung durch Diskriminierung pro Jahr mindestens 20 Milliarden Euro spart. Kipping forderte eine bedarfsdeckende Mindestsicherung ohne Sanktionen anstelle von Hartz IV. Könnte es nicht sein, dass genau dieses Verzichtsverhalten von der Bundesregierung erwünscht ist?

5. Der Sozialforscher Bernhard Heinzlmaier beklagt in seinem neuen Buch die „systematische Verdummung“ der heranwachsenden Generation. Als Ursache nennt er ein Verschwinden der humanistischen Wertevermittlung im **Bildungssystem** und eine Gesellschaft, in der nur noch ökonomische Erfolge zählten. Statt umfassender Bildung gebe es nur noch eine Ausbildung, damit die Menschen im Betrieb funktionierten. Als Beleg für seine Thesen führte der Forscher unter anderem die „Pisa“-Studien der Wirtschaftsorganisation OECD an, in denen Schulleistungen untersucht werden.

Dort würden als Gradmesser für schulischen Erfolg das Bildungs- dem Wirtschaftssystem untergeordnet, Human- und Geisteswissenschaften also durch die Priorität des technischen und naturwissenschaftlichen Wissens zurückgedrängt. „Performer, Styler, Egoisten. Über eine Jugend, der die Alten die Ideale abgewöhnt haben“ heißt Heinzlmaiers Buch. Braucht eine postdemokratische Gesellschaft überhaupt noch selbstkritische, demokratiefähige Menschen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hartz IV wird an Hartz IV bemessen: Um eine Debatte zu vermeiden, legt die Bundesregierung das höchstrichterlich eingeforderte Gutachten zum Regelsatz erst zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause vor *(„Hessen-Tageblatt“)*

Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft muss abgeschafft werden!

Auf ihrem Dresdner Parteitag Mitte Juni hat „Die Linke“ einen Beschluss zur Mindestsicherung im Wahlprogramm gefasst. Was die Grundsicherung für Kinder betrifft, nehme ich an, dass das Wohngeld beziehungsweise die Kosten für die Miete darin nicht enthalten ist. Meiner Meinung nach muss die Partei „Die Linke“ in diesem Wahlkampf ganz eindeutig machen, dass sie Hartz IV überwinden und durch eine gleiche Grundsicherung oder ein Grundeinkommen von 1.050 Euro im

Monat ersetzen will. Ich persönlich kann mit der Sofortforderung von 500 Euro für alle Transferempfänger aber erst einmal ganz gut klarkommen. Das wäre immer noch ein guter und richtiger Anfang. Ich bin unbedingt für Fair Play, aber „Die Linke“ muss jetzt ihre Ernsthaftigkeit genau in diesem Bundeswahlkampf beweisen, damit man sie auch wirklich wählen kann!

Hier meine Mail an die Bundesvorsitzende der Partei „Die Linke“: „Hallo Katja Kipping, ich möchte dir öffentlich die Frage stellen, ob die „individuelle“ Sofortforderung nach einem Regelsatz von 500 Euro ausnahmslos für jeden Transferempfänger gelten soll und ob auch Kinder ganz selbstverständlich mit dazugehören sollen. Das wäre eigentlich die logische Konsequenz von dem, was du bei „Scharf links“ schreibst, was aber wieder einmal nicht ganz klar und eindeutig herüberkommt. Ich freue mich auf deine öffentliche Antwort!“

Sie kam schnell und lautete: „Hallo Hans-Dieter, selbstverständlich gilt die Forderung für *alle* Transferempfänger. In Bezug auf die soziale Absicherung von Kindern heißt es im Programm: ‚Mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden setzt sich *Die Linke* für eine Grundsicherung für alle Kinder und Jugendliche ein. Sie muss sich am tatsächlichen, verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder orientieren. Dieses liegt derzeit bei 536 Euro. Als Sofortmaßnahme muss das Kindergeld erhöht werden: für die ersten zwei Kinder auf 200 Euro, für alle weiteren Kinder entsprechend gestaffelt. Die Hartz-IV-Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und entsprechend erhöht, das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft muss abgeschafft werden.‘ Das steht alles im Netz und kann von jedem und jeder Interessierten auch nachgelesen werden. Herzliche Grüße aus Berlin, Katja.“

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Hochsteuern für Armutslöhner: Bei Vollzeitarbeit zu zehn Euro pro Stunde bedient sich das Finanzamt monatlich mit 142 Euro *(„Klartext-Info“)*

Merkel bremst Kohlendioxid-Auflagen im Interesse der Autokonzerne aus

Gerade erst hat die „Weltbank“ in einer neuen Studie vor den dramatischen Folgen der weiteren Erderwärmung gewarnt. Sie geht davon aus, dass die Durch-

schnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um vier Grad steigen wird: „Der einzige Weg, dies zu vermeiden, ist ein Bruch mit den vom Zeitalter fossiler Brennstoffen geprägten Mustern von Produktion und Konsum“. Die Warnung der „Weltbank“ vor einer drohenden Klimakatastrophe verdeutlicht, dass es wirklich „kurz vor zwölf“ ist, wenn wir unseren Planeten Erde noch retten wollen.

In der Studie kann man allerdings nichts darüber lesen, dass es gerade die internationalen Konzerne und ihre Regierungen sind, die mit allen Mitteln an der fossilen Verbrennung festhalten. Das jüngste Lehrstück beim Ausbremsen der Energiewende lieferte die Bundeskanzlerin am 27. Juni 2013 in Brüssel. Im Interesse der deutschen „Premiumhersteller“ Mercedes, BMW und Audi hat sie in letzter Sekunde die geplante Senkung des Treibhausgasausstoßes von Neuwagen gestoppt. Merkel jammerte in Brüssel auf hohem Niveau: Man habe erst kurzfristig von dem ausgehandelten Kompromiss erfahren. Die deutsche Autoindustrie brauche aber Zeit, sie könne keine „überzogenen“ Umweltauflagen erfüllen, schließlich sei sie der „Wachstumsmotor“ Europas.

Tatsächlich liegen die Vorschläge seit Langem auf dem Tisch. Sie stellen außerdem alles andere als eine Revolution in Richtung Klimaschutz dar. Eine Überlegung geht dahin, dass es auch für die Jahre nach 2020 Festlegungen über Kohlendioxid-Grenzwerte bei Neuwagen geben sollte. Der Grenzwert für den Treibhausgas-Ausstoß – dies wurde bereits im vorigen Jahr ausgehandelt – soll von 2015 bis 2020 von 130 Gramm Kohlendioxid je Kilometer im Durchschnitt aller europäischen Neuwagen auf 95 Gramm sinken.

Merkel und die deutschen Autokonzerne wollen den Ausbau von Sonderregelungen für die dicken Spritschlucker, denn die Geltungsdauer von „Supercredits“ sollte 2023 enden. Die „Supercredits“ sind genauso reine Mogelpackungen wie der Emissionshandel. Demnach können sich Autohersteller mithilfe von Boni für Elektro- und Hybridautos diese gleich mehrfach für ihre sogenannte Klimabilanz anrechnen lassen. Ihre anderen Autos dürfen dann weiterhin als Dreckschleudern durch die Gegend fahren.

Außerdem fürchten die deutschen „Premiumhersteller“ die Konkurrenz der Kleinwagen aus Europa und Asien, die in der Entwicklung von Elektro- und Hybridautos deutlichen Vorsprung haben. Erst Jahrzehnte an den Verbrennungsmotoren festhalten und dann bescheidende Umweltauflagen torpedieren: Darin ist die Regierung einsame Spitze! Merkels Vorstoß als besonders willfährige Dienerin der Automobilmonopole ist eine offene Kampfansage an die Arbeiter- und Umweltbewegung. Ihre Argumentation, hier gehe es schließlich um Beschäftigung, ist pure Heuchelei: Massive Arbeitsplatzvernichtung wie bei Opel soll einhergehen mit massivem Abbau von Umweltstandards.

Der „7. Internationale Automobilarbeiterratschlag 2012“ rief dazu auf, „den Kampf um jeden Arbeitsplatz mit dem Kampf für zukunftsfähige und umweltschonende Technologien zu verbinden“. Die technischen Voraussetzungen für eine Produktion im Einklang mit der Natur sind längst herangereift. Beispielsweise könnte die Umstellung auf umweltfreundliche öffentliche Verkehrssysteme, Elektro- und Wasserstoffautos, Wasserstoffflugzeuge und eine Versorgung mit zu 100 Prozent erneuerbarer Energie heute innerhalb von wenigen Jahren verwirklicht werden. Es ist die kapitalistische Profitwirtschaft, die sich dem entgegenstemmt. Dieser Hemmschuh ist es, der beseitigt werden muss!

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

430. Bremer Montagsdemo am 08. 07. 2013

Fünf Millionen Menschen verzichten auf ihren Anspruch auf Hartz IV

Bis zu 43 Prozent der Berechtigten, also fast jede(r) Zweite, nehmen ihren Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen nicht wahr. Das sind in Bremen über 10.000 Menschen. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) hat errechnet, dass bis zu fünf Millionen Menschen in Deutschland darauf „verzichten“, auch nur einen Cent Hartz IV zu beantragen, obwohl sie viele Ansprüche hätten! 20 Milliarden Euro „spart“ der Staat dadurch, schätzt das IAB – das sind für jeden im Jahr im Durchschnitt 4.000 Euro.

Als mögliche Gründe, warum kein Leistungsantrag gestellt wird, nennen die IAB-Forscher in der 247-seitigen Studie „Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder -dauer“. Das IAB ist eine von der Bundesagentur für Arbeit bezahlte Denkfabrik! Deshalb werden die wirklichen Ursachen vertuscht: Die völlig unzureichende Information aller Berechtigten über mögliche Ansprüche; die schikanöse, entwürdigende und abschreckende Prozedur auf den Jobcentern; der Protest gegen Schnüffelei in kleinsten Details des Privatlebens der Antragsteller – und vieles mehr.

Dass fünf Millionen Menschen arm sind, aber keinen Antrag stellen, hat gravierende Auswirkungen nicht nur für sie selber, sondern auch auf den Hartz-IV-Regelsatz, denn er richtet sich nach den Konsumausgaben der unteren 20 Prozent aller Einkommensbezieher! Hartz-IV-Empfänger werden dabei ausgenommen, um keine Verarmungsspirale in Gang zu setzen. Aber die ebenfalls armen fünf Millionen Hartz-IV-„Verzichter“ werden nicht aus diesen 20 Prozent herausgenommen. denn sonst steigen die Konsumausgaben bei Alleinstehenden selbst laut IAB im Schnitt um bis zu 2,4 Prozent, bei Paaren mit einem Kind um bis zu 5,5 Prozent – und das ist sicherlich noch stark untertrieben.

Diese Berechnungsmethode hatte 2011 selbst das Bundesverfassungsgericht vorsichtig kritisiert. Das Bundesarbeitsministerium will aber die Berechnung nicht ändern, denn würde diese Personengruppe herausgerechnet, „käme es

durch die an deren Stelle nachrückenden Haushalte mit höherem Einkommen tendenziell zu einer Verlagerung der Referenzgruppe in den mittleren Einkommensbereich“, wie es dazu im aktuellen Regelbedarfsbericht heißt, der am letzten Mittwoch im Sozialausschuss beraten wurde – und dann müssten die Regelsätze für alle angehoben werden!

Damit wird einmal mehr deutlich, dass Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Niedriglöhne viel mehr Menschen in Deutschland betreffen, als offiziell zugegeben wird. Viele Hartz-IV- Betroffene wären ohne die Hartz-Gesetze nicht arm. In Bremen haben 44 Prozent aller Alleinerziehenden – in erster Linie Frauen – nur ein Budget in Höhe der Hartz-IV- Regelsätze. Die Montagsdemonstrationen haben von Anfang an die Hartz-Gesetze als Armut per Gesetz und als Diskriminierung entlarvt und bekämpft.

Seit neun Jahren gibt es in rund 100 Städten jeden Montag Widerstand gegen diese volksfeindliche Politik. CDU, CSU, FDP, Grüne und SPD haben diese Gesetze 2004 eingeführt. In der kommenden Bundestagswahl werden sie alle wieder Kreide fressen und sich als „sozial“ und „gerecht“ präsentieren. Wir werden im Wahlkampf klare Kante zeigen und versichern allen Hartz-Parteien: Unser Kampf geht weiter, bis die Hartz-Gesetze vom Tisch sind! Wir lassen uns unsere Würde und unsere Visionen nicht nehmen! Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder!

Harald Braun

Kleine Arbeitsbeschaffung durch Berechnung fiktiver Einkommen

Heute fand ich eine Aufforderung des Jobcenters Oldenburg im Briefkasten, meiner Krankenkasse den neuen Rentenbescheid vom Juli 2013 vorzulegen, damit sie meinen Krankenversicherungsbeitrag wegen der 0,25-prozentigen Rentenerhöhung neu berechnet. Ich bekomme diese Aufforderung, obwohl ich persönlich keine Transferleistungen vom Jobcenter erhalte! Hier meine Antwort an die zuständige Mitarbeiterin:

„Ich habe *nicht* die Absicht, meiner Krankenkasse den neuen Rentenbescheid vorzulegen, da es für mich keine Veranlassung dazu gibt. Aufgrund der gesetzgeberischen Regelung zahle ich als freiwillig Pflichtversicherter bereits jetzt meinen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag aus einem fiktiv höher angesetzten Einkommen, als ich

wirklich monatlich bekomme. Also kann sich die gewaltige soziale Rentenanpassung von 0,25 Prozent im Monat und die daraus zu errechnende Beitragserhöhung unmöglich auf meine monatlichen Beiträge zu den beiden Versicherungen auswirken.

Ich möchte daher durch meine Nichtmitwirkung in diesem Falle zur Vermeidung von unnötigen Kosten bei der Krankenkasse und auch bei mir selbst beitragen, was Ihnen ja als Mitarbeiterin des Jobcenter Oldenburg mit Sicherheit einleuchtet. Sollte es anders sein, bitte ich Sie um eine Benachrichtigung für den Fall, dass ich ansonsten gegen gesetzliche Auflagen oder Vorgaben verstoßen sollte. Mit freundlichen Grüßen."

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Nur zehn Prozent der 64-Jährigen sind noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt

1. Es gibt einen neuen Helden. Er ahnte, was ihn erwartet, und hat trotzdem der Welt die Augen geöffnet: Edward Snowden. Deutschland hat die Aufnahme abgelehnt. Herr Friedrich sagte: „Alles, was Edward Snowden sagt, ist unbewiesen." Der Minister sah irgendwie zufrieden aus bei seiner Feststellung „unbewiesen". Herr Friedrich wird nicht lange auf die Beweise warten müssen: Er wird diese nicht vertuschen können. Die Reaktion der USA zeigt, wie gigantisch hier die Welt ausgeforscht wurde.

Und unsere **Geheimdienste** haben davon nichts gemerkt? Der Abgeordnete Oppermann sagte: „Wenn dies unbemerkt geblieben ist, warum haben wir dann Geheimdienste?" Her Friedrich ist Innenminister der Bundesrepublik Deutschland. Ihm unterstehen der Verfassungsschutz und die Inlandgeheimdienstabteilung des Bundesnachrichtendienstes. Her Minister Friedrich hat inzwischen wohl die Beweise vorliegen, zumindest für: „Wir wussten von vielem".

Die Courage der mittelamerikanischen Staaten findet meine Bewunderung! Die Reaktion der Bundesregierung war unangemessen. Die Bundesregierung ist jetzt auch bei diesem Komplex unglaubwürdig! „Wer nichts zu verbergen hat, muss nichts befürchten", diesen Satz habe ich oft gehört. Er ist aber nur so lange

richtig, bis jemand „mit Befugnissen“ es anders sieht. In amerikanischen Krimis ist das Unterschieben von Beweismaterial fast Standard.

Auch im wirklichen Leben werden Prämien für Menschen gezahlt. Murat Kurnaz aus Bremen saß in Guantánamo, weil er beschuldigt wurde. Wurde seine Festnahme mit einer Prämie belohnt? Fest steht: Damals war die Zahlung von Prämien für die Ergreifung von Terroristen Standard. Wenn es nach dem damaligen Senator für Inneres in Bremen gegangen wäre, dann wäre Murat wohl nicht nach Bremen zurückgekehrt, siehe 100., 109., 125. und 178. Bremer Montagsdemo. In Guantánamo war er nicht der einzige Unschuldige, der dort „behandelt“ wurde. Dies kann die Welt dank „Wikileaks“ nachlesen.

Auch Julian Assange wird von den USA mit dem Tode bedroht und in London festgesetzt. Die übrigen geheimen Gefängnisse der USA lassen mir schon zahlenmäßig einen Schauer über den Rücken laufen. Auch die Bundesregierung hat es bereits krachen lassen! Damals war das „Celler Loch“ nötig, um die Gesetze gegen Terroristen durchzukriegen. Die Terroristen waren einfach zu brav! Das Ergebnis ist im Museum in Celle zu besichtigen. Einfach so, ein Loch in die Mauer der LVA sprengen – auf Regierungsbefehl! Die Polizei war nicht informiert.

2. Im „Weser-Kurier“ stand: Das durchschnittliche **Renteneintrittsalter** ist gestiegen. Immer mehr Mensche beantragen später Rente und müssen geringere oder sogar keine Rentenabschläge hinnehmen. Eine Begründung oder Erläuterung stand dort nicht. Die Ursache für den späteren Renteneintritt ist die Veränderung der Möglichkeiten: Der frühestmögliche Renteneintritt wurde heraufgesetzt, und die Rente ist oftmals so niedrig, dass weiterhin ergänzende Sozialleistungen nötig sind. Dadurch wird die Rente oftmals erst mit 65 Jahren beantragt. Somit ist diese Erfolgsmeldung eigentlich ein Armutszeugnis.

Im „Weser-Kurier“ stand auch, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung älterer Menschen gestiegen ist, weil die Zahl der älteren Erwerbslosen *abgenommen* hat. Die weitere Erläuterung fehlte. Damals hat die EU Deutschland gerügt und Beschäftigungsförderung für Ältere gefordert. Die Bundesregierung hat 2011 „Aktivierungskurse“ aufgelegt und konnte der EU eine sprunghafte Abnahme der Zahl älterer Erwerbsloser präsentieren. Wie die Aktivierung aussah, zeigt „ARD exclusiv“ unter dem Titel „Alt, arm, arbeitslos“.

Dieses Thema hat auch das Theater Bremen für ein aufrüttelndes Stück gewählt. Das „Musterland Deutschland“ hat so vorsätzlich die EU belogen, wissentlich, so wie dies bei anderen nicht geduldet wird. In beiden Meldungen steht nicht, wie viele Menschen aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Rente gehen. Die Beschäftigungsquote für 64 Jahre alte Frauen liegt unter zehn Prozent, für Männer mit 64 nur geringfügig höher.

3. Die „Bertelsmann-Stiftung“ hat Bremen gelobt: Die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren sei überdurchschnittlich. Stichtag war der 1. März 2012. Inzwischen und spätestens ab 1. August 2013 ist dies Geschichte. Die Betreuungs

plätze werden neu geschaffen Eine „Einstellungsoffensive“ für Kindergärtnerinnen ist in Bremen nicht festzustellen.

Die angestrebten Personalquoten stehen im Haushalt, Produktplan 41 „Jugend und Soziales“. Auf Seite 2 wird für 2013 eine Beschäftigungszielzahl von 756,2, ein Ist von 726,2 und ein Netto-Personalbedarf von 28,31 Menschen ausgewiesen. Für 2014 wird eine Beschäftigungszielzahl von 769,9, ein Ist von 686,0 und ein Netto-Personalbedarf von 83,9 Menschen ausgewiesen. Für 2015 steht ein Netto-Personalbedarf von 100 Menschen. Vergleichszahlen für 2011 und 2012 sind nicht angegeben.

Die Steigerung von 2013 zu 2014 ist mir hinsichtlich des gesteigerten Platzangebots zu gering. Auf Seite 147 stehen die Kürzungsquoten. Die **Kinderbetreuung** soll durch Umschichtung auf dem Stand von 2013 bleiben, die Hortbetreuung wird abgeschmolzen. Wenn es mit den Ganztagsschulen klappt, ist dies sicherlich möglich, doch eine Unterdeckung im Hortbereich nicht auszugleichen, ist nicht in Ordnung, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Auch die Kitas sind mit dem Stand von 2013 unterversorgt, wie die vorstehenden Anmerkungen zum Haushalt aufzeigen.

4. „Die Iren“ sind „von uns gerettet“ worden, so wurde es uns verkündet. Die Iren sehen dies teilweise anders: Es war die Rettung von deutschen Anlegern, es war die Rettung von Banken. Die „Arte“-Dokumentation „Staatsgeheimnis Bankenrettung“ ist sehr denkwürdig: Irland hat sich verschuldet, um diese **Bankenrettung** zu finanzieren, nach dieser Duko unter „alternativlosem“ Druck der Europäischen Zentralbank!

Ansehen lohnt sich. Besonderes Gewicht erhält die Doku auch durch die inzwischen veröffentlichen Telefonmitschnitte von irischen Bankmanagern, sinngemäß: „Wir werden zurückzahlen, wenn wir dies können – somit nie!“ Es waren einmal 30 Milliarden Euro. Damit dürfte jede Regressklage gegen diese Banker erfolgreich sein, wenn sich jemand findet, der klagt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

431. Bremer Montagsdemo am 15. 07. 2013

Wie sollten 437.000 offene Stellen für 2.865.000 Arbeitslose ohne Sanktion besetzt werden können?

1. Sommer, Wärme, Sonnenschein und immer noch Ferien: Während andere mit ihren Eltern in **Urlaub** fahren, müssen drei Millionen Kinder in Deutschland aus Armutsgründen zu Hause bleiben. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Kinder, die wegen der Armut ihrer Familien in den Ferien zu Hause bleiben müssten, um 50 Prozent gewachsen. Der Präsident des „Kinderschutzbundes“, Heinz Hilgers, fordert das „Teilhabepaket“ für Kinder aus Hartz-IV-Familien um eine sommerliche Einmalzahlung von jeweils 300 Euro aufzustocken, weil Familienurlaub eine gemeinsame Identität schaffe, von der viele das ganze Jahr über zehren würden. Wenn dieser Urlaub wegfalle, sei der Zusammenhalt in der Familie gefährdet.

Fast genauso furchtbar wie der Umstand, dass Kinder, die mit ihren Eltern von Hartz IV vegetieren müssen, wegen ihrer finanziellen Armut nicht in Urlaub fahren können, ist die Tatsache, dass sie durch ihre Armut auch ständig ihrer sozialen Kompetenzen beraubt und als „sozial schwach“ diskriminiert werden! Es nützt gar nichts, hier noch ein Tröpfchen und da noch ein Kleckserchen auf das „Teilhabepaket“ für Kinder draufzuträufeln: Mit Hartz IV sind die Kinder abgestraft fürs Leben, weil sie eben wegen des viel zu geringen Regelsatzes – genau wie ihre Eltern – von einer Teilhabe an der Gesellschaft *ausgeschlossen* bleiben!

2. Inmitten des Sommerlochs rühren die Grünen bereits kräftig die Wahltrommel und verkünden, dass sie im Fall eines Sieges bei der **Bundestagswahl** im September eine halbe Million neue Arbeitsplätze in den nächsten vier Jahren schaffen wollen. Als Grundlage dafür soll ein „Investitionspaket“ in Höhe von insgesamt fast 50 Milliarden Euro bis zum Jahr 2017 dienen, aus dem Investitionen vor allem für die Bereiche „Energiewende“, Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Hochschulen und Breitbandnetze geschöpft werden sollen.

Einmal abgesehen von dem äußerst unkonkreten Geschwurbel brauchen erwerbslose Menschen keine „Jobs“, denn das soll wohl heißen: irgendeine Arbeit zu meist mehr als bescheidenen Konditionen, sondern unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen es sich auskömmlich und ohne Verfolgungsbetreuung leben und nicht bloß vegetieren lässt. Arbeitslose wollen nicht die Arbeitslosenstatistiken verschönern, nicht vegetieren, um zu arbeiten, sondern ihr eigenes Leben bereichern, indem sie ihre eigene Zukunft – auch mit Kindern – planen können, und Altersarmut durch einen tatsächlich ausreichenden Mindestlohn verhindern.

Sollten die Grünen vergessen haben, dass sie zusammen mit den anderen Einheitssoßenparteien SPD, FDP und CDU, mit denen sie sich jetzt Scheingefechte liefern, die menschenverachtenden Hartz-Gesetze einführt haben, die Arbeitsplätze zerstören, um viele Tausend Mini-Jobs „neu“ zu schaffen, für das „Jobwunder“ zur Selbstbeweihräucherung der Regierungsparteien, aber auf Kosten der Arbeitnehmerrechte und -löhne?

3. Erstmals seit vier Jahren haben die Jobcenter weniger **Sanktionen** gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II ausgesprochen. Die Bundesagentur für Arbeit lobte die eigenen Bemühungen, obwohl teilweise auch die „Vernachlässigung von Langzeitarbeitslosen“ den Rückgang erklären würde. Wie die Bundesagentur mitteilte, haben die Jobcenter im ersten Quartal 2013 insgesamt 233.835 Mal Bezieher von „Grundsicherung“ mit der Kürzung von Hartz-IV-Leistungen bestraft. Eine Behördensprecherin führte die aktuelle Entwicklung auf die „verbesserte Beratung“ zurück; auch gelinge es den Vermittlern jetzt häufiger, Jobsucher etwa vom Sinn einer „Eingliederungsvereinbarung“ zu überzeugen.

Auffällig sei es, dass weniger Hartz-IV-Bezieher wegen versäumter Beratungstermine bestraft worden seien, weil jetzt vor allem den jungen Erwerbslosen hinterhertelefoniert werde, um diese darauf aufmerksam zu machen, dass sie am nächsten Tag einen Termin bei ihrem Mob-, Flop- oder (No-)Job-Center hätten. Ein Bericht des Bundesrechnungshofs ließe allerdings auch eine andere Interpretation der Zahlen zu, weil sich die Agenturen bei der Jobvermittlung vor allem auf Arbeitslose mit guten Chancen auf einen neuen Job konzentrieren und zu fast der Hälfte der Langzeitarbeitslosen gar keinen ernstzunehmenden Kontakt aufnähmen. Frei nach dem Motto, dass Erwerbslose, denen nie ein Beratungstermin angeboten werde, diesen auch kaum vergessen könnten.

Die Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center verhängen je nach „Schwere des Fehlverhaltens“ unterschiedlich harte Strafen. Eine Kürzung um zehn Prozent vom ALG II wird ausgesprochen, wenn Betroffene unentschuldigt einen Gesprächstermin mit ihrem Jobcenter-Vermittler versäumen, eine Kürzung um 30 Prozent, wenn Transferleitungsbezieher sich weigern, eine angebotene „Stelle“ anzunehmen. Im Wiederholungsfall droht eine Kürzung um 60 Prozent. Wenn ein Erwerbsloser abermals eine Arbeit verweigerte, könne ihm das komplette Geld gestrichen werden.

Ja, Erwerbslose werden anders als Erwerbstätige behandelt, denn ihnen kann wegen Ordnungswidrigkeiten die noch nicht mal das Existenzminimum sichernde „Grundsicherung“ gekürzt, sogar gestrichen werden. Die Menschenwürde schwimmt hier gerade den Bach herunter, wenn solche Bestrafungen als ganz normal und geradezu selbstverständlich hingenommen werden! Langzeitarbeitslose sind demnach also nur „zu faul zum Arbeiten“ und müssen sanktioniert werden. Wie sollten 437.000 offene Stellen für 2.865.000 Arbeitslose sonst ohne Sanktionen besetzt werden können?

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wie sich der Abschluss einer „Eingliederungsvereinbarung“ positiv auf die Sanktionsquote auswirken sollte. Vermutlich wird es in dieser Statistik kaum berücksichtigt, wenn eine Sanktion später im Widerspruchs- oder Sozialgerichtsverfahren wieder aufgehoben wird. In meinen Augen werden hier die Jobcenter unerträglich positiv dargestellt und die Erwerbslosen als zu blöde, den Sinn einer „Eingliederungsvereinbarung“ zu erkennen. In diesem langen Wort taucht unschwer zu erkennen der Begriff Vereinbarung auf – und niemand will auf die Idee kommen, dass ein Erwerbsloser mit einer Schikane oder Sinnlosmaßnahme nicht einverstanden ist? In meinen Ohren schrillt laut die Volksverblödung mit aufgequirlter Meinungsmache, auch Manipulation genannt.

4. Äußerst abwertend titelt der „Focus“: „Hauptziel verfehlt – Jeder Zweite kassiert Arbeitslosengeld II länger als vier Jahre“ und will damit offenbar zum Ausdruck bringen, dass es für die Betroffenen anscheinend die helle Freude, vielleicht sogar ein Lebensziel zu sein scheint, sich dauerhaft in der „sozialen Hängematte“ zu räkeln und genießerisch Sozialleistungen abzukassieren. Interessanter wäre es gewesen, wenn die Frage aufgekommen wäre, weshalb immer mehr Menschen in diesem Land dazu gezwungen sind, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, obwohl durch den „demographischen Wandel“, dem angeblichen Fachkräftemangel, eigentlich quasi Vollbeschäftigung herrschen müsste.

Aber es ist faktisch so, dass weit mehr als 2,8 Millionen der Betroffenen länger als vier Jahre lang Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Dabei sei es bei Einführung von Hartz IV angeblich das Hauptziel gewesen, **Langzeitarbeitslosigkeit** zu reduzieren. Witz komm raus, du bist umzingelt! Die „Bild“- Zeitung berichtet unter Berufung auf die neuen Zahlen der Bundesagentur, dass jeder zweite Hartz-IV-Bezieher schon seit mehr als vier Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen sei. Bei den Überfünfzigjährigen seien fast zwei Drittel dauerhafte Hartz-IV-Bezieher. Man höre und staune, es sollen sogar Kinder betroffen sein: In der Altersgruppe der 7- bis 15-Jährigen leben bundesweit 56,1 Prozent schon seit mehr als vier Jahren in Hartz IV-Familien. Kinder sind nun mal genauso arm wie ihre Eltern, also die Familien, in die sie hineingeboren werden.

5. Nach einem Urteil des bayerischen Landessozialgerichts (Aktenzeichen: L8 AS 646/10) müssen Hartz-IV-Bezieher, die attestiert unter Depressionen leiden, un-

ter Umständen ihre teure **Wohnung** nicht verlassen, um in eine kostengünstigere Wohnung zu ziehen. Im vorliegenden Fall wurde eine alleinlebende Frau, die in einer 45 Quadratmeter großen Eigentumswohnung mit monatlichen Kosten zwischen 620 und 900 Euro lebt, vom Jobcenter aufgefordert, die Kosten zu senken. Andernfalls würden nur noch die „angemessenen Unterkunftskosten“ getragen werden; die Klägerin müsse dann den Rest vom Regelsatz begleichen.

Dass der Schnitt der Wohnung keine Untervermietung zulässt und durch den Verkauf der Wohnung ein herber Verlust von 40.000 Euro Schulden entstünde, interessierte die Sachbearbeiter des Jobcenters nicht: Sie kürzten einfach die Kosten der Unterkunft. Wie gut, dass die Frau dagegen zunächst Widerspruch und dann Klage einreichte! In der Urteilsentscheidung verpflichteten die Richter die Sozialbehörde, die Wohnkosten in voller Höhe zu übernehmen, weil die Betroffene an Depressionen leide. Ein Verkauf oder Umzug sei mit emotionalen Belastungen verbunden, und es bestehe die Gefahr, dass sich die psychische Erkrankung bis zum Suizid verschärfe. Wer sich wehrt, kann verlieren – aber wer sich *nicht* wehrt, hat schon verloren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Sozial Schwache brauchen Zuverdienst-Möglichkeit“: CDU will mehr Flaschenpfand statt Mindestlohn und höheren Hartz-IV-Regelsätzen *(„Gegen Hartz“)*

Kinderbetreuung trotz Rechentricks in Wirklichkeit völlig unzureichend

Familienministerin Kristina Schröder (CDU) hat extra ihren Sommer- Urlaub unterbrochen, um die frohe Botschaft zu verkünden: Angeblich gibt es bundesweit 800.000 Betreuungsplätze für unterdreijährige Kinder. „Wir haben es geschafft. Das Ziel wurde sogar um 20.000 Plätze übertroffen.“ Ab 1. August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Die Regierung fürchtet nun eine Klagewelle von Eltern, denn mit dem Rechtsanspruch verbunden ist die Möglichkeit der Eltern, die Kommune wegen Verdienstausfalls zu verklagen. Deshalb sind die Medien zurzeit voll mit den Erfolgsmeldungen der Regierung. Doch wie sieht es wirklich aus mit dem Prestigeobjekt von Frau Schröder?

Anders als die Familienministerin sieht es der Deutsche Städtetag, der von weiterhin fehlenden 100.000 Plätzen ausgeht. Nach Zahlen des Statistischen Bun-

desamts – allerdings aus dem März 2013 – fehlten damals noch 183.000 Plätze. Wo sollen sie plötzlich hergekommen sein? Uns ist nicht bekannt, dass im großen Stil neue Kita-Einrichtungen gebaut und Zehntausende Erzieherinnen von den Kommunen eingestellt worden sind. Da liegt es nahe, dass getrickst worden ist: Zum Beispiel werden einfach die Gruppen der Kinder vergrößert und die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften verschlechtert. So hat der Bremer Senat den Beruf der „Sozialassistentin" eingeführt – eine Billig-Erzieherin, die von ihrem Job nicht leben kann. Der notwendige Schlüssel für eine gute Betreuung liegt bei einer Fachkraft für drei Kinder. Bundesweit sind es aber sechs Kinder, die inzwischen von einer Fachkraft betreut werden müssen.

Auch die Bremer Sozialsenatorin Stahmann (Grüne) macht zurzeit auf Optimismus und beweist, wie toll sie Schönrechnen kann. Nach Angaben der Sozialbehörde gibt es 5.800 Plätze für Unterdreijährige. Darin enthalten sind alle Kinder, die bis Ende des Jahres drei Jahre alt werden. Dann sind sie aber bereits Kindergartenkinder. Wenn man sie abzieht, bleiben nur 4.500 Krippenplätze übrig. Eine Studie des „Deutschen Jugendinstituts München" untersucht den Betreuungsbedarf in den einzelnen Bundesländern. Danach gab es im Februar 2013 in Bremen eine Differenz zum Betreuungsbedarf von 19,5 Prozent. Man muss also davon ausgehen, dass in Bremen etwa 500 Kita-Plätze fehlen.

Dazu kommt, dass es den Eltern aus der Neustadt wenig nützt, wenn in Vegesack noch Plätze frei sind. Eltern, meistens Frauen, werden daran gehindert, erwerbstätig zu sein. Durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten bei gleichzeitigem Absinken des Lohnniveaus (zum Beispiel durch Leiharbeit und Billigjobs) sind viele Familien heute darauf angewiesen, dass beide Eltern arbeiten gehen. Die wachsende Armut hängt deshalb auch damit zusammen, dass Kita-Plätze fehlen. Das trifft besonders alleinerziehende Frauen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat insgesamt 100.000 zusätzliche Erzieherinnen gefordert. Norbert Hocke, für Jugendhilfe- und Sozialarbeit verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied: „Es reicht nicht, irgendwie irgendwelche Kita-Plätze zu schaffen. Das Wohl der Kinder, ihre Bildung und Erziehung, muss im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen keine Verwahranstalten für Kinder, sondern Bildungseinrichtungen. Wer lediglich ein pädagogisches Stundenhotel einrichten will, damit stressgeplagte Eltern das Diktat flexibler Arbeitszeiten besser erfüllen können, springt viel zu kurz."

Der Frauenbewegung geht es zu Recht darum, dass Frauen sich freiwillig entscheiden können, ab wann sie ihre Kinder in eine wirklich gut geführte Betreuung geben wollen, damit die Kinder sich in der Gemeinschaft entwickeln und sie selbst sich am beruflichen und gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Deshalb sind Forderungen nach einer kostenlosen Ganztagsbetreuung vom Kleinkindalter an und nach dem weiteren Ausbau qualifizierter Kita-Plätze entsprechend dem tatsächlichen Bedarf richtig und brauchen weitere Unterstützung!

Harald Braun

Der Umfang der Bespitzelung übersteigt jede Vorstellung

1. Edward Snowden hat dort Asyl beantragt, wo er eigentlich nicht bleiben wollte: Es fehlt die Bewegungsfreiheit. Haben die Vereinigten Staaten keine menschenfreundliche Regierung? Steht Menschlichkeit hinter Profit zurück? Es scheint so! Ändert dies! Sagt, schreibt, mailt eurem Abgeordneten: So nicht! Die Uno-Menschenrechtskommissarin Navanethem Pillay hat internationalen Schutz für den Enthüller des US-Datenskandals, Edward Snowden, gefordert. Leider gab es darauf keine öffentliche positive Reaktion. Edward Snowden nicht zu helfen, ist gegen die Menschlichkeit, den Leitgedanken unserer Demokratie! Kann es sich Amerika wirklich leisten, die Menschlichkeit mit Füßen zu treten? Ich hoffe auf die Einsicht dieses Friedensnobelpreisträgers!

Unser Minister Friedrich war in den USA. Er hat nur das gehört, was er ohnehin schon wusste. Die USA werden prüfen und eventuell die Geheimhaltungsstufe in Einzelfällen senken, um etwas zu „erläutern“ – der deutschen Regierung, nicht dem Deutschen! Herr Friedrich hat dies akzeptiert und als Erfolg verkauft. Er hat einen Namen mitgebracht. Sollen wir uns an diesen Namen gewöhnen? Sollen wir *nur* mit diesem Namen den Umfang der **Bespitzelung** erfragen – alles mit anderem Namen bleibt dann vollkommen verborgen?

Es gehört in die Öffentlichkeit! Der Umfang der Bespitzelung übersteigt wohl jede Vorstellung. Die Nachwirkungen des Krieges sind in neue Abkommen umgegossen. Das Post- und Fernmeldegeheimnis ja, aber nicht für die Siegermächte? Auch dies gehört auf den Tisch! Dass dieses Kabinett wieder einmal die Aufführung gibt, „seinen Posten behält, wer nichts wusste“, ist eindeutig! Dass ein Verfechter der Vorratsdatenspeicherung Mühe hat, wirklich überzeugend dieses Verhalten anzuprangern, war vorhersehbar.

Scheinbar haben die Regierungen der Welt Angst, dass bekannt wird, was sie gesagt und getan haben. Dies durch die Nichtrettung von Snowden zu verhindern, scheint die Lösung zu sein. Die Vergangenheit hat aber gezeigt: Irgendwann kommt die Angelegenheit auf den Tisch. Politiker, die Edward Snowden nicht unterstützen, haben unsere Verachtung verdient!

2. Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz führt durch Änderung bei den Befreiungsbedingungen zu einer Kostenexplosion bei den anderen **Stromverbraucher**. Jetzt kann jedes produzierende Unternehmen die Vergünstigung beantragen, internationaler Wettbewerb ist nicht mehr erforderlich. Das

Merkblatt hat 36 Seiten. Es lohnt sich. Die Industrie freut sich über den Geldregen. Ein Unternehmen der Maschinenbau-Industrie hat vorsorglich geltend gemacht, dass diese 200 Millionen Euro „unverzichtbar“ sind.

Ohne diese Befreiung könne das Unternehmen die Forschung und Entwicklung nicht mehr bezahlen. Diese EEG-Rahmenbedingungen werden verantwortet vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Diese Behörde untersteht Dr. Philipp Rösler, seit Mai 2011 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Der Geldsegen durch die Befreiung von der EEG-Umlage ist aus meiner Sicht vergleichbar mit der Mehrwertsteuersenkung für die Hotelunternehmen. Damals gab es saftige Spenden für die FDP.

3. Es empfiehlt sich, noch in diesem Monat den **Kitaplatz** zu beantragen, damit der Rechtsanspruch ab 1. August 2013 für ein- bis dreijährige Kinder erhalten bleibt, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemo. Sozialsenatorin Stahmann sieht alle bisher angemeldeten Kinder als versorgt oder untergebracht an. In einer Pressemeldung stand, ein nicht vorhandener Kitaplatz könne nicht eingeklagt werden. Doch, der dadurch entstehende Schaden kann eingeklagt werden. Wer also noch keinen Antrag gestellt hat: Noch geht es. Wer einen Antrag gestellt, aber noch keine Zusage erhalten hat, muss unbedingt nachfassen!

Auch die Senatorin für Bildung hat sich per Zeitungsartikel gemeldet. Sie hofft auf einen reibungslosen Unterrichtsstart nach den Ferien, bereitet aber auf den weiterhin anhaltenden Lehrermangel vor. Die Einrichtung der Ganztagsschulen wird sich verzögern. Dabei wird aber nicht die Auswirkung auf die Umwidmung der Hortplätze in Betreuungsplätze für Unterdreijährige aufgezeigt. Die Senatorin für Soziales hat bereits eine Unterversorgung bei den Hortplätzen festgestellt (siehe 429. Bremer Montagsdemo) und die Kindergärtnerinnen aus den Horten in der Nähe der geplanten Ganztagesschulen bereits bei der Betreuung der Unterdreijährigen eingeplant.

Dies ist jetzt fraglich; hoffentlich liest Frau Stahmann Zeitung. 30 Schulsozialleher sollen eine Verlängerung bis Mitte 2014 erhalten. Warum nicht alle 50 Soziallehrer weiterhin erforderlich sind, wird nicht ausgeführt. Erleben wir nicht gerade einen neuen Zustrom an Flüchtlingen? Die Einschulung dieser Kinder ist bestimmt mit vorhandenen Schulsozialarbeitern erfolgreicher. Am Geld kann dies nicht liegen, siehe 429. Bremer Montagsdemo.

4. Jeder fünfte Vertrag zur **Riesterrente** ist ruhend gestellt. Über die Stornoquote wurde keine Aussage getroffen. Es klingt so gut: viel Geld vom Staat bereits für eine geringe Eigenleistung, dank Herrn Riester. Der war nicht nur Bundesminister, sondern auch eng mit Versicherungen und Finanzdienstleistern verbandelt Die Versicherungen kommen mit den Verträgen gut zurecht. Auch mit den ruhenden oder stornierten Verträgen bleibt es immer ein gutes Geschäft.

Wenn diese Steuergelder zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt würden, wäre das ein guter Aufwand. Wer erwerbslos wird, fällt heute be-

reits nach kurzer Erwerbslosigkeit in Hartz IV und wird den Riester-Vertrag sicherlich ruhend stellen. Wer es beim „riestern“ gut gemeint und mehr eingezahlt hat, muss sich der Prüfung des anrechenbaren Vermögens unterziehen. Falls die Freibeträge überschritten werden, ergeht es den Riester-Verträgen wie den Lebensversicherungsverträgen: Die Jobcenter verlangen die Vertragsauflösung oder -reduzierung und zahlen erst nach Aufzehrung des „überschüssigen“ Vermögens. Bei einer Verzögerung muss darlehnsweise gezahlt werden.

Die Versicherungen freut es, denn Stornoverträge haben hohe Gewinnmargen. Nur für die Versicherten ist das ein schlechtes Geschäft. Auch wenn es möglich ist, die Verträge zu verkaufen. Die Stornoquote bei den Lebensversicherungen ist mit der Umsetzung des SGB II erheblich angestiegen. „Riestern“ lohnt sich für die Versicherten nicht – nur für die Versicherungen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Im „Ersten“ habe ich eine Dokumentation zur „Bankenrettung“ gesehen. Sie soll die deutschen Steuerzahler 74 Milliarden Euro gekostet haben. Diese Sendung bitte ansehen und sacken lassen! Neu für mich war das Beratungshonorar für die Deutsche Bank bei der Rettung der Hypo Real Estate München, immerhin 100 Millionen Euro. Es fehlte mir der Hinweis auf den Ursprung des überflüssigen Geldes: Die Gewinnexplosion der Unternehmen in Deutschland durch die Auflösung der „Deutschland AG“ wurde zwar angesprochen, aber nicht beziffert.

Ich schätze, 100 Milliarden steuerfreier Gewinn wurden allein dabei erzielt. Hinzu kommt der Gewinnsprung durch die Einführung des ALG II und den damit verbundenen freien Fall der Löhne und Gehälter. Auch die Cross-Border-Leasing-Geschäfte wurden nicht erwähnt (siehe 214., 282. und 388. Bremer Montagsdemo. Ansonsten sind die Auswirkungen der Auffangdarlehn und Bürgschaften noch nicht mit dem Preisschild versehen. Nur eines steht fest: 74 Milliarden Euro werden nicht reichen. Insofern war die Dokumentation fast ein Werbefilm. Die Frage nach den Schulden ist auch zu ergänzen: Es muss sichergestellt werden, dass die Schulden nicht zu sozialen Versäumnissen führen. Das Sparen an der Bildung und dem sozialen System wird wesentlich teurer. Für alle!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wasser saufen, Grünzeug fressen: Hartz IV ist die Chance Ihres Lebens! *(Jobcenter Pinneberg)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

432. Bremer Montagsdemo am 22. 07. 2013

Amtliche Volksverarschung mit zahlreichen Rechtsfehlern

Eigentlich will das Jobcenter Pinneberg mit bunten Bildern und einer „einfachen Sprache“ ja nur Hartz-IV-Bezieher zum Sparen erziehen und die komplizierten Regeln des Arbeitslosengeldes II mithilfe einer lustigen Comicgeschichte anhand der fiktiven Familie Fischer erklären. Da werden Spartipps verteilt, zum Beispiel Steine in Spülkästen zu legen, auf Fleisch zu verzichten, weniger zu heizen oder Möbel zu verkaufen. Dazu ist die Atmosphäre in der Broschüre permanent in rüschenrosarotem Plüsch euphemistisch überzeichnet, sind die Jobcenter-Mitarbeiter nämlich immer freundlich und geduldig, lässt sich das Leben durch die Lust am Sparen und Arbeiten einfach schöner gestalten, verkündet Tochter Lara schon wieder bester Laune, dass sie sowieso Vegetarierin werden wolle.

Fröhlich nimmt die Comic-Familie zudem in Kauf, dass sie in eine Wohnung von geringerem Ausmaß umziehen müsse, und findet sogar prompt eine, die mit ihren 84 Quadratmetern zwar deutlich kleiner, aber mit dem zierlichen Gärtlein doch geradezu perfekt ist, zumal die Kinder weiterhin beide ihr eigenes Zimmer behalten können. Die Wohnung muss renoviert werden, was Familie Fischer natürlich nur allzu gerne erledigt. Wie sollte es auch anders sein: Die Familie hat nun eine Beschäftigung – und das scheint Spaß zu machen. Mutter Sylvia geht mit ihrer Freundin, die sich das Sparen schon angeeignet hat, in einen Discounter und lernt, dass man sich halt an das neue Essen und Trinken gewöhnen müsse.

Statt des gewohnten Mineralwassers und der obligatorischen Cola für Sohn Ben wird Familie Fischer nun wohlgemut auf Leitungswasser umsteigen. Mutter Sylvia erfährt zudem von ihrer klugen Freundin, dass Leitungswasser ohnehin oft eine bessere Qualität als Mineralwasser habe. Es dauert gar nicht lange, da ist auch wieder Arbeit für Vater Knut in Sicht. Nein, nichts Prekäres oder Ehrenamtliches natürlich und auch weder Praktikum noch Leiharbeit, sondern eine ganz reguläre Arbeitsstelle: Der Vater erhält seine Stelle aufgrund des Bewerbungstrainings und der SAP-Schulung. Das Jobcenter hat selbstverständlich alles nur ganz

prima und richtig gemacht. Natürlich wird auch Mutter Sylvias Weiterbildung zum Traumjob Altenpflegerin erfolgreich sein. Alles eine Frage der Selbstorganisation!

Muss ich es noch erwähnen, was die Broschüre für ein Lob von höchster Stelle erhielt? Der für Hartz IV zuständige Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, tirilierte, zwitscherte, äh, twitterte: „Jobcenter Pinneberg hat einen tollen ALG-II-Ratgeber herausgegeben. Hartz IV einfach erklärt, auch zum Download“. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, mutmaßt hingegen, dass es wohl äußerst schlechte Drogen gewesen sein müssten, die die Macher dieser Broschüre eingenommen hätten, um auf 112 Seiten so viel geschmacklosen Unsinn zu verbreiten. Als ob die Situation für Menschen, die Hartz IV beantragen müssen, nicht schon schlimm genug sei, würden sie mit dieser Broschüre geradezu verhöhnt, und gleichzeitig werde ein verachtendes Menschenbild transportiert, das Thilo Sarrazin kaum überbieten könne.

Bei Hartz IV gehe es ganz bestimmt nicht um dümmliche Spartipps, sondern um ein menschenwürdiges Existenzminimum, wovon Hartz IV weit entfernt sei. Besonders Kindern werde hier deutlich gemacht, dass sie nun verzichten müssen, weil ihr Vater 51 Jahre alt und arbeitslos ist. Allerdings dürfe bezweifelt werden, dass Pinneberger üblicherweise so schnell eine Arbeitsstelle fänden, wie es uns die Broschüre suggerieren wolle. Da nicht nur auf Sozialkaufhäuser und Werbestrategien der Supermärkte hingewiesen, sondern auch dazu geraten wird, nie hungrig in den Supermarkt gehen, weil dann oft zu viel eingekauft werde, empfehle die Broschüre, Eltern sollten ihren Kindern deutlich machen, dass während der Arbeitslosigkeit gespart werden müsse, womit letztlich eingeräumt werde, dass Hartz IV „hinten und vorne nicht reicht“.

Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, findet die Broschüre albern und mit dieser romantisierenden Bildergeschichte eine „pure Provokation“ für Betroffene. Die skizzierten Szenen seien wirklich peinlich. Schneider glaubt nicht, dass den zu Beratenden mit dieser Rührgeschichte der Eindruck vermittelt werden könne, dass sie in ihrer Realität gesehen werden. Offenbar scheine „arbeitslos mit Hartz IV“ das Beste zu sein, was einem passieren könne, wenn durch den Verkauf der alten Möbel vom Dachboden endlich mal nicht anrechenbares Geld ins Haus fließe, die Tochter endlich mal Volleyballschuhe, der Sohn endlich mal eine E-Gitarre bekomme, endlich die Wohnung mit Garten bezogen werden könne, in dem der Vater endlich sein Gemüse anbauen dürfe.

Der Kommentar von Katja Kipping bei „Twitter“ sprach mir aus der Seele: „Nicht die Reichen sollen ihre Jachten, sondern die Armen ihre Möbel verkaufen und Leitungswasser trinken? Unglaublich!“ Wenn das Job-Center Pinneberg mit seiner herzallerliebsten Schmonzette eigentlich nur mit Hartz-IV-Beziehern wie mit kleinen Kindern reden, äh: zum Sparen erziehen und die Regeln des Arbeitslosengeldes II einfach erklären will, dann frage ich mich allerdings, was uns da wohl so ganz *uneigentlich* von hinten durch die Brust ins Auge vermittelt werden soll. Auf der Seite „Gegen Hartz“ wird erfrischend wunderbar dargestellt, dass

sich im Pinneberger Hartz-IV-Ratgeber wie in einer brüchigen Glasperlenkette ein stumpfer Rechtsfehler an den anderen reiht. Ein Schelm, wer *Arges* dabei denkt? Ich liste mal einen unvollständigen Auszug daraus auf:

- Kontoauszüge dürfen vom Jobcenter Kreis Pinneberg nur eingesehen (Datenerhebung), aber nicht eingefordert (Datenspeicherung) werden.
- Es besteht kein Zwang zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung.
- Das Jobcenter Kreis Pinneberg weist nicht darauf hin, dass eine Eingliederungsvereinbarung auch immer zwingend Gegenpflichten des Jobcenters beinhalten muss.
- Antragsteller sind nicht dazu verpflichtet, Angaben dazu zu machen, wovon sie bislang gelebt haben.
- Die Teilnahme an einem Bewerbungstraining ist keine unabdingbare Pflicht.
- Wenn Hartz-IV-Bezieher mit erwachsenen Verwandten zusammen wohnen, darf das Jobcenter nicht automatisch von einem gemeinsamen Wirtschaften, das heißt von finanzieller Unterstützung, ausgehen und das ALG II um diese kürzen.
- Einmalige Bedarfe sind nicht alle vom Regelsatz umfasst.
- Privat krankenversicherte ALG-II-Bezieher, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht in einer gesetzlichen Krankenkasse pflichtversichert werden können, müssen die Hälfte des Höchstbeitrages für den Basistarif zahlen, und das Jobcenter muss diesen Betrag in voller Höhe tragen.
- Die Bewilligung von Unterkunftskosten unter dem Vorbehalt der Rückforderung mit der Begründung, dass sich ja im Zuge der Betriebskostenabrechnung geringere Beträge ergeben können, ist nicht zulässig.
- Das Jobcenter Kreis Pinneberg muss auch unangemessene Unterkunftskosten in tatsächlicher Höhe tragen, wenn und solange dem Betroffenen eine Senkung derselben nicht möglich oder nicht zumutbar ist.
- Durch den Verkauf von Besitztümern, die jemand schon vor dem ALG-II-Antrag besaß (Vermögen), findet eine Vermögensumwandlung statt; der Verkaufserlös ist somit ebenfalls Vermögen und kein Hinzuverdienst.
- Verliehenes Geld sowie verliehene Wertgegenstände sind nicht generell als Vermögen zu berücksichtigen, sondern nur dann, wenn der ALG-II-Bezieher diese kurzfristig, das heißt innerhalb des sechsmonatigen Bewilligungszeitraumes, verfügbar machen kann.
- Ein baufälliges Haus, in dem der ALG-II-Bezieher nicht selbst wohnt, wird mit seinem aktuellen Verkehrswert zum Vermögen gerechnet, egal ob der Besitzer es verkaufen möchte oder nicht.
- Lebens- oder Rentenversicherungen haben keine eigenständigen Freibeträge, gehören zum normalen Vermögen und müssen nicht generell gekündigt und die Erlöse zur Lebenshaltung verbraucht werden!
- Wenn die Bedarfsgemeinschaft aus mehreren erwerbsfähigen Personen besteht und diese Personen ein KFZ gemeinschaftlich besitzen, werden die

Freibeträge kumuliert, das heißt es sind beispielsweise vier Mal 7.500 gleich 30.000 Euro geschützt.

- Die Behauptung des Jobcenters Kreis Pinneberg, dass bei monatlich zehn Euro Zuschuss aus dem sogenannten Bildungspaket für den Besuch der Musikschule des Kindes nur noch „ein paar Euro“ zugezahlt werden müssten, ist schlicht falsch und eine öffentliche Verhöhnung von Hartz-IV-Beziehern.
- Auch werden durch das Bildungspaket keine Zusatzkosten für Ausrüstungsgegenstände oder Fahrten zu Wettbewerben oder Wettkämpfen getragen. Diese müssen, wie die Gebühren für die Instrumentenausleihe, aus dem Regelsatz gezahlt werden, auch wenn der keine derartigen Ausgaben beinhaltet. Darum ist die Mitgliedschaft in Sportvereinen oder Musikschulen für Kinder von Hartz-IV-Beziehern finanziell eine enorme Belastung und nur selten zu meistern.
- In Ermangelung rechtlicher Grundlagen hat das Jobcenter weder das Recht, eine Betriebskostenabrechnung auf Richtigkeit zu prüfen, noch darf es die Übernahme der Nachzahlung davon abhängig machen.
- Das Jobcenter kann keine Mietangebote (Mehrzahl) fordern; es reicht regelmäßig nur ein konkretes Mietangebot. Wenn die neue Wohnung im Zuständigkeitsbereich eines anderen Jobcenters liegt, muss das Jobcenter Kreis Pinneberg dieses kontaktieren und danach die Angemessenheit prüfen, nicht der Hartz-IV-Bezieher.
- Das Jobcenter Kreis Pinneberg weist nicht darauf hin, dass „Knut Fischer“ die Kostenübernahme für (s)einen Anzug als Förderung aus dem Vermittlungsbudget beim Jobcenter beantragen kann, wenn in dem Job, für den er sich bewirbt und vorstellt, ein Anzug die übliche Arbeitsbekleidung ist.
- Die Behauptung des Jobcenters Kreis Pinneberg, Anspruch auf Fahrkostenerstattung bei einem Vorstellungsgespräch bestehe nur bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, ist nachweislich falsch.
- Das Jobcenter weist auch nicht darauf hin, dass allein der Mieter für den Schaden aufkommen muss, wenn mit der „Stein-im- Spülkasten-Methode“ der Spülkasten beschädigt oder der Durchfluss zu stark reduziert wird und daraufhin das Abflussrohr verstopft – das Jobcenter Kreis Pinneberg zahlt dabei keinen Cent!
- Das Jobcenter Kreis Pinneberg weist nicht darauf hin, dass 20 bis 22 Grad Celsius am Tag und 18 Grad Celsius in der Nacht laut „Deutschem Mieterbund“ mietvertragliche Mindesttemperaturen sind.

Der Autor musste feststellen, dass das Jobcenter Kreis Pinneberg oftmals wichtige Informationen unterschlage und falsche Pflichten sowohl suggeriere als auch klar benenne, leider immer zum Nachteil des ALG-II-Beziehers. Halbwahrheiten und glatte Falschinformationen seien mit Wahrheit derart verquirlt worden, dass der geneigte Leser diese frei nach dem Motto „Wenn das eine stimmt, kann das andere ja nicht falsch sein“ untergeschoben bekomme. Also bitte: Forderungen und Handlungen des Jobcenters Kreis Pinneberg sollen von ALG-II-Beziehern nicht

in Frage gestellt werden. Alles klar? Vielleicht lassen sich die Comic-Geschichten dieser unsäglichen Broschüre als kostenlose Malvorlagen für kleine Kinder von Hartz-IV-Beziehern nutzen, oder es eignen sich die Figuren zum Ausschneiden und lassen sich zum Spielen auf Pappe aufkleben?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Fifi muss auch mal ins Wasser: Bremer Stadtwaldsee ist der zweitschmutzigste Badesee Deutschlands *(„Spiegel-Online“)*

Wer den Riestervertrag durchhält, bekommt weniger Grundsicherung

1. Edward Snowden sei Dank: Noch nie waren die Aussagen der Bundesregierung so widersprüchlich, wurden Lügen so schnell aufgedeckt. Ich hoffe, dass die Sommerpause zum Entfernen der Abhöranlagen in den Konferenzzimmern der Macht genutzt wird. Inzwischen wird in Wiesbaden ein neues Objekt fertig gestellt. Der Verwendungszweck NSA wurde kurzfristig widerrufen – jetzt sind es Informationen für die amerikanischen **Streitkräfte**. Das brauchen wir aber auch nicht unbedingt.

Was eine Drohne anrichtet und wie die Menschen dies empfinden, lässt die ARD in der Sendung „Töten per Joystick“ erahnen. Der nichtwissende Verteidigungsminister muss sein Gedächtnis aufräumen, in Papierform liegt schon alles vor. Ihm hilft wohl das „Ich weiß nicht“ nichts. Bei der Anhörung im Untersuchungsausschuss wird sicher nebenbei klar werden: Wir wollen eine Drohne, auch zum Töten! Was wäre, wenn die verlorenen Drohnen Tötungsdrohnen gewesen wären? Der Verteidigungsminister hat aber noch ein weiteres Problem: Für das neue Flugzeug, den Militärtransporter, wurde offensichtlich die Zulassung verschlafen. Nun sollen die spanischen Kollegen dies für den deutschen Minister richten.

Noch immer melden sich auch in Deutschland junge Menschen freiwillig zum Kriegsdienst. Hartz IV wirkt! Selbst Aufstocker schaffen es immer seltener, sich aus der Hartz-IV-Abhängigkeit zu befreien. Die Zermürbungstaktik bewirkt oftmals die Befreiung durch Leistungsverzicht. Sie öffnet eine Sackgasse in die Verschuldung und ist in jedem Fall die falsche Lösung. Kommt zur Bremer Montagsdemo! Das hilft!

2. Die **Steuereinnahmen** sprudeln wie selten zuvor. Die Zahl der Selbstanzeigen von Steuerbetrügern ist bereits jetzt so hoch wie im gesamten vorherigen Jahr. Die Meldungen ergänzen sich. Wer sich selbst anzeigt, um einer Bestrafung zu entgehen, muss die Nachzahlung leisten und sich auch aktuell steuerehrlich verhalten. Das bringt Geld in die Kasse. Der Anstieg der Lohnsteuer mag ein weiterer Faktor sein oder nur eine gegriffene Erklärung.

Auch die Rentenkassen laufen über, obwohl die Zuweisung um fünf Milliarden Euro gekürzt wurde. Begründung: Die neuen Renten unterliegen einer geänderten Berechnungsformel und somit aktuell circa 25 Prozent niedriger – bei gleicher Lebensleistung. Der Autor Holger Balodis hat dies in einer Fernsehdiskussion bei Maybrit Illner erläutert und im Buch „Die Vorsorgelüge“ aufgeschrieben. Lesenswert!

Die UBS steht im Verdacht, deutschen Steuerzahlern bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben. Die Steuerfahndung überlegt, weitere Daten über Kunden der UBS anzukaufen. Die Schweiz ist dagegen: Deutschland dürfe nicht Unrecht mit Unrecht bekämpfen. Die Schweiz hat aber kein Problem, Steuerbetrug bei der Strafverfolgung auszuklammern. Die Selbstanzeigen werden wohl nochmals steigen.

Die UBS wäre bereits bei der richtigen Bilanzierung (nach altem Recht) im Rahmen der Finanzkrise pleite gewesen. Mit falschen Zahlen hat die UBS sich erhalten. Trotz dieser Vorgeschichte ging Axel Weber von der Bundesbank zur UBS, siehe 415. Bremer Montagsdemo. Er soll nun die Wahrheit finden? Herr Weber habe im August 2012 nicht davon gewusst und halte Beihilfe zur Steuerhinterziehung auch für untragbar, sagte er dem Handelsblatt. Mal sehen...

3. Der „Weser-Kurier“ hat heute die Geldknappheit einer rüstigen Rentnerin beschrieben. Sie hat nur 300 Euro für 30 Tage zum Leben. Sie bekommt **Rente**, ergänzende Grundsicherung und hat noch eine bezahlte Tätigkeit. Das Entgelt hierfür wird nicht auf die ergänzende Grundsicherung angerechnet, ihre ohnehin niedrige Rente hingegen in voller Höhe. Dabei ist die eigene Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ihre Leistung zur Alterssicherung. Dieser Beitrag wird *ohne* Freibetrag voll auf die Grundsicherung angerechnet. Jede Rente wird voll angerechnet, es gibt keine Freibeträge!

Wer seinen Riestervertrag durchhält, bekommt bei der jetzigen Rentenprognose einfach weniger Grundsicherung. Lohnt sich dafür der jetzige Verzicht? Die Zusatzrente ist nur oberhalb der Grundsicherung eine tatsächliche Zusatzversorgung! Dieses Leben zeigt auch, dass die Lebensleistungsrente am Leben vorbei geht: Die Voraussetzungen erfüllen die wenigsten. Junge Leute müssen dafür erheblich in Vorleistung gehen, können aber letztlich die Zielerreichung nicht einmal beeinflussen.

Wer von ALG II leben muss, hat auch bei der Lebensleistungsrente verloren! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! – PS: Noch in diesem Monat den Kitaplatz beantra-

gen, nachfragen und ansehen (siehe vorherige Bremer Montagsdemos), sonst geht am 1. August 2013 der Rechtsanspruch für das neue Kindergartenjahr unter!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Solidarität mit der Stuttgarter Montagsdemo

Liebe Nuran Cakmakli, liebe Stuttgarter Mitstreitende! Wir, die Bremer Montagsdemo, sind solidarisch mit dir und euch. Es ist ehrenvoll, sich für die Belange der Hartz-IV-Betroffenen einzusetzen. Es ist ehrenvoll, für die Rechte der Unterdrückten zu kämpfen, wie du das tust. Es ist unerträglich, wenn Staatsanwälte oder Richter dies kriminalisieren wollen. Wir fordern Freispruch und vollständige Rehabilitierung von Nuran Cakmakli! Wer eine(n) von uns angreift, greift uns alle an. Aber wir halten zusammen! Alle für eine(n) – eine(r) für alle! Hoch die internationale Solidarität! Im Auftrag und mit herzlichen Grüßen, Wolfgang Lange.

Einstimmig beschlossen von der 432. Bremer Montagsdemo am 22. Juli 2013

Der zwangsverordnete kreditvorfinanzierte Ehrendienst im Freiwilligen Sozialen Jahr

Man munkelt, die Arbeiter im Hoch- und Straßenbau sollen bei dieser Hitze für die private Wasserentnahme an den Baustellenhydranten jetzt auch bezahlen. Aufstockenden Hartz-IV-Empfängern wird jede Wasserentnahme vom Regelsatz abgezogen. Bedanken müssen sich alle bei Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen: Lohnkosten senken um jeden Preis!

Da kann man sich nur noch wundern über die zuständigen Mitarbeiter beim Jobcenter Oldenburg im Umgang mit jungen Menschen, die den Ehrendienst im Freiwilligen Sozialen Jahr antreten wollen und auf ergänzendes Hartz IV angewiesen sind. Weil logischerweise bei Antritt am 1. eines Monats weder

Verpflegungsgeld, Taschengeld noch Kosten für die Unterkunft durch den sozialen Träger oder die Ausübungsstelle des Ehrendienstes gezahlt werden, soll jetzt ein junger Mann bis zur Zahlung ein Darlehen des Jobcenter beantragen.

Dieser junge Mann möchte sich aber nicht verschulden, nur damit er einen sogenannten Ehrendienst antreten kann. Weiterhin müsste er für die Bewilligung eines Darlehen sogar noch eine Bescheinigung vorlegen, zu welchem Zeitpunkt sein erstes Geld für das FSJ auf dem Konto eingehen werde, und weil das Jobcenter stets Auszüge braucht, müsste er diese dann wohl auch offenlegen. Ist das noch „Fördern und Fordern“ oder schon Amtsmissbrauch und Nötigung junger Menschen, die sich in einer Notlage befinden?

Überwiegend geht es darum, dass es möglich ist, dass der junge Mann am 31. August 2013 das Taschen- und Verpflegungsgeld auf sein Konto bezahlt bekommt, dieses dann aber nicht für September angerechnet wird, sondern rückwirkend für August. Viele Hartz-IV-Empfänger bekommen ihr Geld auch am Letzten des Monats aufs Konto, und es ist für den Folgemonat gedacht. Nach der Logik des Zuflussprinzips müssten alle Hartz-IV-Empfänger, die am Letzten ihr Geld aufs Konto bekommen, im Folgemonat ein Darlehen aufnehmen.

Immerhin erfolgte hier ein Teilerfolg durch Mithilfe der Gruppenmitglieder. Der junge Freiwillige erhielt eine schnelle Antwort seiner Sachbearbeiterin beim Jobcenter Oldenburg: „Gemäß § 1 Absatz 7 Satz 1 ALG-II-Verordnung (neue Fassung) beträgt der Freibetrag tatsächlich 200 Euro. Ich bitte diesen Fehler zu entschuldigen. Ein entsprechender Änderungsbescheid unter Berücksichtigung des Freibetrages von 200 Euro wurde bereits erstellt und geht heute noch per Post raus. Mit freundlichen Grüßen.“

Zur übrigen Falschbehandlung hat der Freiwillige Widerspruch eingelegt und einstweiligen Rechtsschutz beantragt. Notfalls wird er in letzter Konsequenz Verfassungsbeschwerde erheben. Ein Antrag, gegebenenfalls per Sprungrevision sofort beim Bundessozialgericht zugelassen zu werden, ist gerade rausgegangen. Ich unterstütze ihn dabei, habe kräftig zugeschlagen, weitreichende Forderungen gestellt und setze hierbei auch weiterhin auf eure Hilfe. Gemeinsam sind wir stark, und wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Ich will weder Kohlekraftwerke noch Atomkraftwerke!

In der Europapolitik ist es zu einem schweren Konflikt gekommen, der sicher noch einige Zeit lang kontrovers diskutiert werden wird. Deshalb ist es wichtig, dass auch wir Bürger hierzu unsere Meinungen bilden und diese klar zu vertreten ler-

nen – zum Beispiel bei der Montagsdemo. Bekanntlich hat die Europäische Union 27 Mitgliedsstaaten, deren Vertreter über wichtige Themen, Strategien oder Projekte beraten und entscheiden, sie finanzieren und umsetzen lassen.

Ein langfristiges und wichtiges Ziel der EU-Mitglieder ist die Reduzierung des Klimakillers Kohlendioxid. Ein weiteres brisantes Dauerthema ist eine gemeinsame Energiepolitik und die Entwicklung von Möglichkeiten zur Deckung des ständig steigenden Strombedarfs mit nachhaltigen und umweltschonenden Techniken. Was haben diese beiden EU-Programme miteinander zu tun, und worin besteht der Konflikt?

Es ist leider eine physikalische Tatsache, dass ein Atomkraftwerk im Betrieb kein Kohlendioxid abgibt. Nur für Förderung und Aufbereitung von Uran werden 30 bis 60 Gramm Kohlendioxid pro erzeugter Kilowattstunde Strom veranschlagt. Bei der Stromerzeugung durch ein Braunkohlekraftwerk sind es 1.140 Gramm pro Kilowattstunde, bei Steinkohle 900, bei Gas 400. Deshalb sind viele EU-Mitglieder der Ansicht, dass die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke ein guter Beitrag zur Klimapolitik ist.

AKW sind „kohlenstoffarm“, und die Befürworter können mit ihrer aktiven Klimaschutzpolitik bei der EU Karriere machen oder einen guten Eindruck. So wollen unsere französischen Nachbarn, bei denen der Strom zu 75 Prozent in AKW erzeugt wird, noch weitere bauen. Auch in England, Finnland und der Slowakei werden gerade AKW gebaut, in Polen und Litauen geplant. Das wird von der EU-Kommission anerkannt und soll gefördert werden.

Dazu wurde von den Kommissaren Vorschriften entworfen, mit denen leichter staatliche Beihilfen zum Bau von AKW genehmigt werden können. Die EU-Kommissare, zu denen auch der deutsche Katastrophenminister Oettinger gehört, berufen sich hierbei auf den „Euratom-Vertrag“ von 1957. Bereits 2003 unterzeichneten Deutschland, Irland, Österreich, Schweden und Ungarn eine Erklärung, in der sie diesen Vertrag als nicht mehr zeitgemäß einstuften, und forderten eine schnelle Revision.

Dieser alte „Euratom-Vertrag“ wird von Atomstromern mit allen Mitteln am Leben zu erhalten versucht, denn dort ist auch zu lesen, dass die zivile Atomtechnik und -forschung zu fördern ist. Hiervon sind viele Politiker und Atomstromer so begeistert, dass sie ihre alten Kohlekraftwerke möglichst schnell durch „kohlenstoffarme“ Atomkraftwerke ersetzen wollen, wobei sie auf die Beihilfenregelung hoffen.

Deutschland stimmte gegen diese Regelungen; das hat auch unsere Bundesmutter Angela Merkel aktiv unterstützt. Damit liegt das kleine Deutschland wieder mal völlig neben dem Trend und hat sicher einige Atomstromer etwas verärgert. Ich sehe darin eine weitere Vorreiterrolle für Deutschland, denn hierzulande ist der Atomausstieg politisch beschlossen, und neun AKW sind bereits abgeschaltet.

Der Chef der CDU/CSU-Abgeordneten in der EU-Volksvertretung, Herbert Reul, sagt: „Die Kohlendioxid-Reduzierung ist ein wichtiges Ziel der europäischen Klimapolitik“. (Das sehe ich auch so) „Viele Mitgliedsstaaten sind der Ansicht, dass Kernenergie dabei helfen kann.“ (Das ist nicht verkehrt, doch ich bin damit nicht einverstanden.) „Das ist legitim, auch wenn das in Deutschland nicht jedem in den Kram passt.“

Stimmt, Herr Reul, es passt sehr vielen Deutschen – 75 Prozent – nicht mehr in den Kram, nicht mir und meinen Kollegen von der Montagsdemo auch nicht! Deshalb stehen wir hier und sagen unsere Meinung. Ich will weder Kohlekraftwerke noch Atomkraftwerke! Das werde ich nicht nur auf der Montagsdemo vertreten.

Helmut Minkus (parteilos)

Todkranke aus Bremer Hospiz abgeschoben: Sie starb nicht so schnell wie erwartet *(„Radio Berlin-Brandenburg“)*

Django hat ’ne Monatskarte: Aber warum ist sie als Sozialticket nicht übertragbar? *(„Die Linke Bremen“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

433. Bremer Montagsdemo am 29. 07. 2013

Die Welt braucht weder Kohlekraftwerke noch Atomkraftwerke

Möchten Sie lieber in einer Klimakatastrophe umkommen oder sich eher ein Atomkraftwerk um die Ohren fliegen lassen? Vielleicht denken Sie jetzt: Was ist das denn für eine dämliche, absurde, komische Frage? Politiker in Brüssel oder den EU-Mitgliedsstaaten würden die Frage nie so stellen, doch sie präsentieren uns ihre Lösungen genau in der Art, wie ich diese Frage gestellt habe. Es wird jedoch von uns Bürgern verlangt, sie zu beantworten. Wir dürfen ja in unserer Demokratie wählen, was sie vorschlagen.

Sie diskutieren die Themen Klimaschutz und Stromversorgung nach dem Motto: Klimaschutz durch Förderung von Atomkraftwerken. Das wäre eine Lösung beziehungsweise eine mögliche Antwort auf die Frage. Damit kann man sich als Klimaschutzexperte bei der EU in Brüssel bewerben. Klimaschutz durch den Bau neuer Atomkraftwerke: Damit kann man sich als Politiker bei der Atomlobby eine goldene Nase verdienen. Aber uns wird versucht, das als gute Lösung anzubieten.

Einen weiteren Grund, warum das so ist, werde ich Ihnen kurz vorrechnen. Bei der Stromerzeugung durch ein Atomkraftwerk werden 40 Gramm Kohlendioxid-Emission pro Kilowattstunde veranschlagt. Bei Solarstrom sind es 90, bei Wasser 40, bei Wind 23 Gramm. Bei der Stromerzeugung durch ein Braunkohlekraftwerk sind es hingegen 1.140 Gramm. Nicht nur ein Atomstromer, sondern jedes Milchmädchen kann jetzt ausrechnen: Das ist eine Vermeidung von 1.100 Gramm Kohlendioxid bei jeder Kilowattstunde Strom, die Sie in Ihrem Haushalt verbrauchen.

Jetzt schauen Sie mal auf Ihrer Stromrechnung nach, wie viele Kilowattstunden Strom Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Dann können Sie selbst ausrechnen, wie viele Tonnen Kohlendioxid Sie vermieden hätten, wenn es statt „reinem“ Braunkohlestrom nur Atomstrom gäbe. Zum Beispiel sind es 2,2 Tonnen bei 2.000 Kilowattstunden mal 1,1 Kilogramm pro Kilowattstunde. Bei einer solchen

Erkenntnis müsste man doch tatsächlich zum Klimaschützer werden und sich für Atomstrom entscheiden!

Damit nicht der Eindruck entsteht, ich werbe für Atomkraft, möchte ich hier deutlich sagen: Ich verfluche sie und will hier nur die Tricks und Lügen ihre Befürworter verdeutlichen. Wenn zum Beispiel ein Politiker, ein Autohändler oder ein Stromanbieter versucht, Sie von seinem Programm oder Produkt zu überzeugen, stecken meistens aktuelle persönliche Interessen dahinter, seien es Karrierevorteile, Popularitätsgewinn, Macht- oder Geldgier.

Auch wenn es oft sinnlose Produkte sind, die man nicht gebrauchen kann oder schon besitzt, werden sie vermarktet. Das gilt für einen Zweitwagen genauso wie für ein Kohle- oder Atomkraftwerk. Wenn Ihnen also jemand erzählt, ein Kohlekraftwerk sei besser als ein Atomkraftwerk oder umgekehrt, ist das Volksverdummung. Beide sind nicht miteinander vergleichbar, außer dass sie unter nicht akzeptablen Bedingungen etwas Strom liefern. Fazit: Beide sind nicht zu gebrauchen!

Bei obiger Rechnung wurden andere Vergleichskriterien unterschlagen, und es wird mit dem entstandenen Eindruck weiter für Atomkraft geworben. Es wird auch eine dritte mögliche Lösung der obigen Frage unterschlagen beziehungsweise gar nicht erst diskutiert. Es entsteht hier der Eindruck, man könne sich nur zwischen Atom- oder Kohlekraftwerken entscheiden, ohne dass die Lichter ausgehen. Das ist eine weitere große Lüge.

Wie „Greenpeace“ in seiner Studie „Der Plan“ nachweist, ist es technisch möglich, die Atomkraft bis 2015 und die Kohlekraft bis 2030 ganz zu ersetzen, wenn der Bürger- und der politische Wille in ausreichendem Maße vorhanden wären. „Greenpeace“ ist nicht von Lobbyisten und Wirtschaftskriminellen abhängig und kann deshalb unbeeinflusst auch alternative Lösungen aufzeigen. Hier gibt es keine Skrupellosigkeit, keine Macht- und Geldinteressen, aus denen leicht unsinnige Vorschlägen resultieren. Entscheiden wir uns hier für eine sichere, effiziente, nachhaltige Lösung und präsentieren sie dem Rest der Welt!

Helmut Minkus (parteilos)

Der Staat muss das Heraufschießen der Wuchermieten begrenzen

1. Die hohen Mieten lassen das Armutsrisiko in vielen deutschen Städten steigen: Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung haben viele einkommensschwache Familien nach Abzug der **Miete** weniger Geld als Haushalte, die von staatlichen Transferleitungen leben. In Jena habe eine Familie mit zwei Kindern nach Abzug der Wohnkosten monatlich 666 Euro zur Verfügung, liege damit also 43 Prozent

unter dem Hartz-IV-Satz für eine vergleichbare Familie. Dieser Satz betrage bundesweit 1.169 Euro.

An Orten, wo der Wohnungsmarkt weniger angespannt sei, hätten Familien mehr als den Hartz-IV-Satz zur Verfügung. So seien es in Heilbronn mit 1.941 Euro zum Beispiel 66 Prozent mehr. Familien, die maximal 30 Prozent ihres ohnehin schon geringen Verdienstes für eine Wohnung ausgeben müssen, haben es laut der Bertelsmann- Studie in vielen teuren Städten wie München und Frankfurt am Main, aber auch in Jena, Freiburg oder Offenbach besonders schwer: Für sie komme nur jedes hundertste Angebot infrage. Sollen wir daraus jetzt etwa schließen, dass die ALG-II-Sätze zu hoch seien und gekürzt statt erhöht werden müssten?

Im Gedächtnis haften bleibt natürlich völlig unbeabsichtigt und ganz zufällig das Bild von der armen Familie ohne Hartz IV und der im Verhältnis dazu „reichen“ Hartz-IV-Familie, für die die Mietkosten angeblich kein Problem darstellen. Leider werden in der Bertelsmann-Studie die amtlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit über die Wohn- und Kostensituation in Abhängigkeit vom Typ der Bedarfsgemeinschaft und die dort ausgewiesenen durchschnittlichen tatsächlichen (und anerkannten) Kosten der Unterkunft und Heizung des Bedarfsgemeinschaftstyps „Paar mit zwei Kindern“ konsequent ignoriert.

Das Jenaer Jobcenter ermittelte im Dezember 2011 für 166 Bedarfsgemeinschaften dieses Typs durchschnittliche tatsächliche Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 551,29 Euro. Die von der Bertelsmann-Studie „ermittelten“ Kosten für diesen Personenkreis liegen mit 700 Euro also um 148,71 Euro oder 27 Prozent über den durchschnittlichen tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung!

Diesen hinkenden Vergleichen, die wir seit Jahren kennen, scheint auch der ewig gleiche Rechentrick zugrunde zu liegen, dass in dieser einen Familie mit zwei Kindern wahrscheinlich nur das Einkommen des Vaters mitgezählt wird, weil die Mutter keiner Erwerbsarbeit nachgeht und Wohn- und Kindergeld oder gegebenenfalls Elterngeld nie berücksichtigt und einberechnet werden. Gingen beide Eltern einer Erwerbsarbeit nach, besäßen sie wesentlich mehr, selbst wenn die Mutter nur einen 400-Euro-Job hätte.

Auch dürfen wir nicht vergessen, dass ein nicht unmaßgebliches Hauptproblem bestehen bleibt, weil die Mieten viel zu hoch sind und der Staat sich vor seiner Verantwortung drückt, schleunigst das unbegrenzte Heraufschießen der Wuchermieten in astronomische Höhe als Fass ohne Boden zu begrenzen und gefälligst für einen sozialen Wohnungsmarkt zu sorgen. Unsere Politiker auf der schwarz-gelben Regierungsbank dürfen doch nicht nur ihre wohlhabende Klientel vertreten!

2. Aus einer Studie des Forschungsinstituts IAB geht hervor, dass knapp ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland für einen **Niedriglohn** von weniger als 9,54 Euro brutto in der Stunde arbeiten muss. Damit liegt Deutschland beim Anteil der Geringverdiener weit vorne, direkt hinter Litauen auf dem zweiten Platz. Das zur Bundesagentur für Arbeit gehörende Institut weist süffisant darauf hin, Niedriglohnbeschäftigung müsse nicht unbedingt mit Einkommensarmut einhergehen, weil die Armutsgefährdung nicht nur vom individuellen Bruttolohn, sondern auch von anderen Einkünften, also von der Wirkung des Steuer- und Transfersystems und vom „Haushaltskontext“ abhänge.

Klar, wer Transferleistungen bezieht, ist ja bloß „armutsgefährdet“ und nicht etwa arm! Mehr als 80 Prozent der Geringverdiener in Deutschland zählen nicht zu den Geringqualifizierten, sondern haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit wird die Behauptung, Geringverdiener hätten meist keine Ausbildung und seien somit selbst schuld an ihrer Situation, ad absurdum geführt. Länderübergreifend finden sich vor allem Frauen, Jüngere, Geringqualifizierte, Ausländer, befristet Beschäftigte und Arbeitnehmer in Kleinbetrieben unter den Geringverdienern. In Deutschland sind gerade die Niedriglohnquoten von Frauen und Teilzeitbeschäftigten besonders hoch. Hier stieg die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten bereits seit den neunziger Jahren ebenso deutlich an wie ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung.

Der Arbeitsmarktforscher Thomas Rhein schreibt, einerseits könne die zunehmende Verbreitung von Niedriglöhnen die „Chancen“ für Erwerbslose vergrößern, wieder in Arbeit zu kommen; andererseits sei sie aber als Teil eines breiteren gesellschaftlichen – und sozialpolitisch problematischen – Trends zur Polarisierung der Erwerbseinkommen zu sehen. Von der Lohndrückerei und „Geiz-ist-geil“-Mentalität haben Erwerbslose überhaupt nichts, denn „Arbeit, Arbeit über alles“ kann kaum als das Nonplusultra per se bezeichnet werden, weil wir nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben, und uns von der Arbeit Annehmlichkeiten schaffen wollen.

Im Februar 1999 erklärte der damalige Bundeskanzler und Sozialdemokrat Gerhard Schröder kurz nach seinem Amtsantritt: „Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen, der die Menschen, die jetzt Transfereinkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt“, und leitete in Deutschland den Aufbau eines der größten Niedriglohnsektoren Europas auf dem Rücken der Dumpinglöhner und Erwerbslosen ein. Nun stellte selbst das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit, dem eine „ideologische Linkslastigkeit“ kaum nachgesagt werden kann, fest, dass ein großer Niedriglohnsektor für eine hohe Beschäftigungsquote absolut nicht nötig ist.

Im Gegenteil: Länder wie Dänemark oder Schweden haben eine hohe Beschäftigungsquote und gleichzeitig relativ wenige Geringverdiener. Also kann jedes Land selbst entscheiden, mit welcher Strategie es Jobs schafft und wer dabei protegiert werden soll. Für eine hohe Beschäftigungsquote ist ein Niedriglohnsektor absolut nicht nötig, für eine unverschämt einseitige Profitmaximierung hin-

gegen schon. Wenn Schröder sich geirrt hat, ist es mehr als unfair, dass andere dies für ihn ausbaden müssen! Politik kann dafür sorgen, dass die Lohnkluft wieder geringer wird. Wir alle wissen, dass ein einheitlicher Mindestlohn ohne Jobverluste machbar ist!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Schwabenstreich geht neue Wege

Wir geben bekannt, dass wir am 29. Juli 2013 die Bürgerinitiative „Stuttgart gegen das Erdgasfracking in Oberschwaben und rund um den Bodensee“ ins Leben gerufen haben. Für Bremen wird eine entsprechende Initiative im August/September 2013 gegründet.

Ziel der Stuttgarter Bürgerinitiative ist der konstruktive und zielgerichtete Widerstand gegen die Erteilung von Erkundungskonzessionen und einhergehende Konzessionen für das Fracking von Schiefergas.

Ziele der Bremer Bürgerinitiative werden sein: Aufklärung der Bremer Bevölkerung über die Risiken von Erdgasfracking, Verhinderung weiteren Frackings bei der konventionellen Erdgasförderung, Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen rund um Bremen.

Die diesbezügliche Petition bitten wir zu unterzeichnen und weiterzuleiten. Sie lautet: „Wir sind dagegen, dass das Trinkwasser von Millionen Menschen durch die toxischen Chemikalien, die beim Fracking verwendet werden, verseucht und ungenießbar wird“.

Sybill DeBuer (Freie Bürger Deutschland)

Der „gestärkte freiwillige Ehrendienst“ und die Lebenswirklichkeit

Hier der Versuch eines jungen Freiwilligen, die Beachtung des „Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes“ durch die Jobcenter zu erreichen. Er hat am 24. Juli 2013 beim Sozialgericht Antrag auf ein Eilverfahren mit einstweiliger Anordnung gegen das Jobcenter bezüglich seiner Existenzsicherung ab dem 1. August gestellt

und eine Bescheinigung des Diakonischen Werkes vom 10. Juli beigefügt. Der Wortlaut:

„Sehr geehrte Damen und Herren, nach Auskunft der zuständigen Mitarbeiter und ausweislich des im Betreff aufgeführten Bescheides beabsichtigt das Jobcenter, mir nicht meinen Regelsatz zum 1. August 2013 in der notwendigen Höhe zu zahlen, und beruft sich dabei auf das Zufluss-Prinzip, welches gegebenenfalls eintritt. Zur Anrechnung und Berücksichtigung von Leistungen beziehungsweise Freibeträgen ist der Bescheid fehlerhaft und rechtswidrig. Auch der Eintritt meiner eigenen Sozialversicherungspflicht mit Krankenversicherung wurde falsch angegeben. Insoweit bitte ich um Beiziehung des Bescheides vom 17. Juli 2013 und um die Beiziehung der Akten. In meinen Augen werde ich aber auch weiterhin benachteiligt. Ich möchte Ihnen in folgenden Punkten zur Kenntnis bringen, was ich für rechts- und sogar grundgesetzwidrig erachte:

1. Man will mir seitens des Jobcenters nicht den Regelsatz als eigene Bedarfsgemeinschaft bewilligen, obwohl ich hinsichtlich der Verpflegung und aller übrigen Kosten einen ganz anderen Bedarf habe als meine Eltern. Dies ergibt sich aus der Tätigkeit des Freiwilligendienstes und hat zum Beispiel mit den Kosten für Unterkunft und Heizung überhaupt nichts zu tun. Insoweit beantrage ich das Jobcenter zu verpflichten, meine eigene Bedarfsgemeinschaft anzuerkennen, da ich beispielsweise kaum an der häuslichen Verpflegung teilhaben werde.
2. Weiterhin will das Jobcenter sogar das zweckgebundene Verpflegungsgeld, welches nach der anliegenden Bescheinigung 211,55 Euro beträgt, zumindest wohl in Höhe des den Anteil aus dem Regelsatz übersteigenden Betrags auf meine Leistungen anrechnen. Dies dürfte der Lebenswirklichkeit widersprechen sowie den Berechnungen des Trägers des Freiwilligendienstes, aber auch meinen Grundrechten im Vergleich mit anderen Freiwilligen, die nicht auf ergänzendes Hartz IV angewiesen sind. Weiterhin müsste ich meinen 40-stündigen Dienst dann – als Fast-zwei-Meter-Mann mit einem Gewicht von über 100 Kilogramm – wohl mit einer Mangelernährung überstehen, von der Ignoranz des Jobcenters hinsichtlich höherer Kosten bei einer Kantinenverpflegung ganz abgesehen.
3. Auch hier beantrage ich die volle Anerkennung der Zahlung des Verpflegungsgeldes unter Herausrechnung meines Bedarfes für Verpflegung gemäß dem SGB II. Dieser Betrag dürfte ungefähr 90 Euro betragen, davon ausgehend, dass circa 120 Euro aus dem vom Jobcenter ausgewiesenem Regelsatz für Ernährung – beispielsweise ohne Tätigkeiten – vorgesehen sind.

4. Abschließend beantrage ich, das Jobcenter zu verpflichten, mir meinen rechtmäßigen Regelsatz zum 1. August 2013 auszuzahlen und nicht, wie vom Jobcenter vorgeschlagen, über ein Darlehen zu finanzieren. Ich lehne es auch aufgrund meiner Erziehung entschieden ab, Schulden zu machen, um einen Freiwilligendienst anzutreten, der logischerweise vom Staat und seinen Behörden gefördert werden soll, aber in der vorgeschlagenen Ausführung dem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ widerspricht, statt ihm gerecht zu werden, zumal es in den Folgemonaten der Kürzung meines Regelsatzes gleichkommt.
5. Zu guter Letzt möchte ich darauf hinweisen, dass das Jobcenter auch den Mietvertrag meiner Eltern durch die Nichtzahlung zum Ersten des Monats August gefährdet, da sie die volle Miete pünktlich bezahlen müssen, ich selbst aber gar keinen Vertrag mit dem Vermieter habe. Selbstverständlich bin ich damit einverstanden, dass die Zahlungen des Trägers des Freiwilligen Sozialen Jahres ab dem 1. September, der Lebenswirklichkeit entsprechend, in rechtmäßiger Weise angerechnet werden.

Ohne Geld für Essen und für Fahrtkosten werde ich meinen Dienst im Freiwilligen Sozialen Jahr nicht antreten können. Dadurch begründet sich auch die Notwendigkeit eines Eilverfahrens mit einer einstweiligen Anordnung. Ich bitte das Gericht daher um schnellstmögliche Überprüfung und Entscheidung sowie gegebenenfalls um die Zulassung einer Sprungrevision zum Bundessozialgericht bei einer eventuellen Ablehnung meines Antrages. Ich bitte Sie, mir den Eingang meiner Eilklage zu bestätigen! Mit freundlichen Grüßen.“

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) – siehe auch „Scharf links“

Ein Jahr Villenarrest: Oberstes Gericht bestätigt Urteil gegen Berlusconi wegen Steuerbetrugs *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

434. Bremer Montagsdemo am 05. 08. 2013

Mehr Vorladungen schaffen mehr Sanktionsmöglichkeiten, aber keine Arbeitsplätze

1. Ein jetzt in Kraft tretendes „Kontaktdichtekonzept“ sorgt dafür, dass in Hamburg Hartz-IV-Bezieher in Zukunft häufiger bei ihren Sachbearbeitern erscheinen müssen als zuvor. Bisher mussten Arbeitslose in Hamburg unterschiedlich oft zum Gespräch antreten, wurden Menschen, deren Chancen auf dem Arbeitsmark als gering eingestuft werden, seltener vorgeladen als andere.

Doch nun sollen alle Arbeitslosen, die älter sind als 25 Jahre, unabhängig von der individuellen Lebenssituation alle drei Monate zum Beratungsgespräch geladen werden. Optimierungsergebnis hin oder her: Mehr Vorladungen können zwar nicht gerade automatisch mehr Arbeitsangebote schaffen, wohl aber mehr Druck und Kontrolle und natürlich auch mehr Möglichkeiten, dass Termine vergessen werden und eine **Sanktion** ausgesprochen werden kann.

Muss ich noch erwähnen, dass die Jobcenter-Sprecherin den Vorwurf, dass es sich hierbei um eine Sanktionserhöhung handelt, als nicht zutreffend zurückweist? Könnte durch den gestiegenen Druck einer erhöhten Kontaktdichte vielleicht gar eine Verjüngungskur in die Wege geleitet werden, die Erwerbslose jenseits des Verfallsdatums von 35 Jahren mit einem Jungbrunnen beglückt? Oder kann eine alleinerziehende „Kundin“ des Jobcenters mit jungen Kindern plötzlich einen neuen Lebenspartner und außerdem noch ausreichende Kinderbetreuung allein dadurch finden, indem sie mit oder ohne Kinder häufiger beim Jobcenter auf der Matte stehen muss?

2. Obwohl Heike S. eine Banklehre, gute Arbeitszeugnisse und jahrzehntelange Erfahrung in Büro und Buchhaltung vorweisen kann, findet sie keine feste Stelle mehr. Die 51-Jährige nimmt im strukturschwachen Worms notgedrungen jede Arbeit an, die sie überhaupt noch finden kann. Zurzeit arbeitet sie 15 Stunden pro

Monat bei der Gemeindeverwaltung und vier Stunden die Woche an der Kasse eines Großhandels. Neuerdings verdient sie sich noch ein paar Euro als Stadtführerin dazu.

Der gebürtige Duisburger Aydin E., dessen Alter nicht genannt wird, arbeitet seit 20 Jahren als Hochzeitsplaner. Er muss das Essen kalkulieren, ohne genau zu wissen, wie viele Gäste kommen werden, und findet, es sei „Stress pur", für den schönsten Tag im Leben eines Paares verantwortlich zu sein. Allerdings bedarf es schon eines ziemlichen Kraftaufwandes, um die Strapazen seines eigenen Arbeitstages zu meistern. Bevor Aydin E. sich dem Hochzeitsgeschäft widmet, hat er bereits acht Stunden Frühschicht bei Thyssen hinter sich und tauscht dann die Sicherheitsschuhe mit dem Anzug. Wenn er nachts um ein Uhr das Licht im Festsaal ausschaltet, weiß er, dass fünf Stunden später seine nächste Frühschicht beginnt.

In Deutschland gibt es zweieinhalb Millionen Multijobber wie Heike S. und Aydin E. Laut Bundesanstalt für Arbeit sind es noch viel mehr, denn die Statistik erfasst praktischerweise nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die gleichzeitig noch einen **Minijob** ausüben. Nach Angaben des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" arbeiten aktuell 7,4 Millionen Menschen zu Stundenlöhnen von teilweise unter sieben Euro in Minijobs, wodurch immer mehr Menschen gezwungen sind, ihre Einkommen mit Hartz IV oder einem 450-Euro-Minijob aufzustocken.

Während die Bundesregierung diese skandalösen Zustände erstaunlicherweise voller Stolz zum „deutschen Jobwunder" euphemisiert, beklagen Gewerkschafter Lohndumping und die Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Ein großes „Lob" an die Hartz-Gesetze, die endlich die menschenverachtenden antisozialen, unsolidarisch ungerechten Lebensbedingungen aus Amerika ganz und gar zu uns herüberschwappen lassen: den Zweitjob als Normalfall, durch Entmachtung der Gewerkschaften kaum brauchbare Tarifverträge, das Abschmelzen des Sozialstaates bei gleichzeitigem Abhängigmachen von staatlichen Almosen oder das Abkoppeln der Reallöhne von der Preissteigerung!

3. Während ein kleiner Teil Deutschlands dank der neoliberalen Politik auf Rosen gebettet immer reicher wird, verlieren andererseits immer mehr Menschen ihr eigenes Dach über dem Kopf. Nach einer Schätzung der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe" ist ihre Zahl in den Jahren 2010 bis 2012 drastisch um 15 Prozent gestiegen. Unter den 284.000 wohnungslosen Menschen des Vorjahres waren 32.000 Kinder und minderjährige Jugendliche, rund 24.000 Bundesbürger lebten auf der Straße. Konservativ geschätzt könnte die Zahl der Wohnungslosen bis zum Jahr 2016 auf 380.000 anwachsen. Das wahre Ausmaß dürfte noch weitaus größer sein.

Ein Grund für den massenhaften Anstieg von **Obdachlosigkeit** sind die extrem gestiegenen Mietpreise vor allem in Ballungsgebieten; gleichzeitig verarmten die unteren sozialen Schichten. Ein anderer Grund sind die harschen, erbar-

mungslosen Sanktionen der Jobcenter, die gerade den Unterfünfundzwanzigjährigen oft vorschnell jegliche finanzielle Unterstützung für kleinste Ordnungswidrigkeiten streichen, was bestimmt nicht nur von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ für verfassungswidrig gehalten wird. Wie kann ein „Existenzminimum“, das ohnehin nicht zum Leben reicht, noch gekürzt, gar ganz gestrichen werden?

Derweil sind in Deutschland die staatlichen und privaten Sozialleistungen im Jahr 2012 um 35 Milliarden Euro auf das Rekordniveau von 782,4 Milliarden Euro angewachsen. Als Grund dafür nennt der Sozialbericht 2013 den Gesundheitsbereich und geht auch künftig von steigenden Sozialausgaben aus. Auch wenn ab diesem Jahr die super unsoziale Praxisgebühr abgeschafft wurde, ist nach der Wahl mit weiterer Umverteilung durch „mehr Eigenverantwortung“ zu rechnen, allerdings von unten nach oben und ohne finanzielle Möglichkeiten dazu.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bleierne Jahre: Nicht wählen ändert auch nichts *(„Spiegel-Online“)*

Trotz Zumutungen und Sanktionen: Die Verweildauer in Hartz IV ist deutlich länger als bei den Vorgängersystemen *(„Handelsblatt“)*

Der Klimaschutz der Autoindustrie

An den vergangenen Montagen habe ich darüber berichtet, wie in der Europäischen Union Klima- und Energiepolitik gemacht wird. Ich habe Ihnen gesagt, wie Sie sich auf einfache Weise selbst daran beteiligen können. Wir wissen jetzt auch, was wir von dem Slogan „Klimaschutz durch Förderung von Atomkraftwerken“ halten können. Wir wissen von der traurigen Tatsache, dass sich die Politiker in vielen Ländern – nicht nur der EU – die Klimapolitik der Zukunft nach dem Motto „Klimaschutz durch Bau neuer Atomkraftwerke“ vorstellen. Das ist alles auf unserer Homepage nachzulesen.

Heute will ich Ihnen sagen, wie der langfristige Klimaschutz der Autoindustrie geplant ist. Es ist ein Täuschungsmanöver von globalem Ausmaß, bei dem nur die Größten der Branche ihre Gewinne maximieren. Die Autoindustrie verursacht einen erheblichen Anteil unnötiger Kohlendioxid-Emissionen – auch deshalb, weil es ihre Kunden bisher nicht geschafft haben, massiv genug effizientere PKW zu fordern. Unsere „autopotente“ Gesellschaft lässt sich lieber weiterhin durch wer-

bepsychologische Tricks zu Kaufentscheidungen hinters Licht führen, statt sich von rationalen Kriterien leiten zu lassen.

Als Lösung der Zukunft werden überall „Kohlendioxid-neutrale“ Elektroautos produziert und propagiert, so auch von der EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan „Saubere Energie für den Verkehr“. Ein dummer Spruch lautet: „Ein Elektroauto gibt beim Fahren kein Kohlendioxid ab“, so zu lesen in Broschüren von Peugeot und EWE. Das ist zwar nicht falsch, doch das Kohlendioxid aus dem Strom des Autos fällt beim „Tanken“ beziehungsweise Aufladen an. Das Stromgemisch aller deutschen Kraftwerke, das aus den Steckdosen kommt, wird heutzutage mit 0,7 Kilogramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde veranschlagt, auch „Kohlendioxid-Äquivalent“ genannt.

Fragen Sie mal einen Autohändler, ob er diesen Wert kennt beziehungsweise was er bedeutet. Wir brauchen diesen Wert, um damit auszurechnen, wie sauber Elektroautos wirklich sind. Es gibt auch noch zwei weitere wichtige Zahlen, die im Katalog der Autohersteller nicht immer leicht zu finden sind, die aber der Autohändler unbedingt wissen muss, nämlich wie viele Kilowattstunden die Batterie speichern kann (was einer Tankfüllung entspricht) und wie weit damit gefahren werden kann. Dazu ein Beispiel:

Laut Angaben eines bekannten Herstellers kann die Batterie seines Kleinwagens mit 16 Kilowattstunden aufgeladen werden. Das entspricht 11,2 Kilogramm Kohlendioxid-Abgabe, wenn die Batterie wieder leer gefahren ist: 0,7 Kilogramm mal 16 Kilowattstunden. Die Reichweite beträgt 150 km. Damit kann ich ausrechnen, dass für die Fahrt mit diesem E-Mobil 75 Gramm pro Kilometer Kohlendioxid veranschlagt werden müssen: 11,2 Kilogramm durch 150 Kilometer. Das entspricht einem 3,1-Liter-Auto und ist technisch nichts Besonderes. Einen „Lupo“ mit diesem Verbrauch gab es schon.

Beispiel 2 für ein etwas sportlicheres Elektroauto mit einer Batterieladung von 70 Kilowattstunde und 350 Kilometern Reichweite: 0,7 Kilogramm pro Kilowattstunde mal 70 Kilowattstunden sind 49 Kilogramm Kohlendioxid für 350 Kilometer. Das ergibt 140 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer, was einem 5,8-Liter-Auto entspricht. Diese einfachen Rechnungen zeigen, dass ein Elektroauto mit Klimaschutz nichts zu tun hat und schon gar nicht Kohlendioxid-neutral ist.

Wer sein Elektroauto an einer Haushaltssteckdose auflädt, was für „normal“ gehalten wird, ist auf die Verschweigungstaktik und falsche Werbungen von gesetzlich legalisierter Volksverdummung hereingefallen. Die könnten wir auch Wirtschaft oder EU-Politik nennen. Daran verdienen wie üblich nur Groß- und Atomstromer und ihre Förderer. Wie das wenigstens teilweise vermeidbar ist und was wir alle zu einer wirksameren Klimaschutz- und Energiepolitik beitragen können, folgt in meinem nächsten Beitrag.

Helmut Minkus (parteilos)

Die arktische Zeitbombe tickt

Drei Forscher machten kürzlich im Fachmagazin „Nature“ bekannt, dass die Freisetzung des bisher eingefrorenen Methans durch das Schmelzen des Packeises in der Arktis unabsehbare Folgen für die Menschheit hätte. Sie bestätigen eine Berechnung aus dem Jahr 2008 von Forschern aus Russland, wonach dort bis 2020 bis zu 50 Milliarden Tonnen Methan in die Atmosphäre entweichen werden. Verheerende Überschwemmungen, Dürren und Unwetter würden dann die Erde überziehen. „Dann schmilzt auch die Zeitspanne, bis die globale Temperaturerwärmung die zwei Grad überschreitet, auf 15 bis 35 Jahre zusammen“, erklärte der Forscher Chris Hope.

Methan ist ein äußerst aggressives Treibhausgas, das in der Arktis bisher als Methanhydrat in Wasser eingefroren ist. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die natürlichen Lebensgrundlagen werden katastrophal sein. Volkswirtschaftlich würde nach Meinung der Forscher allein durch das freiwerdende Methan der Arktis ein Schaden von 45.000 Milliarden Euro entstehen. Das entspricht etwa den gesamten weltweit produzierten Werten eines Jahres. Würde der sonstige Kohlendioxid-Ausstoß in dem Maße weiter steigen wie bisher, käme es den Forschern zufolge sogar zu unvorstellbaren 175 Billionen Euro Schaden.

„Das ist eine unsichtbare Zeitbombe“, erklärte Wissenschaftlerin Gail Whiteman. Dabei ist diese Berechnung noch „sehr optimistisch“, denn in die Berechnung geht weder das Auftauen der Permafrostböden in Russland und Kanada noch in der Antarktis ein, wodurch auch jetzt schon Unmengen an Methan entweichen. Die Forscher können auch gar nicht die Wechselwirkungen mit anderen Faktoren des Übergangs in die Umweltkatastrophe in ihre Rechnung mit einbeziehen. Im schlimmsten Fall kann sich die Erderwärmung komplett verselbständigen.

Das Abtauen der Arktis verspricht kurzfristig hohe Profite. Schon läuft das Geschacher um die Ausbeutungsrechte auf Hochtouren. Große Energiekonzerne träumen von einer „einfacheren“ Förderung von Gas- und Erdölvorkommen. „Das Schmelzen des Eises verursacht einen Ansturm auf genau die fossilen Brennstoffe, die das Schmelzen überhaupt erst angetrieben haben“, stellte der Chef der UN- Umweltorganisation Achim Steiner fest. Was für eine bizarre Situation: Die Erderwärmung bedroht die Arktis – aber statt alles für ihren Schutz zu tun, interessieren sich Anrainerstaaten und internationale Konzerne nur für die ökonomische Ausbeutung des ewigen Eises.

So wird die Zerstörung der Arktis noch genutzt, um die Erderwärmung weiter anzuheizen. In der heute vorherrschenden Art und Weise zu produzieren und zu konsumieren steht der kurzfristige Profit einer kleinen Schicht des internatio-

nalen Finanzkapitals im Vordergrund. Dies ist unvereinbar mit dem Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit. Deshalb brauchen wir eine internationale Widerstandsfront zur Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft.

Das wird dauerhaft erst im echten Sozialismus möglich sein! Dafür steht die MLPD – dafür kandidiert sie radikal links zur Bundestagswahl. Wer konsequent für den Schutz der natürlichen Umwelt eintreten will, sollte in der **Wählerinitiative** der **MLPD** mitmachen. Das nächste **Treffen** in Bremen ist am **Freitag**, dem **16. August 2013** um **17:30 Uhr** im Café „**Gem's mug**", Langemarckstraße 82.

Harald Braun

Bremen will keinen Mietspiegel – ein schlechter Scherz des Senats

1. Bradley Manning wurde nicht mit der Todesstrafe belegt. Die Zahl der Jahre hinter Gittern wird noch verhandelt. Manning war geständig. Er wurde trotzdem gefoltert, war nackt in einer Einzelzelle, wurde mit dem Kopf unter Wasser gedrückt. All dies ist in den USA per Gesetz *keine* Folter und ausdrücklich erlaubt. Warum ein geständiger Soldat trotzdem entwürdigt wird, erschließt sich wohl nur den Peinigern und dem Präsidenten – er muss entsprechend wegschauen. Durch die Veröffentlichung dieser Behandlung ist auch klar, was die Zusage der USA wert ist, sie würden Edward Snowden nicht foltern! Snowden hat für ein Jahr politisches Asyl in Russland erhalten. Er hat die Option auf Verlängerung. Er darf in dieser Zeit nichts mehr enthüllen, die Journalisten werden dies aber weiterhin ans Tageslicht bringen.

Vorletzte Woche habe ich auf den ARD-Bericht über das Töten per Drohne hingewiesen. So gewinnen die USA Tag für Tag neue Erzfeinde! Die USA wollen nunmehr den Drohnenkrieg in Pakistan beenden, verraten aber kein Datum! Muss Pakistan besänftigt werden, das den alternativen Landweg nach Afghanistan bietet, oder will US-Präsident Barack Obama endlich den Zulauf für die Taliban stoppen?

Beim Drohneneinsatz und bei der Drohnenherstellung mischt die NSA ebenfalls mit. Frau Merkel hat vor der Abreise aus Berlin über die **Bespitzelung** erklärt, in Deutschland seien deutsche Gesetze zu beachten. Das klang kraftvoll. Jetzt scheint es so, als ob die Bespitzelung in Deutschland vom Gesetzgeber genehmigt und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Damit war die Bespitze-

lung per Extra-Gesetz erlaubt! Das will Frau Merkel nicht gewusst haben? Bei der Veröffentlichung wurden Umfang und Rahmenbedingungen nicht ausformuliert.

Die jetzt aufgehobenen Vereinbarungen aus den Sechzigerjahren zeigen, wie weit diese Entmündigung zurückgeht. Noch immer fehlt der Mut, den Schlussstrich zu ziehen! Schluss damit – und anschließend Offenlegung der Fakten! Und endlich einen Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg! Wenn wir Freunde sind, warum haben wir noch immer keinen Friedensvertrag? Jeden Tag erfährt die unglaubliche Handlungsweise der USA Weiterungen. So haben die USA betont, Politiker würden nicht abgehört, und es werde keine Industriespionage betrieben. Doch der britische Geheimdienst arbeitet mit der NSA eng zusammen, zum Wohle der Wirtschaft.

Nun ist ein neuer Name aufgetaucht: XKeyscore. Die Spionagesoftware bietet die Möglichkeit, weltweit in Echtzeit alles auf dem Bildschirm zu sehen, nach Wunschkriterien selektiert. Wie soll den bei dieser Überwachung noch ein Schutz der Politiker oder der Wirtschaft möglich sein? Doch warum sollte Verwertungsbeschränkung für den Präsidenten erstrebenswert sein? Alles und jede(r) kann überwacht werden! Die Bundesanwaltschaft will die Übereinstimmung zwischen Genehmigung und Geschehen prüfen, somit untersuchen, ob Spionage vorliegt.

Aktuell haben die USA Terrorwarnungen ausgegeben und Botschaften geschlossen. Auch andere Länder haben ihre Botschaften geschlossen. Die Entwicklung erinnert mich an das „Celler Loch“. Die Ausspähmöglichkeiten bergen die Gefahr, einfach durch das Raster auffällig zu werden und in die Mühlen zu geraten. Till Mette hat dies skizziert. Ein Mensch erhält Besuch von der Staatsmacht: „Kommen Sie bitte mit!“ – „Wieso? Ich habe doch gar nichts getan.“ – „Ja, aber in zwei Jahren werden Sie etwas tun.“ Die Datenauswertung der USA erfolgt auch im Hinblick auf künftige Täter. Diese werden dann vorsorglich „enger“ beäugt und besucht, einfach so! Genutzt werden alle Informationsquellen. Ein Opfer des deutschen Verfassungsschutzes ist Rechtsanwalt Rolf Gössner. Murat Kunatz ist Opfer der US-Überwachung und auch der deutschen Behörden, siehe Bremer Montagsdemo.

Die Möglichkeiten der Information steigen. In Bremen gibt es Wohnungen mit Funk-Wasseruhren. Auch die Heizkostenverteiler melden sich per Funk und geben den Verbrauch nach Vorgaben des Eigentümers an. Als Stromzähler werden nur noch elektronische Geräte eingebaut. Sie sind ständig mit dem Internet verbunden und zeichnen den Verbrauch aktuell auf, der somit im zeitlichen Verlauf nachvollziehbar ist. Natürlich können diese Daten auch zu Überwachungszwecken genutzt werden.

Bekleidungsfirmen und einige Lebensmittelhersteller wollen GPS-Sender einarbeiten. Damit wären das Produkt und der Mensch verfolgbar. Bei manchen Autotypen sind diese Chips bereits serienmäßig eingebaut. Das ist alles zum Vorteil des Menschen gedacht und zweckmäßig, doch die Überwachungsmöglichkeiten müssen verhindert werden, oder das Produkt muss ohne Funkchip auskommen. Was kann ich selbst machen? Richtig wählen und zwischendurch bereits

dem Abgeordneten die eigene Meinung kundtun. Die Vorratsdatenspeicherung soll auch in Deutschland eingeführt werden, nach der Bundestagswahl – falls sich eine Mehrheit dafür findet!

Wir hören täglich auch über die Wegbereiter der Datenschnüffelei. Einige Telefonfirmen haben Daten aufbereitet und weitergeleitet. Ich habe vor Jahren eine größere Telefonanlage geplant und einbauen lassen. Die Anlage musste so programmiert werden, dass extern auf jeden Apparat zugegriffen werden kann, ohne dass der Betreiber der Anlage dies bemerkt. In der Zentrale leuchtet für diese Leitungsnutzung keine Kontrolllampe. Es ertönt auch kein Besetztzeichen, wenn diese Leitung von anderen genutzt wird. Die so angezapfte Nebenstelle kann auch räumlich überwacht werden. Das Auflegen des Hörers wird insofern ignoriert, die Funktion Raumüberwachung kann jederzeit aktiviert werden.. Es kann gehört werden, was in dem Raum vorgeht und gesprochen wird. Es ertönt kein Rufzeichen. Ist jede Telefonanlage so programmiert? Wer den Zugangskode kennt, kann sich einschleichen und abkupfern. Die Kodewörter sind vom Hersteller vorgegeben – es soll nicht sehr viele verschiedene geben. Muss dieses Scheunentor gemäß Bundesfernmeldegesetz eingebaut werden? So jedenfalls lautete die damalige Begründung des Lieferanten.

2. Das Jobcenter Hamburg soll die Kontaktdichte erhöhen: Die Erwerbslosen sollen öfter vorgeladen werden. Eine Personalaufstockung soll dafür nicht erfolgen. Die Erwerbslosen erhalten mit jeder Einladung auch die Androhung von **Sanktionen**. Die verantwortlichen Politiker wollen es wissen, dabei kennen sie bestimmt das Vorgehen gegen die Arbeitsvermittlerin Inge Hannemann, die sich darüber beschwert, dass sie keine Arbeit vermitteln kann, aber Sanktionen verhängen soll. Für die Jugendlichen Erwerbslosen sind besonders schwere Sanktionen vorgesehen.

Den verantwortlichen Politikern ist die Sachlage bekannt. Trotzdem wird die erhöhte Kontaktdichte die Zahl der zu verhängenden Sanktionen erhöhen. Soll ein weiterer Fakt gegen die Rückkehr von Inge Hannemann an ihren Arbeitsplatz geschaffen werden? Sanktionen verstoßen gegen das Grundgesetz! Wenn das Arbeitsgericht dies akzeptiert, sollte es die Rückkehr an den Arbeitsplatz unterstützen. Die Opfer der Sanktionen und Schikanen gibt es auch in Bremen. „Bevor du vor die Tür trittst, guck nach oben!“ Ein unsinniger Satz? Für Hochhausbewohner in Bremen nicht: Immer wieder beenden Menschen ihr Leben durch einen Sprung vom Hochhaus. Es steht nicht in den Nachrichten.

In den Quartieren macht mensch alles, um dies zu vertuschen. Diese Selbstmörder werden als Nestbeschmutzer angesehen. Darüber wird nicht geredet! Eine falsche Reaktion. Die Fakten gehören auf den Tisch! Die Mitarbeiter des Jobcenters wissen, dass besonders verzweifelte Kunden plötzlich nicht wieder kommen. Die Statistik sagt dazu: „Sie konnten ihre Hilfebedürftigkeit erfolgreich beenden“. Auf der Akte der Bagis – des jetzigen Jobcenters – von Kevins Ziehvater stand sinngemäß: „Hurra, den sind wir los“.

3. Bremen will keinen Mietspiegel, und es will die **Mietobergrenzen** der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ nicht erhöhen. Die SPD möchte die Kosten für den Mietspiegel einsparen, mehrere Hunderttausend Euro. Er würde Rechtssicherheit hinsichtlich einer angemessenen Miete bringen. Ohne Mietspiegel sollte Bremen die tatsächlichen Mietaufwendungen als angemessen einstufen und diese erstatten. Das Landessozialgericht hat bisher einen Sicherungszuschlag von zehn Prozent für angemessen erklärt.

Bremen muss Beweise vorlegen, wenn eine Wohnung als unangemessen teuer eingestuft und eine geringere Miete erstattet wird. Falls eine Klage auf Übernahme der vollen Kosten der Unterkunft beim Gericht landet, kann dieses den Mietspiegel anfertigen lassen, um seine Entscheidung aufgrund von Tatsachen zu treffen. Auch in diesem Fall wird Bremen mit den Kosten für die Erstattung des Mietspiegels belastet. Insgesamt ist die Sache ein schlechter Scherz des Senats zulasten aller Bremer(innen) mit wenig Einkommen, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemos. Die Quittung? Bereits bei der Bundestagswahl einfach wegkreuzen!

Es ist insgesamt ein Sprung rückwärts. Im Jahr 2005 sollten 245 Euro für eine 50-Quadratmeter-Wohnung angemessen sein. Zwei Gutachten von „Gewos“ sollten dies untermauern, waren aber nicht gerichtsfest, die 245 Euro also nicht angemessen. Trotzdem hat Bremen viel Geld gespart, weil viele Erwerbslose den Weg vors Gericht nicht gehen wollten. Wer bei den Kosten der Unterkunft einen Teil aus dem Regelsatz bezahlt, kann einfach die Übernehme der tatsächlichen Aufwendungen beim (No-)Job-Center beantragen und bei einer Ablehnung Klage erheben. Wie dies geht? Einfach herkommen!

Damals haben wir dieses Thema in die Deputationssitzungen eingebracht, einfach durch unser Erscheinen. Will der Bremer Senat dies wieder aufleben lassen? Jetzt liegt ein Gutachten von „Analyse & Konzepte“, ebenfalls in Hamburg ansässig, vor, pardon: in der Schublade bei der Senatorin für Soziales. „Analyse & Konzepte“ ist bundesweit tätig. Die Gutachten hatten erhebliche Schwächen und waren nicht gerichtsfest. Das Gutachten für Bremen wird seit mehr als zwölf Monaten ergänzt und umgestrickt. Ich bin auf die Präsentation gespannt, denn auch die besten Gutachter können die Wirklichkeit nicht verändern.

Die Auswirkungen werden täglich erlitten. Darum: Erhöhung der Mietobergrenzen! Gerne dürfen sie variabel sein, aber es darf keine Ablehnung des Jobcenters mehr geben, wenn das Jobcenter die Unangemessenheit der Miete nicht beweisen kann. Wer umziehen möchte, sollte zu Beginn die Übernahme der Kosten der Wohnungssuche beim Jobcenter beantragen und die Suche per Notiz festhalten. Die Protokolle allein werden die Aussichtslosigkeit für Erwerbslose dokumentieren.

4. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Rahmen der Kostenentscheidung im Verfahren 1 C 9.10 mit Beschluss vom 28. Oktober 2011 ausgeführt, dass „die Frage, ob das Erfordernis einfacher deutscher Sprachkenntnisse in § 30 Absatz 1 Satz

1 Nummer 2 Aufenthaltsgesetz mit Artikel 7 Absatz 2 der Familienzusammenführungsrichtlinie 2003/86/EG vereinbar ist“. Ein guter Schritt! Deutschland ist auf **Einwanderer** angewiesen, führt sich aber auf wie ein fremdenfeindliches Land. Die Alternative, dass der hier lebende Familienangehörige Deutschland verlässt, ist daher nicht erstrebenswert. Behördenmitarbeiter, geht bitte gut mit den Neubürgern um!

Der Ausgrenzung von EU-Bürgern in Deutschland entgegen wirkt das Urteil der 21. Kammer des Sozialgerichtes Bremen vom 27. März 2013 (Aktenzeichen S21 AS 1135/12). Es besagt: „1. Der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II verstößt gegen Artikel 4 der EG-Verordnung 883/2004 und ist daher europarechtswidrig. 2. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sind keine Sozialhilfeleistungen im Sinne von Artikel 24 Absatz 2 der EG-Richtline 2004/38.“

Die EU-Agentur „Frontex“ zeigt den Grenzern in Griechenland, wie eine Zuwanderung verhindert wird: Einfach sterben lassen, sterben für Europa! Schlauchboote kaputt stechen und einfach wieder wegfahren, im Auftrag der EU! Nein, nicht in meinem Auftrag! Der Zerstörung von Schlauchbooten gehört in Italien nun der Vergangenheit an. Die Zöllner fahren vom nächstgelegenen Hafen herbei, um die Flüchtlinge zu retten, entgegen ihrer Dienstanweisung, zum Wohle der Menschenrechte. Es geht also auch anders. Trotzdem ist das Verhalten von „Frontex“ unentschuldbar. Europa und insbesondere Deutschland lebt vom Export, doch die Vernichtung an den Außengrenzen der EU ist unfassbar. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Mangelernährung zur Stärkung des Bundesfreiwilligendienst-Gesetzes?

Hier die Antwort des jungen Freiwilligen, über den ich in den letzten Wochen berichtet habe, auf die Stellungnahme des Jobcenters an das Sozialgericht:

> „Sehr geehrte Damen und Herren, das Jobcenter stellt richtigerweise fest, dass ich mit meinen Eltern in einer Haushaltsgemeinschaft lebe, doch mit meinem Dienstantritt am 1. August 2013 darf mich das Jobcenter nicht mehr der Bedarfsgemeinschaft meiner Mutter zuordnen, da meine persönlichen Bedarfe und die meiner Mutter nicht die Gleichen sind. Die Gründe ergeben sich aus meinem jetzigen Dienstverhältnis. Kein Mensch kann behaupten, dass für einen erwerbstätigen Menschen drei Mahlzeiten am Tag ausreichend sind, wenn zum Beispiel die Wo-

chenarbeitszeit durchaus bei 56 Stunden liegen kann, wie es bereits derzeit bei mir der Fall ist.

Mit finanziellen Mitteln für eine Mangelernährung, wie es Erwerbslosen vom Gesetzgeber zugemutet wird, werde ich die körperlichen Belastungen, die durch den Ehrendienst auftreten, wohl nicht lange aushalten können. Während der Dienstzeit werde ich auch nicht die Gelegenheit haben, mich beispielsweise zum Teil bei der örtlichen ‚Tafel' zu versorgen. Insoweit verweise ich noch einmal auf die Zahlung des *angemessenen* Verpflegungsgeldes durch den Träger des Dienstes, der in meinen Augen auch den unzureichenden Regelsatz im SGB II, zumindest für Erwerbstätige, widerspiegelt.

Auch wenn sich das Jobcenter jetzt in wiederholter Weise auf das Zuflussprinzip beruft, konnte ich doch am 1. August 2013 weder über mein Kindergeld frei verfügen, noch über meinen Lohn für August vom Pressevertrieb, weil diese beiden Zahlungen erst später im Monat erfolgen, wobei ich mir das Kindergeld auf die Kosten der Unterkunft meiner Eltern anrechnen lassen muss, welches hierfür aber noch nicht einmal ausreicht. Der Schülerjob beim Pressevertrieb würde übrigens zum 28. Juli 2013 von mir gekündigt. Dies wurde vom Vertrieb bestätigt und dem Jobcenter mitgeteilt.

Weiterhin teile ich Ihnen mit, dass nach Auskunft meiner Eltern, das Jobcenter selbst Monat für Monat gegen das Zuflussprinzip verstößt. So werden die ergänzenden Sozialleistungen seit Jahren nicht zum 1. des Monates gezahlt, sondern immer spätestens am letzten Tag des Vormonates. Bei mir will man jetzt Geld anrechnen, das mir nicht zur Verfügung steht, und mich sogar noch dazu verführen, in die Schuldenfalle zu tappen, um sich anscheinend einer verfassungsgemäßen Zahlung des Existenzminimums zu entziehen.

Meiner Berechnung nach muss mir das Jobcenter mit Beginn meines Dienstverhältnisses zum 1. August 2013 des ergänzenden Regelsatz eines Alleinlebenden bewilligen, der in meinen Augen wie folgt gezahlt werden muss: 238 Euro Bedarf ohne Ernährung vom Regelsatz eines Alleinstehenden als eigene Bedarfsgemeinschaft zuzüglich 194,55 Euro Bedarf für Kosten der Unterkunft einschließlich Heizkosten abzüglich 184 Euro Kindergeldeinkommen, zusammen 248, 55 Euro ergänzende monatliche Zahlung durch das Jobcenter. Genau diesen Betrag und die sofortige Nachzahlung beantrage ich hiermit und danach laufend ab dem 1. September 2013 bis zum Ende meines Dienstjahres!

Zusätzlich beantrage ich, das Jobcenter zu verpflichten, mir das vom Träger des Ehrendienstes berechnete zweckgerichtete Verpflegungsgeld für den Monat August als außerordentlichen Bedarf anzuerkennen. Alle mein bisheriges Vorbringen und meine Anträge halte ich insgesamt aufrecht und bitte nun um eine schnellstmögliche Entscheidung! Sollte mei-

ne Mutter als Antragstellerin für den jetzigen Bewilligungszeitraum des Jobcenters meiner Klage beitreten müssen, um die Rechtsform zu wahren, bitte ich Sie, mir dies mitzuteilen. Auch gegen den neuen Bewilligungsbescheid vom 24. Juli 2013 wurde mit Hinweis auf diese Klage Widerspruch beim Jobcenter eingereicht und auch bestätigt. Mit freundlichen Grüßen."

Zwischenzeitlich erhielt ich eine (Nicht-)Reaktion der SPD: „Vielen Dank für Ihre E-Mail, die uns am 6. August 2013 erreicht hat. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist es als politische Partei nach dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung nicht möglich, zu Verfahren vor Behörden oder Gerichten und diesbezüglichen behördlichen oder gerichtlichen Entscheidungen Stellung zu nehmen. Hierfür bitten wir um Ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus, J. W., SPD-Parteivorstand Direktkommunikation".

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links"

Die Verslumung ganzer Stadtviertel

1. Die neoliberale Politik der Merkel-Regierung hat wieder Opfer gefunden. Diesmal sind es zwei Baumarktketten, mit allen unangenehmen Folgen für die Mitarbeiter. Die Insolvenz dieser Firmen ist nur ein weiteres Glied in der Kette von kleinen Katastrophen, die von uns im Alltag kaum noch wahrgenommen werden. Traurig daran ist, dass wir nicht merken, wie die neoliberale Politik der schwarzgelben Regierung das Land wirtschaftlich in eine Ruinenlandschaft verwandelt.

Dabei sind die Folgen schon überall zu sehen: Es gibt lange Einkaufswege durch in Konkurs gegangene oder weggezogene Supermärkte und andere Geschäfte; verrottende Schulgebäude; Arbeitnehmer, die nicht mehr von ihrem Verdienst leben können; Verlust an demokratischen Grundrechten (Hartz-IV-Sanktionen, Blockupy, Polizeigewalt). Es gibt Filz und Korruption; wichtige Entscheidungen werden nicht mehr auf normalen Weg, sondern „unter der Hand" oder über „Beziehungen" getroffen.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden unsere Städte zu trostlosen Ruinenlandschaften. Die Lebensqualität wird durch Verslumung ganzer Stadtviertel wie Walle oder Gröpelingen abnehmen. Selbst wenn die Bremer Landesregierung durch Sanierung versucht, die Quartiere zu verschönern, so ist das nur Kosmetik: Am Elend der Menschen, die in diesen Stadtvierteln leben, ändert das wenig. Das Ende der neoliberalen Entwicklung ist der Kooperatismus, bei dem der demokratische Staat aufhört zu funktionieren. Der Staat und die demokratisch gewählte Regierung sind nur noch Anhängsel der Wirtschaft, des Finanzkapitals.

Es gibt in einem solchem System weder Grund- noch Menschenrechte. Die einzige Lösung ist ein bedingungsloses **Grundeinkommen**, das jedem die Möglichkeit gibt, ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen. Dazu gehört die Freiheit, sich seinen Arbeitsplatz selbst zu wählen, wie in Grundgesetzartikel 12 verlangt, und sich gemäß BGB seinen Vertrag selbst aushandeln. Aus Sicht der kleinen Unternehmer sichert ein bedingungsloses Grundeinkommen die Nachfrage und damit ihre Existenz. Es schafft Arbeitsplätze und den Bürgern eine sichere Versorgung. Der „**Initiativkreis Grundeinkommen**“ trifft sich für konkrete weitere Planungen am **Freitag**, dem **9. August 2013** um **16:30 Uhr** im „**Forum Kirche**“, Hollerallee 75.

2. Am 3. August hat sich die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo getroffen, um die zentrale **Herbstdemonstration gegen die Regierung** am **19. Oktober 2013** in **Berlin** vorzubereiten. Es werden 20.000 Flyer bestellt. In der Kasse befinden sich 6.850 Euro. Es wird nur einen großen Lautsprecher-LKW geben statt eines kleinen und eines großen. Gesucht wird ein LKW-Fahrer mit Demo-Erfahrung. Der Fahrer sollte einen Tag früher in Berlin sein, damit er den Lkw um 16 Uhr entgegennehmen kann.

Als Redner sind Inge Hannemann und Ralph Boes im Gespräch. Leider können wir keine Spesen und Fahrtkosten zahlen. Gesucht werden Spendensammler, Ordner, Moderatoren für den Lautsprecherwagen, Transparentträger sowie Helfer für den Auf- und Abbau, die einen Tag früher anreisen. Bei Interesse bitte Kontakt zur Berliner Montagsdemo aufnehmen. Redebeiträge bitte zwei Wochen vorher anmelden. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Manfred Seitz („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

435. Bremer Montagsdemo am 12. 08. 2013

Wer einen Mord anzeigt, gehört nicht ins Gefängnis

1. Der deutsche **Geheimdienst** hat Handy-Daten an die NSA weitergegeben. Nun sind Menschen aus Deutschland tot. Ein Überlebender wird in Frankfurt angeklagt – mit dem Verdacht auf Terrorismus. Ihm droht Gefängnis, wenn der Vorwurf bewiesen wird. Genau dieser Drohnenangriff auf den Hof in Pakistan ist Gegenstand des ARD-Berichts: „Töten per Joystick“, siehe 432. Bremer Montagsdemo. Und was sagt der deutsche Geheimdienst dazu? „Die Daten waren nicht zur Aufenthaltsbestimmung geeignet.“ Dass dies eine Feststellung aus vergangenen Tagen ist, kam postwendend von Experten. Am Montag dieser Woche gibt es wieder eine Informationsveranstaltung des Geheimdienstes im tiefen Keller – ohne Öffentlichkeit. Gesucht wird der Politiker, der zumindest diesen Wahnsinn der deutschen Schlapphüte stoppt!

Bradley Manning hat eine mutige Militärrichterin erwischt. Sie hat jetzt die mögliche Gefängnisstrafe auf 90 Jahre heruntergesetzt. Warum? Wollen die USA so weitermachen? Unter den von Manning enthüllten amerikanischen Geheimdokumenten befand sich auch ein Video, das 2007 von der Bordkamera eines Kampfhubschraubers in Bagdad aufgenommen worden war. Es zeigt den tödlichen Angriff auf eine Gruppe von Zivilisten Dieses Video zeigt die Rechtsbeugung schlechthin. Das ist einer Demokratie unwürdig! Bradley Manning muss umgehend freigelassen werden, alles andere ist Rechtsbeugung! Wer die Tat begeht und wer sie anordnet, gehört eingesperrt – und nicht derjenige, der diese Tat öffentlich macht. Wer einen Mord anzeigt, gehört nicht ins Gefängnis!

Die Botschaften im Jemen und in Pakistan waren länger geschlossen. Scheinbar glauben die Menschen in Pakistan der Aufkündigung der Mordserie nicht, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Im Jemen herrscht ebenfalls Wut. Die USA haben kurz vorher Drohnenangriffe geflogen. Die „Tageszeitung“ titelt „Terrorgefahr von den USA inszeniert?“ Wie sich ein „Krieger“ am Joystick fühlt, ist eben-

falls Gegenstand des angeführten ARD-Berichts. Daten für die Steuerung der Drohnen sollen über Ramstein weitergeleitet werden.

2. Über einen Teil der Ausforschungsmöglichkeiten habe ich auf der vorigen Bremer Montagsdemo geredet. Der Standortbestimmung per Handy-Nummer kann mensch nur entgehen, wenn er das Handy nicht dabei hat. Ausschalten bringt nichts: Das Handy meldet sich bei jedem Funkmasten in der jeweiligen Nähe. Die Sim-Karte rausnehmen, den Akku entfernen: alles ohne Gewähr. Die Restenergie kann eventuell ausreichen.

Die nächste Stufe der **Überwachung** ist dein Gesicht! Auch darüber haben wir auf der Bremer Montagsdemo gesprochen. Die deutsche Forschung ist bald „feldreif“. Die vielen Video-Kameras auf öffentlichen Plätzen, in Kaufhäusern oder Verkehrsmitteln können so den Weg eines Menschen durch die Stadt verfolgen, der in Verdacht gerät. Ausgewertet wird auch unangepasstes Verhalten. Dies wird kurzfristig geklärt, oder die Zielperson wird per Video verfolgt. Geplant ist auch, diese Verfolgung aus dem Weltall vorzunehmen.

Viel Aufwand? Nein, wenn die Datenbank steht, ist die Auswertung der Informationen ein Selbstläufer. So können ganze Menschenmassen effektiv durchforscht werden oder auch die Zuschauer in einem Stadion. Grenzen werden nur durch die Leistungsfähigkeit der Computer vorgegeben. Fotos der an dem Projekt arbeitenden Wissenschaftler gibt es nicht mehr. Am **31. August 2013** gibt es auch in **Bremen** eine **Demonstration** gegen den **Überwachungsirrsinn**.

3. Ein Sprung zu den Kosten der Unterkunft, im normalen Leben **Miete** genannt. Eine Studie hat ergeben, dass viele Haushalte nach Bezahlung ihrer Miete unter Grundsicherungsniveau liegen. Diese Menschen leben unter den Existenzminimum! Was diese Studie nicht sagt: Jeder dieser Haushalte hat, wenn nichts anderes dagegen spricht, Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen. Wer ergänzendes Hartz IV beantragt, bekommt für die Ermittlung den Freibetrag für Erwerbstätigkeit hinzugerechnet, das heißt der Mensch liegt dann durch seinen Verdienst *oberhalb* der Hartz-IV-Sätze. Erwerbstätigkeit wird belohnt!

Die Mietobergrenzen machen dies komplizierter. Allerdings darf auf sie nur mit einer sechsmonatigen Übergangsfrist verwiesen werden. Es sollen die Beträge gemäß § 12 Wohngeldgesetz als Mietobergrenzen gelten, wenn diese nicht anderweitig ermittelt werden können. Solch eine Unterstellung ist widerlegbar, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemo. Die Rechtsprechung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen geht von einem zehnprozentigen Zuschlag aus.

Weiter geht es auf der Montagsdemo und hier auf der Homepage! Mit dem Thema „**Wer kann das noch bezahlen**“ setzt sich an diesem **Montag** ab **19 Uhr** MDB Caren Lay im **Bürgerzentrum Vahr**, Berliner Freiheit 10, auseinander. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

4. Nun soll die Welt wieder in Ordnung sein: Die NSA und die privaten Beauftragten, der britische **Geheimdienst** komplett und die drei deutschen Geheimdienste haben alle deutschen Gesetze beachtet. Wie dies im Detail aussieht, liegt aber im Verborgenen. Die Ausführungsbestimmungen und Vereinbarungen wurden nicht veröffentlicht. Ich glaube diesen Beteuerungen nicht. Es ist auch einfacher, alles abzugreifen und nicht nur einzelne Verbindungen. Wenn sich herausstellt, dass eine neue Telefonnummer „im Spiel“ ist, kann bei einer Selektion keine vergangenheitsbezogene Würdigung erfolgen.

Die USA haben inzwischen den Subunternehmer der NSA, Snowdens Arbeitgeber, platt gemacht, und sie haben den Mailservice, den Snowden genutzt hat, unter Druck gesetzt – er hat aufgegeben, statt seine Nutzer zu verraten. Der Geheimdienstbeauftragte hat bei seiner Befragung nicht gerade einen überzeugenden Auftritt gehabt. Der Präsident will jetzt reformieren, dank Snowden! Aber selbst dabei vernebelt der Präsident die Tatsachen. In der ARD lief am Montag treffenderweise: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort“ mit sehr interessanten Lügen, Hintergründen und Beweggründen.

5. In der Veranstaltung „**Miete**, Heizung, Strom – Wer kann das noch bezahlen?“ ging es zur Sache. Die Fakten, obwohl überwiegend bekannt, waren erschlagend. Die Verhinderung der Mietexplosionen ist dringend geboten! Wobei für Menschen mit wenig Geld schon ein Zwanziger eine Explosion ist. Augenblicklich ist jede Modernisierung und die damit verbundene Mieterhöhung für Vermieter ein gutes Geschäft. Die Rendite liegt oberhalb anderer Geldanlagemöglichkeiten. Es war ein gemischtes und sehr interessiertes Publikum.

Bei dieser Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, dass wir in Bremen 10.000 Zwangsumzüge verhindert haben. Die beiden „Gewos“-Gutachten waren nicht gerichtsfest, und wir haben die Deputationssitzungen heimgesucht. Erfolgreich! Alle gemeinsam – mit Unterstützung der Partei „Die Linke“. Wir setzen diese Gegenwehr aktuell fort, nachzulesen unter Bremer Montagsdemo.

Es steht viel Negatives über das Jobcenter im Netz. Bitte nicht abschrecken lassen! Es gibt einfache Regeln für den erfolgreichen Antrag. ALG II kann formlos beantragt werden, zum Beispiel einfach per Fax: „Hiermit beantrage ich ALG II. Ich bitte um Zusendung der Antragsformulare.“ Man kann sie auch aus dem Internet ausdrucken. Für Hilfe einfach zur Bremer Montagsdemo kommen!

Für den Anspruch auf ALG II muss mensch nicht arbeitslos sein. Es reicht, wenn das Einkommen abzüglich der Freibeträge unterhalb der Regelsätze liegt. Der Freibetrag für Erwerbstätigkeit wird vom Bruttoeinkommen errechnet und vom Nettoeinkommen abgezogen.

6. Am **Mittwoch**, dem **14. August 2013**, gibt es **um 19 Uhr** im **DGB-Haus** eine **Veranstaltung** von Linkspartei und „Attac“ über den Weg aus der Unterbeschäftigung: Die **30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich**. Referent Professor Heinz-Josef Bontrup ist hervorragend. Er hat dieses Thema zusammen mit Mohs-

sen Massarrat in dem Buch „Wir sind empört! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“ (Herausgeber Achim Rogoss, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2012) auf den Punkt gebracht und ausführlich behandelt: Arbeitslosigkeit diszipliniert die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften (Seite 130). Uns erwartet ein interessanter Abend: Der Weg aus der Perspektivlosigkeit der Erwerbslosigkeit. Ich sehe diese **Arbeitszeitverkürzung** als sinnvolle Ergänzung zum Grundeinkommen.

Noch eine Nachricht lief diese Woche über die Sender: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Zweitarbeitsverhältnisse ist mit 2,66 Millionen so hoch wie nie zuvor. Nicht enthalten sind die nicht versicherungspflichtigen Tätigkeiten, zum Beispiel die bezahlte ehrenamtliche Tätigkeit beim DRK, die als steuerfreie Aufwandsentschädigung gezahlt wird, außerdem Nachbarschaftshilfe oder Spaziergänge mit Behinderten oder Älteren. Nebentätigkeiten der Rentner dürften hier ebenfalls nicht enthalten sein.

Die Nachfrage nach einer Nebentätigkeit übersteigt das Stellenangebot bei Weitem! „Gesteigerte Konsumwünsche“ sind es selten: Einfach das Leben bezahlen zu können, ist aus meiner Sicht das Hauptmotiv. Dafür werden auch Flaschen gesammelt – weil dies die einzige Möglichkeit für zusätzliches Geld ist. Wir brauchen die ausreichende Grundsicherung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

PS: Das Theater Bremen plant „Die Bremer Straßenoper“. Lola Arias hat den Bremern zugeschaut und zugehört und ihre Eindrücke umgesetzt. Das ist sicher sehenswert!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hartz IV – ein Stigma wie schwarze Haut?

1. Obwohl es für Deutsche *latürnich* kaum einen noch größeren Spaß geben kann als zu arbeiten, möchte dennoch jeder Zweite vorzugsweise vor dem 60. Geburtstag in **Rente** gehen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK würden gut 87 Prozent der Deutschen am liebsten aufhören zu arbeiten, bevor sie 65 Jahre alt sind. Nur knapp sieben Prozent können sich ein Berufsleben bis zur künftig vorgesehenen Altersgrenze von 67 Jahren überhaupt vorstellen.

Sogar wenn es gar nicht aufs Geld ankäme, würden nur knapp zehn Prozent der Befragten noch vor dem 49. Lebensjahr in Rente gehen wollen. Da jedoch im wirklichen Leben für die Allermeisten von uns Geld eine große Rolle spielt, werden diese Vorstellungen nur Auswüchse der Fantasie bleiben, weil das Renteneintrittsalter für alle Jahrgänge ab dem Jahr 1947 stufenweise angehoben wird. Extremforderungen etwa nach einer Rente erst mit 70 Jahren stoßen gesellschaftlich auf denkbar geringe Akzeptanz.

Ich hege Zweifel daran, dass es sich jeder Zweite finanziell leisten kann, vor dem Erreichen von 60 Jahren in Ruhestand zu gehen. Das Armutsrisiko künftiger Rentner ist deutlich höher als freiwillig und öffentlich bekannt gegeben wird. Ab 2030 bekommen Arbeitnehmer, die 2.500 Euro brutto im Monat verdienen und 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, nur eine Rente in Höhe des Grundsicherungsbetrags von 688 Euro. Die geht dann wahrscheinlich schon für die Miete drauf!

Da immer weniger Menschen – vor allem Frauen, wenn sie Mütter sind – durchgängig 35 Jahre in Vollzeit arbeiten können, die Arbeitsplätze immer weniger werden und es leider keinesfalls die Regel ist, ein Einkommen von 2.500 Euro brutto zu erzielen, werden immer mehr Menschen spätestens im Alter auf ergänzende staatliche Leistungen plus der allseits so beliebten Verfolgungsbetreuung angewiesen sein, die allerdings nur auf dem geduldigen Papier überhaupt etwas mit einer Grundsicherung zu tun haben.

2. Eine Studie der Universität Jena bescheinigt den Hartz-Reformen fatale Folgen. Danach werden Hartz-IV-Bezieher stigmatisiert, und die Instrumente der Arbeitsverwaltung führen eher zu Passivität, als dass sie zu mehr Engagement anstachelten. Der Jenaer Arbeitssoziologe Klaus Dörre bestätigt, dass die Hartz-IV-Logik Passivität erzeugt, wo sie Aktivierung vorgibt. Zudem sei das Stigma Hartz IV für die Betroffenen vergleichbar mit dem schwarzer Hautfarbe im Süden der USA. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik habe nichts aktiviert, die Erwerbsorientierung der Betroffenen sich nicht dadurch verändert, dass die Erwerbslosigkeit sehr ungemütlich gestaltet wurde.

Den Hartz-Reformen liege das Bild der faulen, passiven Langzeitarbeitslosen zugrunde, die es sich in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem machten, obwohl das Gros der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten im Leistungsbezug von sich aus aktiv sei. So gingen die Aktivierungsbemühungen an ihnen vorbei und nutzten ihnen wenig bis gar nichts. Es gebe nur eine verschwindend geringe Zahl von acht bis zehn Prozent der Leistungsbezieher, die „nicht mehr kann und nicht mehr will“. Ihretwegen einen derart teuren Überwachungsapparat mit **Sanktionen** aufrecht zu erhalten, sei unsinnig: Eine reiche Gesellschaft müsse solch eine Gruppe aushalten.

Wohl wahr. Ich kenne persönlich Fälle, in denen „ältere“ Hartz-IV-Bezieher(innen) von ihren Fallmanager(inne)n daran gehindert wurden, eine weitere Ausbildung oder Fortbildung zu besuchen, die sie nicht nur interessiert, sondern auch weiterqualifizieren würde. Obwohl wir doch bis 67 Jahren arbeiten sollen, sind

viele dieser Aus- oder Fortbildungen bis zum Alter von 40 Jahren begrenzt. Ich finde, wer so lange arbeiten soll und sich auch noch weiterbilden möchte, muss darin gefördert und nicht behindert werden!

Stattdessen wird dann die Motivation der Betroffenen im zigsten Bewerbungstraining erstickt. So schafft natürlich kaum jemand den Sprung aus dem Leistungsbezug: Sie hüpfen nur mal eben so sinnlos, kontraproduktiv wie temporär von einem Ein-Euro-Job zum Praktikum und zurück, bis sie wieder beim ALG II landen. Es ist natürlich sehr kränkend, trotz aller Anstrengung nicht aus dieser Lage herauskommen zu können und sich auf Dauer nur mit permanentem Mangel an allem, was zu gesellschaftlicher Teilhabe gehört, mit materieller Knappheit und fehlender Anerkennung arrangieren zu müssen.

Hartz-IV-Bezieher ziehen sich oft mit andern Betroffenen zurück, weil sie nicht mithalten können und sich beim Café-Besuch nicht immer einladen lassen wollen. Dörre fordert, die Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher aufzuheben und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. Er sieht im Dienstleistungssektor Nachholbedarf bei pflegenden, erziehenden und bildenden Tätigkeiten und will einen gesetzlichen Mindestlohn. Bloß übersieht er dabei, dass gerade in den Pflegebereichen gut ausgebildetes Personal benötigt wird und sich nicht jede(r) dazu eignet!

3. Stolz verkündet die Bundesagentur für Arbeit, sie habe das **Antragsformular** für Hartz-IV-Bezieher überarbeitet und einfacher gestaltet. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, findet, es sei immer noch viel Überflüssiges drin, der Antrag nach wie vor ein Bürokratiemonster von 18 Seiten Umfang. Seiner Meinung nach hätte es die Bundesagentur viel einfacher haben können, wenn sie ausgebildete technische Redakteure, die sich auf verständliches Formulieren verstehen und täglich Gebrauchstexte verfassen, oder eben auch Organisationen von Erwerbslosen zurate gezogen hätte.

Leider wird auch immer wieder darüber geklagt, dass die Angestellten des Jobcenters zu wenig bis gar nicht beim Ausfüllen des nach wie vor unverständlichen Formulars helfen würden. Für Hartz-IV-Bezieher hat sich durch die Hartz-Gesetze nichts zu ihrem Vorteil geändert: Es wurde weder die Zahl der Arbeitslosen halbiert, noch die Möglichkeit geschaffen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Im Gegenteil war den Verantwortlichen eigentlich von Anfang an klar, dass es für diese Menschen keine Arbeitsplätze gibt. Die Politik wollte sie sich vom Hals schaffen, indem sie sie auf Hartz IV abschob. Für Langzeitarbeitslose trat mit den Hartz-Gesetzen eine Verschlimmbesserung ein, weil sie nur sehr wenig zum Lebensunterhalt bekommen und kaum eine Perspektive haben, dass sich für sie etwas bessert. Die Jobcenter und die Bundesagentur messen ihre Erfolge nicht an Vermittlungen, sondern daran, wie viele Menschen sie aus dem Leistungsbezug herausdrängen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Vier Kilo Gewichtsverlust nach Antritt des Freiwilligen Ehrendienstes

Es wird für „Bild“-Leserinnen und -Leser schwierig, Hetzkampagnen gegen einen von Hart(z) IV betroffenen Menschen zu starten, wenn dieser bereits als Schüler gewissenhaft und mit bestem Zeugnis für einen ihrer Vertriebe gearbeitet hat, nun aber vom Jobcenter quasi auf Nulldiät gesetzt wird und seinen Ehrendienst im Freiwilligen Sozialen Jahr im ersten Monat sogar mit einem Darlehen vorfinanzieren soll! In den ersten 56 Stunden seiner ersten Ehrendienstwoche hat er bereits über vier Kilogramm an Gewicht verloren, und eine einstweilige Anordnung gegen das Jobcenter ist immer noch nicht ergangen.

Auch haben noch keine Politiker ihm gegenüber ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Sie können es allerdings nicht auf fehlende gute Bildung schieben, weil derlei Mangel bei dem jungen Mann nicht besteht. Wer immer behauptet, es gebe keine Solidarität mehr unter den Menschen, dürfte in diesem Fall jedoch etwas falsch liegen: Heute wurde dem jungen Ehrendienstleistenden ein kostenloses Abendessen in der Klinik spendiert, Chefarzt und Kolleg(inn)en sorgten wohl für ihn. Hat sich das mit der Mangelernährung schon herumgesprochen? Ich werde hierzu am Ball bleiben. Jeder Mensch in diesem Land muss in die Lage versetzt werden, sich ausreichend und gesund ernähren zu dürfen, auch außer Haus!

Zwischenzeitlich wurde die einstweilige Anordnung insgesamt abgelehnt, ebenso die Zulassung der Sprungrevision. Entschieden wurde ohne mündlichen Termin nach Aktenlage. Beschwerde beim Landessozialgericht Niedersachsen wurde bereits eingereicht, allerdings nur noch hinsichtlich der teilweisen Anrechnung des Verpflegungsgeldes auf andere Bedarfe. Das Sozialgericht bezog sich in seiner Entscheidung auch auf ein Bundessozialgerichtsurteil vom März 2013 und auf das Verfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2010. Hier wurde vom Kläger jetzt geltend gemacht, dass diese Urteile nicht als Grundlage für eine verfassungsgerechte Entscheidung in seiner Sache geeignet sind, und angefragt, ob seine Beschwerde auch sofort dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden kann, was er auch beantragt hat.

Hier muss man eigentlich bedenken, dass das Freiwillige Soziale Jahr eben nur ein Jahr dauert und man nicht alle Zeit der Welt hat, um durch alle Instanzen einer Hauptklage zu gehen. Selbstverständlich hat er auch ein gerichtliches Gutachten beantragt, mit dem die Kosten für eine gesunde, ausgewogene und ausreichende Ernährung für einen Schwerstarbeiter als Krankenpfleger in einem

Freiwilligen Sozialen Jahr berechnet werden, bei Berücksichtigung der bekannten Angaben zum Kalorienverbrauch der unterschiedlichsten Personengruppen. Mal sehen, wie es weitergeht!

Hans-Dieter Wege (parteilos

Angela Merkel beredet am **Donnerstag**, dem **15. August 2013**, ab **18 Uhr** den Bremer **Marktplatz**. Es werden sicherlich auch viele Menschen kommen, die mit der unsozialen Politik unserer Kanzlerin einverstanden sind.

Denkverweigerung: Stefan Engel sagt schon wieder nichts zum Thema Hartz IV *(„Rote Fahne News“)*

Stuttgarter Bahnhofsturm droht umzukippen: Während der Grundwasserabsenkung wird die Eichenpfahlgründung trockenfallen und wegfaulen *(„Kontext“)*

Wir laden ein zum **Spätsommerfest** der **Bremer Montagsdemo** am **Samstag**, dem **14. September 2013**, ab **15 Uhr** am Pavillon nahe des Südbads in den **Neustadtswallanlagen**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

436. Bremer Montagsdemo
am 19. 08. 2013

„Kipping fordert Prepaid-Strom für sozial Schwache“?!

1. Letzte Woche las ich, dass sich in Bremen und Bremerhaven immer mehr Menschen zusätzlich zu ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen **Nebenjob** auf 450-Euro-Basis suchen müssen, weil ihr Verdienst zum Leben nicht ausreicht. Offenbar ist die Tendenz steigend, da sich in den letzten neun Jahren die Anzahl der Arbeitnehmer, die neben ihrer regulären Tätigkeit noch einen Minijob haben, von 5,7 auf 8,6 Prozent erhöht hat.

Auch im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, setzte sich der aus Amerika herübergeschwappte ungesunde neoliberale Trend fort, dass sich so viele Menschen wie nie zuvor ihr Einkommen mit einem Nebenjob aufbessern müssen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit verdienten sich rund 586.000 Menschen neben ihrer Hauptbeschäftigung etwas dazu, was einer Verdoppelung der Zahl der Nebenjobber in zehn Jahren entspräche! Bundesweit kletterte die Zahl der Beschäftigten mit einem Nebenjob auf ein Rekordniveau: Rund 2,66 Millionen Beschäftigte müssen neben ihrem Hauptberuf einer Nebentätigkeit nachgehen, weil sie keinen anständigen Lohn erhalten.

2. So kurz vor den Bundestagswahlen meiden die meisten Politiker das Thema „Euro-Krise und ihre Folgen“ wie der Teufel das Weihwasser. Doch genau diese Problematik brennt den Deutschen unter den Nägeln: Laut einer Umfrage der Universität Hohenheim und der ING-Direktbank glauben nur 17 Prozent, dass das Schlimmste in der **Euro-Krise** schon vorbei sei. Jeder zweite befürchte Auswirkungen auf den Wohlstand und habe Angst vor Altersarmut. 91 Prozent der Befragten meinen, dass uns die Euro-Krise noch lange beschäftigen wird. Vier von fünf befürchten eine durch sie hervorgerufene Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Professorin Claudia Mast erläutert, die Politiker liefen Gefahr, dass sich immer weniger Bürger mit ihren Ängsten und Sorgen von den Abgeordneten und Parteien vertreten fühlen, wenn sie weiterhin die Euro-Krise und die Auswirkun-

gen für Deutschland aus dem Wahlkampf heraushielten. Nur jeder Zehnte glaube, dass die Politiker der Bevölkerung in dieser Frage die Wahrheit sagen. So bekämen die Politiker ganz schlechte Noten.

3. Um herauszukriegen, welchen Stellenwert die Demokratie heute habe, hatte die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ die famose Idee, eine ungewöhnliche Aktion durchzuführen – frei nach einem Zitat des ehemaligen englischen Premiers Winston Churchill: „Wenn es morgens um sechs an meiner Tür läutet und ich sicher sein kann, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe“. So klingelten Mitarbeiter(innen) der CDU-nahen Stiftung allen Ernstes morgens zwischen 6 und 7:30 Uhr bei Bürgern der Neuen Vahr in der Carl-Goerdeler-Straße an der Tür.

Die „Milchmänner und -frauen“ versuchten, mit den „aufgeweckten“ Bürgern kurz ins Gespräch zu kommen, um sie von der Teilnahme an der **Bundestagswahl** am 22. September 2013 und der Wahl einer demokratischen Partei zu überzeugen und entschädigten diese mit einem „Demokratie-Frühstück“ aus Brötchen, Marmelade, Milch und Haferflocken. Neben diesem Frühstück erhielten sie eine Tasche mit Informationsmaterialien wie dem Grundgesetz und Broschüren zur politischen Bildung. Die Leute haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie mitunter vor verschlossenen Türen standen.

Welch ein Glück, dass sie nicht an meiner Tür läuteten, denn ich hätte sie gefragt, ob sie eigentlich noch alle Tassen im Schrank haben, mich zu dieser frühen Stunde mit solch absurdem Anliegen der Demokratieüberprüfung und einem ungesunden, verzuckerten Frühstück nebst diesen reizenden Materialien aus dem Schlaf zu reißen! Die Zeiten habe sich geändert, die Milch wird nicht mehr vor die Tür gestellt, und bei Erwerbslosen kann es geschehen, dass einfach Außendienstmitarbeiter des nahegelegenen Mob-, Flop- oder (No-)Job-Centers im Zuge der Verfolgungsbetreuung unangemeldet und widerrechtlich in aller Herrgottsfrühe Einlass begehren.

Heutzutage gibt es allerdings auch Sondereinsatzkommandos, die klingeln gar nicht erst, sondern stürmen gleich die Wohnung. Um herauszukriegen, welchen Stellenwert Demokratie heute hat, gibt es ganz andere Maßstäbe als so eine verschrobene, verstaubte Idee. Ich sage nur: Verfassungsschutz, massenhaftes Polizeiaufgebot und brutale Gewalt gegen linke Demonstranten, das Dulden von Nazi-Demos, „Stuttgart 21“, dass EU-Politiker nicht vom Volk gewählt werden müssen, dass Erwerbslose mit Zwangsarbeit und Residenzpflicht ihrer grundgesetzlich garantierten Rechte beraubt werden...

Vielen Dank, deutlicher kann den Bürgern gar nicht gezeigt werden, wie ernst sie von Politikern genommen und so wahnsinnig vehement engagiert von ihnen vertreten werden! Politiker haben auch eine Verpflichtung, sich um alle Bürger zu kümmern, nicht nur um ihre zahlungskräftige Wählerklientel. Wo bleibt also der Einsatz für einen vernünftigen Mindestlohn, eine armutsfeste Rente, bezahlbaren

Wohnraum, Bildungschancen für alle, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine Grundsicherung, die wirklich auch die Existenz sichert?

4. Die CDU im Thüringer Landtag will Langzeitarbeitslose bei der Bewältigung der massiven Schäden des Hochwassers im Juni einsetzen. Es geht um unbewohnbare Häuser, unterspülte Straßen, gesperrte Bahntrassen. Fraktionschef Mohring sieht darin eine Chance zur Integration, die von den Jobcentern finanziert werden soll: „Die Säuberung von Flussbetten oder die Begradigung und Befestigung der ausgespülten Uferränder helfen, Flutschäden künftig zu minimieren". Dazu könne ein Wiederaufbauprogramm aufgelegt werden, über das befristete Arbeitsverhältnisse und eine Weiterqualifikation für Langzeitarbeitslose geschaffen würden, mit dem Ziel, die „**Wiedereingliederung** in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen".

Zu was soll denn hier bitte qualifiziert werden? Zum spottbilligen Flussbettsäuberer, -begradiger, Uferrandbefestiger oder Flutschädenminimierer? Wann und wo werden diese neuen Ausbildungsberufe denn anerkannt? Statt eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt vorzunehmen, soll also nur die Chance dazu erhöht werden? Hauptsache, aus der Arbeitslosenstatistik raus! In den neuen Bundesländern müssen Ein-Euro-Jobber nach der Überschwemmung bereits beim Abriss einer Gartenkolonie helfen. Wenn der Abriss der Lauben nicht durch das Jobcenter bezahlt würde, müssten die Gartenfreunde circa 6.000 Euro für jeden Abriss bezahlen.

Die Zwangsarbeiter bekommen nur einen Euro die Stunde, andernfalls erfolgt eine Kürzung ihrer ohnehin kargen Bezüge von 30 Prozent, wie der MDR in seiner Sendung „Dabei ab zwei" berichtet (16. August 2013, ab Minute 37). Ich würde mir das nicht widerspruchslos gefallen lassen, sondern nachfragen, inwieweit diese Arbeiten, die meiner Meinung nach von Facharbeitern gemacht werden müssten, mir bei meinem Bemühen, auf den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, helfen könnten – zumal ohne Arbeitskleidung, Schutz vor Schadstoffen, Giften, Krankheitskeimen!

5. Ausgerechnet in der Gazette mit den vier Großbuchstaben steht reißerisch und diskriminierend: „Partei-Chefin Kipping präsentiert einen Zähler mit Vorkasse für sozial Schwache – Linke fordern Prepaid-Strom". Weil der **Strompreis** immer mehr Menschen mit wenig Geld in die Schuldenfalle treibe und eine teure Abschaltung durch die Stadtwerke drohte, wolle „Die Linke" das nun mit einem Chip-Schlüssel ändern, der beim Stromversorger mit Geld aufgeladen wird, wobei der Zähler das Guthaben anzeigt.

Katja Kipping weiß, was es bedeutet, wenn der Strom abgestellt ist: „Eine stille soziale Katastrophe. Lebensmittel verderben, man kann nicht kochen, ist von der Außenwelt abgeschnitten". Nur inwieweit die *finanzielle* Armut alle Betroffenen gleichzeitig pauschal ihrer *sozialen* Fähigkeiten beraubt, wird nirgends begründet. Kipping möchte diese Prepaid-Karte für Strom nun bundesweit einführen.

In Riesa und Freital würden bereits Prepaid-Stromzähler bei „sozial Schwachen“ eingebaut.

Sind diese „sozial schwachen“ Menschen denn auch finanziell arm? Zunächst wollte ich nicht glauben, was ich da las, und hielt es für einen Fake: Was sollen denn die Menschen machen, wenn ihr Strom verbraucht wurde: Ohne weiteren Strom zu verbrauchen, nun doch das Essen im ausgeschalteten Kühlschrank vergammeln lassen? Keine Wäsche waschen? Nicht kochen? Dann kosten diese „tollen“ Geräte ja auch „nur“ ein paar Hundert Euro!

Der normale Strombedarf wird wie so vieles andere nicht von dem viel zu niedrigen Regelsatz gedeckt! Da nützt keine Prepaid-Strom-Karte, sondern nur mehr, ausreichend Geld für Energiekosten, Lebensmittel, Bildung und, und, und. Weg mit Hartz IV, der damit verbundenen Demütigung und der Verfolgungsbetreuung! Her mit einem bedingungslosen Grundeinkommen! Hat Frau Kipping die Forderung der „Linken“ nach einem Eckregelsatz von 500 Euro etwa vergessen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hans-Dieter Wege: Ein Fake scheint es auf der einen Seite nicht zu sein – auf der anderen wohl schon. Man sieht zumindest sehr gut, wohin die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, wohl hinschwimmt. Oh, ich muss Schluss machen – muss mich, glaub ich, übergeben.

Frank Kleinschmidt: Fragt doch bei Katja Kipping selbst an, in welchem Zusammenhang sie sich mit einem Prepaid-Stromzähler ablichten lässt, wenn es sich denn um einen solchen handeln sollte. Der Bericht selbst ist Schwachsinn: Ich brauche keinen Prepaid-Zähler, um meinen Stromverbrauch ablesen zu können.

Gerolf D. Brettschneider: Ich habe so etwas Ende der Achtziger mal in einer Studenten-WG in Freiburg erlebt, wo ich ein paar Tage zu Gast war. Da ging beim Abendessen plötzlich das Licht aus, und im Dunkeln mussten alle in ihren Taschen kramen, ob noch jemand ein Markstück hatte, um den Stromzähler im Keller zu füttern. Dann ging das Licht wieder an. Aber wo kriegt man mitten in der Nacht eine neue Prepaid-Karte her? Trotzdem ist Kippings Vorschlag im Vergleich dazu natürlich eine „Verbesserung“, weil beschaffungskriminellen Drogenkranken kein „Anreiz“ geboten wird, bei „sozial Schwachen“ einzubrechen und deren Stromzähler zu knacken, um an Münzgeld zu kommen.

Frank: Im Keller des Mietshauses meiner letzten Kieler Wohnung gab es solch einen Münzkasten, um die Waschmaschine zu betreiben. Aus diesem Keller wurde zwar mein schweineteures 21-Gang-Trekking-Bike von Peugeot geklaut, den Münzkasten haben die „sozial Schwachen“ jedoch nicht geknackt. Das wäre mir auch egal gewesen.

Hans-Dieter Wege: Was hat das alles mit dem Ziel eines demokratischen Sozialismus zu tun, wenn man dafür sorgt, dass die Konzerne auch ja ihr Geld erhalten? Und was nützt eine Prepaid-Karte, wenn von vornherein die Einkommen oder Transfereinkommen zu niedrig sind? Auch werden viele dann ohne Heizung

in ihrer Wohnung sitzen, wenn im Winter die Prepaid-Karte leer ist. Aber Hauptsache, jemand von links findet es gut! Mir wird übel davon. Ich verbrauche von Jahr zu Jahr weniger Energie und bezahle immer mehr. Dagegen muss man doch wohl was machen!

Frank: Im demokratischen Sozialismus haben alle eine Prepaid-Karte, bis auf die Funktionäre natürlich. „Es brennt noch Licht im Kre..., äh: Kanzleramt“! Auch das „Neue Deutschland“ thematisiert die Sache in einem Artikel und erwähnt als Nachteil der Prepaid-Karte die Brandgefahr durch Kerzenbenutzung bei abgelaufener Karte. Ich denke, die „Bild“-Meldung kann jetzt als verifiziert gelten.

Zitat: „‚Die Linke‘ appelliert an den örtlichen Stromversorger, die Prepaid-Lösung zu übernehmen... Kipping hält das für sinnvoll, weil so ‚soziale und ökologische Aspekte Hand in Hand gehen‘. Wirksam, betont Kipping, ist ‚Strom gegen Vorkasse‘ aber nur als Teil eines umfassenderen Pakets. Denn auch mit diesen Zählern gilt: Wenn kein Geld da ist, um das Guthaben aufzuladen, bleibt es dunkel.“

Jetzt würden wohl die Kosten der Sperre und der anschließenden Wiederaufnahme der Stromversorgung vermieden. Dennoch ist das ein Schuss in den Ofen und ein politischer Rohrkrepierer. So gewöhnt man die Bevölkerung an Armut: Durch knappe Löhne, Renten und Regelleistung dafür sorgen, dass in der letzten Monatswoche die Kerzen und Butangaskocher hervorgeholt werden. Das kann es nicht sein, Frau Kipping!

Gerolf: Am meisten ärgert mich an dem Vorschlag von Katja, die ich sonst sehr schätze, dass er das vermeintliche Recht der Energieversorger, sich durch Stromsperren und Wiederanschaltgebühren ein Zusatzgeschäftchen auf dem Rücken der „sozial Schwachen“ zu verschaffen, nicht infrage stellt, und dass die Betroffenen eine weitere Diskriminierung erfahren, indem sie durch Einbau eines Prepaid-Zählers gegenüber ihren Hausnachbarn als „sozial schwach“ gekennzeichnet werden.

Frank: Mein Verbrauch lag im letzten Jahr bei 2.300 Kilowattstunden. In den letzten zwei Monaten habe ich rund 109 Euro ausgegeben, um meine Halogen- gegen LED-Lampen auszutauschen, den Radiowecker gegen einen batteriebetriebenen Uhrenwecker und das schnurlose Telefon gegen ein Schnurtelefon. Mein Kühlschrank, Baujahr 1995, verbraucht auf der geringsten Einstellstufe 150 Kilowattstunden im Jahr und liegt damit im Bereich eines modernen Öko-Kühlschranks.

Jetzt wäre ich hochgerechnet bei 1.400 Kilowattstunden im Jahr. Das wäre dann auch der normale Stromverbrauch für einen Einpersonenhaushalt. Darunter geht nicht – egal, wie viel es kostet, Frau Kipping! Die „Fritz-Box“ meines Telefonanbieters muss 24 Stunden am Tag am Stromnetz hängen, sonst bin ich telefonisch nicht mehr erreichbar, und das Internet wäre auch gekappt. Nein, Frau Kipping, so nicht!

Gerolf: Die Symptombehandlung „Prepaid-Karte“ kann keine Heilung der Krankheit „Stromsperre“ und deshalb wohl auch keine Forderung der Montagsde-

mo sein. Total irre finde ich übrigens das Detail, dass dieses Gerät „mit 400 Euro rund zehn Mal so viel wie ein normales“ kostet. Die Differenz von 360 Euro reicht locker für drei Stromsperrungen. Ich nehme an, diese Mehrkosten soll dann das Jobcenter tragen – anstelle einer höheren Strompauschale im Regelsatz.

Frank: 400 Euro durch zwölf sind 33,33 Euro. Noch zehn Euro im Monat drauf, und der Jahresverbrauch eines Einpersonenhaushaltes wäre gedeckt. Von der Metallwarenmanufaktur Heinze gibt es eine schöne Lampe, die überhaupt keinen Strom benötigt. Jetzt noch ein Stechkartuschenkocher von Campingaz, und der Prepaid-Zähler kann kommen. Endlich Unabhängigkeit von den Stromkonzernen!

Hans-Dieter Binder: Katja Kipping hat ihre Argumente auf ihrer Homepage dargelegt. Unter anderem schreibt sie, der Einbau der Zähler sei freiwillig und ein Angebot der Riesaer Stadtwerke. Er verursache keinerlei Kosten für den Abnehmer. Diese übernehme der Versorger.

Hans-Dieter Wege: Benutzen wir hier jetzt auch schon den Begriff „sozial Schwache“? Hartz-IV-Empfänger müssen nicht „*sozial*“ schwach sein. Ich finde, eine Mindestforderung sollte ganz schnell werden, dass man die Stromkosten den Kosten der Unterkunft zuordnet, genau wie Gas oder Wärme sowie Wasser und Abwasser. Wer nimmt schon seinen Strom mit zur Arbeit oder in den Urlaub? Beim Wasser wäre das sogar noch möglich. Zum Bericht von Katja Kipping: Stromabschaltungen bleiben Stromabschaltungen, und gefroren wird im Winter dann von vielen Menschen auch. Da hilft kein Schönreden!

Gerolf: Und wer weiß, was von der „Freiwilligkeit“ übrig bleibt, wenn diese Möglichkeit den Betroffenen erst mal von den Jobcentern nahegelegt wird. Die Großbuchstaben-Gazette bringt als kostenpflichtigen Premium-Content gerade die Geschichte von „Waldfrau Uschi“. Die obdachlose Sekretärin ist knapp einer Vergewaltigung entkommen, ihr Zelt wurde zerstört. Vorausgegangen war eine Nacktberichterstattung vom Duschen unterm Wasserfall. Kostenfrei gab es bei „ Prepaid-Katja“ immerhin einen Blick ins Holz vor ihrer Hüttn.

Frank: Wie soll ich mir da eine Meinung bilden?

Katja Kipping: Hier noch einmal der Link zum Artikel, der vielleicht die schlimmsten Missverständnisse über meinen Debattenbeitrag ausräumt.

Frank: Ich komme schon ganz durcheinander. War das gerade die Waldfrau oder die Prepaid-Tante?

Gerolf: Die Waldfrau hat jetzt dem Jobcenter-Chef schöne Augen gemacht. Bei ihr ist inzwischen alles prepaid, dank „Bild“ – zumindest für die nächsten drei Monate. Dann kommt „Waldfrau Uschi bei den sieben Schneemännern“. Schon wird eine neue „Zauberformel“ vermeldet: „Gysi signalisiert, nicht mehr auf der Abschaffung aller Hartz-IV-Sanktionen zu bestehen“.

Frank: Vielleicht wird auch der Name „Kipping“ aufgrund Koalitionsfähigkeit zum Programm der „Linken“: „Weg-Kipping“, da „Die Linke“ in ihren Programmpunkten wegzukippen droht.

E-Mail-Diskussion von Unterstützern der Bremer Montagsdemo

Arbeitslosigkeit diszipliniert Beschäftigte und Gewerkschaften

1. Es gibt neue Nachrichten über die **Geheimdienste**. Minister Friedrich erklärt, es sei alles geklärt. Frau Merkel erklärt, deutsches Recht wurde eingehalten. Nur was die Schlapphüte einfangen, ist ungeklärt. Wie die deutschen Gesetze aussehen, kann mensch einsehen, doch die Ausführungsbestimmungen und die dazu getroffenen Vereinbarungen sind nicht öffentlich. Wer ist dreister, oder besser: Wann gibt es wirklich Klarheit? Ich lasse mich nicht gern verschaukeln!

Auch Amerikaner wurden abgehört. Wurde versehentlich mitgeschnitten? Es war ein Fehler laut NSA, jedoch Absicht gemäß den Unterlagen von Edward Snowden. Denen zufolge wurde systematisch, nach den Angaben der NSA nur tausendfach abgehört. Es ist aufschlussreich, wie die NSA diese „Fehler“ erklärt: Die Vorwahl sei verwechselt worden, statt Ägyptern wurden Washingtoner abgehört. Über Löschung wird nichts berichtet. Die NSA hat keinen Fehler gemeldet.

Der britische Geheimdienst hat den Ehemann von US-Journalist Glenn Greenwald abgefangen. Er wird auf einem Londoner Flughafen im Transitbereich festgehalten und verhört. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass die Abhöraffäre noch lange nicht beendet ist.

2. Damit die Arbeit besser verteilt werden kann, sind 30 Stunden genug, jedoch nur mit vollem Lohnausgleich. Darin waren sich eigentlich alle einig, das ist eine alte Forderung. Die Ergänzung „**Arbeitszeitverkürzung** nur mit vollem Personalausgleich“ ist durch die Erfahrungen beim Personalabbau gefestigt worden. Bei der Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema am 14. August 2013 im DGB-Haus war der Saal gut gefüllt: „Attac“ und „Die Linke“ hatten eingeladen, und viele sind gekommen. Dozent Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup war sehr leidenschaftlich. Mit seiner Forderung nach einer Reduzierung der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich rannte er offene Türen ein.

Nur der Weg – die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung durch die Produktivitätssteigerung bei gleichbleibenden Lohnstückkosten –wurde verhalten aufgenommen. Die Überzeugung der Beschäftigten in den Betrieben wurde als schwierig eingestuft. Wer kann als Arbeitnehmer die Entwicklung der Lohnstückkosten einschätzen? Dies ist schon im Produktionsbetrieb von den Angaben der Geschäftsführung abhängig, und in reinen Bürobetrieben versagt diese Messlatte.

Es wurde auf die aktuelle gegenläufige Entwicklung hingewiesen: Arbeitszeitverlängerung wird tarifvertraglich vereinbart, zum Beispiel für den öffentlichen

Dienst. Ein Arbeitszeitplus erfolgt auch durch die Änderung des Rentenbeginns. Die Rente mit 60 nach Arbeitslosigkeit wurde ersatzlos gestrichen, der Rentenbeginn grundsätzlich hinausgeschoben. Es war eine lebhafte Diskussion. Der Referent wurde gebremst und konnte aufgrund der Zeitvorgaben nicht alles vortragen.

Umfassender hat Heinz-Josef Bontrup dieses Thema zusammen mit Mohssen Massarrat in ihrem Beitrag zum Buch „Wir sind empört! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“ (Herausgeber Achim Rogoss, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2012) behandelt. Ausführlich steht dies auch im „Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“, das noch mit unterzeichnet werden kann.

Bezeichnend ist für mich Bontrups Feststellung: „Arbeitslosigkeit diszipliniert die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften“. Ganz nebenbei würden die Arbeitszeitverkürzung und die notwendige Neueinstellung die Arbeitslosigkeit vermindern – nicht einmal beseitigen. Ich hoffe, diese Veranstaltung trägt dazu bei, die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zurück ins Gedächtnis zu bringen – bei allen Zweifeln.

Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ geht von einem Schwund der Erwerbsfähigen um 6,5 Millionen bis zum Jahr 2025 und damit einhergehendem Fachkräftemangel aus (Stand 2011). Das Institut hat dabei die Produktivitätssteigerung nicht richtig im Blick: Wir werden weniger Erwerbsfähige haben, aber keine Vollbeschäftigung.

Nur die Reduzierung der Arbeitszeit befreit uns vom Verfall der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen. Nur die Förderung der Schüler und Berufseinsteiger fördert die Bildungsqualität. Augenblicklich ist zum Beispiel Nachhilfe für Schüler im „Bildungs- und Teilhabepaket“ enthalten, wird jedoch leider mit sehr hohen Hürden versehen und mit vielen Mitteln verhindert. Noch nie standen der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern so geringe Mittel für Umschulung und Weiterbildung zur Verfügung. Das Aussieben sieht für die Erwerbslosen oftmals wie Willkür aus. Der zentrale Einkauf der Bildungsmaßnahmen schwächt die Effizienz.

3. Wer möchte Gift essen? Wollen Sie **Gift** in Ihrem Essen? Wie ich zu dieser Fragestellung komme, möchte ich erläutern. In Bremen gab es einen Gefahrgutunfall, drei Menschen wurden vorsorglich in eine Klinik eingeliefert. Ein Kanister Gefahrgut der Gefahrenklasse 3 war beschädigt. Das ist in einem Hafenbetrieb eigentlich nichts Besonderes. Doch beim Inhalt der Kanister „handelte es sich um leicht brennbare, giftige und ätzende Lebensmittelaromastoffe in hoher Konzentration“. Das bedeutet, es werden Aromastoffe verwendet, die in hoher Konzentration ätzend und giftig sind!

Ich habe mir Lebensmittelpackungen angesehen. In der Zutatenliste ist oftmals der Eintrag „Aromastoffe“ aufgeführt, aber es gibt keine weiteren Hinweise. Ich kann mich noch an Zusätze erinnern, etwa Aromastoffe aus Kirschen oder Erdbeeren. Diese Kennzeichnung muss nicht mehr vorgenommen werden. Aro-

ma kann *so* oder *so* gewonnen werden, aber der Verbraucher kann es auf der Packung nicht mehr nachlesen. Die Aufhebung der aussagefähigen Kennzeichnungspflicht wurde 2008 beschlossen und wirkt seit 2011.

Das Volumen dieser Lieferung betrug vier Paletten mit 25-Liter-Kanistern. Acht Kanister waren mit den leicht brennbaren, giftigen und ätzenden Lebensmittelaromastoffen in hoher Konzentration in Berührung gekommen und wurden von der Feuerwahr abgestreut und fachmännisch gesichert. Der Anhänger verbleibt bis zur Entseuchung auf dem Firmengelände an der Senator-Blase-Straße in Bremen. Eine Presseerklärung der Feuerwehr habe ich nicht gefunden, auch keinen Hinweis auf die Verwendung dieser giftigen Lebensmittelzusatzstoffe. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Große Merkelei vorm Schütting

Leider erfuhren wir erst wenige Tage vorher vom Merkel-Besuch am Donnerstag auf dem Marktplatz. Immerhin sagten circa acht Mitstreiter der Montagsdemo spontan zu, sich um 18 Uhr – also eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung – vor dem Dom zu treffen. Am Donnerstag waren es dort bei Dauerregen nicht ganz so viele Mitstreiter, sodass wir Probleme hatten, genügend „Träger“ für die fünf Schilder der Montagsdemo zu finden. Erst kurz vor 19 Uhr schafften wir es, denn während wir noch vor dem Dom warteten, hatten sich andere Montagsaktivisten schon in der Menschenmasse auf dem Marktplatz verlaufen.

Aus Personalmangel war ein Verteilen des aktuellen Flugblattes – „Hartz IV betrifft alle“ – leider nicht möglich. Wir hatten uns in der Mitte und so weit wie möglich vorne platziert. In den abgesperrten Bereich für die „Jubelperser“ konnten wir – wie erwartet – nicht hinein. Trotzdem sind wir auf den Aufnahmen von „Buten un binnen“ kaum zu sehen. Es waren insgesamt – vielleicht lag es am schlechten Wetter – eher wenige Merkel-kritische Transparente und Schilder zu sehen. Vom „linken Block“ abgesehen, klatschte die breite Masse der Zuschauer brav Applaus. Da wir mehr in der Mitte standen, bekamen wir dies schmerzhaft mit.

Für nächsten **Mittwoch**, den **28. August 2013**, um **18 Uhr** hat sich mit Kanzlerkandidat **Steinbrück** bereits der nächste Gauner zu einem Auftritt auf dem **Marktplatz** angekündigt. Nach Bremen kommt er vermutlich ohne Schröder, aber wer weiß? Wenn es nicht schon wieder so regnerisch wird, habe ich gute Hoffnung, dass wir diesmal besser aufgestellt sein werden. Ich finde, dass die Bremer Montagsdemo diesem Hartz-IV-Kandidaten deutlich die rote Karte zeigen sollte!

Marcus (parteilos)

Pimpern für die Rente?

Es gab unter den schätzungsweise 2.000 Anwesenden außerhalb der Absperrung bestimmt Hunderte Merkel-kritische Pfeifer: Leute von „Blockupy“, „Anonymous“, „Nice Guys“, „Attac“, „Umfairteilen“, Piraten, Antifa, „Die Linke“, „Die Partei“. Die meiste Zeit stand ich in der Mitte etwas weiter hinten und habe versucht, mich mit einer Mitstreiterin zu unterhalten, was sich wegen der Lautstärke des Pfeifkonzertes als schwierig erwies. Mit mehr Montagsdemo-Flugblättern wären die anwesenden Merkel-Kritiker weder zahlreicher noch Merkel-kritischer geworden, als sie ohnehin schon waren.

Im „Buten-un-binnen“-Beitrag ist selbst von ihrem Aufnahmestandort ganz vorn bei den „Jubelpersern“ das Pfeifkonzert deutlich vernehmbar, und die Montagsdemo-Schilder sind gut zu erkennen. Wir können eigentlich zufrieden sein mit der Veranstaltung. An einem regnerischen Donnerstagabend um 18 Uhr, wenn die meisten Leute von der Arbeit nach Hause kommen, die Beine hochlegen, Essen kochen oder noch Besorgungen machen, wäre der Marktplatz ohne die Merkel-Kritiker deutlich leerer gewesen.

Die Kanzlerin hat in ihrer Rede auf die Demographie hingewiesen: In Deutschland und Europa gibt es Bevölkerungsrückgang, während wir global Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben, sodass es in zehn Jahren voraussichtlich insgesamt neun Milliarden Menschen auf der Erde geben wird. Dabei ließ die Kanzlerin die Probleme, die das globale exponentielle Bevölkerungswachstum mit sich bringt völlig außer Acht: Nahrungsmittel- und Energieknappheit einer schnell wachsenden Weltbevölkerung existieren für Frau Merkel nicht. Sie macht sich Sorgen, dass durch mehr Geburten in Afrika mehr Ingenieure heranwachsen als in Europa. Fachkräfte werden jedoch nicht *geboren*, Frau Merkel, sie werden *hervorgebracht*!

Worauf wir hier weiter eingeschossen werden sollen, ist das alte traditionelle Sozialleistungssystem Bismarck’scher Prägung, bei dem *viele* junge Arbeitende zugunsten *weniger* Rentner(innen) in die Rentenkasse einzahlen. Dieses System wird sich nicht aufrechterhalten lassen, erst recht nicht, wenn wir in Deutschland und Europa Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hätten, da bekanntlich durch Rationalisierung Arbeitsplätze zunehmend wegfallen.

Allein vier Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind im primären Wirtschaftssektor, der Nahrungsmittelproduktion, tätig. In den entwickelten Industrienationen arbeiten durchschnittlich zwei Prozent der Gesamtbevölkerung in der Nahrungsmittelproduktion und ernähren mit ihrer Arbeitskraft die restlichen 98 Prozent der

Bevölkerung eines entwickelten Industriestaates. Zu denen gehören auch Sie, Frau Merkel!

Wir haben hier längst eine so hohe Produktivität erreicht, dass Sozialleistungssysteme nicht mehr an die Summe der einzahlenden Individuen gekettet zu werden brauchen, sondern der Produktivität der Volkswirtschaft folgen können. Was in Europa den für die übrige Welt wünschenswerten Geburtenrückgang erwirkt hat, waren die Sozialleistungssysteme: Ich brauche nicht mehr, wie im 19. Jahrhundert, zehn Kinder zu zeugen, von denen vier das Erwachsenenalter erreichen, die mir den Lebensabend sichern. Der Wunsch nach Kindern ist unserem ganz individuellen Lebensentwurf vorbehalten und hat nicht der Produktion von Arbeitern und Soldaten unterworfen zu sein!

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Medien-Hype um „Wutbürger“: Die lassen sich einfach nicht mit dem Arbeitsplatz-„Argument“ totschlagen! *(„Focus“)*

Menschenmassen hängen am Seil im Namen der Zahlen

Immer wieder geht es ums Geld – leider nur um immer größere Gewinne und nicht darum, dass endlich mal alle Geld haben! Nun wird schon professoral bestätigt, es gebe Wachstum und Vollbeschäftigung. Um die Banken scheint es ruhiger geworden zu sein, aber nicht beim Dax – da ist das Zocken in vollem Gange –, geschweige denn beim Großkapitalisten, den USA. Was in den finanzmonopolistischen Banken geschieht, wird wieder auf eine Finanzcrash-Warnung hinauslaufen, aber keiner schaut hin von denen, die eine Lobby haben, und unten soll es ja sowieso keiner wissen.

Ob Geld und Leihgeschäfte sein müssen, hat noch niemand ernsthaft hinterfragt. Auch in Bremen sieht man an manchen Ecken: Es gibt noch Arbeiterhäuser, die einmal erarbeitet und später weitervererbt wurden. Da ist tatsächlich eine kleine Kreditfreiheit zu sehen, eine Unabhängigkeit. Abhängigkeit ist der Schlüssel zu Megareichtum! Wo Menschenmassen am Seil hängen im Namen der Zahlen, gibt es einen Zahlenapparat der Abhängigkeit. Soll das Wahrheit sein? Nein, Wahrheit ist Unabhängigkeit von Banken! Geld, das bei deiner Arbeit eine Umschlüsselung für Leistung sein soll, kann nur verwaltet werden, um Ordnung und leichteren Überblick über des Arbeiters Wirken zu haben.

Aus dem normalen Tun ist ein Ausnutzen und Abhängigmachen schon der Grundexistenz geworden. Das ist keine Hilfe für deinen, des Arbeiters Zahlenhaufen! Es ist eine Finanzdiktatur geworden, errichtet mit immer mehr Zahlen von

vielen Arbeitern: So steuern wir in eine Abhängigkeit, die man auch „dunkle Energie“ nennen könnte, was aber nur im Kosmos richtig sein soll. Sie sehen ja überall die Protzbauten, bis in kleinsten Orte! Das war im Mittelalter nur Adligen zuzuordnen. Das kommt alles aus deiner Lohntasche! Das ist nicht mehr normal und nachhaltig!

Den Banken muss das Zocken und Spekulieren verboten werden! Arbeit gibt es eigentlich überall, überall ist neues Wissen, so schnell könnte Vollbeschäftigung entstehen! So könnten sich Arbeiter tatsächlich immer höher rechnen. Mir scheint es, als würde das nur wegen dieser kleinen Gruppe von Finanzgangstern verhindert, die das Geld, den eigentlichen Wert, schnell nur für sich und ihr eigenes Wohl rausholt. Es gab aber auch Zeiten *ohne* Banken, als ganz Großes geleistet wurde: die Pyramiden von Ägypten.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Pharma-Lobby will Einschränkung: Jeder Mensch hat auch ein Grundrecht auf freie Wahl seiner Behandlungsmethoden! *(„Grundrecht Gesundheit“)*

Medien-Hype um „drohende“ Große Koalition: Das Bürgertum soll die FDP retten, damit Schwarz-Gelb fortgesetzt werden kann *(„Spiegel-Online“)*

BANKHAUS NEELMEYER

Wir laden ein zum Sommerfest der Bremer Montagsdemo!

Am **Samstag**, dem **14. September 2013**, steigt das diesjährige **Sommerfest** der **Bremer Montagsdemo**. Wie schon in den letzten Jahren findet es in den **Neustadtswallanlagen** statt, und zwar hinter dem Südbad, am Pavillon nahe des Parkeingangs am Ende der Delmestraße, wo sie auf die Neustadtscontrescarpe stößt. Beginn ist um **15 Uhr**, das Ende gegen 20 Uhr geplant. Wir wollen ein möglichst reichhaltiges Kuchen- und Salatbüffet anbieten, Fleisch und Wurst grillen und natürlich heiße und kalte Getränke verkaufen, alles zu erschwinglichen Preisen. Es gibt auch schon Überlegungen für künstlerische Darbietungen.

Alle Initiativen, Organisationen oder Parteien können sich unter folgenden Voraussetzungen gern beteiligen und über ihre Arbeit informieren: Sie müssen – wie die Montagsdemo – die Hartz-Gesetze ablehnen, und sie müssen sich aktiv in irgendeiner Weise an den Gemeinschaftsaufgaben beteiligen, zum Beispiel am Grillen, am Kaffee- und Kuchenverkauf oder Auf- und Abbau. Außerdem brauchen wir noch feste Zusagen für Salate und Kuchen und für künstlerische Aktivitäten wie Lied, Tanz, Gedicht. Um Rückmeldung wird gebeten an: *Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de*.

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

437. Bremer Montagsdemo
am 26. 08. 2013

Wer mit Anfang 50 umschulen will, soll einen Psycho-Test machen

1. In Mainz teilt sich eine Hartz-IV-Bezieherin seit mehr als zwei Jahren mit drei Männern eine ehemalige Prostituierten-Wohnung mit vier Zimmern, Dusche, Toilette, kleiner Küche. Für ihr acht Quadratmeter kleines Zimmerchen mit Mini-Waschbecken wird sage und schreibe mehr als 300 Euro Miete verlangt, was vom Job-Center ohne Murren bezahlt wird. Irgendwie muss es der 54-jährigen gelungen sein, Kühlschrank, Mikrowelle, Bett und ihren gesamten Hausstand in das winzige Kämmerchen hineinzuquetschen. Die Wohnung ist sehr renovierungsbedürftig. Im völlig verdreckten Treppenhaus stinkt es bestialisch nach einer Mischung aus Schimmel, Verwesung und Biotonne.

All das ist für das Mainzer Jobcenter kein Grund, der Hartz-IV-Bezieherin einen Umzug in die auf eigene Initiative hin gesuchte **Wohnung** mit 22 Quadratmetern für 390 Euro Warmmiete zu gestatten, im Gegenteil: Es untersagte ihn der Probandin sogar schriftlich, weil es die Erforderlichkeit des Umzugs nicht anerkennen könne, und riet geradezu zynisch, die Mängel in der Wohnung beim Vermieter zu reklamieren. Die Schikanen der Mob-, Flop- und (No-)Job-Center können tief und unergründlich sein, aber das braucht sich niemand gefallen zu lassen!

Ein Umzug aus solch einem renovierungsbedürftigen Mini-Zimmer zum Wucherpreis ist selbstverständlich und steht einer zu, denn diese arme Frau lebt menschenunwürdig – die meisten Haustiere führen in komfortableres Leben. Es lohnt, sich zu wehren! So ist das Sozialgericht Mainz in seinem Urteil vom 8. Juni 2012 (Aktenzeichen: S17 AS 1452/09) zu dem Schluss gekommen, dass die Angemessenheitsregelungen der Unterkunftskosten im SGB 2 und SGB XII verfassungswidrig sind.

2. Münsteraner Studenten machten mit einer öffentlichen Schlafaktion in einem Kaufhaus-Schaufenster auf die **Wohnungsnot** aufmerksam. Zu diesem Zweck schlief ein junger Mann in der Auslage. Die Aktion wird von Stadt und Universität

unterstützt, die Stadtverwaltung Münster richtete extra ein Büro für wohnungssuchende Studenten ein.

Mir gefällt solch ein konstruktiver Protest, doch wüsste ich gern, ob solch eine Aktion auch unterstützt worden wäre, wenn es sich statt um Studenten um Hartz-IV-Bezieher gehandelt hätte! Unter der Wohnungsnot leiden alle Menschen mit wenig Geld, also ALG-II-Bezieher, kinderreiche Familien, Rentner, Dumpinglohnbezieher und Aufstocker ebenso wie Studenten. Aber es scheint so, als ob es „böse“ Erwerbslose, die ihre Armut durch Faulheit und Bildungsferne selbst verschuldet hätten, und „gute, unschuldige“ Studenten gäbe, die trotz Bildungshunger temporär arm sind.

3. Ob Arbeitssuchende ihren Wunschjob erhalten, entscheiden immer häufiger Psychologen und **Psychotests** des Psychologischen Dienstes der Arbeitsämter. Arbeitsagenturen und Jobcenter schicken jedes Jahr fast 100.000 Personen dorthin, Tendenz steigend. Der Anteil der Arbeitslosengeld-I-Bezieher nimmt dabei deutlich zu und ist von 26.100 im Jahr 2009 auf 39.800 im vergangenen Jahr gestiegen, was einem Zuwachs um 52,5 Prozent entspricht. Man höre und staune: Die Bundesagentur-Psychologen sollen testen, ob Arbeitslose in der Lage sind, den gewünschten Job zu bewältigen, und wo ihre Fähigkeiten liegen!

Ob die Erwerbslosen etwa nur aus dem Grund ohne Arbeit sein sollten, weil sie selbst überhaupt nicht einzuschätzen vermögen, wo ihre Stärken und Schwächen liegen? Mir persönlich sind intelligente, arbeitswillige ALG-II-Bezieher mit zum Teil mehreren Ausbildungen, die zu ihnen passen, bekannt, die diese psychologischen Tests mit Bravour bestanden haben und dennoch weiter keine Umschulung bekommen. Es wird meist nicht so direkt gesagt, aber: Mit Anfang 50 seien sie zu alt dazu. Moment einmal: Wer nicht zu alt ist, bis 67 zu arbeiten, kann, hoch motiviert, mit Anfang 50 wohl kaum zu alt für eine Umschulung sein!

4. Aus den Daten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen geht hervor, dass im vergangenen Jahr in mehr als 234.000 Fällen krankgeschriebene Arbeitnehmer von den Krankenkassen wieder zurück an ihren Arbeitsplatz geschickt wurden. Die Gutachter des Medizinischen Dienstes urteilten, dass es aus medizinischer Sicht (nicht aus neoliberaler, monetärer?) keinen Grund für die Fortsetzung der **Arbeitsunfähigkeit** gegeben habe und sie deshalb innerhalb von zwei Wochen beendet werden könne. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle, die den Medizinischen Diensten zur Begutachtung vorgelegt werden, geht seit einigen Jahren zurück.

Außerdem urteilen die Gutachter offenbar zunehmend im Sinne der Patienten: Im vergangenen Jahr wurden 0,5 Prozent weniger Krankschreibungen als nicht gerechtfertigt eingestuft als in den Jahren 2010 und 2011, was angesichts der gestiegenen Gesamtzahl an Krankschreibungen in ganz Deutschland verblüfft: Sinken die überprüften Fälle, weil die einzelnen Krankenkassen in anderen Bereichen wie Pflegeleistungen oder Krankenhausaufenthalten genauer prü-

fen ließen und so weniger Kapazitäten für die Begutachtung der Krankschreibungen blieben?

Die Krankenkassen sparen jedenfalls eine Menge Geld ein, indem entweder sie selbst oder ihre Prüfer vom Medizinischen Dienste Anträge auf Reha-Maßnahmen als unbegründet abweisen, was niemals im Sinne der Patienten ist, seien es nun minimale Prozentpünktchen weniger oder nicht! Ich empfinde es als einen sehr inhumanen Akt, so viele Anträge von bedürftigen Kranken auf Hilfsmittel wie Hörgeräte oder elektrische Rollstühle abzulehnen.

Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher, rät den Patienten, sie sollten sich „auf keinen Fall damit zufriedengeben, wenn der Medizinische Dienste ein Hörgerät über den Festbetrag ablehnt oder eine Reha-Leistung“. Die Gesundheitsexpertin der „Linken“, Martina Bunge, hält es für einen Skandal, wenn die Krankenkassen notwendige Leistungen verweigern, weil die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik der Bundesregierung die Kassen über unsinnige Zusatzbeiträge zu einem Überlebenskampf zwinge.

5. Mit Entsetzen hörte ich vor ein paar Tagen, dass ein Sonderpostenmarkt im niedersächsischen Bramsche seine Kunden mit der Parole „EU-Bürger sind herzlich willkommen“ empfängt und vor dem Markt zwei Wachposten postiert sind, die Kunden vor Betreten des Ladens mit einem „musternden Blick“ begrüßen. Offenbar gilt dieser entzückende Empfang den Bewohnern des nahegelegenen Flüchtlingsheims in Hesepe, in dem vor allem Menschen aus Serbien und Montenegro Zuflucht fanden. Die Wachleute hatten den Auftrag, dessen Bewohner nicht einzulassen.

Der Vorwurf, das Unternehmen reagiere damit auf eine Häufung von Diebstählen, konnte von der örtlichen Polizei nicht bestätigt werden. Offenbar wird hier pauschal stigmatisiert, beschuldigt und ausgegrenzt! In meinen Augen ist das **Rassismus**. Filiz Polat, Landtagsabgeordnete der Grünen, sieht hier einen Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, denn „im Umkehrschluss kann man sich denken, dass vom Unternehmen signalisiert wird, dass Nicht-EU-Bürger kein Recht haben, hier einzukaufen“. Was sonst?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Fukushima-Katastrophe mahnt: Keine Renaissance der Atomkraft!

Die Auswirkungen der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 verschärfen sich weiter. Die Verseuchung des Meeres nimmt immer bedrohlichere Formen an. Seit dem 8. August 2013 strömten jeden Tag mehr als 300 Tonnen hoch radio-

aktiv verseuchten Wassers ins Meer, weil die unterirdische Barriere aus Chemikalien, Stahlböden und Betonfundamenten undicht wurde. Als Scheinlösung wurde das kontaminierte Wasser daraufhin in oberirdische Tanks umgepumpt. Es ist eine Mischung aus Grundwasser, das ständig in das schwer beschädigte Reaktorgebäude eindringt, und strahlendem Kühlmittel.

Das Wasser enthält den „Knochenkiller“ Strontium und ist so stark verseucht, dass nach zehn Stunden bereits erste Anzeichen der Strahlenkrankheit auftreten, wenn sich ein Mensch in der Nähe aufhält. Doro Chiba, die japanische Eisenbahnergewerkschaft, wies bereits am 9. August darauf hin, dass der Kernkraftwerkbetreiber Tepco die oberirdischen Tanks nur verschrauben statt verschweißen ließ, um Zeit und Kosten zu sparen. Es ist keine „Verharmlosung“, sondern skrupelloser Betrug, wenn Tepco und die japanische Regierung erklären, „behandeltes Wasser“, das Tritium enthält, werde im Meer „verdünnt“.

Verdünnt wird in diesem Falle gar nichts – vielmehr sorgt die Katastrophe von Fukushima dafür, dass die Radioaktivität durch verseuchte Meeresfauna und -flora über die ganze Welt verbreitet wird. Schließlich halten sich Fische, die später gegessen werden sollen, nicht an vom Menschen festgelegte Sperrzonen! Japanische Fischer haben Mitte Juli einen Barsch gefangen, bei dem ein Cäsium-Anteil von mehr als 1.000 Becquerel pro Kilogramm gemessen wurden – mehr als zehn Mal so viel wie der zulässige Höchstwert.

Inzwischen wurde auch bekannt, dass die Zahl der Arbeiter, die beim Atomunfall und den Aufräumarbeiten verstrahlt worden sind, viel höher ist. Tepco hat das ganze Ausmaß systematisch vertuscht und nur die Zahl von 178 Verstrahlten zugegeben. Nach einer unabhängigen Untersuchung, zu der das japanische Gesundheitsministerium aufgerufen hatte, wurden 1.973 Arbeiter radioaktiv verstrahlt – also zehn Mal so viele.

Trotz dieser verheerenden Folgen der Atomkatastrophe in Japan forcieren die europäischen Energiekonzerne ihre Bestrebungen, die Atomkraft neu zu beleben. Die EU will unter Federführung des Energiekommissars Oettinger (CDU) sogar den Bau neuer Atomkraftwerke in Europa erleichtern. Geplant sind 34 neue AKWs bis 2050, die mit unseren Steuergeldern gefördert werden sollen. Das alles passiert gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung! Der Kampf zur sofortigen Stilllegung aller AKWs weltweit muss wieder verstärkt werden!

Ein Schritt dazu ist die Übergabe der Unterschriftensammlung am 2. September 2013 an das japanische Konsulat in Düsseldorf. 31.102 Menschen haben allein in Deutschland das internationale „Manifest zum Gedenken an das Desaster von Fukushima und zur Forderung nach der Beendigung der Nutzung von Atomenergie“ auf Initiative von ICOR und ILPS unterschrieben. Darunter sind auch

zahlreiche Unterschriften, die wir auf der Montagsdemostation in Bremen gesammelt haben. Herzlichen Glückwunsch uns allen!

Harald Braun

„Scheiß Nazi“: AfD-Chef Lucke von der „Waldbühne“ gerempelt *(„Weser-Kurier“)*

Mein persönlicher Klimaschutz mit dem Auto

Da wir uns gerade im Bundestagswahlkampf befinden, will ich die Gelegenheit wahrnehmen, daran aktiv mitzuwirken. Es geht um das globale Thema der Klimapolitik beziehungsweise um die drastische Verringerung des Klimagases Kohlendioxyd. Sie brauchen nicht mehr darauf zu warten, bis irgendwelche Politiker in jahrelangen Diskussionen irgendwelche Grenzwerte festlegen! Sie brauchen sich nicht mehr sinnlose Polit-Sülze verschiedener Parteien anzuhören – mit dem Problem, die beste daraus zu wählen! Wählen Sie sich selbst: Machen Sie ab sofort Ihre persönliche Klimapolitik!

Es ist unsinnig, hieraus eine große Wahlkampf-Strategie zu machen, denn die Kohlendioxyd-Vermeidung basiert auf einigen wenigen natürlichen beziehungsweise physikalischen Grundlagen. Aus nur zwei Zahlen können Sie sofort Ihr privates Klimaschutzprogramm entwickeln: 1. Jeder deutsche Mensch, der Strom verbraucht, ist dafür verantwortlich, dass er pro Kilowattstunde 700 Gramm Kohlendioxid erzeugt. 2. Jeder Mensch der Welt, der einen Liter Treibstoff, Öl oder Kohle verbrennt, erzeugt damit etwa drei Kilogramm Kohlendioxid.

Damit können Sie leicht ausrechnen, mit wie viel Tonnen Kohlendioxid pro Jahr Sie selbst am Treibhauseffekt beteiligt sind. Schauen Sie auf Ihre Stromrechnung und Ihren Spritverbrauch, vergessen Sie nicht Ihren Treibstoffanteil beim Fliegen. Diese Werte zu verringern, bemühen sich seit vielen Jahre Politiker in aller Welt. Dass dabei noch nicht viel herausgekommen ist, liegt auch an der „tatkräftigen Mitwirkung“ der Autoindustrie: Sie versucht gerade wieder mit einer weltweit angelegten Verdummungsaktion, Elektroautos als eine Lösung für das Weltklimaproblem anzubieten.

Es gibt nur zwei „vernünftige“ Lösungen, wie ein Elektroauto klimaverträglich betrieben beziehungsweise wieder aufgetankt werden kann: 1. direkt an einem

Atomkraftwerk, 2. direkt an einer Solarstromanlage. Beide Anlagen haben zwar eine vergleichbar saubere Kohlendioxid-Bilanz, doch eine Solarstromanlage können Sie problemlos selbst bauen und betreiben. Bei Atomkraftwerken gilt das nur für autorisierte Großstromer, die das nötige Kapital bereits ergaunert haben und die nötige Skrupellosigkeit besitzen, eine Katastrophe zu riskieren.

Doch jeder, der sich ein Auto leistet, kann heutzutage auch eine passende Solarstromanlage installieren. Wer sein Elektroauto an einer normalen Steckdose auftankt, leistet keinen Beitrag zur Klimaschutzpolitik. Er fördert vielmehr die Atomindustrie beziehungsweise ist auf die Verschweigungstaktik und auf falsche Werbungen der Autoindustrie und kooperierender Politiker hereingefallen.

Mein privates Parteiprogramm zum Klimaschutz lautet also: § 1. Ich werde mir niemals ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor kaufen. § 2. Bevor ich mir vielleicht ein Elektroauto kaufe, werde ich mich gesetzlich dazu verpflichten, eine eigene Solarstromanlage installiert zu haben. § 3. Nur an dieser oder direkt an einer öffentlichen, aber vom Stromnetz unabhängigen Solarstromanlage werde ich Antriebsenergie beziehen. § 4. Ist das nicht möglich, so bleibt das Fahrzeug stehen, denn es gibt andere Mittel, sich fortzubewegen.

Noch ein wichtiger Hinweis zum Vergleich: Die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom durch eine Solarstromanlage wird mit einem Kohlendioxidausstoß von immerhin 90 Gramm pro Kilowattstunde veranschlagt. Das würde dem eines 0,4-Liter-Autos auf 100 Kilometer entsprechen, wenn wir die Daten des Kleinwagens aus meinem Beitrag zur 434. Montagsdemo zugrunde legen. Bei größeren Autos ist es entsprechend mehr, aber niemals kohlendioxidfrei. Viel Spaß beim Betreiben Ihrer persönlichen Klimapolitik, Ihres Autos und Ihrer Solaranlage!

Helmut Minkus (parteilos)

Am **Mittwoch**, dem **28. August 2013**, ist **Peer Steinbrück** auf dem Bremer **Marktplatz** zu Besuch. Menschen, die der SPD-Politik kritisch gegenüberstehen, treffen sich um **17:15 Uhr** auf den **Domtreppen** und um **17:45 Uhr** vor den **Rathausbögen**.

Am **Donnerstag**, dem **29. August 2013**, beginnt um **11 Uhr** die **Schlafsackdemo** gegen **Wohnungsnot** am ehemaligen **Wohnungsamt** am Breiten Weg 24 bis 26. „Dann rollen wir unsere Schlafsäcke, Isomatten oder Bettlaken aus und bewegen uns im Schlafsacklängentempo zum Marktplatz. Dort machen wir auf einer Kundgebung darauf aufmerksam, dass es auch in Bremen erheblichen Leerstand an Gebäuden gibt“, meldet das „Aktionsbündnis Wohnungsnot“.

Samstag, der **31. August 2013**, ist bundesweiter **Anti-Fracking-Tag**. Es gilt: „**Keine Stimme für Fracking**!“ An diesem Tag gibt es auch in **Bremen** eine **Demonstration** gegen den **Überwachungsirrsinn**.

„**Krieg beginnt hier**“ lautet der Titel einer Aktion am **Antikriegstag** am **Sonntag**, dem **1. September 2013**. Dabei werden die blutigen Geschäfte der **Lürssen-Werft** thematisiert. Treffpunkt ist um **10:45 Uhr** vor deren **Verwaltungsgebäude** in Vegesack, Zum Alten Speicher 11.

Radikal links – revolutionär – für echten Sozialismus!

Es ist ja nicht so, dass der Bremer Marktplatz nur für Merkel und Steinbrück da ist: Am **Samstag**, dem **31. August 2013**, macht die **MLPD** um **11 Uhr** auf dem **Marktplatz** eine **Wahlkundgebung**, mit Gabi Gärtner vom Zentralkomitee als Hauptrednerin. Ich – als Direktkandidat für den Wahlkreis Bremen I und Spitzenkandidat auf der Landesliste – werde auch dort sprechen, und es spielt die Band „Pepperoni“. Dazu lade ich euch herzlich ein!

Unser Wahlkampfmotto „Radikal links, revolutionär, für echten Sozialismus“ wird dort mit Leben erfüllt. Ich glaube, dass sich das sehr von allen anderen Wahlkampfreden abheben wird! Ab **15 Uhr** findet ein internationales **Kulturfest** auf dem **Delmemarkt** statt. Auch dort stellen sich unsere Kandidaten vor. Es gibt eine kurze Rede, viel Musik, internationale Beiträge (unter anderem vom Taksimplatz) und ein internationales **Büffet**. Auch dazu lade ich euch herzlich ein!

Wolfgang Lange (MLPD)

„100 Jahre SPD tun dem Kapital nicht weh“: Wahlkampfauftritt von Peer Steinbrück in Bremen am 28. August 2013
(Fotos: Helmut Minkus, Webcam: Bankhaus Neelmeyer)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **2. September 2013** wieder zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** statt. Vorgeschlagen wird eine **Demonstration** zum **Bahnhofsvorplatz** gegen dessen sinnlose **Bebauung**. Anlässlich des Antikriegstages findet im dortigen **DGB-Haus** um **18 Uhr** die Veranstaltung „**Das deutsche Militär auf dem Vormarsch** – eine Bestandsaufnahme“ statt. Wenn der Bahnhofsvorplatz erst einmal bebaut ist, können die Gewerkschaften keine Menschenmassen mehr zur Demonstration vor ihrem Haus versammeln.

Offener Brief an Hannelore Kraft: Finanzamt Wuppertal erkennt kämpferischen Frauen die Gemeinnützigkeit ab *(„Frauenverband Courage“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

438. Bremer Montagsdemo am 02. 09. 2013

Peer der Bär

Letzten Mittwoch war auf dem Bremer Marktplatz, in einer runden Manege unter einer großen Zeltkuppel, ein wohl dressierter Tanzbär zu bestaunen. Die Fragen aus dem Publikum, auf die Steinbrück geantwortet hat, sind ihm auf ausgewählten Pappkärtchen gereicht worden. Die „Schlagfertigkeit“ ist antrainiert, in Übungsrunden, wo die Sparringpartner die Aufgabe haben, dem Kandidaten „die üblichen“ Vorwürfe an den Kopf zu knallen. Dann muss er halt zu einem paar Dutzend Stichworten die Textbausteine draufhaben.

„Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ kam ihm aus dem Publikum entgegen, worauf er mit Verweis auf die 150-jährige Geschichte der SPD empfindlich reagierte. Ich kann jetzt nur für mich sprechen, Herr Steinbrück, denn in der 150-jährigen Geschichte der SPD kenne ich mich nicht aus, und sie interessiert mich auch nicht! Mir reichen die letzten zehn Jahre, während derer die SPD, in Befolgung der Lissabonner Strategie, den größten Angriff der Geschichte der Bundesrepublik auf den Sozialstaat geführt hat. Diesen Angriff würde Peer Steinbrück fortsetzen.

Vom SPD-Mindestlohn von 8,50 Euro bleiben netto rund 1.080 Euro im Monat übrig. Vielleicht würden mit diesem Hungerlohn einige Einpersonenhaushalte aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden. Für Alleinerziehende oder Alleinverdiener(innen) einer mehrköpfigen Familie wäre die Aufstockerei damit nicht beendet. Bei der SPD-Mindestrente von 850 Euro im Monat kommt nicht mehr heraus als bei einer zu niedrigen Rente mit ergänzender Sozialhilfe. Beim Ehrenamt stößt die SPD in dasselbe Horn wie Ursula von der Leyen mit ihrem „bürgerschaftlichem Engagemeng“: Sie folgt dem Maßnahmekatalog der EU-Kommision der Aktivierung Freiwilliger. Öffentliche Stellen werden so mit Freiwilligen eingespart.

Die Liste neoliberaler SPD-Maßnahmen ließe sich weiter fortsetzen. Mein Fazit ist: Solange sich SPD und Grüne nicht offiziell von ihrem Agenda-2010-Kurs verabschieden und sich nicht personell von den Protagonisten dieser Politik trennen, bleiben sie unglaubwürdig und nicht wählbar. Die „Pfeifer“ auf den Marktplätzen der Republik, an denen Sie sich stören, Herr Steinbrück, sind die Prozente,

die der SPD fehlen werden! Mit Peer Steinbrück, der seine SPD-Kavallerie satteln möchte, und den anderen Agenda-Filzokraten wird es der SPD weiterhin so ergehen wie der 7. Kavallerie bei Little Bighorn: Viele opfern sich dem Karrierestreben einzelner.

Frank Kleinschmidt (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Neuer Statistiktrick vor der Wahl: Dumpinglohn-Werkverträge gelten nicht mehr als „atypische Beschäftigung“ *(„Nachdenkseiten“)*

Mit Alten und chronisch Kranken wird wie mit „unbrauchbaren“ Erwerbslosen umgegangen

1. Gesundheitsminister Daniel Bahr plädiert für eine Öffnung der privaten **Krankenversicherung** für alle Bürger: „Ich möchte, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie sich versichern wollen“. Bahrs Vorstellungen würden bedeuten, dass die Versicherungspflichtgrenze kippt. Witz, komm raus, du bist umzingelt! Als ob es Bahr tatsächlich um eine wirkliche Versicherungsfreiheit für alle ginge: Wer hätte sich denn je freiwillig dafür entschieden, nur zweitklassige Leistungen zu bekommen? Das ist und war immer schon eine Frage des Geldbeutels!

Wie viel Zynismus müssen wir noch ertragen? Für mich ist dies ein typisch neoliberaler Lobbyisten-Vorschlag, der den gesetzlichen Krankenkassen den Todesstoß versetzen soll, weil ihnen dann die Beiträge fehlen. Ein Wechsel zu einer privaten Krankenversicherung würde sich doch nur für junge gesunde Singles mit einem Einkommen unter der bisherigen Bemessungsgrenze lohnen. In meinen Augen wäre es das einzig Sinnvolle, die privaten Krankenkassen abzuschaffen – und alle, eben auch die Vermögenden, zahlen in eine gesetzliche Versicherung!

2. Aus dem jüngsten Tätigkeitsbericht des Bundesversicherungsamtes geht hervor, dass alte und kranke Menschen in der gesetzlichen Krankenversicherung immer wieder diskriminiert werden. Demnach benachteiligen die Kassen Versicherte mit hohem Kostenrisiko oft schon bei der Anwerbung oder versuchten, Ältere oder chronisch Kranke mit der Aufforderung zu kündigen aus der Kasse herauszudrängen. Das Bundesversicherungsamt rügte, dass die dargestellte Verfah-

rensweise gegen grundlegende Prinzipien des Sozialgesetzbuches verstoße und der Verantwortung der gesetzlichen Krankenkassen gerade auch bei der medizinischen Versorgung von behinderten und chronisch kranken Menschen nicht gerecht werde.

Die Krankenkassen verstoßen gegen das **Diskriminierungsverbot** und das in der gesetzlichen Krankenversicherung zu beachtende Solidaritätsprinzip, wenn sie ihrem Vertrieb keine Prämien für das Werben von einkommensschwachen oder kranken Versicherten zahlen oder Prämien zurückverlangen, wenn die Neumitglieder höhere Krankheitskosten verursachen als erwartet. *Eigentlich* sind Krankenkassen dazu verpflichtet, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln, sobald sie im Vertrieb mit einem potentiellen Neumitglied in konkreten Kontakt treten. *Uneigentlich* tun sie das aber offensichtlich oft nicht. An dieser Risikoselektion sind nicht die Kassen schuld, sondern die Politik ist es, weil sie die Krankenkassen auf dem Rücken der Alten und chronisch Kranken in den Wettbewerb zwingt.

3. Der Druck auf chronisch und psychisch Kranke wächst: Trotz Milliardenüberschüssen sparen Kassen ausgerechnet bei ihnen. Vielen droht ein „Leben“ in Armut. Fälle wie die Folgenden häufen sich: Jens Müller ist psychisch krank, leidet an Depressionen und kommt oft tagelang nicht aus seiner Wohnung. Er hat seinen Krankengeldanspruch verloren, weil er laut AOK einen Tag zu spät beim Arzt gewesen sein soll, und muss mittlerweile von Hartz IV vegetieren. Müller ist einer von Dutzenden Betroffenen, weil der Druck auf psychisch Kranke massiv zugenommen hat.

2012 wäre im Bereich Krankengeld ein Defizit von 55 Millionen Euro zu verzeichnen gewesen, was als nicht tolerabel gilt. Um das Defizit auszugleichen, soll in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts den Anspruch auf **Krankengeld** verlieren, wer sich nicht am letzten Tag seiner bescheinigten Arbeitsunfähigkeit eine Verlängerung geholt hat. Rolf Rosenbrock, Gesundheitsökonom und Vorsitzender des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, fordert, dass die Schwelle für die Kassen, Versicherte von einem Tag auf den anderen hinauszuwerfen, deutlich erhöht werden müsse.

Sandra Wagner arbeitete für das Callcenter eines Versicherers, bis sie vor Ablauf ihres Vertrags krank wurde und an Depressionen mit psychosomatischen Folgen wie Erschöpfung, Sehstörungen und Ohnmachtsanfällen litt. Weil sie nicht arbeitsfähig war, hatte sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und stellte bei der AOK einen Antrag auf Krankengeld. Bei der Kasse bekam sie einen Auszahlschein, der von ihrer Ärztin ausgefüllt werden musste. Die Krankschreibung galt nur für einen Monat. Als sie erneut einen Termin bei ihrer Ärztin hatte, lag der neue Auszahlschein nicht vor, weil die Krankenkasse ihn just an jenem Freitag an ihre „Betreuerin“ geschickt habe, so der „Spiegel“. Ist damit die Sachbearbeiterin beim Jobcenter gemeint? Das hört sich ja schon an, als sei Sandra Wagner entmündigt!

Weil Sandra Wagner schon von den Komplikationen gehört hatte, lief sie zurück zu ihrer „Betreuerin“ und holte den Schein. Doch leider war die Arztpraxis dann bereits geschlossen. Nun glaubte sie, dass die AOK den Zahlschein mit Absicht so spät geschickt habe, dass sie es nicht mehr rechtzeitig schaffen konnte. Man habe sie in eine Falle laufen lassen, denn nun behauptete die Kasse, dass sich Frau Wagner erst am folgenden Montag bei ihrer Ärztin gemeldet und somit ihren Anspruch auf Krankengeld verwirkt habe. Obwohl auch die Ärztin der AOK versicherte, dass das so nicht stimme, lehnte die Kasse die Beschwerden immer wieder ab.

Seit Mai bekam Sandra Wagner kein Geld mehr und konnte weder ihre Miete noch den Strom bezahlen. Der Vermieter drohte bereits mit fristloser Kündigung, ihr Antrag auf Hartz IV wurde aber mehrfach abgelehnt. Hier werden Existenzängste verschärft! Es handelt sich um einen klaren Verstoß gegen das Sozialgesetzbuch, wenn kranke Versicherungsnehmer sogar von ihrem Sachbearbeiter dahingehend bedrängt werden, sich berenten zu lassen. Da wird wohl vergessen beziehungsweise einfach ignoriert, wie unglaublich niedrig die Renten inzwischen ausfallen, erst recht, wenn der Antrag darauf bereits mit 52 Jahren gestellt wird!

Arme Leute fallen besonders leicht durchs Raster, weil das Jobcenter bei Antragstellung immer erst prüfen muss, ob nicht doch noch irgendwo ein Anspruch auf irgendwelche anderen Leistungen bestehen könnte. Da kommen Menschen, die 20, 30 Jahre gearbeitet haben, krankgeschrieben sind und plötzlich aus dem Krankengeld fliegen, weil sie sich zum Beispiel nach einer Reha nicht rechtzeitig beim Arzt gemeldet haben: Sie stürzen direkt in die Sozialhilfe ab!

Offenbar wird mit Alten und chronisch Kranken immer mehr wie mit Erwerbslosen umgegangen, die nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden können. Ich denke daran, wie Erwerbslose mit einer Sperre zu rechnen haben, wenn sie sich nicht direkt am ersten Tag ihrer Arbeitslosigkeit beim Mob-, Flop oder (No-)Job-Center melden, obwohl sie den Zeitpunkt ihrer Arbeitslosigkeit bereits drei Monate zuvor gemeldet hatten. Auch hier wird damit gepokert, dass viele das nicht wissen oder vergessen und so wieder Geld auf Kosten der finanziell Schwächsten gespart werden kann. Der neoliberale Zeitgeist bekommt viel zu viele Zugriffsmöglichkeiten!

4. Bundesweit wird gemeldet, dass Hartz-IV-Leistungen vielfach noch nicht auf den Konten eingegangen sind. Besonders in Bremen soll es nach Angaben der Jobcenter-Geschäftsstellen wegen einer Umstellung der Software zur Bearbeitung von Geldleistungen auf das Sepa-Lastschrift-Verfahren zu Zeitverzögerungen bei den Überweisungen kommen. Angeblich werde derzeit „mit Hochdruck“ daran gearbeitet, die Zahlungen nachzuholen. Anstatt jedoch die **Zahlungsausfälle** mit Bargeldauszahlungen zu kompensieren, seien keine persönlichen Vorsprachen ohne Termin in den Eingangszonen der Jobcenter-Geschäftsstellen und

keine Bargeldauszahlungen möglich. Auch Vorsprachen bei den für Leistungen zuständigen Sachbearbeitern würden verschoben.

Claudia Bernhard, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft, prangert an, wer mit Hartz IV über die Runden kommen müsse, habe am Ende des Monats kaum noch Geld für das Nötigste. Diesen unwürdigen Zustand verlängere das Jobcenter jetzt durch einen Software-Fehler. Es können Lebensmittel nicht gekauft, Rechnungen nicht bezahlt werden, und Abbuchungen gehen zurück, nur weil das Jobcenter angeblich nicht in der Lage ist, allen das Geld rechtzeitig zuzustellen. Eine technische Umstellung dürfe nicht zulasten der Leistungsbezieher(innen) gehen. Cornelia Barth, Landessprecherin der „Linken“ in Bremen, ergänzt, es sei unverständlich, warum das Jobcenter nicht vorgesorgt habe, wie es anderen Jobcentern auch möglich sei: So eine Software-Umstellung falle schließlich nicht überraschend vom Himmel!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Abzockereien eines Oldenburger Energieversorgers werden Thema

1. Ein wenig hat mein Unmut schon gebracht, den ich vor Monaten gegen die EWE äußerte. Jetzt hängt sich die Partei, die sich anmaßend „Die Linke“ nennt, da mit rein. Mich hatte sie in der Oldenburger Ratssitzung zu ähnlichem Thema schmählich im Stich gelassen: Nicht ein Ratsmitglied dieser Partei hakte damals beim Oberbürgermeister nach, auf meine Fragen zur Einwohnersprechstunde. Jetzt ist auch der NDR an diesem Thema dran. Mal sehen, ob die Stadt es sich weiterhin leisten will, für die Gas- oder Wärmelieferungen an die Transferleistungsempfänger mehr zu zahlen als unbedingt notwendig!

Hier muss jedem Hartz-IV-Empfänger das Recht eingeräumt werden, zum preiswertesten **Anbieter** zu wechseln – oder die EWE muss den Jobcenterkunden entsprechende Rabatte einräumen. „Linken“-Ratsherr Hans-Henning Adler nennt es nun einen „Skandal“, dass Mietern der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GSG vom kommunalen Energieversorger EWE die Möglichkeit eines Energieanbieterwechsels genommen worden ist, da sich deren Heizthermen im Besitz der EWE befinden, die das gelieferte Erdgas als „Eigenverbrauch“ deklariert, aber der Stadt Oldenburg seit 1999 sogar die Konzessionsabgaben vorenthalten hat.

2. Vor Jahren bereits kündigte man in der Bundesregierung an, einen Bürokratieabbau anzustreben. Zu merken ist davon eher nichts. Nachdem ich im Juli dieses Jahres meinen neuen Rentenbescheid mit der gewaltigen **Rentenerhöhung** von 0,25 Prozent erhalten hatte, forderte mich das Jobcenter – obwohl ich selbst gar keine Leistungen von dort beziehe – auf, diesen sofort vorzulegen und ihn auch meiner Krankenkasse zuzusenden. Die meldete sich einige Wochen später bei mir und forderte mich auf, mein Einkommen neu nachzuweisen. Sie wollten meinen neuen Rentenbescheid haben. Ich bin freiwillig gesetzlich krankenversichert, da ich aufgrund älterer gesetzlicher Bestimmungen nicht in die Krankenversicherung der Rentner aufgenommen werden konnte.

Obwohl ich schon in den Vorjahren meinen Krankenversicherungsbeitrag nach einem fiktiv höher angenommenen Einkommen bezahlen musste, als ich in Wirklichkeit Rente bekomme, bekam ich jetzt Bescheid, dass sich mein monatlicher Beitrag noch einmal um zwei Cent erhöht. Dafür musste ich auch noch zur Bank, um meinen Dauerauftrag zu ändern, und das Jobcenter schriftlich auffordern, mir eine neue Berechnung zu schicken für die Anrechnung meines Einkommen, welches über meinen 90-prozentigen Regelsatz plus der anteiligen Kosten der Unterkunft hinausgeht, damit das Jobcenter meiner Ehefrau und mir einen neuen Bescheid erteilen kann.

Diese Arbeit und diese Kosten für ganze 24 Cent für das nächste Rentenjahr, falls ich es aufgrund dieser Aufregung überhaupt erlebe! Darf man wirklich noch Parteien wählen, die ja dazu verpflichtet werden, an einem solchen Unsinn teilzuhaben? Ich kann das jedenfalls nicht und werde meinen Wahlzettel am 22. September 2013 mit einem ganz großen Kreuz versehen. „Ein Kreuz, ein Leid, ein böses Weib, hat mir der Herr gegeben!“ Das mit dem bösen Weib trifft allerdings nicht zu.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Frohe Botschaft vor der Wahl: Hartz-IV-Regelsatz wird zum Jahreswechsel um neun Euro erhöht *(„Spiegel-Online“)*

Gegen die sinnlose Bebauung des Bahnhofsvorplatzes!

Sybill DeBuer (Freie Bürger Deutschland, am 26. August 2013): Ich sende Ihnen heute die Einladung für den 117. Schwabenstreich in Bremen zu Ihrer Information zu. Am 2. September 2013 findet am Bahnhofsvorplatz eine Demonstration gegen dessen sinnlose Bebauung statt. Ich freue mich auf Ihren zahlreichen Besuch!

Wolfgang Lange (MLPD): Also, langsam reicht's! Am 2. September findet – wie seit neun Jahren jeden Montag, außer an Feiertagen – die Montagsdemo auf dem Marktplatz statt, um 17:30 Uhr bis circa 19 Uhr. Eigenmächtig jetzt zu einer Kundgebung für exakt dieselbe Zeit vor dem Bahnhof aufzurufen – und noch nicht mal vorher als Vorschlag zu machen, worüber abgestimmt werden kann –, ist nichts anderes als Spaltung. Wenn sich „Die Linke Bremen" daran beteiligt, wie es in Sybills Einladung steht, umso schlimmer. Wer sich nicht an unsere gemeinsamen Grundsätze halten möchte – bitte schön. Aber nicht in unserem Namen und unter Verwendung unserer Demo und Logistik.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Bei diesem Widerspruch kann die nahezu zeitgleiche Einladung zur Demo vor dem Bahnhof keine Einladung der Montagsdemo sein. Ich entferne sie deshalb von der Terminseite. Ich kann aber in der Vorankündigung der nächsten Montagsdemo den Satz belassen: „Vorgeschlagen wird eine Demonstration zum Bahnhofsvorplatz gegen dessen sinnlose Bebauung". Ich hatte Sybills Vorschlag so verstanden, dass auf dem Marktplatz noch darüber abgestimmt werden kann.

Jetzt lautet die Ankündigung: „Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 2. September 2013 wieder zur gewohnten Zeit, also um 17:30 Uhr, auf dem Marktplatz statt. Vorgeschlagen wird eine Demonstration zum Bahnhofsvorplatz gegen dessen sinnlose Bebauung. Anlässlich des Antikriegstages findet im dortigen DGB-Haus um 18 Uhr die Veranstaltung ‚Das deutsche Militär auf dem Vormarsch – eine Bestandsaufnahme' statt. Wenn der Bahnhofsvorplatz erst einmal bebaut ist, können die Gewerkschaften keine Menschenmassen mehr zur Demonstration vor ihrem Haus versammeln." So dumm ist Sybills Vorschlag also nicht.

Eine Einladung für 18 Uhr an einen anderen Ort als den Marktplatz, wo die Montagsdemo beginnt, kollidiert aber mit dem aus demokratischen Gründen wünschenswerten Abwarten des Maximums an Teilnehmenden, das sich meist nach 18 Uhr einstellt, und ist insofern spalterisch. Für die Montagsdemo ist der angekündigte Termin eine halbe Stunde zu früh, wie sich bei den früheren Kundgebungen zum „Schwabenstreich" vor dem Bahnhof gezeigt hat. Den Demoaufruf der „Linken" aber einfach als „Spaltung der Montagsdemo" abzutun, würde der Sache nicht gerecht: Es geht um den letzten freien Platz in Bremen.

Hans-Dieter Wege (parteilos): „Wer war mit dabei? Die Linkspartei": Immer überall mit anhängen, mit Zustimmung oder auch ohne. Das zeichnet diese Partei wirklich aus. Ich finde, man kann daraus erahnen, wie das bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung, wo auch immer, dann aussehen würde. So etwas macht mir aber eher Angst.

Frank Kleinschmidt (parteilos): Otto Normalo interessiert sich nicht die Bohne für den verkehrslärmenden Betonbahnhofsvorplatz, ob da nun Häuser stehen oder nicht. Jeder normale Mensch, der zum Bahnhof geht oder vom Bahnhof kommt, geht schleunigst daran vorbei. Die einzigen, die sich dafür interessieren,

sind „Die Linke“ und ein paar Scater. Was soll sonst dort hin, eine Parkanlage etwa? Wer ergeht sich denn an dieser lärmenden, verstaubten Hauptverkehrsader?

Gerolf: Meiner Meinung nach sollte da der neue Bushof hin, für die Fernbuslinien. Der kommt jetzt wohl einen halben Kilometer weiter westlich hinterm Cinemaxx auf das alte Güterbahnhofsgelände. Läge der Fernbushof direkt neben den Straßenbahnsteigen, müsste das Gepäck nicht so weit geschleppt werden. Auch würde der Bahnhofsvorplatz dann nicht unbedingt als Kundgebungsplatz ausfallen – die Bussteige müssen ja nicht gleich überdacht werden. Bremen wirkt nie so unwirtlich wie bei einer Fahrt über die Hochstraße: kein Baum, nirgends. Da sollte man links und rechts eher ein paar Hochhäuser abreißen, statt noch welche dazuzustellen. Für die Hochstraße haben die Grünen das ja bereits erwogen, für die fernere Zukunft.

Der heutige Vorfall scheint mir lehrreich zu zeigen, wie eine angekündigte Aktion auch mal misslingen kann. Lag das nun an der Themengewichtung der Montagsdemonstranten; an der Intervention ihres Moderators, der dem Aufruf einer anderen Partei nicht folgen mochte; oder hat jemand geglaubt, es gebe schließlich größere Dinge als die Bremer Montagsdemo, Absprachen vor einer Anmeldung sowie Abstimmungen auf dem Marktplatz seien deshalb nicht notwendig – und dann womöglich ziemlich allein auf dem großen Bahnhofsvorplatz demonstriert?

Die Gewerkschaften machen heute zum Feierabend lieber eine Saalveranstaltung, als zu Demonstrationen aufzurufen. Die brauchen den Bahnhofs- und Gewerkschaftshaus-Vorplatz nicht mehr! Wir sind auch keine bösen „Wutbürger“, die wichtigste Infrastrukturprojekte sinnlos blockieren. Wobei man die Einrichtung eines umsteigefreundlichen Bushofes auf dem dafür am besten geeigneten Gelände gerade durch den Bau eines Hochhauses dortselbst besonders nachhaltig blockieren kann. Doch wollen wir nun fordern: „Lasst uns den Bahnhofsvorplatz sinnlos bebauen, das gibt Jobs, Jobs, Jobs!“?

Kürzlich hat Günni, der Maurer „mit dem großen Hut“, bereits den Bau der Pyramiden lobend erwähnt. In Benidorm (zu deutsch: „schlaf gut“) überschreitet seit vier Jahren ein Wolkenkratzer mit 47 Stockwerken den Zeitpunkt seiner Fertigstellung – dort wurde noch nicht mal ein Fahrstuhl eingeplant. So verschlafen ist Bremen allemal: Sollten die Gebäude in drei Jahren noch nicht bezugsfertig sein, hätte die Hansestadt das Recht, die Fläche zurückzukaufen. Dann reißen wir wegen des hiesigen Leerstands an Büroräumen den ollen Rohbau einfach wieder ab – das gibt noch mehr Jobs, Jobs, Jobs!

Sybill: Christoph Spehr und ich haben klar festgestellt, dass wir den Widerstand fortführen und intensivieren werden. Die Veranstaltungen gegen die Bebauung werden weiterhin vom „Schwabenstreich Bremen/Oldenburg“ und der „Linken“ Bremen veranstaltet. Ich werde auch weiterhin als Veranstaltungsleiterin fungieren.

Christoph Spehr („Die Linke“): Das lief ganz gut. Wir waren etwas über 40 Leute, trotz auch am Bahnhof eher miesem Wetter. Es dauerte etwa eine halbe Stunde mit Intro und Offenem Mikrofon. Der „Weser-Kurier“ war auch da, und es

gab insgesamt eine sehr breit gemischte Zusammensetzung. Sybill und ich waren sehr zufrieden. Mal sehen, wie's jetzt weitergeht in der Sache.

Manfred Steglich („Die Linke"): Es gibt auch einen kleinen Bericht heute im „Weser-Kurier". Es zeigt sich aber wohl einmal mehr, dass es trotz der Petition bedauerlicherweise keinen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Bebauung gibt.

Frank: Die Aktion auf dem Video von 2011 belegt, dass der Bahnhofsvorplatz schon lange Projekt der „Linken" ist. So eine Nicht-Demo ist mal wieder typisch intellektuell. An der Stelle, die das Video zeigt, soll das Geschäftshochhaus wohl hin. Der „Weser-Kurier" schreibt: „Bei der alternativen Gestaltung des Platzes waren sich die Demonstranten einig. Auf der Fläche solle vielmehr ein Gebiet mit mehr Grünflächen entstehen, wo man sich gerne trifft und kulturell aktiv werden kann."

Ich hätte keine Lust, mich an dieser Verkehrshauptader hinzusetzen und mir 'ne Stulle reinzuziehen, selbst wenn der Platz begrünt wäre. Die ganz in der Nähe liegenden Wallanlagen wären dafür besser geeignet. Alles in einem interessiert mich der Bahnhofsvorplatz nicht. Bei 8.000 Stromabschaltungen und rund 3.000 Wassersperren im Jahr durch die SWB, bei Bildungsnotstand, Wohnungsnot und Verfall der Stadtteile gibt es für mich in Bremen dringendere Baustellen.

Hans-Dieter: Genau so ist es wohl. Die Montagsdemo sollte auch nicht immer beliebiger werden. Es reicht schon, wenn die Partei, die sich anmaßend „Die Linke" nennt, so etwas ständig mitmacht. Man muss auch mal Prioritäten setzen.

Frank: Fairerweise muss hier erwähnt werden, dass „Die Linke Bremen" sich der anderen Themen, die ich aufgeführt habe, auch annimmt. Es ist eben nur meine Sicht der Dinge, dass sich niemand in den prekären Stadtteilen wie Gröpelingen und Tenever – mit hohen Bevölkerungsanteilen an Hartz-Geschädigten, armen Rentner(inne)n und prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen – für den Bahnhofsvorplatz interessiert. Wenn es jemandem in seltenen Fällen dorthin verschlägt, interessiert ihn die Bebauung oder Begrünung nicht.

„Die Linke Bremen" muss halt wissen, mit welchen Themen sie punkten will, um die nächste Bürgerschaftswahl zu überstehen. Erstmalig war sie 2007 mit acht Prozent im Stadtparlament. Seit der Wahl 2011 ist sie es mit 5,6 Prozent und lediglich fünf Sitzen. Das Fatale ist ja, dass der höchste Anteil an Nichtwähler(inne)n in diesen prekären Stadtteilen zu finden ist – und wie schwierig es ist, diese Leute zu motivieren, davon können wir ein Lied singen. Für die nächste Bürgerschaftswahl droht der „Linken" Bremen der Abrutsch in die politische Versenkung. Dann wäre sie nur noch eines von vielen linken Diskussionsgrüppchen.

E-Mail-Diskussion von Unterstützern der Bremer Montagsdemo.
Deren Teilnehmende sind auf dem Marktplatz geblieben

Am **Mittwoch**, dem **4. September 2013**, stellt Jürgen Grässlin sein „**Schwarzbuch Waffenhandel**. Wie Deutschland am Krieg verdient"

in Bremen vor. Die Veranstaltung zum diesjährigen Antikriegstag beginnt um **19:30 Uhr** in der **Buchhandlung Leuwer**, Am Wall 171.

Auch in Bremen lösen Werkvertragsarbeiter die Leiharbeiter ab

1. Edward Snowdens Unterlagen sind sehr eindeutig und gehaltvoll! Anders ist das Vorgehen der britischen Regierung nicht zu deuten: Sie haben den „Guardian“ gezwungen, Festplatten zu zerstören. Die Zeitung hat sich gebeugt und angekündigt, auf Basis der Berichterstattung der „New York Times“ weiterhin zu berichten. Auch diese soll nun von britischer Seite aufgefordert worden sein, diese Ausfertigungen zu vernichten – hoffentlich erfolglos!

Die Festsetzung des Ehemanns von Glenn Greenwald durch die Briten war auch nach britischem Recht ein Rechtsbruch. Er hat einen Rechtsanwalt beauftragt. Diese Möglichkeit steht zwar im Gesetz, ist aber nicht rechtens, schon gar nicht bei dieser Umsetzung.

Edward Snowden hat eine Anerkennung erhalten: den „Whistleblower“-Preis aus Berlin. Für Herrn Minister Friedrich ist die Angelegenheit noch immer erledigt, Frau Merkel weicht aus. Beide verweisen auf das geplante Abkommen mit der USA und die unterschiedlichen Bestimmungen zum **Datenschutz** in Europa.

Deutsche Unternehmen sollen Spähangriffe melden, doch Spähangriffe durch Telefonanlagen mit mehreren Nebenstellen bemerken die Unternehmen überhaupt nicht, siehe Bremer Montagsdemo. Die Bundesregierung setzt der laufenden Fortsetzung des Rechtsbruchs nichts entgegen! Die Bundesregierung informiert die Unternehmen nicht über das Scheunentor in der Telefonanlage.

2. Die Bundesbank hat die Umsetzung der im Rahmen der **Finanzkrise** beschlossenen Maßnahmen angemahnt, und zwar wann? Am 2. September 2013! Wir sind noch immer leicht verwundbar. Mit mehr Details zum aktuellen Stand und nicht so überschriftenhaft hat es Jens Weidmann am Vortag in Hamburg ausgeführt. Die Bedingungen für die Rettungsschirme haben in den betroffenen Ländern zu einer Reduzierung der Wirtschaftsleistung und in eine Abwärtsspirale geführt. Die Planung der Reaktionsabläufe und Folgen der einzelnen Sparmaßnahmen ist bekannt fehlerhaft; dies haben die Planer zugestanden – bisher folgenlos. Es fehlen noch die Politiker, die das korrigieren!

Die Bundesregierung lässt sich in Finanzangelegenheiten extern beraten. Bis 2010 hat dies Herr Ackermann getan. Er wurde 2010 gefeuert, weil nach seiner Erfahrung Geld die Welt regiert. Abgelöst wurde er durch einen Banker aus dem Hause Goldman-Sachs. Was von dieser Bank zu halten ist, hat Albrecht Müller bereits 2008 festgehalten. Es gibt einen kritischen Film über ihr Wirken, die Verflechtungen und Reaktionen in der Krise. Der Beitrag wird am 24. September 2013 erneut ausgestrahlt und nicht mehr wiederholt. Ich habe diesen Film gesehen und viel Zeit gebraucht, um die Fakten zu verdauen.

Anschaulicher kann die Weltherrschaft des Kapitals nicht dargestellt werden! Die so eingeschworenen Banker haben viele Schlüsselpositionen inne. Der Goldman-Sachs-Konzern hat keine Privatkunden. Die von der Bank verhöhnten Kunden sind große Unternehmen. „Attac“ hat sich 2012 zu dieser Bank und diesem Film geäußert und die Forderung nach Zerschlagung der Großbanken erneuert – eine Forderung, die wichtiger denn je ist. Für Frau Merkel und ihren Finanzminister war nur Griechenland noch ein „Restrisiko“, alles andere „läuft“. Wie soll eine Bundeskanzlerin mit solchen Beratern auch zu sozialen Lösungen kommen? Warum merkt sie nicht, dass Soziales keinen Platz mehr haben soll?

3. Der **Werkvertrag** ist uralt und eigentlich eine ehrliche vertragliche Möglichkeit. Er ist ein Leistungsvertrag, kein Vertrag nach Arbeitsrecht. Der Auftraggeber muss keine Sozialversicherung bezahlen und nicht für Arbeitsschutz sorgen. Sein Betriebsrat hat kein Mitbestimmungsrecht gemäß Gesetz, sondern nur gemäß Vereinbarung. Wenn der Werkvertragsnehmer seinerseits Mitarbeiter mit der Arbeitsleistung beauftragt, so ist dies eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, und der Werkvertragsnehmer hat alle Aufgaben eines Arbeitgebers für sein Unternehmen.

Nur wenn dieser Werkvertragnehmer seinerseits auf Leiharbeiter zurückgreift, gelten die Schutzbestimmungen für Leiharbeiter – diese Schutzbestimmungen greifen aber nicht gegenüber dem Werkvertragsgeber. Zu lösen ist dies ganz einfach: Der Unternehmer, also der Werkvertragsgeber, ist für alles verantwortlich und haftbar – für die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, Tarif- beziehungsweise Mindestlohnvorschriften, für die Lohnzahlung und die Unterkunft. Der Werkvertragsgeber haftet gegenüber den Arbeitnehmern der Werkvertragsnehmer und gegenüber den Sozialversicherungsträgern und Finanzämtern.

Ähnliches gilt bereits heute beim Einsatz von Leiharbeitern. Der Werkvertragsgeber wird das Risiko abwägen und auf bewährte Vertragsformen zurückgreifen. Frau Merkel hat diese Differenzierungen nicht parat. Es ist auch etwas peinlich, dass die Bundestagsverwaltung über Werkverträge Sozialversicherungsbeiträge gespart hat, desgleichen die Regierung in Niedersachsen. Neu ist dieses Thema nicht, der Missbrauch seit Langem bekannt. Und die Reaktion der Bundesregierung? Werkvertragsarbeitnehmer gelten per Änderung der Statistik nicht mehr als prekär beschäftigt! Die prekäre Beschäftigung ist damit im Sinkflug – nur die Wirklichkeit hat sich nicht verändert!

Den Mindestlohn müssen die Tarifvertragsparteien aushandeln. Das geht aber nicht, denn es gibt immer mehr Tarifvertragsflucht der Unternehmen; die Tarifgebundenheit geht immer weiter zurück. Entsprechend schmal ist die Brust der Gewerkschaften. Ein entsprechendes Verfahren wäre außerdem sehr langwierig. Die schwache Stellung der Gewerkschaften spiegelt sich teilweise auch in niedrigen Tariflöhnen wieder. Der Mindestlohn ist überfällig! Niemand kann in Deutschland mit einem Stundenlohn von 3,50 Euro leben, egal wo! Der Mindestlohn muss auch für die Werkverträge verbindlich sein.

Es eilt: Eine große Produktionsfirma in Bremen kauft bereits heute große Teile des Produkts von Zulieferern. Am eigenen Band lösen die Werkvertragsarbeiter die Leiharbeiter ab. Die Betriebsleitung will den Anteil der eigenen Arbeitnehmer auf 30 Prozent der Beschäftigten reduzieren. Am Jahresanfang haben Werkverträge in den Schlachthöfen Belgien veranlasst, in Berlin zu protestieren und Deutschland bei der EU anzuprangern, denn belgische Unternehmen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Ebenso geht es deutschen Unternehmen, die zu ihren Beschäftigten halten und nicht auf Werkverträge umstellen. Die Änderung ist überfällig! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

4. Diesen **Donnerstag** ist ab **15 Uhr** öffentliche **Sitzung** der **Deputation für Soziales** in der Bremischen **Bürgerschaft**. Die zu besprechenden Unterlagen stehen im Netz. Wer die Debatte verfolgen will, sollte sie gelesen haben oder aktuell mitlesen. Es geht um die getätigte „Sonderausstattung“ des Jobcenters mit 50 zusätzlichen Mitarbeiter(inne)n für zwei Jahre und die entsprechenden Vorgaben sowie um die Unterbringung von Neubremern, außerdem um den Zutritt von Unterstützenden auf das Gelände und die Flure der **Jobcenter**. Aber die **Rede** von **Gregor Gysi** ab **15 Uhr** auf dem **Goethe-Platz** ist garantiert lebendiger und hat sicherlich viel Inhalt!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die MLPD lädt ein zum **Filmabend** unter dem Titel „**Heilige Hetzjagd gegen den Kommunismus** – Gib Antikommunismus keine Chance! Wie aktuell sind die Klassiker des Marxismus-Leninismus?“ in der Gaststätte **Postillion**, Werderstraße 66, am **Samstag**, dem **7. September 2013**, um **18 Uhr**. Der Eintritt beträgt drei, ermäßigt zwei Euro.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

439. Bremer Montagsdemo am 09. 09. 2013

Wir laden ein zum **Spätsommerfest** der **Bremer Montagsdemo** am **Samstag**, dem **14. September 2013**, ab **15 Uhr** beim Pavillon nahe des Südbads in den **Neustadtswallanlagen**. Zuvor – um **13 Uhr** – findet am **Ziegenmarkt** eine **Kundgebung** gegen den drohenden US-Angriff auf **Syrien** statt.

Nur mit Rechentricks liegt ein Mindestlohn von 8,50 Euro über Hartz-IV-Niveau

1. Das Bremer Jobcenter wollte mit einem Aktionstag unter dem Motto „Jobs für **Eltern** in der Grundsicherung“ arbeitslose Eltern vermitteln und musste dann feststellen, dass die Arbeitgeber das Problem darstellen, weil sie sich nicht auf die Bedürfnisse der Eltern einstellen. Unter den neun Arbeitgebern, die sich dort vorstellten, waren drei Zeitarbeitsfirmen, ein Sicherheitsdienst und eine Reinigungsfirma, die offenkundig eher Ungelernte suchten, die sie dann billig entlohnen können. Außerdem warb „Pflegekinder in Bremen“ dafür, als Tagesmutter oder -vater zu arbeiten.

Der 48-jährige Elektriker Peter Jünemann, Vater eines autistischen zwölfjährigen Sohnes, ist seit vier Jahren alleinerziehend und kann nur Teilzeit arbeiten. Er bleibt wohl weiter erwerbslos, wenn die Betriebe nur Vollzeitbeschäftigung anbieten und dann am besten noch regelmäßige Bereitschaft zur Montage erwarten. Ebenso wenig kann er sich als Sicherheitsfachkraft bewerben, wo er Tag- und Nachtschichten übernehmen müsste.

Jünemann könnte sich eine vom Jobcenter geförderte Weiterbildung zum Busfahrer gut vorstellen, doch hapert es an den nicht vorhandenen Schichten von acht bis 14 Uhr. Katrin Euler, die beim Jobcenter Ansprechpartnerin für die Arbeitgeber ist, sagt, dass es einen arbeitslosen Elektriker eigentlich nicht geben

dürfe. Doch seien die Branchen „unterschiedlich flexibel“ dabei, sich langsam an die Bedürfnisse von Eltern anzupassen: „Die Firmen müssen einfach umdenken.“

2. Wer hätte das nur vermutet: In Deutschland suchen mehr Menschen Arbeit als gedacht! Laut dem Statistischen Bundesamt würden 3,3 Millionen Menschen gern mehr arbeiten, als sie gelassen werden. Im vergangenen Jahr wünschten sich rund 6,7 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz oder mehr Arbeitsstunden, als ihr Arbeitgeber ihnen anbietet. Bei den 1,8 Millionen Teilzeitbeschäftigten, die gern die Zahl ihrer Arbeitsstunden aufstocken würden, läge der Frauenanteil bei 72 Prozent.

Susanne Stumpenhusen, Verdi-Geschäftsführerin in Berlin, kritisiert, dass Frauen wie immer die schlechteren – und schlechter bezahlten – Jobs haben. Sie besetzen mit 45 Prozent weniger als die Hälfte aller Vollzeitstellen, aber 64 Prozent aller Teilzeit- und **Minijobs**, womit die Armut mal wieder besonders „weiblich“ ist. Man höre und staune: „Wegen der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt ging die Zahl der Arbeitssuchenden insgesamt zurück“.

Klar, wenn immer mehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze in drei 450-Euro-Jobs umgewandelt werden, dann steigt zwar die Zahl der Jobs, aber kaum die der auskömmlichen Arbeitsplätze! Überhaupt, wo sind die denn eigentlich angeblich alle? Wo ist der zunehmende Fachkräftemangel? Und warum wollen so viele Menschen mehr Stunden und auch Lebensjahre länger als bisher arbeiten? Weil sie grundsätzlich so fleißig und strebsam sind und mit sich und ihrer Freizeit nichts Besseres anzufangen wissen? Oder sollte es gar an den mies bezahlten Jobs liegen, weil viele ohne Zusatzjobs gar nicht ihre laufenden Kosten bezahlen könnten?

3. Ich kann es nicht mehr ertragen, wenn so ein schlapper **Mindestlohn** von lächerlichen 8,50 Euro brutto als Fortschritt und Sicherung eines „anständig bezahlten“ Arbeitsplatzes verkauft wird, für den es sich zu kämpfen lohnt. Die Leute lassen sich für dumm verkaufen, wenn keiner nachrechnet, wie unsäglich unerträglich niedrig das eigentlich ist! Die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ legte Berechnungen vor, wonach der von DGB, SPD und Grünen geforderte gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro das Hartz-IV-Niveau eines Erwerbstätigen gerade mal um 80 Euro überschreitet.

382 Euro Regelsatz plus 288 Euro durchschnittlich anerkannter Warmmiete ergeben als Hartz-IV-Niveau eines alleinstehenden Erwerbslosen einen Betrag von 670 Euro. Bei einer 38,5-Stunden-Woche käme ein Nettolohn von 1.050 Euro heraus. Wenn von diesem noch der Freibetrag für Erwerbstätige von 300 Euro abzuziehen sei, um das anzurechnende Einkommen zu erhalten, bleibt ein Einkommen von gerade mal 750 Euro übrig. Dafür lohnt es sich doch nicht zu arbeiten!

Mich würde mal interessieren, wer von den Erwerbslosen eine dermaßen geringe Warmmiete von 288 Euro hat. In meinem großen Bekanntenkreis gibt es niemanden, der so günstig wohnt. Die Angemessenheit von Unterkunftskosten

sollte sich wenigstens an den Mieten für Neuvermietungen orientieren, da diese deutlich höher sind als die Bestandsmieten, von denen die Arbeitsagenturen ausgehen. Nicht nur die Warmmiete, auch das Regelsatzniveau liegt unter dem Existenzminimum. Das Niveau eines gesetzlichen Mindestlohns muss selbstverständlich deutlich über dem für notwendig gehaltenen Niveau der Grundsicherungsleistungen liegen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Ihr könnt mich mal“: Wer den Stinkefinger zeigt, lässt auch anderen Menschen das Existenzminimum wegsanktionieren *(„Die Welt“)*

Der Bibelheini und die Agenda

„Gott mit uns“, stand auf dem Koppelschloss der Wehrmachtssoldaten. Die Pfaffen segneten die Waffen. Dann ging es ins Massengrab. Staatstragend sollte die Religion sein, darum wurde sie auch vom römischen Kaiser Konstantin vereinheitlicht und zur Staatsreligion erklärt. Fette Pfaffen krönten die Kaiser und vertrösteten duldsame Arme auf ein glückseliges Dasein im Jenseits. Die Armen haben es gut, denn sie kommen zur Belohnung in den Himmel. Den Reichen ergeht es schlecht, denn sie schmoren in der Hölle. Getreu dem Bibelwort „Sie säen nicht, sie ernten nicht“ weiß das „Bodenpersonal“ zulasten derer, die nach dem Ableben ins Paradies kommen, seine Pfründen zu sichern.

Einer, der besonders viel Übung darin hat, ist Herr Gauck. Bei seinem Staatsbesuch in Frankreich möchte er Deutschland nicht in einem „Hafen der Seligen“ sehen. Selig sollen wir nach seiner Theologie auch erst nach dem Ableben sein. Staatstragend begrüßt der Pfaffe die Agenda 2010, hat sie doch bewirkt, die Schere zwischen Arm und Reich weiter zu öffnen, sodass es in Deutschland viel mehr Menschen vergönnt sein wird, ins Paradies zu gelangen. Mit dieser „Frohen Botschaft“ möchte der Bundesschamane nun auch die Franzosen beglücken: Auch in Frankreich sollen mehr Seelen die Gelegenheit kriegen, das Himmelreich zu erfahren. Da stört es ihn selber wohl nicht, mit seinem Freund Gerd Schröder im Fegefeuer zu landen – vorausgesetzt, er glaubt den Schwachsinn, den er verkündet.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, Herrn Gauck an die verfassungsgemäßen Aufgaben eines Bundespräsidenten zu erinnern. Sie überschreiten hier deutlich Ihre Kompetenzen! Weder haben Sie die Richtlinien der Politik zu bestimmen, noch obliegt es Ihnen, als Repräsentant der Bundesrepublik an-

deren Nationen eine bestimmte innenpolitische Richtung zu empfehlen. Was seine persönliche politische Meinung angeht, hat ein Bundespräsident alleräußerste Zurückhaltung zu üben. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass irgendjemand Herrn Gauck zum Außenminister ernannt hätte. Die Tatsache, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung angezweifelt wird, dass wir diesen abgestorbenen Ast des Ersatzkaisers überhaupt noch brauchen, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter vertiefen.

Frank Kleinschmidt (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Steuerbetrüger enthalten dem Staat Milliarden Euro pro Jahr vor

1. Nach Edward Snowdens Unterlagen soll die NSA Brasiliens Staatschefin Dilma Rousseff und den damaligen mexikanischen Präsidentschaftskandidaten Peña Nieto abgehört haben. Beide Regierungen haben den US-Botschafter einbestellt. Wurde das Mithören inzwischen eingestellt? Die EU hat einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der **Abhöraktionen** der USA und Großbritanniens eingesetzt. Falschauskünfte der Regierungen werden eingeplant.

Die NSA hört scheinbar alle erreichbaren Leitungen ab und alle wünschenswerten. Die Gespräche werden in Text umgesetzt, die Schriftstücke erstens in die Originalsprache des Telefonats und gleichzeitig ins Englische oder in eine andere Sprache. Nebenbei wird der Text nach Vorgaben durchsucht und bewertet. Das alles geht fast zeitgleich. Entwickelt hat dies wahrscheinlich ein Professor in Deutschland, zuletzt im Auftrag der NSA. Sein Programm zur digitalen Spracherkennung wird inzwischen auch von den deutschen Geheimdiensten eingesetzt.

Der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Peter Schaar, erhielt auch auf Nachfrage keine Antwort vom Bundesinnenminister Friedrich oder seinem Ministerium zum Erkenntnisstand in Sachen NSA. Er stellte aber klar, dass der Schutz der deutschen Nutzer nicht an der Landesgrenze endet!

Ein Hubschrauber der Bundespolizei hat das US-Konsulat in Frankfurt überflogen, um eine Abhörstation ausfindig zu machen. Der Botschafter beschwerte sich, weil der Hubschrauber zu niedrig flog. Laut „Welt“ soll Edward Snowden den Standort der Antenne mitgeteilt haben. Sonst hat er doch nur bestimmten Zeitungen etwas zur Veröffentlichung gegeben, um „Enten“ vorzubeugen?

Die Daten von „Swift“, dem Überweisungssystem für Auslandszahlungen, sollen bei der NSA gelandet sein. Alle Daten aus den Handys deutscher Nutzer sollen für die NSA abrufbar sein. Große Informationstechnik-Konzerne sollen Hintertüren beziehungsweise Schwachstellen in ihre Programme oder Produkte eingebaut haben und den Schlüssel der NSA gegeben haben. Es wurden bisher nicht alle Konzerne genannt, aber warum sollte die NSA bestimmte Produkte oder Konzerne verschonen?

So wurde „Windows“ bisher nicht genannt. SAP und viele andere Großunternehmen haben wirtschaftliche Interessen in den USA. Hat die NSA aktuell Firmen, die nicht zum Verrat ihrer Kunden bereit waren, zur Geschäftsaufgabe gezwungen? Der EU-Kommissarin Viviane Reding reicht es nun: Wer gegen den EU- Datenschutz verstößt, muss mit empfindlichen Strafen rechnen! Scheinbar gibt es entsprechende Gesetze. Sind diese Möglichkeiten der Bundesregierung nicht bekannt?

Die Bundesregierung fühlt sich noch immer nicht gefordert. Sie Bundesregierung muss diesem Treiben ein sofortiges Ende bereiten und dann aufklären und bestrafen! Die Bundesregierung muss die Betreiber wichtiger Anlagen zur sofortigen Trennung im Internet und zu weiteren Schutzmaßnahmen verpflichten – jetzt! Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich träumt wohl noch immer von der Gesetzesvorlage zur Vorratsdatenspeicherung. Die Wirklichkeit hat ihn scheinbar nicht erreicht!

2. Die Schweiz und die USA haben ihren Steuerstreit gelöst: Schweizer Banken müssen bis zu 50 Prozent des Gegenwerts des angenommenen Schwarzgeldes als Buße an die USA zahlen. Damit kaufen sie sich von einer Strafverfolgung in den USA frei. Für einige Banken ist dieser Weg versperrt, weil bereits Verfahren gegen sie eingeleitet wurden. Der Konkurs Schweizer Banken ist durch diese Strafzahlungen nur in Einzelfällen zu erwarten und wird hingenommen. Geschätzt wird die Gesamtbuße auf bis zu zehn Milliarden Dollar.

Die Schweizer Banken können sich einen Verzicht auf Schwarzgeldgeschäfte vorstellen. Wie „krümelig“ sieht im Vergleich dazu der von Deutschland verhandelte Vertrag zur Behandlung einheimischer Steuerbetrüger aus! Zum Glück fand er nicht die Zustimmung des Bundesrats.

Das Bankhaus Lampe in Braunschweig soll Kunden bei der **Steuerhinterziehung** geholfen haben. Dem Finanzamt sind die Details bekannt. Ein Verfahren gegen die Steuerbetrüger und die helfende Bank ist bisher nicht bekannt. Warum wird nicht gehandelt? Die Lampe-Bank steht nicht allein da mit der Beihilfe zum Steuerbetrug, sie ist nur einfach aktuell dabei. Wer entsprechend sucht, findet viele Vorgänge.

Dem deutschen Finanzminister ist auch der Betrug mit der Umsatzsteuer beziehungsweise Vorsteuer seit Jahren geläufig. Der Steuerausfall wird auf über eine Milliarde Euro pro Jahr geschätzt. Eine Änderung und damit die Vermeidung dieser Steuerausfälle kann die Bundesregierung jederzeit mit der EU vereinba-

ren. Damals war diese Sonderregelung auf deutschen Wunsch eingefügt wurden. Die Ganoven müssen gejubelt haben. Der Verband der Steuerberater hat gewitzelt, ein Banküberfall sei weniger lukrativ und wesentlich riskanter!

Die geschätzte Summe, die deutsche Steuerbetrüger dem Finanzamt vorenthalten, wird auf mindestens mehrere Milliarden Euro pro Jahr geschätzt, zusätzlich zur Umsatzsteuer. Allein bei der Hypo-Vereinsbank ging es 2012 um den Verdacht auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung mit mehr als 100 Millionen Euro Schaden. Der EU gehen durch Steuervermeidung und -hinterziehung die gigantische Summe von 1.000 Milliarden Euro pro Jahr verloren.

Es gibt dazu eine gute Reportage der ARD. Einfach nur wirken lassen! Auch Ikea wird hier Steuervermeidung nachgewiesen. So zahlt der Konzern für jedes in Deutschland verkaufte Regal Lizenzgebühren an Ikea Holland. Dort werden Erlöse aus Lizenzen wesentlich günstiger besteuert. In Deutschland sinkt die Steuerlast entsprechend.

Die Darstellung der vom damaligen Finanzminister Eichel betriebenen Steuervereinbarung deutet die Probleme an. Herr Schäuble hat die Verhandlungsergebnisse auf andere Branchen übertragen wollen. Bundeswirtschaftsminister Rösler hat diesem Vorhaben widersprochen und damit eine Möglichkeit zur besseren Steuererhebung vernichtet. Rösler ist nicht zu sprechen. Schriftlich teilte er mit, dass sei „nur Bürokratie“ und belaste die Firmen unnötig.

Auch die Senkung der Einkommensteuersätze zwischen 2000 und 2010 gehört zu diesem Thema. Unter den Finanzministern Hans Eichel und Peer Steinbrück ging der Spitzensteuersatz von über 50 auf gut 40 Prozent runter. Dies bedeutet einen Steuerausfall von 37 Milliarden pro Jahr. Gezahlt werden von vielen Konzernen wesentlich weniger Steuern durch eine geringere Belastung. 2015 wollen sich die Staaten gegenseitig über die großen Konzerne informieren – ein mageres Ergebnis des G20-Treffens in Sankt Petersburg.

Philipp Rösler hat Anfang März auch den Armuts- und Reichtumsbericht vorgestellt, nachdem dieser wunschgemäß geändert wurde. „Deutschland geht es gut. Mir geht es gut.“ Diese Feststellung ist sicherlich auch von den Eindrücken der eigenen Geburtstagsfeier mit rund 1.000 Gästen geprägt. Eigentlich hätte Herr Rösler nachlesen können, dass es vielen Menschen in Deutschland überhaupt nicht gut geht! Es ist einfach zu viel Monat am Ende des Geldes übrig.

Warum beim Hartz-IV-Regelsatz nach Kassenlage getrickst wird, ergibt sich aus dem Vorstehenden. Deshalb muss einfach die zusätzliche Belastung für höhere Einnahmen her. Es muss einfach die Finanzbehörde mit entsprechenden Befugnissen bei länderübergreifenden Tatbeständen ausgestattet werden: Finanz-Interpol gegen Steuersünder! Wenn die Steuervermeidungsberater bereits Modelle mit 25 Prozent Tragfähigkeit einsetzen, ist doch die Wahrscheinlichkeit gewaltig, dies durch eine entsprechende Steuerprüfung oder -fahndung zu knacken. Warum stapeln die Steuerprüfer so tief? Es fehlt scheinbar die Unterstützung der Politik. Frau Merkel sieht die Unternehmen bereits bei dieser geringen Steuererhöhung für die hohen Einkommen auf der Flucht.

Aktuell sprudeln die Steuereinnahmen: Die Einkommensteuer ist stark angestiegen. Das ist aus meiner Sicht eine Nebenwirkung der angekauften Steuer-CD und des nicht abgeschlossenen Vertrags mit der Schweiz. Die Steuer der Arbeitnehmer ist die Lohnsteuer. Die Einkommensteuer ist die Steuer der Besserverdienenden. Was die Sparzwänge der Steuerprüfung und die angewachsene Zahl der „Steuergestalter“ betrifft, ist es fünf nach zwölf!

Wie bayerische Abgeordnete Steuermittel missbrauchen, darüber hat „Monitor“ berichtet: Sie haben Parteiangestellte der CSU bezahlt und sich die gezahlten Beträge erstatten lassen. Die Erstattung erfolgte gemäß Abrechnung, ohne Belege oder Namensnennung der Zahlungsempfänger. Hilfreich waren dabei von der Verwaltung vorbereitete Musterverträge. Der bayerische Landesrechnungshof hat dies als unzulässige Parteienfinanzierung beanstandet. Außerdem gab es noch andere Beanstandungen.

„Monitor“ hat nachgefragt und an vorherige Recherchen angeknüpft. Diese Reportage wurde zum Zankapfel. Die Präsidentin des bayerischen Landtags war nicht gesprächsbereit und hat den Reporter sehr unfair behandelt. Nach dieser Art des Umgangs liegt vieles im Argen. Sie hat drei Monate Zeit für eine Stellungnahme zum Prüfbericht des Rechnungshofs, somit erfolgt die Aufarbeitung erst nach der Wahl: Dann erst werden die Namen der Abgeordneten öffentlich.

„Das geht so nicht“, erklärte Seehofer zu den Versuchen der „Monitor“-Redakteure, mit der Landtagspräsidentin aus Würzburg ins Gespräch zu kommen, „da werde ich mich sofort drum kümmern“. Und dann: „Die müssen raus aus Bayern“. So geht es nicht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Am **Samstag**, dem **14. September 2013**, steigt das diesjährige **Sommerfest** der **Bremer Montagsdemo**. Wie schon in den letzten Jahren findet es wieder in den **Neustadtswallanlagen** hinterm Südbad statt, nahe des Eingangs in den Park am Ende der Delmestraße, wo sie auf die Neustadtscontrescarpe stößt. Fürs leibliche Wohl ist dabei ebenso gesorgt (Kaffee, Kuchen, Salate, Gegrilltes, Getränke) wie für Musik und andere kulturelle Beiträge. Auch ein Zauberer hat sich angekündigt. Alle Helfer arbeiten ehrenamtlich. Beginn ist um **15 Uhr**. Das Ende ist gegen 20 Uhr geplant.

Nachtrag: „Arte“ hat den Steuerbetrug und die Steuervermeidung auf den Punkt gebracht. Es wird am 14. September 2013 um 11:30 Uhr eine Wiederholung des Beitrag „Zeitbombe Steuerflucht“ ausgestrahlt. Er steht danach nur noch sieben Tage im Netz. Dieser Beitrag hätte eine andere Aussage, wenn der Bundeswirtschaftsminister nicht die Übernahme der detaillierten Bilanzierung für Rohstofffirmen auf alle anderen Branchen blockiert hätte.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bremer Jobcenter schafft „gute Arbeit“: Die 50 neuen Sonderdurchkneter werden mit Maßnahmemitteln für Langzeitarbeitslose bezahlt *(„Weser-Kurier“)*

Antikommunistische Zensur zurückweisen!

Ich wollte vergangene Woche eine Einladung über den „Sozialkonflikt“-Verteiler verschicken zu einem Filmvortrag der MLPD am Samstag, dem 7. September 2013, um 18 Uhr in der Gaststätte „Postillion“, Werderstraße 66, mit dem Titel: „Heilige Hetzjagd gegen den Kommunismus“ und dem Untertitel „Dem Antikommunismus keine Chance – wie aktuell sind die Klassiker des Marxismus-Leninismus?“. Von Frank Borris, einem der Zensoren dieses Verteilers, erhielt ich daraufhin folgendes Schreiben:

> „Hallo Wolfgang, es tut mir leid, die Debatte zum angekündigten Thema können wir gern mal führen, aber hier auf der Verteiler-Liste sind Mails der MLPD nicht erwünscht. Solange die MLPD sich um das Stalin-Problem herumdrückt (Stalin ist doch ein sozialistischer Klassiker, ja, das ist er, und das ist das Problem) und sich von bolschewistischen Geschichtsfälschungen aller Art nicht distanziert, steht die MLPD auf der Seite der Konterrevolution, um es klar zu formulieren. Das bedeutet, dass ähnlich wie für Propaganda von Rechten dieser Verteiler nicht der richtige Ort für solche Ankündigungen ist. Wir können gern über Lenin (Werke, Band 27) diskutieren und die Grundlagen des Terrors gegen alle aufrechten Genossinnen und Genossen, die dort verewigt sind. Alles Weitere an Massenmord, Terror, Lagerpolitik et cetera dürfte dir doch bekannt sein? Diese Fragen können wir gern mal in einer persönlichen Diskussion zwischen dir und mir durchgehen. Das fände ich sogar sehr spannend. Solidarische Grüße trotz allem.“

Gegen diese antikommunistische Zensur protestiere ich aufs Schärfste! Frank Borris begibt sich hier auf eine Stufe mit dem Verfassungsschutz. Ich erwarte nicht, dass wir alle einer Meinung sind. Aber der MLPD zu unterstellen, sie stehe „auf der Seite der Konterrevolution“ ist eine bodenlose Frechheit und Ausdruck abgrundtiefen Antikommunismus. Was erlaubt sich Frank Borris eigentlich – ist das seine Vorstellung von Demokratie? Dass er als Oberzensor bestimmt, was in den Verteiler kommt? Dieser Verteiler ist während des Jugoslawienkrieges Ende der 1990er Jahre als Verteiler des „Antikriegsplenums“ entstanden. Später wurde daraus das „Sozialplenum“. Alle Personen, Initiativen und Parteien, die darin mitarbeiteten arbeiteten auf gleichberechtigter Grundlage. Diesen Verteiler hat sich Frank Borris unter den Nagel gerissen.

Gerade solche „Linken“ wie Frank Borris, die am meisten auf die bis in die 1950er Jahre noch sozialistische Sowjetunion und ihre Repräsentanten hetzen,

die begierig jedes bürgerliche Schauermärchen über die angeblichen Verbrechen Lenins und Stalins verbreiten, sind in Wirklichkeit selbst völlig undemokratisch. Aus ihrem stillen Kämmerlein heraus wollen sie bestimmen, wer etwas zu sagen hat und wer nicht. Von der Arbeiter- und Volksbewegung erkämpfte Elemente der unmittelbaren Demokratie – wie Offenes Mikrofon und Abstimmungen auf dem Marktplatz – sind ihnen ein Gräuel, weil sie den Arbeiter- und Volksmassen misstrauen.

Wie ihre Vorbeter Karl Heinz Roth und Antonio Negri wollen sie auch keinesfalls die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung. So warnt Roth („Die globale Krise“) vor der revolutionären Zuspitzung des Klassenkampfs als eine der „Varianten der Barbarei“. Negri meint („Goodbye Mr. Socialism, Seite 228): „In Hinblick auf staatliches Handeln in der Krise steht, würde ich sagen, weltweit Barack Obama sehr klar für eine linke Kraft“ und sieht in dessen Politik „Elemente einer kommunistischen Politik“ (Zitate aus Stefan Engel: „Morgenröte der Internationalen Sozialistischen Revolution“, Kapitel III/6. In diesem Buch wird auch sehr anschaulich auf die unvergänglichen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus eingegangen, welche Fehler gemacht wurden und welche Lehren wir daraus ziehen. Ein Kapitel ist auch der Rolle des modernen Antikommunismus gewidmet. Das Buch ist beim Verlag „Neuer Weg“ erschienen und kann gern bei mir erworben werden).

Ich will alle Linken in Bremen dazu einladen, mit uns zusammen über die Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Weltsystems zu diskutieren – die Filmveranstaltung dazu ist sicher bestens geeignet! Ich fordere alle auf, mit dafür zu sorgen, dass wir diese Debatte „auf Augenhöhe“ führen können. Dazu gehören eine demokratische Streitkultur und Prinzipien. Eines muss sein, dass ein gemeinsamer Verteiler offen ist für alle Linken. Berufsverbote, Ausgrenzung von Kommunisten, Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind undemokratisch, verletzen das Prinzip der Überparteilichkeit und sind Ausdruck des von den Herrschenden als Waffe eingesetzten Antikommunismus. Ich bitte alle im Verteiler darum, dafür zu sorgen, dass die Eigenmächtigkeit von Frank Borris beendet wird und der Verteiler allen fortschrittlichen Kräften offensteht. Mit solidarischen Grüßen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Andrea („Sozialkonflikt“): Lieber Wolfgang, es tut mir leid, wenn dich die E-Mail von Frank Borris verärgert hat. Nicht nachvollziehen kann ich jedoch deine Vorwürfe, vor allem in der Schärfe und auch nicht mit dieser (hetzenden) Herleitung. Der Verteiler zum Sozialkonflikt Bremen schließt immer wieder Postings aus, zum Beispiel wenn linke Gruppen oder Parteien Veranstaltungen posten möchten, die vor allem dazu dienen, den eigenen Organisationsansatz vorzustellen.

Oder wenn Menschen aus linken Zusammenhängen WG-Gesuche oder Mitbewohner(innen)gesuche veröffentlichen wollen oder Mitstreiter(innen) zum Aufbau einer Kommune suchen. Ebenso Aufrufe zur Diskussion über den Verteiler.

Auch Mails, bei denen sich keine Mühe gegeben und so getan wird, als würde die Ansprache an einen homogenen Kreis politischer Subjekte mit Insiderwissen gehen. Denn dies ist er nicht, und für all das ist er nicht gemacht. Wir sehen nicht ein, dass er seinen (sinnvollen) Charakter verliert und sich gegebenenfalls auflöst, so wie „Antikriegsplenum“, „Sozialplenum“ oder „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“.

Gewiss: Er ist ein ursprünglich ein Überbleibsel aus den von dir genannten Kämpfen und damals zusammenwirkenden Strömungen. Soweit die Historie. Dazwischen ist viel passiert, hat es zahlreiche andere Bündnisse und Kämpfe gegeben, die sich auf den Verteiler positiv beziehen, ob sie nun 1998 oder 2003 oder später dabei waren oder nicht. Nur dadurch, dass Frank Borris und ich (und andere) sehr sorgsam mit dem Verteiler umgehen, ist er auch heute für ein sehr breites linkes Spektrum ein wichtiges, vitales Organ der gegenseitigen Information über lokale und internationale Ereignisse erhalten geblieben und erfreut sich weiterhin und immer wieder neuer Mitglieder.

Damit dies auch so bleibt, wird auch dein Folgeaufruf „gegen Zensur“ selbstredend nicht veröffentlicht. Es liegt nicht in meiner Macht, dir das Hetzen über andere Foren zu untersagen. Du tust, was du tust. Aber ich erachte es als rufschädigend (auch was mich betrifft) und äußerst destruktiv (denn es gibt immer Leute, die sich liebend gern ihr eigenes Süppchen aus dem Schaden anderer brauen). Es würde mich daher sehr freuen, wenn du es lassen würdest. Mit solidarischen Grüßen.

Wolfgang: Liebe Andrea, du schreibst: „Es tut mir leid, wenn dich die E-Mail von Frank Borris verärgert hat“. Gleichzeitig wirfst du mir Hetze vor. Was tut dir denn leid? Die unsägliche antikommunistische Ausgrenzung der MLPD durch Frank Borris oder dass ich mich dagegen zur Wehr setze? Dass der Verteiler nicht für Wohnungsinserate gedacht ist, musst du mir nicht erzählen. Die Zensur gegenüber der MLPD liegt ganz auf der Linie des Verfassungsschutzes, der uns als „extremistisch“ beschimpft. Komischerweise werden im Verteiler jede Menge Veranstaltungen anderer linker Organisationen angekündigt und wird munter dazu aufgerufen, die Linkspartei zu wählen. Die einzige Partei aber, die auf allen Landeslisten zur Bundestagswahl kandidiert, die ohne Wenn und Aber für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist, die MLPD, soll im Verteiler nichts verloren haben und wird – und das ist wirklich eine bodenlose Sauerei – mit den „Rechten“ in einen Topf geworfen.

Was ist denn da bitte schön „solidarisch“? (Sowohl Frank Borris als auch du haben mir „solidarische Grüße“ gewünscht. Ich verstehe unter Solidarität etwas anderes!) Du sagst, dass du, Frank Borris und andere sehr sorgsam mit dem Verteiler umgehen. Ist das auch deine Meinung, dass die MLPD „konterrevolutionär“ ist und auf einer Stufe mit den „Rechten“ steht, wie es Frank Borris geschrieben hat, oder war das seine alleinige Meinung? Wer entscheidet denn hier etwas? Wie „demokratisch“ moderiert ihr denn den Verteiler, den ihr vom „Friedensplenum“ ursprünglich übernommen habt? Zu der Zeit waren darin alle gleichberechtigt, natürlich auf antifaschistischer Grundlage.

Ein Verteiler für alle, die mit dem kapitalistischen System, mit der Regierung, noch eine Rechnung offen haben, für alle Antifaschisten, Kriegsgegner und Umweltkämpfer, ist eine gute Sache. Aber er muss überparteilich sein. Die Überparteilichkeit wird zerstört, wenn eine bestimmte Partei ausgegrenzt wird. Es ist bestimmt auch kein Zufall, dass das bei euch die MLPD ist. Undemokratisch ist es im Übrigen auch, *alle* Parteien ausgrenzen zu wollen. Im Grunde richtet sich das immer gegen die Marxisten-Leninisten, wie die Vergangenheit zeigt. Der scheinbar grenzenlose Hass von Frank Borris gegen die MLPD wird mit unserer Haltung zu Lenin und Stalin begründet. Ihr wart herzlich dazu eingeladen, am Samstag mit uns darüber zu diskutieren („Wie aktuell sind die Klassiker des Marxismus-Leninismus“?). Zweifellos haben wir unterschiedliche Meinungen dazu.

Ein paar Sätze will ich aber doch dazu sagen: Die ganzen Schauergeschichten über Stalin stammen ursprünglich aus der Feder deutscher Faschisten beim Angriff auf die Sowjetunion. Diese faschistischen Geheimdienstler wurden nach dem Krieg nahtlos in den US-amerikanischen, britischen und neu aufgebauten deutschen Geheimdienst übernommen (zum Beispiel General Gehlen, der den Bundesnachrichtendienst aufbaute). 20 Millionen Sowjetbürger starben im Zweiten Weltkrieg, und zwar infolge des deutschen Vernichtungsfeldzugs. Es ist an Zynismus nicht zu überbieten, diese Millionen Toten der Sowjetmacht anzulasten, wie es etwa „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ tut. Das ist ein Verbrechen an den Opfern, wenn heute zum Beispiel der „Europarat“ Kommunismus und Faschismus gleichsetzt. Und außerdem: Wenn die Sowjetunion mit Stalin an der Spitze nicht gesiegt hätte, würden wir heute wohl kaum solche Fragen diskutieren können!

Dass in der Sowjetunion auch Verbrechen begangen worden sind, ist zweifellos eine Tatsache. Diese genau zu beurteilen, ist aber in den meisten Fällen nicht möglich, da Russland die Archive nach wie vor geschlossen hält. (Ganz kurz waren sie geöffnet, nach dem Zerfall der Sowjetunion, was aber absolut nicht reichte, um wirklich recherchieren zu können.) Nach dem Verrat am Sozialismus in der Sowjetunion (und nachfolgend allen sozialistischen Staaten) wurden die alten faschistischen Propagandalügen über Stalin und die Sowjetunion massenhaft in Umlauf gesetzt. Das Ziel dieses Antikommunismus ist es, den Menschen Angst vor dem Sozialismus zu machen. Ich finde es wichtig, über all diese Fragen offen und frei diskutieren zu können. Wir brauchen eine Strategiedebatte, wie wir dieses verkommene kapitalistische System überwinden können und wie der dann aufzubauende Sozialismus aussehen soll. Für eine solche Debatte unter allen Linken verbietet sich die antikommunistische Ausgrenzungspolitik wie sie von Frank Borris praktiziert wird. Mit freundlichen Grüßen.

Frank Kleinschmidt (parteilos): Ich werde mich nicht in tiefe Studien begeben und meterweise Literatur durchackern, um zu überprüfen, ob Josef entgegen der gängigen Geschichtsbewertung nicht doch ein guter Onkel war. In aller Kürze vielleicht meine Ansicht aus meiner bisherigen bescheidenen Kenntnis: Gleichzusetzen mit dem Faschismus ist es schon deshalb nicht, weil der Faschismus von

Industrie und Kapital gefördert und finanziert wird. Dahingehend muss schon unterschieden werden.

Vom Holzpflug zur Atommacht: In der historischen Ausgangssituation einer rückständigen Feudalen Agrargesellschaft sind wir nicht. Wir sind eine hochindustrialisierte, hochtechnisierte Informationsgesellschaft. Darum sehe ich keinerlei Lösungsansätze, die wir aus dieser historischen Phase der Entstehung der UdSSR gewinnen könnten. Personenkult lehne ich sowieso ab. Ich fasse mir schon an den Kopf, wenn ich Che-Guevara-T-Shirts sehe. Der Christus mit der Knarre! Man muss das alles differenziert aus dem historischen Kontext betrachten. Wir sind auch nicht in der Situation Kubas der 50er Jahre.

Hans-Dieter Wege (parteilos): Vielleicht sollten die Menschen, die die Kommunismuskeule schwingen, mal einen sinnvolleren Vergleich vornehmen und dabei nicht nur die Fehler aus der Vergangenheit ins Auge fassen, die ganz bestimmt gemacht wurden und die man auch als Kommunist nicht unbedingt abstreiten muss. Dass jetzt aber angebliche Demokraten davor zurückschrecken, einen Termin für eine Filmveranstaltung bekannt zu geben, spricht wohl kaum für das Demokratieverständnis dieser verantwortlichen Personen.

Und weil gerade Kuba genannt wurde, wieso denn nicht auch im gleichen Zusammenhang das ach so demokratische Haiti? Wurde schon vergessen, dass hier bereits Menschen vor Hunger Kekse backen mussten, denen man Lehm beimischte, um zumindest das Hungergefühl zu bekämpfen? Unsere freiheitlichen Vorzeigedemokraten sollten mal einen Wirtschaftsvergleich von Staaten machen, die ziemlich ähnliche Ausgangspositionen hatten. Hier würde sich der Vergleich zwischen Haiti und Kuba ganz bestimmt lohnen. Vielleicht würde man gerade hier heraus eine ganz andere Sicht auf den Kommunismus bekommen?

Eines ist mit Sicherheit gegeben: Das Festhalten am Eigentum und an der Lohnarbeit wird die Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, niemals richtig weiterbringen. Die Natur und die Umwelt übrigens auch nicht. Es sollten schon die Menschen sein, die bestimmen, wer, wann, wie und ob überhaupt etwas gemacht wird –und ihre Vertreter(innen) müssen bei groben Verstößen auch jederzeit abgelöst werden dürfen. Für einen internationalen, freiheitlich demokratischen Sozialismus! Moderation und Zensur sind für dieses Ziel ausschließlich ungeeignete Mittel, Kritik allerdings nicht.

Peter („Linkes Oldenburg"): Ich habe so auf der Seite der Montagsdemo gelesen und bin bei der MLPD hängen geblieben. Was ist das für ein Scheiß, dass gesagt wird, es dürfe heute nur etwas gesagt werden, wenn mensch sich von Stalin distanziert! Was hat das mit heute zu tun? Wäre es nicht besser, wenn die Vorschläge beziehungsweise Beiträge von heute angehört würden? Wenn sie Scheiße sind – auch im Sinne dessen, was man von Stalin nicht will –, dann kann es doch heute kritisiert werden, an den Problemen von heute. Nur so kann doch eine Idee isoliert werden, wenn man sich damit auseinandersetzt.

Das ist übrigens auch das Problem mit den Nazis: Da wird sich auch nicht auseinandergesetzt. So bekommen sie immer mehr Anhänger. Die Leute haben

eben Angst – vor der Zukunft, vor ihrer persönlichen Zukunft. Da haben die „Rattenfänger“ leichtes Spiel, und solche Debatten schüren das Problem noch. Wenn die Leute dann wieder ausgegrenzt werden, so ist ihnen das bekannt, und sie meinen verstärkt, dass sie in der Gemeinschaft, die ausgegrenzt wird, richtig sind – und da erscheint es für sie so, als würden die sich wehren. Da werden wir wohl in die Kiste springen, und nix, aber auch gar nichts wird sich geändert haben für die Lohnabhängigen.

E-Mail-Diskussion

Mit absoluter Mehrheit: Bayerischer Alleinherrscher wiedergewählt *(„Die Welt“)*

Warum nicht trotzdem mal Nein sagen: Das Ja zu Bürgerentscheiden ist aber keine schlechte Idee *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

440. Bremer Montagsdemo am 16. 09. 2013

Ich wähle bestimmt nicht die Verursacher der Verarmungs-politik in diesem reichen Land!

1. Letzte Woche veröffentlichte das Bundessozialgericht in Kassel ein Urteil, demzufolge Jobcenter nicht verpflichtet seien, Schülern die Leihgebühr für ein im Musikunterricht erforderliches Cello zu bezahlen. Die Behörde müsse zwar Kinder aus Hartz-IV-Familien bei der **Teilhabe** am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft unterstützen, doch sei die Leihgebühr für ein Musikinstrument darin leider nicht eingeschlossen (Aktenzeichen B4 AS 1/13 R). Damit muss ein von Hartz IV vegetierender Schüler eines musisch orientierten Gymnasiums aus dem Neckar-Odenwald-Kreis nun selber sehen, wo er das Geld herbekommen kann, um ein Cello auszuleihen.

Dabei ist unstrittig, dass er ein solches Instrument für den Musikunterricht benötigt und die Schule von seiner Mutter eine Leihgebühr in Höhe von 90 Euro pro Halbjahr verlangt. So logisch es erscheint, dass die vierfache Mutter daraufhin die Kostenübernahme bei ihrem Jobcenter beantragte, so folgerichtig lehnte das Jobcenter die Übernahme der Leihgebühr ab, da nur Teilhabeleistungen im außerschulischen Bereich gefördert würden. Für eine mögliche Kostenübernahme seien die Schule oder deren Träger zuständig. Wenn das derart klar ist, wieso schickt die Schule der Mutter überhaupt eine Rechnung?

Mich empört dieses Urteil über die Maßen, wenn es sich tatsächlich in diesem reichen Land so verhält, dass Menschen mit sehr wenig Geld für ihre Kinder oder sich selbst erst mit kriminalistischer oder juristischer Spürnase herausfinden müssen, aus welchem der möglichen Fördertöpfe sie eventuell Unterstützung beantragen könnten, und ob sie ihr Begehr dabei auf Bundesmittel oder Landesmittel richten sollen! Wenn Lehrmittel für die Schule keine Frage der Grundsicherung für Arbeitslose sind, obwohl Kinder von ALG-II-Beziehern das sogenannte Schulstarterpaket beantragen können, dazu das sogenannte Teilhabepaket aus Bundesmitteln mit sage und schreibe zehn Euro im Monat für außerschulische

Förderungen wie Sport-, Musik- oder Nachhilfeunterricht, dann sind wir hier in einem Paragrafenlabyrinth verstrickt, aus dem heraus wohl nur studierte Juristen ans Ziel kommen.

So sieht also das „soziokulturelle Existenzminimum“ aus, wenn Kinder von finanziell armen Eltern zwar die Vereinsgebühr für den Fußballverein, nicht jedoch die dafür zwingend erforderlichen Schuhe und die Kleidung für das Training drinnen und draußen finanziert bekommen. Kinder armer Eltern bleiben weiterhin ausgegrenzt, wenn sie, statt teilhaben zu können, nur auf den Zuschauerbänken Platz nehmen dürfen! Warum gibt es in Deutschland keine Ganztagsschulen, in denen aus Steuergeldern allen Kindern – ihren Neigungen und Bedürfnissen entsprechend – ohne jeglichen bürokratischen Aufwand und ohne Ausgrenzung musische und sportliche Förderung zuteil wird? Daran scheint eine Bundesregierung, die zusammen mit Rot-Grün die menschenverachtenden Hartz-Gesetze installiert hat, jedoch kein ernst gemeintes Interesse zu haben!

2. Während das Jobcenter Bremen im vergangenen Jahr **Fördergelder** im Umfang von mehreren Millionen Euro ungenutzt ließ, können in diesem Jahr nur noch in Einzelfällen bis zum Jahresende die sogenannten Bildungsgutscheine an Arbeitslose vergeben werden. Das Jahresbudget sei bereits jetzt nahezu aufgebraucht. Laut Jobcenter-Geschäftsführer Helmut Westkamp sei 2012 „zu viel Geld übrig geblieben“, weshalb die Mitarbeiter in diesem Jahr jeden ihrer Kunden „besonders fördern“ wollten und die Zielvorstellung für das gesamte Jahr schon jetzt erreicht hätten. Für 400 „Bildungsgutscheine“, die derzeit noch nicht eingelöst, aber bereits ausgestellt wurden, suche man nach Kompromissen, zum Beispiel, ob Maßnahmen vereinzelt auch später starten könnten.

Allerdings dürfe gleichzeitig das Budget für das kommende Jahr nicht früher eingesetzt werden. Eine weitere Crux besteht darin, dass der „Bildungsgutschein“ verfällt, wenn er nicht innerhalb von drei Monaten für eine „Bildungsmaßnahme“ genutzt wird. Da es sich bei diesem Gutschein nur um eine Kann-Leistung handelt, sind Erwerbslose individuell von Gunst und Gnade ihrer Arbeitsvermittler abhängig, ob sie sich weiterbilden dürfen oder eben auch nicht.

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat den Umgang des Jobcenters mit dem sogenannten Eingliederungstitel kritisiert, weil das Budget für Bildungsgutscheine nun bereits aufgebraucht sei. In einer Deputationsvorlage zum Thema ist eine Umschichtung angekündigt worden: Eine Million Euro sollen vom „Eingliederungstitel“ in das Verwaltungskostenbudget verlagert werden, obwohl gerade erst 2,9 Millionen Euro so verlagert worden sind. 2,1 Millionen davon sollen der sogenannten Joboffensive zugute kommen – als ob durch häufigere Vorladung der Erwerbslosen plötzlich auch neue Arbeitsplätze entstünden! In meinen Augen wird hier nur sinnlos Geld aus dem Fenster geschmissen und die Verfolgungsbetreuung angekurbelt: Das alles geht, auf Kosten der Steuerzahler, an den Bedürfnissen der vollkommen Erwerbslosen vorbei.

Westkamp verteidigt die Umschichtung von einer Million Euro in das Verwaltungskostenbudget, da es 2013 im Gegensatz zu den Vorjahren weniger Wechsel unter den Mitarbeitern gegeben habe und die Kontinuität letztlich auch den Mitarbeitern zugute komme. Silvia Schön (Grüne) kritisiert, das Geld solle eigentlich den Arbeitslosen zur Verfügung stehen, nicht der Verwaltung. Dieter Reinken (SPD) leuchtet es nicht ein, warum erst im September feststellbar sei, dass 16 Stellen im Verwaltungskostenbudget nicht gedeckt seien, und verlangt bessere Kontrollen der Etats. Klaus-Rainer Rupp („Die Linke“) fordert, die Umschichtung abzubauen: „Das sind zehn Prozent des Geldes, das Menschen, die in Maßnahmen gehören, nicht kriegen.“

3. Die Gewerkschaften verlangen eine grundlegende Reform der harten **Sanktionsregeln** gegen Hartz-IV-Bezieher, weil die Zahl der verhängten Strafen seit Einführung von Hartz IV kontinuierlich angestiegen ist. Der DGB sieht bei dem von der Regierung propagierten „Prinzip des Förderns und Forderns“ ein deutliches Übergewicht beim Fordern. Nun hat der Vorstand ein Konzept mit einem „Belohnungssystem“ für Jobsuchende beschlossen. Wie stark gegenwärtig die Leistung gekürzt wird, hängt von der „Schwere“ einer Pflichtverletzung ab und reicht von einer Kürzung des Regelsatzes um zehn über zwanzig und dann dreißig Prozent bis hin zur kompletten Streichung der Transferleitung.

Entgegen aller Hetze wurden im Durchschnitt lediglich 3,4 Prozent aller erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher mit Sanktionen belegt, von denen aber nicht feststeht, ob sie rechtmäßig erfolgten und wie viele Widersprüche dagegen Erfolg hatten. Ich freue mich, dass nun auch dem DGB ein Licht aufgegangen ist und sogar verstanden wurde, dass die scharfen Sanktionen vielfach nicht nur unverhältnismäßig sind, sondern auch folgenreiche Auswirkungen auf die gesamte Arbeitnehmerschaft haben, sodass das Bedrohungsszenario des Hartz-IV-Bezuges bei Jobverlust dazu beiträgt, schlechte betriebliche Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Der DGB fordert, die Sanktionen stärker auf den Einzelfall auszurichten, den Bearbeitern im Jobcenter mehr Entscheidungsspielraum bei Höhe und Dauer der Strafe zu geben sowie die Ablehnung von Ein-Euro-Jobs nicht mehr zu sanktionieren, weil Eingliederungsmaßnahmen kein Instrument zur Disziplinierung von Arbeitssuchenden darstellten.

Zudem sollten die Leistungskürzungen auf maximal 30 Prozent des Regelsatzes begrenzt und die Erstattungen für Miete und Heizung komplett aus der Sanktionierung herausgenommen werden. Vermittler sollten die Möglichkeit bekommen, den Jobsuchenden „Durchhalte- oder Erfolgsprämien“ zu zahlen oder die Kosten einer Monatskarte für den Nahverkehr übernehmen, um die Jobsuche zu unterstützen. Hach, das wären aber wirklich tolle Hilfen! Diese mickrigen Kinkerlitzchen ändern nicht die Bohne etwas am menschenverachtenden Umgang mit den Erwerbslosen. Schon gar nicht können sie auch nur im Ansatz als grundlegende Reform der harten Sanktionsregeln betrachtet werden.

4. Der Hauptgeschäftsführer der „Bremer Arbeitnehmerkammer“, Ingo Schierenbeck, verlangt von der neuen Bundesregierung nach dem 22. September 2013 eine Korrektur der Arbeitsmarktpolitik. Nach einer Studie seines Hauses betrug das Wirtschaftswachstum in Bremen zwar 18 Prozent, gleichzeitig nahm jedoch die Zahl der Vollarbeitsplätze ab, die Zahl der Leiharbeiter verdreifachte sich, und die der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse stieg um rund 25 Prozent an. „Kammer“-Geschäftsführerin Elke Heyduck betonte, die sozialen Sicherungssysteme seien auf diese Zunahme prekärer Beschäftigung nicht eingestellt, sondern funktionierten nur auf Basis der Fiktion eines lebenslangen Vollzeit-Arbeitsverhältnisses. Als Folge seien immer mehr Rentner zu erwarten, deren Rente nicht mehr den Lebensunterhalt deckt.

Die Ergänzungszahlungen für „Aufstocker“ machen in Bremen inzwischen 35 Millionen Euro pro Jahr aus. Schierenbeck kritisiert das „unkonkrete Geschwafel“ in allen Wahlprogrammen von „guter Arbeit“, die gesichert sein solle. Er dringt darauf, dass Minijobs sozialversicherungspflichtig sein müssten und für Unternehmen damit nicht „billiger“ als normale Beschäftigung sein dürften. Außerdem müssten „equal pay“ für Leiharbeiter gesetzlich festgeschrieben, Leiharbeitsverhältnisse wieder auf zwei Jahre begrenzt und das Ausweichmanöver der Arbeitgeber, über Honorarverträge Scheinselbständige anzuwerben, unterbunden werden. Bei den prekären Löhnen nimmt Deutschland im europäischen Vergleich eine traurige Spitzenposition ein: Hier fallen 24,1 Prozent der Beschäftigten unter die „Niedriglohnquote“, was nur noch von Litauen überboten wird.

Und nun? Schade, zum Schluss kommt nur noch der Hinweis von Schierenbeck, manche politischen Kräfte forderten ein „bedingungsloses **Grundeinkommen**“, um es Arbeitslosen stärker als bisher zu ermöglichen, unattraktive Arbeitsangebote abzulehnen. Nein, nein, nein, von diesem Konzept hält die Kammer nichts, weil es dafür keine „gesellschaftliche Akzeptanz“ gebe! Oder auch keine von der Angestelltenkammer? Bitte keine halben Sachen, sondern weg mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen, die nicht nur die Erwerbslosen schädigen, sondern auch die Arbeitnehmer! Ich werde am 22. September 2013 ganz bestimmt nicht CDU, nicht FDP, nicht SPD und auch nicht die Grünen wählen. Sie sind allesamt Verursacher und In-die-Welt-Setzer der beschämenden, repressiven Verarmungspolitik in diesem reichen Land! Können wir bei einer Rot- Grün- oder Schwarz-Gelb-Bundesregierung nach der Wahl die sagenhafte Alternative zwischen Pest oder Cholera beglückwünschen – oder gar beides als doppeltes Glück mit einer Großen Koalition?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Stratozillen-Alarm ausgelöst: „Wir wissen nicht,
was es ist, aber es lebt“ *(„Bild“-Zeitung)*

Grüne abgestürzt: Brauchen wir eine neobürgerliche Mainstream-Partei mit schwachem Ökoprofil? *(„Spiegel-Online“)*

Piraten abgesoffen: Am Montag verlassen die ersten Ratten das Schiff *(„Spiegel-Online“)*

„Joboffensive“ heißt es, wenn 41 neue Mitarbeiter nicht einen Erwerbslosen vermitteln

1. Im Rahmen der Berichterstattung rund um die Abhöraffäre wurde kurz über eine Anweisung des US-Präsidenten aus dem Jahre 2012 berichtet. Es handelt sich um eine Anweisung zur „Eroberung“ von wichtigen Infrastrukturobjekten.

Wie einfach dies sein kann, wurde wie folgt verdeutlicht: Auf Bestreben eines Journalisten und mit Einverständnis der Kirche hat ein Hacker über das Internet die Glocken läuten lassen. Die Verschlüsselung und der der Zugangskode waren für den Hacker kein Problem.

Vodafone wurden zwei Millionen Kundendaten inklusive Bankverbindungen gestohlen. Der „Weser-Kurier“ hat im Kommentar „In der Pflicht“ von Hannah Petersohn darauf hingewiesen, dass ein Gesetz zum zwingenden besseren Schutz der privaten **Daten** vom Bundesinnenministerium (CSU) vorgelegt und vom Bundeswirtschaftsministerium (FDP) verhindert wurde.

2. Die „Zeitbombe Steuerflucht“ wurde in einem „Arte“-Beitrag sehr gut beschrieben. Es könnte viel besser aussehen und ein Teil der Schlupflöcher wahrscheinlich bereits geschlossen sein, wenn Bundeswirtschaftsminister Rösler die Übertragung dieses EU-Abkommens auf andere Branchen nicht per Veto verhindert hätte, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. In einem ARD-Beitrag gesteht Bundesfinanzminister Schäuble den Unternehmen zu, alle legalen Möglichkeiten der **Steuerminderung** zu nutzen. Dies ist die falsche Einstellung!

Beide Dokumentationen unterscheiden sich in der Eindringlichkeit. Die Steuerverkürzung durch Steuergestaltung hat einen Umfang erreicht, der die Stabilität der Demokratie ins Wanken bringt. Warum der Bundesfinanzminister nichts dagegen tut, ist nicht nachvollziehbar. „Arte“ stellt die Auswirkung der verminderten beziehungsweise unterbliebenen Steuerzahlung und der Auswirkung auf die anderen Bürger et cetera sehr gut dar: Was die einen nicht zahlen, müssen

die anderen leisten, oder es wird gekürzt! Der Film zeigt auch Demos gegen die Starbucks-Kette in England, wo das Kaffeehaus als Kindertagesstätte dient. Diese Demos hatten Erfolg. Die öffentliche Empörung hat viele mitgerissen! Starbucks zahlt jetzt Steuern in England.

Mein Wunsch für die ersten 100 Tage der neuen Regierung lautet: Sofort mit der Schließung der Steuerschlupflöcher beginnen! Die Steuerprüfung und -fahndung entsprechend aufstellen und sofort einschreiten – auch in Trippelschritten! Ich erwarte die Aufhebung des Bankgeheimnisses, international – einzelne Infos genügen nicht! Die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft koppeln und verstehen, dass dies der Sprengsatz zur Vernichtung des sozialen Friedens ist! Den Gedanken „egal, welche Entscheidung – das Soziale hat Vorfahrt“ in die Gesellschaft tragen!

Horst Seehofer hat in Bayern die absolute Mehrheit erreicht. Hat der Trick mit der Maut für PKW gewirkt? So sind wir doch gerade die Praxisgebühr losgeworden: Weil Herr Seehofer die Herdprämie wollte, musste er seine Praxisgebühr aufgeben. Die Mautforderung für Ausländer hat aus meiner Sicht einen stark fremdenfeindlichen Geschmack. Wir leben vom Export und nicht von der Straßenbenutzungsgebühr. Mit gleichem Kampfgeist die Steuerhinterziehung und Steuerverminderung anpacken – *das* wäre was!

3. „Unschuldig auf dem Trockenen“, hat der „Weser-Report“ getitelt: In Bremen wird säumigen Zahlern von der SWB das Wasser abgestellt. Die Fraktion „Die Linke“ hat den Senat zu diesem Thema befragt und eine Antwort erhalten. Die Zahl der **Wassersperren** wird darin relativiert: Es können auch wesentlich mehr Haushalte betroffen sein, weil die Absperrung eines Mehrfamilienhauses nur einfach zählt. Der Senat erklärt: „Die Durchführung von Wassersperren wird durch die SWB Vertrieb GmbH mit wirtschaftlichen Zwängen und einer entsprechenden Vertragslage begründet“. Das ist eine unlogische Begründung, denn die SWB kann den Kunden trotz dieser Möglichkeiten auch mit den Mitteln eines normalen gerichtlichen Mahnverfahrens zur Zahlung zwingen, aber natürlich ist es für die SWB schlicht einfacher und bequemer, das Wasser abzustellen.

Einen *wirtschaftlichen Zwang* zum Wasserabstellen kann ich nicht erkennen! Ein Zwang zur Versorgungsunterbrechung besteht ebenfalls nicht. Die Unterbrechung der Leitung kommt einem Verlust der Wohnung gleich, damit liegt in jedem Einzelfall eine unzumutbare Härte vor. Die Kunden haben dies aber nicht anzuerkennen beantragt. Die SWB diese Möglichkeit nicht geprüft, weil kein Kunde einen entsprechenden Antrag gestellt hat: „Dies gilt nicht, wenn der Kunde darlegt, dass die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nachkommt“. Die SWB hat für Wasser das Monopol!

In der Antwort des Senats steht auch, dass die SWB „besondere Fürsorge“ walten lasse, bevor das Wasser abgestellt wird. Der Senat hat dem nicht widersprochen. Liest der Senat keine Zeitung? Gerade bei Wassersperren in Mehrfa-

milienhäusern wurde *keine* Rücksicht auf die Mieter genommen! Die SWB sagt dazu: „Wir kennen die Mieter nicht, wir haben kein Vertragsverhältnis mit ihnen“. Auch die Existenz von Gewerbebetrieben wurde so gefährdet. Die Mieter der Gewoba wurden schon vor Jahren auf Einzelabrechnungen für Wasser „umgestellt“. Die SWB sollte schleunigst angehalten werden, keine Wassersperren mehr durchzuführen, weil dies dem Verlust der Wohnung gleichkommt und somit unverhältnismäßig ist! Der Senat muss auch das Jobcenter und das Amt für Soziale Dienste anweisen, eine Sperre zu verhindern und das Darlehn nicht erst zu bewilligen, wenn tatsächlich abgestellt wurde.

4. Zurück zur großen Politik! Eigentlich ist es doch die wesentliche Einstellung, dass auch bei ergebnisorientierten Entscheidungen die soziale Auswirkung berücksichtigt werden muss. Nun ist Herr Schäuble stolz auf die Ausgabenreduzierung des Bundeshaushalts. Gespart wurde aber nur im Sozialen, siehe Bremer Montagsdemos! Im Wahlkampf hat Frau Merkel die niedrigen **Renten** bei Erwerbsminderung angesprochen. Sie sieht da Handlungsbedarf – warum erst jetzt? Die Erwerbsminderungsrenten sind unstrittig zu niedrig. Neubewilligungen sind heute noch niedriger, weil die geänderte Rentenformel eine Absenkung aller neuen Renten verursacht.

Ab 2011 wurden für ALG-II-Beziehende keine Rentenbeiträge mehr gezahlt. Damit ist für viele eine Erwerbsminderungsrente nicht mehr zu erreichen, weil die Erwerbslosen die Voraussetzungen nicht mehr erfüllen können. Die vom VDK erwähnten 2,09 Euro weniger Rente pro Jahr zeigen, wie gering die Absicherung war. Die Nebenwirkungen – keine Erwerbsminderungsrente, keine Reha der DRV mehr – wären zu verhindern. Eine zeitgleiche Änderung der Gesetze wäre gute Politik! Nachzuholen ist dies am besten durch die Entrichtung von Beiträgen für Erwerbslose und die Berichtigung der Rentenformel. Dann wären auch die Kinderzuschläge der Mütter vor 1992 gesichert. Frau Merkel hat nicht zu Ende gedacht und fehlerhaft gearbeitet. Die Auswirkung der „Vorsorgelüge“ und der neuen Rentenformel steht in einem gleichnamigen Buch.

5. Bremen hat mit dem Jobcenter einen Vertrag über eine „Joboffensive“ geschlossen, wie in Berlin (erfolgreich) umgesetzt. Diese „Joboffensive“ wurde auch für Bremerhaven eingekauft, auch Hannover hat dies vereinbart. Die Bremer Hemmnisse des Berliner Vermittlungsmodells habe ich auf der 415. Montagsdemo ausführlich geschildert und aus der Beschlussvorlage der Deputation für Soziales zitiert. Die 41 Mitarbeiter(innen) wurden nun eingestellt; sie sollten alle entsprechende Erfahrung mitbringen. Die Chancen waren gut, weil die Bundesagentur für Arbeit gleichzeitig Personal abgebaut hat. Nunmehr wurde der Deputation für Soziales über das Projekt berichtet. Die Neuen sind erfahren und wurden zwei Monate weitergebildet.

Am 1. März 2013 begann die eigentliche Vermittlungstätigkeit: „Die ersten Monate nach dem Beginn der operative Phase waren durch den Aufbau neuer

Strukturen, Umstellungsarbeiten und die Einarbeitung der neuen Beschäftigten geprägt... Positive Effekte des Projekts haben sich in der Zeit bis Juni 2013 in Hinblick auf die Zielerreichung noch nicht gezeigt“. Das bedeutet: Nicht ein(e) Erwerbslose(r) wurde vermittelt! Auf die 36 eigenen „alten“ Mitarbeiter(innen) geht dieser Bericht nicht ein. Wenn die Neuen „gelähmt“ waren – haben die Alten auch nichts gebracht? Nicht einmal die normale Vermittlungsquote erreicht? Somit ist bereits ein Viertel der Projektzeit vergangen – ohne *eine* Vermittlung in Arbeit!

Für zwei Jahre sind Ausgaben von 5,8 Millionen Euro vorgesehen. Davon wurden nunmehr circa 1,5 Millionen „plus x“ für Anlaufinvestitionen ausgegeben. „Bis zum Jahresende sollen durch das Projekt, insbesondere durch den Einsatz der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als 1.100 zusätzliche, also über den originären Integrationszielwert hinausgehende **Vermittlungen** in Arbeit erreicht werden“, so der Bericht. Gemäß Vorlage für die Deputation vor Vertragsabschluss lautete die Zielvorgabe, 1.167 „marktnahe“ Kund(inn)en in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu „integrieren“. Die Begründung für diesen Fehlstart nennt Anlaufschwierigkeiten und ein Absacken des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr – wobei die zwei Monate Weiterbildung eingeplant waren.

Geldschwierigkeiten – zum Beispiel Ausgaben für begleitende, flankierende Maßnahmen – werden hier nicht angeführt. Die Entnahme von 2,9 Millionen Euro aus dem Eingliederungsbudget und deren „Eingliederung“ in das Verwaltungskostenbudget haben doch sicherlich bereits zu Engpässen geführt – und nächstes Jahr stehen 2,9 Millionen Euro erneut nicht für die Eingliederung zur Verfügung! Diese „zusätzlichen Vermittlungen“ in sozialversicherungspflichtige Arbeit ergeben mit den normalen Vermittlungsvorgaben: 5.134 Kunden werden pro Jahr von den 77 Fallmanager(inne)n in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Die anderen 165 Mitarbeiter(innen) sollen 4.492 Vermittlungen pro Jahr erreichen.

Ebenfalls nicht eingehalten wurden die Controllingvereinbarungen. Auch der Umfang der Berichterstattung entspricht nicht den Vereinbarungen. Viele Details wurden den Deputierten nicht bekanntgegeben! Wenn die senatorische Dienststelle diese Fakten nicht für sich behalten hat, so hat das Jobcenter die Vereinbarungen auch in diesem Punkt nicht eingehalten. Die „Joboffensive“ wurde als „erprobtes Projekt“ gekauft. Somit konnte darauf vertraut werden, dass das Jobcenter die Controllinginstrumente beherrscht! Bezweifelt das Jobcenter jetzt sogar die Fähigkeit der Mitarbeiter(innen), manuelle Aufzeichnungen anzufertigen? Nach dieser Faktenlage und den Ausführungen des Jobcenters wäre ein Abbruch der Joboffensive eine vernünftige Entscheidung! Hoffentlich hat Bremen eine entsprechende Ausstiegsklausel. Die Umwidmung der Mittel ist rückgängig zu machen!

Aber das Jobcenter Bremen sorgt noch für weiteres Stirnrunzeln: Das Geld für Bildungsgutscheine ist alle. Warum sind die Verwaltungskosten, insbesondere die Personalkosten für 16 Stellen, nicht gedeckt? Für diese Personalkosten soll nochmals das Eingliederungsbudget um 1,1 Million Euro reduziert werden, zugunsten des Verwaltungskostenbudgets. Bremen würde durch die Umschichtung

erneut mit circa 200.000 Euro belastet, weil Bremen 15,2 Prozent der Verwaltungskosten zahlen muss. Diese Belastung steht aber nicht in der Vorlage. Dort ist dies insgesamt so nicht detailliert dargestellt. Die höheren Personalkosten von 1,1 Millionen Euro sollen durch fehlende Fluktuation entstanden sein; von 16 Stellen steht dort nichts.

Es wird auch nichts über Um- und Höhergruppierungen ausgeführt, nichts zu den Kosten der Geschäftsführung. Dabei wurden doch entsprechende Änderungen und Erhöhungen analog zur Änderung des SGB II zugelassen. Eventuell haben sich weitere Angestellte „hochgeklagt“, auf das Gehaltsniveau von Kollegen. In der Vorlage beim Wirtschaftssenator steht die Umwidmung von 2,9 Millionen für die Verwaltungskosten der „Joboffensive“. Im „Weser-Kurier“ vom 12. September 2013 wird im Artikel „Kritik am Jobcenter“ die Verwendung für die Verwaltungskosten der „Joboffensive“ mit 2,1 von 2,9 Millionen Euro angegeben, die Differenz von 800.000 Euro allein für 2013 aber nicht erläutert. Dies sind für mich weitere Argumente für die Beendigung der „Joboffensive“.

Ein Termin beim Jobcenter dient (leider) nicht der Besprechung eines Stellenangebots, sondern der Prüfung: Lebt dieser Mensch noch? Insofern bewerte ich die Unterstützung beim Wiedereinstieg in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit als wichtiger. Selbst die „Bildungsgutscheine“ sind kein ausreichendes Aktualisierungsangebot für das Wissen und Können der Erwerbslosen! Vorstehend werden Umwidmungen erläutert – warum wird keine Umwidmung für die „Bildungsgutscheine“ erwogen? Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wird so unterlaufen. Außerdem ist die Förderung doch wesentlich breiter möglich und nicht auf den Bildungsgutschein (mit dieser engen Bindung) beschränkt, siehe Punkt 2 der fachlichen Weisung.

Noch eine Frage drängt sich auf: Warum werden die sofort umsetzbaren Arbeitserleichterungen im Jobcenter – nachzulesen bei der Bremer Montagsdemo – nicht umgesetzt? Einfach die Bescheide für zwölf statt jetzt für sechs Monate ausfertigen und die durch Rechtsmittel angefochtenen Leistungen mit Vorbehalt versehen! In dem Vorbehalt wird das laufende Rechtsmittel angeführt und die entsprechende Entscheidung auch für diesen Bescheid akzeptiert. Die Zahl der Widersprüche und Klagen wäre stark vermindert, mit dem Nebeneffekt, dass auch die Sozialgerichte entlastet wären!

Nun haben Sie viel gelesen. Falls Sie nicht von Grundsicherung leben müssen, erfahren Sie bei der 285. Montagsdemo mehr darüber, warum die Öffentlichkeit so wenig Zutreffendes über Erwerbslose erfährt und ein falsches Bild über deren Situation erhält. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bremer Ex-Bürgermeister rechtfertigt Brechmittel-Folter: „Die große Mehrheit der Dealer waren Afrikaner“ *(„Tageszeitung“)*

Ex-Montagsdemonstrant Erich Seifert kandidiert für die AfD: Dank Fünfprozenthürde gehen rechts elf Prozent der Stimmen verloren *(„Abgeordnetenwatch“)*

FDP rausgestürzt: Das muss gefeiert werden! *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Solidarische Grüße an die Belegschaft des Bochumer Opel-Werkes

An die Kolleginnen und Kollegen, den Betriebsrat und den Vertrauenskörper der IG Metall bei Opel Bochum sowie an den Solidaritätskreis! Wir haben heute auf unserer wöchentlichen Montagsdemonstration auf dem Marktplatz in Bremen von eurem mutigen Kampf gegen die Schließung des Opel-Werkes in Bochum erfahren. 17 Stunden Betriebsversammlung und sechs Stunden selbständiger Streik – das ist ein klares Zeichen an den Konzernvorstand, dass ihr nicht kapitulieren werdet.

Scheinangebote zur Abwicklung des Werkes – wie Abfindungen oder eine Beschäftigungsgesellschaft – werden von euch zu Recht abgelehnt. Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz – das ist ein Signal für viele Belegschaften, nicht nur im Ruhrgebiet: In ganz Europa stehen 15 Autowerke auf der Abschussliste!

General Motors, VW und Toyota kämpfen auf dem Rücken der Beschäftigten um die Weltmarktführerschaft. Konzerne wie Daimler verlagern ihre Produktion nach China und ziehen in Deutschland die Ausbeutungsschraube weiter an. In Bremen leistet die Belegschaft bei Mercedes heftigen Widerstand gegen die Ausweitung der Fremdvergabe auf die Produktion, die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit und die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Hartz-Gesetze haben Millionen Menschen Armut und Diskriminierung gebracht. Seit fast zehn Jahren kämpfen wir unermüdlich gegen Sozialkahlschlag und die ganze volksfeindliche Politik sowie für die Rettung unserer Mutter Erde und für eine lebenswerte Zukunft. Wir stehen auf eurer Seite und unterstützen aktiv die Solidarität. Heute haben wir 50 Euro Spenden gesammelt, die wir an die Streikkasse des Solidaritätskreises überweisen werden.

Wir möchten euch auch herzlich zur 10. bundesweiten **Herbstdemonstration** am **19. Oktober 2013** in **Berlin** einladen. Kämpfen wir gemeinsam **gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Bevölkerung** und **für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder**! Mit solidarischen Grüßen.

Resolution der Initiative Bremer Montagsdemo

Literaturkritiker Reich-Ranicki gestorben: „Hauptsache, man fällt ein entschiedenes Urteil, um die Debatte voranzutreiben“ *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Ich demonstriere nicht für ein Zurück zur Sozialhilfe!

Peter („Linkes Oldenburg“): Ich lese gerade ein Büchlein. Könntet ihr euch vorstellen, mal in Altenheimen Besuche abzustatten? Ich würde daran teilnehmen. Wenn wir uns nicht mehr rühren können, ist es zu spät, vor allem für Hartz-IV-„Personal“.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Ich leite deinen Vorschlag mal an die Mitstreitenden weiter. Abgesehen von der arbeitsintensiven Homepage-Betreuung bin ich selbst bis auf Weiteres inaktiv, denn ich demonstriere nicht für ein Zurück zur Sozialhilfe, und eine andere Auslegung der Forderung „ Weg mit Hartz IV“ lässt die MLPD ja nicht zu.

Peter: Dass du es weiterleitest, ist nett. Ich würde ja auch öfters zu euch kommen und meinen Standpunkt vertreten, aber es kostet jedes Mal 20 Euro, und die habe ich nicht. Auch der Streit ist nicht so prickelnd. Da dachte ich, dass Hartz-IV-Empfänger – frei zu tun, was sie wollen – frei sind, ihren Arbeitsplatz zu gefährden und, das Wichtigste: sich mit solchen Aktionen nicht in die Ecke des Jammerns treiben zu lassen. Wie auch immer, danke.

Wolfgang Lange (MLPD): Lieber Gerolf, zunächst mal: Vielen Dank, dass du die Auseinandersetzung um den „Sozialkonflikt“-Verteiler auf die Homepage gesetzt hast. Es gab ja auch schon positive Reaktionen. Ebenso danke ich für die Recherche zum anonymen Schmierfinken. Zu deiner Antwort an Peter möchte ich aber auch noch etwas sagen: Das ist doch wirklich erbärmlich, wenn du mit der Begründung nicht zur Montagsdemo kommst: „Ich demonstriere nicht für ein Zurück zur Sozialhilfe, und eine andere Auslegung der Forderung ‚Weg mit Hartz IV‘ lässt die MLPD ja nicht zu“!

Was hast du denn für eine Auffassung von unseren Grundsätzen? Von den Grundsätzen der bundesweiten Montagsdemo, auf die wir uns auch hier in Bremen verpflichtet haben. Die Montagsdemo ist überparteilich. Jeder kann hier am Offenen Mikrofon frei seine Meinung sagen, nur Faschisten nicht. Und wir lehnen

Angriffe auf beteiligte Kräfte ab. Wer verbietet dir denn, auf dem Montagsdemo für das zu demonstrieren, was du für richtig hältst? Die MLPD jedenfalls bestimmt nicht. Andere Mitstreiter treten ja auch für „bedingungsloses Grundeinkommen“ oder „Reformierung des kapitalistischen Systems“ ein.

Die MLPD dominiert die Montagsdemo nicht, will das auch gar nicht, vertritt aber frei ihre Meinung – wie du die deine! Wir kämpfen seit neun Jahren konsequent gegen die ganzen Hartz-Gesetze – also nicht nur gegen Hartz IV. Mit ihnen wurden die Sozialsysteme zerschlagen: Für die Masse der Arbeitslosen wurde die Arbeitslosenversicherung aufgelöst und durch Sozialhilfe ersetzt. 1,3 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten voll und müssen aufstocken, weil sie sonst nicht überleben können. Durch grenzenlose Ausdehnung von Leih- und Zeitarbeit wurde Deutschland zum Billiglohnland. 13 Millionen Menschen leben in Armut – in Bremen jedes dritte Kind.

Die MLPD fordert deshalb: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Erhöhung des Arbeitslosengeldes I und unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung der Sozialunterstützung! Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und auf 55 Jahre für Frauen! Vollständige Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch eine umsatzbezogene Sozialsteuer! – Gleichzeitig, das ist die Kehrseite der Medaille, stiegen die Profite der Konzerne ins Unermessliche. Aber keine Reform kann diese Ungerechtigkeiten beheben. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird der wachsende Reichtum aus gesellschaftlicher Produktion und Natur allen Menschen zugute kommen. Dafür kämpft die MLPD – radikal links, revolutionär und für den echten Sozialismus! Herzliche Grüße.

Gerolf: Jedenfalls will die MLPD in der Frage der Existenzsicherung der Erwerbslosen die auf Bismarck zurückgehende Unterscheidung zwischen Arbeitslosengeld und Sozialunterstützung beibehalten.

Peter: Das wirklich Dramatische an der MLPD ist, dass sie Forderungen aufstellt, was der Staat machen soll (den sie hoffen zu übernehmen?). Es gibt keine Forderungen für jetzt, zum Bestehenden. Da meine ich, dass unbedingt die Versicherten gestärkt werden müssen, indem eine *volle Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten* gefordert gehört. So ist das auch schon ein Ansatz, der in einer anderen Gesellschaftsform erst recht da sein muss. Dass der bürgerliche Staat das „Umfairteilen“ übernehmen soll, ist eine gewaltige Freisprechung von der MLPD.

Wolfgang: Natürlich wollen wir zwischen Arbeitslosengeld und Sozialunterstützung unterscheiden! Das ist ja gerade eine der größten Sauereien der Hartz-Gesetze, dass Leute, die jahrzehntelang gearbeitet haben, nach zwölf Monaten (maximal 18 bei Älteren) aus der Arbeitslosenversicherung rausfallen – als ob sie nie gearbeitet hätten. Wie die ständige Rentensenkung – 2030 nur noch 40 Prozent des letzten Lohnes – ist das ein Teil der Umverteilung von unten nach oben. Dass die Sozialversicherungssysteme unter Bismarck aufgebaut wurden in der Absicht, den Klassenkampf zu dämpfen, heißt ja wohl nicht, dass wir ihrer Abschaffung zustimmen!

Im Übrigen – auch an Peter gerichtet – verweise ich auf die Forderung der MLPD, dass die Kapitalisten alle Beiträge für Arbeitslosen-, Renten-, Pflege- und Krankenversicherung übernehmen sollen – das ist sowieso nur einbehaltener Lohn! –, und zwar in Form einer sechsprozentigen umsatzbezogenen Sozialsteuer. Das hätte auch den Nebeneffekt, dass Betriebe mit vielen Beschäftigten, aber kleinerem Umsatz gegenüber den Konzernen mit riesigem Umsatz, entlastet würden.

Völlig unverständlich ist mir Peters Vermutung, die MLPD habe keine Reformforderungen, auf das jetzige bestehende System bezogen. Wir fordern zum Beispiel seit Jahren die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – und treten dafür auch in kämpferischen Aktionseinheiten ein –, ebenso wie die unbefristete Bezahlung des Arbeitslosengeldes für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Ich empfehle mal, das Programm der MLPD dazu zu lesen. Nur bleiben wir eben nicht stehen bei Reformforderungen, sondern treten für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein – den echten Sozialismus. Den Staat wollen wir dazu nicht „übernehmen“, wie Peter vermutet. Er wird durch die Revolution zerschlagen werden, und die Arbeiter- und Volksmassen werden sich ihren eigenen Staat errichten.

Gerolf: Für die MLPD besteht „der“ Skandal von Hartz IV nicht in erster Linie darin, dass Menschen unter Drohung des Entzugs ihrer Existenzgrundlage zu Niedrigstlohnarbeit gezwungen werden, sondern „gerade“ in nicht mehr angemessener Würdigung ihrer Lebensarbeitszeit. Deshalb soll – ungeachtet der dadurch eingeleiteten Spaltung der Erwerbslosen – weitgehend zu dem vor Hartz IV bestehenden System aus Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zurückgekehrt werden, wobei nur die Arbeitslosenhilfe durch Arbeitslosengeld zu ersetzen ist.

Wolfgang: Mit den Hartz-Gesetzen wurde die große Mehrheit der Bevölkerung angegriffen. Ein Grund für den jahrelangen Kampf dagegen ist, dass jeder, der arbeitslos wird, nach zwölf Monaten aus der Arbeitslosenversicherung fliegt – und wenn er noch so lange vorher malocht hat. Das hat vor allem in der Anfangszeit der Montagsdemo Tausende auf die Straße getrieben. Ein anderer Grund ist der Angriff auf alle, die vorher Sozialhilfe hatten. Erstens finanziell: Mit dem ALG II entfielen sämtliche Zusatzleistungen (etwa zum Kauf neuer Möbel oder einer Waschmaschine). Zum anderen durch die schikanöse, demütigende Behandlung unter ständiger Androhung von Sanktionen bis hin zur Einstellung der Zahlung sowie durch Zwangsarbeit in Form von Ein-Euro-Jobs beziehungsweise dem Zwang, jede Arbeit anzunehmen.

Als Hartz-IV-Betroffener ist dann für alle die gleiche Lage entstanden – ob vorher in Arbeit und dann arbeitslos oder vorher als Sozialhilfeempfänger. Der gemeinsame Kampf gegen die Hartz-Gesetze (auf Hartz I bis III gehe ich hier nicht im Näheren ein – das gehört aber dazu, siehe Leih- und Zeitarbeit oder Billiglohnsektoren!) ist daher das Bestimmende – nicht das Trennende. Die MLPD hat immer diesen gemeinsamen Kampf in den Mittelpunkt gestellt und tut das auch weiterhin. Warum bin ich wohl seit neun Jahren Moderator der Montagsdemo in

Bremen? Weil ich mich nur für einen Teil der Betroffenen einsetze? Stell doch du selber mal das Trennende zurück und denk nicht nur für den Teil der Betroffenen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben beziehungsweise erwerben konnten!

Gerolf: Die MLPD kritisiert natürlich die Anordnung von Zwangsarbeit im Kapitalismus. Doch im „Kommunistischen Manifest“ steht klipp und klar der Grundsatz: „Gleicher Arbeitszwang für alle“. Deshalb wird die MLPD – obwohl in der Sowjetunion aufgrund tragischer Fehler auch Verbrechen begangen wurden, die teilweise in Zusammenhang mit Zwangsarbeit standen – die Forderung nach Abschaffung aller Sanktionen gegen – wie auch immer – „unwillige“ Hartz-IV-Betroffene niemals in ihr Parteiprogramm aufnehmen, wie sie es bei der Forderung nach Erhöhung der Sozialunterstützung sogar für all jene getan hat, die sich noch nicht mal einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erarbeitet haben.

Peter: Mir erscheint es nicht so, dass etwas Trennendes in den Vordergrund getrieben wird, es werden lediglich unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht. Da ist dann auch zu beachten, ob es relevant ist, ob sich jemand als Lohnarbeiter einen „Anspruch“ erworben hat. Ich stelle mir vor, dass alle Forderungen der MLPD erfüllt werden, auch nach Schaffung von Lohnarbeitsplätzen. Was dann? Ist es nicht nötig, dass die Versicherten auf ihre Kassen Zugriff haben? Wer soll weiterhin festlegen, wer einen „Anspruch“ erworben hat? Falls die MLPD nicht auf *dem* Niveau debattieren will und das als Zurückreißen der „Bewegung“ betrachtet, sollte doch mal entwickelt werden, wie eine Fortschreibung der Montagsdemo stattfinden könnte!

Frank Kleinschmidt (parteilos): Das erstmalig 1848 erschienene „Kommunistische Manifest“ kann jetzt nicht das Evangelium mit der Weltformel sein. Damals gab es noch keine GPS-gesteuerten Erntemaschinen. Das 19. Jahrhundert war geprägt durch enormes Bevölkerungswachstum in Europa, immense Verstädterung und grassierende Infektionskrankheiten, unter anderem durch nach heutigen Maßstäben schlimmste Hygienebedingungen, während global die drohende Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung bei den vielen weißen Flecken auf der Landkarte noch kein Thema waren. Das „Manifest“ braucht natürlich nicht ganz verworfen zu werden, aber es gibt schon deutliche Unterschiede zur Gegenwart.

Peter: Leider ist es mir nicht gelungen, deiner Argumentation zu folgen – ich meine, die Argumentation ist nicht schlüssig. Das „Kommunistische Manifest“ ist so gut, als ob es gestern geschrieben wurde. Da beißt das GPS keinen Faden ab! Es bezieht sich auf eine Struktur und nicht auf irgendwelche Produktionsmittel. Es ist eher umgekehrt, wenn sich die Banken und ihr Geschäftsgebaren angeschaut werden, und die Hygienebedingungen in heutigen deutschen Krankenhäusern schreien geradezu nach dem „Kommunistischen Manifest“ beziehungsweise seinen Forderungen. Es wäre schon nett, wenn erläutert würde, weshalb etwas aus dem „Kommunistischen Manifest“ nicht mehr relevant ist.

Frank: Das wäre auch ein Thema für eine Semesterarbeit. Selbstverständlich hängt Rendite an Produktivität und diese an Produktionsmitteln: eine Ern-

temaschine, wo früher 250 Erntehelfer mit der Sense langgingen, macht schon einen Unterschied. Wohin also mit dem Arbeitszwang? Heutige hygienische Zustände in Krankenhäusern sind nach heutigen Maßstäben zwar auch katastrophal und nicht hinnehmbar, dennoch kein Vergleich beispielsweise zur Ruhrepidemie in Hamburg. Mag jetzt jeder sehen, wie er will! Einfach mal die Zahlen anschauen und vergleichen.

Ich habe meine Standpunkte in vergangenen Montagsdemobeiträgen auch schon hinreichend dargelegt, sodass ich mich nicht zu wiederholen brauche. Die Kapitalismuskritik des Karl Marx ist bis heute stimmig, nur – wie Professor Elsner von der Uni Bremen (mit ein paar Gleichungen höherer Mathematik) nachgewiesen hat – sind die von Karl Marx prognostizierten Renditen heute nicht mehr möglich, weil dieser Planet schlichtweg erschlossen ist, im Gegensatz zum 19. Jahrhundert. Das würde uns jetzt zu reinen Kapitalmärkten führen.

Da sehen wir ja, was passiert, wenn die zehnfache Geldmenge dessen umläuft, was es auf der Erde überhaupt an Waren und Dienstleistungen zu kaufen gibt: Da brauchen wir also zehn Planeten zum Plündern – soweit ich weiß, hat das Sonnensystem nur neun! Dazu kommt exponentielles globales Bevölkerungswachstum bei Bevölkerungsrückgang in Europa. Zur Abhilfe habe ich schon einiges in vergangenen Beiträgen vorgebracht. Da wiederhole ich mich jetzt auch nicht. Jedenfalls beziehe ich mich damit nicht auf „Klassiker“ des 19. Jahrhunderts.

Den Staat durch eine Revolution zerschlagen, und dann reiten wir alle in den Sonnenuntergang: Das bringt uns, für sich genommen, keine Lösungen, sondern nur Chaos. Ich bin ja auch ein Liebhaber klassischer Literatur. Ich bin nur der Ansicht, dass es so ist wie mit Shakespeare: Jede Generation sieht das anders. Mal werden Ideen verworfen, andere wieder aufgegriffen. Ewig gültig ist da nichts. Das kannst du aber handhaben wie ein Dachdecker. Soweit ich weiß, gibt es rund 2.000 MLPD-Mitglieder. Bei schätzungsweise 5.000 Salafisten-Anhängern in Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass wir ein Gottesstaat werden.

„In demselben Maße, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit zu“, heißt es im „Manifest“. Wenn Marx „Arbeit“ im volkswirtschaftlichen Sinne als Produktionsfaktor meint, wobei er mit wissenschaftlichem Anspruch erst eine Definition hätte liefern müssen, ist dieser Satz falsch. Zunahme an Maschinerie nennt man heute Rationalisierung, und ich glaube, jedes Kind heute weiß, dass der Produktionsfaktor Arbeit dabei abnimmt. Trivial formuliert: Es gehen Arbeitsplätze flöten. Verstehen wir uns nicht falsch: Das „Manifest“ ist dermaßen mit wunderschönen Metaphern gespickt, dass es für mich ein literarischer Hochgenuss ist. Humboldt, Darwin – damals haben alle so geschrieben.

Peter: Was ist „im volkswirtschaftlichen Sinne“? Da krebsen heute Unmengen Protagonisten herum, und keiner kann sagen, wo der Mehrwert herkommt. Du bringst leider wenig Inhaltliches, das Bestehendes erklärt. Leider ist auch da, wo Marx ein Fehler (falsch) unterstellt wird, nicht benannt, wo. Aber *ja* gehen „Arbeitsplätze“ verloren! Gemeint, unterstellt, ist Lohnarbeit. Das wird erklärt im

Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, auch die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Wie toll ist es doch, dass die Produktion der notwendigen Mittel mit immer weniger menschlicher Arbeit möglich ist! Ein Elend nur im Kapitalismus. Bleibt zu hoffen, dass die Produktion des Notwendigen mit *noch weniger* Arbeitskraft bewältigt werden kann! Nett geschrieben, heute schreiben alle so.

Frank: Hey, wir sind auf derselben Seite! Wo der Mehrwert herkommt? Wie werden aus Kartoffeln Pommes? Spaß beiseite. Der Mehrwert sind die Entstehungskosten vom Rohstoff zur Ware. Ich habe einen Fünf-Gramm-Barren Gold für 160 Euro. Daraus macht der Goldschmied einen Ehering. Dafür braucht er acht Stunden à 30 Euro brutto, also 240 Euro, dazu Strom, Miete und alle anderen Kosten. Mit Gewinn für den Bourgeois ergeben sich 500 Euro Ladenpreis, also hat der Ehering nach Marx'scher Definition 340 Euro Mehrwert. Eine Maschine produziert natürlich billiger, das heißt, Arbeit als Produktionsfaktor entfällt. Dafür weiß ich noch nicht mal, wie mein Dosenöffner funktioniert. Natürlich hat der Goldbarren auch einen Mehrwert, denn das Gold ist ja zuvor geschürft und industriell in eine bestimmte Reinheit gebracht und zu einem Barren gegossen worden.

Peter: Der sogenannte Gewinn des Bourgeois: woher kommt er, wie wird er berechnet? Wie kommt der Goldschmied auf 30 Euro? Ich könnte weiter so fragen, und es gäbe ein Hin und Her. Daher wie nach Definition von Marx der Mehrwert entsteht. Anmerken möchte ich, dass es mir, wie heute üblich, um *erweiterte* Reproduktion geht. Beschrieben ist die einfache Reproduktion. Der Goldschmied verkauft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft. Der Lohn der Arbeitskraft ist die Summe, die der Arbeiter bekommt, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren. Er schafft allerdings mehr Wert, als zu seiner Reproduktion nötig ist. Den behält der Kapitalist für sich, das ist der Mehrwert.

Die Maschine produziert überhaupt nichts. Erst wenn sie von einer Arbeitskraft gebraucht wird, ist die Arbeitskraft produktiver. Beispiel: Es gibt keinen Unterschied zwischen einer Schaufel und einem Bagger, denn werden sie von einem Arbeiter benutzt, machen beide das Gleiche – Sand bewegen. Nur ist der Arbeiter mit dem Bagger produktiver. Die Maschine überträgt lediglich ihren Wert auf das Produkt, per Abschreibung. Zu guter Letzt: Wenn der Ring zum Markt getragen wird, und er kann nicht verkauft werden, so ist er nichts wert. Erst der Verkauf sagt aus, ob die Idee, das zu produzieren, eine richtige Entscheidung war.

Frank: Du kannst jetzt deinen Realitätsabgleich mit den hohen Theorien für dich selbst vornehmen. Ich habe jetzt keine Zeit und keine Lust für ein E-Mail-Telekolleg. In der Bibliothek der Uni Bremen steht eine Menge Literatur über Preisermittlung, Rationalisierung, unternehmerisches Risiko, Lohnpolitik et cetera.

Peter: Mir gleich, auf alle Fälle wird die Argumentation weiterhin so flach bleiben, und es über Sprüche nicht hinausgehen. Sobald ein klitzekleiner Punkt des Verworfenen nachgefragt wird, bricht alles zusammen. Dabei wird Kritik an Theorie geführt, um sofort auf die Bücher in einer Bibliothek hinzuweisen. Es wurde doch nicht von mir eine Behauptung aufgestellt. Aber da wird mensch an einer

Uni den richtigen Ort gefunden haben, um Behauptungen, die nicht nachgewiesen werden müssen, in die Welt zu setzen!

Wolfgang: Lieber Gerolf, das ist ja eine interessante Diskussion, die da entstanden ist. Ich werde jetzt noch einmal kurz auf deine letzte Mail zum „Kommunistischen Manifest“ und der Arbeit antworten. Danach wollte ich diese Diskussion von meiner Seite aus erst mal beenden. Gern würde ich mich mit dir aber mal wieder mündlich unterhalten. Nun zu deinem Beitrag. Richtig schreibst du, dass die MLPD jegliche kapitalistische Zwangsarbeit ablehnt und folglich auch jegliche Repressalien. Wie sieht das aber im Sozialismus aus?

Im Sozialismus ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Es geht nicht mehr um die Erzeugung von Profit, sondern um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Es wird also das produziert, was wir – die Bevölkerung – wollen, und so, wie wir das wollen: ohne Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, also in Einklang mit der Natur. Diese Arbeit ist etwas völlig anderes als die Lohnarbeit im Kapitalismus. Jeder Kopf und jede Hand werden gebraucht, da sie zum Nutzen der ganzen Gesellschaft sind – und nicht einer Handvoll Kapitalisten.

In der „Internationalen“ heißt es: „Die Müßiggänger schiebt beiseite, diese Welt muss unser sein!“ Mit den Müßiggängern sind bestimmt nicht urlaubende Arbeiter oder Arbeitslose gemeint, sondern die parasitären Ausbeuter. So ist das auch im „Kommunistischen Manifest“ gemeint: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozess der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern“ (Seite 52; chinesische Ausgabe).

Der von dir zitierte „gleiche Arbeitszwang für alle“ (Seite 60) bezieht sich auf die erste Stufe des Kommunismus, den Sozialismus, in der es darauf ankommt, die alte herrschende Klasse daran zu hindern, wieder an die Macht zu kommen. Wo aber keine Ausbeutung mehr stattfindet, ist es völlig richtig, dass jeder – entsprechend seinen Möglichkeiten – zum Gemeinwohl beiträgt. Die Arbeit ist ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Es ist ja gerade eine der widerwärtigsten Entwicklungen im Kapitalismus, dass Millionen Menschen dieses Rechts beraubt, wie unnützer Müll behandelt und ihrer Würde beraubt werden. Diese wird ihnen im Sozialismus zurückgegeben. Herzliche Grüße.

Gerolf: Die MLPD ist innerhalb der Montagsdemobewegung nicht in dem Maße dominant, dass sie ihr eine bestimmte positive Forderung „aufzwingen“ könnte, insbesondere die sozialistische Zielsetzung (was zudem gegen den Grundsatz weltanschaulicher Offenheit verstieße). Wohl aber kann die MLPD als einzige organisierte Kraft aufgrund ihrer Dauerpräsenz jede Konsensbildung verhindern, die sie für falsch hält. Deshalb bleibt die Forderung der Bremer Montagsdemo vom 23. November 2009 nach einem Einheitsgrundeinkommen ein unwiederholbarer „Zufall“. Eine von der MLPD aufgestellte positive Antwort auf die Frage, wie es stattdessen in Sachen Hartz IV weitergehen soll, würde die Montagsdemobewe-

gung nunmehr hungrig aufgreifen. Dass die MLPD hier kein klares Ziel benennen kann, ist ein strategisches Versagen.

E-Mail-Diskussion – siehe auch „Scharf links“

Die **MLPD** lädt ein zur **Wahlparty** am **Sonntag**, dem **22. September 2013**, ab **18 Uhr** im „**Postillion**“, Werderstraße 66.

SPD: Scheißegal *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

441. Bremer Montagsdemo am 23. 09. 2013

Ich kann es kaum fassen, wie *rechts* dieses Deutschland ist!

1. In ihrem Kommentar zur **Bundestagswahl** fasste Edith Bartelmus-Scholich von der Online-Zeitung „Scharf links“ am Schwarzen Wahlsonntag zusammen, dass der Sieg der Unionsparteien mit Angela Merkel schon lange vor dem vorläufigen Endergebnis festgestanden habe. Am frühen Abend prognostizierte sie, dass die Union mit acht Prozent Stimmenzuwachs deutlich stärkste Fraktion im kommenden Bundestag werde, auch wenn noch nicht klar sei, ob die circa 42 Prozent Stimmenanteil für die absolute Mehrheit an Sitzen reiche.

Für mich ist es mehr als erfreulich, dass sowohl die FDP als auch die AfD an der Fünfprozenthürde scheiterten. Die AfD bekommt nun als unberechenbare Kraft rechts von der Union auch alle Proteststimmen ab, die „Die Linke“ nicht an sich binden konnte. „Klar ist damit, dass die Polarisierung in Politik und Gesellschaft, ausgelöst durch die ungebrochene Umverteilung von unten nach oben, noch anhält, und dass die Protestwähler(innen), nachdem sie zwischenzeitlich FDP, Linkspartei und bei einigen Landtagswahlen auch den Piraten zu achtbaren Wahlerfolgen verholfen hatten, nun auf dem Marsch ganz nach rechts sind.“

Auch wenn die SPD einen kleinen Zuwachs von 2,5 Punkten gewinnt, kommt sie mit circa 25,5 Prozent nicht mehr an die Ergebnisse heran, die sie vor der von ihr zu verantwortenden Agenda 2010 hatte. Die Grünen verloren etwa so viel, wie ihr potentieller Koalitionspartner SPD dazu gewann. Die Debatten um Kindesmissbrauch und „Veggieday“ kosteten Sympathien. Allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass die Grünen – als bevorzugte Partei der Wähler mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen – ihre Anhängerschaft durch Vorschläge zu Steuererhöhungen für Besserverdienende im höchsten Maße verunsicherte.

„Die Linke“ verlor bei circa 8,6 Prozent mit 3,3 Punkten nicht nur fast ein Drittel ihres Stimmenanteils von 2009, sondern landete auch noch 1,3 Punkte unter dem Ergebnis der Bundestagswahl von 2005. „Sie gibt dabei nicht nur viele Stimmen an die rechtspopulistische AfD ab, sondern bei steigender Wahlbeteili-

gung auch an das Lager der Nichtwähler(innen).“ Ich hoffe, dass die Autorin mit ihrer Aussage, dass der „Linken“ die Wähler(innen)-Basis schwindet, falsch liegt! Auch wenn FDP und AfD nicht ins Parlament kommen werden, bleibt eine Besorgnis erregende politische Rechtstendenz der Wählerschaft bestehen. Ich kann es kaum fassen, wie *rechts* dieses Deutschland ist –und auch, wie resistent die Wähler(innen) gegen soziale Ungerechtigkeiten wählen!

2. Kurz vor der Bundestagswahl wetterten nicht nur die privaten Krankenversicherer gegen SPD und Grüne, es warnte auch eine gesetzliche Kasse ihre Versicherten vor dem Umbau des Gesundheitssystems. Damit warb die Hanseatische Krankenkasse indirekt für Schwarz-Gelb. In einem Schreiben warnte sie vor der Bürgerversicherung als einer „staatlich gelenkten Einheitskasse“ und warf SPD, Grünen und „Linken“ vor, das deutsche **Gesundheitssystem** zu gefährden. Es spreche „nichts dafür, dass eine Bürgerversicherung zu einem höheren Versorgungsniveau, mehr Qualität, mehr Wahlfreiheit und einer effizienteren Mittelverwendung“ führe.

Es wurde behauptet, dass eine Einheitskrankenversicherung unerwünschte Folgen wie „längere Wartezeiten für Operationen, Ausschluss und Rationierung von medizinischen Leistungen oder Einschränkungen in der Therapiefreiheit“ mit sich bringe. Natürlich fehlte nicht der Hinweis, wie viele Arbeitsplätze gefährdet seien, wenn die Bürgerversicherung eingeführt werde. Der Name der privaten Krankenversicherungen ist *Hase*, sein Dachverband kann an dieser Aktion nichts Anstößiges sehen, weil es sich doch um eine „reine Informationskampagne“ und „keine Werbung für einzelne Parteien“ handele, da jeder eigene Schlüsse ziehen müsse. Wie gut, dass die Aufsichtsbehörde das anders sieht und das Bundesversicherungsamt von einer unzulässigen Wahlbeeinflussung ausgeht.

In der Sache ist das Gegenteil der Fall: Eine Bürgerversicherung wäre gerechter, nachhaltiger und auch verfassungskonform – für alle, wenn eben auch alle Einkommen in die Bürgerversicherung einfließen. Auch ist nicht mit einem Automatismus zwischen Einführung einer Bürgerversicherung und massiven Einkommensverlusten für die Ärzteschaft zu rechnen. Jetzt ist es doch schon lange so, dass gesetzlich Versicherte in unserem Zweiklassen-Gesundheitssystem zunehmend um ihre Gesundheit fürchten müssen, weil sie länger auf Arzttermine warten müssen und qualitativ wesentlich schlechter behandelt werden als jene Patienten, die von einer Privatversicherung profitieren können.

Studien haben ergeben, dass Privatversicherte im Schnitt kaum halb so lange auf einen Termin beim Facharzt warten müssen wie gesetzlich Versicherte. Privat versicherte Bürger werden bevorzugt behandelt, weil Ärzte für die Untersuchung und Behandlung von Privatpatienten sehr viel mehr Geld erhalten als für Klienten aus einer gesetzlichen Versicherung. Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die sofort gestoppt werden muss! Aber da mit einer Großen Koalition zu rechnen ist, darf von einer echten sozialen Gerechtigkeit auch weiterhin nur geträumt werden.

3. Mit einem geradezu absurden Fall wird sich demnächst das Sozialgericht Dortmund beschäftigen müssen, weil das Jobcenter des Kreises Siegen-Wittgenstein von einer Auszubildenden verlangt, ihre Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten abzubrechen. Die Mutter eines fünfjährigen Sohnes hatte zuvor einen Antrag auf aufstockendes ALG II bei der Behörde gestellt, da ihr Ausbildungsgehalt nicht für die kleine Familie ausreicht. Das Jobcenter lehnte den Antrag jedoch ab und verlangt nun sogar den **Ausbildungsabbruch**, weil dies nicht die einzige realistische Möglichkeit sei, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Kanzlei, in der die Frau ihre Ausbildung absolviert, will gegen die Entscheidung des Jobcenters gerichtlich vorgehen.

Es handelt sich bereits um die zweite Ausbildung der jungen Mutter. Trotz des Mangels an Kinderbetreuern konnte sie jedoch keine Stelle als Kinderpflegerin finden, da der Beruf nicht mehr nachgefragt werde. Nach Ansicht der Kanzlei könne nicht die Rede davon sein, dass die junge Frau mit ihrer ersten Ausbildung eine Chance auf einen Arbeitsplatz besitze, da sie sich bereits vielfach erfolglos beworben habe. Absurderweise stellte das Jobcenter der Auszubildenden in Aussicht, dass ihr der volle Hartz-IV-Satz zustehe, wenn sie ihre jetzige Ausbildung abbrechen und keine neue Stelle finden sollte. Lieber Hartz-IV-Bezug ohne berufliche Perspektive fördern als zeitlich begrenzte Aufstockung leisten bei Option auf dauerhafte Beschäftigung?

4. „Hartz-IV-Plattform“-Sprecherin Brigitte Vallenthin berichtet von einer dramatisch ansteigenden Zahl von Hilferufen, vor allem wegen Leistungsverweigerungen, Eingliederungsvereinbarungen unter Druck, Sanktionen und Mietkürzungen durch die Jobcenter bundesweit. Während der Bevölkerung im Wahlkampf soziale Gerechtigkeit vorgaukelt wurde und sich der Blick der Presse eher auf eine vermeintliche mutwillige Klagewut der sogenannten Jobcenter-Kunden richtete, werde geflissentlich übersehen, dass die eigentlichen Täter in den Jobcentern säßen und dort mit willkürlicher *Schikanewut* um sich schlügen. Die „Hartz-IV-Plattform“ registriert seit Jahren eine Verweigerungshaltung der Behörden, die ihre „Kunden“ geradezu mutwillig in die Sozialgerichte trieben.

Dass dort allerdings nur rund 50 Prozent der Klagen erfolgreich sind, liegt nicht etwa an den Klägern, sondern an den Bedingungen in den Gerichten, die staatlicherseits geschaffen wurden. Wenn diese Klagen in großer Zahl auf den Richtertischen von Berufsanfängern in der Probezeit mit jederzeitigem Kündigungsrisiko landen, die zudem häufig kaum Erfahrung im Sozialrecht haben und dennoch nach nur dreimonatiger Einarbeitungszeit mit einem engen Arbeitszeitkorsett von rund vier bis fünf Stunden pro Klage eigenverantwortlich als Vorsitzende Richter einer Kammer weisungsunabhängig urteilen können, dann lässt sich wohl nur noch von einem Skandal sprechen, dass die Politik den Hartz-IV-Behörden auf diese Weise Rechtsvorteile verschafft und erwerbslose Menschen noch weiter zu rechtlosen Parias degradiert werden, indem ihnen im Kampf gegen die Jobcenter keine Chance auf Waffengleichheit vor Gericht gegeben wird.

So kann es dazu kommen, dass zahlreiche Widersprüche das Jobcenter Peine und selbst maximale sogenannte „Mitwirkung“ zum Beweis der Mittellosigkeit eines 55-Jährigen offenbar nur einen feuchten Kehricht interessieren, denn die Hartz-IV-Behörde verweigert die Transferleistung schon seit 13 Monaten –ohne seine Freunde wäre er schon verhungert. Mehrere Eilklagen wurden abgewimmelt, fanden auch kein rechtliches Gehör beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in Celle. Dazu kommen fünf nicht entschiedene Klagen. Nach neunmonatigem Gerichtsmarathon gelang es dem Jobcenter Peine, seine Unterstellung durchzusetzen, der Kläger wohne in Hildesheim und nicht in seiner Wohnung im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters Peine.

In Hildesheim verwandeln sich die vormals fünf Braunschweiger Verfahren auf unerklärliche Weise in drei Klagen, die auf zwei Richter verteilt werden. Vier Monate lang wird er zwar wiederholt vom Sozialgericht zu Stellungnahmen aufgefordert, doch welche alten Klagen sich hinter den neuen Aktenzeichen verbergen, erfährt der Kläger nicht. Brigitte Vallenthin findet es erschütternd, „wie auf diese Weise drohende Existenzzerstörungen einfach mal eben von Sozialrichtertischen gewischt werden“. Dabei handelt es sich hier noch nicht einmal um einen Einzelfall: „Vergleichbares liegt uns aus zahlreichen Gerichten der bundesweiten **Sozialgerichtsbarkeit** vor.“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bonanza

Der neoliberale Flächenbrand wird nicht mehr von vier Parteien gefördert. Die Wähler(innen) haben „Little Joe“ vom Pferd geschossen, sodass die Wildwest-Nummer jetzt von dreien zelebriert wird. Das tut dem Ganzen jedoch keinen Abbruch. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn die SPD, die sich von ihren Agenda-Cowboys partout nicht trennen kann, mit der Union in einer Großen Koalition weiter versackt. Wenn „Die Linke“ geschickt ist und sich nicht so dumm wie in der Vergangenheit verhält, wird sie diesen Umstand für sich zu nutzen wissen. Die FDP war schon lange überflüssig, da die Interessen sich abgrenzender und besser verdienender Eliten längst von den Grünen vertreten werden.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Es gibt eine Mehrheit gegen Mutti: Aber Peer Steinbrück ist nicht Stinkefinger genug, um sie zu nutzen *(„Spiegel-Online“)*

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Endlich! Endlich! Der spannende Bundestagswahlkampf 2013 ist vorbei. Ein monatelanger Kampf von Giganten und solchen, die es werden wollten. Jetzt hat das Volk entschieden. Alle atmen auf und durch: Wir haben es geschafft! Doch wie geht es weiter? Viele warten wieder gespannt darauf, was nun geschehen wird: Wer mit wem? Und was, wenn? Ich sage Ihnen, was passieren wird. Nichts wird geschehen, außer: Es bleibt spannend!

Nichts Wichtiges wird sich ändern, solange es nur dabei bleibt, alle vier Jahre mal einen Bundestag zu wählen und sich dann wieder zu entspannen. Für viele Bürger ist es nicht einmal spannend, sondern sogar uninteressant. Diesmal waren es 26 Prozent, die sich *nicht* an der Wahl beteiligt haben. Warum ist das so? Es gibt verschiedene Gründe. Ein paar Nichtwähler sind sicher Millionäre, die ihren persönlichen Politiker schon gekauft haben. Einige sind sicher wohnungslos und können keine Wahlbenachrichtigung erhalten.

Aber welche Menschen bilden die Mehrheit dieser 26 Prozent? Es wäre eine starke Partei, wenn sie sich einig wären und eine gründen würden. Warum funktioniert das nicht? Es sind massenträge Mitläufer, Stillschweiger, Weghörer, Ignoranten und Gutgeher, solange sie mit ihren Sponsoren kooperieren beziehungsweise ihren Herren dienen dürfen. Wir alle gehören mehr oder weniger dazu. Doch wir alle haben die Möglichkeit, das zu ändern, indem wir ständig etwas mehr tun, als nur zu wählen.

Sagen Sie zum Beispiel hier auf dem Marktplatz öffentlich, was Ihnen nicht gefällt. Wenn das jeder Nichtwähler täte, hätte eine solche „Marktplatzpartei“ bei der nächsten Wahl mindesten 20 Prozent aller Stimmen der Wahlberechtigten. Das wäre eine starke, ehrliche Bürgerstimme. Es ist sehr einfach, hier öffentlich etwas zu vertreten oder auf die Internetseite der Montagsdemo zu schreiben. Ein bekanntes deutsches Schmierblatt kann da auch viel schreiben. 41 Millionen Exemplare davon wurden am Samstag sogar verschenkt, an jeden Haushalt. Dafür mussten viele Bäume unserer Wälder sinnlos geopfert werden.

Damit das nicht ganz umsonst war, will ich einen brauchbaren Satz aus dem Schmierblatt vorlesen. Er könnte von mir sein und lautet: „Politik ist keine Einbahnstraße, auf der immer nur die Politiker auf die Bürger zukommen – auch die Bürger müssen sich kümmern“. Dem kann ich zustimmen. Doch es ist das einzi-

ge, was das Blatt zu bieten hat. Dafür ist eine solche Waldverschwendung nicht gerechtfertigt.

Ich habe hier ein viel kleineres, kompakteres Heft in einer geringen Auflage. Es enthält Aussagen zur geplanten Klimapolitik einiger deutscher Spitzenpolitiker der bekanntesten Parteien. Sie habe auf Fragen von „Greenpeace“ zur ihrer geplanten Energie und Umweltpolitik geantwortet. Es ist noch für viele Jahre ein „ Wahlkompass“. Hiermit kann zum Beispiel geprüft werden, wie die gefragten Politiker zu ihren Aussagen stehen und sie umsetzen werden.

Nach der Wahl ist vor der Wahl, und nicht nur die Umweltpolitik ist ein brisantes globales Thema. An ihr kann jeder Mitbürger leicht selbst mitwirken und beurteilen, was wirklich eingehalten wird an Versprechungen und Programmen seiner Vertreter und von ihm selbst. Diese Aussagen sind ein Zeitdokument und sicher noch in vielen Jahren interessant zum Lesen. Aus den Antworten können nach meinem Verständnis viele Gründe für diesen Wahlausgang erkannt werden. Hierbei ist es egal, wer was gewählt hat und wer gar nicht gewählt hat. Die Naturgesetze der Umwelt sind frei von Politik und Wirtschaft. Sie sind nicht käuflich, bestechlich oder frei wählbar.

Helmut Minkus (parteilos)

Nichtwähler sind die von gesellschaftlicher Teilhabe Ausgeschlossenen:
„In Borgfeld, wo es fast keine Hartz-IV-Empfänger(innen) gibt, war die Wahlbeteiligung am Sonntag mit 86,2 Prozent am größten. Und in Tenever, wo mehr als jede(r) Dritte von staatlichen Transferleistungen lebt, geht nur jede(r) Zweite wählen. Ähnlich sieht es in Ohlenhof, der Neuen Vahr Nord oder Gröpelingen aus.“ *(„Tageszeitung“)*

„Joboffensive“ heißt es, wenn für neue Mitarbeiter die Miete der Erwerbslosen gekürzt wird

1. Die FDP ist raus! Damit steigt die Chance, für mehr **Steuergerechtigkeit** zu sorgen. Wenn zum Beispiel die Steuerbegünstigung der Hotels wieder beseitigt wird – werden die Hoteliers jetzt ihre Spenden zurückfordern? Oder zeigt sich dann, dass beides nur zufällig zusammentraf und überhaupt nichts miteinander zu tun hat? Was machen nun die im Entwicklungshilfeministerium platzierten FDP-Leute ohne Dirk Niebel? Er hat doch Extra-Abteilungen geschaffen und die Personalbesetzung entsprechend aufgestockt!

Auch Herr Schäuble oder sein Nachfolger im Amt kann jetzt auf EU-Ebene die Übertragung des Abkommens für die Rohstoffindustrie auf die anderen Branchen anstoßen. Herr Rösler hatte ihm dies per Weisung verboten, siehe Bremer Montagsdemo. Daraus ist auch zu entnehmen, dass dieses Projekt nicht warten kann. Schäuble, ran! Der Nachfolger kann ja weitermachen.

2. Die belgische Telefonfirma Belgacom wurde ausspioniert. Verantwortlich sollen die NSA oder der britische **Geheimdienst** sein. Die Firma hat es gemerkt und Strafanzeige erstattet. „Der Spiegel“ hat entsprechende Unterlagen von Edward Snowden veröffentlicht.

3. Die „Joboffensive“ des Jobcenters Bremen hat *doch* gewirkt! Es gibt zwar unbestritten bis zum 30. Juni 2013 *keine einzige Vermittlung* in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Es sollen sich aber Erwerbslose aus dem Leistungsbezug abgemeldet haben. Gründe konnte der Leiter des Jobcenters nicht nennen. Dabei richtet sich diese „Joboffensive“ an „marktnahe“ Erwerbslose. Schwer vermittelbare Erwerbslose werden durch diese „Joboffensive“ nicht betreut, auch nicht solche unter 25. Alle zusammen leiden aber unter der Geldknappheit für Fördermaßnahmen, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Im März 2014 soll das Jobcenter über den Fortgang berichten.

Hoffentlich haben die Erwerbslosen bis dahin von dieser Aufstockung der Fallmanager profitiert, hoffentlich hat das Jobcenter den Schneid, eine anhaltende Vermittlungsflaute ungefragt mitzuteilen! Vertraglich ist die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vereinbart. Das Vergraulen von Erwerbslosen ist nicht das Ziel und darf auch nicht die Nebenwirkung sein! Hier muss prompt aufgeklärt und gegengesteuert werden! Allein die erhöhte Termindichte kann zu vermehrten **Sanktionen** führen. Dagegen kann mensch sich wehren! Wie dies geht? Nachlesen unter Bremer Montagsdemo – oder einfach herkommen!

4. Der Anteil Bremens an den Kosten der „Joboffensive“ soll durch eine Reduzierung der Kosten der Unterkunft gegenfinanziert werden. Zwar bringt kein Vermittlungserfolg auch keine Einsparung bei den Kosten der Unterkunft, doch die Weggebliebenen, die Wegsanktionierten bringen es. Daher: Jeder Mensch kann sich wehren! Einfach wegzubleiben ist der Weg in eine Sackgasse, in der die Umkehr immer schwerer wird. Einfach wegzubleiben bringt erst recht Probleme. Einfach sich jemanden mitnehmen und hingehen bringt die Sache auf den Punkt!

Die Kosten der Unterkunft, im normalen Leben Miete genannt, sollen teilweise gesenkt werden. Im „Weser-Kurier“ stand zwar, die Mietobergrenzen würden erhöht, aber die Ausgangsbasis war falsch – und die Wirklichkeit sieht anders

aus. Bausenator Lohse hatte so nebenbei gesagt: „Bisher hat die ‚Gewoba' noch jedem eine Wohnung geben können". Doch Herr Lohse irrt: Das Wohnungsunternehmen hat es mehrfach abgelehnt, alleinstehende Sozialtransferempfänger auf die Warteliste zu nehmen!

Wer zurzeit mit schmalem Geldbeutel auf **Wohnungssuche** ist, schreibe bitte die Erlebnisse auf. Die Wohnungssuche und die angebotenen Wohnungen so genau wie möglich notieren. Wünschenswert sind Angaben von Miete, Nebenkosten mit oder ohne Wasser und Abwasser, Heizung sowie die Wohnungsgröße in Quadratmetern. Wir verwenden diese Angaben, ohne dass Rückschlüsse auf den Menschen möglich sind. Ich nehme diese Aufzeichnungen gern auf der Bremer Montagsdemo entgegen. Bitte nicht abwarten, bis die Suche Erfolg hat! Die Zwischenberichte sind genauso interessant – auch die Vergangenheit, auch wenn dies aus der Erinnerung ungenau ist. Die Übernahme der Kosten der Wohnungssuche (Fahrkarten, Telefon et cetera) kann beim Jobcenter beantragt werden, allerdings muss der Antrag vor der Geldausgabe gestellt werden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Kleinarbeit vernachlässigt: MLPD verliert ein Siebtel ihrer Wählerstimmen *(„Rote Fahne News")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

442. Bremer Montagsdemo am 30. 09. 2013

Hartz IV, die Klassenspaltung unserer Demokratie

1. Es ist nicht wirklich eine neue Erkenntnis, dass seltener wählen geht, wer arm ist. So verwundert es denn auch niemanden, dass die **Wahlbeteiligung** im vermögenden Bremen-Borgfeld, in dem es so gut wie keine Hartz-IV-Bezieher gibt, mit 86,2 Prozent am größten war, während in Bremen-Tenever, wo mehr als jede(r) Dritte von staatlichen Transferleistungen vegetieren muss, nur jede(r) Zweite wählen ging. Nach dem Bremer Parteienforscher Lothar Probst gebe es einen „ganz deutlichen“ Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem sozialen Status, also dem Einkommen oder dem Bildungsstand – die Spaltung in Bremen sei „ganz ausgeprägt.“

Schon wieder werden Erwerbslose praktisch als ungebildet und bildungsfern diskriminiert, obwohl die meisten Erwerbslosen über eine Ausbildung verfügen! Wer mit Interesse am politischen Zeitgeschehen leider bemerken muss, dass seine oder ihre Interessen nicht von den Politikern vertreten werden, wird sich dann eben von der Politik abwenden. SPD-Landeschef Andreas Bovenschulte spricht sogar von „einer Art Klassenspaltung unserer Demokratie“, wogegen keine Aufklärungskampagnen helfen, sondern nur „konkrete, vertrauenswürdige Politik“.

Ich finde, es klingt ziemlich abwertend, wenn Probst davon spricht, dass es gerade der SPD nicht gelungen sei, Menschen mit niedrigem sozialen Status für sich zu mobilisieren. Nur die Linkspartei, die in Bremen ihr im Westen der Republik bestes Wahlergebnis erzielte, habe „eher Zugang zu Leuten aus diesen Milieus“. Meiner Meinung nach erschiene es eher als ein Zeichen von mangelnder Intelligenz und Kompetenz, wenn gesellschaftlich völlig Ausgegrenzte, Beschimpfte, ständig Entwertete noch Parteien wählten, die an ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht das Mindeste – im Positiven – zu ändern gedenken! „Linken“-Sprecher Christoph Spehr findet die „zunehmende Entfernung“ vieler Benachteiligter von der Politik „sehr besorgniserregend“. Allerdings!

2. Angesichts der steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten und explodierenden Mieten klingt es geradezu grotesk, wenn Forscher nach einer Studie des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ behaupten, ein **Mindestlohn** von 8,50 Euro sei zu hoch. Die Forscher widersprechen auch der gängigen Ansicht von Mindestlohnbefürwortern, dass dann immerhin 17 Prozent der Arbeitnehmer unmittelbar einen höheren Stundenlohn erhielten, der nicht nur Armut und Ungleichheit reduziere, sondern auch die Wirtschaft ankurbeln könne. Nach Meinung der Wissenschaftler sinkt weder die aktuelle Armut nennenswert noch die Einkommensungleichheit insgesamt, da die Lohnsumme alles in allem nur um drei Prozent anstiege und somit kaum einen Kaufkraftschub nach sich zöge.

Selbst die von den „Linken“ geforderte Lohnuntergrenze von zehn Euro verringere die Einkommensungleichheit demnach nur um gut ein Prozent. Weil nicht alle Bezieher von Niedriglöhnen auch in einkommensschwachen Haushalten lebten, da ein Partner besser verdient, die Steuerbelastung steigt oder der Anspruch auf Sozialleistungen wegfällt, dürfte nur etwa ein Viertel der zusätzlichen Lohnsumme in den Haushaltskassen ankommen. Zudem müssten nicht etwa Großkonzerne mit internationalen Wettbewerbern künftig in erster Linie höhere Löhne zahlen, sondern Gastwirte, Friseure oder Bäcker. Die Forscher sprechen sich keineswegs grundsätzlich gegen Mindestlöhne aus, da es keine eindeutigen Belege dafür gebe, dass ein Mindestlohn zu Arbeitsplatzverlusten führte. Sie plädieren dafür, mit einem Mindestlohn von sieben Euro zu beginnen und ihn dann ganz langsam zu erhöhen.

Wenn sich schon die Armut nicht spürbar verringert, scheint es wohl egal zu sein, dass der Stundenlohn nicht zum Leben ausreicht? Oder sollte jeder für seine Pflicht zur – oder sein Recht auf – Arbeit demnächst selbst Geld mitbringen müssen, damit man auch wirklich arbeiten darf? Was denken sich diese Forscher mit ihrem bestimmt exorbitant guten Gehalt eigentlich bei ihren Aussagen? Sollen wir die Alternative zwischen Hungerlohn und Arbeitslosigkeit vielleicht noch weiter ausbauen, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt?

Ich finde, dass ein Betrieb, der es sich nicht leisten kann, einen anständigen Mindestlohn zu zahlen, in der Versenkung verschwinden oder sein Inhaber allein arbeiten soll! Dabei reichen meiner Meinung nach weder zehn, geschweige denn 8,50 Euro als Mindestlohn aus. Komisch, dass die Forscher nicht auch zu dieser Schlussfolgerung kommen! Kann es wirklich Zufall sein, wenn nur zwei Tage nach der Bundestagswahl die Katze aus dem Sack gelassen wird? Auch wenn auf der Regierungsbank mit viel Getöse so getan wird, als ob noch über Koalitionsmöglichkeiten nachgedacht werde, wissen wir doch schon seit langer Zeit vor der Wahl, dass es auf eine Große Koalition hinauslaufen wird.

3. Letzte Woche berichtete ich von einer 27-jährigen Mutter, die vom Jobcenter Siegen absurderweise zum **Ausbildungsabbruch** aufgefordert wurde. Der Fall der alleinerziehenden Carina Grigoleit machte glücklicherweise ordentlich Wind im Internet, weil ihre Ausbildungskanzlei sich juristisch für sie einsetzte. Ohne

die Unterstützung durch die Medien hätte die Arbeits- beziehungsweise *No*-Job-Behörde ihren unsinnigen Kurs sonst vermutlich bis zum bitteren Ende durchgezogen. In einem Schreiben des *No*-Job-Centers hieß es wörtlich: „Drohende Konsequenz des Leistungsausschlusses von Frau Grigoleit ist es zwar unter Umständen, dass sie die vor kurzem begonnene Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachgehilfin abbrechen muss. Genau dieses Ergebnis ist vom Gesetzgeber aber beabsichtigt und bewusst gewollt."

Zu guter Letzt darf die junge Mutter ihre Ausbildung nun doch beenden: Sie erhält eine staatliche Aufstockung ihrer Ausbildungsvergütung. Doch ALG II wird sie nach wie vor nicht erhalten, wenn sie aufgrund der Härtefallregelung Berufsausbildungsbeihilfe bekommt, da der Bezug von ALG II immer nachrangig ist. Ich finde es unglaublich, wie hier versucht wird, auf Kosten derer, die es am dringendsten brauchen, Geld einzusparen, indem sich keiner für zuständig erklärt, aus „seinem" Topf die notwendige Finanzierung zu gewährleisten! Bekommt sein Recht immer mehr nur noch, wer sich zuvor juristische Hilfe holen oder bezahlen kann? Dennoch gilt immer wieder: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

4. Leider profitieren Arbeitslose gar nicht davon, wenn 2014 in Deutschland, wie vom „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" vorhergesagt, Hunderttausende Stellen geschaffen werden, weil Arbeitssuchende und die angebotenen offenen Stellen oftmals nicht zusammenpassen. Auch wenn es unter den Arbeitslosen viele Geringqualifizierte gebe, steige die Erwerbstätigkeit wegen der hohen Zuwanderung von Arbeitskräften aus Süd- und Osteuropa sowie der steigenden Erwerbsquoten von Frauen und Älteren dennoch. Um den „harten Kern" der Arbeitslosigkeit zu erreichen, seien individuelle Lösungen und intensive Betreuung gefragt. Für die Menschen in kurzen und schlecht bezahlten Jobs seien vor allem Betreuung und Weiterbildung wichtig.

Wodurch qualifiziert sich eine Altenpflegerin aus China höher als eine Deutsche? Ach ja, klar: Sie ist nicht nur billiger, sondern mangels Sprach- und Rechtskenntnissen leichter zu handhaben. Oftmals wollen die (No-)Job-Center gar nicht wirklich qualifizieren, weil das Geld lieber in sinnlosen Maßnahmen verfeuert werden soll. Echte Qualifizierungen kosten eben mehr Geld als sinnentleertes Rumsitzen, Spazierengehen und Puzzeln! Mir fällt inzwischen immer öfter auf, dass eigentlich der **Arbeitsmarkt** viel zu unqualifiziert für die Erwerbslosen ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Das Programm der „Linken" ist bezahlbar: Es soll nur ein klein wenig „umverteilt" werden, damit der Laden nicht auseinanderfliegt *(„Neoprene")*

Die globale Umweltkatastrophe rückt immer näher!

Am Freitag legte der UN-Klimarat IPCC den ersten Teil seines fünften Weltklimaberichts vor. Die neuesten Prognosen machen deutlich, dass sich der Übergang zu einer globalen Klimakatastrophe beschleunigt. Für diesen Weltklimabericht wurden über drei Jahre 9.200 wissenschaftliche Studien durchgeführt und ausgewertet. Die international erklärte Obergrenze für eine bedrohliche Erwärmung von zwei Grad kann nicht mehr gehalten werden: Dazu müssten die Emissionen sofort um zehn Prozent pro Jahr sinken – im Augenblick steigen sie weltweit jedes Jahr um drei Prozent!

Die internationalen Großkonzerne denken nicht daran, aus der fossilen Verbrennung auszusteigen. Die deutschen Kohlekraftwerke durften 2012 sogar vier Prozent mehr Kohlendioxid ausstoßen. Die notwendige Energiewende wird von der Bundesregierung sabotiert. Setzt sich der momentane Ausstoß von Treibhausgasen ungebremst fort, werden wir 2100 voraussichtlich 3,7 bis 4,8 Grad höhere Temperaturen und einen 63 bis 97 Zentimeter höheren Meeresspiegel auf der Erde haben.

Begierig greifen die Verharmloser der Gefahr einer globalen Umweltkatastrophe aus der Industrie und den ihnen dienenden Regierungen *eine* Passage des Klimaberichts heraus: Im letzten Jahrzehnt stieg die Erwärmung nicht mehr so schnell wie in den beiden Jahrzehnten zuvor. Schon ist von einer „Erwärmungspause“ die Rede. Die Begründung des Weltklimaberichts für dieses Phänomen interessiert sie überhaupt nicht – Hauptsache, es sind keine Sofortmaßnahmen notwendig, und mit dem rücksichtslosen Raubbau an der Natur können auch weiterhin Höchstprofite gescheffelt werden!

Der Bericht selbst führt dieses Phänomen darauf zurück, dass tiefere Schichten der Ozeane mehr Wärme aufgenommen haben. An den beiden Polen der Erde wird seit Längerem ein vermehrtes Abschmelzen „von unten her“ beobachtet. Forscher des „Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung“ in Bremerhaven haben festgestellt, dass sich das Tiefenwasser der Grönlandsee nach Jahrtausenden weitgehend gleich bleibender Temperatur innerhalb der letzten 30 Jahren um 0,3 Grad – das heißt zehn Mal stärker als der Durchschnitt aller Ozeane – erwärmt hat. Durch die erhöhte Temperatur wurde dort so viel Energie gespeichert, wie sie einer Erwärmung der gesamten Atmosphäre über Europa um vier Grad entspreche, so die Forscher.

Der grönländische Eisschild verliert jährlich rund 227 Gigatonnen an Eis. Die Antarktis am Südpol schmilzt einer neuen US-Studie zufolge durch warmes Meereswasser „unten“ noch schneller ab, als sie durch das Abbrechen einzelner Eisberge verliert. Die Schmelze von unten ist für 55 Prozent der Verluste des Schelfeises verantwortlich. Wenn der Punkt erreicht ist, an dem die Ozeane so viel Wärme gespeichert haben, dass sie diese wieder an die Atmosphäre abgeben müssen, wird sich die Lufterwärmung enorm verstärken.

„Es ist sehr wahrscheinlich (zu 95 Prozent), dass der menschliche Einfluss den Hauptgrund für die globale Erwärmung darstellt“: Damit erteilt der „Weltklimarat“ verschiedenen Märchen der Klima-Skeptiker eine Absage, zum Beispiel dass angeblich die Sonne an allem schuld sei. Aber nicht der Mensch an sich ist Hauptverursacher der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundgrundlagen, sondern die kapitalistische Profitwirtschaft. Viele Menschen lehnen Atom- und Kohlekraftwerke ab, wünschen sich das Ende der fossilen Verbrennung und der Abholzung der Regenwälder, die Umstellung auf erneuerbare Energie und eine nachhaltige Landwirtschaft.

Der neue Weltklimabericht macht den Aufbau einer weltweiten aktiven Widerstandsfront zur Durchsetzung wirksamer Sofortmaßnahmen für die Rettung der natürlichen Umwelt umso dringlicher. Macht euch nicht die Illusion, es werde schon nicht so schlimm kommen – werdet aktiv für den Aufbau einer kämpferischen **Umweltgewerkschaft**! Deshalb möchte ich euch einladen zu einem ersten **Treffen** der Bremer Initiator(inn)en und aller am Aufbau einer Umweltgewerkschaft Interessierten am **26. Oktober 2013** um **14 Uhr** im Raum von „**Greenpeace**“ in der Neustadt (Pappelstraße 35).

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

443. Bremer Montagsdemo am 07. 10. 2013

Bremen missachtet Gerichtsentscheidungen zur Mietobergrenze

1. Die FDP ist raus! Die Öffnung der privaten Krankenversicherung für alle ist damit vom Tisch – aus meiner Sicht: zum Glück. Die CSU allein wird es nicht stemmen. Sie hat übrigens beim Steuervorteil für Hotels mitgewirkt und auch diese Spenden erhalten, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Die private Versicherung bietet den Krankenversicherungsschutz günstiger an als die gesetzliche und noch ein paar Extras obendrauf. Wieso kann die private Krankenversicherung dies? Die gesetzliche versichert Kinder und Partner ohne eigenes Einkommen über die Familienversicherung kostenlos. Zur gesetzlichen Krankenversicherung gehören auch die Ersatzkassen.

Wer aufgrund seines Einkommens in die private Krankenversicherung wechseln kann, sollte sich dies gut überlegen. Dabei können Sie ruhig auf den eigenen Vorteil schauen – für die Solidargemeinschaft sieht es noch schlechter aus. Die private Krankenversicherung garantiert, dass niemand wegen seiner Krankheit benachteiligt wird: Alle zahlen den gleichen Beitrag – alle, die in diesem Tarif sind. Die Neuzugänge sind in der Regel jung und gesund. Nach eigenem Gutdünken, etwa um auf ein Wettbewerbsangebot zu reagieren, schließt die private Krankenversicherung den aktuellen Tarif, und ein neuer wird aufgelegt und angeboten.

Die Versicherten in dem geschlossenen Tarif werden älter und kränker, die Aufwendungen steigen, und die Beiträge werden für alle gleichmäßig erhöht. Die Betroffenen können in der Regel nicht zurück in die gesetzliche Krankenversicherung, auch nicht, wenn der Beitrag für ihre private Krankenversicherung jetzt oberhalb der gesetzlichen liegt. Sie können aber jederzeit in den Grundtarif der privaten Krankenversicherung umsteigen. Der Beitrag dafür ist auf den höchsten Beitrag der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckelt, die Leistungen sind abgeschmolzen.

Sie können sich auch den aktuellen, in der Regel günstigeren Tarif ansehen und den Wechsel in diesen Tarif bei Ihrer privaten Krankenversicherung beantra-

gen. Sind Sie noch „fit“, wird dieser Wechsel in der Regel genehmigt. Sie müssen aber berücksichtigen, wie die angesammelte Altersrücklage bei dem Tarifwechsel behandelt wird. Falls Sie keinen Tarifwechsel mehr genehmigt bekommen (Grundtarif geht immer), können Sie durch Leistungsverzicht (Ausschlüsse von persönlichen Krankheitsrisiken) den Beitrag senken. Ich schlage Ihnen vor: Lassen Sie sich vor dem Wechsel von der privaten Versicherungsgesellschaft die Unterschiede zwischen dem anvisierten Tarif und der gesetzlichen Krankenversicherung auflisten, auch für den Grundtarif, aber bitte nicht vom Außendienstler oder Bezirksleiter, sondern von der Zentrale – rechtsverbindlich und bindend.

Die Aufzählung sollte alle Abweichungen umfassen und dies auch dokumentieren: „Diese Aufzählung ist vollständig gemäß den heutigem Rechtsstand. Weitere Unterschiede bestehen nicht.“ Sie werden mehr als einen Anlauf brauchen, um dies als Vertragsergänzung zu erreichen. Lassen Sie sich nicht auf die Vergleichsseiten im Netz verweisen. Machen Sie die Aufzählung zur Vertragsergänzung! Sie werden erneut Gegenwind spüren. Warum? Ich habe diesen Rat allen Kollegen gegeben, die vor dieser Entscheidung standen. Es hat niemand die gesetzliche Krankenversicherung verlassen. Es hat niemand diese Aufstellung erhalten, höchstens teilweise.

Wenn Sie diese Aufstellung bewerten, denken Sie bitte auch an die Widrigkeiten des Lebens: Wenn Sie ALG II beantragen, fallen Sie sofort in den Grundtarif, weil nur diese Beitragshöhe vom Jobcenter gezahlt wird. Gibt es eine Rückkehr in den vorherigen Vertrag? In die Krankenversicherung der Rentner werden Sie nur aufgenommen, wenn Sie in der gesetzlichen Krankenversicherung sind und „in der zweiten Hälfte der Erwerbszeit mindestens zu 90 Prozent gesetzlich versichert gewesen“ sind.

Die Krankenversicherungspflicht ab 2007 hat sich für viele als Schuldenfalle erwiesen. Rückständige Beiträge und Säumniszuschläge werden für gesetzlich Krankenversicherte erlassen. Neue Säumniszuschläge werden wesentlich geringer ausfallen. Auch für in der privaten Krankenversicherung Versicherte gibt es neue Regelungen. Bitte lesen und umsetzen! Die Frist läuft am 31. Dezember 2013 ab. Wer bereits hohe Säumniszuschläge gezahlt hat, sollte ebenfalls nachlesen.

Für die Weichenstellung der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es im Bundesgesundheitsministerium eine Planungsabteilung. Für die Leitung dieser Abteilung hat Philipp Rösler (FDP) als Amtsvorgänger von Daniel Bahr (FDP) einen Herrn Weber eingestellt. Der war an leitender Stelle Interessenvertreter der privaten Krankenversicherung und ist ebenfalls FDP-Mitglied.

Die Abschmelzung der gesetzlichen Sicherungssysteme auf ein absolutes Mindestmaß und die Stärkung der privaten Versicherungen – das entspricht der Lissabonner Strategie und steht inzwischen im Lissabonner Vertrag. Deutschland hat zugestimmt, die „Linke“ nicht – aber den Vertrag notgedrungen akzeptiert. Diese Klauseln betreffen auch die Renten- und Pflegeversicherung. In diesem Vertrag ist außerdem Hartz IV zementiert. Wie erfrischend ist da die Forderung,

die private Krankenversicherung abzuschaffen! Die Versicherungsgesellschaften werden nur sehr ungern auf diese gewinnbringenden Verträge verzichten. Der Lissabonner Vertrag muss somit verändert werden. Die Europawahl ist aufgrund der Aufgabenverlagerung nach Europa mindestens genauso wichtig wie die Bundestagswahl! Wer dieses Thema nachlesen möchte, findet das Wesentliche bei der 51., 108., 111. und 116. Bremer Montagsdemo.

Unter diesen Voraussetzungen ist auch der „Pflege-Bahr“ zu sehen. Die „Verbraucherzentrale“ hat Angebote für die Zusatz-Pflegeversicherung geprüft und rät, diese Verträge nicht abzuschließen, denn die Nachteile im Kleingedruckten fressen den Förderbeitrag mehr als auf. Die fünf Euro monatlich wären zur Ausgestaltung der gesetzlichen Pflegeversicherung besser aufgehoben! Der „Pflege-Bahr“ ist trotzdem ein gutes Geschäft – für die Versicherungsgesellschaften! Die „Verbraucherzentrale“ hat auch festgestellt, dass in den meisten Verträgen zu geringe Leistungen vereinbart wurden. Wer seine Pflege nicht bezahlen kann, beantragt Grundsicherung. Eine Kind muss nur zahlen, wenn es mehr als 100.000 Euro pro Jahr verdient, aber auch hier gibt es Ausnahmen, siehe Bremer Montagsdemo.

Auch die „Riester-Rente“ ist ein gutes Geschäft für die Versicherungsgesellschaften. Der Bundesregierung wurde dies noch mal bewusst gemacht: Wer trotz „Riester-Rente“ auf Grundsicherung angewiesen ist, bekommt die „Riester-Rente“ zu 100 Prozent angerechnet, ohne Freibetrag. Die Grundsicherung fällt entsprechend geringer aus.

2. Die **Mietobergrenzen** und einiges im „Kleingedruckten“ will der Bremer Staatsrat für Soziales ändern. Die von ihm vorgeschlagenen Grenzen wurden aber nicht gemäß den Vorgaben des Bundessozialgerichts ermittelt. Insbesondere fehlt es noch immer an einem schlüssigen Konzept. Sozialrechtsexperte Harald Thomé hat auf ein Urteil des Sozialgerichts Aachen aufmerksam gemacht. Dieses hat seine Haltung zum Thema Kosten der Unterkunft revidiert und erklärt, dass der Rückgriff auf § 12 Wohngeldgesetz nicht mehr angemessen erscheint. Dort reicht „§ 12 WoGG plus zehn Prozent Sicherungszuschlag“ nicht aus. Insbesondere macht das Gericht darauf aufmerksam, dass der Leistungserbringer – das Jobcenter – das schlüssige Konzept vorlegen oder die tatsächliche Miete als angemessen erstatten muss. Dies gilt als Weichenstellung für das Hauptsacheverfahren.

Bremen will die Entscheidungen des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen nicht berücksichtigen. Das Gericht hat die Werte nach §12 WoGG plus zehn Prozent zugestanden. Über einen darüber hinausgehenden Mietanteil wird im Hauptsacheverfahren entschieden. Das Sozialgericht Bremen hat auch die Berichte von „Gewos“ hinterfragt und zerpflückt, insbesondere im Verfahren AS 1/09 ER. Der zweite „Gewos“-Bericht, Gutachten genannt, steht noch am Netz. Allein diese Lektüre zeigt: Das neue „Gutachten“ wird wieder nicht gerichtsfest.

Wie wichtig treffende Mietobergrenzen sind, geht aus folgender Gerichtsentscheidung hervor. Die Bagis, Bremer Vorläuferin des Jobcenters, hat ein vorgelegtes Mietangebot nicht akzeptiert. Die Miete lag zehn Euro oberhalb der Mie-

tobergrenze gemäß Anweisung an die Verwaltung. Die neue Wohnung wurde als unangemessen abgelehnt, obwohl die bisherige Wohnung durch. Schimmelbefall unbewohnbar geworden war. Der Bericht des Gesundheitsamtes über die Begehung der Wohnung und die festgestellten Mängel lag vor. Die Behörde hatte eine Gesundheitsgefährdung festgestellt und daher den umgehenden Auszug aus dieser Wohnung empfohlen. Trotzdem wurde der Umzug abgelehnt.

Die Kurzbeschreibung zum Beschluss der 26. Kammer vom 10. Februar 2009 (Aktenzeichen S26 AS 186/09 ER) lautet: „Eine Zusicherung zu den Aufwendungen für eine neue Unterkunft gemäß § 22 Absatz 2 SGB II ist nicht Voraussetzung für eine spätere Übernahme der Kosten. Gleichwohl kann das Gericht im Interesse der Hilfebedürftigen, die vor unüberlegten Schritten bewahrt werden sollen, auch im Eilverfahren eine entsprechende Zusicherung aussprechen. Nach dem – allerdings bisher nicht rechtskräftigen – Beschluss der 21. Kammer des Sozialgerichts gelten für Bremen die neuen Tabellenwerte der Wohngeldtabelle als Mietobergrenzen. Das ist für Einpersonenhaushalte eine Bruttokaltmiete von 358 Euro.“

Das Gericht hat 2009 entschieden, jetzt haben wir 2013. Das Landessozialgericht Niedersachsen hat diese Werte um zehn Prozent erhöht und ein weiteres Plus offen gelassen. Die Mietsteigerung von 2009 bis heute liegt locker darüber. Umso unverständlicher ist die erwogene Reduzierung der Mietobergrenzen! Die HSH Nordbank hat eine Studie über die Mietentwicklung veröffentlicht: „Die höchsten Mietanstiege bei Bestandswohnungen gab es 2012 in Bremen (plus 8,7 Prozent)“. Es muss nur noch die Preissteigerung für 2009, 2010 2011 und 2013 ergründet werden.

3. Die Bremer „Joboffensive“ (siehe vorherige Montagsdemos) hat Geld für Erwerbslose in Verwaltungskosten für 41 befristet eingestellte Fallmanager(innen) „verwandelt“. Eine weitere Million soll aus dem Topf „Erwerbslosenförderung“ in den Topf „Gehälter für Fallmanager(innen) wandern. Gleichzeitig stellt das Jobcenter fest, das Geld für Bildungsgutscheine und Umschulungen sei alle. Davon steht aber nichts in der Vorlage zur „Joboffensive“, auch nichts in dem neuen Antrag auf Umwidmung. Da wäre Bremen übrigens mit weiteren circa 200.000 Euro beteiligt. Wieder zulasten der Haushaltsstelle „Kosten der Unterkunft“? Die „Joboffensive“ wurde bereits zulasten dieses Haushaltspostens vereinbart.

Das IAB, die Wissensschmiede der Bundesagentur für Arbeit, hat erforscht, „wie Langzeitarbeitslose bei den Betrieben ankommen“. Ihre Schlussfolgerung: Mit Bildung, Umschulung, **Weiterbildung** und durch weitere Fördermaßnahmen – meist ein Zuschuss zu den Lohnkosten – haben Erwerbslose eine Chance. Dieser Bericht ist auch für Erwerbslose interessant, die in ein Vorstellungsgespräch vordringen. Er ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Joboffensive eine Fehlentscheidung war. Darüber soll aber erst im März 2014 wieder berichtet werden!

Der IAB-Bericht zeigt, dass die bisherige Weiterbildungspraxis des Jobcenters geändert werden muss, denn Erwerbslose erhalten keine Möglichkeit, erlern-

te Kenntnisse „aufzufrischen“ oder an geänderte Techniken anzupassen, jedenfalls nicht ohne Einstellungszusage eines Arbeitgebers. Nehmen wir einmal einen Buchhalter. Er wird arbeitsuchend. Laufend werden Gesetze und Rahmenbedingungen geändert. Er hat während seiner Anstellung zwei Informationsquellen genutzt und Hinweise über Änderungen zum Jahreswechsel über die Krankenkasse und die Industrie- und Handelskammer erhalten. Kosten insgesamt per annum an die 500 Euro. Jobcenter und Arbeitsamt sind nicht bereit, dieses Wissen aktuell zu erhalten oder aufzufrischen. Nur mit einem Arbeitsvertrag ist eine solche Förderung möglich, wenn der Arbeitgeber dies verlangt!

4. „Arte“ hat die Frage aufgegriffen: „Wer regiert die Welt?“. Goldman-Sachs war eine Antwort, siehe Bremer Montagsdemo. Am 24. September 2013 hat „Arte“ die Frage „Bank oder Staat“ vertieft. Gezeigt werden Entscheidungsprozesse in Frankreich und auch in Europa zur Zähmung der **Banken**. Die Dokumentation ist eine gute Begleitung der Entscheidungsprozesse und ihrer Vorbereitungen sowie der versuchten Verhinderung. Sie steht nur sieben Tage im Netz. Es eilt – und es lohnt sich, auch für Finanzminister!

Wir in Deutschland sind mit den Banken im Reinen? Alles gerettet, alles finanziert? In den USA geht es JP Morgan an den Geldbeutel. Diese Bank kann einen Vergleich eingehen, über elf Milliarden Dollar Strafe. JP Morgan soll Hypothekenpapiere schöngeredet haben.

Für Minister Friedrich ist die NSA-Affäre beendet. Nur für ihn? Die EU hat noch eine Rechnung mir der NSA offen und droht mit der Aussetzung des „Swift“-Abkommens Die NSA hat auch Kreditkartennutzer und -firmen ausgespäht. Dies wurde festgestellt gemäß den Unterlagen von Edward Snowden. Geprüft und – erschütternd! – für zutreffend befunden.

5. „Wir dienten Deutschland“ heißt ein weiterer beeindruckender Beitrag auf „Arte“. Ein Mitstreiter hat soeben von der „Jobmesse“ beim Autohaus Weller berichtet: die versuchte Taschenkontrolle, der starke Sicherheitsdienst. Die „Jobmesse“ richtet sich an Erwerbslose. Die **Bundeswehr** war stark vertreten. Der Mitstreiter hat „Du sollst nicht töten!“ gerufen und damit die Bundeswehr in helle Aufregung versetzt. Der Stand war gut und ansprechend. Die Versuchung ist groß, einen Vertrag mit Ausbildungsplatz und Beförderungsgarantie zu unterschreiben.

Wer sich für die Bundeswehr interessier; kann im Netz viele Beiträge über das Leben nach dem Auslandseinsatz finden. Einer davon ist die Dokumentation „Wir dienten Deutschland“. Er zeigt äußerlich unversehrte Rückkehrer mit ihren Erinnerungen und den daraus entstehenden Problemen. Er zeigt auch den Kampf mit der Bürokratie beim Versorgungsamt – den Kampf um die Anerkennung als Versehrter, um Prozente für die Schwere der Behinderung.

Ich habe einmal in einer Gaststätte ein Gespräch von Sanitätsoffizieren der Marine mitgehört. Es ging um die Rückkehr eines Kampfschiffes aus der „Friedensmission“, um die Einschätzung der zu erwartenden Kranken. Eine Frau brach-

te es auf den Punkt: „Jeder Mensch auf dem Schiff hat eine Störung oder Schädigung. Ich bin dafür, alle langfristig zu begleiten – nicht nur den Menschen, der seine Beeinträchtigung selbst erkennt.“

Wer über das Jobcenter zu Bundeswehr gekommen ist, kann den Vertrag anfechten. Er wird rückabgewickelt, wenn Nötigung oder die Ausnutzung einer Zwangslage vorlag: „Du gehst zur Veranstaltung und verpflichtest dich, oder ich kürze dir die Leistung!“ Das ist eine klare Sache. Aber auch wer aus eigenem Antrieb zur Bundeswehr gegangen ist, kann kündigen oder seine Entlassung beantragen. Die Kündigung hat viele Probleme zur Folge, aber nicht den Tod, eine Verwundung oder seelische Beeinträchtigung. Die Schadenersatzforderung wegen Vertragsverletzung kann erlassen werden. Es geht im schlimmsten Fall „zurück“ zum Jobcenter, aber nicht in den Auslandseinsatz. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Jobcenter wollen Weisungen zur Verfolgungsbetreuung geheimhalten

1. Im nordrheinwestfälischen Goch sitzt eine junge Familie mit einem erst vier Monate alten Baby zu Hause im Kalten. Weil das Geld, das der Vater des Kindes, der sich noch in der Tischler-Ausbildung befindet, verdient, hinten und vorne nicht ausreicht, stellte die damals noch schwangere 21-jährige Frau in Begleitung ihrer Schwiegermutter bereits im Februar einen Antrag auf ALG II. Nachdem wegen der chronischen Geldknappheit weder Miete noch Rechnungen für Strom oder Gas gezahlt werden konnten, sodass **Schulden** über rund 5.000 Euro aufgelaufen sind, stellte der Energieversorger aufgrund offener Forderungen das Gas ab. So muss die junge Mutter mit dem Zug zu ihren Schwiegereltern fahren, wenn sie ihre kleine Tochter baden möchte.

Die Behörde zahlt keinen Cent und behauptet einfach, keinen Antrag erhalten zu haben. Im Artikel steht, dass die junge Mutter nicht das Gegenteil beweisen konnte, weil ein Stempel auf den Unterlagen fehle. Das verstehe ich nicht, weil sie doch ihre Schwiegermutter als Zeugin dabei hatte! Versucht das Jobcenter, auf diese Weise wieder Geld an den Bedürftigen vorbei einzusparen? Die junge Familie suchte sich Rechtsberatung und kann seit Mitte Juli beweisen, erneut sogar mehrere Anträge gestellt zu haben. Das Jobcenter zahlte aber noch immer nicht und „begründete“ dies damit, dass die Familie nicht hilfebedürftig sei.

Daraufhin reichte die junge Frau Klage beim Sozialgericht Duisburg ein und gewann das Eilverfahren, sodass sie bis zur Hauptverhandlung, in der die Höhe der Leistungen endgültig festgelegt wird, monatlich 191,12 Euro bekommen muss. Leider legte das Jobcenter Widerspruch ein; der Fall wird nun vorm Landessozialgericht Essen verhandelt. Bis das Landessozialgericht entschieden hat, ist die Familie bestimmt obdachlos geworden! Es ist auch eine unzumutbare soziale Härte, wenn einfach die Energielieferung abgestellt werden kann, wie es in diesem reichen Land immer wieder vorkommt.

2. Auf der Meyer-Werft in Papenburg sollen die **Arbeitsbedingungen** der Werkvertragsarbeiter noch weitaus schlimmer gewesen sein als bisher bekannt. Unter anderem wurde massiv gegen Arbeitszeitgesetze verstoßen: Die Werkvertragsarbeiter sollen bis zu 20 Stunden am Stück und bis zu 300 Stunden im Monat gearbeitet haben. Ein Unternehmer aus der Region bestätigt, dass alle Mitarbeiter, auch die der Fremdfirmen, beim Betreten und Verlassen des Werftgeländes registriert und die Daten gespeichert würden. Keinem wollen die massiven Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz aufgefallen sein.

Die Meyer-Werft lehnt eine Stellungnahme ab. Bereits zu Beginn der Untersuchungen waren „Einzelfälle“ registriert worden, in denen Arbeiter ohne Pause von der Tagschicht in die Nachtschicht gewechselt sind. Dies sollte sich als systematischer Missbrauch des Einsatzes von Arbeitern durch die Subunternehmer von bis zu 300 Stunden pro Monat entpuppen. Unabhängig von der systematischen Ausbeutung ist diese Praxis auch deshalb so bedenklich, weil für die Arbeiter, die teilweise mit gefährlichen Schweißgeräten hantieren, das Verletzungsrisiko durch Übermüdung steigt.

3. Weil die Jobcenter in Deutschland gern undurchschaubar arbeiten, um bestimmte Strategien nicht offenlegen zu müssen, machte es sich die Piratenpartei in Berlin zur Aufgabe, die Informationsfreiheit mindestens in Berlin durchzusetzen. Wie der Wuppertaler Sozialberater Harald Thomé in seinem aktuellen Rundbrief berichtete, wurden bereits eine Reihe von Jobcenter-internen **Weisungen** öffentlich, die nun auf den Seiten der Piraten einsehbar sind. Weil sich das Jobcenter Berlin-Neukölln weigerte, die Weisungen herauszugeben, kam es zu einer Klage beim Verwaltungsgericht.

Gerade die so sehr bedeutsamen Weisungen zum Außendienst werden von der Behörde unter den unglaublichsten Begründungen zurückgehalten. Viele Erwerbslose sind betroffen, verängstigt, fühlen sich bedroht und verunsichert, wenn plötzlich und natürlich unangemeldet die Außendienstler an der Wohnungstür klingeln und oft nicht „nur“ Einlass begehren, sondern auch drohen, es werde „Konsequenzen“ haben, wenn sie nicht reinkommen dürften. Diese Konsequenzen bedeuten meist existenzielle Kürzungen der ohnehin viel zu kargen Transferleistung und sind deswegen natürlich gefürchtet. Die wenigsten wissen, dass der Außen-

dienst nur kommen darf, um wichtige Sachverhalte zu klären, die auf anderem Wege nicht einzuholen sind.

Meines Wissens darf dies auch nur nach einer Terminabsprache erfolgen. Im Zuge der einschüchternden Verfolgungsbetreuung wird dies jedoch meist anders gehandhabt, und es verwundert mich nicht, wenn diese Taktik heimlich erfolgen soll! Simon Weiß, Sprecher der Piratenfraktion für Datenschutz und Informationsfreiheit, ist davon überzeugt, dass es nach dem Informationsfreiheitsgesetz einen Anspruch auf Herausgabe der internen Weisungen an die Außendienste gibt und das Jobcenter nicht nach Gutdünken auswählen könne, welche internen Weisungen öffentlich gemacht werden und welche nicht. Mir gefällt der Aufruf Harald Thomés, diese wichtige parlamentarischer Arbeit der Piraten in Berlin als gutes Vorbild für den Rest der Republik zu nehmen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Ich schätze Ihre kritischen Fragen, aber mehr noch brauche ich Ihr Vertrauen“:
Der bischöfliche Atombunker im Limburger Domfelsen hat auch
eine güldene Badewanne *(„Focus“)*

Entrechtung beim „Ehrenamt“

Eine junge Hartz-IV-Bezieherin aus Brandenburg verpflichtete sich zum Bundesfreiwilligendienst – doch das Jobcenter Spremberg zog die Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 176,40 Euro sogleich vom Hartz IV-Regelsatz ab, obwohl der Frau ein Freibetrag von 200 Euro zusteht. Sie habe schließlich noch einen Minijob als Kellnerin, bei dem sie weitere 50 Euro verdiene. Bei der Kürzung blieb es auch, als die Betroffene das nunmehr faktisch unbezahlte „Ehrenamt“ ablehnte. Das Bundesarbeitsministerium teilte dazu mit, der Bundesfreiwilligendienst sei eben „keine Möglichkeit, die Hilfebedürftigkeit mit Erwerbstätigkeit zu mindern“.

Ein junger Ehrendienstler aus Niedersachsen wartet nun schon fast zwei Monate auf einen Beschwerdebescheid des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen wegen der teilweisen Anrechnung des Verpflegungsgeldes auf den Hartz-IV-Regelsatz. Dabei handelt es sich um ein Eilverfahren, weil der Betroffene seine Gesundheit durch Mangelernährung gefährdet sieht. Es hat den Anschein, als wäre das auch einem Sozialgericht in höherer Instanz irgendwie ziemlich egal. Oder hat es Schwierigkeiten, die Begründung und die hierfür gestellten Beweis-

anträge zu widerlegen oder zu verhindern? Bei einer Ablehnung wird der Kläger auf alle Fälle vor das Verfassungsgericht ziehen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Als Reaktion auf die jüngste Schiffskatastrophe vor Lampedusa ruft die Bremer Gruppe von „Afrique-Europe-Interact“ zu einer **Kundgebung** unter dem Motto „**Fluchtwege öffnen**“ auf. Sie beginnt am **Samstag**, dem **12. Oktober 2013**, um **13 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Ethik hier und dort

Allen Anfang hat das natürliche Grundrecht auf Arbeit und Leben in der Natur, was es auch vor Zeiten erwiesenermaßen schon mal gab. Erst vor gar nicht allzu langer Zeit ergab sich eine Versuchung, ohne Arbeit zu leben, weil irgendwelche Maschinen mal alles abnehmen würden. Den Stummfilm „Metropolis“ haben manche schon mal gesehen: Da wird der Mensch zur Maschine. Irgendjemand ist Erbauer und Herr und steuert das Ganze dann nach seiner Versuchung. Da ist eine Ungleichheit geboren worden, die heute in massenhafter Art und Weise wirkt. Die mit den Maschinen zur Macht gekommen sind, denken noch lange nicht daran, das Elend der Nachteile mit Gewissen zu besetzen und ihr System mal zu reformieren, damit in der Wirkung endlich der Grundsatz der Menschlichkeit – Gleichheit – erreicht wird.

So tierisch, wie Menschen nun mal sind, ist es wieder Zeit, zum Klassenkampf aufzurufen. Das wirkt nur weltweit, denn überall auf dem Globus wird von den Geldmaschinenführern nach Winzig, Billig oder Klein gesucht, und sie rühmen sich mit dem System als Absolutismus. Das ist der moderne ökonomische Absolutismus. Er ist ähnlich dem alten und dem dazugehörigen Elend. Das ist tatsächlich der globale Machtapparat. Einige Beispiele des Elends wurden dank journalistischer Aktivitäten im Fernsehen gezeigt, dieser Geldmarktkampf wie in Indien oder China. Krass zu sehen ist, wie „heilige“ Kühe über Tausende von Kilometern mit reichlich Kohlendioxid in die scheinbare Gewinnzone Bangladesch gefahren und tierunwürdig geschlachtet werden.

Dazu werden Füchse zu Tausenden in Minikisten aufgepäppelt, um sie dann auf dem Gemüsemarkt mit dem Eisenknüppel für schöne Mantelkragen in Deutschland zu erschlagen. Arbeiter macht man beim Gerben mit Chromgift krank, damit hier dickes Geld mit dem Billigen gemacht werden kann. All das ist hier verboten. Was hier eine Sünde und verboten ist, ist nur weit weg – so wie der Bombenschütze damals die Städte zerbombt hat –, versteckt und in arme und gesetzlose Länder verschoben. Damit ist eindeutig zu sagen, dass Deutschland

eigentlich ein Unrechtstaat ist und tatsächlich der Wohlstand auf dem Rücken anderer gemacht wird.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

Mit Ryanair nach Rom: Tebartz-van Elster legt sein Schicksal in Gottes Hand *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

444. Bremer Montagsdemo am 14. 10. 2013

Zur nächsten **Herbstdemonstration gegen die Regierung** fahren wir am **Samstag**, dem **19. Oktober 2013**, nach **Berlin**. Anmeldung bitte bei Jobst Roselius, Telefon: 0421-705 687, E-Mail: Jobst.Roselius(at)nord-com.net

Ob es an schwacher Schulaufsicht liegt, dass Bremer Kinder nicht rechnen können?

1. Dank der neoliberalen Politik können es sich inzwischen 43 Millionen Europäer nicht mehr leisten, ihr Essen selbst zu bezahlen. Sie sind auf **Suppenküchen** und Lebensmittelspenden angewiesen oder könnten andernfalls ihre Miete nicht bezahlen. Laut einer Studie der internationalen „Rotkreuz“-Gesellschaften sind 120 Millionen Europäer armutsgefährdet. Ach so, wer sich in die immer länger werdenden Schlangen bei den „Tafeln“ und Suppenküchen einreihen muss, ist noch nicht armutsgefährdet, geschweige denn arm?

Zwischen den Jahren 2009 und 2012 sei die Zahl der Menschen, die Nahrungsmittel von den Hilfsorganisationen bekamen, in 22 Ländern Europas um 75 Prozent gestiegen. „Rotkreuz“-Generalsekretär Bekele Geleta sagte, Europa sei mit der schlimmsten humanitären Krise seit sechs Jahrzehnten konfrontiert. Ungeachtet der wirtschaftlichen Erholung in einigen wenigen Ländern Europas lebten in anderen Teilen des Kontinents Millionen Menschen wegen der Folgen der Finanzkrise in Armut. So hätten beispielsweise in Italien 150.000 Geschäfte und kleine Unternehmen auf dem Höhepunkt der Krise schließen müssen, was zu einem massiven Anstieg neuer Armut geführt habe.

2. Forscher des „Max-Planck-Instituts“ verglichen die Lebenserwartung von armen und reichen Deutschen und fanden heraus, dass es nicht nur erhebliche Unterschiede gebe, sondern diese in dem Verhältnis immer größer würden, wie

die viel zitierte „Schere zwischen Arm und Reich“ weiter auseinandergehe. Rembrandt Scholz vom „Max-Planck- Institut“ wies darauf hin, dass stärkster Lebensverlängerer offenbar ein hoher Bildungsgrad sei, den Reiche öfter genössen als Arme. Es sei wichtig zu wissen, „wie man sich zu verhalten hat“. Schön, wenn sich das Wissen durch ein gefülltes Portemonnaie auch umsetzen lässt! Dass Reiche eine bis zu fünf Jahre längere Lebenserwartung haben, kommt der neoliberalen Ökonomisierung von „verwertbarem Leben“ doch sehr entgegen.

Im Rahmen seiner Studie „**Gesundheit** in Deutschland aktuell“ ermittelte dagegen das „Robert-Koch- Institut“, das Risiko einer Depression oder depressiven Verstimmung sei bei Arbeitslosen wesentlich höher als bei Erwerbstätigen. Arbeitslose Männer seien davon häufiger als arbeitslose Frauen betroffen, sogar dreimal so oft wie berufstätige Männer. Arbeitslosigkeit und Hartz IV machen Angst: Bereits eine Teilzeitbeschäftigung führt zu einem höheren Risiko, an einer depressiven Erkrankung zu leiden, was die Forscher des Instituts auf die „klassische Rollenverteilung“ zurückführen, mit der sich Männer identifizierten.

3. Deutschland blamierte sich nicht nur bei der „Pisa“-Studie: Nun zeigt sich auch, dass der **Bildungsstand** Erwachsener hierzulande nur Mittelmaß ist. Die OECD untersuchte erstmals die Lese-, Rechen- und Problemlösekompetenzen der 16- bis 65-Jährigen in 24 Industrieländern – mit zum Teil erschreckenden Ergebnissen. Viele erwachsene Menschen in Deutschland haben demnach Probleme, Auskunft zu geben, wenn sie zum Beispiel im Anschluss an die Information, es gebe eine Liste mit neun Kindergartenregeln, von denen eine besage: „Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10 Uhr hier ist“, befragt werden: „Um welche Uhrzeit sollten die Kinder spätestens im Kindergarten eintreffen?“

Bei so wenig inhaltlichem Verständnis von kleinen, einfachen Texten wundert mich fast nichts mehr. Es kann nicht alles immer nur in großen Lettern und kleinsten Häppchen serviert werden wie in der Gazette mit den vier Großbuchstaben! In den abgefragten Bereichen liegt Deutschland mal unter, mal knapp über dem Durchschnitt. Der Studie zufolge lese und rechne eine „bedeutende Minderheit“ der Deutschen sehr schlecht, zudem könnten sehr viele nicht vernünftig mit dem Computer umgehen. Japan und Finnland schnitten fast immer am besten ab.

In diesen beiden Ländern hätten die 16- bis 65-Jährigen gegenüber Gleichaltrigen in Deutschland einen Kompetenzvorsprung, der einer Lernleistung von vier bis fünf Schuljahren entspreche. Deutschlands größte Schwäche sei jedoch wieder einmal die Chancenungerechtigkeit: In kaum einem anderen Land hänge die Lesekompetenz so sehr vom Bildungsstand der Eltern ab wie hierzulande. Testpersonen, deren Eltern weder Abitur noch Berufsausbildung hätten, würden durchschnittlich 54 Punkte weniger erzielen als jene, bei denen mindestens ein Elternteil einen (Fach-)Hochschulabschluss oder Meisterbrief vorweisen könne.

4. Schon wieder erstrahlt Bremen in Negativschlagzeilen: Beim Schulvergleich ergatterte es nur den wirklich allerletzten Platz im Fach Mathematik und bei einigen Naturwissenschaften. In allen Fächern vorne liegen die Schüler aus Sachsen und Thüringen. Dass Schüler im kleinsten Bundesland danach beim Lernfortschritt etwa zwei Schuljahre hinter den Besten liegen, begründet Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD) mit der „schwierigen Sozialstruktur in Bremen“: Hier hätten besonders viele Schüler Eltern, die arbeitslos oder nicht so gut gebildet seien. Die Qualität des Unterrichts müsse verbessert werden, damit die Lehrer alle Kinder

„mitnehmen“ könnten. Quante-Brandt will nun die Schulaufsicht stärken und enger mit den Lehrern zusammenarbeiten und fordert dafür nicht einmal mehr Geld.

Ob sie wenigstens selbst nach solch unkonkreten Worthülsen daran glauben kann, dass sich an Bremens Schul- und Lernbedingungen etwas zum Positiven hin verändern könnte? CDU und Handelskammer fordern ein höheres Lernniveau und die Einstellung von mehr Lehrern. Nach Ansicht der Partei „Die Linke“ seien die Probleme seit Langem bekannt, würden aber nicht angepackt. Dazu gehöre neben kleineren Klassen und weiteren Ganztagsschulen auch mehr Geld. Auch für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist das Ergebnis keine Überraschung, weil es noch immer nicht gelungen sei, den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und **Bildungserfolg** zu unterbrechen. Die Bildung im Bundesland sei insgesamt unterfinanziert. Immer müsse die Schuldenbremse dafür herhalten, dass in Bildung nicht mehr investiert werden könne.

5. Unter Führung der Bundesarbeitsministerin *lovely* Zensursula von der Leyen (CDU) wurde ein bürokratisches Monstrum namens **Bildungspaket** geschaffen, das mit aufwendigen Antragsformalien es Eltern kolossal erschwert, überhaupt Leistungen für ihre anspruchsberechtigten Kinder beantragen zu können. Weil selbst die genehmigten Anträge kaum im Verhältnis zum aufwendigen Prozedere standen, blieben vielerorts die Fördergelder ungenutzt, weshalb hohe Millionenbeträge „übrig“ blieben. Nun will niemand irgendetwas darüber wissen, wohin diese Überschüsse nur geflossen sein könnten. Janina Herff („Die Linke“) wollte hier nicht Ruhe geben und stellte den Essener Stadtoberen immer wieder unbequeme Fragen, zum Beispiel, wo der Rest von den 10.267.199,70 Euro, die zur Fi-

nanzierung des Hartz-IV-„Bildungspakets“ vom Bund nach Essen geflossen waren, geblieben sei, da gerade mal 2.747.731,07 Euro ausgegeben wurden.

Nein, es wurden damit keinesfalls sinnvolle Projekte gefördert, um Kinder aus einkommensarmen Familien zu fördern, sondern das Geld ist wahrscheinlich im Haushaltsloch verschwunden, ohne dies jedoch genauer benennen zu wollen, äh: zu können. Dieses Modell lässt sich vermutlich auf viele Städte und Kommunen übertragen: Das Geld, das den Kindern im Regelsatz fehlt, aber nun angeblich zusätzlich für sie vorgesehen war, wird dazu genutzt, Haushaltslöcher zu stopfen. Zeitgleich werden die Gelder aber sozialen Projekten wie der Arbeitslosenberatung gekürzt oder gar ganz gestrichen! Mal wieder wird geradezu lehrbuchhaft gezeigt, wie von unten nach oben verteilt wird, ohne dabei vor Scham im Erdboden zu versinken oder wenigstens rot zu werden.

6. Zum Schluss seines neuen Gutachtens liefert der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ ein hübsches Argument für die Notwendigkeit einer **Regelsatzanhebung**: Der Gesetzgeber müsse die Entwicklung beachten, dass in vielen Fällen die sogenannte Grundsicherung über mehrere Jahre bezogen wird und nicht nur zur Überbrückung diene, was schließlich einen Riesenunterschied ausmacht! Wer über Jahre von derart mageren Transferleistungen vegetieren muss, hat in der Tat kaum noch eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dadurch wird auch der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der festzulegenden Höhe der Regelsätze eingeschränkt, „bei der er sich eher an Obergrenzen als an Untergrenzen bei der Bestimmung von Regelleistungen halten muss, um für eine ausreichende und menschenwürdige Existenzsicherung zu sorgen“ (Seite 27).

Unter anderem wird auch ein übler Trick zur Armutsverdeckung bei der „Regelsatzberechnung“ enthüllt: „Die Unsinnigkeit der ‚alternativen Berechnungsreihenfolge‘ mag folgendes Analogbeispiel erläutern. Wenn die durchschnittliche Größe der unteren 25 Prozent der Erwachsenenbevölkerung ermittelt werden soll, wird man auf folgende Weise vorgehen: Alle Kinder werden aus der Untersuchungsbevölkerung ausgeschlossen, sodann bildet man eine 25-Prozent-Referenzgruppe und bestimmt deren durchschnittliche Größe. Folgender Rechenweg ist sofort als fehlerhaft zu durchschauen: Aus der Untersuchungsbevölkerung wird eine 25-Prozent-Referenzgruppe bestimmt, und aus dieser werden die Kinder entfernt, um anschließend die Durchschnittgröße abzuleiten. Der so gebildete Durchschnitt ist kleiner als die im korrekten Verfahren gewonnene Durchschnittsgröße. Des Weiteren wird die 25-Prozent-Referenzgruppe vermindert um den Anteil der Kinder“ (Seite 16).

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Trotz „Kessel“ und Strafverfahren: Wir lassen uns nicht einschüchtern und demonstrieren, wie und wo wir wollen! *(„Blockupy Frankfurt“)*

Schuldenbremse gleich Sozialbremse

1. Die Große Koalition will scheinbar *ohne* Steuererhöhung auskommen. Ohne eine stärkere Belastung der fünf Prozent Spitzenverdiener, ohne eine Steuersenkung für die Mittelschicht? Dies vor dem Hintergrund, dass die Steuereinnahmen stagnieren. Aktuell ist das Steueraufkommen rückläufig. Auch 2009 war die Regierungsbildung eine Blockade aller Änderungen für mehr Steuergerechtigkeit. Viele Kommentare beschäftigen sich in diesem Zusammenhang auch mit der **Schuldenbremse**. Die Meinung von Verdi lautete bereits im Jahr 2009: „Schuldenbremse gleich Sozialbremse“.

Bislang hat es mit der Privatisierung nicht so recht geklappt. Die Bürger hängen an *ihrem* „Tafelsilber“! „Attac“ hat alle möglichen Privatisierungen untersucht und für schlecht befunden, als nachteilig für die Bürger. Der durch die Unterlassung, auskömmliche Steuern zu erheben, und das Verschuldungsverbot erzeugte finanzielle Engpass der öffentlichen Hand soll in die Privatisierung treiben. Bremen hat die Schuldenbremse nicht in die Verfassung übernommen (siehe 285. Bremer Montagsdemo), rechnet aber mit der Entmündigung des Parlaments durch den Sparkommissar. Der kann seine Anordnungen, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen ist, auch gegen den Willen des Senats in Bremen durchsetzen. Bei einer Privatisierung geht dies jetzt nicht mehr. Total nachahmenswert! Wie weit sind die anderen „Haushaltsnotlagenländer“?

Wie sehr Privatisierung danebengehen kann, hat uns die Treuhand gezeigt. Ich habe die Dokumentation „Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand“ erst jetzt gesehen. Es war erschütternd! Direktoren beklagen sich, dass sie keine Einarbeitung hatten. Auf Nachfrage im Westen wurden mögliche Wettbewerber im Osten abgewickelt, zum Beispiel Glashütten. Die Verschwendung des Volksvermögens hat viele Westler sehr reich gemacht, vielen Ostlern den Arbeitsplatz vernichtet. Ein sehenswerter Beitrag!

2. „Atomausstieg“ und „Energiewende“, das ist alles nur halbherzig! Die EU sieht weiterhin die **Atomkraft** als förderungswürdig an. Die Förderung wird stark angehoben. Wo bleibt der Widerspruch Deutschlands dazu? Die neue Regierung hat viel zu tun! Die EU hat immer noch nicht die Folgekosten der Atomnutzung auf dem Schirm. Mit Milchmädchenrechnungen wird der Atomstrom sauber gelogen! Seht euch die Akteure an: Die Wahl des EU-Parlaments ist eine weitere Stellschraube gegen die Atomkraft!

Die Energiepreise laufen aus dem Ruder. Die FDP hat die Befreiungsregeln für die Wirtschaft geändert und damit allen Betrieben Tür und Tor zum Geldsparen geöffnet, siehe 431. Bremer Montagsdemo. Die Rechnung bekommt der Endverbraucher. Auch hier eilt die Gegensteuerung! Frau Merkel hat noch eine Schippe für den Endverbraucher draufgelegt: Die Verdienstausfälle der nicht an das Stromnetz angeschlossenen Windparks müssen nicht vom Strippenzieher, sondern vom Endverbraucher gezahlt werden – mit dem Strompreis! Eigentlich sollten die Leitungsbetreiber zahlen, aber der Regressanspruch stand wohl wegen eigener Versäumnisse auf wackligen Füßen. Der Verbraucher merkt es nicht? Die neue Regierung muss dies schleunigst ändern!

Sind wir alle ein wenig verstrahlt? In jedem Fall! Allein das verstrahlte Kühlwasser – niemand hat Ahnung, wie dies zu stoppen ist. Der bekanntgewordene erneute Überlauf in das Meer war schlimm, die Begründungen waren haarsträubend: Fassungsvermögen eines Tanks falsch berechnet; Tank undicht, weil nur zusammengesteckt; Tank auf einer Rampe, ohne die Schräge zu berücksichtigen. Erst jetzt wird weltweit Hilfe gesucht. Die Gutachter der UN (siehe 425. Bremer Montagsdemo) sollten ihr Gutachten umgehend ergänzen: Die ersten Krebsfälle sind bereits offenkundig! Wir haben die Schönfärberei der Politiker bei der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl angeprangert. Die Japaner übertreffen auch diese Eulenspiegelei! Anfangs wurde „keine Belastung“ festgestellt, weil die Messgeräte diese hohe Strahlendosis gar nicht erfassen konnten. Dies wurde dokumentiert und nicht richtiggestellt – eine schlechte Basis, auch für das Gutachten.

3. Die Geheime Feldpolizei! Wer kennt diese Einheit aus der Nazizeit noch? Der Polizeichef der Geheimen Feldpolizei des „Dritten Reichs“ wurde von der „Orga-

nisation Gehlen“ unter Reinhard Gehlen angeheuert. Sie wurde von den Amerikanern gegründet. Der „Leiter Fremde Heere Ost“ war erwünscht. Aus der „Organisation Gehlen“ Gehlen wurde der **Bundesnachrichtendienst**, Reinhard Gehlen sein erster Präsident. Nachdem ich so erfahren habe, dass Adenauer einen hohen, bekannten Nazi zum Leiter seiner Staatskanzlei gemacht hat, ist mir vieles klar! Statt „Nazis raus“ war damals „Nazis rein“ angesagt. Die heutigen „Leistungen“ der „Schlapphüte“ stehen für mich jetzt in einen ganz anderen Licht. Die unter anderem von Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner seit Langem geforderte Auflösung ist überfällig!

4. Sie dienten Deutschland – und erkrankten (siehe vorige Bremer Montagsdemo, Abschnitt 5). Sie wurden erwerbslos – und erkrankten! Dies dürfte der zweitgrößte Risikofaktor sein, gemessen in Prozent der betroffenen Risikogruppe. Der Verein „Aktion psychisch Kranke“ hat zum Stichwort **Hartz IV** einiges aufgelistet, was krank macht. Allein die Vielzahl der zum Download angebotenen Beiträge und Dokumente über Erwerbslosigkeit zeigt dies.

5. Die Bundeswehr hat Kunduz an die einheimischen Sicherheitskräfte übergeben. Zur Übergabe sind Verteidigungsminister de Maizière und Außenminister Westerwelle nach Kunduz geflogen, scheinbar kurzfristig. Die Übergabefeier wurde von Bundeswehrsoldaten gesichert, die einheimischen Sicherheitskräfte mussten ihre Waffen abgeben. Wie müssen sich diese Menschen gefühlt haben? Eine Stunde später waren *sie* zuständig für die Sicherheit. Einige Tage davor hatte die Nato einen Bombenangriff geflogen und nach eigener Feststellung bewaffnete Kämpfer getötet. Die afghanische Polizei hat festgestellt, dass auch Zivilisten gestorben sind.

Die Bundeswehr wollte Schulungspersonal zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte im Land belassen. In dem Beitrag des „Weser-Kuriers“ wurde auf die schnelle Einsatztruppe von 300 deutschen Soldaten hingewiesen. Der afghanische Präsident Karzai hat den Kampfeinsatz der Ausländer kommentiert. Sinngemäß sagte er, sein Land sei nicht sicherer geworden, die Besatzung habe keine Vorteile, aber viel Leid gebracht. Für die Zeit danach wurde 2012 ein Abkommen geschlossen.

Auf der 388. Bremer Montagsdemo habe ich dazu gesagt: „Die Abschaffung der Folter war ein Ziel beim Einmarsch nach **Afghanistan**. Inzwischen lässt auch die neue afghanische Regierung foltern. Die Amerikaner schauen weg – wir auch. Die angeblich Befreiten leiden! Afghanistan erhält noch nach Abzug der Bundeswehr erhebliche Mittel aus Deutschland. Für die Millionenzahlungen muss die afghanische Regierung die Verwendung nicht nachweisen, nicht einmal nennen. Dies wurde vereinbart, obwohl Bilder mit Paletten voller Dollars, bereitgestellt zum Abtransport aus Afghanistan, um die Welt gingen. Aufgeklärt wurde nur, dass die Dollars echt waren, dass sie – und noch viel mehr – tatsächlich aus Afghanistan

exportiert wurden und dass es sich nicht um die Regulierung für eine Warenlieferung handelte."

Hoffentlich kommt dieses Geld bei der afghanischen Bevölkerung an – und nicht auf Paletten in Steuerparadiese! Nach den damaligen Berichten hat Deutschland auf jeglichen Nachweis der Verwendung verzichtet. Ist das bei den Rahmenbedingungen eigentlich unvorstellbar?

6. Die Schiffskatastrophen vor Lampedusa sind der Weckruf für Europa! Die vielen Toten sind nicht zu vertuschen. Die Gesetze Italiens haben viele Fischer davon abgehalten, die Menschen aus dem Wasser zu holen. Hilfeleistung für Flüchtlinge aus Seenot ist per Gesetz unter Strafe gestellt! Der Kapitän der Cap Anamur wurde für seine Hilfe, seine Rettung von Schiffbrüchigen angeklagt. In einem Beitrag über die aktuelle Tragödie fuhr auch kurz ein „Frontex"-Boot durchs Bild. Es waren gut gebügelte, blütenweiße Hemden und Manschetten zu sehen. „Wir sind für eine **Seenotrettung** nicht zuständig", sagten die „Frontex"-Seeleuten. Dies muss sich ändern!

„Pro Asyl" beschreibt, wie „Frontex" per Überwachung Flüchtlinge feststellt und die Grenzer „machen" lässt – entgegen den Gesetzen! Diese Woche hat die EU die schärfere Überwachung der Grenzen durch ein neues Informationssystem beschlossen: „Eurosur" überwacht die EU-Außengrenzen in Echtzeit. Eine Öffnung der Festung Europa wurde nicht beschlossen; die Aufhebung der Verbote, Menschen aus Seenot zu retten, auch nicht. Eine Dienstanweisung an „Frontex", die „Hilfe zum Sterben" zu unterlassen, und sie zur Rettung aus Seenot zu verpflichten, wurde ebenfalls nicht erstellt. Europa muss sich kümmern, es geht noch! Die Hilfe aus Seenot ist ein hohes Gesetz auf See – wie kann sich ein Seefahrer als dafür nicht zuständig erklären?

7. Der „Weser-Kurier" hat ein „Leser- Telefon", und ein Herr Schwarz geht „der Sache" nach. Diesmal hat die Bafög-Behörde nicht gezahlt und das Jobcenter keine Leistungen zur Überwindung dieser Notlage gewährt. Beantragt war ein Darlehn. Das Bafög-Amt hat aufgrund der Einschaltung des Herrn Schwarz doch noch eine schnellere Gangart gefunden – nicht ohne Vorwürfe an die Antragsstellerin zu richten. In der Ablaufschilderung der alleinerziehenden Mutter kommen die Ämter nicht gut weg: Eine Mitarbeiterin des Bafög-Amtes soll ihr gesagt haben, sie solle lieber auf Dauer Leistungen vom Jobcenter beantragen, wenn sie sich ein Studium nicht leisten könne. Beim nächsten Kontakt mit dem Bafög-Amt (nach erfolglosen Gespräch beim Jobcenter) ließ man sie auch dort abblitzen: Sie sei doch eine Studentin, die eh nichts zu tun habe, daher möge sie sich selbst im Internet schlau machen, wer ihr nun noch helfen könne.

Die Dezernentin des Bafög-Amtes hat diese Schilderungen zurückgewiesen. Das Jobcenter hat mit der Ablehnung gegen geltendes Recht verstoßen: Das Darlehn hätte bewilligt werden müssen. Die vom Jobcenter getroffene Aussage, dass Student(inn)en keine Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist falsch – die ent-

sprechenden Zuschüsse zu den Kosten der Unterkunft, also der Miete, gelten per Gesetz nur nicht als „Leistungen nach dem SGB II“, obwohl die Grundlage für diese Zahlungen des Jobcenters das SGB II ist. Eventuell meinte die Pressesprecherin des Jobcenters diese **Mietbeteiligung** im Härtefall.

Die Beteiligung des Jobcenters an der Miete endet nicht an den vom Jobcenter genannten Mietobergrenzen, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Bei den Heizkosten gelten die tatsächlichen Aufwendungen als angemessen, wenn nicht „unangemessen“ geheizt wurde. Das Jobcenter verweist auf den Heizspiegel, dies ist aber nur pauschal. Höhere Heizkosten sollten gleich begründet werden. Es gibt Anweisungen für die Verwaltung zu § 22 SGB XII und § 27 Absatz 3 SGB II. Zu Mietobergrenzen und angemessenen Mieten siehe vorherige Bremer Montagsdemo.

Falls Anspruch auf Leistungen zu den Kosten der Unterkunft besteht, dann besteht eventuell auch noch ein Anspruch im Zusammenhang mit der hohen Energierechnung. Also eine Kopie beim Jobcenter einreichen mit formlosen Antrag um Erstattung, hilfsweise als Darlehn, wenn dass Geld aktuell fehlt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Am Wochenende zeigen wir unseren Kopf in der Hauptstadt: Zur nächsten **Herbstdemonstration gegen die Regierung** fahren wir am **Samstag**, dem **19. Oktober 2013**, nach **Berlin**. Anmeldung zur Gruppenreise bitte bei Jobst Roselius, Telefon: 0421-705 687, E-Mail: Jobst.Roselius(at)nord-com.net. Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **21. Oktober 2013** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, aber wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

445. Bremer Montagsdemo am 21. 10. 2013

Die Hartz-Gesetze wurden absichtlich zweideutig verfasst

1. Am Samstag waren wir in Berlin, einfach Kopf zeigen bei der 10. bundesweiten Herbstdemo der Montagsdemobewegung, mit über 900 anderen. Es gab gute Gespräche. Delegationen aus allen Teilen Deutschlands waren gekommen. In Berlin befürwortet die SPD-Führung jetzt eine Regierung mit der CDU. Gleichzeitig werden wir alle gewarnt, wir sollten nicht so hohe Ansprüche an die neue Regierung stellen. Ja, warum denn? Eine Mehrheit *ohne* Merkel wäre machbar – eine Mehrheit, die das soziale Gleichgewicht vernünftig auf die Reihe kriegt!

Unter der Regierung von Frau Merkel haben Anständigkeit und das soziale Gewissen stark gelitten. Wird die SPD ihrem Wahlprogramm gerecht? Wird das soziale Gleichgewicht wiedergefunden? Die SPD will keine Regierung *ohne* Frau Merkel und hat eine Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ abgelehnt. Wir werden sehen, welche Rahmenbedingungen die SPD schlucken wird, um an der Regierung der CDU/CSU beteiligt zu sein. Wahrscheinlich würde die SPD in einer Regierung *ohne* Frau Merkel mehr eigene Inhalte wiederfinden!

Die Merkel-Regierung hat vieles schönschreiben lassen, Motto: „Deutschland geht es gut“. Wirklich? Es gibt ein Forschungsergebnis über Zufriedenheit von der „Friedrich-Ebert-Stiftung“, das anders ausfällt. Interessant ist Seite 43 zum Thema, warum Hartz IV unglücklich macht. Dies kann einfach geändert werden: Einfach diese biestige Verwaltung ändern!

Diese Regierung muss aufpassen, dass die Arbeitsmarktstatistik nicht mehr Beschäftigung ausweist, als Menschen vorhanden sind. Planungssicherheit bietet diese Schönfärberei schon lange nicht mehr. Die SPD hat mit Gerhard Schröder erheblichen **Sozialabbau** betrieben und vieles selbst zerstört, was sie jetzt wieder richten möchte. Die Agenda 2010 hat für einen rasanten Arbeitsplatzverlust gesorgt. Unter der Drohung der Hartz-Gesetze gingen so schnell wie noch nie die Rechte der Arbeitnehmer und auch ihre Einkommen den Bach runter!

Die Hartz-Gesetze wurden absichtlich zweideutig verfasst. Die Gerichte waren mit der Aufklärung befasst. Der geklärte Sachverhalt wurde flugs vom Gesetzgeber neu geregelt – und zwar wieder zweideutig. Die Gerichte haben trotzdem vieles verbessert. Richter können sich Sachverhalte nicht aussuchen, sondern sind auf Klagen angewiesen! Die zuständigen Ämter wurden mit Fristsetzung angewiesen, Widersprüche schneller abzuarbeiten. Das klingt gut, aber nur 30 Prozent der Widersprüche durfte stattgegeben werden. 70 Prozent mussten abgelehnt werden – egal, was darin stand!

Die betroffenen Erwerbslosen mussten Klage einreichen. Oftmals erfolgte umgehend die Klaglosstellung: Das Amt hat sofort gezahlt, die Klage hat sich erledigt. Widerspruch und Klage sind das erforderliche Mittel zur Durchsetzung selbst glasklarer Ansprüchen geworden. Nutzt diese Möglichkeit! Der zum Jahreswechsel um bloße neun Euro erhöhte Regelsatz ist weiterhin nicht bedarfsdeckend. Widerspruch und Klage signalisieren auch Unverständnis für diesen Betrug am Erwerbslosen! Die quotierte Ablehnung der Widersprüche verursacht erhebliche Personal- und Sachkosten. Wenn jede ungerechte Entscheidung beklagt würde, wäre diese Erledigungspraxis nach kurzer Zeit erledigt!

Das Finanzamt dagegen regelt die Überbelastung kundenfreundlicher: Bei einem Antragsstau wird „auf Grün geschaltet“ und ungeprüft durchgewinkt. Leider gilt das auch für Millionäre. Der Vergleich eines Antrags auf ALG II und einer Einkommenserklärung (vorher Lohnsteuerjahresausgleich) zeigt, wie ungleich die Rahmenbedingungen sind: Bei der Einkommenserklärung wird alles geglaubt, nur die Lohnsteuerbescheinigung muss beigefügt werden. Beim Antrag auf ALG II wird wenig geglaubt, alles muss nachgewiesen werden – auch *ohne* Rücksicht auf das Sozialdatengeheimnis.

Inge Hannemann, Kronzeugin gegen eine demütigende Sanktionspraxis, kommt diesen **Montag** nach Bremen, zu einer interessanten Veranstaltung im Saal des Gemeindehauses der Sankt-Michaelis-Kirche, Doventorsteinweg 51: „Das bedingungslose **Grundeinkommen** als Ausweg aus Hartz IV“. Inge handelt wie die Sachbearbeiter der Arbeitsagentur in Frankreich, die sich geweigert haben, Erwerbslose zu schikanieren. Sie wurden von ihrer Gewerkschaft unterstützt. Diese Bewegung in die Amtsstuben nicht nur des Jobcenters zu tragen, wäre eine interessante Angelegenheit!

2. In der Kirche Unser Lieben Frauen wird eine Zwischenbilanz des Bündnisses „Aktiv gegen Wohnungsnot“ gezogen. Wir werden diese ergänzen, weil die Freie Hansestadt augenblicklich versucht, die **Mietobergrenzen** in ihrem Sinne anzupassen, also überwiegend zu senken. Ein Gutachten liegt schon länger vor, es wurde zwischenzeitlich „bearbeitet“. Diese Aktion ist nicht gerichtsfest, denn Bremen fehlt ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der Mietobergrenzen. Bremen ignoriert Gerichtsentscheidungen: Hier liegen die Mieten inzwischen oberhalb der Werte gemäß § 10 Wohngeldgesetz. Bremen spart somit durch Nichtstun!

Dies ist eine öffentliche Veranstaltung, es wird unter anderem der Bürgermeister anwesend sein. Mal hören, ob er den neuen Entwurf zur Anweisung an die Verwaltung in Sachen Kosten der Unterkunft und das mehrfach geänderte angebliche Gutachten dazu kennt, und wie der zuständige Sachgebietsleiter der Senatorin für Soziales dies erläutert. Es gibt leider immer etwas zu regeln. Damals haben wir die Zwangsumzüge verhindert – über 10.000 Haushalte in Bremen sollten umziehen. Dies ist ein erneuter Anlauf. Betroffen sind nicht nur Wohnungssuchende, sondern auch die Wohnenden!

3. Die Montagsdemo-Forderung „Weg mit Hartz IV“ steht für die Beseitigung von vielen Nachteilen zulasten der Menschen. Die Agenda 2010 hat Gerhard Schröder von der **Lissabon-Strategie** abgeschrieben, die alle Themen des Gemeinwesens umfasst; nur der Bereich Bildung wurde in Bologna verplant. Alles zusammen steht inzwischen im Lissabonner Vertrag. Dessen Schwerpunkt ist die Förderung der Unternehmer, die Sozialleistungen sollen auf eine minimale Deckung abgeschmolzen werden.

Die Leistungen des Staates sollen durch Verträge mit privaten Versicherungen ergänzt werden. Die Rente mit 67 ist einzuführen. Die Riester-Rente kostet den Steuerzahler viel Geld und bringt dem Versicherten wenig. Die gesetzlichen Rentenversicherungen müssen Werbung für die privaten Versicherungsunternehmen machen – ohne Provisionserträge oder Aufwandsentschädigung. Die Lissabon-Strategie hat zur Änderung der Rentenformel geführt: Renten, die heute bewilligt werden, sind rund 25 Prozent niedriger. Ein Viertel weniger bei gleicher Lebensleistung! Hierzu liefert das Buch „Die Vorsorgelüge“ von Holger Balodis und Dagmar Hühne eine Bestandsaufnahme.

Die gesetzliche Krankenversicherung wollte Gesundheitsminister Daniel Bahr am Ende seiner Amtszeit erlegen – in der Zeit danach. Daraus ist zum Glück nichts geworden. Darüber muss niemand traurig sein. Ein detaillierter Vergleich bringt die Nachteile der Privaten so gravierend auf den Tisch, dass die Versicherungen diesen Vergleich gar nicht erst antreten beziehungsweise der Interessent sein Interesse beendet. Der „Pflege-Bahr“ soll die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung durch entsprechende Verträge ergänzen. Das Kleingedruckte darin führte dazu, dass die Verbraucherzentrale sich gegen den Abschluss dieser Zusatzverträge ausgesprochen hat.

Die Steuererhöhungen für Spitzeneinkommen fallen der CDU/CSU zum Opfer, damit auch die Entlastung des Mittelstands. Es ist weniger Geld in den Kassen der Kommunen, der Länder und auch des Bundes. Die Schuldenbremse wirkt somit privatisierend! Den öffentlichen Händen bleibt wenig Spielraum. Bremen hat allerdings die Schuldenbremse *nicht* in der Landesverfassung verankert und darüber hinaus eine Privatisierungsbremse eingebaut: Für den Verkauf von „Tafelsilber“ muss die Zustimmung der Bürger eingeholt werden.

Warum? Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt kann der Sparkommissar dem Senat der Freien Hansestadt Anweisungen zur Änderung des Haushalts

geben. Das Parlament hat keinerlei Mitbestimmungsrechte mehr. Der Sparkommissar kann die Erhöhung von Steuern verfügen, auch eine Anhebung der Einkommen- und Lohnsteuer, außerdem eine Senkung der Regelsätze für ALG II. Natürlich ist die Änderung von Bundesgesetzen der *letzte* Akt – Bremen versucht erst einmal, die Kosten der Unterkunft zu reduzieren. Eines nur kann der Sparkommissar nicht: den Bürger ignorieren! Daher finde ich die Bremer Privatisierungsbremse nachahmenswert.

Den Sparkommissar gibt es bereits, die Zukunft ist also Gegenwart. Bremen ist durch die letzte Änderung im Länderfinanzausgleich hoffnungslos überschuldet. Die Möglichkeit zur Rückführung der Schulden hat Gerhard Schröder zerschlagen. Die Bremer haben zugestimmt, weil der amtierende SPD-Bürgermeister an die Erklärungen und Versprechungen seines Parteifreundes geglaubt hat. Es ist einfach zu viel Geld im Umlauf, zu viel Geld in den falschen Taschen. Die Zentralbanken fluten den Markt, Neudruck fast unbegrenzt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Der Anspruch auf einen Kita-Platz wurde leider nicht eingelöst

1. Nachdem die staatliche „Herdprämie“, euphemisierend auch **Betreuungsgeld** genannt, in den ersten zwei Monaten seit ihrer Einführung nur kleckerweise angenommen wurde, scheint sich nun langsam das Interesse der Eltern zu steigern: Nach Berechnungen der SPD seien für 160.000 anspruchsberechtigte Kinder immerhin „schon“ 50.000 Anträge gestellt worden, davon allein 12.000 im Freistaat Bayern. Im Gegensatz dazu soll das Interesse der Jobcenter an dem Betreuungsgeld allerdings enorm sein, da sie ALG-II-Bezieherinnen offenbar flächendeckend per Telefonakquise und Rundschreiben dazu drängen, es anzunehmen. Dabei würden gerade ihnen die hundert Euro extra im Monat bei neuen Arbeitschancen und bei der Altersabsicherung schaden.

Der „Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros“ fällt es allerdings schwer, diese Absicht dem Bundesarbeitsministerium nachzuweisen, dem selbstredend kein einziger solcher Fall bekannt sein will. Nein, niemals nicht würden Jobcenter Mütter „überreden“ wollen, Betreuungsgeld zu beantragen, um sie etwa ans Haus zu binden! Vielmehr wollten sie diese ja in Arbeit bringen. Auch solle in keiner Weise die Statistik geschönt werden. Dabei dürfen wir nicht vergessen,

dass Hartz-IV-Bezieherinnen im krassen Gegensatz zu anderen Müttern durch die „Herdprämie“ keinen einzigen Cent mehr im Portemonnaie hätten, da es ihnen zu hundert Prozent wieder vom Regelsatz abgezogen wird.

Wenn Bezieherinnen von ALG II genötigt werden, Betreuungsgeld als vorrangige Leistung zu beantragen, dann kann durch das völlig unsinnige Umverteilen innerhalb staatlicher Töpfe lediglich die CSU in den Medien im vollen Glanz ihres Erfolges erstrahlen, da das Betreuungsgeld von „so vielen“ angenommen und beantragt werde. Außerdem soll damit natürlich darüber hinweggetäuscht werden, dass der versprochene Anspruch auf einen Kindergartenplatz leider gar nicht eingelöst wurde.

2. Wenn Ende des Jahres wieder viele ALG-II-Bezieher einen **Weiterbewilligungsantrag** stellen, müssen sie ein neues Formular ausfüllen, in dem sich die meisten Fragen auf die aktuellen Verhältnisse über aktuelle Einkommen und Unterkunftskosten beziehen. Die Bundesagentur für Arbeit übertreibt es maßlos mit dem entwürdigenden, bevormundenden Prozedere bei den meisten Nachweisforderungen und verstößt dabei auch gegen Paragraphen des Bundesdatenschutzgesetzes, weil sie Verdienstabrechnungen, Kontoauszüge und Bewilligungsbescheide über andere Sozialleistungen unabhängig davon fordert, ob sie ihr bereits vorliegen oder nicht.

Ebenso verstößt die Forderung einer Meldebescheinigung für jede Person, die zur Familie – neoliberal neudeutsch: Bedarfsgemeinschaft – gehört, eklatant gegen § 67a SGB X, weil für die Datenerhebung aus dem Melderegister gar keine rechtliche Grundlage existiert. Jeder muss für sich selbst entscheiden, inwieweit er dem Nachweisen der bereits erbrachten Nachweise noch einmal nachkommt. Da sich im Zuge der Verfolgungsbetreuung viele Jobcenter nicht an geltendes Recht halten, muss damit gerechnet werden, dass der Weiterbewilligungsantrag nicht bearbeitet oder gar abgelehnt wird, wenn die – zu Unrecht – doppelt geforderten Nachweise nicht erbracht werden.

3. In ihrer Not wandten sich sechs **Werkvertragsarbeiter** aus Rumänien hilfesuchend an den Zoll, nachdem sie für ihre Arbeit seit Ende August zusammen nur rund 400 Euro verdient und jetzt nur noch zehn Euro im Portemonnaie und nichts mehr zu essen hätten. Auf einer Baustelle von Uni und Fachhochschule Osnabrück hätten die Männer bei einem Subunternehmer als Trockenbauer gearbeitet und in Containern „gewohnt“. Die Zollbeamten brachten die um ihr Geld geprellten Männer dann zum Deutschen Gewerkschaftsbund, die sich der Männer annahmen. Beim „Nordwestradio“ hörte ich in den Nachrichten zusätzlich, dass die Männer auf bloßen Matratzen ohne Decke schlafen mussten, was ich weder als Schlafstätte noch als Wohnen bezeichnen kann.

Die Uni sagte spontan ihre Hilfe zu und beköstigte die Werkvertragsarbeiter mit kostenlosen Mensaessen. Ein Vertreter der Universität sagte, es sei offenkundig notwendig, die Subunternehmer besser zu kontrollieren, bevor mit ihnen Ver-

träge abgeschlossen werden. Der betreffende Subunternehmer hat die von der Universität überwiesenen Gelder offenkundig nicht an seine Arbeiter weitergegeben. Es reicht wohl nicht aus, das Kriterium „Wer macht es am Billigsten?“ an oberste Stelle zu setzen! In neoliberalen Zeiten scheinen Begriffe wie Menschlichkeit, Verantwortung, Mitgefühl oder Fürsorgepflicht wie aus einer anderen, vergangenen Welt zu kommen, die nur noch mit dem Vorwurf überholter Romantik müde belächelt wird.

4. Der Umgang von Krankenkassen mit psychisch Kranken hat in den vergangenen Wochen für Aufregung gesorgt, als Betroffene über Sachbearbeiter klagten, die massiven Druck ausüben, Telefonterror und Einschüchterung betreiben. Im Zuge des Versuches, die deutlich steigenden Krankengeldkosten zu verringern, scheint sich nun im Gesundheitssystem ein neues, Geschäftsmodell zu etablieren, in dem externe Berater für Krankenkassen die Betreuung psychisch Kranker übernehmen. So wurde zum Beispiel der Münchner Johannes K. von seiner Krankenkasse, der AOK, zu einem „Beratungsgespräch zum Gesundheitsmanagement“ eingeladen.

Allerdings sollte dieses Gespräch nicht bei der Kasse selbst stattfinden, sondern mit einem Mitarbeiter von „Geon Case Management“, einen privaten Dienstleister, den die AOK beauftragt hat, um psychisch und chronisch Kranke zu betreuen. Der seit Monaten arbeitsunfähige Herr K. fragte sich, warum er zu solch einer „Pseudoveranstaltung“ gehen sollte, und dachte sich, dass die Kasse ihn unter Druck setzen wolle, schnell wieder zu arbeiten und damit kein Krankengeld mehr zu kassieren. Sein Anwalt bestätigte ihm, dass solch eine Beratung freiwillig sei und ihn die AOK nicht dazu verpflichten könne, mit den „Geon“-Leuten zu reden. Mit seiner Entscheidung, das „Angebot“ abzulehnen, sei Herr K. Teil einer kleinen Minderheit, wie „Geon“-Chefin Susanne Jacobs-Finkelmeier verlautbarte.

Dass 90 Prozent der von der Kasse angesprochenen Versicherten mitmachen, vermag ich noch zu glauben, nicht aber, dass sie hinterher dankbar für das „Angebot“ wären. Weil gerade psychische Erkrankungen oft mit längerer **Arbeitsunfähigkeit** einhergehen, in Deutschland schätzungsweise jährlich 2,2 Millionen Menschen wegen psychischer Krankheiten arbeitsunfähig sind und die Zahl der Fälle in den vergangenen 15 Jahren um fast 150 Prozent zunahmen, hätten fast alle Krankenkassen Krankengeld-Fallmanager eingestellt. Da hat sich eine neue Branche von Dienstleistern etabliert, die den Kassen versprechen: „Wir bringen psychisch Kranke zurück in den Job und damit raus aus dem Krankengeld“.

Jacobs-Finkelmeier weist es vehement zurück, dass „Geon“ die Versicherten noch subtiler unter Druck setze, als das beim Telefonterror einiger Kassen geschieht. Nein, natürlich sollten die Patienten alles bekommen, was sie brauchen, um gesund zu werden! So soll neben der Kooperation mit den Ärzten versucht werden, mit dem Versicherten direkt an seinen Problemen zu arbeiten, also Konflikte am Arbeitsplatz zu lösen und das Gespräch mit Kollegen oder Vorgesetzten zu suchen. Hallo, wer sind denn diese Berater? Meiner Meinung nach kann es

sich hier kaum um dafür geeignete, kompetente Fachleute wie Psychologen und Therapeuten handeln, da sie schlicht zu teuer wären und ja Geld eingespart werden soll.

Wen außer den Patienten und seinen Arzt geht es bitteschön überhaupt etwas an, woran der Betroffene leidet? Wenn der Arzt attestiert, dass der Patient krank im Sinne von arbeitsunfähig ist, dann hat die Kasse das zu akzeptieren und gefälligst Krankengeld zu bezahlen! Claudia Schlund von der „Unabhängigen Patientenberatung“ kritisiert, viele Patienten fühlten sich „genötigt, sich nackt auszuziehen, alles preisgeben zu müssen“. Viele psychisch Kranke seien nicht frei in ihrer Entscheidung, mit den Beratern zu reden, und machten nur aus Angst vor dem Damoklesschwert Leistungskürzung mit.

Der Datenschutz kann unter solchen Bedingungen kaum gewährleistet sein! Wehrt euch, Leute, lasst euch nicht alles gefallen! Wenn fast alle Kassen Krankengeld-Fallmanager eingestellt haben, dann wird hier fleißig „umverteilt“. Es soll wohl kein Geld mehr für die Kranken und Bedürftigen geben, sondern es soll in die „Betreuungsindustrie“ gesteckt werden, nach dem Vorbild bei den Erwerbslosen, die immer mehr einer „Erwerbslosenindustrie“ ausgeliefert sind, die sich an ihnen eine „goldene Nase“ verdient. Bloß nicht noch mehr Fallmanager, sonst leiden die Kranken bei den Krankenkassen wie die Erwerbslosen beim Arbeitsamt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Man muss nur lange genug klagen in Deutschland, und alles wird gut?

Diese Woche hat ein junger Mensch, der seinen Freiwilligendienst für die Menschen in Deutschland seit dem 1. August 2013 ableistet, eine Klage im Eilverfahren mit dem Antrag auf einstweilige Anordnung an das Bundesverfassungsgericht gestellt. Hier ein kleiner Auszug seiner Begründung:

„Leider wurde auch mein Eilverfahren mit Antrag auf einstweilige Anordnung vom Sozialgericht Oldenburg und die darauf folgende Beschwerde vom LSG Niedersachsen-Bremen in rechtswidriger und nicht verfassungsgemäßer Weise entschieden.

Meine verfassungsmäßigen Rechte auf körperliche Unversehrtheit und die Gleichbehandlung im Vergleich mit anderen jungen Menschen im ‚Freiwilligen Sozialen Jahr‘, die nicht auf ergänzende Leistungen aus dem SGB II angewiesen

sind, sind nicht gewährleistet, wenn ein Freiwilliger die zweckgerichteten Mittel für eine notwendige ausgewogene Ernährung erhält und ein anderer nicht.

Im öffentlichen Interesse dürfte auch der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit der Patienten der Herzkliniken in Deutschland liegen, die einen Anspruch darauf haben dürften, von gesundem und ausreichend ernährtem Personal betreut zu werden. Dieser Anspruch dürfte höherwertig sein, als der Anspruch von Jobcentern in Deutschland, zweckgerichtete Leistungen von öffentlichen Trägern rechtswidrigerweise teilweise auf die Leistungen von Sozialtransfers anzurechnen.

Aus all diesen Gründen besteht auch weiterhin für mich ein weiterer sofortiger Anordnungsgrund auf Nichtanrechnung meines zweckgerichteten Verpflegungsgeldes, welches ich allein durch eine Hauptklage aufgrund der Verfahrensdauer wohl niemals rechtzeitig erhalten würde."

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Strafverfahren eingeleitet: Leistungsbezieher hat Jobcenter nicht vorab über „Zeitreise" in Kenntnis gesetzt *(„Gegen Hartz")*

Schnatterinchen abgehört: Aber wir dachten doch, es gebe in Deutschland keine millionenfache Grundrechtsverletzung? *(„Bild"-Zeitung)*

Obama ist ein Lügner: Den Lauschangriff auf Merkel hat er persönlich gebilligt *(„Die Welt")*

Richtantennen hinter Sichtblenden: Die amerikanischen Spionagezentren in Deutschland müssen geschlossen werden! *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung")*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **28. Oktober 2013** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, aber wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

446. Bremer Montagsdemo am 28. 10. 2013

Wenn Menschen bis 67 arbeiten sollen, müssen ihnen die Türen für Ausbildungen geöffnet werden!

1. Drei von vier Arbeitnehmern sind im reichen Deutschland mit ihrem Gehalt unzufrieden. Dies ergab eine Umfrage der Commerzbank-Tochter Comdirect. Weil das Einkommen nicht ausreicht, um alle laufenden Ausgaben zu decken oder sich Wünsche zu erfüllen, sparen 53 der Befragten beim Einkauf durch das Achten auf Sonderangebote und Rabatte. 33 Prozent verzichten auf Urlaub, 30 Prozent verkaufen Gegenstände, um ihre Haushaltskasse aufzufüllen, und jede(r) Achte versucht es mit Lottospielen. Ein knappes Drittel kann noch auf Erspartes zurückgreifen, um finanzielle Durststrecken zu überwinden. Dass sich nur neun Prozent eine besser bezahlte Arbeit suchen, liegt sicherlich nicht an einem Mangel an Vorstellungskraft, sondern an den fehlenden Möglichkeiten dazu.

Dank der Hartz-Gesetze sind 16,1 Prozent der Bevölkerung, also jede(r) sechste Deutsche, trotz der vergleichsweise starken Wirtschaftsentwicklung von **Armut** bedroht. Im Jahre 2011 galten einer europaweiten Erhebung zufolge rund 13 Millionen Bundesbürger als arm oder armutsgefährdet. Ihr Anteil stieg seit 2005 mit „nur“ 12,2 Prozent armutsgefährdeter Menschen durch die zeitgleiche Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze bereits auf 15,8 Prozent im Jahr 2010 an. Als armutsgefährdet gilt nach der offiziellen Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes verdient. Diese Schwelle lag 2011 für eine allein lebende Person bei 980 Euro im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.058 Euro. Da die Gehälter in den unteren Lohngruppen beständig sinken, ist ebenso mit einer Absenkung des mittleren Einkommens zu rechnen.

2. Das Statistische Bundesamt teilt mit, die Zahl der Bezieher von Pseudo-**Grundsicherung** im Alter sei um 6,6 Prozent gestiegen. Am Jahresende 2012 erhielten

im früheren Bundesgebiet 30 von 1.000 Einwohnern über 65 Jahre und in den neuen Ländern einschließlich Berlin 20 von 1.000 Einwohnern dieses Alters Leistungen der „Grundsicherung“ im Alter. In den Stadtstaaten liegen die Zahlen besonders hoch: In Hamburg bezogen 62, in Bremen 55 und in Berlin 53 von 1.000 Einwohnern über 65 Jahre die notwendig gewordene Transferleistung, weil die Rente nicht ausreicht.

Die ältere Bevölkerung in Sachsen und Thüringen nahm mit zehn Beziehern je 1.000 Einwohner diese Zuwendungen am seltensten in Anspruch. Altersarmut ist in erster Linie „weiblich“: Im selben Zeitraum bezogen in Westdeutschland 33 von 1.000 Frauen über 65 Jahre und 25 von 1.000 Männern dieses Alters Leistungen der „Grundsicherung“. Zur Armutsstatistik müssten noch jene hinzugezählt werden, die – entweder aus Scham oder weil sie sich nicht der Verfolgungsbetreuung unterwerfen wollen – zusätzliche Leistungen gar nicht erst beantragen mögen.

3. Der Politikwissenschaftler Martin Kroh stellt die weit verbreitete Annahme in Frage, dass eine prekäre Wirtschaftslage sich direkt auf die politische Teilhabe auswirke. In dieser neuen Studie wird behauptet, dass weder Arbeitsplatzverlust noch Einkommensrückgang das politische Engagement von Menschen einschränke, weil die politische **Teilhabe** bereits durch die soziale Herkunft geprägt sei. In den vergangenen 30 Jahren sei die politische Beteiligung von Arbeitslosen und Menschen mit niedrigem Einkommen fast immer geringer als die der restlichen Bevölkerung gewesen. Diese Ungleichheit habe sich seit den 90er Jahren nur leicht verschärft. Verglichen mit anderen Demokratien falle jedoch auf, dass der Grad der Ungleichheit in der politischen Beteiligung nach sozialem Status in Deutschland überdurchschnittlich hoch sei.

Orlando Pascheit von den „Nachdenkseiten“ fragt, ob solche „krampfhaften Beweisführungen“ um die soziale Herkunft und dadurch entstandene Unterschiede bei Bildung und politischer Beteiligung nicht einfach vom Problem ablenken sollen, damit man ungerührt sagen kann: Mindestlohn und Lohnerhöhungen bringen es nicht. Meiner Meinung nach wird auch bewusst übersehen, wie die Hartz-Gesetze es ermöglichen, dass jede(r) binnen nur eines Jahres abgrundtief in die Schlucht von Hartz IV abstürzen kann. In das Prekariat stürzt es sich gnadenlos, unabhängig von der eigenen vormals bestehenden sozialen Schicht!

4. Nur wenige Menschen in Deutschland trauen sich mit über 40 Jahren, wieder ganz von vorne anzufangen, oder bekommen die Chance dazu, (noch) eine Ausbildung zu machen. Nicht einmal 1.100 Menschen im Alter von 40 Jahren und mehr schlossen nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr neue Verträge für eine duale **Berufsausbildung** ab. „Senior-Azubis“ werden von der Bundesagentur nur gefördert, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen umschwenken müssen, wenn es für sie im erlernten Beruf kei-

ne Chancen mehr am Arbeitsmarkt gibt, oder wenn sie keinen Berufsabschluss haben.

Auch das „Bundesinstitut für Berufsbildung“ in Bonn geht davon aus, dass sich künftig mehr ältere Menschen für eine Ausbildung interessieren werden und die Nachfrage der Unternehmen mit dem „Fachkräftebedarf“ wachsen wird. Hier könne eine „Win-Win-Situation“ entstehen, an der sich sowohl Staat als auch Unternehmen beteiligen können – wenn das Arbeitsamt mitspielt. Mir sind freilich Fälle bekannt, in denen das Arbeitsamt ausbildungswillige „Senioren“ mit allen Schikanen an einer (weiteren) Ausbildung hinderte. Wenn aber erwartet wird, dass Menschen bis fast 70 Jahre arbeiten sollen, dann müssen ihnen selbstverständlich auch die Türen weit und unterstützend für Umschulungen und Ausbildungen ihrer Wahl geöffnet werden!

Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie es sich anfühlt, mit erheblich mehr Lebenserfahrung als Endvierzigerin mit dreißig Jahre jüngeren Mitschüler(inne)n zusammen die Schulbank zu drücken. Mir fiel das Lernen leicht; ich konnte mich gut konzentrieren und in meinem Alter oft eher die notwendige Selbstdisziplin aufbringen, die dann zum Ziel führt, und dabei noch andere mitnehmen. Für mich hat es sich gelohnt: Ich bekam noch mit über 50 Jahren eine unbefristete Vollzeitstelle. Allerdings musste ich mich auch nicht zu etwas zwingen, was mich nicht interessiert – zum Beispiel hätte ich eine technische Ausbildung nicht so gut hinbekommen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die „**Arbeitnehmerkammer** Bremen“ hat eine **Studie** über das **Jobcenter** vorgelegt. Sie heißt „Qualifizieren statt Aktivieren“ und wird am **Dienstag**, dem **29. Oktober 2013**, von **10** bis **15:30 Uhr** im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer vorgestellt.

Vielen Menschen bleibt nach Mietabzug weniger Geld als die Grundsicherung

1. Ich war – wie auf der 445. Bremer Montagsdemo angekündigt – in der Kirche Unser Lieben Frauen. Diese Gemeinde setzt sich aktiv für die Menschen ein und bietet eine Winterhilfe. Die Veranstaltung des Bündnisses „Aktiv gegen Wohnungsnot“ war gut besucht. „Barlo“ hatte alle im Griff. Der Bürgermeister wiederholte seine Zwischenbilanz. Er lobte die „Gewoba“ für die Bereitstellung der Wohnungen für Flüchtlinge. Vor 14 Tagen hat er sie auch für den Studentenheimbau

gewinnen können. Er freut sich über den Zustrom nach Bremen. Leider ist die Unterbringung noch verbesserungswürdig.

Die Besucher beschrieben ihre Erfahrungen, auch stellvertretend für ihren Aufgabenbereich. Fast alle Mängel des „Wohnens“ wurden angesprochen. Die Mietpreiserhöhungen dominierten aus meiner Sicht in Verbindung mit der erfolglosen Wohnungssuche. Es ging auch um Leerstände, Bürogebäude, Hausmeisterwohnungen, Mieterhöhungen – Spitze waren viermal 20 Prozent, entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen – und die Sorge, in der Wohnung verbleiben zu können. Die Antwortrunde unterstrich die Hilflosigkeit der Bremer Politik gegen diese Mieterhöhungsverlangen und Mietsteigerungen bei Neuvermietungen.

In der zweiten Runde des Publikums kam auch die geplante Veränderung (überwiegend Reduzierung) der **Mietobergrenzen** zur Sprache und dass es diese Wohnungen einfach nicht gibt. Die Zahlen der Mietpreiserhebung stammen vom März 2010 und sind nach spätestens vier Jahren neu zu erheben. Die Schlichthotels sind ausgelastet, der „Wohnungshilfe“ fehlt es an Wohnungen. Ohne Wohnungen kann auch die „Wohnungshilfe“ nicht helfen! Die Vorlage des Mietvertrags im Amt – bevor er unterschrieben ist – muss aufgehoben werden! Diese Regelung ist überholt und erschwert die Wohnungsfindung. Dem SGB II kann anders entsprochen werden. Mir ging es um die Frage, wieso ein sachkundiger Abteilungsleiter die Mietobergrenzen erneut nicht sauber feststellt und dabei die Gesetze und die Entscheidungen des Bundessozialgerichts nicht befolgt Die Menschen werden durch die zu niedrige Mietobergrenze geschädigt!

Die Antwortrunde ging nicht auf alle Fragen ein. Der sachkundige Abteilungsleiter bezeichnete den Findungsvorgang für die Mietobergrenzen als „wissenschaftlichen Prozess“ und ging nicht auf die Verletzung der Rahmenbedingungen ein. Nachfragen waren nicht erwünscht. Zu den Mieten im SGB II sagte er sinngemäß unter anderem: „Wir zahlen 200 Millionen Euro für die Kosten der Unterkunft, mehr geht wirklich nicht. Wenn wir die Mietobergrenzen erhöhen, folgen prompt die Mieterhöhungen der Vermieter.“ Die nächste Fragerunde war mit anderen Besuchern, aber ähnlichen Problemen. Wieder hieß es vonseiten der Politik: „Wir können dies nicht ändern.“

Die Politik hat sich als mittellos dargestellt. Die Politik hat nicht begründet, warum die Mieterhöhungen bisher nicht auf 15 Prozent gedeckelt wurden. Die Politik hat nicht dargelegt, warum entsprechende Regelungen bisher nicht in den Bundesrat eingebracht wurden. Wenn Bremen dies nicht ändern kann – über eine Bundesratsinitiative geht’s! Beim Thema Mietwucher hat sich die Politik sehr betroffen gezeigt. Mietwucher kann Bremen einem Vermieter schlecht nachweisen, weil kein qualifizierter Mietspiegel erstellt wurde. Ganz anders in Ravensburg: Dort ist der qualifizierte Mietspiegel „ein Instrument gegen Mietwucher“

Mieterhöhungen wurden den Vermietern von der Politik immer einfacher gemacht. Für ein Mieterhöhungsverlangen Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand zu benennen, war so eine gravierende Verschärfung für die Mieter. Jetzt wurde auch noch die Räumungsklage einer Wohnung vereinfacht und vermieterfreundlicher gestaltet. Die Hinterlegung von Sicherheiten im Kampf um die Wohnung ist gerade Menschen mit wenig Geld kaum möglich. Diese Verschärfung wurde nicht begleitet durch die entsprechende Ergänzung der Sozialgesetze. Es gibt viel zu tun, um das soziale Gleichgewicht wieder herzustellen!

Sollen alle Erwerbslosen jetzt ein schlechtes Gewissen bekommen? 200 Millionen Euro sind unzweifelhaft viel Geld – 200.000 Euro für den Mietspiegel auch. Freilich hat Bremen 50 Millionen Euro durch die Einführung von ALG II gespart – und spart weiterhin. Was können die Leistungsbezieher dafür, dass sie immer mehr werden? Allein die Grundsicherung muss zur Ergänzung der Renten beitragen, seit diese bei der Bewilligung durch die geänderte Rentenformel geringer sind. Bremen kann dies gelassen sehen, weil die Ausgaben für die Grundsicherung vom Bund erstattet werden.

Menschen mit Leistungsansprüchen ziehen in kleinere Wohnungen, um die Mietobergrenzen einzuhalten und Kürzungen zu vermeiden. Die Folgen bei zu wenig Raum sind bekannt, die Folgekosten erheblich. Die persönliche Beeinträchtigung durch zerbrochenes Glück ist schlecht einzuschätzen. All dies durch zu niedrige Mietobergrenzen! Sie wurden einfach so dahergeschummelt. Betrug am Bürger! Eigentlich müssten noch mehr Menschen Sozialleistungen beantragen, weil ihre Mietbelastung weniger Geld zum Leben überlässt als die Grundsicherung. Den Betroffenen kann ich nur raten, diesen Antrag zustellen. Die Grundsicherung ist die geringste Absicherung für ein Überleben.

Wer arbeitet, bekommt für den Lohn einen Freibetrag und hat immer mehr Geld zur Verfügung als ein Erwerbsloser ohne Arbeit. Auch die Grünen wollen laut „Weser-Kurier“ die Probleme der Mietobergrenzen überdenken. Die Notwendigkeit einer Erhöhung durfte unstrittig sein. Auch die Grünen stellen fest, dass immer mehr Menschen Klagen gegen diese Mietobergrenzen vor dem Sozialgericht gewinnen. In diesem kleinen Zeitungsbeitrag wurden alle Fakten genannt. So wird der „wissenschaftliche Prozess“ ganz einfach begreifbar.

Wer heute als Leistungsbezieher seine Miete nicht im vollem Umfang erstattet bekommt, sollte gegen den aktuellen Bescheid – eventuell auch erst gegen den nächsten – Widerspruch einlegen. Dass in Bremen die Mietobergrenzen zu niedrig waren, steht auch in der noch aktuellen Anweisung an die Verwaltung auf Seite 69. Wer auf Wohnungssuche ist, schreibe bitte seine Erfahrungen auf! Ich bin auch an „Teillieferungen“ interessiert. Alles rund um die Kosten der Unterkunft ist auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemo nachzulesen.

Wie Harald Thomé von „Tacheles Sozialhilfe“ informiert, hat das Bundessozialgericht für das SGB VII die Berliner Mietobergrenzen kassiert. hier Berlin hat keine gültigen Mietobergrenzen und muss alle Kürzungen für die Miete und auch für die Heizkosten nachzahlen. Die tatsächlichen Kosten der Unterkunft sind die

angemessenen Kosten der Unterkunft. Genauso sieht mit den Mietobergrenzen in Bremen für alle Leistungsbezieher aus.

2. Wie Harald Thomé weiter informiert, sind umfassende SGB-II-Änderungen geplant: Unter Federführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die massive Änderungen und auch **Verschärfungen** zum SGB II plant. Dazu gibt es eine erste Veröffentlichung, mit der die Änderungen unter dem Motto „Vereinfachung des passiven Leistungsrechts einschließlich des Verfahrensrechts im SGB II“ dargestellt werden. Wer sich die Details anschaut, wird eine Vielzahl von Verschärfungen finden. Jetzt sind die Wohlfahrts- und Sozialverbände und sonstige Interessensvereinigungen gefragt, sich dazu zu positionieren. Dabei spottet schon die kommende Regelsatz-„Erhöhung“ um bloße neun Euro jeder Beschreibung. Daher sollte auch gleich gegen die Höhe des Regelsatzes Widerspruch einlegen, wer mit dem Geld nicht rund kommt! Wer noch einen Widerspruch oder eine Klage gegen den alten Regelsatz laufen hat, sollte auch der Erhöhung widersprechen.

3. Ein Handy von Frau Merkel wurde abgehört. Eines von dreien? Inzwischen wird die in Sichtweite des Reichstages liegende US-Botschaft als Ort der **Überwachung** in Erwägung gezogen. Wenn dies so ist, wurde bestimmt nicht nur das Handy von Frau Merkel abgehört. Die Gesprächsüberwachung konnte aus dieser Entfernung sicher für *alle* Telefone durchgeführt werden. Die Feststellung der Gesprächsinhalte sowie der Bewegungsdaten der Handys im Gebäude und in der Umgebung ist sicher kein Problem. Die Handynummern müssen dafür nicht bekannt sein. Das Überwachungsprogramm wird auch von der Polizei eingesetzt.

Ein abhörsicheres Handy ist wahrscheinlich erst seit Kurzem in Betrieb. Nach einem Bericht sollte die Lieferung im Sommer erfolgen. Von Festnetzanlagen ist bekannt, dass die Raumüberwachung per Telefon auch bei aufgelegtem Hörer möglich ist. Wieso sollte das nicht auch bei Handys einprogrammierbar sein? Es ist möglich, per „stummer SMS“ die genaue Position eines Handys zu orten. Das Verfahren wird immer mehr von der Bremer Polizei eingesetzt. Der Nutzer des Handys merkt nichts davon. Dies geht auch, wenn das Handy ausgeschaltet ist. Diese Überwachung wird noch viel Aufklärung erfordern, Snowden sei Dank! Die Nebenwirkung – die Erkenntnis, dass der amerikanische Präsident ein Lügner sein könnte – tut weh!

Diese Tatsache und ihre Behandlung zeigen auch die Disharmonie zwischen SPD und CDU. Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, äußerte sich am Sonntag zur Abhöraffäre. Seine Meinung und Bewertung waren für mich gewöhnungsbedürftig. Ein Untersuchungsausschuss? „Sollen die Kleinen doch machen. Die SPD wird sich unserer Meinung anschließen, als Koalitionspartner reden wir mit einer Zunge“, sagte er sinngemäß. Eine mächtige Kröte, die der SPD da zugemutet wird. Dabei geht es doch auch ohne Frau Merkel!

4. Der amerikanische Präsident ist Oberkommandierender der Drohnenangriffe. Die ARD hat über die Untersuchung in Pakistan berichtet: Die Drohne hat einen Angriff geflogen und dabei eine Großmutter bei der Feldarbeit getötet. Anschließend hat die Drohne gewendet und die zur Hilfe eilenden Familienmitglieder angegriffen. Schon die alte Frau hätte als solche erkannt werden müssen. Die Tötung war Mord! Die Rückkehr der Drohne zwecks Angriff auf die Familienmitglieder war auch eine Verletzung des Völkerrechts. „Amnesty" hat diesen Angriff und weitere detailliert untersucht. Die Reaktion der amerikanischen Regierung war einer Demokratie unwürdig. Die Antwort der Bundesregierung steht noch aus. Die Drohnen kreisen unentwegt, die Menschen in Pakistan hören sie Tag und Nacht. Dies muss für den Soldaten vor dem Bildschirm sehr langweilig sein. Wird jetzt versucht, den „Finger am Abzug" zu finden? In Pakistan ist der Zulauf zu den Taliban gesichert!

Kunduz wurde von der **Bundeswehr** geräumt. Jetzt sollen die afghanische Polizei und das afghanische Militär die Sicherheit garantieren. Es gibt aber auch Bewaffnete, die weder der Polizei noch dem Militär angehören, aber alle Rechte der Ordnungskräfte für sich beanspruchen. Ausgerüstet wurden diese Personen von der deutschen Bundeswehr, weil die afghanischen Sicherheitskräfte sich überfordert fühlten. Die Bürger in Nordafghanistan haben kein Vertrauen zu diesen Sicherheitskräften, denn sie haben in der kurzen Zeit Übergriffe erlebt. Sie überlegen, wieder zur Waffe zu greifen und ihre Sicherheit selbst zu regeln. Vorher haben sie Reporter der ARD um Hilfe gebeten. Reaktion der Bundeswehr?

Die Unterstützer der Deutschen werden von den Taliban bedroht. Aber auch wer diese Bedrohung nachweisen kann, darf nicht zu uns kommen. Die Anträge werden bearbeitet: „Wir melden uns." Hoffentlich ist es dann nicht zu spät! Beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gab es erhebliche Ausrüstungsmängel, unter anderem konnten anfangs die Sprengfallen nicht gefahrlos unschädlich gemacht werden. Die Pannenserie ist leider nicht zu Ende – jetzt sind die Hubschrauber dran. Der neue Hubschrauber wurde in Amerika getestet und ist durchgefallen. Er soll trotzdem in Afghanistan eingesetzt werden, auf Befehl des Bundesverteidigungsministers. Dazwischen liegt ein Vorfall mit den G36-Gewehren, wie „Frontal 21" berichtet. Der Bundesminister der Verteidigung hat die Gewehre beschaffen lassen, obwohl die Gewehre im Einsatz nach Erhitzung daneben-schießen! Eine tödliche Gefahr für unsere Soldaten, für die Hinterbliebenen eine Zumutung. Eine weitere Zumutung besteht daheim in der „Bewachung" von Demonstrationen mit anderen Uniformen und Ausrüstungen.

5. Beim Stichwort „Rassenpflege im völkischen Staat" bin ich gedanklich sofort im „Dritten Reich" bei den Nazis. Dies ist jedoch falsch: Der Beginn liegt im Kaiserreich. Umso ungeheuerlicher! Dargestellt in einer Doktorarbeit aus dem Jahr 2002 werden das Aussortieren und die **Sonderbehandlung** von Menschen, die nicht für die Produktion taugen. Wer die 377 Seiten nicht lesen will, sollte wenigstens die Seiten 1 und 2 sowie die letzte Seite lesen. Für mich war es ungeheu-

erlich. Der Vergleich mit heute erzeugt eine Gänsehaut. Auf Seite 2 unten steht etwas über den Regelsatz, pardon: über die damalige „Zuwendung“. Bei der letzten Seite in diesem Zusammenhang bitte auch Abschnitt 3 meiner Rede auf der 444. Bremer Montagsdemo lesen.

Als Ausgleich etwas witzig Aufbereitetes mit ernstem Hintergrund: die „Heute-Show“ vom 18. Oktober 2013. Das Bistum München hat Wohnungen. Dies ist der Revision ebenso unbekannt wie die Mieteinnahmen. Ist das Geld teilweise in Rom geblieben, wo das Bistum für knapp zehn Millionen Euro eine Villa gekauft hat? Die Kirchen sollten schnellstens die Kassen vollständig offenlegen, auch in Teilabschnitten. Am einfachsten mit dem Bargeld und den Kontoständen beginnen. Die Vermögensbewertung kann nachgereicht werden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Bei der Sitzung der **Sozialdeputation** am **Donnerstag**, dem **31. Oktober 2013**, ab **15 Uhr** im **Bürgerschaftsgebäude** geht es um die **Mietobergrenzen** einschließlich aller Rahmenbedingungen, die Unterbringung von Flüchtlingen, den Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen sowie um die Schuldnerberatung.

Wer kämpft, muss gewinnen!

Heute bekam der junge, auf ergänzende Leistungen des SGB II angewiesene Mann im Freiwilligen Sozialen Jahr, der eine Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf einstweilige Anordnung gestellt hatte, die Mitteilung vom Verfassungsgericht, dass seine Beschwerde eingegangen ist und im Verfahrensregister eingetragen wurde. Mal sehen, ob sich das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Gleichbehandlung von Personen einer Gruppe durchsetzt! Ich bin diesbezüglich eigentlich immer noch sehr optimistisch.

Für ganz falsch halte ich übrigens die Auffassung der Oldenburger Sozialrichterin, sich in diesem Fall teilweise auf das Verfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2010 berufen und daraus folgern zu können, der Regelsatz für Transferempfänger müsse sich im Bereich Ernährung aus dem Teil der Bevölkerung berechnen lassen, die mit ihrem Einkommen nur knapp oberhalb der Hartz-IV-

Regelsätze liegen. Das Personal in den Krankenhäusern sollte doch wohl eher nicht zu den Niedriglöhnern zählen!

Wäre das in diesem Fall richtig, müssten die Kollegen in den Krankenhäusern, die wie der junge Freiwillige dort ihren Beruf ausüben, allesamt mit der Mangelernährung nach SGB II auskommen. Wenn man schon den Hartz-IV-Empfängern keine Mangelernährung zumuten sollte – was ja der Fall ist und durch die Inanspruchnahme von „Tafeln“ bewiesen wird! –, so dürfen doch niemals schwerstarbeitende Menschen, die auch keine Möglichkeit haben, überhaupt die „Tafeln“ aufzusuchen, verpflichtet werden, mit einer solch unzureichenden Ernährung über die Runden zu kommen, nur weil sie auf ergänzende Leistungen aus dem SGB II angewiesen sind!

Der junge Mann kämpft um seine verfassungsmäßigen Rechte, und ich werde ihn hierbei mit meinen laienmäßigen Kenntnissen so gut wie möglich unterstützen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Jobcenter verweigert Diabetes-Krankem Hartz IV: Und anschließend will es die kritische Berichterstattung darüber unterbinden *(„Gegen Hartz“)*

Kein Massengrab im Mittelmeer! Uneingeschränktes Asyl- und Bleiberecht!

Seit zwei Wochen veranstaltet die Polizei in Hamburg eine regelrechte Menschenjagd auf 300 Lampedusa-Flüchtlinge aus Libyen. Mit breiter Unterstützung aus der Bevölkerung fordern die afrikanischen Arbeiter ein Bleiberecht für alle als Gruppe. Fast täglich gibt es Demonstrationen und Schutzmaßnahmen der Nachbarschaft in Sankt Pauli, wo die Kirche 80 Flüchtlingen Übernachtungsplatz und Verpflegung bietet. Wer sich von den Flüchtlingen nicht freiwillig meldet, um seine Personalien anzugeben, wird zur Fahndung ausgeschrieben. Die Flüchtlinge weigern sich, weil sie die Abschiebung fürchten. Sankt Pauli wird immer mehr zum Jagdgebiet der Polizei. Schwarzafrikaner werden angehalten, isoliert und in aller Öffentlichkeit gefilzt. Über 15 Polizisten in Kampfmontur umzingelten *einen* afrikanischen Mann.

Die tägliche Polizeiaktion gegen die Flüchtlinge erklärt Pastor Sieghard Wilm von Sankt Pauli: „Dies ist ein Versuch, uns zu zermürben und uns zu diskredi-

tieren, doch wir lassen uns nicht kleinkriegen.“ Die Solidarität in der Bevölkerung wächst täglich. Am Wochenende demonstrierten 5.000 Menschen allein in Hamburg gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik des Hamburger Senats und der EU. In Oldenburg konnten über 100 Teilnehmer durch eine Blockade die Abschiebung eines Mannes von der Elfenbeinküste verhindern.

Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. Seit 1995 sind dort ungefähr 20.000 Menschen auf ihrer Flucht gestorben. Sie fliehen vor Krieg, Umweltkatastrophen, Verfolgung oder Hungertod. Auf der 10. Berliner Herbstdemonstration der bundesweiten Montagsdemonstration berichteten Lampedusa-Flüchtlinge aus Hamburg von der Odyssee ihrer Flucht. Sie mussten aus Ghana emigrieren, weil sie dort ihre Familien nicht mehr ernähren konnten. In Libyen konnten sie als Facharbeiter leben, bis der Angriffskrieg der Nato sie wieder zur Flucht gezwungen hat. „Wir wollen, dass uns Europa unser Leben, das es uns genommen hat, wieder zurückgibt. Das bedeutet, dass wir arbeiten können und eine Wohnung haben.“

Nach der Schiffskatastrophe mit 360 Toten haben die europäischen Regierungen Krokodilstränen geweint. Aber wie sieht ihr wahres Gesicht aus? Für CSU-Innenminster Friedrich ist der weltweite Flüchtlingsstrom „reiner Sozialtourismus“. Nach offiziellen Zahlen sind 43 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie riskieren ihr Leben, verlassen ihre Heimat und ihre Familien. Alles nur zum Spaß? Wie zynisch! Ihnen werden durch die kapitalistische Profitwirtschaft die Lebensgrundlagen zerstört.

Die europäischen Regierungen wollen ihre Flüchtlingspolitik nicht verändern, im Gegenteil: Sie ziehen die Mauern um Europa noch höher. Das EU-Parlament beschloss am 10. Oktober 2013 – nur wenige Tage nach der Tragödie von Lampedusa – für 250 Millionen Euro das Grenzüberwachungssystem „Eurosur“ aufzubauen. Damit soll der EU-Genzschutz „Frontex“ bei seiner Jagd auf Flüchtlingsboote noch effektiver werden. Mit Drohnen, Luftüberwachung, bewaffneten Grenzeinheiten und noch mehr Schiffen soll „Eurosur“ mit modernster Technik jedes Flüchtlingsboot abgefangen und nach Afrika zurückbringen.

„Kein Land nimmt so viele Flüchtlinge auf wie Deutschland“, behauptet Innenminister Friedrich. Das ist dreist gelogen: Gemessen an der Einwohnerzahl steht Deutschland erst an zehnter Stelle in der EU. In Deutschland beantragten 2013 bisher 74.194 Menschen Asyl („Spiegel“ 42/2013), aber nur ein Prozent von ihnen hat es erhalten. Deshalb sollten wir uns auch als Montagsdemo dafür einsetzen: Uneingeschränktes Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage! Unbegrenztes Bleibe- und Arbeitsrecht für die Lampedusa-Flüchtlinge! Hoch die internationale Solidarität!

Harald Braun

Nicht die Flüchtlinge verstecken ihre Identität: Sondern die europäischen Regierungen verstecken sich vor der Verantwortung *(„Lampedusa in Hamburg“)*

Eine Gruppe Bremer Christen, darunter auch Pastoren, hat sich zusammengefunden, um am **Donnerstag**, dem **31. Oktober 2013**, dem **Reformationstag**, um **11 Uhr** am **Bremer Dom** in Luther-Manier gegen die **Militärseelsorge** zu protestieren. Die Kirchen sollen Soldaten stattdessen Seelsorge in gemeindeeigenen Räumen anbieten, um sich aus der unseligen Verbindung mit dem Militär zu lösen!

Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant(inn)en“ ruft für **Samstag**, den **2. November 2013**, um **11 Uhr** auf zur **Kundgebung** für die Anerkennung der Gruppe „**Lampedusa in Hamburg**“. Treffpunkt ist das Schweinedenkmal in der **Sögestraße**. Nach einer kurzen Demonstration zum Hauptbahnhof fahren wir gemeinsam mit Niedersachsentickets mit dem Zug um 12:33 Uhr zur bundesweiten Demonstration nach Hamburg, die dort um 14 Uhr am Hauptbahnhof beginnt.

Das Aktionsbündnis „Bremen 21 – die sinnvolle Alternative für die **Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes**“ lädt ein zum **Baustellenfrühstück** am **Bauzaun**. Beginn ist um **7:30 Uhr** am **Montag**, dem **4. November 2013**. Belegte Brötchen und Kaffee sind aber bitte selbst mitzubringen.

Die nächste **Bremer Montagsdemo** findet am **4. November 2013** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** statt.

Es gibt keinen Dispo-Kredit für Hartz-IV-Leute

Eigentlich könnte alles so schön sein, müsste man denken. Die drin sind im System meinen ja, dass alles nur wunderschön ist, obwohl diese zwei Drittel auch an den Machtapparat der Banken gebunden sind. Die Etablierten denken gar nicht darüber nach, wer sie überhaupt sind. Sie sind den wahren Schmarotzern dienlich und verpflichtet. Sie müssen ihren Lohn gleich nach Erhalt anderen geben. Sie müssen wegen ihrer gemachten Abhängigkeit immer einen großen Blutzoll leisten von ihren Lohnwerten.

Banken haben eigentlich keinen Wert, sie halten bloß deinen Lohn fest. Schon in Millisekunden schieben sie ihn, ohne dich zu fragen, irgendwo hin. Dort wird dann auch wieder Abhängigkeit geschaffen, bei Lohnbauern in Indien zum Beispiel. Ich wollte heute nur mal was von der Bank haben, damit ich wieder wirtschaften kann, doch weil ich Mini-Rentner bin, sind sie natürlich so frech und nut-

zen eine Verneinung zur Einschüchterung, die uns für Minilohn gefügig machen soll.

So ist diese neoliberale Politik, die alle großen Parteien machen. Es ist einfach fürchterlich: Bei Menschen, wo Banken minimale Verluste machen, gibt es keine Sympathie und keine Witwerwürde. Alle Hartz-IV-Abhängigen bekommen keinen Dispokredit, selbst wenn es ein gesundheitlicher Notfall wäre und um Medikamente und Arztkosten ginge. Einschüchterung und Abhängigkeit ist der Banken Macht, und die muss gebrochen werden!

Die Merkel hat es im Krisenzeitalter tatsächlich gewagt, der Masse von Dienstleistungen zu erzählen. Banken sind nur da, um zu dienen, um mein Geld sicher zu verwahren, damit ich als freier Mensch immer selbst darüber bestimmen kann. Die Merkel hat da eine ihrer größten Lügen vorgebracht, weil diesen Bank-Sammelstellen selbständig mit unserem Geld spielen dürfen, ohne dich zu fragen, sobald der „Lohn“ der Arbeit in eine Zahl umgewandelt ist. Wenn wir uns dagegen verteidigen und wieder unserer eigener Herr sein wollen, sollten wir unser Geld selber verwalten, so wie manche Franzosen es auch schon tun und damit Banken entmachten können!

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

War ja klar: Der amerikanische Geheimdienst wertet die Inhalte sämtlicher E-Mails und Telefonate aus *(„Die Welt“)*

Privat suchen: Umleitungsdienst verhindert, dass Google Anfragen einem Nutzer zuordnet *(„Startpage“)*

„Hoffentlich wird er nicht Minister“: *Spezialdemokrat* Lauterbach wollte trotz Spitzenverdienst keinen Unterhalt für seine Kinder zahlen *(„Bild“-Zeitung)*

Arm gehalten, ausgegrenzt, sanktioniert, gegängelt, bevormundet: Hartz IV macht jede(n) Dritte(n) psychisch krank *(„Spiegel-Online“)*

Freispruch für Brechmittel-Folter: Weder Scherf noch Röwekamp werden für Polizeimord an einem Afrikaner zur Rechenschaft gezogen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

447. Bremer Montagsdemo
am 04. 11. 2013

Hartz IV macht krank – und die behauptete „Trendwende“ bei den Klagen gibt es nicht

1. Wenn sich ausgerechnet die „Bild“-Zeitung auf eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit beruft, muss dabei augenscheinlich solch eine herzallerliebste Überschrift wie „Hartz-IV-Empfänger klagen deutlich seltener“ herauskommen. Da wird Wunschdenken mal wieder ganz groß geschrieben! Denn auch die Arbeitsagentur sieht hier die „Trendwende“ erreicht und berichtet, die „Zahl der **Klagen** und Widersprüche von Hartz-IV-Empfängern sei in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stark zurückgegangen“.

Bis Juni sollen danach 272.990 neue Widersprüche bei den Jobcentern und 55.070 neue Klagen bei den zuständigen Gerichten eingegangen sein, obwohl die Statistik der Bundesagentur für Arbeit in ihren monatlichen Veröffentlichungen deutlich höhere Zahlen nennt. Nach Berechnung des Bremer „Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ hingegen summierten sich zwischen Januar und Juni 2013 die Zugänge der Widersprüche auf 333.787 und die der Klagen auf 65.947. In den Monaten Januar bis September 2013 gab es 511.246 neue Widersprüche und 102.043 neue Klagen.

Es scheint hier suggeriert werden zu sollen, dass sich immer weniger Erwerbslose wehren oder die Bescheide neuerdings korrekter sind. Andererseits erscheint es mir logisch zu sein, dass bei sinkenden Bezugszahlen natürlich auch signifikant weniger Klagen eingereicht werden. Daraus wie die Bundesagentur für Arbeit eine „Trendwende“ abzuleiten, halte ich für schlechten Scherz. „Wenn die Bundesagentur für Arbeit von einer ‚Trendwende‘ spricht, sollte Obacht erste Bürgerpflicht sein“!

2. Aus einer Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ und der Universität Halle-Wittenberg geht hervor, dass mehr als jede(r) dritte Hartz-IV-

Bezieher(in) psychisch krank ist: Bei mehr als einem Drittel der Langzeiterwerbslosen wurde innerhalb eines Jahres mindestens eine psychische Beeinträchtigung festgestellt, viele seien an affektiven und neurotischen Störungen, **Depressionen** und seelisch bedingten körperlichen Leiden erkrankt. Allerdings gilt nur bei wenigen die Erwerbsfähigkeit als eingeschränkt. Da bleibt wohl die Frage, was eher da gewesen ist: die Henne oder das Ei!

Es steht zu befürchten, dass dieses Studienergebnis dazu genutzt werden soll, Arbeitslose noch intensiver zu „betreuen". Dabei dürfte doch außer Frage stehen, dass nur in wenigen Fällen psychische Krankheiten zu Erwerbslosigkeit führen. Vielmehr kann umgekehrt die dauerhafte Ausgrenzung und Stigmatisierung von Erwerbslosen mitsamt ihren Familienangehörigen, die darunter ebenso leiden müssen, weitaus eher psychisch krank machen! Was mag denn bloß mit Menschen geschehen, die tagein, tagaus der Verfolgungsbetreuung durch die Jobcenter – wie potentiell ständig sanktionierbares, zu gängelndes Freiwild – ausgesetzt sind, das gerne bevormundet wird und ein Damoklesschwert über sich schweben hat?

3. Seit zwei Jahren gibt es nun den deutschen „**Bundesfreiwilligendienst**", und die „ehrenamtlichen" Helfer müssen sich mit maximal 348 Euro monatlich begnügen. Eigentlich sollten die „Bufdis" die „Zivis" ersetzen und sich mit 40 Wochenstunden in Kommunen, Kliniken und Wohlfahrtsverbänden engagieren. Uneigentlich sind aus ihnen nun neue Ein-Euro-Jobber geworden, die auf angemessene Bezahlung und Rechte verzichten müssen. Der „Freiwilligendienst" richtet sich als „Angebot" von bis zu 24 Monaten Dauer an Frauen und Männer jeden Alters und jeder Nationalität. Wenn Hartz-IV-Bezieher zu „Bundesfreiwilligen" werden, dürfen sie von den 348 Euro bis zu 200 Euro behalten, ansonsten ändert sich für sie nur der Name, jedoch nichts an ihren „Rechten" als Paria.

In Ostdeutschland waren im Juli knapp 80 Prozent der „Bufdis" älter als 27 Jahre, die Hälfte davon war sogar über 50. Ich vermute, dass sie auch aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden und so zum euphemistischen Jubelgeschrei über das deutsche „Jobwunder" beitragen. Kommunalpolitiker können trotz leerer Kassen die neuen „Ehrenamtler" in der Stadtbibliothek, in Kindergärten, im Stadtplanungsamt, im Archiv oder im Straßenbau sehr gut gebrauchen. Dabei ist ein Engagement als „Bundesfreiwilliger" ausdrücklich *nicht* als reguläre Arbeit angelegt, darf keine sozialversicherungspflichtigen Jobs ersetzen, und die Einsätze müssen „arbeitsmarktneutral" sein.

Gewerkschafter und der „Sozialverband Deutschland" kritisieren, „Bundesfreiwillige" würden dennoch vielerorts wie Fachkräfte eingesetzt. In einer ersten Studie über den „Bundesfreiwilligendienst" schreiben Forscher der Universität Heidelberg, dass das Ehrenamt „eventuell politisch als Maßnahmenablöse für andere Arbeitsmarktprogramme instrumentalisiert wird", denn „fast zeitgleich" wurden erstaunlicherweise „Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs regional gekürzt". Selbstredend bestreitet *lovely* Zensursula von der Leyen eine politische Absicht, bei der

die „Bufdis“ gegen Ein-Euro-Jobber ausgetauscht würden, obwohl das kaum anders bezeichnet werden kann!

Nein, nie und niemals nicht würden gar neue Billigjobs mit nur eleganterem Namen geschaffen, die vom Staat als Pseudo-Jobs kreiert und bar jeder Perspektive dann doch lieber als hehrer „Freiwilligendienst“ betitelt werden! Wie wertgeschätzt ihre Tätigkeit wirklich ist, spüren die „Bufdis“ am deutlichsten, wenn sie sich auf Arbeitnehmerrechte berufen wollen, die sie gar nicht haben. Sozialwissenschaftler Stefan Sell glaubt, dass mit einer Erhöhung der bisher 35.000 „Bufdi“-Stellen sehr wahrscheinlich eine Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen einhergehen wird. Peter Klenter vom Deutschen Gewerkschaftsbund nennt den „Bundesfreiwilligendienst“ ein „prekäres Beschäftigungsverhältnis“, mit einem anderen Wort: Ausbeutung.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bremer Beschäftigungsträger pleite: „Quirlige“ Frauen kochen für Hartz IV
sehr gutes Essen für Leute mit Hartz IV – und alle dürfen dankbar sein, an dieser Parallelgesellschaft teilhaben zu können, statt einsam in der Wohnung oder auf der Parkbank zu sitzen *(„Radio Bremen“)*

Fordern Jobcenter von Hartz-IV-Beziehern Milliardenbeträge zu Unrecht zurück?

Hallo Herr Eidinger, ich habe heute Ihren Artikel bei „Scharf links“ gelesen. Sie schreiben, die Jobcenter dürften 56 Prozent der für Kaltmiete und Betriebskostenvorauszahlung bestimmten Leistungen nicht zurückfordern, wenn bei nachträglicher Neuberechnung kein Leistungsanspruch mehr besteht.

In meinen Augen muss das allerdings auch für Menschen gelten, die zum Beispiel eine Nachzahlung wie etwa eine Rente erhalten, wenn die Jobcenter einen Erstattungsanspruch geltend machen. Ich habe bereits 2007 hierzu mit dem Jobcenter Oldenburg einen Vergleich geschlossen. Mir hat das Jobcenter dann den Wohngeldanteil der Kosten der Unterkunft zurückerstattet. Nur so kann das richtig sein, Sie haben vollkommen recht!

Sicher bin ich mir allerdings nicht, ob der Wohngeldanteil nicht *immer* bei später erzieltem Einkommen abgezogen werden muss, weil ein Wohngeldanspruch eigentlich nur dann zurückgezahlt werden muss, wenn das Jahreseinkommen um mehr als zehn Prozent zur Wohngeldantragsstellung überschritten wird. Das muss man wohl auch eins zu eins für den Wohngeldanteil im SGB übertragen.

Vielleicht hilft Ihnen meine Mail weiter. Ich kann Ihnen, wenn Sie wünschen, jederzeit eine eidesstattliche Erklärung zusenden, dass das mit dem außergerichtlichen Vergleich zu meiner Rentennachzahlung so wie geschrieben der Wahrheit entspricht und nachprüfbar wäre. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Sehr geehrter Herr Wege, danke sehr für Ihre E-Mail. Selbstverständlich gilt dies meiner Meinung nach für jede Art von Einkommen. In dem beim BSG liegenden Fall ist es sogar so, dass in dem betreffenden Monat überhaupt kein Einkommen erzielt wurde, sondern lediglich vom Vermieter ein Guthaben ausgezahlt wurde. Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Rechtsanwalt Siegfried Eidinger

Totale Ausbeutung auf dem Globus

Was immer vergessen wird: Woher kommt eigentlich der Wohlstand, und wer erarbeitet ihn? Was hat die Mega-Infrastruktur geschaffen? Es können immer weitere Gebiete von wenigen mit ihrer Ungerechtigkeit erreicht werden, und immer behaupten die: „Das haben wir uns alles allein erarbeitet“. Das ist aber nicht so. In der ganzen Welt, ob in China, Indien oder Bangladesch: Überall erreichen die Herren mit ihrer Finanz-, Lobby- und Vetternwirtschaft und ihrer Korruption jeden Winkel auf dem Globus.

Von Menschenwürde wird noch lange nicht die Rede sein. Die Kapitalisten haben mit ihrer Kapitaltransformation immer dafür gesorgt, dass in der Masse der kleinen Arbeiter möglichst wenig hängenbleibt. Es gilt immer wieder zu investieren in das Privatinvestoren-System. Menschen haben für diese Schreibtischtäter noch lange keine Bedeutung. Wie wir sehen, war Bangladesch arm und wird es auch weiter bleiben. Es ist eben die grausige Wahrheit: Was diese Investoren anrichten, ist Ausbeutung, und tote Menschen wie auch die Ökologie haben keine Bedeutung. Es wird einfach alles für die Geldmacht getan, um wie im Mittelalter weiter im Herrschaftssystem zu bleiben.

Ich habe ja zum Glück noch die ganze Zeit, die keiner mehr kaufen kann, weil ich Minirentner bin. Damit sehe ich immer mehr Wahrheiten und dass es für Mensch und Globus eigentlich schon keine Hoffnung mehr gibt. Aber aus der

Armut heraus können mit dem selbst erlernten Wissen Welten bewegt werden, auch wenn es kaum noch jemanden gibt, der einzeln aussteigt. Wenn Massen Wahrheiten sehen, ist scharfer Protest der richtige Weg. Es gilt, die Hoffung nicht aufzugeben, siehe Snowden: Der ist meist ganz allein, und er hält es durch.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

Lügenpresse hetzt gegen Friedensaktivisten vor dem Bremer Dom

Seit fünf Jahren herrscht die tiefste Weltwirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen des Kapitalismus – mit gravierenden Folgen. Wer nun meint, in Europa sei alles nicht so schlimm, täuscht sich: Laut „Internationaler Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften“ befindet sich Europa in der schlimmsten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. 43 Millionen Europäer haben nicht genug zu essen und leiden Hunger. Die Massenarbeitslosigkeit wächst, vor allem unter der Jugend, und beträgt in manchen Ländern wie Griechenland oder Spanien über 50 oder sogar 60 Prozent! Verzweiflung und Depressionen nehmen zu.

Aber die Jugend kämpft auch! Es geht ihr bei ihren Demos nicht nur um die eigene Lage. So gibt es in Hamburg fast täglich Demonstrationen für eine andere Flüchtlingspolitik und für Asyl der Lampedusa-Flüchtlinge. Sie wollten ihnen ihre Turnhalle abgeben, aber der SPD-Senat unter Olaf Scholz lässt die Flüchtlinge verfolgen und ausweisen. Immer höhere Zäune werden gebaut: Beim EU-Gipfel mit Merkel wurde nach der jüngsten Katastrophe von Lampedusa beschlossen, die Grenzen noch dichter zu machen – nicht etwa, die Flüchtlinge zu retten.

Mit der Söldnertruppe „Frontex“ werden Menschen gejagt, die ihr Land verlassen, weil sie dort durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nicht mehr bleiben können. An dieser Zerstörung sind die internationalen Konzerne mit ihrer Art zu wirtschaften schuld sowie die Regierungen der imperialistischen Staaten! Das stößt in immer mehr Ländern auf Widerstand, vor allem der Jugend. Das Potential einer internationalen sozialistischen Revolution baut sich auf. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten der Welt werden den Hunger besiegen!

Vor Rebellion und Revolution haben die Herrschenden Angst. Letzten Monat wurde bei einem Bundeswehrmanöver in der Lüneburger Heide der Einsatz gegen einen Volksaufstand geprobt, gegen Aufständische in städtischen Ballungs-

gebieten. Geübt wurden der „Häuserkampf“ und der Angriff auf das fiktive Land „Obsidia“ zu dessen Unterwerfung. In Presse war dazu nichts zu lesen.

Dafür hetzt die Lügenpresse gegen Friedensaktivisten vor dem Bremer Dom. Die christliche Fundamentalistin und Sektenpredigerin Elisabeth Motschmann, CDU-Bundestagsabgeordnete aus Bremen, fragt: „Sind wir auf dem Weg in eine christlich-islamische Republik?“, hetzt in unerträglicher Weise und verteidigt, dass Pfarrer und Generäle zusammenarbeiten. Jemand muss die Waffen segnen, bevor sie ihre tödliche „Mission“ erfüllen, und die kaputte Psyche der Soldaten so weit zusammenkitten, dass sie wieder eingesetzt werden können! Motschmann versucht, jede Kritik an der rassistisch-reaktionären Politik der israelischen Regierung als Antisemitismus hinzustellen. Dabei waren es Leute ihrer Richtung, die dem Faschismus und der Judenverfolgung den Weg bereitet haben. Für das Großkapital war das die letzte Hoffnung, um sein Ausbeutungssystem erhalten zu können. Dafür steht auch die Hetzerin Motschmann. Die Friedensbewegung steht eng auf der Seite aller Unterdrückten – auch der Araber und Juden in Israel!

Zur Kriegspolitik der Bundesregierung und diesen Manövern passt auch das Verhalten angesichts der Enthüllungen von Edward Snowden: Solange nur das Volk ausgehorcht wird, ist alles recht, da gibt es engste Zusammenarbeit. Wenn aber Merkels Handy abgehört wird, der „Spaß“ auf. Der Besuch Christian Ströbeles in Moskau bei Snowden war der deutschen Regierung gar nicht genehm, denn sie will grundsätzlich weder aufdecken noch die Zusammenarbeit der Geheimdienste einschränken. Das Volk soll ausgehorcht werden, damit jegliche Rebellion gleich erkannt und im Kein erstickt werden kann. Dann werden nach „Methode Obama“ die nächsten Drohnen losgeschickt.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Ich bin wirklich gut im Leutetöten“: Beim Herrn Friedensnobelpreisträger ist die Seelsorge vergebens *(„Bild“-Zeitung)*

Beati pauperes spiritu

Frank Kleinschmidt (parteilos): Das „Bremer Friedensforum“ will also die Militärseelsorge abschaffen, um das Betbedürfnis von Bundeswehrsoldaten in zivile Gemeinden zu lenken – in der Hoffnung, dass sie dort auf Theologen treffen, die einer pazifistischen Auslegung der Religion anhängen und den Soldaten den Dienst an der Waffe ausreden. Ein genialer Plan! Nur schade, dass „Bild“ darüber berichtet hat und nicht „Extra 3“. Das hat wirklich hohes Satirepotential. Was würde Jesus dazu sagen?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos): Jetzt aber bitte noch ein paar lobende Worte über die „Bild“-Zeitung, dass sie uns über die „Friedensspinner“ die Augen öffnet!

Frank: „Bild“ möchte ich hier nicht loben, weil mit „Friedensspinner“ all jene diffamiert werden, die wirkliche Friedensarbeit leisten, das heißt an Konfliktlösungen arbeiten, an Bildungs- und Sozialprojekten mitwirken oder unter Einsatz ihres Lebens Minen räumen (dafür werden auch gepanzerte Fahrzeuge benötigt). Beim „Friedensforum“ handelt es sich um selbstgerechte Bibelspinner. „Bild“ hat auch schon gegen Dieter Bohlen gehetzt, aber deswegen muss ich mich nicht mit Bohlen solidarisch erklären. Ich kann mir durchaus mein eigenes vernichtendes Urteil über Bohlen erlauben.

Gerolf: „Bild“ geht insgesamt eher zärtlich mit Bohlen um. Der taugt immer für eine Story, um den scharen sich viele. Die wenigen vor dem Dom kann „Bild“ als „Spinner“ abtun.

Frank: Dann erkläre ich mich jetzt solidarisch mit Obama.

Gerolf: Mit dem Leutetöter? Unpazifist!

Frank: Ja, muss ich doch – wenn „Bild“ gegen ihn hetzt. Grüße.

Gerolf: Erstens wird das schon wieder. Zweitens kommt es auch darauf an, in welchen Punkten „Bild“ Richtiges sagt oder falsche Argumente nennt. Aber wenn solche Kritik kommt, muss die Selbstdarstellung aktualisiert werden.

Unbekannt: Hartz IV macht krank, dafür seid ihr das beste Beispiel! Grüssli, Georg.

Frank: Ja. Dem Risiko solcher Vorwürfe setzt man sich grundsätzlich aus, wenn man sich in die Öffentlichkeit stellt. Wer solche Risiken scheut, sollte das dann grundsätzlich nicht tun. Ich kann jedoch bestätigen, dass Hartz IV so krank macht, dass junge Leute, die unter 25 Jahre alt sind, lieber in Kauf nehmen, während eines Bundeswehr-Auslandseinsatzes zu töten oder getötet zu werden, als sich weiterhin der demütigenden Behandlung und dem Entzug der Lebensgrundlagen und -perspektiven durch die Jobcenter auszusetzen.

Gerolf: „Bild“-Schmähautor Holger Bloehte (mit „t“) ist mir erstmals im Spätsommer 2009 aufgefallen. Damals beschrieb er die Wahlkampf-Auftaktveranstaltung der MLPD als „gespenstisch“. Ihr Spitzenkandidat hatte einem parteifremden Redner erst nach einer gefühlten Dreiviertelstunde das Mikrofon entzogen. Bloehtes Beitrag kam nicht auf die Homepage der „Bild“-Zeitung. Deren auf den Versuch des Totschweigens folgende Eskalationsstufe ist die Schmähung – *diese* ist nun sogar recherchierbar. Insofern scheint das „Friedensforum“ fürs Kapital „gefährlicher“ zu sein als MLPD und Montagsdemo.

Frank: Es zieht weit mehr „Christen“ an als wir „Arbeitslose“. Aber geht es uns um das Seelenheil des pazifistischen Christen, der beruhigt zu Hause im Sessel sitzt, während er dessen gewiss ist, dass sich seine nunmehr unsündige Kirche am Sterben der Sünder in den Nachrichten nicht mehr beteiligt? Wollte sich das „Friedensforum“ in religiöser Toleranz üben, würde es berücksichtigen, wie wichtig einem gläubigen Katholiken Beichte und letzte Ölung sind. Ohne Militärseelsorger

wäre einem Katholiken dieses letzte Sakrament (kennen die Lutheraner nicht) entsagt.

Gerolf: Jetzt fällt es mir auch auf – das „Friedensforum“ nimmt mit seiner Aktionsform auf Luther Bezug, und der ist Partei im Glaubensstreit. „Am 4. September 1517 stellte Luther zunächst 97 Thesen vor, um einen Disput über die scholastische Theologie unter seinen Mitdozenten anzuregen.“ Ein Teufelskerl, dieser Luther! Hat er nicht recht gehabt mit seinem Thesenanschlag?

Frank: Das bestätigt ja nur, dass es sich um eine einseitige theologische Streitfrage handelt, bei der pazifistische Lutheraner um ihr eigenes Seelenheil bedacht sind. Das Seelenheil anderer zählt nicht. Wer sich zum Bund meldet, verstößt gegen das fälschlich ins Deutsche übertragene Gebot „Du sollst nicht töten“ (Luther 12) – statt richtigerweise „Du sollst nicht morden“ (Luther 84, Einheitsübersetzung) – und ist Sünder. Ob Luther recht hatte, darüber können sich die Theologen streiten. Als Atheist und Ex-Katholik hatte ich nie etwas mit Luther am Hut.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“): Jetzt denke ich fast, dass der Gehörnte mit dem Klumpfuß von euch Besitz ergriffen hat. Sei’s drum – Obamas Schlapphüte und die vom Verfassungsschutz werden sich wohl kaputtlachen! Das „Friedensforum“ muss sich nicht rechtfertigen, und die Montagsdemo-Homepage ist auch kein Tribunal!

Frank: Nein, das ist sie nicht. Soweit ich es erinnere, verstehen wir uns als Plattform zur freien Meinungsäußerung. Das „Friedensforum“ muss sich nicht rechtfertigen. Es ist allein seine Entscheidung, ob es Kritik aufgreift und in eine Diskussion einsteigt.

Gerolf: Martin Luther hat jede Gelegenheit genutzt, sich vor „Tribunalen“ zu rechtfertigen. Luther war endlich mal einer, der die Streitaxt ausgegraben und seinem alten Lehrgebäude die schlimmsten Dogmen und Versteinerungen abgeschlagen hat! Luther, der große Dialektiker der Religion, besaß auch die geistige Beweglichkeit, die „Metaphysik“ des Aristoteles, in der Gott nur noch „Grund alles Seienden“ ist, zu studieren – und sie dann zu verwerfen, weil er zur „Volkserziehung“ eben doch die Bibel für geeigneter hielt, obwohl er deren enge Denkbahnen längst verlassen hatte. Möge sich das „Unfriedensforum“ auf die wahre protestantische Tugend besinnen! Mir ist nicht daran gelegen, es „argumentativ zerschmettert“ am Boden zu sehen. Solch ein Triumph wäre Herrn Bloehte (mit „t“) nicht zu gönnen.

E-Mail-Diskussion

Motschfrau denkt an Christenverfolgung: „Wenn man sich in der Welt umsieht, kann niemandem daran gelegen sein, dass wir eine zunehmende Islamisierung unseres Landes auch nur anstreben“ *(„Kath. Net“)*

Snowden soll in Moskau befragt werden: Wo er nicht reden darf *(„Spiegel“)*

Deutschland sollte Snowden Asyl gewähren: Totalüberwachung bedroht die Meinungsfreiheit und die offene Gesellschaft *(„Spiegel-Online“)*

Die „Bremer Initiatorengruppe für den Aufbau der **Umweltgewerkschaft**“ lädt ein zu einem breiten Bündnis am **Weltklimatag** mit **Kundgebung** auf dem **Marktplatz** am **Samstag**, dem **16. November 2013**, ab **11 Uhr** mit Offenem Mikrofon, Infoständen und Kulturbeiträgen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

448. Bremer Montagsdemo am 11. 11. 2013

Hoffentlich wird jetzt überprüft, ob das SGB II überhaupt verfassungsgemäß ist

1. Diesmal fange ich mit den lang laufenden Klagen an – gegen die **Regelsatzhöhe** des SGB II. Das Bundesverfassungsgericht bereitet dazu augenscheinlich eine erneute Entscheidung vor. Herr Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ hat in der Stellungnahme dazu auf eine notwendige Ansatzänderung hingewiesen, weil Arbeitslosengeld II im Dauerbezug überwiegt. Bisher wurde es als vorübergehender oder kurzfristiger Bezug angesehen – so hat der Gesetzgeber eine Minderversorgung begründet. Die Zahlen über den Verbleib in der Abhängigkeit von ALG II zeigen etwas anderes.

In einem anhängigen Verfahren geht es um die Regelsatzhöhe eines Erwachsenen, den verminderten Regelsatz für erwachsene Partner und den Regelsatz für Kinder. Dass Kinder keine „kurzen Erwachsenen“ sind und das „Bildungs- und Teilhabepaket“ sinnentleert ist, hat das Bundesverfassungsgericht ebenfalls schriftlich vorliegen. In einem weiteren Verfahren geht es um die Regelsatzkappung für Menschen, die noch keine 25 Jahre alt sind. Diesen jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren wurde der Regelsatz grundsätzlich auf 80 Prozent vermindert, wenn diese in einer Bedarfsgemeinschaft (früher Familie) leben, also zumeist in ihrem Elternhaus, und ihre Eltern ALG II erhalten. Angeordnet wurde gleichzeitig die „Stallpflicht“.

Harald Thomé hat dazu angemerkt: „Das Bundesverfassungsgericht hat eine weitere Verfassungsbeschwerde zu der Anwendung der „U-25-Regelung“, nach der Personen zwischen dem 18. und dem 25. Lebensjahr mit ihren Eltern in einer Bedarfsgemeinschaft zusammengefasst werden und mit der den jungen Erwachsenen das Einkommen der mit ihnen in einem Haushalt lebenden Elternteile auch zugerechnet wird, wenn sie weder unterhaltsrechtliche Ansprüche noch

tatsächlichen Zugriff darauf haben. Auch geht es um die Höhe des Regelsatzes nach § 20 Absatz 2 Satz 2 SGB II.“

Ich hoffe, dass in diesen Verfahren auch überprüft wird, ob das SGB II überhaupt verfassungsgemäß ist, insbesondere in den negativen Abweichungen vom Bürgerlichen Gesetzbuch – ein Thema bei den Menschen „U 25“. Die Widersprüche und Klagen gegen die diesjährige Regelsatzerhöhung können bei einer fairen Beurteilung als erledigt erklärt werden. Ansonsten sind dies die nächsten Fälle vor dem Bundesverfassungsgericht. Wer eine solche Klage angestrebt hat, sollte auch gegen die Regelsatzerhöhung per 1. Januar 2014 Widerspruch und notfalls Klage erheben.

Kinder leiden besonders unter der Armut im „sozialen Netz“. Dies wird durch viele Studien belegt. Es geht um die Ernährung: Hungernde Kinder sind in diesem reichen Land keine Seltenheit. Es geht um den Alltag: Die kleinsten Extras sind nicht erschwinglich. Es besteht keine Aussicht auf Besserung. Das Kind sieht für sich keinen Ausweg, keine Zukunft. Wie Kinder die Situation wahrnehmen, ist zum Beispiel unter Punkt 2 bei der 277. Bremer Montagsdemo nachzulesen. Für Menschen ohne Detailkenntnisse: Das Kindergeld wird bei Bezug von ALG II oder Sozialgeld zu 100 Prozent angerechnet, es gibt keine Freibeträge!

Heute stand im „Weser-Kurier“, dass es „zu wenige Geburten“ gibt, obwohl viel Geld für die Familien ausgegeben wird. Die Rahmenbedingungen müssen so geändert werden, dass eine echte Absicherung erfolgt, damit die Mütter eben nicht erdulden müssen, dass das Essen nicht reicht, und damit sie davon ausgehen können, dass ihre Kinder zuversichtlich ins Leben starten können und die gleichen Bildungschancen haben. Wie Schüler vom Jobcenter behandelt werden, hat Elisabeth heute vorgetragen. Pfui Teufel!

In allen vorstehenden Fällen ist der Regelsatz zu niedrig. Die Politik hat unter Missachtung der guten Sitten, unter Missachtung von Anstand und Ehre mit der Hilfe von „Sachverständigen“ und trotzdem für alle sichtbar den Regelsatz zu niedrig festgelegt. Wie sollen Eltern dieses Vorgehen und Verhalten ihren Heranwachsenden erklären? Das Bundesverfassungsgericht wird sich hoffentlich nicht wieder austricksen lassen. Dies betrifft auch die Rahmenbedingungen. Ein höherer Regelsatz würde sofort „in den Konsum“ gehen. Die Finanzierung über die Steuer für besonders gut Verdienende und besonders große Vermögen würde eine weitere Umverteilung von unten nach oben einschränken.

2. Die Auswirkungen der Agenda 2010 und der **Lissabonner Strategie** wurden aktuell von den USA und auch von der EU gerügt. Konkret gerügt wurde der Exportüberschuss Deutschlands. Bereits am Sonntag stand die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im „Weser-Kurier“: „Eine Kritik an den hohen Leistungsüberschüssen ist unbegründet, weil diese nicht auf wirtschaftspolitischer Einflussnahme beruhen“. Soweit aus dem Artikel.

Mit dieser Antwort liegen die Beamten falsch: Die Agenda 2010 hat über die Hartz-Gesetze die Löhne geschrumpft und Rekord-Exporte ermöglicht. Aktuell

weitet ein dänischer Fleischproduzent seine Fertigung in Deutschland aus und entlässt in seinen dänischen Werken erneut 1.000 Arbeiter(innen). Dies war nur eine kurze Meldung in den Nachrichten. Im Netz habe ich die Spuren vorhergehender Verlagerungen gefunden: Die belgische Regierung hat sich Anfang 2013 bei der EU über die Deutschen beschwert, es geht um Sozialdumping an deutschen Schlachthöfen.

Der Arbeitsmarkt und der Kapitalmarkt wurden durch die Hartz-Gesetze, die Zerschlagung der „Deutschland AG“, die Reform zur Senkung der Körperschaftsteuer sowie durch Cross-Border-Leasing-Geschäfte total verändert. Zusätzliches Kapital wurde auch durch die steuerlich geförderte Rürup-Riester-Rente dem Markt zur Verfügung gestellt. Die Unternehmensgewinne explodierten. Deutschland wurde Exportweltmeister – im Export von Euros. Die Arbeitnehmer waren und sind die Verlierer: Noch nie wurden Löhne und Gehälter – nicht nur durch Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld – so schnell runter gefahren, die Arbeitszeit oftmals ohne Lohnausgleich erhöht und tarifliche Absicherung jeder Art vernichtet. Es steckt einfach zu viel Geld in den falschen Taschen! Wie glaubwürdig ist das die obige Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums?

Das EU-Parlament überprüft aktuell das Vorgehen und die Vorgaben der Troika. Diese waren für Spanien falsch, auch ihre Auswirkungen wurden falsch eingeschätzt. Auch dies ist nur eine kurze Meldung, die ich im Netz nicht gefunden habe. Ich bin gespannt, was dem EU-Parlament vorgelegt wird. Auch die Schuldenbremse wird hoffentlich Thema sein. Dies alles hat Auswirkungen auf Deutschland.

Bremen spart sich bereits handlungsunfähig, Bremerhaven möchte mehr Geld. „Stadtgrün“ ist in Bremen verantwortlich für die Bäume. Der Umweltbetrieb möchte zwei Jahre lang keinen neuen Baum für einen gefällten pflanzen, denn es fehlt an Geld und Personal. Bremen hat den Beamten die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst teilweise zugestanden. Einer weiteren Festigung der Binnennachfrage dient ein flächendeckender Mindestlohn. Es ist faszinierend, wie viele gute Ideen bei den Sondierungsgesprächen aufblitzen und gleich wieder beerdigt werden. Was wurde von den Beteiligten als Regierungsverantwortliche alles nicht gemacht oder verursacht!

3. Edward Snowden und seine Informationen werden jetzt auch von der geschäftsführenden Bundesregierung ernst genommen. Die Lauschbeteiligung der Briten und die Beteiligung unserer „Dienste“ stehen im Raum. Aktuell bietet die Telekom Leitungen, die sicher sein sollen, weil der Datenverkehr nur innerhalb Deutschlands erfolgt. Die Telekom selbst sieht die Notwendigkeit entsprechender gesetzlicher Untermauerung. Das Handy der Kanzlerin durfte gemäß dem geltenden Recht weder von der NSA noch vom britischen **Geheimdienst** angezapft werden. Hier wurde absichtlich gegen geltende Gesetze verstoßen. Mit welcher Begründung?

Unsere Gesetze, die der USA und Großbritanniens erlauben dieses Vorgehen. Besteht noch Vertrauen? Ich bin für die Abschaffung des Bundesnachrichtendienstes, schon wegen seiner Gründungsfehler. Ich bin für die Abschaffung des Verfassungsschutzes, schon wegen der Erfahrung mit dem NSU. Die Geheimdienstpannen und -pleiten einschließlich Anstiftung, Unterstützung und Durchführung von Straftaten sind hanebüchen! Beide passen mit ihrer Vertuschungspraxis nicht zu einer demokratischen Staatsordnung, ebenso wenig der Militärische Abschirmdienst.

4. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ hat die Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit kommentiert. Demnach sind in der Hansestadt 200 junge Menschen unversorgt. Eine Fehlleistung der bremischen Wirtschaft? Handelskammer und Handwerkskammer haben unbesetzte **Ausbildungsstellen**. Wer hat versagt? Oder sagt jemand die Unwahrheit?

Mir fällt die „Nacht der Jugend“ im Jahr 2006 ein: Demnach ergab ein Forschungsprojekt der Schülerinnen und Schüler, dass nach drei Jahren tatsächlich nur 56 Prozent der Schulabgänger des Jahrgangs 2002/2003 einen Ausbildungsplatz haben und nicht 96 Prozent, wie von der Handelskammer schöngerechnet und verbreitet“. Folgen hatte das nicht: Noch nie war ein Beitrag zur „**Nacht der Jugend**“ so schnell aus dem Netz verschwunden! Die nächste ist am **Dienstag**, dem **12. November 2013**, von **17** bis **22 Uhr**. Ihr Motto nennt der Auschwitzüberlebende Szymion Dattner: „Denn wie schön ist der Mensch, wenn er ein Mensch ist“. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wie Giftpilze schießen „Vollzeitstellen zum Aufstockertarif“ aus dem Boden

1. Zwei Brüder, nennen wir sie Jonas und Max, erzielen in der Schule gute Noten und möchten später gerne studieren. Weil ihre Eltern jedoch so wenig verdienen, dass sie mit Hartz IV aufstocken müssen, können sie ihren Ausbildungsplan nicht ganz so selbstverständlich verfolgen wie andere. Jonas und Max müssen sich nämlich regelmäßig gegenüber dem Jobcenter im niedersächsischen Nienburg erklären, weil für diese Behörden der Nachwuchs ihrer „Klienten“ mit dem 15. Geburtstag als erwerbsfähig gilt und sie auch ihm die **Verfolgungsbetreuung** angedeihen lassen wollen. Max wurde von der Behörde mit dem Anschreiben „Ich

möchte mit Ihnen Stellengesuche und vermittlungsrelevante Daten besprechen“ belästigt, äh: aufgefordert, Bewerbungen, Lebenslauf, Schulbescheinigung und eine Kopie seines letzten Zeugnisses mitzubringen.

Offensichtlich sollte er sich möglichst frühzeitig an Drohgebärden gewöhnen, denn er wurde belehrt, wenn er nicht Folge leiste, könnten seine Bezüge ganz oder teilweise eingestellt werden. Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren stehen monatlich lachhafte 289 Euro zu, in denen das Kindergeld und etwaige Unterhaltsleistungen bereits komplett enthalten ist. Dieser Kleckerbetrag soll angeblich ausreichen, das „physische und soziokulturelle Existenzminimum“ zu decken. Obwohl aus der Schulbescheinigung hervorging, dass Jonas die Bildungsstätte noch mehrere Jahre besuchen wird, wurden er und sein jüngerer Bruder ab 2012 immer wieder vorgeladen.

Den Eltern reichte es, als das Jobcenter die Brüder im Oktober erneut einbestellte. Sie wollen es nicht, dass ihre Söhne ständig vor dem Sachbearbeiter Rechenschaft ablegen müssen. Nachdem der Termin abgesagt und der Schulbesuch erneut nachgewiesen wurde, flatterte der Familie aus dem Jobcenter Nienburg die Mitteilung in den Briefkasten, dass Überfünfzehnjährige „Kunden“ seien und als solche behandelt würden. Es sei das Ziel, „bei Problemen passgenau tätig werden zu können“. Weil es häufig vorkomme, dass Schüler zum Ende der Schulzeit leistungsschwächer würden, was ihre „Hilfebedürftigkeit“ verlängern könnte, müssten sie Kontrollen in Kauf nehmen. Kinder von Hartz-IV-Beziehern seien „gesetzlich zur Berufsberatung verpflichtet“.

Gegenüber Max und Jonas kündigte das Jobcenter ziemlich dreist an, ihren Regelsatz um 28,90 Euro kürzen zu wollen, weil sie ihr Fernbleiben nicht ausreichend begründet hätten, und lud sie erneut vor, um sie „zum Sachverhalt anzuhören“. Die Mutter der Jungen wehrte sich mit dem Argument, unterhaltspflichtige Elternteile dürften auch nicht einfach ihre Zahlungen einstellen, wenn das Kind nicht wunschgemäß funktioniere. Nicht nur die Mutter vermutet, dass das Amt mit dem Anfordern von Zeugnissen und Lebensläufen gegen datenschutzrechtliche Vorgaben verstößt: Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar erklärte, derartige Unterlagen gingen ein Jobcenter nichts an, weil die Angaben der tatsächlichen Verhältnisse genüge, solange ein Kind die Schule besuche.

Bei so vielen flächendeckenden Einzelfällen braucht sich wohl kaum noch jemand zu fragen, warum es die Kinder aus ALG II Haushalten schwerer haben, eine gute Ausbildung zu bekommen! Das ganze Gerede über den Versuch, die Bildungschancen für Kinder im ALG II Bezug zu verbessern, scheint mir reines Geschwafel zu sein. Schließlich sollen Kinder aus dem abgehängten Prekariat

bitteschön bildungsfern bleiben und nicht etwa auf die Idee kommen, Kindern aus begüterten Familien den Gymnasiums- oder Studienplatz streitig zu machen!

2. Noch bevor die neue Koalition steht, wird hinter den Kulissen über weitere Verschärfungen der Hartz-Gesetze verhandelt. Als ob es nicht bereits **Sanktionen** für verpasste Termine gäbe, als ob nicht gerade bekannt geworden wäre, dass bereits jede(r) dritte Hartz-IV-Bezieher(in) psychisch krank ist, wird groß rumgetönt, wer dreimal einen Termin im Jobcenter versäume, solle vorläufig gar nichts mehr erhalten. So könnten „einladungsresistente Leistungsberechtigte“ zur „Vorsprache im Jobcenter“ bewegt werden.

Durch den Vorschlag der Bundesagentur, Alleinerziehenden nur noch einen Zuschlag zu gewähren, wenn der Leistungsbezieher eine Erwerbstätigkeit ausübt oder an einer Maßnahme zur beruflichen Qualifizierung beziehungsweise Eingliederung in Beschäftigung teilnimmt, wird ganz offen der herzallerliebste Versuch unternommen, das Bild von „guten“ und „schlechten“ Alleinerziehenden zu konstruieren. Gerne wüsste ich, wo denn all die Qualifizierungen für sie sein sollen! Die sind doch gerade massenhaft zusammengestrichen worden.

Außerdem verlangt die Bundesagentur, den Datenabgleich mit anderen Behörden zu intensivieren, um „Hartz-IV-Missbrauch“ besser bekämpfen zu können. Das ist ausgezeichnet, denn wir wissen ja alle, dass es durch die mikroskopische Durchleuchtung der Transferleistungsbezieher gelingt, massenhaft „Betrugsfälle“ aufzudecken! Wie gut, dass mit den Damen und Herren in den Nadelstreifenanzügen so viel nachsichtiger umgegangen wird, denn wo bliebe die Kaufkraft der Deutschen, wenn auch die Besitzer gut gefüllter Portemonnaies „gläserne Menschen“ würden?

Linksparteichefin Katja Kipping reagierte empört: Was da hinter verschlossenen Türen verhandelt werde, sei nichts anderes als eine Giftliste. Der Vorschlag, Arbeitslosen die Leistung zu streichen, wenn sie dreimal einen Termin versäumen, sei verfassungswidrig. Hier werde das Schlimmer noch schlimmer gemacht. Hartz IV sei eine Gesetzgebungsruine: „Verfassungswidriger Regelsatz, grundrechtswidrige Sanktionen, Monsterbürokratien – es gibt so viele Baustellen, dass eigentlich ein Neubau her muss!“

3. Was für eine unerträgliche Heuchelei und völlige Verdrehung der Realität, wenn behauptet wird, ein einheitlicher gesetzlicher **Mindestlohn** treffe vor allem die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt, nämlich Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte und junge Menschen, die keine Ausbildung haben! Ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro in Ostdeutschland werde „sehr viele Jobs kosten“ und am Ende vor allem jene treffen, die am schwächsten sind, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Eric Schweitzer, und kritisierte, bei den Koalitionsverhandlungen gebe es „eine Schlagseite hin zu sozialen Wohltaten“.

Es werde „zu wenig über Marktwirtschaft gesprochen“. Um Vollzeitstellen attraktiver zu machen, müssten die Hinzuverdienstregeln „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werden. Hierfür sollten Einkommen aus „vollzeitnaher“ Beschäftigung stärker als bisher freigestellt, Bruttoeinkommen bis zu 200 Euro monatlich im Gegenzug dafür „voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden. Wollen die uns hier mal wieder massivst für dumm verkaufen?

Es ist doch vielmehr so, dass ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn vor allem den Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt *hilft!* Wenn in allen anderen europäischen Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn eine deutlich höhere Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit vorherrscht, mag das daran liegen, dass in Deutschland so viele junge Menschen in sinnlosen Warteschleifen geparkt werden, damit die Arbeitslosenstatistik wieder ein bisschen netter gefönt aussieht.

Wo könnte in der neoliberalen Politik des schwarz-gelben Gruselkabinetts noch von etwas wirklich Sozialem, geschweige denn einer „Schlagseite“ ausgerechnet hin zu sozialen Wohltaten fantasiert, gar gesprochen werden? Vollzeitstellen attraktiver machen, dass ich nicht lache: Die werden doch immer weiter abgeschafft, um aus einer drei 450-Euro-Jobs machen zu können. Es wird geradezu so getan, als ob Vollzeitstellen derart gehäuft auf der Straße lägen, dass darüber gestolpert werden könnte! Erst Vollzeitstellen massig vernichten, die Ärmsten der Armen in Minijobs drängen und sie dann berauben! Der Dumpinglohnsektor wird immer weiter ausgeweitet. Wie Giftpilze schießen „Vollzeitstellen zum Aufstockertarif“ aus dem Boden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

124 Jahre arbeiten für eine Pension?

Der Herr Hundt meint wohl, nur er habe recht und die Wahrheit gepachtet, von wegen ein Mindestlohn mache immer Wirtschaft kaputt, und für „Dumme“, „Unqualifizierte“, „Kranke“ und „Arbeitsunfähige“ solle man sowieso kein Geld ausgeben. Das ist eben die kapitalistische Effizienz, die nur die Gewinne weniger hochtreiben, aber nie alle zufrieden stellen kann. Reichtum ist wie ein Forst, der nie geholzt wird. Ich bin Naturwald-Liebhaber bin und hasse das, aber für die uferlos ausartende Privatkonzern-Wirtschaft ist das richtig und gerecht, da mal gründlich auszuholzen! So kann man die Ungleichheit wieder in die Waage bringen, auch wenn die Wirtschaft doch langsamer läuft, also besser, ohne Herrn Hundt.

„Insgesamt weniger, aber für alle genug“ oder „Alles für wenige“ mit Herrn Hundt, darauf läuft es global sogar hinaus. Mit Mehrarbeit und weniger Lohn soll alles gut werden, ist Verlautbarung fast aller Parteien im Bundestag. Es geht also

immer nur um die Arbeitnehmer. Tatsächlich tun wir das meiste, aber es gehört uns fast nichts mehr mit! Die Arbeiterwelt hält nur wenig Kapital und folglich die andere Seite so viel von unserem Geld. Was sonst? Es gibt auch Oberschichten mit viel Kohle und wenig Arbeit, siehe die Beamten, wie es in der oldenburgischen „Nordwest-Zeitung“ mal deutlich auf den Tisch kam: „Kritik an üppiger Beamtenversorgung“. Darin steht, um gleich viel wie eine Pension zu erreichen, müsste man 124 Jahre arbeiten.

Außerhalb dieses Artikels können es auch mal 1.000 Jahre sein wie dieser dicken Staatssekretär, der Herr von Klaeden, der bei Daimler vettert, dem großen Füllhorn für das viele Geld, das eigentlich für die Menschenmassen da sein soll. Ich sehe für mich Arbeitslosigkeit nicht als Schande an. Wenn man sich nicht mehr als Bauernsklave abschleppen muss, kann das schon ein Protest sein gegen diese diktatorischen Hierarchien! Wer sich den Text über die Beamtenversorgung durchliest, wird mir schon zustimmen. Wer sonst noch ohne zu arbeiten die Taschen voll bekommt und wessen Manteltaschen so voll sind, dass es zum Kragen rauskommt, wird schon nächste Woche im neuen Blog zu sehen sein.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

Weshalb wir ein „Unfriedensforum“ brauchen

Einfach von vornherein alles wissen und immer recht haben wollen, „das geht gar nicht“, wie unsere liebe Frau Merkel ganz richtig sagt. Starr an Thesen glauben und schweigen ist auch nicht Luthers Manier! Der hat sich zu jeder seiner „Unfrieden“ stiftenden Thesen mit einer umfassenden Begründung gerüstet. Die aufklärerische und überkonfessionelle Botschaft des Luther’schen Thesenanschlags lautet daher: Erst ein Streit der Meinungen schafft die Grundlagen des Friedens. Wer sich den Schuh des „Unfriedens“ anzieht und über die Teufelsbrücke dieser Dialektik schreitet, kann klar erkennen, dass die Kirche mit ihrem Schweigen die Gewinne der Bremer Rüstungsschmiede und -kaufleute segnet, die jene Waffen liefern, mit denen weltweit getötet und gemordet und für die auch gehungert wird. Herrscht unter Kriegsdrohung nicht bleierner Scheinfrieden? Täuscht nicht geistlicher Beistand darüber hinweg, dass die Seele beim Kriegshandwerk verloren ist? Was ist daran

„Spinnerei“, liebe „Bild“-Zeitung, mutig über die Vorbedingungen des Friedens zu sprechen?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Das hätte Köhler nicht sagen dürfen: „Im Notfall ist auch militärischer Einsatz notwendig, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“ *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Wir sind gesprächsbereit“: SPD will Regierungsbildung mit der Linkspartei künftig nicht mehr ausschließen *(„Spiegel-Online“)*

Mit Verständnis und gemeinsamem Lösungsbemühen: Mögen auch unversöhnlich scheinende Positionen wieder zusammenfinden *(„Die Welt“)*

Ein mittelalterlicher Disput

Das „Bremer Friedensforum“ hat hier ein Duell von Scheinargumenten eröffnet. Es kann mir niemand plausibel machen, ernsthaft zu glauben, der Luftangriff auf den Tanklaster habe stattgefunden, weil der Pfarrer mitgekommen ist. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Pastoren auf der Domtreppe keine „Luther 84“ im Regal stehen haben. Die Sprecherin der katholischen Militärseelsorge wartet mit dem Unsinn auf, dass sich Kriegstraumata durch Theologen mal eben vor Ort bewältigen ließen. Die unerträglich dümmliche Auswahl an Passantenmeinungen, die uns von „Bild“ präsentiert werden, die Soldaten bräuchten Gottes Beistand, lassen sich mit Leichtigkeit abwehren. Den zivilen Opfern der Tanklasterbombardierung war Gottes Beistand wohl nicht vergönnt. Dies mündet jedoch alles in einen mittelalterlichen Disput, wer Gottes Beistand bedarf oder dessen würdig sein soll.

Für mich als Atheisten könnte genauso gut erörtert werden, wer des Beistandes des Osterhasen bedarf. Wenn die Bibelaktivisten auf der Domtreppe nichts Ernsthafteres aufzubieten haben als religiös-mittelalterliche Dispute in Luther-Manier, dessen reformerisches Streben ich hier nicht schmälern will (jedoch wirkte er lange bevor Galilei, Kepler, Newton, Hegel, Kant, Darwin und Einstein das Licht der Welt erblickten), möchte ich mich dieser Form und Thematik der Auseinandersetzung nicht weiter anschließen. Dem wird sich auch kein aufgeklärter Mensch anschließen. Streitereien um die einzig richtige und wahre Glaubensaus-

legung gehören nicht ins 21. Jahrhundert. Das Seelenheil des Einzelnen ist und bleibt Sache des Individuums, ob „Staatsbürger(in) in Uniform“ oder im Zivilleben. Ob jemand dazu einen Pfarrer, Pastor, Rabbiner, Imam oder Psychologen benötigt, ist Individualentscheidung wie die Wahrnehmung der Religionsfreiheit und somit die freie Wahl der Religionsgemeinschaft.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Gerolf: Ein Thesenanschlag „in Luther-Manier“ scheint mir sinnvoll, wenn ein Umsturz der herrschenden Meinung gefordert wird. Dieser Gedanke trägt aus dem Mittelalter hinüber in die Zukunft. Die Werturteile der Bibel sind nur theologisch begründet und wirken dennoch über den Kreis der Gläubigen in die Gesellschaft hinein. Das Verbot des Mordens lässt sich auch ohne Gottesbezug begründen, die Sorge um das Seelenheil treibt auch Atheisten um. Brauchen wir deshalb mehr Psychologen bei der Bundeswehr? Ist die aufgestellte These also in der Verallgemeinerung falsch?

Frank: Die Sorge um Verletzungen treibt auch Unverletzte um. Brauchen wir deshalb mehr Ärzte und Sanitäter bei der Bundeswehr?

Gerolf: Es wäre zynisch, Soldaten den Beistand von Ärzten, Sanitätern und Psychologen zu beschneiden. Das muss analog für geistlichen Beistand gelten. Deshalb halte ich die hier „in Luther-Manier“ aufgestellte Forderung oder These doch für fragwürdig.

Frank: Es ist eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod, wie Remarque geschrieben hat. Das geht nur mit alleräußerster Sensibilität. Ich würde auch niemals behaupten, dass die Opfer in Afghanistan sinnlos waren. Ich würde es nicht wagen, so etwas den Angehörigen anzutun. Man könnte direkt mit ihnen über Sinn oder Sinnlosigkeit des Todes ihres Angehörigen reden. Das unter anderem wäre Friedensarbeit.

Ich lehne Religionen und Ideologien ab. Ich bin nicht bereit, dem Idealbild eines Menschen zu entsprechen, das andere theoretisch entworfen haben. Deshalb wird aus mir nie ein edler Kommunist oder edler Christ. So edel ist auch kein Mensch, so edel kann kein Mensch sein. Es würde auch ständig jemand daherkommen und sagen: „Um ein Kommunist zu sein, musst du so und so sein“, oder: „Wenn du das sagst, kannst du kein Christ sein“, denn ein Christ würde das niemals sagen. Ich wäre nicht mehr ich selber. Ich würde ständig nur einer Idee von mir folgen.

Luther war religiöser Reformator des Mittelalters. „Reform“ bedeutete für Luther also Rückführung beziehungsweise Wiederherstellung eines Urchristentums, wie er es sich aus den Idealverklärungen der Bibel vorstellte. Wir wissen heute, dass es dieses Idealurchristentum nie gegeben hat. Ich sehe so keinen Umsturzgedanken Luthers. Ganz gelungen ist die Reformation ja nicht: Die katholische Kirche macht immer noch die größte Konfession der Christenheit aus. Daneben gibt es die beiden anderen Großen, die griechisch- und russisch-orthodoxe Kir-

che. Die Protestanten sind in viele Konfessionen zerfallen; ich glaube, die größte davon bilden in den USA die Baptisten. Bedeutsam ist die Church of England, die nicht unbedingt aus reformatorischen Ideen entstanden ist. Die kleine EKD – mit ihren meisten Mitgliedern im norddeutschen Raum – ist im Reigen dieser großen Konfessionen nur ein Fliegenschiss auf der Landkarte.

Gerolf: Der „Umsturz der herrschenden Meinung“ muss nicht gleich die gesamte Weltanschauung betreffen, sondern kann auch einen Einzelpunkt aufs Korn nehmen. Luther griff besonders den Ablasshandel an. Da gäbe es im Rüstungsgeschäft große Sünden abzugelten.

Frank: Bei einem solchen konfessions- und religionsübergreifenden Thesenanschlag wäre ich auch dabei. Während der Wende 1989, würde ich mal großzügig schätzen, dass 80 Prozent der Truppe so dachte, dass wir den ganzen Krempel verschrotten und uns einen ordentlichen Beruf suchen können. 1990/91 wurde uns aus heiterem Himmel ein neuer Feind präsentiert. Ich bin der Meinung, dass die Bundeswehr in „Desert Storm“ deshalb nicht direkt eingesetzt wurde, weil die meisten wohl nicht eingesehen hätten, sich für die Freiheit kuwaitischer Ölscheichs den Hintern wegschießen zu lassen. Es wären sehr viele nicht zum Dienst erschienen.

Klara (unbekannt): Luther war jedenfalls weder Pazifist, noch wollte er die weltliche Ordnung verändern.

Frank: Es ist rein akademisch, ob die weltliche Ordnung verändert worden wäre, wenn sich die katholische Weltkirche in seinem Sinne verändert hätte. Kirchenspaltung war ja nicht seine Absicht. Der mittelalterliche Luther ging von der Bibel als Wahrheitsquelle aus. Unser heutiges Weltbild bezieht sich nicht einzig und allein auf die Bibel. Die kopernikanische Wende brachte nach und nach ein neues Weltbild hervor. Ideen von Menschenrechten und Religionsfreiheit durch die späteren Aufklärer gehören daher nicht zu den Lutherthesen.

Es geht dem Sender dieser Nachricht um einen „pazifistischen“ Luther. Ich sehe auch ganz klar, dass Luther kein Pazifist war. Es bliebe jetzt Sache der Bibelaktivisten auf der Domtreppe, ihre Religionsauslegung oder Lutherauffassung zu überdenken beziehungsweise ihren Pazifismus auf einen anderen Sockel zu stellen. Ich sehe keine unbedingte Notwendigkeit, sich für eigene Überzeugungen auf die Quellen einer Religion oder Ideologie zu berufen. Es spricht nichts Grundsätzliches gegen Pazifismus oder passiven Widerstand.

Gerolf: Luthers einflussreiche Bibelübersetzung „half dem Neuhochdeutschen bei der Durchsetzung im Norden“ und stärkte das „Wir-Gefühl“ seiner Sprecher(innen). So wirkte Luther – abgelöst von seinen Worten und Thesen – auf höherer Ebene friedensstiftend ins Politische hinein.

Frank: Dem könnte jemand die auf die Reformation folgenden Religionskriege entgegenhalten, insbesondere den Dreißigjährigen Krieg. Es lässt sich Luther aber unterstellen, dass seine Absichten weder in Sprachvereinheitlichung noch in kriegerischer Auseinandersetzung um den „wahren Glauben“ lagen. Beides sind Nachwirkungen, für die er nicht verantwortlich zu machen ist. Ich sehe momentan

Sprache nicht als Ursache kriegerischer Auseinandersetzungen oder dass eine gemeinsame Sprache per se zu Frieden führt oder Kleinstaaterei beendet.

Es ging mir in meinem Beitrag nicht um die Person Luthers und sein Wirken. Es ging mir darum, inhaltlich und stilistisch mittelalterlich anmutende Dispute nicht anzunehmen, etwa: „Wer bedarf Gottes Beistand? Wer hat den rechten Glauben? Miltärseelsorger und Bundis wohl nicht“. Meine Auflistung von Geistesgrößen nach Luther diente der Bewusstwerdung, dass wir uns seither weiterentwickelt haben. Ich möchte da keinen Schritt mehr zurückgehen und mich nicht in diese Inhalte und auf diesen Stil einlassen.

E-Mail-Diskussion

Die Erde vor dem Kollaps retten!

Der heftigste Taifun aller Zeiten hat letzte Woche die Philippinen verwüstet. In einer Breite von 600 Kilometern hat der Super-Taifun „Haiyan“ gewütet. Er fegte mit 360 Stundenkilometern über die Inseln und trieb fünf Meter hohe Wellen vor sich her. 10.000 Menschen wurden getötet, eine Million waren auf der Flucht und leben jetzt obdachlos in Notunterkünften. „Damit ist dieser Taifun der stärkste, der jemals auf Land getroffen ist“, sagte Christian Herold vom „Deutschen Wetterdienst“ in Offenbach. „Haiyan“ zähle zu den vier heftigsten Taifunen, die je gemessen wurde, so der Meteorologe. Zum Vergleich: Das Orkantief „Christian“ vor einigen Wochen in Deutschland brachte Windgeschwindigkeiten von 190 Stundenkilometern in Böen. „Im Vergleich zu diesem Taifun“, sagt Herold, „war das ein Kindergeburtstag.“

„Haiyan“ war bereits der elfte Taifun innerhalb von sieben Wochen, der die Philippinen heimgesucht hat. Diese gewaltigen regionalen Umweltkatastrophen sind eine unmittelbare Folge der Erderwärmung durch den Treibhauseffekt. Tropische Wirbelstürme entwickeln sich über aufgeheizten Wassermassen im Ozean, deren Temperatur im Fall dieses Taifuns bei 30 Grad Celsius lag. Die aufsteigende Luft erzeugt einen Unterdruck, der Luft aus der Umgebung ansaugt. Dieser Kamineffekt wird durch das warme Wasser weiter befeuert. Die Luftmassen werden durch die sogenannte Corioliskraft, die aus der Erdrotation entsteht, in Drehung versetzt.

Die Warnzeichen für den Kollaps unserer „Mutter Erde“ werden immer deutlicher. Es besteht die Gefahr, dass dieser Planet in wenigen Generationen teilweise unbewohnbar sein wird. Die politisch Verantwortlichen haben versagt. Seit Jahren beschäftigen sie sich mit der Rettung maroder Banken und des Finanzsystems.

Tausende Milliarden Euro wurden dafür schon ausgegeben, aber die dringend notwendige Energiewende wird im Interesse der großen Energie-, Auto-, Kohle- und Stahlkonzerne sabotiert. In Warschau wird vom 16. bis zum 22. November 2013 wieder eine UN-Weltklimakonferenz tagen, die nur „heiße Luft“ produziert und keinerlei Sofortmaßnahmen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes, zur Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit oder zum sofortigen Stopp der Zerstörung des tropischen Regenwaldes beschließen wird.

Die Völker der Welt müssen die Rettung von Mensch und Natur vor der drohenden globalen Umweltkatastrophe selbst in die Hand nehmen! Deshalb gibt es am **16. November 2013**, dem internationalen **Weltklimatag**, auch in Bremen eine **Kundgebung**. Kommt am kommenden **Samstag** um **11 Uhr** auf den Marktplatz! Bringt am Offenen Mikrofon eure Ansichten, Forderungen und Visionen zur Sprache! Gehen wir gemeinsam auf die Straße!

Harald Braun

Verfassungsbeschwerde zum „Freiwilligen Sozialen Jahr“ abgelehnt!

Heute bekam der junge Mann, der einen Dienst im Freiwilligen Sozialen Jahr für ein Jahr in Vollzeit antrat und dem das Jobcenter einen Teil seines zweckgerichteten Verpflegungsgeldes auf die übrigen Regelsatzleistungen anrechnet und ihn daher seinen Dienst mit einer zugemuteten Mangelernährung verrichten lässt, einen Bescheid vom Bundesverfassungsgericht: Seine Beschwerde wurde ausschließlich aus formaljuristischen Gründen nicht angenommen. Aufgrund dessen hielten die Richterinnen und Richter unter Vorsitz des Vizepräsidenten Professor Dr. Kirchhof eine einstweilige Anordnung wohl für nicht möglich. Zumindest wurde diese erst einmal abgelehnt.

Da sich das Gericht inhaltlich zu seiner Beschwerde überhaupt nicht äußerte, aber auch in keiner Weise sein Vorbringen anzweifelte, ist der junge Mann als Kläger immer noch von der Richtigkeit seiner Klage überzeugt. Er wird nun für den nächsten Bewilligungszeitraum seiner ergänzenden Hartz-IV-Leistungen erneut einen Antrag auf einstweilige Anordnung mit Eilantrag stellen, da er seine Gesundheit durch die Kürzung seines zweckgerichteten Verpflegungsgeldes auch weiterhin gefährdet sieht.

Vielleicht lesen die Richterinnen und Richter bei den untergeordneten Sozialgerichten aus dem Beschluss des Verfassungsgerichtes zwischen den Zeilen heraus, dass sie die verfassungsgemäßen Vorgaben bei ihren Entscheidungen einzuhalten haben. Der Kläger ist davon überzeugt, dass auch das Bundesverfassungsgericht es genauso wie er sieht. Er wird daher andere betroffene interessierte junge Menschen über den weiteren Verlauf seiner Bemühungen, für Gerechtigkeit zu kämpfen, durch entsprechende Veröffentlichungen informieren.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Doppel-Äff vor dem Richter: Jeder hat sein Kreuz zu tragen *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

449. Bremer Montagsdemo am 18. 11. 2013

Massenhafte Rechtsbeugung durch fehlerhafte Bescheide und rechtswidrige Sanktionen

1. Glücklicherweise sind eine Menge **Klagen** gegen viele der – nicht nur von Betroffenen als Unrecht empfundenen – Regelungen in den Hartz-IV-Bescheiden erfolgreich. Wegen der absichtlich mit heißer Nadel gestrickten restriktiven SGB-II-Gesetze und der nicht vorhandenen Arbeitsplätze für Erwerbslose entwickelten sich die Hartz-IV-„Reformen“ paradoxerweise wohl eher zu einem Beschäftigungsprogramm für Anwälte und Richter. Aus einer Antwort der amtierenden Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion geht hervor, dass es sich durchaus lohnt, gegen die Entscheidungen von Jobcentern Widerspruch einzulegen beziehungsweise Klage einzureichen.

Mehr als ein Drittel aller Widersprüche und sogar rund 43 Prozent aller Klagen wurden 2012 zugunsten der betroffenen Hartz-IV-Bezieher entschieden. Im vergangenen Jahr wurden von den insgesamt 588.000 Widersprüchen gegen Hartz-IV-Bescheide der Jobcenter mehr als 208.000 Anträgen stattgegeben, was einer Erfolgsquote von 35,4 Prozent entspricht. Beim Abwehren von Sanktionen wurden 22.000 oder 37,6 Prozent zugunsten der Betroffenen entschieden. Bei den rund 5.200 Klagen waren die Hartz-IV-Bezieher in 43,9 Prozent aller Fälle erfolgreich.

Ich möchte unbedingt hervorheben, dass es sich bei diesen Klagen keinesfalls um einen „Sport“ gelangweilter Hartz-IV-Bezieher handelt, denn für Erwerbslose, die weit unter dem Existenzminimum vegetieren müssen, sind strittige Beträge in Höhe von 30, 40, 50 oder noch mehr Euro absolut existenziell! „Linken“-Parteichefin Katja Kipping sieht in den Daten den Beleg dafür, dass Hartz IV „Be-

hördenwillkür in beispiellosem Ausmaß“ fördere und dass es massenhafte Rechtsbeugung durch fehlerhafte Bescheide und rechtswidrige Sanktionen gebe. Ihre Forderung nach einer Abschaffung des Armuts-, Repressions- und Sanktionssystems Hartz IV spricht mir absolut aus der Seele!

2. Weil sich angeblich zu viele Schüler für ein Studium entscheiden, starten Berliner Senat und Wirtschaft nun in (un-)seliger Allianz an Schulen eine Offensive für mehr Auszubildende. Gebetsmühlenartig wird mal wieder runtergeleiert, dass es künftig einen Facharbeitermangel gebe, der schlecht für die Wirtschaft sei und die Wachstumschancen für Deutschland erheblich verringere. Die hohen Abbrecherquoten, die in den naturwissenschaftlichen Fächern sogar bei 50 Prozent lägen, würden klar aufzeigen, dass ein Studium nicht für alle Schüler der richtige Weg sei. Zudem prüfen Bildungs- und Arbeitsverwaltung, ob in Berlin eine „Jugendberufsagentur“ eingerichtet werden sollte. Mit anderen Worten: Da wird wohl ein neues Jobcenter für Jugendliche geplant, in dem **Berufsberatung**, Arbeitsvermittlung und Hilfe beim Übergang von der Schule zum Studium für Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren angeboten werden können.

An 20 Schulen sollen außerdem die Sozialarbeiterstellen gestrichen werden. Unglaublich! Wenn die Sozialarbeiter aus den Schulen rausfliegen, sollen dann die Schüler mittels Hartz-IV-Verfolgungsbetreuung derart gehegt und gepflegt werden, dass das Abitur nur noch Privilegierten aus einkommensstarken Familien zugestanden wird? Dann kann der Nachwuchs der „bildungsfernen“ Schichten – weil oft von Bildung ferngehalten – lieber dem Dumpinglohn-Handwerk zugeführt, in Hilfsjobs oder in Wirtschaftskriegen bei der Bundeswehr verheizt werden. Im Moment macht ein *Mob*-Center in Niedersachsen ausgesprochen negative Schlagzeilen, indem es Schüler, deren Eltern mit Hartz IV aufstocken, unter Druck setzt und ständig vorlädt. Berlin braucht wohl kaum neue Jobcenter, sondern sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen es sich menschenwürdig, also auskömmlich leben lässt. Sollen wir versuchen, es gelassen zu sehen? Berlin plante ja auch mal einen Flughafen...

3. Noch eine Tüte, äh: einen Container an Hetze gefällig? In einem erneuten Artikel über die Lebensmittel-„**Tafeln**“ steht natürlich nichts darüber, wie sich der Staat aus seiner politischen Verantwortung stiehlt, nein: Da ist die Rede von „Tafel-Abzockern“, von denen manche mehr ergaunerten, als sie bräuchten. Es muss damit fortgefahren werden, Erwerbslose zu kriminalisieren, mit Worten wie Abzocker, Betrüger, Gauner und Missbrauch. Wer ergaunert hier wohl? Zumeist Hartz-IV-Bezieher natürlich. Wenn ich „ergaunern“ lese, muss ich an „Gauner“ denken. Die Wort-Brücke, dass Hartz-IV-Bezieher Gauner seien, liegt auf der Hand.

Wer bei der Offenbacher „Tafel“ in der Kraftstraße anstehe, gehe mit vollen Tüten nach Hause. Die Leute bekämen meist so viel, dass es für eine ganze Woche reiche. Dennoch würden einige wenige Hartz-IV-Bezieher den Hals offenbar nicht voll genug kriegen und sich ihre Ration erst bei der „Tafel“ und dann noch

einmal bei der Kirche holen. Das sei Missbrauch, doch könnte den Leuten kein Vorwurf gemacht werden, weil sie nur ausnutzten, was möglich sei. So schnell wird mancher dann zum „Betrüger“. Ob dabei tatsächlich gegen ein bestehendes Gesetz verstoßen wird oder nicht, spielt dann keine Rolle mehr.

Was aber sollen Hilfsbedürftige mit so vielen Lebensmitteln anfangen, die kurz vor dem Ablauf stehen? Verkaufen lässt sich dieser so ehrenhaft entsorgte, äh: gespendete Biomüll, äh: diese Ware wohl kaum noch. Aber er lässt sich tauschen gegen Alkohol und Zigaretten, die unverzichtbaren Attribute aller Erwerbslosen. Mich wundert, dass da nicht steht: „gegen Drogen getauscht“. Weiterhin bin ich erstaunt darüber, dass sich ausgerechnet mit abgelaufenen Lebensmitteln überhaupt etwas „ergaunern“ lassen soll. „Erschleicht“ sich die Bank dann 19 Prozent Überziehungszinsen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Per Gesetz wurde ein Grundrecht gemäß Verfassung ausgehebelt

1. „Fakt“ vom MDR hat herausgefunden: Der Bundesnachrichtendienst spioniert und speichert *alle* Telefon- und Datenverbindungen ab, die über Frankfurt laufen, mit allen Einzelheiten. Der BND kann Glasfaserkabel mit bis zu 100 Gigabit pro Sekunde vollständig überwachen und die Datenströme kopieren. Der BND darf aber keine Inlandsgespräche und Inlandsmails mitschneiden. 2008 wurden daher auf Betreiben des BND alle über den Knotenpunkt Frankfurt laufenden Verbindungen als „ausländische Verbindungen“ deklariert, einfach so per Gesetz. Der BND konnte weitermachen, alle Gesetze wurden beachtet – aber wieso kann per Gesetz ein Grundrecht gemäß Verfassung ausgehebelt werden? Da hat sich jemand verhoben! Aufklärung tut not!

Die NSA erhielt alle Daten für Überweisungen in die und aus den USA. Die „ Swift“-Daten liefert die EU gemäß Abkommen. Die anderen Anbieter haben ebenfalls freiwillig geliefert, auch für Telefon und E-Mail. „Amnesty“ hat einen solchen Vertrauensbruch und seine Auswirkung geschildert: „Der chinesische Journalist Shi Tao schickte 2005 eine E-Mail in die USA. Daraufhin wurde er wegen Weitergabe von Staatsgeheimnissen zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die Firma Yahoo hatte seine Daten an die chinesischen Behörden weitergegeben.“

Weitere Ungeheuerlichkeiten bringt eine Recherche von NDR und „Süddeutscher Zeitung“ über den „geheimen Krieg“ zutage, Sendetermin ist der 28. November 2013: „Folter, Entführung und Kampfdrohnen-Einsätze wurden auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik organisiert... Von Stuttgart und Ramstein aus werden amerikanische Killer-Drohnen mitgesteuert und töten mutmaßliche Terroristen – aber auch Zivilisten – in Afrika und im Nahen Osten. Der Secret Service und das US-Heimatschutzministerium nehmen auf deutschen Flughäfen Verdächtige fest. Agenten forschen für die Amerikaner Asylbewerber aus, sammeln Informationen, die bei der Bestimmung von Drohnen-Zielen eine Rolle spielen können. Der Aufbau geheimer Foltergefängnisse wurde einem CIA-Stützpunkt in Frankfurt übertragen. Eine amerikanische Geheimdienstfirma, die für die NSA tätig ist und Kidnapping-Flüge für die CIA plante, erhält bis heute Millionenaufträge von der deutschen Regierung, unter anderem für den neuen Personalausweis. Finanziert werden die deutschen Beihilfen im Anti-Terror-Krieg mit Steuergeld... Deutschland ist längst Bestandteil der amerikanischen Sicherheitsarchitektur geworden.“

Wie der NDR berichtet, werden die Asylbewerber gezielt dazu befragt. Diese Menschen wissen aber nicht, welches Ziel hinter diesen Fragen steckt. Die Antworten nutzen die Amerikaner für den Drohneneinsatz. An einer Verschlüsselung über die Herkunft dieser Informationen sind die Amerikaner nicht interessiert. Was ist, wenn ein Asylantrag abgelehnt und der oder die Betroffene abgeschoben wird? Die deutschen Behörden sind uneingeschränkt eingebunden in diesen Ablauf. Das Vertrauen der Asylbewerber(innen) wird missbraucht. Wer nachfühlen möchte, wie sich Drohnen anhören, kann dies in Bayern hören. Diese US Drohnen sind aber unbewaffnet, laut US-Befehlshaber. Ein Drohnenangriff ist nachzulesen auf der 435. Bremer Montagsdemo. Einfach mal sacken lassen! Eines steht fest: Alles im digitalen Leben landet bei der NSA. Eine Vertraulichkeit oder Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Dank Herrn Snowden haben wir dies nun erfahren.

Gibt es nach alledem noch Befürworter der Vorratsdatenspeicherung, des weiteren Ausbaus der **Bespitzelung**? Ja! Der geschäftsführende Innenminister Friedrich möchte eine weitere Verschärfung für die Große Koalition verpflichtend vereinbaren, von der uneingeschränkten Verwertung der Mautdaten bis hin zur flächendeckenden Überwachung unserer gesamten Internetkommunikation. Offiziell ist sein Papier wieder zurückgezogen worden, tatsächlich stehen die Dinge natürlich weiter auf der Tagesordnung. Interessant dabei ist auch eine Parallelität, denn die Bundesagentur für Arbeit will sogar Informationen über Menschen *ohne* Leistungsbezug erhalten, Daten von Dritten, *ohne* die Menschen selbst zu befragen. So geht nicht einmal die Steuerprüfung des Finanzamtes mit Steuersündern um!

Die Bundesagentur für Arbeit will die Überwachung von Hartz-IV-Empfängern ins Internet ausweiten. In einem Papier vom 8. April 2013 werden die Änderungsvorschläge bei der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ auf 46 Seiten konkretisiert. Die Bundesagentur fordert die „Schaffung einer ge-

setzlichen Grundlage für die Erhebung von Daten im Internet“ zur „Aufdeckung von Einkünften aus E-Commerce“, um so Nebeneinkünfte beispielsweise als Ebay- oder Amazon-Händler aufdecken. Daneben fordert die Bundesagentur Zugriff auf Vermögensanlagen bei Versicherungen, Daten der Grundbuchämter sowie die Vermögensdaten nicht nur des jeweiligen beantragenden SGB-II-Empfängers, sondern „sämtlicher Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft“. Die Datenabgleiche sollen zudem monatlich und nicht mehr quartalsweise erfolgen.

2. Die SPD-Basis wurde aufgefordert, nicht „feige“ zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Gibt es kein besseres Argument? Überhaupt wurde sehr unsachlich und falsch, aber zielgerichtet problematisiert. Die SPD hat noch nicht *eine* Zusage für ihre Kernforderungen. Sie wird vieles, was im Wahlkampf zugesagt wurde, nicht realisieren können – CDU und CSU wollen es einfach nicht. Die SPD bricht somit massiv **Wahlversprechen**, nur die Absage an „Die Linke“ soll gehalten werden. Der Preis dafür ist hoch. Das Bündnis der drei kleineren Parteien würde es der SPD ermöglichen, fast alle Wahlversprechen zu halten und insbesondere das soziale Gleichgewicht zu verbessern. Die Politik in den nächsten vier Jahren wäre ein „soziales Verhalten in allen Bereichen“. Dies ist mit der CSU nicht möglich! Die SPD könnte auch den „Unfall“ SGB II reparieren. Der Mindestlohn wäre schnell vereinbart, ein Gesetzentwurf liegt dem Bundestag vor.

Wie wichtig diese umfassende Zusage „sozialen Verhaltens“ ist, ergibt sich auch daraus, dass die EU die Zahl der Plastiktüten begrenzen möchte, um die Schädigung der Lebewesen zu stoppen, die mit der Verschmutzung der Gewässer einhergeht. Kleine Plastikkugeln gibt es auch in Zahnpasta und anderen Kosmetikartikeln. Inzwischen sind diese Plastikteilchen in Honig und auch im Trinkwasser festgestellt worden. Wer als Hersteller erst 2015 umstellen will, muss sich fragen: Wer wird mit seinem Einkauf die Fische umbringen? Wählt bitte Produkte mit Kunststoffkügelchen ab! Die Politik muss umgehend reagieren. Augenblicklich wird noch auf die Freiwilligkeit der Hersteller gesetzt.

3. Bei der **Armutskonferenz** am **19. November 2013** im **Konsul-Hackfeld-Haus** geht es um die Armut der Kinder. Interessantester Tagesordnungspunkt ist aus meiner Sicht die Anwesenheit von Herrn Schneider ab 17 Uhr bis zum geplanten Ende um 18 Uhr. Wie Kinder in Bedarfsgemeinschaften (früher Familien) dies erleben, ist unter der 448. Bremer Montagsdemo nachzulesen.

Die **Vorstellung des Sozialberichts** zur Situation der Mieterinnen und Mieter im Land Bremen erfolgt am Montag, dem **25. November 2013**, von **17** bis **19:30 Uhr** im Kultursaal der „**Arbeitnehmerkammer**“. Mal hören, was sie zu den **Mietobergrenzen** und dem fehlenden Mietspiegel mit seinen Auswirkungen zu sagen hat.

Am **25. November 2013** haben wir als Thema „**Gewalt an Frauen**“ zusammen mit der „Bremer Stadtfrauenkonferenz“ und beginnen bereits um **17 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Gewalt gegen Frauen ist auch eine Schwachstelle des ALG

II. Die Frau, die sich ins Frauenhaus gerettet hat, bekommt umgehend ein neues Problem, denn falls sie ihren Aufenthalt nicht aus eigener Tasche bezahlen kann, muss sie ALG II beantragen. Falls das Jobcenter ablehnt, muss diese Frau das Frauenhaus wieder verlassen. Aber wohin? Daher Widerspruch einlegen und Eilklage) beim Sozialgericht beantragen. Allein diese Tage zu überbrücken, ist für das Frauenhaus eine Herausforderung, und wie fühlt sich diese Frau? Ich hoffe, auf dieser Demo werden Überbrückungsmöglichkeiten aufgezeigt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Sanktionen abschaffen: Jobcenter-Dissidentin Hannemann ruft auf zur Petitionsunterschrift beim Bundestag *(„Gegen Hartz“)*

Scheinheilige Klimapolitik mit Elektroautos

Für eine vernünftige Energiewende in Deutschland ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass der Stromverbrauch um ein Viertel bis ein Drittel reduziert wird. Das ist laut „Greenpeace“-Studie „Der Plan“ machbar, wenn der Wille von Bürgern und Politikern gleichermaßen vorhanden ist. Dann ist es außerdem problemlos möglich, Atomkraftwerke bis 2015 und Kohlekraftwerke bis 2030 komplett abzuschalten.

Das Reduzieren wird meist durch das Wort Sparen ausgedrückt, was wiederum als Verlust von Lebensqualität und Status quo verstanden wird und die meisten Menschen nicht mögen. Das ist hier aber nicht richtig, denn gemeint ist Reduzierung durch Effizienz. Das bedeutet ganz einfach abschaffen von Verschwendung: Wir lassen Unnötiges einfach weg, schalten es aus oder kaufen es nicht.

Viele Beispiele und zusätzliche Spartipps finden wir in Broschüren von Verbraucher- und Energieberatern. Mit Sicherheit gehören auch der Kauf und das Aufladen eines Elektroautos am öffentlichen Stromnetz zum Thema Verschwendung. Ein Elektroauto trägt nur dann zur Reduzierung von Kohlendioxid Emission bei, wenn es an einer wirklich regenerativen Energiequelle aufgeladen wird, etwa photovoltaisch durch eine Solarstromanlage. Sonst ist es nicht besser als ein Benzinfahrzeug gleicher Klasse.

Das wird von Autoherstellern nicht so deutlich gesagt, denn es darf beim Kunden ruhig der Eindruck entstehen, umweltbewusst zu sein beim Kauf eines Elektroautos. Außerdem freuen sich die Atomstrom-Produzenten über möglichst viele Zulassungen von E-Fahrzeugen aller Art. Kaufen Sie also zuerst eine Solarstromanlage und dann ein Elektroauto oder bleiben Sie bei Ihrem Verbrennungsmotor!

Es ist unsinnig, darauf zu warten, bis auf „Klimagipfeln“ Grenzwerte von Politikern festgelegt werden. Die diktiert schon die Autoindustrie, denn die Politik hat hier versagt. Wir brauchen nicht darauf zu warten, bis von Autoherstellern umweltfreundliche Fahrzeuge produziert werden. Aber es ist sehr wichtig, uns klar zu machen, wie wir von Klimapolitikern, Autolobbyisten und Atomstromern verschaukelt werden und wie wir darauf reagieren wollen.

Wir alle können und müssen unseren persönlichen Beitrag leisten zur Reduzierung von Abgasen beziehungsweise Kohlendioxyd. Dazu sollten Sie zwei Zahlen im Kopf behalten: Bei jeder Kilowattstunde Strom, die Sie verbrauchen, werden von den deutschen Kraftwerken für Sie bis zu 900 Gramm Kohlendioxid in die Umwelt geblasen. Wenn Sie mit Ihrem Auto nur ein Liter Benzin verbrauchen, werden aus Ihrem Auspuff drei Kilogramm Kohlendioxid in unsere Atemluft geblasen. Auch wenn Sie nur ein Liter Heizöl verbrennen, werden durch Ihren Schornstein drei Kilogramm Kohlendioxid in unsere Umwelt gepustet.

Mit diesen Angaben können Sie den größten Teil Ihres selbst erzeugten Kohlendioxyds pro Jahr selbst ausrechnen. Sie brauchen nur auf Ihre Stromrechnung zu schauen, wie viele Kilowattstunden Strom Ihr Haushalt verbraucht hat, und auf Ihre Tankbelege, wie viele Liter Treib- oder Brennstoff Sie in einem Jahr durch den Tank Ihres Autos oder den Heizöltank geschickt haben. Sie werden dann erkennen, was Sie persönlich tun können, um wirksame Klimapolitik selbst zu gestalten.

Noch ein Berechnungsbeispiel für ein typisches Elektroauto, aufgeladen an einer normalen deutschen Steckdose. Die Herstellerangaben lauten: Batterieladung 70 Kilowattstunden; Reichweite 350 Kilometer. Bei 900 Gramm veranschlagter Kohlendioxid-Emission pro Kilowattstunde Strom ergeben sich 63 Kilogramm Kohlendioxid für diese Strecke. Das sind 180 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer, was einem „7,5-Liter-Auto“ entspricht. Diese einfache Rechnung zeigt, dass ein Elektroauto mit Klimaschutz nicht viel zu tun hat und schon gar nicht Kohlendioxid-neutral ist, wie es uns die Autoindustrie zu verkaufen versucht.

Helmut Minkus (parteilos)

Dieter Hildebrandt ist tot: Treffen sich ein Roter und ein Grüner. Sagt der Rote: „Du, das mit der Arbeitsmarktpolitik war doch gar nicht so schlecht unter Hitler.“ Sagt der Grüne: „Ja, aber das mit den Autobahnen hätte wirklich nicht sein müssen.“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

450. Bremer Montagsdemo
am 25. 11. 2013

Bremens größter Arbeitgeber ist ein „Sklavenlager“

1. Mit der Überschrift „Empfängerzahl unerwartet hoch – 700 Millionen Mehrkosten bei Hartz IV“ scheint suggeriert werden zu sollen, dass es – aus den bekannten Vorurteilen, äh: Gründen heraus – immer mehr Erwerbslose gebe, die „einfach“ das Portemonnaie der braven Steuerzahler belasten. An erster Stelle werden die Neu-Arbeitslosen benannt, von denen jeder Vierte „wegen unzureichender Absicherung von Anfang an auf Hartz-IV-Unterstützung angewiesen“ sei. Diese „unzureichende Absicherung“ soll sicherlich bedeuten, dass nicht lange genug gearbeitet wurde, um ALG I zu erhalten?

Aber ist das wirklich den gleich in die Hölle des ALG II abstürzenden Neu-Arbeitslosen anzulasten, oder hat es nicht vielmehr mit befristeten Arbeitsverhältnissen zu tun, unter denen immer mehr Arbeitnehmer zu leiden haben, die keine Zukunft mit Kind oder Familie planen können? Wie sollen denn bei befristeten Arbeitsverhältnissen in den vorangegangenen zwei Jahren zwölf Monate lang Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden können?

Erst an zweiter Stelle werden in diesem Bericht die das höchste Risiko tragenden **Leiharbeiter** angeführt, von denen sich mehr als jeder Dritte nach dem Verlust seines Jobs in einer Zeitarbeitsfirma mit den völlig unzureichenden Leistungen einer angeblichen Grundsicherung des ALG II begnügen sollen und können muss. „Linken“-Politikerin Sabine Zimmermann kritisiert, dass das Sicherungssystem der Arbeitslosenversicherung in immer mehr Fällen nicht mehr greife. Ich vermute, dass von der Politik auch deswegen immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse und die skandalöse Leiharbeit bewusst gefördert werden, um weniger für die teureren ALG-I-Bezieher ausgeben zu müssen, die auch noch nicht ganz so geknechtet werden dürfen wie die entrechteten ALG-II-Bezieher.

2. Nachdem das Mob-, äh: Jobcenter allen Ernstes eine 56-jährige Neubrandenburgerin dazu verdonnert hat, Wege zu pflastern, und die Probandin ihren zu schweren Job nach einem Tag hinschmeißt, wird ihr das Arbeitslosengeld um 30 Prozent gekürzt. Sie beklagt, dass ihre Finger „ganz kaputt“ waren, die Knie und das Kreuz schmerzten, sie bald „nicht mehr hochkam“, dass sie diesen Job nicht „packe“. Beim Einstellungsgespräch in einer Sanitär- und Heizungsinstallationsfirma habe man ihr gesagt, dass Garten- und Reinigungsarbeiten zu erledigen seien. Doch dann sollte sie pflastern, habe nicht einmal Handschuhe und Knieschutz erhalten. Noch wütender macht sie allerdings die **Sanktion**. Dass das Jobcenter den Fall selbstredend ganz anders sieht, brauche ich eigentlich kaum zu erwähnen, oder? Nun wird der Widerspruch geprüft.

Hier stellt sich wirklich die Frage, wie so ein Mitarbeiter des Jobcenters „drauf“ ist, dass er einer 56-jährigen Frau solch schwere Arbeit zumutet. Schikane heißt das Zauberwort? Gab es keine jüngeren Erwerbslosen dafür, die besser dafür geeignet sind, oder waren die gerade damit beschäftigt, akribisch mit gespitzten Buntstiften herzallerliebste, blumige Mandalas auszumalen? Ich frage mich auch, was für ein Arbeitgeber eine offensichtlich nicht dafür geeignete ungelernte ältere Frau einstellen mag. Oder bekam er von der Bundesagentur für Arbeit Fördergelder dafür? Mit einer vom Arzt attestierten Arbeitsunfähigkeit müsste so ein Widerspruch doch mit Erfolg gekrönt sein!

3. Die Firma BLG Logistics, die frühere Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, gilt als Vorzeigeunternehmen, an dem das Land Bremen mit über 50 Prozent Mehrheitseigner ist. Seit Mitte des laufenden Jahres wird dort das Online-Geschäft des Großkunden Tchibo abgewickelt. Der Umsatz ist im vergangenen Jahr um 13,5 Prozent auf rund 1,1 Milliarden Euro gestiegen. Mit 9.000 Beschäftigten im Land Bremen und 16.000 weltweit ist die BLG das größte Unternehmen mit Firmensitz im Bundesland. Aber unter welchen Bedingungen entstanden Hunderte weiterer Arbeitsplätze durch den Bau des neuen Hochregallagers?

Ein Großteil der Arbeit im Hochregallager wird von prekär Beschäftigten verrichtet, die ihren Arbeitsplatz „Sklavenlager“ nennen. Die Belegschaft erhält einen Stundenlohn von 8,76 Euro, was bei einer Vollzeitstelle etwa 1.400 Euro brutto im Monat entspricht. Obwohl alle in Vollzeit arbeiten müssen, bekommen sie lediglich einen 30-Stunden-Zeitvertrag. Überstunden werden nicht bezahlt, die Zulagen ebenfalls nicht. Wenn überhaupt, gebe es erst nach einem Beschäftigungsverhältnis von zwei Jahren Vollzeit- und Festverträge, doch typischerweise würden die Mitarbeiter nach diesen zwei Jahren an eine Zeitarbeitsfirma weitergeleitet. Außerdem könne es passieren, dass sie von einen Tag auf den anderen die gleiche Arbeit für einen anderen Lohn leisten müssten.

Für den Sprecher der BLG sind diese Vorwürfe ein Missverständnis, weil 30 Wochenstunden lediglich die garantierte Mindestarbeitszeit darstellten. Was darüber hinaus gehe, werde selbstverständlich bezahlt. Ein anonym bleiben wollender Mitarbeiter schildert, dass im Lager ein System aus Überwachung und Kon-

trolle herrsche, angefangen von der Totalüberwachung durch einen eingesetzten Werkschutz und Vorarbeiter bis zur Nötigung der Beschäftigten. Auch entstehe durch statistische Erhebungen der Arbeitsleistung jedes einzelnen Mitarbeiters ein enormer **Leistungsdruck**. Um sich vor Diebstahl zu schützen, sollen die Mitarbeiter ihre persönlichen Sachen in einer durchsichtigen Tragetasche bei sich tragen, die sowohl beim Ein- und Austritt in das Lager als auch während der Arbeitszeit kontrolliert werden. Dazu fühlen sich viele Kollegen von ihrer Gewerkschaft und von ihrem Betriebsrat im Stich gelassen, die solche Arbeitsbedingungen abgenickt hätten.

4. In keinem anderen Bundesland sind so viele Kinder gefährdet, als Erwachsene in **Armut** zu leben, wie in Bremen. Hier ist bereits jedes dritte Kind armutsgefährdet, weil es in einer Familie lebt, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Dabei schwebt René Böhme vom „Institut Arbeit und Wirtschaft“ an der Universität Bremen ein Gesamtkonzept vor, wie der Lebensweg eines Kindes systematisch begleitet werden könne, und das bereits neun Monate vor der Geburt beginne. Die vielen Angebote in Bremen müssten nur systematisch miteinander verzahnt werden: Es könnten Vertreter(innen) der Jugendhilfe in die Kindertagesstätten kommen und ein Pass verteilt werden, der Bezieher(innen) staatlicher Hilfen unbürokratisch zu einer Vielzahl von Vergünstigungen verhilft, und so weiter.

Mir missfällt diese Vorstellung der Rundumbetreuung von zig Stellen! Ich bin für eine menschenwürdige Politik, die dafür sorgt, dass es bezahlbare Wohnungen, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gibt, von denen sich eine Familie *gut* ernähren lässt; dass endlich genügend Geld für Erwerbslose ausgegeben wird; dass in eine Bildung investiert wird, die allen eine Chance bietet. Ich bin gegen Aussiebung und permanente Beobachtung, Verfolgungsbetreuung von allen Seiten! Merkwürdig finde ich es allerdings, dass bei der Feststellung der unübersehbar wachsenden Armut nicht auch nur im Ansatz der Versuch gemacht wird, die Ursachen zu bekämpfen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Götzendienst am Geld“: Papst fordert von Politikern, sie müssten den Bürgern „würdige Arbeit, Bildung, Gesundheitsfürsorge“ garantieren *(„Spiegel-Online“)*

Der „48. Bremer **Solidaritätsbasar**“ findet am **Freitag**, dem **29. November 2013**, im **Sankt-Stephani-Haus**, Stephanikirchhof 8, statt. Beginn ist ab **18 Uhr** mit dem Basarverkauf und gemeinsamem Essen. Nach der Begrüßung folgt ab **19:30 Uhr** ein **Vortrag** von Tobias Kriele über **Kuba** mit dem Titel: „**Kampf um ein besseres Leben** – was bedeutet das für uns?“ Das musikalische Rahmenprogramm gestalten „Hart Backbord“, „Yesterday Wine“ und ein Bremer Ukuleleorchester.

Am selben Abend lädt die MLPD ein zur Veranstaltung „Solidarität mit dem **Freiheitskampf** in Rojava (**Westkurdistan/Syrien**)“. Der **Vortrag** mit Diskussion beginnt um **19 Uhr** in der Gaststätte „**Postillion**“, Werderstraße 66.

Die immensen Exportüberschüsse haben die Staatskasse nicht gefüllt

1. Schlauer geworden bin ich durch den Aufsatz „Die vier Krisen des Euro“ von Ulrike Herrmann, Wirtschaftkorrespondentin der „Tageszeitung“. Auch auf der Veranstaltung von „Attac“ hat sie die Problematik gut rübergebracht. Nachstehend die Betrachtung des wesentlichsten Teilbereichs mit meinen Worten und aus meiner Sicht.

Eigentlich sollten die Gründe für Deutschlands **Exportüberschüsse** und der Umgang damit von der Großen Koalition angeschnitten und gelöst werden, doch der Koalitionsvertrag wird nichts Substanzielles dazu ausweisen. Deutschland konnte und kann diese immensen Exportüberschüsse durch „Lohnzurückhaltung“ realisieren. Sie wurde bereits vor der Agenda 2010 und Hartz IV von den Gewerkschaften praktiziert. Die Arbeitgeber hatten Deutschland von einer prekären Lage überzeugt. Die Agenda 2010 und Hartz IV haben diese Löhne sinken lassen. Noch nie wurden so schnell und umfassend Löhne und soziale Standards gesenkt, siehe Bremer Montagsdemo.

Der deutsche Export geht überwiegend in die anderen EU-Länder. Früher führte ein solcher Exportüberschuss zur Aufwertung der D-Mark, und der Export ging zurück. Diese Regulierungsfunktion setzt bei Binnenumsätzen nicht ein. Jedes Land der EU ist bei uns verschuldet. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Rüge der EU verständlich und auch notwendig, siehe 448. Bremer Montagsdemo. Die EU hat angeregt, dass Deutschland die Binnennachfrage stärkt. Als mögliches Mittel dazu wurde die Sanierung der Infrastruktur vorgeschlagen. Dies löst aber nur den Exportüberschuss von Euros, nicht jenen von Waren und Dienstleistungen. Außerdem müsste sich Deutschland dafür neu verschulden.

Die noch bestehende Schuldenkrise ist kostensteigernd, weil jeweils ein privater Investor die Verschuldung übernehmen müsste. Diese immensen Exportüberschüsse Deutschlands haben die Staatskasse nicht immens gefüllt: Die Steigerung ist im Steueraufkommen nicht sichtbar. Frau Herrmann hat zur Stärkung der Binnennachfrage starke Lohnerhöhungen empfohlen und festgestellt: Ohne vernünftigen Mindestlohn wäre diese Situation so nicht entstanden. Werden die Lohnstückkosten auf den Kostenstand der anderen EU-Staaten angehoben, wird

der Export zurückgehen und die Binnennachfrage anziehen. Beides hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Insgesamt steigen die Beschäftigung und insbesondere das Lohnvolumen. Die erhöhten Lohnsteuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge kommen dem Staatshaushalt zugute, ebenfalls die Mehrwertsteuer für die Binnenumsätze. Gleichzeitig müsste die Lohn- und Einkommensteuer neu gestaltet werden: Reiche müssen stärker besteuert werden, sodass der Reichtum nicht noch steigt. Der Mittelstand muss entlastet werden. Diese Steuern müssen gesenkt werden. All dies ist bekannt, all dies eilt.

Frau Herrmann hat herausgearbeitet, dass Frankreich bald eigene Wege gehen muss. Die politische Landschaft dort ändert sich. Ein Euroaustritt wäre für Frankreich machbar, für Deutschland folgenschwer. Deutschland ist in der EU der Böse. Die Europawahl 2014 wird ein entsprechendes Ergebnis zeigen. Deutschland sollte vorher die Weichenstellung geändert haben. Aussitzen geht nicht mehr!

Wir werden kurzfristig erfahren, was die Große Koalition im Koalitionsvertrag angemerkt hat. Ich schätze, es steht – siehe oben – nichts Greifbares dazu in diesem Papier. Falls dies so ist, können wir uns diese Regierung schon aus den vorstehenden Gründen nicht leisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Der **Koalitionsvertrag** wurde nun unterzeichnet. In der Sendung mit Anne Will wurden dazu Meinungen ausgetauscht und Anmerkungen gemacht. Der Vertreter der Arbeitgeber hat (wieder einmal) betont, dass die Arbeitgeber keinerlei Kostensteigerung tragen können. Etwas später wurde Übereinstimmung zwischen dem Arbeitgeber und dem Vertreter der CSU dahingehend erzielt, dass die Lohnstückkosten nicht mehr ein Problem sind – dank der Agenda 2010. Wenn dies kein Widerspruch ist!

Der Vertreter der CDU hielt Herrn Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ vor, die Regelsätze müssten nicht erhöht werden, die Leute sollten arbeiten gehen – ein weiteres Vorurteil, weil die Gesellschaft eben dies nicht ermöglicht. Dem CDU-Vertreter wird empfohlen, den Bericht des IAB zur Beschäftigungsaussicht zu lesen. Die Unterbeschäftigung ist demnach erst 2025 abgebaut. Dem Arbeitgeber und dem Journalisten ist es wichtiger, die Schlaglöcher auf den Straßen auszubessern als eine soziale Leistung, denn allein eine defekte Brücke bringt für viele Betriebe erhebliche Nachteile.

Beide haben dadurch bestätigt, dass eigentlich Steuersenkungen für den Mittelstand und Steuererhöhungen für die wirklich Reichen prompt umgesetzt werden müssen. Nicht zu vergessen: Die Mehrheit der Wähler hat Parteien gewählt, die das versprochen haben und dieses Versprechen noch immer einlösen können! Im Koalitionsvertrag steht zu vielem nichts, jedoch naturgemäß viel Ungenaues – und alles steht unter Finanzierungsvorbehalt!

Die Überzeugungsarbeit des Vorsitzenden ist scheinbar losgelöst von den nicht eingelösten Wahlversprechen: Es wird einfach zielgerichtet problematisiert.

Auf dem Parteitag hat es geklappt! Die Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren ist eine Rente für Fleißige, so Herr Gabriel. Leider ist Fleiß kein Faktor für 45 sozialversicherungsberechtigte Erwerbsjahre! Eines wird klar: Wie die CDU möchte Herr Gabriel die Stammtische zufriedenstellen.

3. Die Bundesagentur für Arbeit will die **Überwachung** von Hartz-IV-Empfängern ins Internet ausweiten. In einem Papier vom 8. April 2013 werden die Änderungsvorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ auf 46 Seiten konkretisiert, überwiegend zum Nachteil der Erwerbslosen, siehe 449. Bremer Montagsdemo. Für Schüler und Jugendliche, deren Eltern erwerbslos oder auch nur Aufstocker sind, werden neue Jobcenter geschaffen: Zeugnis vorlegen, Ausbildung abbrechen, ab auf den Arbeitsmarkt – auch ungelernt!

Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus. Liebe SPD-Mitglieder, schaut es euch an, es trifft auch eure Kinder und Enkel! Stimmt mit Nein und nehmt euch euren Abgeordneten zur Brust! Liebe CDU- und CSU-Anhänger und Parteilose dito! Kinder sind unsere Zukunft! Gut ausgebildete Arbeitnehmer(innen) sind unsere Garantie für Wohlstand und sozialen Frieden! Alles andere besprechen wir montags – jeden Montag! Wer als Schüler, als Jugendlicher vom Jobcenter „eingeladen“ wird, erhält bei uns Rat und Tat! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

4. Vorige Woche habe ich auf den angekündigten Bericht des NDR über den geheimen Krieg der USA hingewiesen. Es geht darum, „wie Deutschland im **Drohnenkrieg** mitmischt“. Nun habe ich die Sendung gesehen. Es war schockierend, obwohl vieles nicht so umfassend dargestellt wurde. Die Recherche ist nicht beendet, es kommen immer neue Ungeheuerlichkeiten ans Licht.

Anschließend schilderte bei „Beckmann“ ein „Drohnensteuerer“ Details seiner Tätigkeit: Er konnte sehen, wie die Familien lebten, wie ein Vater dem Sohn beim Fußball zuschaute, und er musste dann die Explosion und die Auswirkungen ansehen, die Zerstörung des Glücks! Er hat es nicht mehr ausgehalten. Circa 20 Prozent aller Drohnen-Toten waren unschuldig! „Panorama“ hat im Netz den geheimen Krieg und die NSA-Spionage dargestellt. Alle Fakten, die die NSA abschöpft, werden im System den Drohnenkommandos zur Verfügung gestellt!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Schlechte ist auch nicht billig: Als Herr K. neulich mal wieder über die Menschen nachdachte, kam er zu seinen Gedanken über die Verteilung der Armut *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Bremen soll Erwerbslose selber durchfüttern: „Die Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll verstärkt auf das Ziel ‚Vermeidung von Langzeitleistungsbezug‘ und die Mittelverteilung stärker auf Wirkungsorientierung

ausgerichtet werden. Dabei ist auch der bisherige Problemdruckindikator als Verteilungsmaßstab auf den Prüfstand zu stellen.“ *(Koalitionsvertrag, Seite 65)*

Das große Kotzen: Der angekündigte flächendeckende Mindestlohn kommt in dieser Wahlperiode eben gerade *nicht („Die Welt“)*

Stopp der Gewalt an Frauen!

Weltweit erleidet mehr als jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens Prügel, Vergewaltigungen, sexuelle Nötigungen oder andere Taten. Wir wollen eine ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern und -beratungsstellen, ein sexuelles Selbstbestimmungsrecht, ein Bleiberecht für Opfer von Zwangsprostitution. Wir wollen die Überwindung von „Ehrenmorden“ und Femizid, Gerechtigkeit und Hilfe für Vergewaltigte, ein Ende des Sexismus, des Rassismus, der Kriege und der Ausbeutung der Arbeitskraft. Wir wollen die freie Wahl des Partners oder der Partnerin und ein Frauenbild jenseits von Pornographie, Sexobjekt, Haussklavin. Wir werden uns niemals mit Unterdrückung und Ausbeutung abfinden und kämpfen für Emanzipation und Freiheit! Wir fordern nicht nur an diesem Tag: Stopp der Gewalt an Frauen! Für den Ausbau der Frauenrechte weltweit!

Die „Stadtfrauenkonferenzen“ haben sich gebildet, um die „1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ in Venezuela bekannt zu machen und zu unterstützen. Die „2. Weltfrauenkonferenz“ wird 2016 stattfinden. In der „**Bremer Stadtfrauenkonferenz**“ sind Frauen und Männer aus unterschiedlichen Gruppen und Organisationen beteiligt. Zurzeit sind das: „Frauenorganisation 8. März“ (Iran-Afghanistan), MLPD, „Kurdische Fraueninitiative“, „Frauenverband Courage“ und Einzelpersonen. Weitere Organisationen sind erwünscht! Du kannst gerne mitarbeiten! Das nächste Treffen ist am **4. Dezember 2013** um **17 Uhr** im kurdischen Verein „**Birati**“, Friedrich-Ebert-Straße 20. Alle sind herzlich eingeladen! Kontakt: sfk_bremen(at)hotmail.de.

„Bremer Stadtfrauenkonferenz“

Post vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das oben angeführte Ministerium hält es für zulässig und ausreichend, wenn sich ein Erwerbstätiger in Schwerstarbeit mit Wochenarbeitszeiten zwischen 40 und 56 Stunden und als Heranwachsender mit 120 Euro im Monat ernähren muss,

obwohl von Trägern gemeinnütziger Dienste höhere Beträge für die Ernährung gezahlt werden.

Der überschüssige vorgesehene Betrag für Verpflegung wird mit dem Regelsatz und den Kosten der Unterkunft verrechnet. Das Ministerium ist der Meinung, auch die Gerichte hätten diese „ausreichenden“ Regelsätze bestätigt.

Kontra und *Paroli* darf die Devise meiner Meinung nach hierzu nur noch lauten, wenn man auch zukünftig noch junge Menschen motivieren möchte, freiwillige Ehrendienste in Vollzeit anzutreten!

Der Zwang, mit einer Mangelernährung einen „Freiwilligendienst“ zu verrichten, ist mehr als asozial. Wenn die SPD-Mitglieder jetzt einer Großen Koalition zustimmen sollten, begeben sie sich auf einen Weg, der asoziale Politik mitträgt. Pfui Teufel, kann ich da nur noch sagen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

451. Bremer Montagsdemo am 02. 12. 2013

Zu den neuen Mietobergrenzen gibt es in Bremen keine Wohnungen

Die „Arbeitnehmerkammer“ hat ihre Broschüre „Wohnen in Bremen und Bremerhaven“ vorgestellt und im Internet das Ergebnis bereits in die Überschrift genommen: „Soziale Schieflagen auf dem Bremer Wohnungsmarkt“. Eine sehr lesenswerte Fleißarbeit – es ist aber verwunderlich, warum die Untersuchung der „Arbeitnehmerkammer“ nicht so ausgerichtet wurde, dass das Ergebnis „eins zu eins“ für die Bestimmung der angemessenen Miete gemäß SGB II et cetera genutzt werden kann.

Als auf dem Portal „Soziales Bremen“ die ab 1. Januar 2014 gültige Verwaltungsanweisung „Wohnen“ vorgelegt wurde, waren diese Fakten des Berichts der „Arbeitnehmerkammer“ den Verantwortlichen bei der Senatorin für Soziales sicher bekannt, ebenso die Ausführungen von „Analyse & Konzepte“. Auch die negativen Feststellungen der Sozialgerichte zu den Anmerkungen von „Gewos“ waren bekannt, zum Beispiel im Verfahren S21 AS 1/09 ER. Dennoch wurde all dies nicht beachtet! Die Anmerkungen von „Analyse & Konzepte“ sind daher nicht gerichtsfest.

Der Trost, dass eine Anweisung an die Verwaltung keinerlei Rechtswirkung hat, ist schwach. Es bleibt die unnötige Belastung der Anspruchsberechtigten. Wer umziehen soll oder möchte, wird die Hilfe des Gerichts im Eilverfahren beantragen müssen, weil es zu den neuen Mietobergrenzen keine Wohnungen gibt. Schon die Ausgangslage ist falsch, denn „Gewos“ hat die Mieten für Bremen insgesamt ermittelt und nicht nach Quartieren unterteilt. Das Sozialgericht hat dies beanstandet und vermutet, dass die Mieten in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich sind.

„Analyse & Konzepte“ hat die Mieten trotzdem wunschgemäß für Gesamt-Bremen ermittelt. Die „Arbeitnehmerkammer“ hat die Unterschiede der Quartiere in Bremen herausgearbeitet und erhebliche Unterschiede festgestellt. Die Begründung von „Analyse & Konzepte“, warum die Mieten *ohne* Unterscheidung der

Stadtteile festgestellt wurden, und die Schlussfolgerungen der Mietpreisentwicklung von „Analyse & Konzepte“ sind durch die Untersuchung der „Arbeitnehmerkammer“ widerlegt, ebenso die Feststellung der Betriebskosten. Zusätzlich stellt sich die Frage nach der Einbeziehung von Wasser und Abwasser.

„Analyse & Konzepte“ hat nur die Situation in Gesamt-Bremen ermittelt, weil auch Berlin und München von den zuständigen Sozialgerichten als einheitliche Wohnungsmärkte bewertet werden (Seite 2, vorletzter Absatz). Diese beiden Städte haben jedoch einen qualifizierten Mietspiegel. Weitere Unterschiede sind aus der Ausarbeitung der „Arbeitnehmerkammer“ über die Wohnungsmärkte in Berlin (Seite 103) und München (Seite 112) ersichtlich. Es fehlt eine Aussage zur konkreten Erreichbarkeit der Anmietung einer angemessenen Wohnung. Die Preise für Neuvermietung stimmen mit dem Bericht der „Arbeitnehmerkammer“ nicht überein. Somit ist klar: Das schlüssige Konzept fehlt. Die Mietobergrenzen sind nichtig!

Vorschlag: Die Senatorin für Soziales akzeptiert die Werte des Wohngeldgesetzes plus zehn Prozent als Mietobergrenze, bis ein gerichtsfestes Papier für andere Mietobergrenzen vorliegt. Alles andere bedeutet wieder eine Benachteiligung der Leistungsberechtigten! Den Menschen auf Wohnungssuche ist anzuraten, die Erlebnisse aufzuschreiben. Diese Erfahrungen können für den Richter eine Entscheidungshilfe sein. Die nächste **Sitzung der Deputation für Soziales** beginnt am **Donnerstag**, dem **19. Dezember 2013**, um **15 Uhr**. Tagesordnung und Tagungsort stehen einige Tage vorher im Netz, spätestens am Montag vorher besteht Klarheit. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Tickende Zeitbombe“: Große Koalition will Beitragssatz der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung einfrieren *(„Frankfurter Rundschau“)*

Einer weiteren Segregation werden Tür und Tor weit geöffnet

1. Der „Datenreport 2013 – Ein Sozialbericht für Deutschland“ kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland die **Armut** steigt, obwohl noch nie so viele Menschen erwerbstätig waren wie in den vergangenen Jahren. 2012 gab es in Deutschland 41,5 Millionen Erwerbstätige; gleichzeitig war das Arbeitsvolumen mit knapp 58 Milliarden Stunden aber geringer als 1991 mit knapp 60,1 Milliarden. Die Zahl der Arbeitsstunden, die jeder Erwerbstätige durchschnittlich leistet, nimmt seit 20 Jahren ab.

Das gern zitierte deutsche „Jobwunder“ hält keinesfalls, was mit diesem euphemistischen Namen suggeriert werden soll, denn nicht die Zahl gut bezahlter Arbeitsplätze, die ein auskömmliches Leben ermöglichen würde, nahm zu, sondern die Zahl der sogenannten atypischen Beschäftigung. Dies hat wiederum zur Folge, dass immer mehr Menschen gewollt oder unfreiwillig in Teilzeitstellen arbeiten: In den vergangenen 20 Jahren stieg die Zahl der atypisch Beschäftigten von 13 auf 22 Prozent.

Während die Arbeitslosigkeit bundesweit bei frisierten 6,5 Prozent lag, war sie in Bremen mit 11,3 Prozent beinahe doppelt so hoch. Auch ist dem Sozialbericht zu entnehmen, dass schwer wieder aus seiner Lage herauskommen kann, wer einmal in die Armut gerutscht ist. Davon am stärksten betroffen seien junge Menschen und jene, die kurz vor dem Rentenalter stünden. Bei den 18- bis 24-Jährigen sowie den 55- bis 64-Jährigen habe etwa jede(r) fünfte ein Einkommen von weniger als 980 Euro im Monat. Die Bremen sei die Situation noch prekärer, weil es hier mit 23 Prozent bundesweit die höchste Armutsquote gebe, unter der besonders Kinder und junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren leiden müssten.

Armut wirke sich auch auf die Gesundheit aus: Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern in der unteren Einkommensgruppe liege elf Jahre niedriger als die von Männern in der höchsten, bei Frauen beträgt die Differenz immerhin acht Jahre. Oft reiche das Geld nicht aus, um sich vielfältig und gesund zu ernähren. Armut wird von vielen Betroffenen als körperlicher Stress erlebt, der zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen könne. Ich bin mir sicher, dass das Gängelband der Verfolgungsbetreuung vonseiten der Jobcenter sein übriges tut. Hier sind ein Mindestlohn, beziehungsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen gefragt, die ihren Namen durch eine angemessene Höhe verdienen! Auch wird es Zeit, den besser verdienenden Damen und Herren endlich wieder höhere Steuern abzuverlangen!

2. Eine Gruppe Bochumer Arbeitsloser fühlt sich von einem Lehrgangsinstitut verschaukelt. Sie hätten ihre Fahrkosten nicht oder nur zu geringem Teil erstattet bekommen, was pro Person bis zu 100 Euro ausmachen könne; die **Kurse** seien außerdem gar nicht wie angekündigt durchgeführt worden. Bei der Bochumer Zweigstelle der „TZU-Akademie“ hätten teilweise „chaotischen Zustände“ geherrscht. Eine Frau habe den Kurs vorzeitig abbrechen müssen, weil ihr das Geld für die Fahrkarten fehlte. Mir ge-

fällt es gut, dass die zehn Teilnehmer jenes Lehrgangs ihren Frust nicht stinksauer runterschlucken wollten, sondern sich zur Wehr setzten!

Der Geschäftsführer erklärte, das Geld sei überwiesen worden, werde jedoch – wie vertraglich vereinbart – erst am Ende des Seminars ausgezahlt. Was sind das denn für Witzbolde? Ohne Fahrgeld kann doch niemand zum Kurs fahren! Die Bochumer Arbeitsagentur reagierte sogar auf die Beschwerden und telefonierte mit dem Träger. Die Arbeitsmethoden in den „Kursmodulen“ ließen bei auch bei anderen Trägern zu wünschen übrig, wenn ein einziger Kursleiter gleichzeitig drei Kurse betreute und sich die Teilnehmer selbst beschäftigen mussten. Eine Intensivbetreuung ist das wohl nicht! Ich kann mir vorstellen, wie profund sich so mancher Träger an den Kursen für Erwerbslose die Taschen füllt.

3. Die „Arbeitnehmerkammer“ warnt, dass **Wohnen** für zunehmend mehr Menschen immer unbezahlbarer wird und besonders Junge, Alleinerziehende und Senior(inn)en ständig mehr bezahlen müssten. Merkwürdig, dass in dieser Aufzählung gerade die Erwerbslosen fehlen! Zwei Drittel aller Bremer(inn)en stehen schon unter dem Druck, mittlerweile mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufzuwenden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die „Gewoba“ niemandem eine Wohnung vermietet, wenn die Miete mehr als ein Drittel seines Einkommens beträgt.

Die Zahl der Bremer Mietwohnungen ging seit Ende der 1980er Jahre um neun Prozent zurück, was immerhin 11.000 Wohneinheiten entspricht. Die Zahl der Privathaushalte stieg im selben Zeitraum um elf Prozent. Der Bedarf an Wohnungen für mehrere Personen nahm ab. Deutlich stieg die Nachfrage nach Kleinwohnungen an, die sich dann erheblich verteuerten. Erschwerend kommt ein eklatanter Schwund an Sozialwohnungen hinzu, weil durch das Ablaufen der Mietpreisbindung fast 90 Prozent der 1990 noch vorhandenen 80.000 Bremer Sozialwohnungen nunmehr auf dem „freien“ Wohnungsmarkt „angekommen“ sind. Hier sind wohl eine Verlängerung bestehender Belegungsbindungen und eine Bremse für den rasanten Mietpreisanstieg notwendig!

Die 700 neuen preisgebundenen Wohnungen, die der Senat derzeit als Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus plant, sind gerade mal ein Zischen auf dem heißen Stein, ein trauriger Witz. In der Überseestadt kostet der Quadratmeter im Durchschnitt gut 10,50 Euro Kaltmiete, in Blumenthal 5,35 Euro. Der stadtbremische Durchschnitt liegt bei 6,43 Euro, in Bremerhaven sind es 4,50 Euro. Leider ist die Erhöhung der Kosten für die Unterkunft nur eine Mogelpackung, sodass Erwerbslose keine Unterstützung vonseiten des Senates zu erwarten haben. Einer weiteren Segregation werden Tür und Tor weit geöffnet.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Dafür haben wir Wahlen verloren“: Wie sich *Spezialdemokraten* bei den Arbeitgebern anbiedern *(„Nachdenkseiten“)*

Menschenverachtend, menschenunwürdig, verfassungswidrig: Die unselige Sanktionspraxis muss beendet werden! *(Petition an den Bundestag)*

‚Hurra, ich habe einen Arbeitsplatz!‘

Es ist wahr, was immer detaillierter verdeutlicht wird von Frau Graf, und zeigt deutlich, wie die Welt tickt. Sie ist leider nicht mehr sozialistisch wie in den Sechzigern oder erhält noch gewerkschaftlich alle in den Achtzigern erreichten Werte. Jetzt ist es nur noch Marktware auf dem Arbeitsmarkt, wozu die SPD doch glatt „Wir“ sagte. Das liegt gerade an jenen selbst, die sich in diesen Arbeitsmarkt haben einbinden lassen. 42 Millionen Arbeiter begreifen wohl nicht mehr, dass jede(r) einzelne in Gefahr ist, sich im System schwächen zu lassen.

Die Uhren laufen auf verschiedenen Erdteilen zwar unterschiedlich, aber betroffen werden alle Arbeiter. Es ist eine Seuche, genau wie die Pest, die mal irgendwo an einen Punkt angefangen hat. Da können wir ruhig Namen nennen, nämlich China: Dort sind an irgendeiner Ecke, wo die Armut am größten ist, tatsächlich Ratten gekommen. Sie infizieren die Menschen mit Billig und Teuer. Teuer ist der Kredit. Das kann auch heute Indien sein, wo sich nicht wenige aufhängen, weil sie zum Beispiel von der Baumwolle nicht leben können.

Irgendeiner verrät letztlich die Gemeinsamkeit, und dann sind alle ohne Schutzwall. Da kann dich schon eine kleine Flut in Armut versetzen! Es kommt auch darauf an, die Arbeiterschaft und ihren Trend zu erkennen. Die Einstellung ist jetzt: „Hurra, ich habe einen Arbeitsplatz!“ und nicht mehr Politik, Ideologie, Mitvertreterstärke. Ohne dies wollen sie es heute alles ganz allein tun und protzen sogar schon. In Wahrheit haben schon bald alle Arbeiter ihre Macht verloren und haben sich ruhig von oben herab indoktrinieren lassen, was anderen mit Moral und Stolz von etablierten Parteien genommen wird.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

„Mehr Telefonie wagen“: Unbotmäßige Parteimitglieder erhalten dieser Tage „falsche Drohanrufe“ unter der Nummer der SPD-Zentrale *(„Der Westen“)*

Wie jedes Jahr plant die Bremer **Montagsdemo** zum Jahresende ein gemeinsames **Weihnachtsfest**. Es wird diesmal wieder – im Anschluss an die letzte Montagsdemo am **16. Dezember 2013** – ab circa **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a, stattfinden. Herzlich willkommen sind alle Freundinnen und Freunde der kämpferischen Opposition, alle aktuellen und „alten“ Montagsdemonstranten und alle anderen, die sich der sozialen Bewegung gegen die Hartz-Gesetze,

für die Abschaltung aller Atomanlagen, der Arbeiter- oder Frauenbewegung verbunden fühlen! Für heiße Getränke und Würstchen ist gesorgt. Benötigt werden noch Plätzchen, Kuchen, Salate und vor allem kulturelle Beiträge (Lieder, Gedichte, Sketche). Bitte meldet euch kurz zurück!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

452. Bremer Montagsdemo am 09. 12. 2013

Heutige Neurenten sind 25 Prozent niedriger als vor der Reform

1. Bald läuten die Glocken. Es ist Zeit, über die Bescheide der Jahre 2012 und 2013 nochmals nachzudenken. Die Entscheidungen für das SGB II (ALG II) sind rückwirkend ab 1. Januar 2012 noch änderbar, im übrigen Sozialrecht ab 1. Januar 2009! Ab 1. Januar 2014 sind nur noch die Bescheide aus dem Jahr 2013 erreichbar. Warum und wie dies geht? Einfach die Bremer Montagsdemo zum Jahresende 2012 lesen!

Geändert haben sich die Kosten der Unterkunft, also die Mieten. Die Jobcenter übernehmen die Nachzahlung der Nebenkosten und weisen darauf hin, dass künftige Zahlungen nicht mehr übernommen werden – oder ähnlich. In der Freude über die Nachzahlung wird oftmals übersehen, dass künftige Zahlungen damit verweigert werden. Bei der nächsten Nebenkostenabrechnung wird abgelehnt mit der Begründung: „Bereits mit Bescheid vom ... haben wir darauf hingewiesen, dass wir diese Kosten nicht erstatten können“. Wer einen solchen Bescheid entdeckt, sollte Antrag auf Überprüfung stellen und bei einer Ablehnung Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid erheben.

In Bremen sind weder die jetzigen **Kosten der Unterkunft** und folgerichtig auch nicht die Regelungen über den Zuschuss für Auszubildende gerichtsfest. Die Anweisung für die Verwaltung in Bremen ab 1. Januar 2014 hat ebenfalls handwerkliche Fehler, siehe 451. Bremer Montagsdemo. Die Vorlage zur Sitzung der Sozialdeputation enthält die Vorbemerkung, den Entwurf für die Anweisung an die Verwaltung und die Anmerkungen von „Analyse & Konzepte“ zur Ermittlung der Mietobergrenzen. Leider ist zu diesen Mieten eine Wohnung nicht anzumieten. Die Mietobergrenzen werden in der Vorlage als „Richtwerte“ bezeichnet. Wie dies alles geht? Bremer Montagsdemo!

2. Wer einen **Riester-Vertrag** hat, erhält auf Antrag Zulagen vom Staat. Die Behördenmitarbeiter überprüfen aber alle Bewilligungen noch einmal, und eventu-

ell stornieren sie die Zulagen. Diese Zulagen werden vom Riester-Vertrag *ohne* Benachrichtigung wieder abgebucht. Diese Stornierung ist nur aus dem Kontostand ersichtlich. Bitte die Kontostände des Vertrags prüfen und bei Rückbuchungen oder Stornierungen Widerspruch einlegen!

Die Behördenmitarbeiter sind nicht ganz auf dem Laufenden. Die Rückbuchungen werden auch außerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten durchgeführt. Trotzdem sollen Protest und Widerspruch nur innerhalb eines Jahres möglich sein. Wer bei der Prüfung feststellt, dass sein Riester-Vertrag schon länger als ein Jahr belastet ist – nicht verzagen! Widerspruch und weiteres Vorgehen von der Widerspruchsbegründung abhängig machen! Für alle, die Widerspruch eingelegt haben, ist der Widerspruchsbescheid sehr wichtig, denn dagegen ist nur innerhalb der Rechtsfrist eine Klage möglich.

Die Klage kann fristwahrend erhoben und die Begründung nachgereicht werden, falls so kurzfristig kein Termin bei einer Beratungsstelle zu ergattern ist. Beim Riester-Vertrag erst Widerspruch, bei den Bescheiden von Jobcenter oder Sozialamt erst Antrag auf Überprüfung stellen und, falls abgelehnt wird, Widerspruch einlegen und bei erneuter Ablehnung die Hilfe des Gerichts beantragen, also Klage erheben. Wie dies alles geht? Bremer Montagsdemo: teilnehmen, hinhören, nachlesen!

3. Die Petition gegen **Sanktionen** im ALG II benötigt noch Unterzeichner. Jede(r) kann unterzeichnen, nicht nur ALG-II-Betroffene! Petentin Inge Hanneman, Mitarbeiterin des Jobcenters Hamburg und Kronzeugin gegen die demütigende Sanktionspraxis, hat auch in Bremen sehr überzeugend die Behandlung im Jobcenter geschildert.

Für die Betroffenen steht aber noch mehr auf dem „Spiel“: Wenn diese Petition nicht einmal 50.000 Unterschriften einfährt und scheitert, ist für die Politik klar: Die wehren sich nicht! Es gibt dann noch weniger Fürsprecher für die Anliegen der ALG II Betroffenen! Wer keinen Internet-Zugang hat, kann auf der Bremer Montagsdemo unterzeichnen. Die Zeichnungsfrist im Netz läuft am 18. Dezember 2013 ab, bei uns am nächsten Montag.

4. Die SPD-Basis darf nicht alles wissen. Meine Meinung zum **Koalitionsvertrag** steht auf den Seiten der vorherigen Bremer Montagsdemos. Die SPD-Basis soll über einen Vertrag entscheiden, der nicht alles enthält, was vereinbart wurde. Gibt es einen „hinteren“ Vertrag? Bei den fehlenden Vereinbarungen zur Gesundheit hat die wahrscheinlich neue Ministerin nur den Kopf geschüttelt, aber nicht Nein gesagt. Viele SPD Politiker beschwören die Neuwahl als Folge eines Neins durch die SPD Basis.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten – oder hat sich die SPD verpflichtet, Neuwahlen zu unterstützen, falls Frau Merkel dies will? Die Jusos haben sich gegen den Koalitionsvertrag entschieden, von dem Herr Gabriel behauptet, dass er für viele Menschen Vorteile bereithalte. Dies glaube ich nicht. Die Koalition aus

den drei kleineren Parteien würde sozialer entscheiden und handeln – so wie auch die SPD es den Wähler(inne)n versprochen hat.

5. „Keine Steuererhöhungen!“ – Dieses Versprechen gilt nicht für den Mittelstand. Die **Steuererhöhungen** aus den geltenden Rahmenbedingungen einschließlich der „kalten Progression“ nimmt die CDU/CSU gern. Die drei kleineren Parteien haben den Wählern versprochen, die „kalte Progression“ zu beseitigen. Finanziert werden sollte dies aus Steuererhöhungen für die „Superreichen“.

Dies ist nach wie vor möglich, falls die SPD-Basis zum Koalitionsvertrag Nein sagt und die drei kleineren Parteien gemeinsam handeln. Die „kalte Progression“ war auch der jetzt geschäftsführenden Regierung bekannt und sollte beseitigt werden. Der Beschluss hierzu wurde am 7. November 2011 verabschiedet. Was daraus geworden ist, steht oben.

6. Die leeren Staatskassen wurden durch Ex-Kanzler Schröder verursacht. Damit wurde die „Notwendigkeit“ von Hartz IV begründet: Der Sozialstaat sei unbezahlbar, wurde mit Hinweis auf die leeren Kassen behauptet, siehe Bremer Montagsdemo. Frank-Walter Steinmeier hat diese Steuersenkungen aktuell gelobt:

„Dann hat es aber die entscheidenden **Steuersenkungen**, und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro, unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben: mit der Senkung des Spitzensteuersatzes, mit der Senkung des Eingangssteuersatzes, mit der Senkung der Unternehmenssteuern. Sie haben bis dahin Ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommensteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr versteuert nach dem Abgeltungssteuergesetz. Das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik, und ich finde, bis heute ist das nicht so ganz schlecht.“ (Beifall)

Herr Steinmeier hat nicht gesagt, dass diese 60 Milliarden Jahr für Jahr „eingespart“ werden. Er hat auch nicht darauf hingewiesen, dass die Körperschaftsteuer zehn Jahre rückwirkend gesenkt wurde. Durch die Erstattung der Differenz für zehn Jahre wurde die Körperschaftsteuer zum Kostenfaktor. Herr Steinmeier hat nichts zur steuerfreien Auflösung der „Deutschland AG“ gesagt und über die anderen Faktoren für eine noch schnellere Umverteilung von unten nach oben geschwiegen, siehe Bremer-Montagsdemo. Die Untertunnelung der Haushaltskassen wurde durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vermieden, zulasten der Verbraucher.

7. Die Mütterrente ist überfällig. Aber sie führt dazu, dass die nächste Rentenerhöhung für alle geringer ausfällt, wenn die **Rentenformel** nicht geändert wird. Der „Nachhaltigkeitsfaktor“ führt zu dieser geringeren Rentenerhöhung. Auch bei einer Finanzierung aus Steuermitteln würde der „Nachhaltigkeitsfaktor“ die Rentenerhöhung aller Rentner(innen) genauso verringern. Der „Nachhaltigkeitsfaktor“ hat auch senkende Auswirkungen bei der Rentenbewilligung: Je mehr Kinder die Neurentner haben, desto niedriger wird ihr Erwerbsleben bewertet.

Diese Rahmenbedingungen müssen und können geändert werden! Komisch, dass darauf noch kein Politiker hingewiesen hat. Nachzulesen ist dies in der Stellungnahme der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ mit dem Titel „Mütterrente – Gleichstellung mit Nebenwirkungen“. Dort ist zudem zu erfahren, dass auch nach der Nachbesserung Mütter mit ab 1992 geborenen Kindern weiterhin bessergestellt sind. Insgesamt ist es also eine Mogelpackung!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich anmerken, dass die heutigen Neurenten um circa 25 Prozent geringer bewilligt werden als Neurenten mit gleicher Lebensleistung *vor* der Rentenreform! Die Regierungspolitiker versuchen dies zu vertuschen. Die Rentner(innen) müssen es erdulden! Aber sie können sich wehren. Fragt doch mal euren Abgeordneten, eure Partei! Nachzulesen ist dies im Buch „ Die Vorsorgelüge“ mit dem Untertitel „Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben“. Wer eine Erwerbsminderungsrente benötigt, wird durch die Rentenformel besonders benachteiligt! Auch dies ein gebrochenes Wahlversprechen der CDU/CSU? Noch ist Zeit!

Die „Schwindsucht“ der Renten ist in meinen Beiträgen nachvollziehbar. Die Verursacher und ihre Nachfolger haben gerade den Koalitionsvertrag unterschrieben. In den Mitteilungen der DRV wird auf die Steuerpflicht – die bei den meisten Renten null Euro beträgt – sowie auf die Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung verwiesen. Alle Abgaben ändern sich laufend, die Abzugsbeträge sind aber feststellbar. Nicht in der Mitteilung steht die Auswirkung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ und damit die sinkende Bewertung der Lebensleistung.

Die Fallstricke des Lebens – Erwerbslosigkeit, längere Krankheit, Lohnsenkungen und Kürzungen – kommen in dieser Hochrechnung nicht vor; die Kindererziehung, Hausfrau- und Hausmannzeiten et cetera auch nicht. Die Regierungspolitiker können und müssen dies ändern! Zur Finanzierung kann gerne die Riesterrente auslaufen. Es gibt da Antwort auf eine Anfrage der Partei „Die Linke“. Wenn dieses Steuergeld in die DRV eingebracht würde, wäre diese Rentenreform sofort rückholbar. Zurück auf Anfang! Die „Arbeitnehmerkammer“ hat Änderungen vorgeschlagen. Nur die privaten Rentenverischerer haben eine noch schlechtere Rendite, nachzulesen im Buch „Die Vorsorgelüge“.

8. Die Freie Hansestadt wurde vom Stabilitätsrat formal gerügt, obwohl alle Vereinbarungen eingehalten wurden: „Der Stabilitätsrat sieht für Bremen den Erfolg des vereinbarten Sanierungsprogramms wegen zu hoher Kredite gefährdet“, so die Meldung. „‚Die Linke‘ hingegen hält weitere Sparmaßnahmen für vollkommen unrealistisch. Für ‚Die Linke‘ fragte deren Finanzpolitiker Klaus-Rainer Rupp, was Bremen eigentlich noch machen soll. Bremens Finanzen seien nicht über **Sparmaßnahmen** zu sanieren. Jetzt schon habe das Land zu wenig Lehrer, Polizisten und Feuerwehrleute, der Sozialbereich werde zusammengestrichen.“

Wie sehr Bremen spart und damit viel Schaden anrichtet, ist dem Haushaltsentwurf zu entnehmen. Die Bürgerschaft berät darüber ab Dienstag dieser Woche. Die Anmerkung aus Berlin, Bremen akzeptiere nicht einmal „geringe Ein-

schränkungen“, sind eine Verhöhnung der Sachzwänge! Die hiesige SPD mahnt Unterstützung aus Berlin an, denn aus eigener Kraft kann Bremen sich nicht entschulden.

Im Koalitionsvertrag steht davon nichts. Wie viel Bildungsverlust, Überlastung bei der Polizei, Unterbesetzung bei der Feuerwehr, Unterbesetzung im Standesamt, Überbelastung im Ausländeramt, unterlassene Reparaturen an der Infrastruktur et cetera gibt es schon! Bremen kann sich kaputt sparen – nur die Entschuldung ist so nicht zu erreichen.

9. Der NSA-Skandal sollte eigentlich den Datenhunger der amtierenden Politiker gestoppt haben, aber nein: Die NSA macht weiter wie bisher, die Regierung schaut weiter weg und lässt machen. Im Koalitionsvertrag stehen trotz allem die **Vorratsdatenspeicherung** sowie die Abnahme von Fingerabdrücken bei Ein- und Ausreise aller Nicht-Unionsbürger. Diese Planung läuft auf EU-Ebene. Wir wollen leider zustimmen.

Die NSA soll alle erreichbaren Handydaten abfangen und auswerten. Außer den Gesprächen werden alle erreichbaren Bewegungen erfasst und ausgewertet. Zwei Handys „treffen“ sich eventuell mehr als einmal – sofort wird dies als „Kontakt“ ausgewertet. Die Auswertung kann jederzeit auch nach andern Gesichtspunkten erfolgen. Die anfallenden Datensätze, 100 Millionen pro Tag, sind kein Problem! Die Bewegungsprofile entstehen durch die automatischen An- und Abmeldungen der Handys beim jeweiligen Funkmast. Das Handy muss dazu nicht benutzt werden. Das Handy ganz auszuschalten, einst eine Möglichkeit, ist inzwischen ohne Garantie. Das Handy nicht mitnehmen, ist jetzt die einzige Möglichkeit, dieser Überwachung zu entgehen.

Die Hauptbefragungsstelle wird geschlossen. Sie hat Informationen aus der Befragung von Asylantragsstellern an die NSA weitergegeben. Jetzt sollen aber die „befreundeten“ Dienste die Asylbewerber in Deutschland selbst befragen. Wir begehen damit einen Vertrauensbruch, weil wir die Datenverwendung nicht beeinflusse können, siehe 450. Bremer Montagsdemo (Punkt 4). Die Verstrickung des Bundesnachrichtendienstes mit der NSA wird immer klarer und grenzenloser.

Alle Daten landen im Zugriff für Mörder per Drohnenangriff. „Frontal 21“ hat zudem herausgefunden: Der BND soll bis 1991 eine geheime Einsatzgruppe zur Verwendung auf dem Gebiet der DDR unterhalten haben. Der damalige parlamentarische Kontrollausschuss für den Geheimdienst wurde nicht informiert. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Menschenverachtend, menschenunwürdig, verfassungswidrig: Die unselige Sanktionspraxis muss beendet werden! *(Petition an den Bundestag)*

Rechtfertigt die Situation am Arbeitsmarkt auch nur *eine* Sanktion?

Wie viele Arbeitsstunden (Erwerbs-/Lohnarbeitsstunden) werden insgesamt im Jahr von den erwerbsfähigen Arbeitnehmern in Deutschland geleistet? Entfallen von diesen jährlichen Gesamtstunden auch Arbeitszeiten auf sogenannte Ein-Euro-Jobber oder auf ehrenamtliche Tätigkeiten? Wie viele in Deutschland lebende Menschen befinden sich im erwerbsfähigen Alter und werden somit als Erwerbsfähige eingestuft?

Wie verhält sich die Verteilung der jährlich zur Verfügung stehenden Gesamtarbeitszeit auf die Erwerbsfähigen? Wie viele Arbeitsstunden müsste jeder in Deutschland lebende erwerbsfähige Arbeitnehmer in Deutschland durchschnittlich hiervon an einem Tag erbringen, wenn man alle Erwerbsfähigen mit der gleichen Stundenzahl belasten würde? Müsste nicht die gesetzliche Arbeitszeit auf das tatsächlich notwendige Maß reduziert werden?

Die notwendigen Verkürzungen der Arbeitszeit dürfen wohl kaum auf ein Wunschkonzert hinauslaufen. In diesem System kann man seine eigene Reproduktion und die seiner Nachkommen nur mit der Arbeit gewährleisten, die man verkaufen kann und die kapitalistische Unternehmer benötigen.

Man darf nicht übersehen, dass sich nach den circa 22 Millionen Vollzeitbeschäftigten, die derzeit ungefähr vier Fünftel aller bezahlten Arbeitsstunden eines Jahres verrichten, weitere 32 Millionen mögliche Erwerbsfähige mit dem letzten Fünftel der bezahlten Arbeit oder rechnerisch ungefähr 25,25 Stunden im Monat begnügen müssen. Allein hier heraus muss man erkennen, dass eine andere Form der Umverteilung von Arbeit und Einkommen erfolgen muss, mit der man allen möglichen Erwerbsfähigen gerecht wird.

Niemand sollte sich hierzu weiterhin auf Scheindebatten wie einen Mindestlohn einlassen. Wie sollte ein Mindestlohn allein ausreichen, um die Reproduktion der Menschen zu sichern, die sich mit 25,25 Stunden bezahlter Arbeit im Monat begnügen müssen? Niemand wird auf Dauer darum herumkommen, sich mindestens für ein solidarisches Grundeinkommen einzusetzen – mit der Verteilung aller für eine Gesellschaft notwendiger Arbeit, die man dann aber mindestens zum Mindestlohn bei entsprechender Besteuerung bezahlt.

Dass man hierzu auch die Profite der Unternehmen heranziehen muss, sollte zu einer Selbstverständlichkeit werden. Nur so kann man in meinen Augen ein lebenswertes Leben für möglichst alle Menschen in diesem Land erreichen, solange man auf ein kapitalistisches System setzt! – Dieser Beitrag von mir zur Petition

der Frau Hannemann bezüglich der Hartz-IV-Sanktionen wurde vom Moderator des Forums gelöscht.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Wie jedes Jahr plant die Bremer **Montagsdemo** zum Jahresende ein gemeinsames **Weihnachtsfest**. Es wird diesmal wieder – im Anschluss an die letzte Montagsdemo am **16. Dezember 2013** – ab circa **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a, stattfinden. Herzlich willkommen sind alle Freundinnen und Freunde der kämpferischen Opposition, alle aktuellen und „alten“ Montagsdemonstranten und alle anderen, die sich der sozialen Bewegung gegen die Hartz-Gesetze, für die Abschaltung aller Atomanlagen, der Arbeiter- oder Frauenbewegung verbunden fühlen! Für heiße Getränke und Würstchen ist gesorgt. Benötigt werden noch Plätzchen, Kuchen, Salate und vor allem kulturelle Beiträge (Lieder, Gedichte, Sketche). Bitte meldet euch kurz zurück!

Die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung!

Landauf, landab preisen Merkel, Gabriel und Seehofer die „Segnungen“ des neuen Koalitionsvertrags. Man sollte sich ihre „Weihnachtsgeschenke“ aber genauer ansehen, denn zum Beispiel die „Rente mit 63“ ist eine echte Mogelpackung! Seit Beginn des Jahres 2012 können Beschäftigte nach 45 Versicherungsjahren mit Erreichen des 65. Lebensjahres ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen. Ab dem 1. Juli 2014 dürfen sie das laut Koalitionsvertrag bereits mit vollendetem 63. Lebensjahr. Aber wer kann das überhaupt in Anspruch nehmen?

Viele Menschen sind es nicht. Von den knapp einer halben Million Männern (418.881), die im letzten Jahr in Rente gingen, erhielten lediglich 10.555 oder 2,5 Prozent eine abschlagsfreie Rente mit 65. In Rentenfragen sind wie immer die Frauen besonders benachteiligt. Zwar gingen fast gleich viele Frauen in Rente (410.569), aber lediglich 1.751 oder 0,4 Prozent konnten die Hürden nehmen, um mit 65 Jahren ohne zusätzliche Kürzungen in Rente zu gehen. Dies ist ein echter Skandal, wenn man die Doppelbelastung der meisten Frauen durch Beruf und Familie bedenkt!

Für die Rente ab 63 wird die Hürde so hoch, dass sie nur noch eine Handvoll schaffen kann: Um im 63. Lebensjahr 45 Versicherungsjahre aufzuweisen, muss man bereits ab dem 18. Lebensjahr rentenversichert sein. Zudem wird mit einem fiesen Formulierungstrick im Koalitionsvertrag die Hürde für fast alle unüberwindbar gemacht. Wurden bei der abschlagsfreien Rente mit 65 noch 45 *Versicherungsjahre* vorausgesetzt, sollen es nun 45 *Beitragsjahre* bei der Rente mit 63 sein. Zum Beispiel gelten außerbetriebliche Ausbildungs- und Studienjahre zwar als Versicherungsjahr, aber nicht als Beitragsjahre. Sie würden also für die Rente mit 63 nach dem Koalitionsvertrag nicht mehr mitgerechnet.

Für die Kinder- und Erziehungszeit gelten bis zu zehn Jahre als Versicherungszeit, aber nur maximal drei Jahre als Beitragsjahre. Insbesondere die SPD rühmt sich, erstmals durchgesetzt zu haben, dass auch Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet werden. Aber welche sind gemeint? Die Zeit, in der die Arbeitslosen auf Hartz IV angewiesen sind, gelten zwar als Versicherungszeit, aber lediglich die verkürzte Zeit mit Arbeitslosengeld I gilt als Beitragsjahr. Zuletzt wurde via „Bild“-Zeitung bekannt, dass es eine Zusatzvereinbarung gibt: Auch vom ALG I werden maximal fünf Jahre angerechnet.

2015 gilt bereits nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit die abschlagsfreie Rente mit 63 nicht mehr, denn Jahr für Jahr wird trotz 45 Beitragsjahren das Eintrittsalter für eine abschlagsfreie Rente höher gesetzt. Deshalb dürfen wir uns von der Großen Koalition – wenn sie denn überhaupt zustande kommt – nicht einlullen lassen. Auf der Berliner Herbstdemonstration war eine sichtbare Forderung: Weg mit der Rente mit 67! Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen bei vollem Rentenausgleich! Festsetzung einer staatlichen Mindestrente, die gut zum Leben reicht und unabhängig ist von der persönlichen Berufstätigkeit!

Harald Braun

„Warum soll ich in so ein System einzahlen“: „Wenn das den Leuten transparent gemacht würde, bräche der gesamte Legitimationsunterbau der Rente in sich zusammen“ *(„Spiegel-Online“)*

Was denn sonst: Gehörlose bezeichnen Gebärden-Übersetzung von Obamas Trauerrede für den einst mit US-Hilfe festgenommenen „Terroristen“ Nelson Mandela als „absoluten Zirkus“ *(„Spiegel-Online“)*

Geheimhaltung statt Transparenz: Warum fehlt bei zehn Prozent der abgegebenen Stimmen beim SPD-Mitgliedervotum für die Großkoalition die erforderliche eidesstattliche Versicherung? *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Wer hat uns verraten: Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für Angela Merkel *(„Die Welt“)*

Taktisches Manöver: Der SPD-Mitgliederentscheid sollte eine Analyse der Wahlniederlage sowie eine Erneuerung der Parteispitze und damit des politischen Kurses verhindern *(„Nachdenkseiten“)*

„Ministerin Uschi für Puff und Peng“: „Gibt’s dann Stoppschilder an der Grenze, damit Bösewichte draußen bleiben?“ *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

453. Bremer Montagsdemo am 16. 12. 2013

Schluss damit, dass unausgebildete ALG-II-Fallmanager mit Sanktionen sinnlose Maßnahmen vollstrecken!

Bis **Mittwoch**, den **18. Dezember 2013**, ist es noch möglich, die **Petition gegen Hartz-IV-Sanktionen** zu unterstützen, siehe 452. Bremer Montagsdemo. Bei der Unterzeichnung im Netz können Sie wählen, ob Ihr Name oder nur Ihre Registrierungsnummer in der Liste erscheint. Jede(r) Volljährige kann unterzeichnen!

Wer keine Ahnung vom Jobcenter hat, kann sich in einem MDR-Beitrag einen Eindruck von der Ausbildungsqualität der Sachbearbeiter(innen) und den überzeugenden Entscheidungen machen. Dieser Beitrag zeigt, dass die Mitarbeiter(innen) ohne umfassende Ausbildung hinter den Schreibtisch gesetzt werden – und sie arbeiten weisungsgebunden. Die Leitlinie lautet: So wenig wie möglich auszahlen. Dies wird kurzfristig umgesetzt. Langfristigkeit geht dabei unter.

Frau Inge Hannemann erläutert in einem Veranstaltungsvideo ihren Aufgabenbereich als Fallmanagerin im Jobcenter. Einen tiefen Einblick in die Rahmenbedingungen des ALG II gewährt auch ein aktueller Beitrag in der „Rhein-Zeitung“: Der Sohn will nach einer abgebrochenen Ausbildung ALG II beantragen. Er ist unter 25 Jahre alt und wohnt zu Hause. Die Mutter soll sich jetzt trotz angeschlagener Gesundheit eine Arbeitsstelle besorgen. Der Vater soll seine bisherige Arbeit aufgeben und sich eine besser bezahlte Tätigkeit suchen!

Alle diese vom Fallmanager erwogenen Maßnahmen werden oftmals mit Sanktionsdrohungen zum Gehorchen vollstreckt. Daher ist es wichtig, die Sanktionen zu beseitigen. Falls Sie nicht überzeugt sind, lesen Sie die vorstehenden Bremer Montagsdemos und sehen und hören Sie mein Video über die Veränderungen in Bremen, wahrgenommen bei der Begleitung zum Amt.

Per Sanktion können alle Leistungen zu 100 Prozent verweigert werden, jeweils für drei Monate. Aber wer drei Monate keine Miete zahlen kann, wird ob-

dachlos! Junge Menschen unter 25 Jahren werden besonders schnell auf Null gekürzt. Ein Widerspruch gegen eine Sanktion hat *keine* aufschiebende Wirkung! Sogar Kinder ab 15 Jahren von Erwerbslosen werden vorgeladen und müssen ihre Zeugnisse vorlegen. Sie werden oftmals zum sofortigen Berufseinstieg gedrängt, ohne dass der Fallmanager über eine entsprechende Ausbildung verfügt.

Die fehlende gesetzliche Grundlage soll jetzt nachgeliefert werden. Ein Grund mehr für die Zeichnung dieser Petition! Falls etwas unklar ist: Wir sind am **Montag**, dem **16. Dezember 2013**, ab **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** und ab **19 Uhr** zur **Weihnachtsfeier** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Praktizierter Faschismus: Jobcenter Offenberg verlängert den laut Unrechtsgesetz dreimonatigen Kürzungszeitraum willkürlich aufs Dreifache *(„Scharf links“)*

Menschenverachtend, menschenunwürdig, verfassungswidrig: Die unselige Sanktionspraxis muss beendet werden! *(Petition an den Bundestag)*

Der Koalitionsvertrag belastet vor allem Familien und einfache Bürger

1. Die Wochen vor Weihnachten sind für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II meist eine schwierige Zeit. Wenn am Ende des Geldes mal wieder noch ganz viel Monat übrig ist, kann natürlich auch nichts mehr für Geschenke oder einen Weihnachtsbaum bleiben. Vor allem für Kinder ist diese weitere Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe zu Weihnachten richtig schlimm. Während sie im Kindergarten noch erleben, dass der Weihnachtsmann seine Geschenke an alle Kinder gleichmäßig verteilt, so können sie es gewiss nicht verstehen, warum er seine Rentiere nicht auch vor ihrem Haus anhält und Geschenke vom Schlitten herunterlädt, sondern höchstens die dringend benötigten Winterstiefel und ein Paar neue Handschuhe von Aldi dalässt.

Manches Kind, das mit seinen Eltern von Hartz IV vegetieren muss, kommt dann vielleicht nicht zur Schule, wenn alle etwas für eine Bastelaktion mitbringen sollen, weil auch hiermit das schmale Budget der Haushaltskasse überzogen wird. Mit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze wurde die frühere **Weihnachtsbeihilfe**, die Bezieher der Sozialhilfe bekamen, ersatzlos gestrichen. So muss Weihnachten für die Eltern von rund 1,5 Millionen Kindern, die auf Hartz IV angewiesen sind, jedes Jahr erneut eine große emotionale und finanzielle Belastung bedeuten.

Die Situation der ALG-II-Bezieher wird von immer denselben Sendern, die nach hohen Einschaltquoten schielen, medienwirksam ausgeschlachtet. Da werden herzzerreißende Geschichten über arme Kinder weihnachtlich abgehandelt und mitten in die festlich geschmückten Stuben übertragen, um so zur alljährlichen größten Spendengala aufzurufen; herzallerliebste Kullertränen vor Rührung vergossen; so dankbare kleine Sätze von eben genau den gleichen arbeitslosen Menschen aufgenommen, die kurze Zeit zuvor noch gnadenlos vor laufender Kamera gejagt und beschimpft und verdächtigt und entwertet wurden. Süßer die Kassen nie klingen, äh, die Glocken natürlich! Damit auch in diesem Jahr wieder munter gesungen werden kann: „Morgen, Kinder, wird's nichts geben, morgen werden wir nur schauen: Welch ein Jubel, welch ein Leben, wird im Haus des Nachbarn sein!“

2. Als ein 19-jähriger junger Mann zusammen mit seiner Mutter das Jobcenter in Westerburg betrat, suchte er eigentlich nach einer neuen Lehrstelle. Er hatte seine Lehre nach eineinhalb Jahren abgebrochen und ein halbes Jahr von ALG II existiert. *Uneigentlich* wurde der Termin zu einem unfreiwilligen Abenteuer, in dem sich Mutter und Sohn mindestens im falschen Film, wenn nicht in einer Szene mit versteckter Kamera wähnten. Als Spaß entpuppte sich das Gespräch allerdings nicht, als zur großen Überraschung der Beteiligten nicht nur für den Sohn nach einer Jobalternative gesucht wurde, sondern auch für seine Mutter, obwohl diese wegen gesundheitlicher Beeinträchtigung gar keinen Job suchte und keine staatliche Leistungen beanspruchte.

Sie soll dies auch vor einem Arzt der Behörde rechtfertigen. Kaum zu glauben, aber nun sollte sich auch noch der Vater einen besser bezahlten Arbeitsplatz suchen! Kein Fall von **Behördenschikane**? Nein, natürlich niemals nicht, denn die Arbeitsvermittler müssen von Gesetzes wegen jede Möglichkeit prüfen, dass eine Bedarfsgemeinschaft keine staatlichen Leistungen in Anspruch nimmt. Jedenfalls verstehe ich es gut, dass sich der 19-jährige nun lieber selbst um einen Ausbildungsplatz bemüht und nach 30 Bewerbungen noch in dieser Woche sein erstes Vorstellungsgespräch haben wird.

3. In Wuppertal fasste die Polizei eine 87-jährige Schwarzfahrerin und brachte sie ins Gefängnis. „Oma Gertrud“ hatte ihre Gerichtsverhandlung geschwänzt und

wurde seither mit Haftbefehl gesucht. Weil die notorische Schwarzfahrerin bereits 22 Mal erwischt worden war, sollte ihr bereits im September der Prozess gemacht werden. Das Gericht hatte sie schon im Juni wegen Schwarzfahrens zu 400 Euro Geldstrafe verurteilt. Den Beamten sei die Festnahme nicht leicht gefallen.

Der Vorfall habe eine Welle der Sympathie und Spendenbereitschaft für die alte Frau ausgelöst, die sich mit ihrer geringen Rente offenbar nicht über Wasser halten könne und nebenher putzen gehe. Ein Skandal ist es, dass Menschen in diesem Alter noch arbeiten müssen, weil die Rente nicht reicht! Besonders Frauen sind von **Altersarmut** betroffen. Demnächst werden es auch immer mehr Männer sein, die im Alter nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, und sich dann bei ihren Fahrten zu den kleinen Arbeitsstellen keine Fahrkarte mehr leisten können.

4. Die Hamburger „Tafel“ versorgt wöchentlich 15.000 Menschen mit Lebensmitteln, Tendenz steigend. Da jedoch die Zahl der Spenden zurückgeht, musste nun mancherorts ein Aufnahmestopp verhängt werden. So werden momentan keine neuen Ausweise ausgegeben, die zur Abholung von Lebensmittel berechtigen, und die Wartelisten, auf denen sich Bedürftige mit einem Renten- oder Hartz-IV-Bescheid eintragen können, werden immer länger. Es gibt einfach nicht mehr zu verteilen! Den „Sozialverband VdK“ überrascht diese Entwicklung nicht; er habe schon lange darauf hingewiesen, dass es aufgrund der Altersarmut zu solchen Engpässen kommen könne.

Nur die Sozialbehörde reagierte ohne große Sorge auf den Hilferuf der Hamburger „**Tafel**“, weil sich ihrer Meinung nach daraus nicht schließen lasse, dass die Armut in Hamburg in den vergangenen zwei Jahren generell gestiegen sei: Von den 22 Essensausgabestellen, die durch die Stadt finanziell unterstützt werden, habe es bislang keine Rückmeldung gegeben, dass diese überlaufen seien. Die Gründe für den Ansturm auf die Ausgabestellen der „Tafel“ seien „individuell“. Neben der gestiegenen gesellschaftlichen Anerkennung der „Tafeln“ seien auch die hohen Lebenshaltungskosten, allen voran die Mieten in Hamburg, ein Grund für den Anstieg.

Andere wiederum wollen vielleicht etwas Geld zur Seite legen oder für die Enkel ein Weihnachtsgeschenk kaufen und nehmen daher das Angebot der Hamburger „Tafel“ verstärkt an. Das hat selbstredend nichts mit steigender Armut zu tun! In vielen anderen Städten sieht es genauso aus, weil sich der Staat ganz neoliberal – nicht nur mit den „Tafeln“ – aus seiner sozialen Verantwortung zieht.

5. Selten gab es größeren Wahlbetrug als jetzt bei der Großen Koalition: Entgegen aller Versprechen belastet der Koalitionsvertrag vor allem Familien und einfache Bürger, Spitzenverdiener bleiben verschont. Dieses verquere Verständnis von Gerechtigkeit ist mehr als nur skandalös. Der Verzicht auf jede Steuer- und Abgabenreform führt nämlich dazu, dass in den kommenden vier Jahren viele Millionen Bürger viele Milliarden Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen müs-

sen, als nötig und angemessen wäre. Am stärksten betroffen ist ausgerechnet jene Bevölkerungsgruppe, die in den Sonntagsreden der Politiker stets am meisten umschmeichelt wird: Familien mit geringen und durchschnittlichen Einkommen.

Da waren doch Änderungen im Steuerrecht angekündigt, wollte die Union den Grundfreibetrag für Kinder sowie das Kindergeld deutlich erhöhen, kündigte die SPD Steuererhöhungen für Spitzenverdiener an, um Mehreinnahmen für Sozialprogramme und Investitionen zu generieren. Nichts davon findet sich im Koalitionsvertrag. Im Gegenteil steigt der Beitrag zur Pflegeversicherung, und jener zur Rentenversicherung wird – obwohl es gesetzlich eigentlich vorgeschrieben ist – nicht gesenkt. Dabei belasten gerade Veränderungen bei den **Sozialabgaben** keine Gruppe so sehr wie die der Gering- und Durchschnittsverdiener, während sie Bezieher hoher Einkommen kalt lassen können!

Wenn zu den *Be*lastungen noch die entgangenen *Ent*lastungen addiert werden, die aus dem Bruch der Unions-Steuerversprechen folgen, ergeben sich schon bei Geringverdienern „Kosten“ von vielen Hundert Euro im Jahr; bei Beziehern durchschnittlicher Gehälter sind es 1.000 Euro und mehr. Entgegen aller Versprechen bürden CDU und CSU die Kosten des Koalitionsvertrags den einfachen Bürgern auf – allein zu dem Zweck, im Rennen um die bedeutendste Steuererhöhungsverhinderungspartei des Landes Spitzenverdiener vor Mehrbelastungen bewahren zu können. Das ist ein wahrhaft verqueres Verständnis von Gerechtigkeit und einer Christenpartei unwürdig. Genauso skandalös ist, dass die SPD für eine solche Politik die Hand reicht.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Hubschrauber-Uschi evakuiert: Im Frühjahr explodiert am bisherigen Posten der Regelsatz-Manipulatorin eine Bombe des Bundesverfassungsgerichts *(„Paritätischer Wohlfahrtsverband“)*

480 Milliarden Steuergeld für die Banken: Sozialturbokratin Nahles macht neoliberalen Bankenlobbyisten und „Rettungsschirm“-Architekten zum Staatssekretär für Arbeit *(„Nachdenkseiten“)*

Die erste Hürde ist genommen: 83.000 Menschen unterstützen Inge Hannemanns Petition gegen Hartz-IV-Sanktionen *(„Die Linke“)*

Wie jedes Jahr plant die Bremer **Montagsdemo** zum Jahresende ein gemeinsames **Weihnachtsfest**. Es wird diesmal wieder – im Anschluss an die letzte Montagsdemo am **16. Dezember 2013** – ab circa **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a, stattfinden. Herzlich willkommen sind alle Freundinnen und Freunde der kämpferischen Opposition, alle aktuellen und „alten“ Montagsdemonstranten und alle anderen, die sich der sozialen Bewegung gegen die Hartz-Gesetze, für die Abschaltung

aller Atomanlagen, der Arbeiter- oder Frauenbewegung verbunden fühlen!

Praktizierter Faschismus: Fünf Milliarden Telefondatensätze pro Tag sammelt allein die NSA-Datenbank namens Fascia *(„Spiegel-Online“)*

Praktizierte Selbsthilfe: Preisgünstige WLAN-Netzwerke werden von Bürgern in Eigenregie aufgebaut und gewartet *(„Freifunk Oldenburg“)*

Schädelbasisbruch: Schumi ist doch nicht unsterblich *(„N-TV“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Ehrenamt statt Lohnarbeit?

Die Hartz-Gesetze haben erst den Niedriglohnsektor geschaffen und durch Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze zerstört, um nun mit dem Ehrenamt sogar die Beschäftigungsträger einzusparen. Auch Sie kriegen bald nur noch eine Grundsicherung! Die wird zwar jährlich „erhöht“, bleibt aber nicht armutsfest. Mit knapp einem Euro dürfen Sie mittags Ihr Kind verköstigen: Gehen Sie doch „tafeln“!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Banken retten statt Menschen?

Für „Rettungsschirme“ wie den ESM werden Hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben. Öffentliche Dienstleistungen wie Renten- und Krankenversicherung, die Überschüsse erwirtschaften, werden privatisiert, während bei allen Sozialleistungen oder Bildung gespart wird. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Lasten der kapitalistischen Krise bezahlen wir nicht!

Der Sozialabbau betrifft uns alle!

Organisieren Sie sich! Und gehen Sie als Erwerbslose(r) niemals allein aufs Amt. Sorgen Sie dafür, dass eingereichte Briefe am Empfangstresen mit Eingangsstempel versehen werden – auch auf Kopie für die eigene Akte. Verlangen Sie selbst Bedenkzeit vorm Unterschreiben!

Nehmen Sie das Ihnen vorgelegte Schriftstück mit, schauen Sie es in Ruhe an und holen Sie Rat auf der **Montagsdemo** – jede Woche um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir sprechen **am Offenen Mikrofon** über den deutschen Unsozialstaat – **überparteilich**, **unabhängig**, **öffentlich**.

Wir wollen, dass endlich die Diskriminierung der Betroffenen seitens der Politik aufhört! Entlassungen, Hartz-IV-Schikanen, Altersarmut, Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Atomtransporte, Kriegstreiberei: Jede(r) hat eine Rechnung offen. Doch bevor uns der Kragen platzt und wir mit unseren Problemen allein verzweifeln, ist es viel besser, gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft aufzustehen!

www.Bremer-Montagsdemo.de

Montagsdemo – warum, für wen?

Im Herbst 1989 begannen in Dresden immer mehr Bürger, ihren Unmut über die Regierung öffentlich zu verkünden: Sie fühlten sich eingesperrt und um elementare Freiheiten und Grundrechte betrogen. Die Montagsdemonstrationen in der ehemaligen DDR führten zum Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Hauptstadt einer neuen Art von Protestbewegung, die auf viele, besonders strukturschwache Städte übergriff, wurde im August 2004 Magdeburg. Dort protestierten 12.000 Menschen, die Armut und Ungerechtigkeiten befürchten, gegen Kanzler Schröders Agenda und die Ideen eines Peter Hartz, nach dem die bekannten Gesetze benannt wurden.

In Bremen gab es am 16. August 2004 die erste spektakuläre Montagsdemo mit etwa 350 Menschen aus verschiedenen Gruppen, dazu eine Gegendemo und Polizeischutz. Seither findet unsere Montagsdemo allwöchentlich um 17:30 Uhr statt, außer an Feiertagen ohne Unterbrechung und bei jedem Wetter. Schwerpunkte sind der Kampf gegen Sozialabbau, Unterdrückung, Armut, Ausbeutung, menschenunwürdige Gesetze und Behördenwillkür. Bundesweit ist die Montagsdemobewegung ein breites, überparteiliches Bündnis von Menschen, die allwöchentlich in Dutzenden Städten auf die Straße gehen.

Bei uns bekommen Sie sachkundige Information, Beratung und praktische Unterstützung. Die Montagsdemos haben sich als Instrument etabliert, mit dem jede(r) Bürger(in) wirkungsvoll demokratische Grundrechte wahrnehmen und direkten Einfluss auf die Politik ausüben kann. Sie bieten ein Offenes Mikrofon für alle Menschen, die öffentlich ihre Meinung sagen wollen – auf antifaschistischer Grundlage, ohne Gewalt und Hetze. Die Montagsdemos waren an den Massenprotesten beteiligt, die das Abschalten von neun alten Atomkraftwerken erzwingen konnten, obwohl die Regierung Merkel längere Laufzeiten angedroht hatte.

Die Themen am „Widerstandstag“ reichen von wahnsinnigen Großprojekten wie dem Tiefbahnhof Stuttgart bis zum globalen Verbrechen an Umwelt und Menschheit, die jede(n) von uns betreffen. Unsere Proteste richten sich gegen die weltweite Atompolitik und eine Chemieindustrie, die danach strebt, die Ernährung der Weltbevölkerung mithilfe von genmanipuliertem Saatgut zu übernehmen. Wir sind solidarisch mit den Streiks und Demonstrationen in vielen europäischen Ländern, wo sich Millionen Menschen gegen sozialfeindliche Krisenprogramme wehren. Bei uns dürfen Sie dazu laut Ihre Meinung sagen, mit uns die Finanzwirtschaft beobachten oder Geheimdienste entlarven.

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich, unabhängig, öffentlich

www.Bremer-Montagsdemo.de